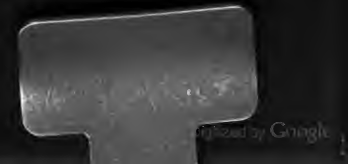
Unser reichskanzler

Moritz Busch


·EXLIBRIS
EWALD BANSE





Grenzboten-Sammlung. Zweite Reihe, Band 1—2.

Unser Reichskanzler

I.

Unser Reichskanzler

Studien zu einem Charakterbilde

von

Moritz Busch

Erster Band



Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow
1884

Seinem lieben und verehrten Freunde

Victor von Hehn

gewidmet

vom

Verfasser.

Vorwort.

Wenn ein Porträtmaler jemand abkonterfeien will, so pflegt er vorher dessen nähere Bekanntschaft zu suchen und die charakteristischen Züge desselben in Momenten und Situationen, welche sie besonders ausprägen, zu studiren und in mehr oder minder ausgeführten Skizzen zu Papier zu bringen. Mit solchen Beobachtungen und Zeichnungen für die eigentliche Arbeit des Künstlers vergleiche ich die nachstehenden Abhandlungen. Ich hatte von 1870 an bis in die letzten Monate herein ziemlich reichliche Gelegenheit, den Gegenstand derselben aus der Nähe zu betrachten, und ich erfreute mich guter Augen. Was diese nicht sahen, wurde aus andern zuverlässigen Quellen ergänzt, wobei die früher von mir veröffentlichte Schrift über eine bestimmte Episode im Leben des Kanzlers schon deshalb mit benutzt werden mußte, weil das dort in Tagebuchsform, also fragmentarisch mitgeteilte Material hier, an geeigneter Stelle eingefügt und mit verwandtem verbunden, ohne Zweifel wirksamer sein wird als in der Vereinzelung.

Meine Studien und Skizzen sind mit der alten Liebe zu dem, welchen sie zu verstehen und verständlich zu machen versuchen, aber auch mit dem ernsten Bestreben gezeichnet, soviel

als irgend möglich die Wahrheit wiederzugeben. Sie beanspruchen in ihrer Gesamtheit nicht, ein Porträt zu sein, sondern wollen nur Beiträge zu dem Charakterbilde des Kanzlers liefern, das uns die Zukunft schenken wird. Dieses Bild selbst zu malen war ich zu wenig Künstler, aber vielleicht wird etwas der Art während der Betrachtung der Skizzen in der Seele des Lesers entstehen.

Leipzig, im Februar 1884.

Der Verfasser.



Erstes Kapitel.

Das politische Glaubensbekenntnis und der staatsmännische Sittenkodex des Kanzlers.



Das staatsmännische Genie ist undefinirbar wie das poetische, das religiöse, das künstlerische, wie das Genie auf jedem Gebiete. Wir fühlen seine Kraft, sehen und bewundern seine lautwerdenden Gedanken, seine vollendeten Thaten, vermögen es aber nur ungenügend zu analysiren. Bei den darauf gerichteten Versuchen bleibt immer ein Rest, und wenn wir uns aus den Äußerungen und Handlungen des genialen Politikers eine Reihe von Grundsätzen und Regeln abstrahiren, die in ihrer Gesamtheit seine Weltanschauung und seine Methode darzustellen scheinen, so kann uns schon die nächste Stunde durch Thatsachen überzeugen, daß diese Erkenntnis mangelhaft ist. Wir finden dann, daß wir uns nur die Art und Weise, wie das Genie Zustände, Verhältnisse und Ereignisse der Vergangenheit auffaßte und zur Erfüllung seiner Aufgaben, zur Verwirklichung seiner Pläne benutzte und bewältigte, klar gemacht und daraus den Schluß gezogen haben,

daß es zukünftigen Zuständen, Verhältnissen und Ereignissen der Art auf gleiche Weise gegenüberstehen werde. Die Zeit und das Leben gebären aber unaufhörlich neue Situationen, neue Bedürfnisse, neue Ansätze zu deren Befriedigung und neue Hindernisse, die sich allesamt nur zum kleinen Teile von allen Denkenden ahnen, zum Teil selbst von bedeutenden Talenten, bisweilen sogar vom genialsten Staatsmanne nicht voraussehen lassen, und die Begabung, welche diesen gewachsen sein läßt, die Kunst, jeder unerwarteten Wendung der Dinge ohne Verzug mit den geeigneten Maßregeln zu begegnen und sie seinen Zwecken dienstbar zu machen, diese unerschöpfliche staatsmännische Strategie des Genies ist eben unbegreiflich wie das göttliche Wirken, welches in stets fortgesetzter Schöpfung jene neuen Objekte der Thätigkeit des politischen Strategen aus dem unendlichen Bereiche der Möglichkeiten in die wirkliche Welt eintreten läßt. Das Genie in seiner Einheit ist unbegreiflich wie das Element, wie die Urkraft; es läßt sich nicht in Bestandteile auflösen und darum auch nicht beschreiben. Niemand, er wäre denn auch vom Genius erfüllt, kann mit einiger Sicherheit sagen, was der große Mann, der Heros des Tages gethan haben würde, wenn die Lage sich zu der oder jener Zeit anders gestaltet hätte, als sie war; aber alle haben die Empfindung, daß er ebenfalls gesiegt haben würde, nur wie und wodurch, weiß keiner anzugeben. Man vermutet indes, daß sein Weg ein sehr einfacher gewesen sein würde, der hinterher als ganz selbstverständlich erschienen wäre wie das Ei des Kolumbus. Wie aber ein großer, epochemachender Politiker sich dem innersten Kerne seines Wesens nach nicht definiren läßt, so läßt er sich auch nicht erziehen, er muß als solcher geboren werden wie der große Dichter. Man kann auch durch sorgfältigste Beobachtung seines Verfahrens nicht lernen, es ihm unter allen oder

auch nur unter vielen Umständen gleich zu thun; man wird, indem man ihn nachahmt, einzig in den Fällen ungefähr ähnliches leisten, wo die Konstellationen der Vergangenheit sich in der Gegenwart annähernd wiederholen, und solche Fälle sind nicht häufig.

Das Gesagte trifft auch bei unserm Reichskanzler zu. Fürst Bismarck ist und wird zweifelsohne unsern Nachkommen in noch weit höherm Maße einer der mächtigen geschichtlichen Genien sein, wie sie dann und wann auftreten, um die Welt in neue Bahnen zu leiten, um Dinge, die in ihr bisher nur als Gedanken und fromme Wünsche schwebten, ohne Leben gewinnen zu können, mit originellen Mitteln in Wirklichkeiten zu verwandeln. Gedacht und ersehnt wurde das, was er gethan hat, vorher unzweifelhaft und nachweisbar von vielen, von Zeitgenossen und Vorgängern, aber eben nur gedacht und ersehnt. Daß er das Wie fand, den rechten Weg entdeckte, die Hauptsache also, war Wirkung seines Genies. Wir suchten ihn und seine wunderbaren Erfolge zu verstehen und meinten die Essenz dieses Genies in schärfstem politischen Verstand und heroischer Willenskraft gefunden zu haben. Wir sahen vor uns ein vollkommen reines Rechnen mit klar erkannten Thatsachen, unbeeinflußt von den Dogmen und Vorurteilen der Parteien rechts und links, ein nüchternes Addiren und Subtrahiren, dem es beim Ausdrucke seiner Ergebnisse und dem darauf folgenden Handeln doch nicht an gewinnender Wärme und poetischem Glanze fehlte. Wir begegneten ferner bei vielfachem Wechsel der Mittel, der Neben- und Zwischenziele einer Konsequenz, die fest und streng das Hauptziel im Auge behielt, einem weitreichenden Überblick über die Wege zu dessen Erreichung, einer überaus feinen und sichern Hand in der Verwendung der dabei vor allem in Betracht kommenden maß-

gebenden Personen, der Gabe, zu rechter Zeit zuzuschlagen, sonst zu vertagen, einem fast beispiellosen Geschicke, den Gegner unvermerkt dahin zu lenken, daß er sich vor der Welt selbst ins Unrecht versetzte, und gewaltigster Energie des Willens, die vor nichts Notwendigem zurücktrat, verbunden mit einer Mäßigung, einer Billigkeit, die nur dieses Notwendige forderte und darum bereitwillig zu Vereinbarungen über Nebensächliches die Hand bot. Ein kalter Kopf über einem heißen Herzen, höchste Findigkeit und höchste Kühnheit, Odysseus und Achill in einer Person — das ungefähr wird manchem mit uns als die Lösung des Rätsels seiner beispiellosen Erfolge erschienen sein.

Aber alle diese Eigenschaften, dieser eindringende Tiefblick, diese reiche Einbildungskraft, diese Entschlossenheit, Beharrlichkeit und Besonnenheit sind doch nur Symptome dessen, was wir sein Genie nennen, und was als ein unbewußtes Etwas, als ein Urgrund von Trieben, die im großen und ganzen immer auf das rechte Ziel hindrängen und die rechten Mittel finden, die Basis jeder seiner Handlungen bildet. Es ist das, was jene Eigenschaften verbindet, das, woraus sie hervorstrahlen, es ist gleichsam das weiße monochromatische Licht in ihm, das die sieben Farben des Spektrums enthält. Er blickt klaren Auges weit hinein in die Nebel- und Schattenwelt der Möglichkeiten, man wird gewahr, daß er im allgemeinen eine Methode hat, aber das Werk, das er damit fördert, steht vor seinem Geiste nur in den Grundzügen, nicht in den Einzelheiten. Für diese lassen sich verschiedne Formen denken, wie sich zu ihrer Bildung verschiedne Mittel darbieten können. Formen und Mittel aber hängen von der Konjunktur der Stunde ab, wo sie geschaffen, respektive angewendet werden müssen, und diese Konjunktur zu erkennen und auf erfolgreiche Weise zu benutzen, bewegt ihn eben sein genialer Instinkt. Er erscheint da oft

inkonsequent, wandelbar, als Proteus; aber es ist in Wahrheit eine stets aufs Zweckmäßige gerichtete Nötigung, er muß so und nicht anders handeln, er kann der jeweiligen Situation gegenüber von innen her nicht anders, seine besten Gedanken und Thaten sind Inspirationen und Improvisationen.

Läßt sich der letzte Grund und Kern des Wesens Bismarcks als politischen Phänomens nicht weiter darstellen, so ist es etwas andres mit dem, was man als die Artikel seines politischen Glaubens und als die Paragraphen seines staatsmännischen Sittenkodex bezeichnen kann. Hier hat sich im Laufe der Zeit durch Erfahrungen mancherlei geändert, und anderes kann sich in Zukunft umgestalten. Aber die Grundgedanken, die fundamentalen Überzeugungen, die er gegenwärtig bekennt und in Betreff deren er sich auf kein Kompromiß einläßt, standen bei ihm zum Teil schon zu Anfang seiner politischen Laufbahn, zum Teil wenigstens schon seit Jahrzehnten unumstößlich fest, und mit diesen soll sich unser Kapitel zunächst beschäftigen. In seinen Reden, schriftlichen Äußerungen und Handlungen treten deren vorzüglich zwei hervor. Bereits im Vereinigten Landtage, im Abgeordnetenhause von 1849 und im Erfurter Parlament gewahren wir bei ihm als beherrschendes Axiom den Glauben an die Notwendigkeit und Heilsamkeit der Monarchie, wie sie sich in Preußen herausgebildet hat, und damit verbunden das Gefühl der Pflicht, diese Monarchie gegen die Angriffe der Demokratie zu verteidigen, die später als Fortschrittspartei das alte Ziel einer Beschränkung und Verflüchtigung der königlichen Macht in Gestalt eines nicht verfassungsmäßigen Parlamentarismus erstrebte. Andrerseits bekannte er sich bereits in den ersten Monaten seiner Wirksamkeit als Bundestagsgesandter zu der Idee, daß das Heil der deutschen Nation nur in der Begründung eines deutschen Bundesstaates unter der Führung Preußens

zu finden sei, und entfaltete er auch dafür eine rastlose und energische Thätigkeit.

Der erstgenannte und in zahlreichen Reden von ihm ausgesprochene Glaubenssatz hat, nachdem die Krone sich zum Erlaß einer Verfassung verstanden, insoweit eine Einschränkung erfahren, als er von da an lautete, der König ist nur soweit in seiner Freiheit und Machtvollkommenheit beschränkt, als der Wortlaut des von ihm mit der Volksvertretung vereinbarten Staatsgrundgesetzes dies ordnet und bestimmt. Der zweite Hauptartikel seines politischen Kredo mußte in Anbequemung an die Umstände und mit Benutzung derselben größere Umbildungen erfahren. Er gab sich zuerst als Wunsch und Bestreben nach einem Preußen kund, das vermittelst einer festen, auf seine Vorzüge vertrauenden Politik am Bunde die deutschen Mittel- und Kleinstaaten allmählich wie im Zollverein so auch durch andre Interessenverbände um sich gruppire, ging später durch verschiedne dualistische Kombinationen hindurch und erreichte, nachdem die letzte derselben sich gleich den frühern als Unmöglichkeit herausgestellt hatte, seine volle Ausprägung im deutschen Reiche, dessen Kräftigung und Sicherung seitdem durch alle innern Reformvorschläge des Kanzlers und ebenso durch die Gesamtheit der Hauptaktionen seiner auswärtigen Politik hindurch als roter Faden zu verfolgen ist. Beide Glaubenssätze, der von der Notwendigkeit eines freien, lebendigen Königtums und der von dem Bedürfnis eines um Preußen bundesstaatlich geeinten Deutschlands, stehen unmittelbar nebeneinander und verhalten sich ungefähr wie das Mittel zum Zweck; nur ein Königtum wie das preußische konnte die Einigung Deutschlands in Angriff nehmen, erfolgreich ausführen, wahrhaft fruchtbar machen und dauernd erhalten.

Im folgenden einige Belege zu dem Obigen. Am 10. April

1849 sagte Bismarck, damals Abgeordneter, in der zweiten Kammer des Landtags: „Ich kann aus dem Titel 5 (der preußischen Verfassung), der von den Rechten der Kammer handelt, nicht die Überzeugung entnehmen, daß es unser Beruf sei, das Land durch Adressen, Erklärung von Ansichten und Gefühlen zu regieren, daß es unser Beruf sei, in Fällen, wo die Regierung Sr. Majestät des Königs von den der Krone reservirten Rechten einen Gebrauch macht, der einem Teile dieser Versammlung mißfällt, daß es da unser Beruf sei, auf die Regierung ein anhaltendes Feuer von Adressen, von Mißtrauensvoten zu eröffnen, bis das Ministerium die Flagge streicht. Wenn das Ministerium sich einem solchen Verfahren fügen wollte, so würde es dadurch anerkennen, daß die Exekutivgewalt direkt auf die zweite Kammer übergegangen sei. Es würde anerkennen, daß die Minister nicht Beamte des Königs, sondern Beamte der zweiten Kammer seien, und daß dem Könige lediglich einstweilen die äußern Zeichen der Macht verblieben. Es mag dies von vielen für konstitutionell gehalten werden; ich aber halte nur das für konstitutionell, was verfassungsmäßig ist... Mag in Belgien oder Frankreich, in Anhalt-Dessau oder da, wo der morgenrötliche Glanz der mecklenburgischen Verfassung strahlt, konstitutionell sein, was da will; hier ist nur das konstitutionell, was auf der preußischen Verfassung beruht." — Am 24. September erwiederte er dem Abgeordneten von Beckerath, welcher dem Landtage das Steuerverweigerungsrecht beigelegt zu sehen wünschte: „Bei uns ist verfassungsmäßig ein selbständiges Königtum, welches zwar im Laufe der Zeit und namentlich der letzten Jahre einen beträchtlichen Teil seiner Rechte auf die Volksvertretung übertragen hat, aber freiwillig und nicht etwa deshalb, weil ihm die Widerstandskraft fehlte... Die Grundlage unsrer Verfassung bildet die Gleichberechtigung der

Krone, der ersten und der zweiten Kammer in der Gesetzgebung. Ändern Sie diese Gleichberechtigung zum Nachteile der Krone, entziehen Sie die Gesetzgebung über Steuern, über deren Einnahme und Ausgabe, dieser allgemeinen Regel, so vernichten Sie die Selbständigkeit der Krone zu Gunsten von Majoritäten, deren Geltung auf der gewagten Voraussetzung beruht, daß ein jeder einzelne der zukünftigen preußischen Abgeordneten in der Lage sein werde, sich über alle Fragen der Politik und Gesetzgebung ein unabhängiges und unbefangenes Urteil zu bilden."

Bei der Adreßdebatte, die das Abgeordnetenhaus vom 27. bis 29. Januar 1863 beschäftigte, erklärte der Ministerpräsident von Bismarck auf die Klage der Majorität, die Regierung habe den Artikel 99 der Verfassung (vom Januar 1850) verletzt, das würde zutreffen, wenn auf die Bestimmung dieses Artikels, nach welcher alle Einnahmen und Ausgaben des Staates für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushaltsetat gebracht werden sollen, der Satz folgte, letzterer sei jährlich durch das Abgeordnetenhaus festzustellen. Es heiße aber in dem Artikel nur, der Etat sei durch ein Gesetz festzustellen, und ein solches komme nach Artikel 62 nur durch Übereinstimmung der Krone und der beiden Kammern zu Stande. Dann fuhr er fort: „Jedes dieser drei konkurrirenden Rechte ist in der Theorie unbegrenzt und das eine so stark wie das andre. Wenn eine Vereinbarung zwischen den drei Gewalten nicht stattfindet, so fehlt es in der Verfassung an jeglicher Bestimmung darüber, welche von ihnen nachgeben müssen. In frühern Diskussionen ... wurde nach Analogie von andern Ländern, deren Verfassung und Gesetze aber in Preußen nicht publizirt sind und keine Giltigkeit haben, angenommen, die Schwierigkeit sei einfach dadurch zu erledigen, daß die beiden andern Faktoren sich dem Abgeordnetenhause fügen, daß, wenn zwischen der

Krone und dem Abgeordnetenhause eine Verständigung über das Budget nicht zu erreichen ist, die Krone sich dem Abgeordnetenhause nicht nur selbst unterwirft und die Minister, die das Vertrauen des Abgeordnetenhauses nicht haben, entläßt, sondern auch das Herrenhaus, wenn es mit dem Abgeordnetenhause nicht übereinstimmt, durch massenhafte Ernennungen (Pairsschub) zwingt, sich auf das Niveau des Abgeordnetenhauses zu setzen. Auf diese Weise würde allerdings die souveräne Alleinherrschaft des Abgeordnetenhauses hergestellt werden, aber eine solche Alleinherrschaft ist nicht verfassungsmäßiges Recht in Preußen."*) Der Minister schloß dann daraus, daß die Verfassung das Gleichgewicht der drei gesetzgebenden Gewalten durchweg festhalte und keine derselben die andre zum Nachgeben zwingen könne, auf die Notwendigkeit einer Verständigung durch Kompromisse, bezeichnete das ganze Verfassungsleben als eine Reihe von Kompromissen, an deren Stelle, wenn eine der beteiligten Gewalten mit doktrinärem Absolutismus auf der Durchführung ihrer eignen Ansicht bestehen sollte, Konflikte treten würden, und schloß seine Theorie mit den Worten: „Wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann."

Ebenfalls während der Konfliktsperiode, im Laufe der Debatte, die am 21. und 22. Januar 1864 im Abgeordnetenhause über Schleswig-Holstein stattfand, entgegnete Bismarck dem Wortführer der Opposition: „Ob die Minister das Vertrauen des Königs haben, ist Ihnen vollständig gleichgiltig. Der König würde danach eine Persönlichkeit sein, die weniger Einfluß auf die Geschäfte Preußens hätte als . . . etwa jeder

*) Ähnlich äußerte sich Bismarck während der Adreßdebatte, die am 24. Januar 1865 im Herrenhause statthatte, und in der Rede, die er am 1. Juni desselben Jahres bei Gelegenheit der Marinevorlage im Abgeordnetenhause hielt.

Fraktionsführer, mit dem man kapituliren muß, wenn man ihn gewinnen will; aber über die Rechte des Königs könnte man stets einfach zur Tagesordnung übergehen. Und doch neben alledem sind die Bestimmungen in der Verfassung vollständig klar, daß der König über Krieg und Frieden bestimmt, daß der König die Minister wählt. . . Sie widersprechen durch Ihr Verhalten nicht nur der Verfassung, sondern auch den Traditionen und der Geschichte, Sie widersprechen dem Volksgeiste Preußens. Der Volksgeist Preußens ist durch und durch monarchisch, und dabei wird es bleiben. . . Der rocher de bronze [Friedrich Wilhelms des Ersten] steht noch heute fest. Er bildet das Fundament der preußischen Geschichte, des preußischen Ruhmes, der preußischen Großmacht und des verfassungsmäßigen Königtums. Diesen ehernen Felsen werden Sie nicht zu erschüttern vermögen durch Ihren Nationalverein, durch Ihre Resolution und durch Ihr liberum veto."

Am 4. Februar 1866 bemerkte Bismarck im Abgeordnetenhause bei Bekämpfung des Virchowschen Antrags, die Kammer möge die Vereinigung des Herzogtums Lauenburg mit der Krone für rechtsungiltig erklären: „Sie verwechseln auch in diesem Falle . . . die belgische mit der preußischen Verfassung. Die preußische Verfassung hat ziemlich sorgfältig die belgische nachgedruckt, aber sie hat den Artikel 78 nicht aufgenommen. Der Artikel 78 der belgischen Verfassung lautet: »Der König hat keine andre Gewalt als diejenige, welche ihm diese Verfassung oder ein auf Grund dieser Verfassung zu Stande gekommenes Gesetz beilegt.« Dieser Artikel fehlt in der preußischen Verfassung, und deshalb hat Seine Majestät der König bei uns alle diejenigen frühern Rechte der Krone, welche nicht durch den ausdrücklichen Inhalt der Verfassung oder durch ein auf Grund der Verfassung zu Stande gekommenes Gesetz auf andre Faktoren

übertragen worden sind. Zu diesen Rechten gehört zweifellos dasjenige, über Eroberungen der königlichen Kriegsmacht zu verfügen."

Sehr kräftig und deutlich hat der Reichskanzler endlich seine Ansicht über die Stellung der Krone in Preußen und ebenso im deutschen Reiche in der Rede ausgesprochen, die er am 24. Januar 1882 über die Bedeutung des königlichen Erlasses vom 4. Januar im Reichstage hielt. Der Erlaß war unzweifelhaft vom Kanzler verfaßt, gab sich aber nach seiner ganzen Form als ein persönliches Manifest des Kaisers und Königs Wilhelm und war ein Pendant zu der Botschaft, mit welcher einige Monate vorher der Reichstag eröffnet worden war. In jener Rede, einer der wichtigsten, die der Fürst bis dahin vor der Volksvertretung des Reiches gehalten, begegnen wir nachstehenden staatsrechtlichen Deklarationen: „Der Erlaß hat in keiner Weise den Zweck, neues Recht zu schaffen," ... wohl aber ist er bestimmt, „die Verdunkelung des bestehenden Rechts zu verhüten, die konstitutionellen Legenden zu bekämpfen, welche sich wie wucherische Schlingpflanzen an den ganz klaren Wortlaut der Verfassung legen, als ob es noch andre Rechtsquellen für uns gäbe außer dem geschriebenen preußischen Rechte, als ob die zufällig in andern Ländern bestehenden Traditionen oder Verfassungen auf irgendwelche Giltigkeit bei uns in Preußen Anspruch hätten. Das Ergebnis dieser Legendenbildung ... geht in der letzten Konsequenz dahin, daß in Preußen der König zwar regierte im Sinne des französischen regner, ... aber nicht regierte im Sinne des französischen gouverner, sondern daß die aktive Bethätigung der Regierungsgewalt in den Händen einer ministeriellen Regierung wäre, die neben dem Könige steht und, wenn sie ganz korrekt und in Ordnung ist, ... getragen wird von der Mehrheit eines oder beider Körper des preußischen

Landtags. Wie man sich nach französischen Begriffen eine solche Regierung denkt, finde ich in dem ausgezeichneten Werke von Taine »L'origine de la France contemporaine« gesagt, nach welchem der König der Girondins »serait une espèce de président honoraire de la république, auquel ils donneraient un conseil exécutif nommé par l'Assemblée, c'est-à-dire par eux mêmes.« Das ist ungefähr das konstitutionelle Ideal der ministeriellen Regierung, die dem selbstregierenden Könige von Preußen gegenübergestellt werden könnte, und die dann allerdings, gestützt auf eine sichere und wohlgeschulte Majorität, sehr wohl imstande wäre, das Ideal zu realisiren, welches beispielsweise der Abgeordnete Mommsen in seinen Wahlreden als ein Schreckbild bezeichnete, nämlich den ministeriellen Absolutismus, neben welchem unser Königtum verschwinden würde zu der Rolle schattenhafter Erbkönige, die, wenn man einen neuen Minister braucht, aus den Kulissen vorgeführt werden und unterschreiben und dann wieder verschwinden, nachdem sie auf diese Weise der landtäglichen Opposition ein neues Ziel zur Bekämpfung, eine neue Festung zur Belagerung, mit andern Worten ein neues Ministerium angewiesen haben. Also diese konstitutionelle Hausmeierei, die der Abgeordnete Mommsen mit einer für einen so angesehenen Geschichtschreiber ungewöhnlichen Feindschaft mir vorwirft, . . . dieses Ministerregiment, diese Kanzlerdiktatur ist etwas, was gerade dann möglich wird, wenn Sie überhaupt das Ministerregiment an die Stelle des königlichen Regiments setzen. . . Es wird Ihnen aber nicht gelingen; denn Sie haben gar keine Unterlage hinter sich, die preußische Verfassungsurkunde weiß davon gar nichts. . . Ich will nur den Titel vom Könige lesen; von den Ministern ist nur ganz kurz in der Verfassung die Rede, wo gesagt wird, daß sie verantwortlich seien, und wie sie angefaßt werden sollen, wenn sie

das Mißfallen der Majoritäten sich zugezogen haben. Es heißt im Titel 3, Artikel 43: »Die Person des Königs ist unverletzlich.« Nun, das ist sie, Gott sei Dank, in Preußen immer gewesen, und es hat außer einigen Verbrechern, die dem Strafgesetz verfielen, noch nicht jemand über sich gebracht, die Person des Königs zu berühren, zu schädigen, kurz, seine Unverletzlichkeit zu mißachten. Zu derselben rechne ich auch, daß das königliche Ansehen, die königliche Würde, die Ehre des Königs in Worten geschont wird überall, wo der König erwähnt wird. Dieser Paragraph sagt meines Erachtens: In allen Diskussionen, wo vom Könige die Rede ist, . . . sollt ihr nicht anders als in Ehrerbietung von ihm sprechen und nicht in so unehrerbietiger Weise, wie es hier in diesem Jahre vorgekommen ist. Die Minister des Königs sind verantwortlich. Nun gut, gewiß sind wir das, und ich schrecke vor dieser Verantwortlichkeit nicht zurück. Mein Name steht auch unter diesem Erlaß, und ich bin, obschon im Krankenrecht, heute erschienen, weil mein Name daruntersteht. . . Ich kann mich verantwortlich machen für meine eignen Handlungen, und ich kann mich auch verantwortlich gemacht haben durch eine Bürgschaft, die ich übernehme für Handlungen eines andern, und ich habe mich verantwortlich gemacht auch für alle Handlungen meines Königs, die ich gegenzeichne, und auch für die, welche ich nicht gegenzeichne, werde ich am letzten Orte die Verantwortlichkeit gern übernehmen. Das ändert aber gar nichts am Königsrecht; die Regierungsakte, welche zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung bedürfen, sie bleiben doch Regierungsakte des Königs. Sie werden ja als solche hier in der Verfassung ausdrücklich bezeichnet: »Regierungsakte des **Königs** bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung.« Sind sie gegengezeichnet, werden sie dadurch etwa ministerielle Akte? Ist der König dabei Nebensache und der

Minister die Hauptsache? Die ministerielle Unterschrift, die tief unten in der Ecke steht? — Ja, meine Herren, wie Sie das mit der weitgehenden Verehrung, die der Herr Vorredner für die königliche Stellung hat, zusammenbringen wollen, daß Sie den Hauptaccent von den beiden Unterschriften, die untereinander stehen, wie unter diesem Erlasse, auf die Ministerunterschrift legen, verstehe ich nicht. . . Auf diese Weise wird jedenfalls eine konstitutionelle Hausmeierei ausgebildet, noch mehr als sie bei den Karolingern mit ihren Schattenkönigen bestand. Bei uns aber regiert der König selbst; die Minister redigiren wohl, was der König befohlen hat, aber sie regieren nicht. »Dem König allein,« sagt die Verfassung, »steht die vollziehende Gewalt zu« — von den Ministern ist garnicht die Rede —, »der König besetzt alle Stellen in allen Zweigen des Staatsdienstes« — auch da ist von Ministern nicht die Rede. »Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und zwei Kammern ausgeübt.«. . . Der König hat den Kammern zwei Drittel der Legislatur abgetreten, das ist bei uns geschriebenes Recht; aber wenn dieses letzte Drittel noch auf ein Ministerium [übergehen soll], das der König ernennen kann, etwa wie ich früher einen Justitiar ernennen konnte und noch unter Umständen einen Pfarrer ernennen kann — ist er aber einmal ernannt, so steht er mir gegenüber unabsetzbar, und unabsetzbar ist [nach fortschrittlicher Doktrin und fremdländischer Praxis] ein Minister, wenn er eine starke Majorität in einer Kammer oder gar in beiden Kammern oder im Reichstage hat und diese Majorität befriedigt mit Rechten und Konzessionen, die er dem König abgewinnt — [so heißt das die oben erwähnte Hausmeierei einrichten wollen.] Die Verfassung sagt: »Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich. Dem Könige sowie jeder Kammer steht das

Recht zu, Gesetze vorzuschlagen. Gesetze, die vom König einmal verworfen worden sind, können . . . nicht wieder eingebracht werden.« Der Minister ist also ein in der Verfassung kaum genannter Lückenbüßer. Ob das nun in die konstitutionelle Theorie paßt oder nicht, ist mir vollständig gleichgiltig; es steht das in der preußischen Verfassung, und ich kenne kein andres Grundgesetz, nach dem in Preußen zu regieren und zu leben ist. . .

Die preußischen Traditionen entsprechen auch vollständig den Bestimmungen der Verfassung; es ist von den preußischen Königen ihre Stellung niemals in erster Linie aus dem Gesichtspunkte der Rechte, sondern in erster Linie aus dem Gesichtspunkte der Pflichten aufgefaßt worden. Unsre Könige bis zu den Kurfürsten zurück haben nie geglaubt, daß sie fruges consumere nati wären und zu ihrem Vergnügen an der Spitze des Staates ständen, sondern sie haben das streng dienstliche Gefühl der Regentenpflicht gehabt, wie Friedrich der Große es in seinem Ausspruche bethätigt, daß er sich selbst für den ersten Diener des preußischen Staates erklärte. Diese Tradition ist in unsern Regenten in dem Maße lebendig, daß in der That bei uns in Preußen innerhalb des Ministeriums der König befiehlt und die Minister gehorchen, solange sie glauben, die Verantwortlichkeit tragen zu können. Können sie das nicht mehr, so ist der Wechsel eines Ministers so schwierig nicht. . . Der König, wenn er nicht etwas ganz Exzentrisches wollte, würde für alles, was seine gegenwärtigen Minister nicht kontrasigniren wollten, leicht andre Minister finden, die bereit wären, die Verantwortung dafür zu tragen. Es wird uns aber nichts Exzentrisches angesonnen, sondern in den festen, tiefen Geleisen, welche die Politik Preußens im deutschen Reiche allein gehen kann, bestimmt Seine Majestät der König im Prinzip... Nun können ja Minister abweichender Meinung sein —

dann findet ein Kompromiß statt, .. ein König, der einen Minister nicht ohne weiteres entlassen will, konzedirt ihm wohl etwas, was er eigentlich nicht gewollt hätte. Noch häufiger aber kommt es vor, daß die Minister für eine Arbeit oder eine Schrift, die ihrer Meinung nach aus einem Guß und richtig war, die königliche Zustimmung nicht gewinnen können und sich dann fragen müssen: Soll ich nun die ganze Sache fallen lassen, soll ich sie zu einer Kabinetsfrage machen, zurücktreten, oder es für das Vaterland und den Dienst nützlicher finden, dem königlichen Willen Konzessionen zu machen? Der königliche Wille bleibt der allein entscheidende. Der wirkliche, faktische Ministerpräsident in Preußen ist und bleibt Seine Majestät der König...

Daß es in Preußen so ist, ist doch ein wahres Glück. Bedenken Sie mal, wenn es anders wäre, da wären wir ja garnichts hier, ich hätte garnicht den Vorzug, zu Ihnen hier in diesem Saale zu reden, wir hätten gar keinen deutschen Reichstag. Nehmen Sie mal an, daß von 1860 ab Seine Majestät, unser konstitutioneller König, die Konstitution nach den Hänelschen Grundsätzen ausgelegt und bis zur Entlassung der Minister die ministerielle Politik, also beispielsweise die auswärtige Politik meiner beiden Vorgänger [Schleinitz und Bernstorff] zur Ausführung gebracht, sich ihr gefügt hätte, und daß Seine Majestät die Minister so gewählt hätte, wie die Majorität der Kammer, des Landtags, es damals angezeigt erscheinen ließ, daß also Seine Majestät seine Politik der Majoritätspolitik untergeordnet, die Hänelsche Legende ins praktische Leben geführt hätte. Dann hätten wir zunächst keine reorganisirte Armee ... denn die Herren im Parlamente verstanden die politischen Möglichkeiten in Europa so wenig, daß sie sich nicht darüber klar waren, daß, wenn man die deutsche Einheit wollte, das erste, was man dazu brauchte, eine starke preußische Armee war und die Unterschrift

des Königs von Preußen. Statt dessen wurde dieser König von Preußen in seinem Versuche, diese Armee so stark zu bilden, daß er die deutsche Einheit nicht nur herstellen, sondern auch nachher in den zweifellos ferner zu führenden Kriegen weiter vertreten konnte, aufs äußerste bekämpft, und wir hätten die Armeeorganisation behalten, die den tapfersten Soldaten — das war der damalige Kriegsminister, zur Olmützer Zeit — veranlaßte, mir, als ich, als Abgeordneter und Landwehroffizier einberufen, mich bei ihm meldete, zu sagen: »Wir können uns garnicht schlagen, .. wir können die Österreicher garnicht hindern, Berlin zu besetzen... Also ich muß Sie bitten, wenn Sie Einfluß auf Ihre Kollegen haben, wiegeln Sie ab, was Sie können.« In derselben Verfassung wären wir militärisch bis heute geblieben, wenn es nach dem Parlamente ging. Die zweite Folge, wenn der König nicht in der Lage gewesen wäre, seine eigne Politik durchzusetzen, sondern die parlamentarische, ministerielle, legendare Politik [hätte befolgen müssen], war, daß wir 1863 unter der Leitung des damaligen Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Behrend aus Danzig, für die polnische Insurrektion Partei nahmen gegen Rußland, daß wir die polnische Insurrektion ermutigten... Kurz, die königliche Politik war, Rußland zu schonen für künftige Kriege, für große Zeiten; die parlamentarische Politik war: Mein Gott, da ist Lärm, da ist Aufstand, da ist Insurrektion, kurz und gut, da wird eine Regierung angegriffen, das erregt unsre Sympathie, und ohne weitere Überlegung wurde parlamentarisch Jeszcze Polska gesungen.*) Das war die Politik, die man dem König aufge-

*) Als die preußische Regierung der polnischen Empörung gegenüber mit Rußland einen Vertrag zur Einschränkung derselben abgeschlossen hatte, beschuldigte der fortschrittliche Abgeordnete von Carlowitz das Ministerium der Kurzsichtigkeit, klagte, daß Preußen Rußland jeden Freundschaftsdienst erwiesen ohne Entgelt,

zwungen haben würde, wenn er nicht seine eigne befolgt hätte. Es würde weiter im Jahre 1864 in Bezug auf die Elbherzogtümer Preußen sich, wenn es damals nach der Majorität des Parlaments ging, in den Dienst der Frankfurter Majorität gestellt haben. Das war die damals im Abgeordnetenhause populäre Politik. Wir würden also im Dienste dieser Frankfurter Majorität wahrscheinlich eine Bundesexekution auf Grund der

---

und schloß mit der hochpatriotischen Hoffnung: „Wenn die preußische Regierung sich übereilt und unter den ungünstigsten Umständen in auswärtige Verwicklungen einläßt und eine aggressive Politik treibt, so habe ich das Vertrauen zum ganzen Hause hier, jedenfalls zu seiner großen Majorität, daß es in Übereinstimmung mit dem ganzen Lande zu einer solchen Politik (deren Aggression sich gegen Feinde Rußlands richtete, die zugleich Todfeinde Preußens waren) diesem Ministerium auch nicht einen Thaler bewilligen wird." Ähnlich der Abgeordnete von Unruh, der unter dem Beifalle der Mehrheit andeutete, wenn aus den Maßregeln, welche die Regierung zur Sicherung der Grenzen und der Interessen Preußens getroffen hatte, auswärtige Verwicklungen entstehen sollten, so werde man dem Könige die Mittel zur Landesverteidigung verweigern. Waldeck verglich die zu jenen Maßregeln gehörige Einstellung der preußischen Reserven mit dem Verkaufe der hessischen Landeskinder an das die aufständischen Nordamerikaner bekämpfende England. Simson stellte in der Debatte über dieselbe Angelegenheit geschmackvoll und schicklich das Ministerium neben Don Quixote und redete dann von Seiltänzern. Sybel protestirte gegen eine Politik, welche Preußen „mit der Mitschuld an einer kolossalen, von ganz Europa mit sittlicher Empörung betrachteten Menschenjagd belaste." Wahrhaft prachtvoll waren folgende Sätze in der Schlußrede, mit welcher derselbe seine Haupttrümpfe als Referent ausspielte. „Sähe ich," sagte er da, „mir gegenüber am Ministertisch einen Mann, der bereits Zeugnis gegeben hätte von weitblickender Einsicht und einem Herzen für die Gerechtigkeit, so würde ich fragen, ob seine Konvention auch an die Verträge von 1815 erinnert, an das dort verbriefte Recht der Polen, unter ihrer eignen selbständigen Verfassung zu leben, an das dort verbriefte Recht Preußens und Europas, daß in Warschau nicht der Zar von Rußland, sondern der König von Polen herrsche... Wenn unser Ministerium diese polnische Sache selbst in die Hand nahm mit dem redlichen Willen, endlich diesen Stachel aus der Ferse Europas herauszuziehen, endlich diese alte europäische Wunde schließen zu helfen, welche Stellung hätte es damit im eignen Lande eingenommen!... Das Herz unsers Ministeriums scheint aber leider nur an Bildern der Unfreiheit und Unterdrückung zu hängen, und so schrumpft denn auch ihre Staats- und Kriegskunst wie ihr Verfassungsleben zu der Glorie polizeilicher Chikane zusammen."

Bundesprotokolle mit Preußens Mitteln vollzogen haben. Lesen Sie doch die damaligen Verhandlungen; wie bin ich vilipendirt worden, weil es mir neben der Bundesexekution gelungen war, Österreich für gemeinsame Operationen zu gewinnen!*) Wir

*) „Die ganze europäische Lage," so behauptete der Abgeordnete Virchow damals mit der ihm eignen Unfehlbarkeit, „würde eine sicherere sein, wenn die Regierung sich dem korrekten Verfahren angeschlossen hätte, welches von einer Reihe deutscher Mittel- und Kleinstaaten am deutschen Bunde eingeschlagen wurde. . . Nur zwei Mächte könnten möglicherweise Neigung haben, Einspruch zu thun, Österreich und Rußland. Und weshalb, meine Herren? Zunächst deshalb, weil Rußland und Österreich dadurch Preußen niederhalten, weil sie Preußen klein machen, weil sie unsre Machtstellung im Norden Europas untergraben würden. Der Herr Ministerpräsident aber steht allerdings seit alter Zeit in dem Rufe, daß er wenigstens das russische Bündnis immer verteidigt habe, und daß er gerade darin das Heil unsrer Zukunft sehe. . . Wenn er es so sehr im Interesse Preußens hält, die russische Succession in den Herzogtümern zu beschleunigen, den einzigen großen Hafen, den Deutschland im Norden hat, in russische Hände zu geben, mitten in unser Land hinein an einer Stelle, wo es am wenigsten verteidigt ist, wo es am meisten verwundbar ist, einen solchen fremden Keil zu schieben, dann, meine Herren, werden wir allerdings auch jetzt nicht erwarten dürfen, daß er eine andre Richtung einschlage." Der Redner schloß mit der Prophezeiung: „Die Strafe des Volkes für diesen Verrat wird nicht fehlen." — Als der Krieg mit Dänemark im Januar 1864 im Ausbrechen war und Bismarck zu diesem Zweck vom Abgeordnetenhause die Bewilligung einer Anleihe verlangte, wurde dieselbe abgelehnt. Der fortschrittliche Abgeordnete Aßmann hielt dabei eine Rede voll geharnischten Unsinns. Es hieß darin u. a. von der österreichisch-preußischen Aktion jenseits der Eider, sie solle „Schleswig gegen die deutschen Truppen (die sächsischen und hannoverschen Exekutionssoldaten in Holstein) und gegen die Ansprüche seines legitimen Herrschers (des Erbprinzen von Augustenburg) schützen, es sollten die Herzogtümer sicher für Dänemark aufbewahrt werden." Weiterhin meinte dieser tiefblickende Politiker: „Für uns steht vorläufig fest, daß Herr von Bismarck dem deutsch-patriotischen Streben der Mittelstaaten (die es lediglich auf Benutzung der Situation zur Errichtung eines neuen preußenfeindlichen Mittelstaates, also zur Verstärkung ihrer Stellung am Bunde abgesehen hatten) entgegenarbeitet, . . . und unsre Ansicht von seiner Gesinnung sowohl wie von seiner Befähigung giebt uns keinen Anhalt, der weiteren Entwicklung einer Aktion mit Zuversicht entgegenzusehen, die wir in ihren bisherigen Schritten als verderblich erkennen müssen. . . Stehen wir an der Schwelle von Ereignissen, die das Traurigste, die das Schmählichste in sich schließen, was einem Staate, einer Nation begegnen kann, soll durch die Bismarcksche Politik

hätten also Österreich den Kauf aufsagen, auf den gemeinschaftlichen Feldzug verzichten und dafür die Bundesexekution vollziehen müssen, um dann ein gutes Zeugnis des Bundespräsidiums zu erhalten und den Bund zu verewigen, nachdem wir für ihn gethan hätten, was wir konnten. Wir würden aber ohne Österreich viel wahrscheinlicher durch Europa, von dem europäischen Seniorenkonvent, gemaßregelt worden sein und uns bundesprotokollarisch gefügt haben, wir würden eben ein zweites Olmütz erlebt haben. Das wären die Folgen gewesen, wenn damals parlamentarische Politik und nicht königliche Politik getrieben worden wäre. Wir würden dann wahrscheinlich noch heute in der Eschenheimer Gasse sitzen, und wenn ich auch nicht mehr Bundestagsgesandter sein würde, so wäre ein andrer dort und würde meinen Instruktionen gemäß Exekutionen und Protokolle beschließen, und Sie alle wären hier garnicht vorhanden... Deshalb, meine Herren, sollten wir, glaube ich, die königliche Aktion, die lebendige Wechselbeziehung zwischen dem König und dem Volke, wie sie in Preußen immer gewesen ist und nie zum Schaden der Monarchie gereicht hat, nicht anrühren... Unsre Monarchen gewinnen bei näherer Bekanntschaft, und je mehr sie heraustreten und mit dem Volke in

---

die deutsche Großmacht Preußen zum Feinde Deutschlands gemacht werden, soll die tapfere preußische Armee dazu verwendet werden, um gegen ihre deutschen Brüder zu kämpfen, die deutsches Recht zu schützen ausgezogen sind, ... dann mag Deutschland (die Mittelstaaten natürlich) wissen, daß wir in dieser Frage zu ihm und nicht zu unserm Ministerium (unserm Könige) stehen... Wir wissen ja schon längst, daß dieses Ministerium mit jedem Schritte, gleichviel ob in der innern oder äußern Politik, ein Stück preußisches Land zertritt, wir wissen längst, daß Preußen in den Händen dieses Ministeriums entweder zur Ohnmacht oder zum Selbstmorde verurteilt ist. Unsre Wahl kann bei dieser Überzeugung nicht zweifelhaft sein: wir ziehen die Ohnmacht dem Selbstmorde vor." Von ähnlicher Weisheit leuchtete damals beinahe das ganze preußische Abgeordnetenhaus. Kaum ein Dutzend Mitglieder waren davon nicht illuminirt.

nähere Beziehung treten, wie dies früher ohne jede ministerielle Vermittlung der Fall war, wie unser König noch 1847 bei den Vorlagen für den Vereinigten Landtag ohne verantwortliche Minister, in konstitutionellem Sinne, direkt der parlamentarischen Diskussion, die auch mitunter die Rohheit des Neulings hatte, gegenüberstand — das hat dem Königtume bei uns nichts geschadet; im Gegenteil, auf diesem Boden der Wechselbeziehungen zwischen Volk und König ist das Königtum so stark und so groß geworden, daß Sie, meine Herren (der Kanzler wendete sich bei diesen Worten den Bänken der Fortschrittspartei zu), nicht in direkte Beziehung mit ihm zu kommen wünschen, sondern Sie wünschen das Königtum durch einen Vorhang verdeckt. Aber wenn wir sehen, was das Königtum bei uns geleistet hat, so sollten wir uns doch bemühen, es zu fördern, zu pflegen, zu beleben, und nicht dahin zu wirken, daß es gewissermaßen durch Nichtgebrauch obsolet wird. Alles in der Welt, was man in den Schrank stellt und nicht benutzt, das verliert an seiner Anwendbarkeit und seiner Brauchbarkeit, und so ist es auch mit dem für Preußen ganz unentbehrlichen monarchistischen Elemente, welches in unserm stark monarchistisch gesinnten Volke herrscht. Nehmen Sie uns das, was können die Herren an dessen Stelle setzen? Wenn Sie uns diesen starken, in unsrer hundertjährigen ruhmvollen Geschichte tief wurzelnden König zersetzen, verderben, in ein Wolkenkukuksheim verflüchtigen wollen — Sie bringen uns damit das Chaos, und Sie haben, glaube ich, in Ihrem ganzen Vermögen nichts, was Sie an dessen Stelle setzen, wenn Sie dem Preußen die ausreichende, hausbackene, direkte persönliche Beziehung zum Königtum nehmen, und weil ich das weiß aus meinen eignen Erlebnissen, . . aus der preußischen Geschichte und aus den Traditionen meiner Väter und meiner Verwandten, daß wir garnichts haben an dessen Stelle,

darum fechte ich und trete ich ein mit meiner Unterschrift für den lebendigen König, der entschlossen ist, sein Recht zu vindiziren, und welcher sagt: Ich habe das Recht und lasse mir's nicht nehmen durch keine Reden und falschen Auslegungen der Verfassung, durch keine Legenden, die sich an die Verfassung knüpfen, und die nicht darin stehen."

Fassen wir diese Erklärungen zusammen und wenden wir sie mit Zuhilfenahme andrer Deklarationen des Kanzlers auch auf das deutsche Reich an, so gelangen wir zu folgenden Wahrheiten: Der König von Preußen, der deutsche Kaiser herrscht nicht bloß, sondern regiert auch. Die Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit seiner Person benimmt seinen Äußerungen und Handlungen als König und Kaiser die Natur selbständiger Willensakte in keiner Weise. In Preußen und im deutschen Reiche wird verfassungsmäßig, aber nicht parlamentarisch wie in England, wird von Ministern im Auftrage des Königs, nicht im Auftrage der jeweiligen Majorität der Volksvertretung regiert. Nach den Verfassungen ist der oberste Träger der Staatsgewalt kein bloßer abstrakter Begriff, kein bloßer Repräsentant des Königtums, kein bloßer Sanktionirungsapparat, aufgestellt zu dem Zwecke, die nach den Abstimmungen der Mehrheit in den Parlamenten geschaffenen Gesetze für die Praxis einzuweihen, sondern eine lebendige Persönlichkeit mit einer Meinung und einem Willen, mit denen er nicht unter, sondern neben und in wesentlichen Beziehungen, wie als ausschließlicher Inhaber des Rechts über Krieg und Frieden und der gesamten Exekutivgewalt, über der Volksvertretung steht. Das Parlament ist ein mitbeschließender Faktor bei der Gesetzgebung, die von seiner Mehrheit vertretene Meinung aber kann, wie sie dem Souverän nicht Minister aus der Mitte dieser Mehrheit aufdrängen kann, ihn auch nicht hindern, seiner Überzeugung in kritischen Augen-

blicken öffentlich und feierlich Worte zu geben und dieselbe so in die schwankende Wagschale zu werfen. Die Verfassung Preußens und Deutschlands hat nur die Wirkung, einesteils einen bestimmten Kreis der Regierungshandlungen an Gesetze zu binden, die aus der Vereinbarung der Volksvertretung mit der Regierung, im Reiche zugleich mit den im Bundesrate repräsentirten Landesregierungen hervorgehen, und andernteils den Souverän mit verantwortlichen Räten zu umgeben, die von ihm gewählt sind und nur durch ihn von ihrem Posten entfernt werden können. Wenn der Geist der Parteien, welche den fremdländischen Parlamentarismus, zu deutsch die Herrschaft der Volksvertretung und im letzten Grunde bewußt oder unbewußt die Verwirklichung der Volkssouveränetät anstreben, dieses verfassungsmäßige, im Geiste des preußischen Volkes wurzelnde, von der Geschichte Preußens und Deutschlands wiederholt als heilsam und notwendig erwiesene Verhältnis nicht anerkennt, wenn der Liberalismus den Kaiser und König zu einem stummen Prinzip machen, ihn als politisch mundtot und gewissermaßen nur ornamental ansehen will, so nimmt er einen völlig irrtümlichen Standpunkt ein, so hält er seine Wünsche fälschlich für bereits zu Thatsachen geworden, so steht er weder auf klarem gesetzlichen, noch auf historischem Boden, sondern in der trüben Luft seiner Einbildungen. Wir aber wollen dem Himmel danken, daß bei uns nicht das parlamentarische System der Engländer, Belgier, Franzosen und Italiener herrscht, daß unsre Verfassungen unsre Wohlfahrt und unser Gedeihen nicht der Gnade der Majoritäten von heute zu morgen ausliefern; denn nichts ist schwerer zu tragen als deren Herrschaft, durch nichts ist das Interesse der Schwachen in Verfassungsstaaten besser geschützt als durch eine starke, solide monarchische Gewalt neben der Volksvertretung mit ihrem Fanatismus für Modedoktrinen,

nie ist die wahre Freiheit so arg mit Füßen getreten worden als von der Unduldsamkeit, der Unbilligkeit und der Herrschgier der Demokraten, welche das Streben nach Freiheit auf ihre Fahne schrieben, nichts endlich hält die nationale Einheit besser zusammen, nichts stärkt sie mehr als ein kraftvoller Wille im Zentrum, nichts gefährdet sie und damit die Freiheit der Deutschen gegenüber dem Auslande mehr als das schwächende, verzögernde, zersetzende Wesen der Demokratie, welche mehr oder minder bewußt und energisch in allen liberalen Lagern vertreten ist, die Taktik und Strategie beeinflußt und den Ton angiebt.

Die starke Hervorhebung der Bedeutung des Königtums, die in den angeführten Äußerungen Bismarcks vorliegt, könnte zu mißverständlichen Auffassungen führen. Man könnte trotz gegenteiliger Versicherungen meinen, daß ihm im Grunde ein rationell und wohlwollend verfahrender, ganz unbeschränkter Souverän höher stehe und lieber sei als ein solcher, wie ihn die Verfassungen bestimmen, und in der That ist das behauptet und daran die Befürchtung geknüpft worden, er bestrebe sich bereits in dieser Richtung. Dagegen sei an eine Erklärung erinnert, die er am 9. Juli 1879 bei Gelegenheit einer Debatte über die Finanzreform abgab, und in der er bemerkte: „Als wir 1866 aus dem Kriege zurückkamen, wäre es für mich in der Stellung, die ich damals, in kleinerem Kreise einflußreicher wie heute, einnahm, sehr leicht gewesen, ja, ich habe sogar mit Mühe mich dessen zu erwehren gehabt, zu sagen: Jetzt ist Preußen größer geworden, die Verfassung ist dafür nicht berechnet, wir müssen sie neu vereinbaren, kurz, die kühnste und einschneidendste Reaktionspolitik mit dem Erfolg, der noch von Königsgrätz an den Dingen klebte, mit vollen Segeln zu treiben. Sie wissen, daß ich das Gegenteil gethan, und daß ich mir dadurch zuerst die Abneigung eines großen Teiles meiner ältern politischen

Freunde zugezogen habe, und es hat mich schwere Kämpfe gekostet, das Gegenteil, die Indemnität, das Fortsetzen des konstitutionellen Systems durchzuführen. Habe ich das aus Liebe zum konstitutionellen Systeme gethan? Meine Herren, ich will mich nicht besser machen als ich bin, ich muß das ganz bestimmt verneinen. Ich bin kein Gegner des konstitutionellen Systems, im Gegenteil, ich halte es für die einzig mögliche Regierungsform. Aber wenn ich geglaubt hätte, daß eine Diktatur in Preußen, daß der Absolutismus in Preußen der Förderung des deutschen Einigungswerkes nützlicher gewesen wäre, so würde ich ganz unbedingt zum Absolutismus geraten haben. Aber ich habe mich nach sorgfältigem Nachdenken — und ich habe schwere und mir teure nahestehende Einflüsse zu bekämpfen gehabt — dafür entschieden: nein, wir müssen auf der Bahn des Verfassungsrechtes weitergehen, was außerdem meinen innern Empfindungen und meiner Überzeugung von der Gesamtmöglichkeit unsrer Politik entspricht. Es entstand dann für mich, thatsächlich aus den Beziehungen der kirchlichen Frage zur polnischen, der Konflikt über die kirchlichen Angelegenheiten. Dieser Kampf beraubte mich der natürlichen Unterstützung der konservativen Partei, auf die ich hätte rechnen können, und die Wege, die ich, um die Verfassung des deutschen Reiches auszubauen und in Wirksamkeit zu setzen, um ihr durch praktische Belebung eine Bürgschaft der Dauer zu geben — die Wege, die ich dazu gehen mußte, wären wahrscheinlich andre geworden, wenn die konservative Partei mich damals nicht im Stiche gelassen hätte... Ich habe in diesem Konflikte gekämpft mit der Lebhaftigkeit, die mir, wie ich hoffe, in allen Sachen, wo es sich meinem Bewußtsein nach um das Wohl meines Vaterlandes und um die Rechte meines Königs handelt, solange ich lebe, eigentümlich bleiben wird, aber ich muß auch hier [wie früher in Betreff des

Konfliktes während der Jahre des budgetlosen Regiments] sagen: Ich halte Konflikte wohl unter Umständen für tapfer durchzukämpfen, aber nie für eine auf die Dauer zu erstrebende Institution, und wenn sich Mittel und Wege bieten, die Schärfe der Gegensätze zu mildern, ohne daß man an die Prinzipien der eigentlichen Streitfrage rührt, wenn man sich gegenseitig kennen und durch gemeinsames Arbeiten an einem hohen Zwecke sich gegenseitig achten lernt — ja, so liegt es doch wahrscheinlich nicht in meiner Berechtigung als Minister, solche Wege zu verschließen und von der Hand zu weisen."

Kein Parlamentarismus nach englischem oder französischem Muster also, aber deshalb kein Absolutismus, sondern Konstitutionalismus, streng verfassungsmäßiges Regiment, gleich sorgfältige Wahrung der Rechte der Krone wie der Befugnisse der Volksvertretung, ein König, der nicht jenseits des realen politischen Lebens, sondern diesseits, mitten drin steht, sich persönlich daran beteiligt, und Verwaltung des Staates durch die königlichen Beamten nach Gesetzen, die durch Zustimmung der Mandatare des Volkes in Reichstag und Landtag, aber nicht allein durch diese Körperschaften zustande kommen — das ist in der Kürze der Inhalt des ersten Artikels des politischen Kredos, zu dem sich unser Reichskanzler in Betreff der innern Angelegenheiten des Reiches und Preußens bekennt, das er im Laufe seiner Thätigkeit als Minister auszubreiten und zu verwirklichen bemüht gewesen ist. Dieser Artikel hat seine Stellung zu allen weitern Fragen der innern Politik bestimmt.

Parteiministerien sind in Preußen nach der Überzeugung Bismarcks unmöglich. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. Januar 1873 bemerkte er in dieser Beziehung: „Das Ministerium muß einen vorwiegend gouvernementalen — gestatten Sie mir nach meiner ganzen Herzensauffassung den Aus-

druck — königlichen Charakter tragen. Sowie wir in Parteiministerien hineingeraten, so werden die Gegensätze geschärft. Der König allein und die Emanation, die von ihm und seiner politischen Auffassung ausgeht, bleibt parteilos und in dieser Stellung über den Parteien; auf dieser Höhe der Krone muß meines Erachtens die Regierung in Preußen gehalten werden. Es kann notwendig sein, nach dem gouvernementalen Gefühl Seiner Majestät und der Regierung, mit einer Partei zu gehen und in andern Fällen mit einer andern. In England wird ein solcher Wechsel gewöhnlich durch einen Ministerwechsel charakterisirt: sollen reaktionäre Maßregeln getroffen werden, so übernimmt die liberale Partei das Ruder, in der richtigen Voraussetzung, daß sie die nötigen Grenzen nicht überschreiten wird; sollen liberale Maßregeln getroffen werden, so tritt vorzugsweise die konservative Partei ans Ruder aus derselben Rücksicht. Bei uns sind die Parteigegensätze noch zu schroff, und das staatliche Gefühl, das Gefühl, daß jedes Individuum für die Regierung und für gute Regierung des Staates, auch wenn sie außerhalb und unabhängig von der eignen Partei erfolgt, verantwortlich bleibt, das ist bisher nicht in dem Maße wie in England ausgebildet, wenn ich auch nicht leugne, daß wir in den letzten Jahren immense Fortschritte gemacht haben... Jeder fängt an, der Notwendigkeit der Forterxistenz einer geordneten Regierung des Staates Rechnung zu tragen, wenn er nicht etwa einer Partei angehört, die grundsätzlich diesen Staat negirt, weil er nach ihrer Meinung überhaupt nicht existiren sollte." Die hier ausgesprochene Ansicht hält Bismarck noch jetzt fest, wie aus einem Passus seiner oben zitirten großen Rede vom 24. Januar 1882 hervorgeht, in welchem es heißt: „Ein großer Staat regiert sich nicht nach Parteiansichten, man muß die Gesamtheit der Parteien, die im Lande vorhanden sind, in

Abwägung bringen und aus dem Resultate dieser sich eine Linie ziehen, der eine Regierung als solche folgen kann.“ Desgleichen lassen sich gewisse Sätze aus der Rede, die der Reichskanzler am 14. Juni 1882 im Reichstage hielt, hier als Belege anführen. Er behauptete da, daß eine Parteiregierung in Deutschland unmöglich sei, „weil jede Partei stets unter dem Eindrucke der Fortentwicklung ihrer Parteirichtung stehe. Diese Fortentwicklung findet,“ so bemerkte er weiter, „notwendig in der Richtung ihres Extrems statt, das weitere Fortschreiten erfolgt in der Richtung, der die Partei überhaupt angehört. Eine konservative Partei wird der Gefahr der Reaktion immer unterworfen sein, wenn sie länger regiert, es wird sich immer einer finden, der noch in konservativerer Richtung weitergehende Theorien aufstellt, für die er, wie für alle Extreme, leicht die Menge der Parteiwähler gewinnt. Dasselbe ist in der liberalen Partei der Fall, da wird immer einer den andern überbieten in Liberalismus — so ist es in Frankreich gegangen seit 1789, so ist es in England gegangen seit der Reform (von 1832) — und der Überbotene wird immer Unrecht bekommen, und die Neuwahlen brauchen garnicht mit Caucus bearbeitet zu werden wie bei uns und in England, sie werden von selbst sich schon dem, der mehr als der frühere auf die Regierung schimpft, zuwenden, und auf diese Weise wird jede Partei ... durch die Maßlosigkeit doktrinärer Forderungen der extremen Parteigenossen schließlich in die bedauerliche Lage kommen, daß sie die Dynastie nötigt, sich mehr an andre Parteien und Elemente anzulehnen im Interesse ihrer Erhaltung... Ich bitte Sie, meine Herren, sich das Beispiel der Herbstschen Partei in Österreich — die Herbstzeitlosen nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit gethan — doch einigermaßen zu Herzen zu nehmen, wohin eine Parteitaktik führt, in der jeder Führer von morgen den Führer von

heute überbietet, nachdem der Führer von heute den Führer von gestern durch Übergebot schon ruinirt hat. Deshalb sage ich, ist eine Parteiregierung bei uns ganz unmöglich, und wenn sie angefangen hat, so wird sie sich in kürzester Zeit durch die Maßlosigkeit der Doktrin, die den Deutschen noch mehr als andern eigentümlich ist, und in dem Druck der Wahldämpfe, die künstlich geschürt werden oder von unten aufsteigen, ruiniren." Als Ergänzung hierzu kann die Erwiederung dienen, mit welcher der Kanzler im Herbst 1881 den Einspruch eines Abgeordneten gegen die Behauptung abwies, daß die Fortschrittspartei und die nach ihrem Standpunkte hingleitenden Fraktionen endlich bei der Republik anlangen müßten. Er lenkte hier die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Geschichte und zunächst auf die Girondisten hin, welche überall eine Ordnung in dem liberalen und humanen Sinne, wie er der Fortschrittspartei vorschweben möge, herstellen gewollt hätten und überall über ihr Ziel hinausgelangt seien. „Und so ging es," fuhr der Kanzler fort, „weiter in Frankreich. Es gab dort eine erbliche, solid erbaute Monarchie mit sehr verständigen Verfassungen, mit allen möglichen monarchischen Formen, mit Restauration und Kaisertum. Alles das ist durch den Parlamentarismus in die republikanische Bahn geglitten. In andern Ländern hat die Praxis der Vorsehung sich nicht in gleichem Maße entwickeln können, weil sie nicht so selbständig dastehen wie Frankreich. Wären z. B. Holland und Belgien so groß und unabhängig wie dieses, so würde nach ihrer ganzen politischen Auffassung und Bewegung zu bezweifeln sein, ob sie sich heute noch innerhalb des Stadiums der Monarchie befänden. Nehmen wir Italien. Hier hat man die Republik schon lokal und vorübergehend gehabt. Jetzt spukt sie wenigstens in vielen Köpfen als Zukunftsbild für die Gesamtheit, und man ist dort dem deutschen Fortschritte weit voraus.

Wenn Gott dort nicht die Dynastie erhält, die nur auf wenigen Augen steht, so kann niemand dafür bürgen, daß der Endpunkt, dem die dortige Entwicklung seit zwanzig Jahren zustrebt, erreicht wird. Jedenfalls ist dort von Regierung zu Regierung der Schwerpunkt des politischen Lebens weiter nach links gerückt,*) sodaß das Land, ohne republikanisch zu werden, nicht weiter links rücken kann. Auch in Spanien hat man infolge des parlamentarischen Systems, das die Fortschrittspartei im Auge hat, temporär die Republik gehabt, ja verschiedne Arten derselben, die einander bekämpften. Und in Deutschland — als hier die Dinge sich selbst überlassen waren, und der preußische »Militarismus« noch keinen Damm setzte — hat man da nicht in Baden dieselbe Bereitwilligkeit gezeigt, die Monarchie über Bord zu werfen und die Republik einzuführen? Jene Prophezeiung von dem Ziele, dem die Fortschrittspartei mit ihren Anschauungen und Tendenzen zugleitet, sind also keineswegs frivol und unhaltbar... Die Geschichte spricht für mich," schloß der Redner zuversichtlich. „Die Doktrinäre der Wissenschaft haben sich gegen mich geäußert. Ich halte mich an die Geschichte... Und ich bin ja auch in einer Stellung, wo ich beobachten kann, und ich habe wenigstens in der auswärtigen Politik zwanzig Jahre den Beweis geliefert, daß meine Augen nicht ganz blind sind für die Eventualitäten, denen die Geschichte uns entgegen führen kann. Also mit dem Gewichte meiner Erfahrung und Stellung spreche ich als Zeuge mich dahin aus, daß die Politik der Fortschrittspartei uns langsam der Republik entgegenführt. Nicht die jetzigen Herren, ich bin weit entfernt, sie dessen zu beschuldigen... Ich kann nur sagen, die Art und Stellung, welche die Monarchie von ihren Ministern verlangt, ist nicht die, welche

*) Gegenwärtig, 1883, macht sich ein heilsamer Rückgang bemerklich, doch fragt sichs, ob er von Dauer sein wird.

den Herren vorschwebt. Ich zweifle ihren aufrichtigen Willen, die konstitutionelle Monarchie in ihren äußersten Grenzen zu verwirklichen, in keiner Weise an; ich glaube nur, sie beherzigen die Lehren der Geschichte nicht, sie drücken ihnen gegenüber die Augen zu, sie sind nicht imstande, die Maschine aufzuhalten, wenn sie da angekommen ist, wohin sie sie geleitet haben. Der Weg wird abschüssig, und sie können der gewaltigen Last von fünfundvierzig Millionen nicht Halt kommandiren, sie wird sie überwältigen."

Eine weitere Ergänzung dieses Glaubenssatzes haben wir in der auf die Kraft der Regierung und den festen Willen ihrer jetzigen Leiter, des Kaisers und des Kanzlers, gegründeten Vorhersagung des letztern zu erkennen, die er am 2. Dezember 1881 in einem Gespräche mit dem Verfasser dieser Schrift äußerte. „Wenn die Opposition," sagte er, „noch lange im gegenwärtigen Sinn und Stil fortnegirt, keine Reform aufkommen läßt und selber keine zu leisten imstande ist, so wird sie beim Unmöglichen anlangen, bei dem, was nicht zu ertragen ist und nicht zu dulden. Auch das »Glück von Edenhall« — man wird das Bild hoffentlich begriffen haben*) —, Sie kennen's, das Uhlandsche Gedicht. Auch das könnte, wenn man ihm von jener Seite zuviel Haltbarkeit zutraute, man mit zu grober Hand experimentirte, einmal zu Grunde gehen — die deutsche Verfassung."

Artikel 44 der preußischen Verfassung bestimmt: „Die Minister des Königs sind verantwortlich," und im Artikel 61 heißt es: „Die Minister können durch Beschluß eines der beiden Häuser des Landtags wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Verrates angeklagt werden." Das ist aber eine Theorie, die erst praktisch werden würde, wenn das

*) Er hatte es einen oder zwei Tage vorher öffentlich gebraucht.

Ministerverantwortlichkeitsgesetz, welche der Schlußsatz dieses Artikels mit den Worten: „Die nähern Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und über die Strafen werden einem besondern Gesetze vorbehalten," ins Auge faßt, zwischen den drei gesetzgebenden Faktoren vereinbart und in Kraft getreten wäre, und dies ist bis jetzt nicht der Fall, indem die Regierung die Bedenken, die der Sache, als sie 1863 durch einen Gesetzentwurf seitens der Fortschrittspartei angeregt wurde, entgegenstanden, noch nicht für erledigt anzusehen scheint. Bismarck erklärte damals (22. April) im Abgeordnetenhause, die Regierung halte die Zeit für noch nicht geeignet zur Einbringung eines solchen Gesetzes, da „die Verfassungsurkunde für die Handhabung desselben noch keine klare und vollständige Grundlage darbiete," indem „über die Bedeutung wesentlicher Teile der Verfassung tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen der Krone und dem Lande und zwischen den beiden Häusern des Landtags zu Tage getreten seien." ... „Diejenige Thätigkeit der Regierung," fuhr er fort, „welche von Ihnen als verfassungswidrig angefochten wird, bewegt sich vorzugsweise auf dem Felde der Frage, was Rechtens sei, wenn wegen Mangel an Übereinstimmung der drei Faktoren der Gesetzgebung ein Staatshaushaltsgesetz nicht zustande gekommen ist. Für diese Frage enthält die Verfassung keine Bestimmung... Wenn bei einer solchen Lage der Dinge ein Gericht berufen würde, auf Grund eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit die Frage zu entscheiden: ist die Verfassung verletzt oder ist sie es nicht, so wäre damit dem Richter zugleich die Befugnis des Gesetzgebers zugewiesen, er wäre berufen, die Verfassung zu interpretiren oder materiell zu vervollständigen... So hoch ich auch den preußischen Richter als juristische Autorität stelle, so hat doch die Regierung nicht geglaubt, daß von dem einzelnen

Urteilsspruche eines Gerichts, wie er sich nach der subjektiven Ansicht der Mehrheit der Stimmenden herausstellen würde, die politische Zukunft des Landes, die Machtverteilung zwischen der Krone und dem Landtage, sowie zwischen den Häusern des Landtages abhängig gemacht werden dürfe. Sie hat geglaubt, daß diese staatsrechtliche Frage nur von der Gesetzgebung, nur von der Verständigung zwischen den Faktoren der Gesetzgebung entschieden werden könne, und sie vermag deshalb unter den jetzigen Umständen dem von Ihnen eingebrachten Gesetzentwurf ihre Sanktion nicht zu erteilen."

Die in Preußen bestehende kollegiale Einrichtung des Ministeriums billigt der Reichskanzler nicht. Er nannte sie in der Sitzung des Reichstags, die am 16. April 1869 stattfand, „einen staatsrechtlichen Mißgriff und Fehler, von dem jeder Staat sobald als möglich loszukommen suchen sollte," und bezeichnete es als „einen immensen Fortschritt," wenn Preußen künftig nur einen verantwortlichen Minister hätte. „Worin," so fragte er dann, „besteht denn diese Verantwortlichkeit? Es ist hier gesagt worden, sie solle geschaffen werden (für den Norddeutschen Bund) durch Kollegien; ich sage: sie verschwindet mit Einführung des Kollegiums, sie ist vorhanden für den Einzelnen, der muß mit seiner Person für etwaige Mißgriffe einstehen; aber als Mitglied des Kollegiums sagt er: wie können Sie wissen, ob ich nicht überstimmt bin, . . . ob die Schwierigkeiten, die Friktionen, die ich auf meinem Wege gefunden habe, nicht unüberwindlich waren, ob nicht Gesetze sieben Jahre deshalb in Rückstand geblieben sind, weil sieben ehrliche Leute sich nicht darüber haben verständigen können, wie der Text lauten soll. Es entsteht in einem Kollegium, wenn eine Sache zu Ende kommen soll, mitunter gewissermaßen die Notwendigkeit, zuletzt Kopf oder Schrift darüber zu spielen, wie es sein soll, so not-

wendig ist eine Entscheidung, so notwendig ist es, daß einer da ist, der schließlich sagt: so soll es sein." „Es ist bei uns," so sagte er ferner am 25. Januar 1873 im Abgeordnetenhause, „der eigentümliche Fall, daß der Präsident des Staatsministeriums, obwohl ihm ein größeres Gewicht der moralischen Verantwortlichkeit wie jedem andern Mitgliede ohne Zweifel zufällt, doch keinen größern Einfluß als irgend einer seiner Kollegen auf die Gesamtleitung der Geschäfte hat, wenn er ihn nicht persönlich sich erkämpft. Unser Staatsrecht verleiht ihm keinen. Wenn er diesen Einfluß gewinnen will, so ist er genötigt, ihn durch Bitten, durch Überreden, durch Korrespondenzen, durch Beschwerden beim Gesamtkollegium, kurz und gut durch Kämpfe zu gewinnen, welche die Leistungsfähigkeit des Einzelnen in sehr hohem Maße in Anspruch nehmen. Die Mittel sind schwach, die Aufgabe ist groß, und die Last, die zu bewegen ist, wenn es gilt, einen anders denkenden Kollegen zu überzeugen, ist oft mit der Wirkung der Bitte und Überredung allein nicht zu bewältigen." Die Moral, die dann hieraus abgeleitet wird, lautet: „Man muß entweder die kollegiale Verantwortlichkeit rein feststellen und sich nicht daran kehren, wer Ministerpräsident ist, und diesem nicht das geringste an höherer Verantwortlichkeit . . . zuweisen als jedem andern Staatsminister, oder man muß diesen (den Premier), wenn man ihn stärker als die andern zur Verantwortung ziehen will, also neben dem jedesmaligen Ressortminister in erster Linie, mit andern Mitteln ausstatten," d. h. ihm das Recht beilegen, bei Meinungsverschiedenheiten schließlich nach seiner Ansicht und Absicht zu entscheiden. In der Reichstagssitzung vom 13. März 1877 äußerte er sich über dieselbe Sache in ähnlicher Weise wie 1869: „Ich halte eine Verantwortlichkeit, die auf Ministern ruht, welche sich gegenseitig mit Majorität und Minorität überstimmen, doch eigentlich für keine

irgendwie faßliche. Wer trägt denn die Verantwortlichkeit für die Beschlüsse des Reichstags und jeder andern parlamentarischen Versammlung? Können Sie den Einzelnen dafür in Anspruch nehmen? Können Sie ihm die Verantwortlichkeit dafür aufbürden, wenn Sie finden, daß die Beschlüsse des Reichstags dem, was sich verantworten läßt, nicht entsprechen? Der Einzelne wird vielleicht sagen: Ich bin überstimmt worden, und wenn ich auch nicht in der einzelnen Frage überstimmt worden bin, so bin ich doch durch die Majorität gezwungen worden, im ganzen einen Weg zu gehen, den ich, wenn ich allein zu bestimmen hätte, nicht gegangen sein würde... Ich weiß nicht, wie Sie von einem Ministerium, das in sich kollegialisch abstimmt, in höherm Maße eine Verantwortlichkeit verlangen wollen als von einer parlamentarischen Versammlung, während sie den einzelnen leitenden Minister, gegen dessen Willen wenigstens nichts geschehen kann, für das, was geschieht, immer verantwortlich machen können... In der Politik besteht die Verantwortlichkeit, meinem Gefühle nach, wesentlich darin, ob jemand schließlich nach dem Urteil seiner Mitbürger sich blamirt in der Politik, die er macht, oder nicht, ob er ... nach dem Urteil seiner Mitbürger und in erster Linie der Vertretung derselben die Geschäfte so geführt hat, wie man von einem zum Ministeramte ausgestatteten und wählbaren Mann überhaupt verlangen kann, oder ob er sie leichtsinnig, ungerecht, parteileidenschaftlich geführt hat... Dies wird gegen einen Einzelnen oft ungerecht sein, wenn er Mitglied eines Ministeriums gewesen ist, in dem er überstimmt wurde. Hat er in dem Kollegium ein unbedingtes Veto gehabt, so wird man ihn mit Recht für das in Anspruch nehmen können, was dort geschehen ist."

Daraus zieht der Kanzler den Schluß, daß der Premierminister oder Ministerpräsident wie im Reiche so auch in Preußen

die ausschlaggebende Stimme haben sollte. Am 5. März 1878 sagte er im Reichstage: „Es wurde vorhin erwähnt, daß einzelne Ressorts ... unter Umständen einer finanziellen Kontrole bedürften. Ja, diese Kontrole kann doch nicht soweit gehen, daß Sie aus dem Finanzminister den Vorgesetzten eines dieser Ressorts machen. Es kann dann immer das Bedürfnis einer Entscheidung eintreten, die bei solchen Streitigkeiten in Preußen auch noch nicht vom Ministerium mit rechtlicher Wirkung gegeben werden kann, sondern die dann schließlich beigelegt oder von Seiner Majestät entschieden wird. Nun, in allen kleinen Stücken bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Finanzminister und einem Ressortchef an Seine Majestät zu gehen, würde sehr weit führen, und da hat die Reichsverfassung den Vorzug vor der preußischen Verfassung, daß sie einem der Minister, dem Kanzler, dem Premierminister an und für sich, das Entscheidungsrecht giebt. In Preußen muß er zu dem Kollegen, mit dem er sich nicht verständigen kann, sagen: einer von uns muß gehen, und das giebt langwierige, oft jahrelang sich hinziehende Debatten. Im Reiche nicht; denn da ist ein Minister vorhanden, der das Recht zu verfügen hat."

Seine Stellung zum Herrenhause des preußischen Landtags kennzeichnete Bismarck zunächst durch Erklärungen, die er vor dieser Körperschaft am 15. und 24. Januar 1865 abgab. Am erstgenannten Tage sagte er: „Die königliche Regierung wird aus konstitutioneller Überzeugung den Bestand des Herrenhauses und seine organische Fortbildung gegen jede Anfechtung vertreten; sie hält diejenigen konstitutionellen Staatsmänner für sehr kurzsichtig, welche glauben, sie könnten einen Faktor der Verfassung anfechten, ohne dabei das ganze System unsrer Verfassung in Frage zu stellen. Eine Regierungsgewalt, welche sich dazu herbeiließe, den einen Faktor der Gesetzgebung will-

kürlich zu beseitigen oder zu ignoriren, würde wenigstens durch Verfassungsbedenken schwerlich bewogen werden, vor dem andern Halt zu machen." Und das andremal bemerkte er: „Das leichte Auskunftsmittel, den Konflikt zwischen beiden Häusern des Landtags dadurch zu beseitigen, daß die Regierung die Verpflichtung übernimmt, jedesmal, wo das Herrenhaus mit dem Abgeordnetenhause nicht übereinstimmt, das Herrenhaus durch Ernennung von Mitgliedern in Übereinstimmung mit dem Abgeordnetenhause zu bringen, halte ich für gesetzwidrig, weil es dem Geiste der Verfassung widerspricht. Es führt zu dem Einkammersysteme, welches prinzipiell ein Oberhaus verlangt, dessen Nichtübereinstimmung mit dem Abgeordnetenhause garnicht gedacht werden kann. Es untergräbt vollständig das Institut eines Herrenhauses, einer ersten Kammer, eines Oberhauses, wie man es nennen mag, welches gerade der Träger einer Politik sein soll, die nicht den Tagesmeinungen mit Leichtigkeit folgt, sondern den Regulator und Ballast im Landtagsschiffe abgiebt. Dasselbe Experiment, welches ein Ministerium machen könnte, um ein widersprechendes Herrenhaus durch Ernennung von Mitgliedern in Übereinstimmung mit einem liberalen Abgeordnetenhause zu setzen, dasselbe Experiment müßte demnächst wiederum von einem konservativen Ministerium einem konservativen Abgeordnetenhause zu Liebe gemacht werden — die Möglichkeit ist doch nicht ausgeschlossen, daß wir einmal ein konservatives Abgeordnetenhaus haben können — und wenn wir dann eine liberale Majorität im Herrenhause hätten, so müßte man dasselbe wieder im entgegengesetzten Sinne vervollständigen, wodurch die Zahl der Mitglieder bald eine übermäßige werden und das Herrenhaus nur ein Schatten des Abgeordnetenhauses sein würde, was dem Geiste der Verfassung widerspricht. Später charakterisirte er (am 28. März 1867 im

Reichstage) die Einrichtung einer ersten Kammer überhaupt, eines Oberhauses oder Senats genauer wie folgt: „Es ist ein Hemmschuh, der an der Staatsmaschine angebracht wird, um auf abschüssigen Stellen ein zu rasches Fortgleiten zu hindern; es ist eine stärkere Beteiligung derjenigen, die etwas zu verlieren haben an dem Staatswesen, derer, die nicht geneigt sind, auf Kosten und Gefahr des Staates zu hoch zu spielen, weil der eigne Einsatz zu hoch ist; es ist die Übertragung eines der wesentlichsten Vorzüge der englischen Einrichtungen auf unsre Zustände, eines Vorzugs, den ich darin suche, daß es in England eine große Anzahl annähernd königlicher Existenzen giebt. Ich will näher erläutern, was ich darunter verstehe: gänzlich desinteressirte Existenzen, die auf dieser Welt eigentlich nichts Erhebliches zu wünschen haben, was sie verleiten könnte, anders als nach ihrer wohlbedachten ruhigen Überzeugung vom Besten des Staatswohles zu urteilen; ich will lieber sagen: befriedigte Existenzen, denen der Trieb fehlt, auf dem politischen Gebiete die Befriedigung sozialer und finanzieller Bestrebungen zu suchen. Das halte ich für einen außerordentlichen Vorzug der englischen Zustände. Man experimentirt dort nicht so leicht, weil diejenigen, welche dort experimentiren sollen, zusammen einen gewaltig hohen Einsatz von Vermögen und Wohlsein zu verlieren haben."

Im Februar 1881 endlich äußerte der Kanzler sich über die in Rede stehende preußische Körperschaft privatim ungefähr in folgender Weise: „Die praktische Beteiligung des Herrenhauses an unsrer Politik ist in der letzten Zeit mangelhaft gewesen, doch dürfen wir die Quelle dieses Übelstandes nicht in ihm allein suchen. Allerdings fällt dabei ein gewisser Mangel an Interesse für staatliche Angelegenheiten, der bei einem großen Teil unsrer Lords zu beobachten ist, erheblich ins Gewicht. Die Hauptschuld

jedoch trägt meines Erachtens die Staatsregierung, und zwar deshalb, weil sie nicht nur die finanziellen Vorlagen, sondern gleichzeitig auch alle wichtigen und Interesse erweckenden andern Vorschläge und Entwürfe zuerst an das Abgeordnetenhaus bringt. Jenes ist durch die Verfassung geboten, dieses nicht. Um ein Beispiel hierfür anzuführen, hat man sämtliche Organisationsgesetze, sowohl die, welche für die ganze Monarchie, als die, welche für einzelne Provinzen bestimmt waren, regelmäßig und ausschließlich zunächst dem Abgeordnetenhause vorgelegt, welches sie entweder in seinen Kommissionen liegen oder sie wenigstens nicht vor der Schlußwoche der Session dem Herrenhause zukommen ließ. Manchen Leuten kann dabei eine Variation des Schillerschen Verses einfallen, die ungefähr lauten würde: Wenn das Laster satt ist, setzt sich die Tugend zu Tisch. Mit andern Worten: Der bescheidne Teil wird seiner Bescheidenheit gemäß hintangesetzt und übel behandelt... Ich bin der Meinung, daß diese Politik weder recht würdig noch recht praktisch ist... Ich kann mich der Befürchtung nicht erwehren, daß spätere Regierungen den Fehler zu büßen haben werden, welchen die gegenwärtige mit einem Verfahren begeht, das einer Nullifizirung des preußischen Oberhauses nahe kommt. Der vorhin von mir erwähnte Mangel an Teilnahme für die öffentlichen Angelegenheiten, welcher die größere Anzahl der Mitglieder des Herrenhauses charakterisirt, ist ohne Zweifel teilweise die Folge unzweckmäßiger Einrichtungen, welche jene Körperschaft ihrer Entstehung und Ergänzung zu danken hat. Infolge deren fehlt den meisten Mitgliedern des Hauses eine lebendige Beziehung zum öffentlichen Leben. Der warme Pulsschlag desselben erreicht sie nicht. Es wird Politiker geben, die sich noch der ebenso lebhaften als wirksamen Thätigkeit erinnern, mit welcher die ehemalige erste Kammer, die durch das Herrenhaus ersetzt

worden ist, in das staatliche Leben eingriff, und der solcher Lebhaftigkeit entsprechenden Teilnahme, welche die öffentliche Meinung damals gerade vorzugsweise für die Verhandlungen dieser Kammer an den Tag legte, weil sie in Wahrheit inhaltreicher waren und mehr geistige Kapazität gewahren ließen als die Debatten der zweiten. Wem dies wie mir noch gegenwärtig ist, der kann nicht ohne Bedauern damit das Gewicht und die Wirksamkeit vergleichen, die dem Herrenhause, dem umgestalteten Nachfolger jener Kammer, verblieben sind. Der Fehler, dem wir hier begegnen, liegt aber nicht lediglich an den unzureichenden Wurzeln, welche das Herrenhaus nach seiner Ergänzung mit dem Lande verbinden; denn auch so wie der jetzige Senat Preußens entsteht und zusammengesetzt ist, würde er mehr Bedeutung haben, wenn die Regierung ihm mehr Bedeutung beilegen wollte und nicht durch die Art und Weise seiner Beteiligung an den Landtagsgeschäften und durch die Auswahl bei den Ernennungen dazu beitrüge, daß das Haus auf einen nur geringen Anteil an den gesetzgeberischen Arbeiten beschränkt wird und beschränkt bleibt. Die Form, in welcher unser Oberhaus seine Beteiligung an diesen Arbeiten hinzunehmen genötigt ist, hat die Folge, daß die Vorbereitungen in den Kommissionen und die laufenden Geschäfte im wesentlichen von den Mitgliedern in die Hand genommen werden, die ihren Wohnsitz in der Hauptstadt haben, und letztere sind größtenteils zurückgetretene und mit ihrem Rücktritt mehr oder weniger unzufriedene Beamte... Ehemalige Minister, die wie von Bernuth, Graf Lippe, Friedenthal und Camphausen freiwillig zurückgetreten sind, haben zum Teil die Neigung, die gewohnte ministerielle Thätigkeit als Parlamentarier fortzusetzen, zum Teil die verdrießliche Empfindung, nach ihrer Verabschiedung nicht wieder ein Portefeuille erhalten zu haben oder sonstwie verwendet worden zu sein. Sie müßten

sich einer ungewöhnlich vornehmen Denkart erfreuen, wenn sie Erfolge derer, die jetzt ihre Posten einnehmen, frei von jeder Mißgunst betrachten oder gar herbeiführen zu helfen geneigt sein sollten, und es ist nur menschlich, nur natürlich und gewöhnlich, wenn bloße Durchschnittsnaturen der Versuchung, den Eindruck hervorzurufen, daß ihr Rücktritt eine unausfüllbare Lücke in die Regierungsmaschine gerissen habe, keine höhern patriotischen Rücksichten entgegenzustellen imstande sind. Ich glaube nicht zu hoch zu greifen, wenn ich annehme, daß diese Berliner mit Hinzurechnung einiger Vertreter großer Städte die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl sechzig stellen. Die übrigen Mitglieder des Hauses, namentlich die Vertreter des großen Grundbesitzes in den Provinzen, denen das Hauptgewicht in dieser Versammlung zugedacht war, erscheinen daneben nur bei den seltenen Gelegenheiten, wo der Abstimmungsapparat im Verlaufe weniger Tage die Ergebnisse der Session sanktioniren soll, und das ist ein ganz entschiedner Nachteil. Die erste Frage bei vielen der zu jenem Zwecke in Berlin Eintreffenden ist gewöhnlich die: Wann wird man wieder heimreisen können? Bei der Beratung des Gesetzes über die Feld- und Forstpolizei, welches gerade für den Großgrundbesitz von höchster Wichtigkeit war und ihn mit unerträglicher Vexation bedrohte, sind, wenn ich recht zähle, nur etwas mehr als achtzig Herrenhausmitglieder zur Abstimmung erschienen, und davon gehörten kaum zwanzig den durch dieses Gesetz gefährdeten Grundherren aus der Provinz an... Will daher die Regierung wirksame Politik treiben und nicht bloß einzelne Ressorts verwalten, so wird sie die Notwendigkeit einsehen müssen, den Versuch zu unternehmen, ob eine bessere, mehr auf dem Fuße der Gleichheit mit dem Abgeordnetenhause sich bewegende Behandlung des Herrenhauses nicht bewirken kann, daß dessen Mitglieder sich lebhafter und regel-

mäßiger an den Landtagsgeschäften beteiligen. So, wie der Geschäftsgang bisher war, darf es fernerhin nicht gehalten werden, wenn die wünschenswerte Regeneration des Hauses sich vollziehen soll. Denn wer wollte jetzt etwas Stichhaltiges und Überzeugendes gegen die Ausrede vorbringen, mit welcher die Mehrzahl der 133 Herrenhausmitglieder, die von den 300 bei der letzten namentlichen Abstimmung zugegen waren, auf den Vorwurf antworten konnten, daß sie erst in den letzten beiden Wochen in der Mitte der andern erschienen seien, gegen die Frage nämlich: Was hätten wir denn früher hier gesollt? Etwa an der Thüre des Abgeordnetenhauses warten, bis es den dortigen Herren beliebte, uns den Abhub ihrer Leistungen zukommen zu lassen? Oder auf die Minister warten, bis die für uns Zeit haben? Wir können das ganz und gar ebenso gut zu Hause thun."

Über die Bedeutung des Abgeordnetenhauses in den Augen des Kanzlers haben wir außer den oben zitirten Äußerungen desselben verschiedne andre. Am 21. März 1849 sagte er in der zweiten Kammer: „Geben wir uns doch nicht Illusionen hin, als ob unsre Majoritäten oder Minoritäten in entsprechenden Bruchteilen den Willen des Volkes repräsentirten. Wer von Ihnen, meine Herren, kennt denn die Ahnungen und Gefühle des Volkes (auf die sich der demokratische Abgeordnete d'Ester berufen hatte) so genau, wer kann denn irgend einen glaublichen Nachweis dafür beibringen, daß das, was er dafür ausgiebt, wirklich der Gesamtwille des preußischen Volkes sei. Wir sind gewählt von der Majorität der Wahlmänner und diese wieder von der Mehrheit der Urwähler. Wir alle repräsentiren also nur die Mehrheit einer Mehrheit, vielleicht etwas über ein Viertel der auf der Wahl wirklich erschienenen Urwähler, und da kommen einzelne Fraktionen der Versammlung und wollen

uns ihre Ansichten und ihren Willen als die Ansicht und den Willen des großen preußischen Volkes unterschieben." In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. Februar 1850 bemerkte er ferner: „Der Kommissionsbericht braucht mit einiger Wohlgefälligkeit für die beiden preußischen Kammern den Ausdruck einer Volksvertretung, deren Rechte er nicht geschmälert zu sehen wünscht. Wir sind keine Volksvertretung. Steigen wir herab von diesem Piedestal selbstgeschaffener Größe. Das preußische Volk, wie es in seinen acht Provinzen leibt und lebt, mit seinem Glauben und mit seinen Hoffnungen, mit seiner lebendigen Gliederung und seinen praktischen Bedürfnissen, findet sich in dieser Versammlung nicht abgespiegelt und wiedergegeben. Die preußische Kammer ist nur eine immerhin noch mangelhafte Vertreterin der Steuerkraft, die nach dem Destillationsprozesse der doppelten Wahl etwas mehr als die Hälfte der steuerzahlenden Urwähler in jeder der drei Klassen repräsentirt. Das kann ich eine Volksvertretung nicht nennen. (Der Präsident verwies den Redner auf Artikel 83 der Verfassung.*) . . . Diese Versammlung ist eine vermöge der uns eben zitirten Verfassung mit ganz bestimmten Attributen ausgerüstete. Begnügen wir uns mit diesen Attributen und gründen wir nicht darüber hinaus Ansprüche auf den Titel einer Volksvertretung, der uns in der Verfassung zwar offiziell beigelegt ist, aber die Titel in partibus sind auch offizielle; begnügen wir uns mit dem, was wir haben, und suchen wir nicht unsre verfassungsmäßigen Befugnisse zu überschreiten." Am 29. Januar 1863 endlich erklärte er im Abgeordnetenhause: „Die Verfassung macht zwischen den beiden Häusern des Landtags keinen Unterschied... Der Umstand, daß

*) Derselbe lautet: „Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes."

das Abgeordnetenhaus aus der Wahl hervorgeht, giebt ihm nach der Verfassung kein höheres Recht als dem Herrenhause."

Über das Wahlsystem, aus dem das preußische Abgeordnetenhaus hervorgeht, hat Bismarck sich wiederholt abfällig ausgesprochen, am stärksten in der Reichstagssitzung vom 28. März 1867, wo er es als beispiellos widersinnig und elend und das betreffende Gesetz als ein solches bezeichnete, welches „alles Zusammengehörige auseinanderreiße und Leute zusammenwürfele, die nichts mit einander zu thun haben, und in jeder Kommune mit anderm Maße messe," worauf er fortfuhr: „Hätte der Erfinder dieses Wahlgesetzes sich die praktische Wirkung desselben vergegenwärtigt, er hätte es nie geschaffen. Eine ähnliche Willkürlichkeit und zugleich eine Härte liegt aber in jedem Zensus, eine Härte, die da am fühlbarsten wird, wo dieser Zensus abreißt, wo die Ausschließung anfängt. Wir können es dem Ausgeschlossenen gegenüber doch schwer motivieren, daß er deshalb, weil er nicht dieselbe Steuerquote wie sein Nachbar zahlt, ... gerade Helot und politisch tot in diesem Staatswesen sein soll." Neben diesem Billigkeitsgefühl legt Bismarck aber kein Gewicht in die Wagschale, das der praktischen Wirkung der verschiedenen Wahlgesetze entnommen wäre; denn in derselben Sitzung des Norddeutschen Reichstags bemerkte er, nachdem er der Meinung eines Vorredners beigepflichtet, daß „im ganzen jedes Wahlgesetz unter denselben äußern Umständen und Einflüssen ziemlich gleiche Resultate gebe": „Ich glaube, wenn wir heute auf der Basis des vereinigten Landtags mit zehnjährigem Grundbesitze wählten, würden wir ungefähr dieselbe Vertretung haben, und die Gesamtbestände der Vertretungen Deutschlands haben seit meiner parlamentarischen Laufbahn, seit 1847, nicht gewechselt, ich habe immer dieselben zum Teil lieben, zum Teil kampfbereiten

Gesichter mir gegenüber gesehen." Weiterhin in dieser Rede erklärte er sich ungefähr mit den gleichen Argumenten wie 1849 gegen indirekte Wahlen, indem er sagte: „Wenn man meint, daß die Majorität in jeder Stufe der Wahl nur eins über die Hälfte zu sein braucht, so repräsentirt der Wahlmann nur einen Urwähler mehr als die Hälfte; der Abgeordnete repräsentirt nur einen Mann über die Hälfte der Wahlmänner, deren Gesamtheit ja schon nur etwas über die Hälfte der Urwähler repräsentirt, der Abgeordnete, wenn nicht sehr große Majoritäten überall thätig gewesen sind — ich nehme den schlimmsten Fall an, mit sehr kleiner — repräsentirt mit mathematischer Sicherheit bei den indirekten Wahlen nur etwas über ein Viertel der Urwähler, und die Majorität der Abgeordneten in dem Falle nur etwas über ein Achtel des Ganzen. Von diesen unvermeidlichen Halbirungsstufen scheiden wir bei direkten Wahlen die eine gänzlich aus." Es war nach der obigen Behauptung, daß alle Wahlgesetze ziemlich gleiche Resultate lieferten, wohl nicht viel mehr als eine Artigkeit mit einem Körnchen Ironie, wenn der Kanzler fortfuhr: „Dann habe ich stets in dem Gesamtgefühle des Volkes noch mehr Intelligenz als in dem Nachdenken des Wahlmannes bei dem Aussuchen des zu Erwählenden gefunden, und ich appellire an die ziemlich allgemeine Erscheinung — ich weiß nicht, ob die Herren meine Wahrnehmungen alle teilen, aber ich habe den Eindruck — daß wir bei dem direkten Wahlrechte bedeutendere Kapazitäten in das Haus bringen als bei den indirekten. Um gewählt zu werden bei dem direkten Wahlrechte, muß man in weitern Kreisen ein bedeutendes Ansehen haben, weil das Gewicht der lokalen Gevatterschaft bei dem Wähler nicht so zur Hebung kommt in den ausgedehnten Kreisen, auf die es bei direkter Wahl ankommt. Ich hoffe, das hohe Haus wird für die in-

direkte Schmeichelei, die ich hierdurch ausdrücke, empfänglich sein."

Ein weiterer Glaubenssatz Bismarcks in Betreff der Abgeordnetenwahlen verlangt Ausschluß der Beamten von denselben. Einer seiner Gründe dafür ist, nach der hier ausgezogenen Rede, hinsichtlich des Reichstags „die Besorgnis, daß Beamte zu sehr geneigt sein möchten, den partikularistischen Regungen derjenigen Bundesregierung, der sie dienen, in der Versammlung Ausdruck zu geben." Seine übrigen Gründe gelten auch für das preußische Abgeordnetenhaus, und der wichtigste darunter ist die Lockerung der Disziplin im Beamtenstande. „Wir haben," sagte er, „in Preußen augenblicklich gewissermaßen zwei Verfassungen, die nebeneinander laufen: Wir haben die alte Konstitution des Absolutismus, die ihre Schutzwehr in der Unabsetzbarkeit der Beamten fand, und wir haben die moderne konstitutionelle Verfassung, mit welcher in fast allen andern Ländern diese Unabsetzbarkeit der Beamten unverträglich gedacht wird. . . Die Regierung fühlt sich gehemmt von allen Seiten. Sie kann nicht einmal einen Beamten absetzen, der zwar formell ihren Anordnungen gehorcht, aber in den Geist derselben nicht eingeht. Es hat das seine großen Vorzüge. Ich möchte die Integrität des preußischen Beamtenstandes, sein Ansehen, sein Gefühl der Würde, was ihn bei schlechter, oft unzulänglicher Besoldung über Versuchungen hinweghebt, um keinen Preis verloren geben und möchte lieber die Übelstände einer gehemmten und genirten Regierung noch länger tragen, als unbesonnen in diese Schwierigkeiten hineinschneiden. Aber gerade weil wir sie nicht beliebig beseitigen können, so bedürfen wir aller Mittel, die geeignet sind, eine strenge Disziplin festzuhalten, und scheuen uns vor allem, was geeignet ist, sie zu lockern. Ich kann nicht behaupten, daß es im Lande einen

guten Eindruck macht, ich kann kaum daran zweifeln, daß es das unbehagliche und berechtigte Gefühl, daß etwas krank sein müsse im Staate, hervorruft, wenn man erlebt, daß in der Öffentlichkeit ein Beamter seinem höchsten Chef entgegentritt und ihm gegenüber und in Bezug auf ihn öffentlich eine Sprache führt, die derselbe Beamte ohne Zweifel zu wohl erzogen ist, um sie zu Hause seinem Kanzleidiener gegenüber zu führen... Ich bin als Minister sehr bereit, mir die stärksten Vorstellungen von einem Beamten, der von seinem Pflichtgefühl geleitet wird, in einem Schriftstück gefallen zu lassen, aber ich würde es schwer ertragen, Minister zu bleiben, wenn ich genötigt wäre, in meinem Ressort einen Beamten fortdauernd zu beschäftigen, der mir öffentlich diejenige Achtung versagt, auf die ich in meiner Stellung dauernd Anspruch mache."

Gegen den Schluß dieser Rede erklärte Bismarck es wenigstens für sehr wünschenswert, daß die geistlichen und die richterlichen Beamten von den Wahlen ausgeschlossen würden, wobei er in Betreff der Richter darauf hinwies, daß die Beteiligung derselben an den Parteikämpfen nachteilig auf deren Unparteilichkeit zurückwirke. „Ich bin," sagte er, „namentlich in den ersten Jahren meiner Amtsführung ungemein oft in der Lage gewesen, daß mir Erkenntnisse wegen Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten, die ohne mein Wissen und meine Anregung gefaßt waren, zur Einsicht zugeschickt wurden, mit der Anfrage, ob ich sie veröffentlichen lassen wolle. . . . Im Durchschnitte fand ich, daß dieselben Beleidigungen, die, wenn ein ehrbarer Handwerksmeister sie gegen einen andern ausspricht, eine schwere Strafe, wenn er sie öffentlich ausspricht, Gefängnis- oder eine höhere Geldstrafe nach sich ziehen, dem preußischen Ministerpräsidenten gegenüber angewendet durchschnittlich zehn Thaler kosteten. Für zehn Thaler hatte jeder die Freiheit, mir die

schmachvollsten Injurien öffentlich zu sagen oder drucken zu lassen. Daß da mit einem Maße gemessen war, welches von politischer Beeinflussung gänzlich frei gewesen wäre, den Eindruck habe ich nicht gehabt. Er wurde aber noch dadurch verstärkt, daß ich in einzelnen dieser Erkenntnisse die richterliche Motivirung las, es lägen doch mildernde Umstände vor; denn dieses Ministerium tauge wirklich nichts."

In denselben Zusammenhang gehört es, wenn der Kanzler am 3. März 1881 im Reichstage erklärte: „Ich glaube, daß es der Würde der Richter nicht entspricht, sich unmittelbar an den Wahlagitationen zu beteiligen. Ich bin sehr zweifelhaft, ob es einem Richter bei der Lebhaftigkeit unsers Parteitreibens ... dem Gegner gegenüber immer möglich sein wird, unparteiisch zu bleiben, ... und ich würde es als einen Segen für unsre Richtergewalt und das Ansehen unsrer Richter betrachten, wenn es möglich wäre, zu erreichen, daß sie von dem Treiben der Parteien gesetzlich ausgeschlossen würden." Der Richter müsse, so fuhr er fort, ein höheres Maß von Unparteilichkeit besitzen als der Administrativ- und Regierungsbeamte, der einer bestimmten Regierung zu dienen habe. „Ein solcher Beamter kann," sagte er, „nicht ganz parteilos sein, und mir ist es immer eine peinliche und nicht ganz würdige Erscheinung, wenn ich jemand in einer höhern Regierungsstelle sehe, der mit der Politik der Regierung in diametralem Widerspruche steht und im Amte bleibt. Die Stellung in der Verwaltung bedingt ein gewisses Maß von Parteinahme für die Regierung, die Stellung eines Richters aber bedingt eine absolute, unantastbare, makellose Unparteilichkeit... Ich stelle an den Richter das Verlangen und halte es für seine Ehrenpflicht, sich parteilos zu halten, während die Ehre eines Regierungsbeamten nicht darunter leidet, wenn er unter Umständen etwas schärfer, als

mit dem guten Geschmacke verträglich ist, Partei nimmt. . . Der Richter kommt, da er Wahlen nicht leitet, nicht in die Lage, bestimmte Äußerungen, die ihm durch Zeugen bestätigt und angegriffen werden können, vor der Wahlkommission zu thun, er kommt aber wohl in die Lage, gewissermaßen als Eideshelfer Kandidaten zur Wahl zu begleiten." Der königliche Erlaß vom 4. Januar 1882 gab dem Kanzler Gelegenheit, sich über dieses Thema weiter auszusprechen. Der Erlaß hatte erklärt, es sei für die Beamten, welche mit der Ausführung der Regierungsakte des Königs betraut seien, diensteidlich beschworne Pflicht, jeder Wahlagitation gegen die Regierung fern zu bleiben und die verfassungsmäßigen Rechte der Krone durch Verwahrung gegen Zweifel und Verdunklung zu vertreten. Der Kanzler interpretirte das in der Kürze folgendermaßen: „Daß ein Beamter in seiner eignen Wahl sich seines Eides erinnern sollte, wird garnicht verlangt, . . . die Ausübung seines Wahlrechts ist vollständig frei. . . Der Erlaß wendet sich ausdrücklich an die Art der Beamten, außerhalb der eignen Wahl thätig zu sein, und unterscheidet da zwischen zwei Kategorien der Beamten, den politischen und den unpolitischen." Nur von den erstern behaupte, wie der Kanzler weiter erklärte, der Erlaß, daß ihr Eid sie verpflichte, die Politik der Regierung zu vertreten, und das legte der Redner mit den Worten aus: „Ich verstehe darunter, daß ein politischer Beamter bei aller Freiheit der Wahl, wenn er z. B. fortschrittlich wählen wollte, doch der Verpflichtung nicht überhoben wäre, Lügen, was ich vorhin politische Brunnenvergiftung nannte, nach seinem besten Gewissen zu widerlegen, und wenn er ein Mann von Ehre ist, so wird er das wahrscheinlich thun und sagen: Ich gehöre nicht zu der Partei der Regierung, aber das ist nicht wahr, das ist eine Übertreibung. . . Er mag in seinem Herzen und in seinem

verdeckten Stimmzettel sein Votum abgeben, für wen er will; danach wird nicht gefragt, und das erfahren wir auch nicht... Das wird also niemals ein Grund sein, ... gegen einen Beamten einzuschreiten, . . . und ich würde dazu nie die Hand bieten. Aber von diesen politischen Beamten wird erwartet, daß sie die Wahrheit, soweit sie ihnen bekannt ist, der Unwahrheit gegenüber vertreten. Ist das zu viel? Sollen sie sich der Lüge mitschuldig machen, indem sie dazu schweigen, wenn sie es besser wissen? Sollen sie in bestimmten Wahlkreisen zusehen, ganz ruhig, wie den Bewohnern der königlichen Forsten gesagt wird: Der König hat mit den liberalen Abgeordneten einen Vertrag geschlossen, wonach ihr freie Weide in den Forst bekommt, wenn ihr liberal wählt? . . . Und von den nicht politischen Beamten verlangt Seine Majestät eigentlich garnichts. Der Erlaß erwartet, daß sie sich der Agitation gegen die Regierung auch bei den Wahlen enthalten werden. Meine Herren, das ist eine Forderung, ich möchte sagen, des Anstandes... Etwas weiteres als Enthaltung von Agitation wird nicht erwartet, namentlich aber keine Amtshandlungen, die beeinflußt werden könnten durch die Art, wie ein Dritter seine Stimme abgegeben hat, oder die einen Zwang irgendwie zur Wahl enthalten. Meine Herren, ein solcher Beamter würde strafbar werden, und ich glaube, nicht bloß disziplinarisch."

Diese Auffassung der Stellung der Beamten zum Könige und zu dessen Regierung ist so natürlich und unbestreitbar, daß selbst die radikale Fraktion der Liberalen sich — freilich zu einer Zeit, wo sie selbst ans Ruder zu gelangen hoffte — ganz unumwunden zu ihr bekannt hat, ja erheblich weitergegangen ist. Als die Fortschrittspartei sich im Jahre 1861 bildete, nahm sie im Hinblicke darauf, daß das damalige liberale Ministerium viele Gegner unter den Beamten duldete, folgende Deklaration in

ihr Programm auf: „Für unsre innern Einrichtungen verlangen wir eine feste liberale Regierung, welche ihre Stärke in der Achtung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger sieht, es versteht, ihren Grundsätzen in allen Schichten der Beamtenwelt unnachsichtlich Geltung zu verschaffen, und uns auf diesem Wege die Achtung der übrigen deutschen Stämme erringt und erhält.“ Nach diesem Manifeste, dem man nachrühmt, es werde von der Partei noch jetzt unverändert festgehalten, hat die Regierung das unbezweifelbare Recht, ihre Grundsätze in der ganzen Beamtenwelt rücksichtslos zur Anerkennung zu bringen, und man sollte meinen, daß es für dieses Recht gleichgiltig sei, ob eine liberale oder eine konservative Regierung das Staatsschiff steuert. Oder machen etwa die Herren vom Fortschritt auch hier wie in andern Fragen den Unterschied geltend, den der Junker Alexander zwischen seiner Kuh und der des Bauern fand?

Der andre große Glaubensartikel unsers Reichskanzlers, die andre Haupttriebfeder seines Verfahrens auf politischem Gebiete, in innern wie in äußern Fragen, die deutsche Idee, der Gedanke, daß der deutsche Staatenbund zu einem Bundesstaat unter Preußens Führung umgebildet, daß die deutsche Nation soweit als irgend notwendig und möglich politisch geeinigt und daß dieser Zustand mit allen billigen Mitteln und Maßregeln erhalten und vervollkommnet werden müsse, wenn die Kräfte und Gaben dieser Nation zur vollen Entwicklung gelangen, deren beste Interessen gewahrt und gefördert und schwere Gefährdung abgewendet werden sollen, ist mehrfach in schriftlichen Dokumenten desselben und ebenso in mündlichen Bekenntnissen vor den parlamentarischen Körperschaften niedergelegt worden. Die älteren von jenen Dokumenten werden auszugsweise im fünften Kapitel dieser Schrift mitgeteilt werden. . . . Von

den Bekenntnissen ist dasjenige zunächst zu nennen, welches Fürst Bismarck am 9. Juli 1879 beim Abschluß der wirtschaftlichen Reform im Reichstage ablegte. Er erklärte bei dieser Gelegenheit: „Ich habe, seit ich Minister bin, nie einer Fraktion angehört, auch nicht angehören können, ich bin nacheinander von allen gehaßt, von einigen geliebt worden. Es ist das à tour de rôle herumgegangen. Als ich zuerst im Jahre 1862 das preußische Ministerpräsidium übernahm, da ist in aller Angedenken, bis zu welcher — ich kann wohl sagen — vaterlandsfeindlichen Höhe sich der Haß mir gegenüber verkörperte... Ich habe mich dadurch nicht beirren lassen und habe auch nie versucht, mich dafür zu rächen. Ich habe von Anfang meiner Karriere an nur den einen Leitstern gehabt, durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und, soweit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird.“ Ähnlich lautete eine Äußerung, die der Kanzler ebenfalls vor dem Reichstage und zwar in der Sitzung vom 24. Februar 1881 that. Er sagte hier, indem er den Vorwurf widerlegte, er habe seine Ansichten über das und jenes häufig und schroff gewechselt: „Nun, ich gehöre allerdings nicht zu denen, die jemals im Leben geglaubt haben oder heute glauben, sie könnten nichts mehr lernen, und wenn mir einer sagt, vor zwanzig Jahren waren Sie mit mir gleicher Meinung, heute habe ich dieselbe Meinung, und Sie haben eine entgegengesetzte, so antworte ich ihm darauf: Ja, so klug, wie Sie heute sind, war ich vor zwanzig Jahren auch, heute bin ich klüger, ich habe gelernt in den zwanzig Jahren. Aber ich will mich damit garnicht entschuldigen. Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steure, bestanden, salus publica.

Ich habe von Anfang meiner Thätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: Was ist für mein Vaterland, was ist — so lange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie, und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch welche sich die Parteien getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie, in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsre Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können. Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung — meine Herren, ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus festgebaut dasteht. In diesen Parteifragen kann ich zum Nutzen des Landes dem einen oder dem andern näher treten, die Doktrin gebe ich außerordentlich wohlfeil. Schaffen wir zuerst einen festen, nach außen gesicherten, im innern wohlgestützten, durch das nationale Band verbundenen Bau, und dann fragen Sie mich um meine Meinung, in welcher Weise mit mehr oder weniger liberalen Verfassungseinrichtungen das Haus zu möbliren sei, und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: Ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung, machen Sie mir Vorschläge, und wenn der Landesherr, dem ich diene, beistimmt, so werden Sie bei mir prinzipielle Schwierigkeiten wesentlich nicht finden. Man kann es so machen oder so, es giebt viele Wege, die nach Rom führen. Es giebt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß, es wechselt alles, hier giebt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des deutschen Reiches, von der Einigkeit

der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehen und nicht bloß eine passagere Feldbefestigung nach einigen Seiten hin haben. Seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine ganze politische Thätigkeit vom ersten Augenblick an, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel aus den Augen gelassen habe."

Klares Erkennen des Bedürfnisses und der kategorische Imperativ des Pflichtgefühls geboten dem Kanzler, alles, was in seinen Kräften stand, zur Befestigung der Stellung des Reiches gegenüber dem Auslande zu thun und andrerseits auf schleunige Vollendung der innern Reichseinrichtungen Bedacht zu nehmen. In erstgenannter Richtung sah er sich bis 1879 der Möglichkeit einer russisch-französisch-österreichischen Allianz gegenüber, wie sie die Kaunitzsche Zeit erlebt, und dieses Bündnis gegen das neue Deutschland verhütet zu haben, wird die Geschichte ihm einst als nicht geringeres Verdienst anrechnen als die Politik, mit der er Schöpfer des deutschen Reichs wurde. Die Verhandlungen mit dem Wiener Kabinet, die unermüdlich fortgesetzten und schließlich mit Erfolg gekrönten Versuche einer Wiederannäherung an den großen Nachbarstaat im Südosten sowie die Operationen der diplomatischen Kunst des Fürsten gegenüber andern Mächten jenseits der Grenzen waren nicht die einzigen Mittel hierzu. Als wirksame Unterlage dieser diplomatischen Bestrebungen war es vor allem notwendig, bei den andern Mächten den Eindruck zu erhalten, daß das neue Reich in sich einig und fest sei. Zu diesem Zwecke mußte verhindert werden, daß die Regierung im Reichstage dauernd und in wichtigen Fragen in der Minorität blieb. Wenn das deutsche Reich sich im

Auslande, wo seine innern Zustände nicht immer genau bekannt sind, das Ansehen bewahren sollte, welches glückliche Kriege ihm erworben hatten, so mußten die fremden Mächte den Eindruck behalten, daß die verbündeten Regierungen unter sich und mit der Majorität der Volksvertretung einig und beide Elemente in ihrem Streben von dem nationalen Geiste durchdrungen und beherrscht waren. War dieses auch der Fall in den ersten Jahren des nationalen Aufschwungs, weil Liberale und Konservative gemeinsam eine nationale Majorität bildeten, so änderte sich das Verhältnis wesentlich von dem Zeitpunkte an, wo die Zentrumspartei entstand, und die konservative Partei, aus welcher der Reichskanzler hervorgegangen, ihm nicht nur ihre Unterstützung entzog, sondern ihn mit Leidenschaftlichkeit und persönlicher Gehässigkeit unter Leitung der damaligen Nathusiusschen Kreuzzeitung bekämpfte. Von der Zeit an gehörte die Mehrheit im Reichstage zweifellos der liberalen Partei; der Eindruck der Einigkeit nach außen konnte nur durch Kompromisse mit dieser Majorität erhalten werden, und der Ausbau des Reiches im Innern fand notwendig unter der Anlehnung und unter dem Einflusse der liberalen Mehrheit statt. Mit ihrer Hilfe wurde die Organisation der Wehrkraft des Reiches auf sichere Basis gestellt und die Gefahr partikularistischer und antinationaler Bestrebungen im Innern abgewehrt. Ingleichen wurden die ersten erfolgreichen Schritte gethan, um das Reich in finanzieller Beziehung auf eigne Füße zu stellen. Auf der andern Seite hatte dieser Majorität gegenüber der Reichskanzler sich der Bestrebungen zu erwehren, die Reichsregierung einer Anzahl von ihm und von einander unabhängiger Minister zu übertragen und dadurch die einheitliche Führung und Verantwortlichkeit zu beseitigen. Auch in seinen fernern Bemühungen für die finanzielle Selbständigkeit des Reiches und für die Schaffung

eines einheitlichen Zoll- und Handelssystems in demselben, sowie in dem Streben, die arbeitenden Klassen in der Sicherheit der Existenz den übrigen Teilen der Gesellschaft gleichzustellen und die Einwirkung der Sozialdemokratie auf sie abzuschwächen, sah sich der Reichskanzler von der Volksvertretung weniger unterstützt als von den Regierungen. Diese geben gegenwärtig stärkere Bürgschaften für die Erhaltung und Förderung der deutschen Einheit als der in Parteien und Fraktionen zerfahrene Reichstag.

Die Grundsätze, die den Kanzler in Betreff der Verfassung des Reiches leiten, sind in verschiednen seiner Reden angedeutet und zum Teil bestimmt ausgesprochen. „Es hat," so erklärte er am 11. März 1867 im konstituirenden Reichstage, „nicht unsre Absicht sein können, ein theoretisches Ideal einer Bundesverfassung herzustellen, in welcher die Einheit Deutschlands einerseits auf ewig verbürgt werde, auf der andern Seite jeder partikularistischen Regung die freie Bewegung gesichert bleibe. Einen solchen Stein der Weisen, wenn er zu finden ist, zu entdecken, müssen wir der Zukunft überlassen, einer solchen Quadratur des Zirkels um einige Dezimalstellen näherzurücken, ist nicht Aufgabe der Gegenwart. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, in Erinnerung und in richtiger Schätzung, glaube ich, diejenigen Widerstandskräfte, an welchen die frühern Versuche in Frankfurt und Erfurt gescheitert sind, so wenig, als es irgend mit dem Zwecke verträglich war, herauszufordern. Wir haben es für unsre Aufgabe gehalten, ein Minimum derjenigen Konzessionen zu finden, welche die Sonderexistenzen auf deutschem Gebiete der Allgemeinheit machen müssen, wenn diese Allgemeinheit lebensfähig werden soll. Wir mögen das Elaborat, das dadurch zu Stande gekommen ist, mit dem Namen einer Verfassung belegen oder nicht, das thut zur Sache nichts. Wir

glauben aber, daß, wenn es hier angenommen wird, für das deutsche Volk die Bahn frei gemacht worden ist, und daß wir das Vertrauen zum Genius unsers eignen Volkes haben können, es werde auf dieser Bahn den Weg zu finden wissen, der zu seinen Zielen führt." Sehr charakteristisch lautet ferner die Äußerung des Fürsten in der Reichstagssitzung vom 10. März 1877: „Ich traue unsrer Verfassung eine Bildungsfähigkeit zu gerade auf ähnlichem Wege, wie die englische Verfassung sich gebildet hat, nicht durch theoretische Aufstellung eines Ideals, auf das man ohne Rücksicht auf die Hindernisse, die im Wege stehen, losstrebt, sondern durch organische Entwicklung des Bestehenden, indem man die Richtung nach vorwärts beibehält und in dieser Richtung jeden Schritt thut, der sich im Augenblick als möglich und unschädlich zeigt, sodaß keine größern Gefahren damit verbunden sind. Ich halte es überhaupt für gefährlich, obschon wir in unserm deutschen Nationalcharakter, der immer das Beste will und darüber das Gute oft verliert — unzertrennlich halte ich es davon, daß wir aus dem Verfassungmachen garnicht herauskommen, daß wir der Verfassung, die ja unvollkommen ist und immer sein wird, nicht Zeit lassen, einmal zu Atem zu kommen und sich zu beruhigen auf einer immerhin unvollkommenen Etappe."

Hier spricht der echte Realpolitiker, der Mann mit scharfem Blick und tiefem Verständnis für das politische Leben der Völker und Staaten, das ein Werden, nicht ein Gemachtwerden ist, sodaß die besten Verfassungen gewissermaßen Naturprodukte sind.

Wieder in einer Reichstagsrede, am 5. März 1878, in welcher er sich über die Kritik wunderte, welche Abgeordnete der Opposition an der bestehenden Verfassung zu üben für gut befunden hatten, sagte der Kanzler: „Ist denn die Verfassung, unter der wir leben, wirklich so unpraktisch und unbewährt? Theoretisch kann

man viel darüber sagen; praktisch war sie der Ausdruck dessen, was damals thatsächlich vorhanden und was infolge dessen möglich war mit derjenigen Ausdehnung und Richtigstellung, die sich damals im Augenblicke machen ließ. Wir sind jedenfalls weiter damit gekommen als mit allen theoretischen Versuchen, und wenn ich Sie auf die Masse von Gesetzen, namentlich aber auf die fortschreitende Konsolidirung dieser damals sehr locker aussehenden Verfassung hinweise, auf das Ansehen, dessen sich in ganz Europa diese unsre neue Einrichtung erfreut, und die nicht vorhanden sein würde, wenn man unsre Einrichtungen für so elend und unerträglich hielte, wie sie in öffentlichen Blättern geschildert wurden. . . Was ist meinen Landsleuten Entsetzliches geschehen, daß sie auf einmal soviel schlimmer daran sind als vor einem Jahre? Ist es vielleicht die verhältnismäßige Ruhe und die stetige Entwicklung, in der wir uns im Vergleiche mit andern Ländern befinden, ist es der äußere und innere Friede? Gewiß trägt das viel dazu bei; denn thatendurstige Herzen, die gerade keine weitere, sie anregende und beschäftigende Aufgabe haben, als im Winter im Parlamente das Volk zu vertreten, kommen notwendigerweise im Sommer in eine gewisse Unruhe, daß etwas geschehen müsse; das Emotionsbedürfnis wird so stark, daß es nur durch Krieg oder innere Kämpfe oder durch eine den ganzen Geist des tiefen Denkers beschäftigende Kritik der untersten Grundlage unsrer Einrichtungen befriedigt werden kann. . . Ich freue mich, daß der Gedanke, dieser Neigung durch Anträge eine praktische Gestalt zu geben, von keiner Seite ausgesprochen worden ist. Ich meine nicht Amendements, ich meine Anträge auf Verfassungsrevision. Denn ich würde es bedauern, wenn eine so junge und recht mühsam zur Welt gekommene Verfassung . . . nun von neuem funditus revidirt werden müßte. . . Das Rühren daran mit

der Erinnerung an die vergeblichen Versuche, die wir in Frankfurt a. M. vor einem Menschenalter gemacht haben, um theoretisch die Sache richtig zu erledigen — die Erinnerung daran und an die Neuheit der Einrichtungen, an die Eigentümlichkeit der Vergangenheit, an die mehr oder weniger gewaltthätige Art, in der sie zum Teil beseitigt wurde, sollte meines Erachtens jeden abhalten, an diesem Fundamente zu oft zu rütteln und im Inlande oder Auslande die Hoffnung oder die Befürchtung zu erregen, daß diese Verfassung, die jetzt dem deutschen Reiche das Maß von Einheit giebt, das es seit Jahrhunderten nicht gehabt hat, jeden Augenblick in ihren Grundlagen angegriffen, erschüttert werden und zu der Frage Anlaß geben könnte: Ist die Einzelregierung an eine modifizirte Verfassung, die ihr aufgedrungen wird, noch in demselben Maße sich zu halten moralisch verpflichtet, wenn Gelegenheit und Versuchung an sie herantritt, wie sie es ursprünglich war?"

Ein andrer Glaubenssatz, der den Fürsten beim Aufbau Neudeutschlands leitete, lautet ungefähr: Die Autonomie der im Reiche verbundenen deutschen Regierungen darf, einmal weil sie nur bei billiger Behandlung gern und vertrauensvoll im Bunde sein werden, dann, weil eine gewisse Dezentralisation nützlich ist, nur so weit beschränkt werden, als es der nationale Zweck verlangt. Der Kanzler ist also kein Unitarier. Ein Beleg hierzu findet sich in der Rede, die er am 11. März 1867 im Reichstage hielt. Er wendete sich hier u. a. gegen den Wunsch nach Herstellung eines konstitutionellen verantwortlichen Ministeriums für den Norddeutschen Bund, einen Wunsch, den er nur dann für erfüllbar erklärte, wenn man zugleich eine einheitliche Spitze mit monarchischem Charakter schaffen wollte, und das letztere bezeichnete er als unmöglich, indem er fortfuhr: „Dann haben Sie die Mediatisirung derer, denen diese mon-

archische Gewalt nicht übertragen wird. Diese Mediatisirung ist weder von unsern Bundesgenossen bewilligt, noch von uns erstrebt worden. Es ist hier angedeutet worden, man könnte sie mit Gewalt erzwingen, von andern, sie werde sich zum Teil von selbst ergeben... Wir erwarten dies nicht in dem Maße und glauben nicht, daß deutsche Fürsten in größerer Anzahl bereit sein werden, ihre jetzige Stellung mit der eines englischen Pairs zu vertauschen. Wir haben ihnen diese Zumutung niemals gemacht und beabsichtigen nicht, sie ihnen zu machen; noch weniger aber kann ich es als unsre Aufgabe betrachten, auf die Gewalt, auf die Übermacht Preußens in diesem Bunde sich zu berufen, um eine Konzession zu erzwingen, die nicht freiwillig entgegengetragen wird. Eine solche Gewalt könnten wir am allerwenigsten gegen Bundesgenossen anwenden, die im Augenblicke der Gefahr treu zu uns gestanden haben, ebensowenig aber gegen die, mit denen wir soeben einen völkerrechtlichen Frieden — auf ewig, wie wir hoffen — besiegelt haben. Die Basis dieses Verhältnisses soll nicht die Gewalt sein, weder den Fürsten noch dem Volke gegenüber. Die Basis soll das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens sein, und dieses Vertrauen darf nicht erschüttert werden, solange man uns die Vertragstreue hält." Ferner gehört hierher die Rede, in welcher der Kanzler in der Reichstagssitzung vom 16. April 1869 den Antrag der Abgeordneten Twesten und Graf Münster auf Errichtung verantwortlicher Bundesministerien ablehnte. Er sagte da u. a.: „Ist denn der Unitarismus überhaupt die nützlichste und beste politische Gestaltung? Ist er es namentlich in Deutschland? Ist er historisch in Deutschland? Daß er es nicht ist, beweisen ja gerade die partikularistischen Bildungen, die sich hier nach allen Richtungen hin, nicht bloß räumlich, durchsetzen. Sie haben nicht bloß einen Dorfpatriotismus und einen Stadt-

patriotismus von einer Ausbildung, wie sie Romanen und Slaven garnicht kennen, Sie haben einen Fraktionspatriotismus, Sie haben einen Ressortpatriotismus, der alles außerhalb des eignen Ressorts als Ausland betrachtet, welchem man jeden Schaden zufügen kann, wenn nur das eigne Ressort Vorteil davon hat... Ein Postbeamter, der nicht auf der Höhe steht, von wo ihm ein staatliches Urteil geziemt, wird alles, was nicht postalischen Interessen dient, wie Feindesland betrachten und jeden Gewinn, selbst mit Schaden für die andern Departements, mit gutem Gewissen nach Hause tragen... Das hat auch dahin geführt, daß der Deutsche sich nur in einem kleinern Gebiete behaglich fühlt, und daß man nicht wohlthut, ihm von seinem häuslichen Behagen mehr zu nehmen, als absolut zum Zusammenhalten des Ganzen, als zur Wirkung nach außen erforderlich ist. Dieser Partikularismus ist die Basis der Schwäche, aber auch nach einer Richtung hin die Basis der Blüte Deutschlands. Die kleinen Zentren haben ein Gemeingut von Bildung und Wohlstand in allen Teilen Deutschlands verbreitet, wie man es in zentralistisch organisirten großen Ländern schwer findet... Die Fehler des Partikularismus, die Schwäche nach außen hin, die Zerrissenheit im Innern, die Hemmstricke für die Entwicklung von Handel und Verkehr, die hat der Bund im Prinzipe vollständig durchschnitten, und sie gänzlich zu beseitigen ist seine Aufgabe. Lassen Sie ihm Zeit dazu. Er ist noch jung, er wird es zustande bringen, und wir werden dabei einträchtig zusammenwirken zu einem positiven und von der ganzen Nation, wenn es erreicht wird, dankend anerkannten Ziele. Betrachten Sie die Staatenbildungen, welche eine große Entwicklung im Vergleich mit ihren physischen Kräften erreicht haben, ohne daß die innere Freiheit darunter gelitten hätte, ... so werden Sie finden, daß diese Bildungen vorzugsweise auf dem germanischen Boden

der Geschichte wachsen, und daß sie mehr oder weniger, ich will nicht sagen, föderalistischer, aber doch dezentralisirender Natur sind. Ich führe Ihnen als erstes schlagendes Beispiel England an, wo der Partikularismus sich nur im Schatten des Dorfes und der Grafschaft in einer Weise verbirgt, daß er für die geographischen Linien der Karte nicht erkennbar wird. England ist ein dezentralisirtes Land, das in dieser Beziehung nachzuahmen wir in Preußen lebhaft bestrebt sind. Sehen Sie die große, reiche und mächtige Erscheinung der nordamerikanischen Freistaaten, ob man dort den Einheitsstaat als das Palladium der Freiheit, als die Basis gesunder Ausbildung betrachtet. Sehen Sie die Schweiz mit ihrer Kantonalverfassung. Sehen Sie ein Gebilde, welches, wenn ich mich nicht täusche, am meisten Analogie mit dem unsrigen hat, die alte Verfassung der Vereinigten Niederlande, der Generalstaaten, wo die Selbständigkeit der Provinzen in sehr hohem Grade gewahrt war... Ich glaube, es wird hier jedem, der sich dafür interessirt, ... lehrreich sein, diesen Vergleich weiter durchzuführen und die bewundernswerten politischen Leistungen, die uns die Geschichte von der Republik der Vereinigten Niederlande erzählt, zusammenzuhalten mit dem hohen Grade persönlicher Freiheit, der unter dem Schutze dieses Regime gedieh. Die Zentralisation ist mehr oder weniger eine Gewaltthat und ohne einen wenigstens am Geiste der Verfassung sich versündigenden Bruch kaum durchzuführen, und ein solcher Bruch, mag er auch in der Form gedeckt oder gerechtfertigt erscheinen, hinterläßt Stellen, die innerlich bluten, und wie lange sie nachbluten, das weiß kein Mensch und kann keiner kontroliren... Ich glaube, man soll sich in den germanischen Staaten nicht fragen, wenn man es der Bevölkerung recht machen will: was kann gemeinsam sein? wie weit kann der große Mund des Gemeinwesens hineinbeißen in

den Apfel? sondern man muß sich fragen: was muß absolut gemeinsam sein? und dasjenige, was nicht gemeinsam zu sein braucht, das soll man der speziellen Entwicklung überlassen. Damit dient man der Freiheit, damit dient man der Wohlfahrt. . . Ich erinnere an die Bestrebungen, denen wir augenblicklich in Preußen huldigen. Wir suchen zu dezentralisiren, wir suchen provinzielle und lokale Selbständigkeiten zu schaffen, warum sollten wir denn hier im Bunde gerade das Gegenteil thun? hier, wo wir, ich will nicht sagen provinzielle, aber lokale Selbständigkeiten haben, und Selbständigkeiten, die Deutschland zu großem Nutzen geworden sind. Wir haben beispielsweise von Sachsen vieles lernen können für unsre Verwaltung, wir haben ähnliche Erfahrungen in Hannover gemacht, und ich freue mich dabei über einen Fortschritt in Preußen, über den, daß der Fluch der »hohen Meinung, womit der Mensch sich selbst betrügt,« bei unsrer nähern Bekanntschaft mit der Verwaltung der kleinern Staaten allmählich von uns abgenommen wird, und ich hoffe, wir werden ihn mit der Zeit ganz verlieren. Aber das sind Vorteile, die eben aus dem selbständigen Leben der kleinen Staaten hervorgehen und uns umsoweniger berechtigen, diesen selbständig gewachsenen Staatswesen den ihnen verfassungsmäßig zugesicherten Einfluß auf die Allgemeinheit gegen das Recht und gegen unser Interesse zu verkümmern.“ Ähnlich, aber stellenweise mit einem leichten Anfluge von Ironie, sprach sich der Fürst am 19. April 1871 über den Nutzen der Kleinstaaten und damit in Verbindung über die Bedeutung des von ihnen mit Preußen gebildeten „Senates, Staatenhauses, Oberhauses des deutschen Reiches“ aus. Er sagte da: „Ich glaube, daß der Bundesrat eine große Zukunft hat, indem er zum erstenmale den Versuch macht, ohne die Wohlthaten der monarchischen Gewalt oder einer einheitlichen Obrigkeit dem Einzel-

staate zu nehmen, als höchste Spitze ein föderatives Kollegium hinzustellen, um die Souveränetät des gesamten Reiches zu üben; denn die Souveränetät ruht nicht beim Kaiser, sie ruht bei der Gesamtheit der verbündeten Regierungen. Es ist das zugleich nützlich, indem die — nennen Sie es Weisheit oder Unweisheit von fünfundzwanzig Regierungen unvermittelt in diese Beratungen hineingetragen wird, eine Mannichfaltigkeit der Anschauungen, wie wir sie im Einzelstaate niemals gehabt haben. Wir haben, so groß Preußen ist, von den kleinern und kleinsten Mitgliedern doch manches lernen können, sie haben umgekehrt von uns gelernt. Es sind fünfundzwanzig Ministerien oder Obrigkeiten, von denen jede unverkümmert in ihrer Sphäre die Intelligenz, die Weisheit, die dort quillt, in sich saugt und im Bundesrate selbständig von sich zu geben berechtigt ist, ... während der Einzelstaat sehr viele Hemmnisse hat, die die Quellen auch da, wo sie fließen möchten, stopfen. Kurz, ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung sagen, daß ich glaube, in meiner politischen Bildung durch die Teilnahme an den Sitzungen des Bundesrates, durch die belebende Reibung der fünfundzwanzig deutschen Zentren mit einander erhebliche Fortschritte gemacht und gelernt zu haben. Deswegen möchte ich bitten: tasten Sie nicht an dem Bundesrate; ich sehe gerade in dieser Gestaltung eine Art von Palladium für unsre Zukunft, eine große Bürgschaft für die Zukunft Deutschlands." Einige Tage vorher, am 1. April, hatte der Kanzler, ebenfalls im Reichstage, den Bundesrat folgendermaßen charakterisirt: „Er ist nicht eigentlich eine Reichsbehörde, er vertritt das Reich als solches nicht. Das Reich wird nach außen durch Seine Majestät den Kaiser, das gesamte Volk wird durch den Reichstag vertreten, der Bundesrat ist nach unsrer Auffassung recht eigentlich eine Körperschaft, in welcher die einzelnen Staaten zur Vertretung

gelangen, die ich nicht als zentrifugales Element, aber als die Vertretung berechtigter Sonderinteressen bezeichnen möchte." Man vergleiche damit die Stelle in der Reichstagsrede des Fürsten vom 28. März 1867, wo der Kanzler sich gegen den Antrag auf Errichtung eines Oberhauses von der Art des englischen mit folgenden Worten erklärt: „Was den Antrag auf Errichtung eines Oberhauses betrifft, so kann er an und für sich im Prinzipe ja jedem Konservativen willkommen sein. . . Nichtsdestoweniger haben wir nicht geglaubt, die schon komplizirte Maschinerie der Verfassung durch die Einschiebung eines dritten oder, wenn Sie wollen, vierten Gliedes noch schwerfälliger zu machen. Es ist mir an und für sich nicht leicht, mir ein deutsches Oberhaus zu denken, das man als ein Mittelglied zwischen den Bundesrat, der als diejenige Stelle, wo die Souveränetät der Einzelstaaten fortfährt, ihren Ausdruck zu finden, unentbehrlich ist, und den Reichstag einschieben könnte — ein Mittelglied, welches dem Reichstag in seiner Bedeutung auf der sozialen Stufenleiter einigermaßen überlegen wäre und dem Bundesrate und dessen Vollmachtgebern hinreichend nachstünde, um die Klassifikation zu rechtfertigen. Wir würden in dieser Versammlung nichtsouveräne Pairsmitglieder haben, die ihrerseits geneigt sind, zu rivalisiren mit den mindermächtigen Souveränen in ihrer sozialen Stellung. Der Bundesrat repräsentirt bis zu einem gewissen Grade ein Oberhaus, in welchem Seine Majestät der König von Preußen primus inter pares ist, und in welchem derjenige Rest des hohen deutschen Adels, der seine Landeshoheit bewahrt hat, seinen Platz findet. Dieses Oberhaus nun dadurch zu vervollständigen, daß man ihm nichtsouveräne Mitglieder beifügt, halte ich praktisch für zu schwierig, um die Ausführung zu versuchen. Dieses souveräne Oberhaus aber in seinen Bestandteilen außerhalb des Präsidiums soweit herunterzudrücken,

daß es einer Pairskammer ähnlich würde, die von unten her vervollständigt werden könnte, halte ich für unmöglich, und ich würde es niemals wagen, das einem Herrn gegenüber, wie der König von Sachsen ist, auch nur anzudeuten. Der hauptsächlichste Grund aber, warum wir keine Teilung des Reichstags in zwei Häuser vorgeschlagen haben, liegt immer in der zu starken Komplizirung der Maschine. Die Gesetzgebung des Bundes kann schon durch einen anhaltenden Widerspruch zwischen dem Bundesrat und dem Reichstage zum Stillstande gebracht werden."

In Betreff des Reichstags kommt zunächst die Meinung des Fürsten über die Diätenfrage in Betracht. Er hat sich hier wiederholt gegen Anträge der Liberalen erklärt, welche Diäten für die Mitglieder dieser Körperschaft verlangten. Am 19. April 1871 äußerte er sich darüber wie folgt: „Wenn die Volksvertretungen wirklich ein lebendiges Bild der Bevölkerung zu geben fortfahren sollen, so müssen wir notwendig kurze Parlamentssitzungen haben, sonst können alle diejenigen Leute, die noch etwas andres in der Welt zu thun haben, . . . sich nicht bereitwillig und mit voller Hingabe dazu herbeilassen, als Wahlkandidaten aufzutreten. Nur kurze Parlamente machen es möglich, daß alle Berufskreise, und gerade die Tüchtigsten und Treuesten in ihrem bürgerlichen Berufe, sich die Zeit abmüßigen können, daß sie dem Vaterlande auch hier an dieser Stelle ihre Dienste weihen. Nun ist es, meine Herren, eine Erfahrungssache, daß diätenlose Sitzungen immer kürzer sind als diejenigen, bei denen Diäten gegeben werden. Es ist das ganz ohne Frage, wir können im preußischen Landtage den Vergleich ziehen: das Herrenhaus hat immer die Neigung, die Sitzungen abzukürzen, das Abgeordnetenhaus hat die Neigung, seine Thätigkeit noch weiter fortzusetzen. Ich bin weit entfernt, in den Diäten das allein Wirksame zu sehen, ich glaube vielmehr, daß sich darin

schon die Wirkung fühlbar macht, die ich vorher als zu vermeiden charakterisirte. Es giebt im preußischen Abgeordnetenhause mehrere Mitglieder, die es geradezu zu ihrem Lebensberufe gewählt haben, ihrem Vaterlande vorzugsweise in dieser Richtung zu dienen und ihre andern Geschäfte mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Es giebt wenigstens einen Kern von Abgeordneten, die nach der Thätigkeit, die sie ihrem Mandate widmen, nach den Vorstudien, die sie zu den Sitzungen machen, nach den gründlichen Prüfungen der Sachen, die sie zu vertreten haben, garnicht imstande sind, daneben etwas erhebliches andres zu thun, auch bei der größten Arbeitskraft. Nun achte ich diese Hingebung für die parlamentarische Thätigkeit sehr hoch und würde es sehr bedauern, wenn dieses Element uns fehlte; daß es aber in den parlamentarischen Versammlungen vorherrschend sei, daß der aus der Volksvertretung einen Lebensberuf machende Abgeordnete vorherrscht, das halte ich nicht für gut. Dann haben Sie keine wirkliche Volksvertretung mehr, dann haben Sie eine Art von berufsmäßiger büreaukratischer Volksvertretung, eine andre Art von Beamten, die für die Arbeiten der Gesetzgebung zwar sehr nützlich sind, aber doch nicht immer im Sinne des Volkes und seiner augenblicklichen Stimmung, nicht immer in lebendiger Vertretung aller Berufsklassen wirken."

Selbstverständlich ist, daß jemand, der sich zum Reichsboten wählen läßt, so oft als irgend möglich im Reichstage erscheint, um an dessen Arbeiten teilzunehmen. Man giebt ihm ein Mandat, nicht um ihn zu ehren, sondern um einen Vertreter seiner Rechte und Interessen zu haben. Viele Abgeordnete scheinen das nicht zu begreifen, sie fehlen häufiger als verantwortlich in den Sitzungen, und so ist es geschehen, daß die Versammlung wiederholt unvollständig und beschlußunfähig wurde. Diese

unerfreuliche Erscheinung bewog den Kanzler, am 13. Juni 1873 den Vorschlag einer Herabsetzung der Zahl von Abgeordneten zu machen, deren Anwesenheit zu Beschlüssen erforderlich ist, da dies die Herren zu fleißigerer Benutzung ihres Rechts nötigen werde. Er wies dabei auf das Beispiel Englands hin, „wo vierzig Mitglieder in der Lage sind, giltige Beschlüsse zu fassen, wo also jeder sich getrieben fühlt, zu erscheinen, damit nicht etwa die vierzig, deren Zusammensetzung er nicht kennt, hinter dem Rücken der andern Beschlüsse fassen, deren Legalität nachher nicht mehr anfechtbar ist.“ Über diesen Gegenstand bemerkte er am 5. Mai 1881 im Reichstage: „Ich glaube, daß der Reichstag auch gewinnen würde, wenn er eine Grenze der Beschlußfähigkeit nicht hätte, sodaß diejenigen, welche ein Vergnügen daran haben, Reden zu hören, jederzeit erscheinen könnten, ohne ausgezählt zu werden, daß aber eine höhere Beschlußfähigkeit als die jetzige gesetzt wird, wenn solche Beschlüsse gefaßt werden sollen, welche die Zukunft des Reiches durch Gesetze binden. Das Reich hat ein Recht darauf, daß mehr wie die Hälfte der im Lande gewählten Abgeordneten bei einem solchen Beschlusse anwesend sei, der auf die Geschicke der Nation einen wesentlichen, dauernden und schwer wieder zu beseitigenden Einfluß übt. Die Hälfte des Reichstags ist nicht mehr der Reichstag, so wie die Verfassung ihn kennt, sie hat auch nicht mehr das Ansehen im Publikum wie dieser. . . Wie wollen Sie annehmen, daß die Bevölkerung noch mit demselben Eifer an den Geschäften des Reichstags teilnehme, wenn ihre gewählten Vertreter ihr ein solches Beispiel geben?“

Deutschland hatte viel später als andre Länder konstitutionelle Einrichtungen bekommen, dann aber war auf die lange Entbehrung Überfülle gefolgt, deren Bewältigung ermüdete, ja mit Erstickung bedrohte. Der parlamentarische Apparat war zu

vielgliedrig und zu komplizirt, und so verbrauchte er eine Menge Arbeitskraft. Der Parlamentarier mußte bei der Überanstrengung, die ihm seine Mandate zumuteten, allmählich Routinier werden, die Minister waren mit Arbeit bis zur Unerträglichkeit überbürdet, und das Volk versank gegenüber dem Nichtendenwollen der parlamentarischen Verhandlungen, der Debatten in den Provinzial- und Einzelstaats-Landtagen und im Reichstage mehr und mehr in Gleichgiltigkeit, wozu allerdings der Umstand beitrug, daß es nicht vielen gegeben war, an Opposition unter allen Umständen, an advokatenhafter Rechthaberei, vordringlicher und langatmiger Düftelei, selbstgefälligem Rhetorenpathos und ähnlichem Unfug soviel Wohlgefallen zu finden wie gewisse Abgeordnete, welche die Hauptrollen im Stücke spielten und die meiste Zeit für sich in Anspruch nahmen. Es ging wirklich nicht an, daß zahlreiche Männer acht bis neun Monate im Jahr aus der Gesetzmacherei nicht herauskamen. Sie erschöpften ihre und der Minister Kräfte, sie übersättigten mit der von ihnen bereiteten und von den Zeitungen unaufhörlich servirten Kost das Publikum, das ihre Reden in der Regel nur dann noch beachtete, wenn sie Interessenfragen behandelten oder mit Derbheiten und Skandal gewürzt waren. Die Abgeordneten bekamen endlich bei dem langen Zusammensein in den Hauptstädten wenig mehr von den Kreisen zu sehen, die sie vertraten, sie hörten nicht mehr das Leben, sondern nur den Parteigeist zu sich sprechen, sie verknöcherten in der Doktrin und Theorie wie Professoren in der Studirstube und Räte am grünen Tische. Diesen Übelständen mußte dadurch gesteuert werden, daß die Volksvertreter in den Stand gesetzt wurden, eine erheblich längere Zeit als bisher von den parlamentarischen Geschäften auszuruhen, leiblich und geistig gesunde Luft draußen in der Welt zu atmen und wieder Fühlung mit dem Volke, dessen

Interessen sie wahrnehmen sollten, zu gewinnen und sich zu bewahren, wenn die Einflüsse der Parteileitung sich wieder geltend machten. Zu diesem Zwecke ließ der Reichskanzler dem Bundesrate im Juli 1879 eine Vorlage in Betreff der Abänderung gewisser Artikel der Verfassung zugehen, die in der Verwandlung der bisher einjährigen Etatsperiode in eine zweijährige, sodann für den Fall, daß die Nötigung, das Budget alle Jahre festzustellen, wegfiele, in einer weitern Änderung, nach welcher der Reichstag nicht in jedem Jahre einberufen werden müßte, endlich in vierjährigen Wahlperioden statt der bis dahin dreijährigen bestand. Der Bundesrat entschied sich für den Vorschlag, die Mehrheit des Reichstags ließ ihn, als derselbe 1880 eingebracht wurde, unerledigt. Als der Kanzler den betreffenden Gesetzentwurf im folgenden Jahre abermals vorlegte, beantwortete ihn die Kommission mit einem Gegenvorschlage, in welchem Bismarck „eine Rücksichtslosigkeit gegen die ministerielle Menschenklasse und einen Eingriff in die Prärogative des Kaisers" erblickte. In der Rede, die er am 5. Mai 1881 hielt, gab er den nächsten Zweck der Bundesratsvorlage mit folgenden Worten an: „Wir wollen die Hast und die Überlastung mit Geschäften, über die der Vorredner klagt, dadurch vermindern, daß wir Ihnen die Möglichkeit geben zu längeren Sitzungen, indem Sie nicht eingeengt sind durch die Notwendigkeit, in jedem Jahre zwei Körperschaften, den Reichstag und die Landtage, nebeneinander fungiren zu lassen und die Zeit, die eine dieser Versammlungen braucht, der andern zu verkümmern. . . Allerdings ist, wenn die Annahme des Systems, welches die Vorlage zum Ausdruck bringt, sich auf das Reich beschränkt, das Werk nur halb gethan; es muß auf sämtliche Landtage übergehen, die Gesetzgebung des Reichs muß ein Verbot bringen, daß Reichstag und Landtag gleichzeitig tagen,

ein Jahr sollen die Landtage, ein Jahr soll der Reichstag haben für seine Geschäfte. . . Die Hauptarbeit liegt in dem Budget und in dem Zwange der Termine. Die dringende Hast liegt hauptsächlich in dem Zwange zum Fertigwerden des Budgets, welches in jedem Jahre neu geschaffen werden muß. . . Wir (die Abgeordneten und die Minister) werden beiderseits Zeit haben, wenn der Reichstag oder der Landtag in dem Jahre, wo er sich versammelt, sich von Haus aus der Hoffnung hingeben kann, daß es kein Unglück ist, wenn er seine Sitzungen auf drei oder fünf Monate ausdehnt und die Arbeitszeit der Minister in der Zwischenzeit so bemessen ist, daß sie die Vorlagen rechtzeitig feststellen können." Weiterhin hob der Kanzler einen andern Zweck seines Gesetzentwurfs mit nachstehenden Worten hervor: „Wenn ich die Vorlage immer wieder vorbringe, so verbinde ich damit das Interesse, denjenigen, die im Volke eine produktive Beschäftigung haben, der sie für die Dauer ihrer Teilnahme an parlamentarischen Debatten entsagen müssen, . . . diese Teilnahme dadurch etwas zu erleichtern, daß sie nicht genötigt sind, an zwei Parlamenten teilzunehmen. Wenn wir das nicht thun, werden wir die Leute, die im praktischen Leben stehen, ich meine, die irgendetwas materiell produziren, Handwerker, Kaufleute, Advokaten und Ärzte mit wirklicher Praxis, Landwirte, Fabrikbesitzer, Industrielle, Leute, deren praktische Erfahrungen uns von hohem Werte sind, und die ein volles Recht haben, ihre Interessen hier vertreten zu sehen, und deshalb von den Wählern hierher geschickt werden — denen machten wir es beinahe unmöglich, an den parlamentarischen Sitzungen auf die Dauer teilzunehmen. . . Wir bekommen auf diese Weise schließlich zwei verschieden veranlagte Kategorien von Abgeordneten. Die einen, welche die Zeit des Schlusses garnicht abwarten können, um ihre Geschäfte,

worin sie schwer vermißt werden, wieder aufzunehmen, die andern, die bedauern und seufzen, wenn sie der liebgewordenen Gewohnheit, hier öffentlich zu sprechen und den Fraktionen und Kommissionen beizuwohnen und den ganzen öffentlichen und kameradschaftlichen Beziehungen entsagen müssen, weil sie in Gottes weiter Welt weitere Beschäftigungen eigentlich garnicht haben, wenigstens keine solchen, die sie lieben. Wenn ich mir einen Beamten in guten oder geringen Verhältnissen denke, der nach einer Reichstagssitzung bei gutem Sommerwetter in warmen Tagen wieder seine staubigen Büreaus besuchen und seinen strengen Dienst thun und demselben Vorgesetzten wiederum eine gewisse Anerkennung zollen soll, auf den er bis dahin von seinem kurulischen Sessel mit einer gewissen Geringschätzung herabgeblickt hat, von der Höhe des Abgeordneten, so begreife ich, daß den, wenn er an die Annehmlichkeiten des vergangenen parlamentarischen Lebens zurückdenkt, ein gewisses Heimweh beschleicht, und er wegen Ermüdung durch die parlamentarischen Arbeiten einen berechtigten Badeurlaub erstrebt. Aber dabei läuft ein solcher Abgeordneter, der mit dem Lande nicht die Fühlung hat, welche gemeinsame Arbeit, gemeinsames Schaffen und Erwerben mit den Wählern geben, auch sehr leicht Gefahr, jede Möglichkeit der richtigen Beurteilung der Interessen und der Wünsche des Kreises, der ihn gewählt hat, zu verlieren... Ich halte es im Interesse des Reiches für eine große Gefahr, wenn es dahin kommen sollte, daß die Mehrheit unter die Herrschaft derjenigen Abgeordneten fiele, die eine andre, eine bürgerliche Beschäftigung eben nicht haben, die gewerbsmäßig Volksvertreter und deshalb im Reden die genialsten sind, und die die Stoffe, über die gesprochen wird, Monate und Wochen vorher sorgfältig durchgearbeitet haben, weil sie dieselben auch in der Publizistik vertreten und ihnen Anklang zu verschaffen

suchen — ihre Zeit erlaubt es ja, sie sind schließlich darauf angewiesen. Und sie stehen dann, sowie es auf die Geschicklichkeit, auf die rhetorische Mensur ankommt, ja vermöge der größern Mensurpraxis, die sie haben, außerordentlich im Vordergrunde. . . Wenn man durch die Übertreibung und Häufung der parlamentarischen Sitzungen und durch die Übertreibung der Dauer der einzelnen denen, die auch noch andre Geschäfte haben, denen, die nicht bloß fruges consumere nati sind, die nicht bloß von Gehalt, Honorar und Kapital leben, wenn man denen die Beteiligung am Reichstage schwer macht, dann wird man mit der Zeit dahin kommen, daß die Volksvertretung nur eine Gattung der Büreaukratie wird, daß wir, wie wir erbliche Beamtenfamilien haben, so auch erbliche Parlamentarierfamilien haben werden, die von Haus aus ihr Studium darauf richten, und die, wie der volkstümliche Mund sich ausdrückt, sagen: »Ich will Abgeordneter lernen,« und wenn man findet, daß dieses Gewerbe doch auch seinen Mann nährt und zuweilen einen recht gut in die Höhe bringt — meine Karriere ist ja auch lediglich eine parlamentarische, von mir hätte niemand etwas erfahren in meiner ländlichen Zurückgezogenheit, wenn ich nicht zufällig Mitglied des Vereinigten Landtags von 1847 gewesen wäre; also ich rechne mich immer ein, wenn ich von Parlamentariern rede. Aber die Büreaukratie weiter hinaus und auf das parlamentarische Leben auszudehnen und auch dieses zu einem Zweige der Reichs- und Landesbeamtenverwaltung werden zu lassen, der mit der misera contribuens plebs, die da schafft und arbeitet, wagt und wettet, erwirbt, gewinnt oder verliert, wenig Berührungspunkte und namentlich nicht gemeinsame Interessen und Denkungsweise hat, halte ich für schädlich; denn der beste Beamte, dessen Vater und Großvater Beamte waren, dessen ganze Erziehung darauf gerichtet war, weiß be-

stimmt nicht, wie seinem Wähler, der nie Beamter gewesen ist, der auch in seiner Familie nicht einen Beamten gehabt hat, in seinem Hause, seinem Streben, seinem Wesen zu Mute ist."

Die Mehrheit des Reichstags ließ sich, unter dem Bann der soeben geschilderten Handwerkspolitiker stehend, hiervon nicht überzeugen. Sie verhielt sich mißtrauisch, sie fand den Vorschlag der Regierung unnötig, ja gefährlich, sie hatte in ihm die Absicht entdeckt, die Rechte der Volksvertretung zu beschränken, und behandelte ihn lediglich als Bestätigung der damals und noch heute von den Liberalen gehegten Befürchtung, daß eine Ära der Reaktion angebrochen sei. Den gewichtigen Gründen des Reichskanzlers gegenüber erscheint es als bloße Reihenfolge von großartig klingenden, aber nichtigen Redensarten, wenn die Gegner desselben hervorhoben, daß alle größern Verfassungsstaaten und selbst die meisten kleinern ihr Parlament alljährlich versammeln, und wenn sie im Hinblicke hierauf fortfuhren: „Es hieße Deutschland gewissermaßen degradiren, wenn man seine Gleichstellung hierin mit jenen Staaten aufheben, wenn man die deutsche Nation, die durch die kraftvolle Politik Kaiser Wilhelms und seines großen Kanzlers auf die höchste Rangstufe gehobene Nation jedesmal für ein ganzes Jahr mundtot erklären wollte, während andre Nationen in der Zwischenzeit ihre Stimme erheben würden. . . Bei einem großen, mächtigen und freien Volke — und ein solches ist das deutsche seit 1871 — ist das jährliche Tagen seiner Gesamtvertretung etwas so natürliches, selbstverständliches und notwendiges, wie das regelmäßige Ein- und Ausatmen beim Menschen." Das sind, wie gesagt, nichtige Worte und überdies hinkende Gleichnisse. Wenn unser politisches Leben durch die vom Kanzler vorgeschlagene Abänderung der Verfassung gesunder, wahrhaftiger und kräftiger wird, wenn unsre Abgeord-

neten durch mehr Verkehr außerhalb des Kreises der Partei-doktrin, der Cliquenatmosphäre und innerhalb der Interessen des Volkes praktischer und natürlicher denken und votiren lernen, wenn die Nation infolge dessen an dem Thun und Lassen der Herren auf der Leipziger Straße wieder mehr Interesse nimmt, so werden wir dadurch keineswegs degradirt, sondern gehoben. Andre Völker, wie Frankreich, England, Belgien, Holland, Italien, sind mit uns in dieser Sache nicht zu vergleichen, weil sie keine doppelten Vertretungen, keine kleinen Parlamente neben dem großen haben. Von Mundtotmachen der Nation durch Eingehen auf den Gedanken Bismarcks kann in Wahrheit nicht die Rede sein; höchstens könnte man von Schweigenmüssen der Parteien für ein Jahr sprechen, und selbst das würde nur teilweise zutreffen; denn man hätte ja inzwischen die Zeitungen und die Preßfreiheit. Für ungewöhnliche Fälle endlich, wo die Regierung einen Rückhalt in der im Reichstage bis zu einem gewissen Grade konzentrirten öffentlichen Meinung bedürfte, bliebe ihr selbstverständlich allezeit die Befugnis, die Repräsentanten des Volkes zu einer außerordentlichen Session einzuberufen. Also weder die Ehre noch das Recht der Nation ist durch den in Rede stehenden Vorschlag gefährdet, sondern die Klagen, denen wir begegneten, haben ihren Grund einfach in der Angst eitler und rühriger Parteiführer, es werde Natur in die Unnatur des Parteilebens kommen, die Wirklichkeit werde sich gegenüber der in den Fraktionen gepflegten Theorien mehr geltend machen und der Einfluß, die Herrschaft der Berliner Doktrinäre werde Einbuße erleiden, wenn der größte Teil der Abgeordneten statt wie bisher vier oder fünf, künftig sechzehn oder siebzehn Monate nicht in ihrem Dunstkreise, sondern in frischer Luft, unter praktischen Menschen, in der Sphäre des eigentlichen Volkes, nicht dessen, das auf der Tribüne und in der

liberalen Presse so heißt, verkehrte, beobachtete, selbst praktisch thätig wäre und sich darnach Urteile bildete. Aber noch ein andres für die beabsichtigte Reform geltend gemachtes Argument verdient Beachtung. Die Wechselbeziehungen zwischen dem Reichshaushaltsetat und dem Budget der Einzelstaaten des Bundes lassen es dringend wünschenswert erscheinen, daß dieses Verhältnis durch Verwandlung des jährlichen Reichsbudgets in ein zweijähriges vereinfacht und erleichtert werde. Hingen schon früher bezüglich der Matrikularumlagen die Landtage der Einzelstaaten von der Entscheidung des Reichstages ab, so wird dies jetzt, nachdem der Zolltarif die Etatsangelegenheiten erheblich anders gestaltet hat, noch mehr der Fall sein. Das Reich soll diesen seinen Gliedern Einnahmen zuweisen und einen Teil derselben als Leistungen zurückverlangen. Soll und Haben der Einzeletats wird folglich garnicht festzustellen sein, wenn nicht der Reichshaushaltsetat schon eine Zeit lang durchberaten und fertig vorliegt. Mit andern Worten: nachdem beschlossen worden ist, die Überschüsse aus den Zöllen und der Tabaksteuer nach Abzug von 130 Millionen Mark für das Reich unter die Einzelstaaten zu verteilen, ist es in hohem Grade wünschenswert, den Etat des Reichs für einen längern Zeitraum als ein Jahr festzustellen, weil die Einzelstaaten erst dann eine sichere Berechnung der Summe vorzunehmen imstande sind, welche ihnen aus den Überschüssen zu Gebote stehen werden. Es liegt im Interesse einer wohlgeordneten Finanzwirtschaft, daß die Einzelstaaten nicht in ihren Kassen Gelder aufbewahren, die sich zwar in ihren Händen befinden, über die sie aber nicht verfügen können, weil sie nicht wissen, wie hoch sich die Forderungen des Reichs belaufen werden. Ist der Etat des letztern für zwei Jahre festgestellt, so wird es möglich sein, die Finanzen des Reichs und die der

Einzelstaaten in erforderlicher Weise auseinander zu halten und der Bevölkerung durch die letztern die Vorteile zukommen zu lassen, die sich für sie aus der Finanzreform ergeben sollten. In engem Zusammenhange mit der Verlängerung der Budgetperiode steht die der Legislaturperiode des Reichstags. Im Prinzipe wird man ziemlich allgemein damit einverstanden sein, daß es sehr wünschenswert ist, nicht alle drei Jahre genötigt zu sein, an die Wahlurne zu gehen, und auch die, welche ein starkes Parlament wollen, müßten es mit Freuden begrüßen, wenn die Reichsboten für längere Zeit, als jetzt üblich, gewählt werden sollen. Das Volk ist, wie die geringe Beteiligung desselben an den Wahlen zur Genüge beweist, des vielen Wählens müde und würde dankbar sein, wenn man ihm die Opfer an Zeit und Geld, die eine allgemeine Reichstagswahl verursacht, in längern Zwischenräumen auferlegen wollte, als jetzt geschieht. Nur über einen Punkt kann man verschiedener Meinung sein: in England wird nur alle sieben Jahre ein neues Parlament gewählt, und in Österreich wird der aus Wahlen hervorgehende Teil des Reichsrates nur alle sechs Jahre erneuert, in Deutschland wollte der Kanzler statt alle drei künftig alle vier Jahre neu wählen lassen. Warum nicht gleichfalls alle sechs oder sieben Jahre?

Die Redefreiheit der Parlamente darf nach Bismarcks Ansicht keine unbeschränkte sein. „Ihre Meinungen," erklärte er am 10. Februar dem preußischen Abgeordnetenhause, „können Sie aussprechen, aber Verleumdungen, Beleidigungen und Verbrechen sind keine Meinungen, sind Handlungen, und zwar solche Handlungen, die im Strafgesetze mit Strafen vorgesehen sind, . . . und gegen die Folgen dieser Handlungen schützt Sie das preußische Gesetz meines Erachtens nicht. Wenn Ihr Antrag (auf schrankenlose Redefreiheit) eine rechtliche Begründung hätte, so

wären die Mitglieder beider Häuser des Landtags im Besitze eines Vorrechtes vor ihren Mitbürgern, wie es die junkerhafteste Phantasie eines anmaßenden Patriziers in keinem zivilisirten Lande jemals sich hat träumen lassen. Es müßte dann Artikel 2 der Verfassung einfach lauten: Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, doch haben die Mitglieder beider Häuser des Landtags das Recht, ihre Mitbürger zu beleidigen und zu verleumden, ... ohne daß sie dafür anders als im Wege der Kammerdisziplin zur Verantwortung gezogen werden können." 1868 hielt er die hierin ausgesprochene Überzeugung zwar noch fest, ließ aber „das theoretische Gefühl gekränkten Rechtsbewußtseins," das ihn früher in der Sache beseelt hatte, „nicht mitsprechen," um den Einklang der Regierung mit der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses und des Reichstags nicht zu stören und das Zustandekommen der Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht zu gefährden. 1879 aber legte er dem Reichstage einen Gesetzentwurf vor, welcher der Versammlung selbst eine Strafgewalt über ihre Mitglieder einräumte, die sich an die ihr in Betreff derselben bereits zustehende Disziplinarbefugnis anlehnte. In den Motiven hieß es, der bisherige Zustand habe zur Folge, daß „geradezu eine Straflosigkeit verbürgt sei und auch die gröbsten Ausschreitungen im Hause ungeahndet blieben und ungeahndet durch die Presse außerhalb des Hauses verbreitet werden dürften." Die jetzige Geschäftsordnung ist, so hieß es an einer andern Stelle, „unzulänglich, um den schädlichen, ja unter Umständen gefährlichen Wirkungen von Ausschreitungen in den Äußerungen der Abgeordneten außerhalb der Wände des Sitzungssaales vorzubeugen. Denn die Öffentlichkeit der Verhandlungen, die verfassungsmäßig verbürgte Freiheit der Redner und der über ihre Reden verbreiteten Berichte von jeder Verantwortlichkeit läßt auch solche Äußerungen und

Reden Abgeordneter Verbreitung in den weitesten Schichten der Nation finden, welche, wenn sie eben nicht unter dem Schutze der Unverantwortlichkeit der Rednertribüne gesprochen und unter der gleichen Unverantwortlichkeit der Presse verbreitet wären, die Redner und die Presse der strafgerichtlichen Verfolgung nach den Vorschriften des gemeinen Rechtes aussetzen würden... Der hierin liegende Mißstand tritt in immer fühlbarerer Weise hervor, seitdem die Wahlen einzelne Abgeordnete in den Reichstag geführt haben, welche sich für berechtigt halten, die ihnen verfassungsmäßig zustehende Freiheit des Wortes zur Entwicklung von Theorien über den Staat und die bürgerliche Gesellschaft zu gebrauchen, welche den Bestand beider zu erschüttern geeignet sind." Die Motive schlossen mit den Sätzen: „Eine Ausgleichung dieses das Rechtsbewußtsein verletzenden Rechtszustandes will der Gesetzentwurf durch Einführung einer mit kräftigen Rügemitteln ausgestatteten Disziplinargewalt des Reichstages selbst herbeiführen. Dabei darf freilich nicht verkannt werden, daß diese Ausgleichung, wo eine schwere Rechtsverletzung in Frage steht, noch keineswegs zureichend erscheint, die volle Sühne dieser vielmehr nur in dem Eintritte der strafrechtlichen Ahndung durch den Richter gefunden werden kann." Der Reichstag ging auf diese Vorlage nicht ein, und die liberalen Zeitungen gerieten über sie in flammende sittliche Entrüstung. Und doch war sie durch die Erfahrung gerechtfertigt.

Der Reichstag kann den Studenten nicht vergessen. Wie das Fraktionswesen, das parlamentarische Cliquentum, wo Überlieferungen der Partei als unverbrüchlicher, für alle Fälle bindender Komment festgehalten und die neuen Mitglieder den schon länger zur Gesellschaft gehörigen wie Füchse den alten Häusern unterworfen werden, gewissermaßen eine Fortsetzung des Treibens der Korps und Burschenschaften ist, so sind auch

die Paukantenkünste, zu denen die Einrichtung der „persönlichen Bemerkungen“ Gelegenheit bietet, ein Nachklang des Lebens auf der Universität. Oft wird man dabei im übeln Sinne persönlich, zuweilen boshaft und hämisch, mitunter grob, sackgrob. Man sagt dem Gegner, ganz vergessend, daß er auch Kollege ist, spitze Redensarten, die wie Hiebe auf der Mensur erwiedert werden, man spricht nur, um seine Schlagfertigkeit zu zeigen, seinen Witz recht scharf leuchten und einschlagen zu lassen und womöglich das Vergnügen zu genießen, seinen Widerpart gehörig „abgeführt“ zu haben. Die Sache kommt dabei nur wenig, nur beiläufig in Betracht. Vollzögen sich solche Wortkämpfe immer in harmloser guter Laune, in anmutigem Stile, in feinen Wendungen, so möchte gegen sie, obwohl sie meist mehr oder minder aus Eitelkeit entspringen, nicht viel einzuwenden sein, ja man könnte sie manchmal als eine Art Erholung von meilenlangen dürren und leeren juristischen Wortklaubereien willkommen heißen, zu welchen die Verhandlungen nicht selten ausarten. Was aber soll man zu dem Abgeordneten sagen, der dem andern zuruft, wenn dieser seine Darstellung noch nicht kapirt habe, so „bedauere er dessen geringes Maß an Urteil“? Warum da nicht gleich lieber „einen dummen Jungen“ aufbrummen? Es wäre so ziemlich ein Aufwaschen. Und kann irgend jemand es dem in solcher Weise Angefahrenen verdenken, wenn er dem parlamentarischen Unhold erwiederte, er könne ihn nicht beleidigen. Ähnliches ist wiederholt vorgekommen. Das ist aber schlechter Ton, das sind Manieren, die vielleicht in das Repräsentantenhaus zu Washington, in den dortigen Senat oder sonst wohin gehören, nur nicht in unsre Parlamente, welche sich umsomehr vor ihnen hüten sollten, als sie berufen sind, andern Instituten des öffentlichen Lebens, den Stadtverordneten, den Volksversammlungen, der Presse als ein

Vorbild guter Sitte, urbanen Verhaltens und humaner Rücksicht auf die Gefühle andrer voranzuleuchten, und als sie mit den in ihnen herrschenden Begriffen von Anstand wirklich bereits einen bestimmenden Einfluß auf die genannten Institute ausüben. Aber auch das Gefühl und die Ehre von Personen, die außerhalb der gesetzgebenden Körperschaften stehen, sollten nicht ungestraft von den Abgeordneten verletzt werden dürfen. Daß auch dies bisweilen geschehen, ist bekannt. Aber besteht es vor der Gerechtigkeit? Sollen die, welche unsre Gesetze machen, und die deshalb doch wohl die ersten und gewissenhaftesten in deren Befolgung sein sollten, mit dem Privilegium begnadigt bleiben, sie nach Belieben als nicht vorhanden betrachten und behandeln zu dürfen? Soll der von der Rednerbühne herab Geschmähte und Verleumdete, wenn er sich den Schutz der Gesetze entzogen sieht, wenn er seinen Namen in zahlreichen Zeitungsberichten über die betreffende Sitzung verunreinigt findet, etwa Hilfe bei der Presse suchen und dem Beleidiger hier seine Schuld heimzahlen? Soll er anderweite Mittel ergreifen, um sich Genugthuung zu verschaffen, etwa die Pistole oder — die Reitpeitsche? Oder soll er ähnlich wie der oben angedeutete Abgeordnete sagen: Der Herr X. im hohen Reichstage oder im verehrlichen Abgeordnetenhause kann mich nicht beleidigen — weil — je nun, weil ich ihn gesetzlich nicht zur Rechenschaft ziehen kann, weil auf ihn der Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetze keine Anwendung findet, weil er ein Eximirter ist? Wie, wenn der Verletzte für gut fände, diesen Grund zu verschweigen? Wo bleibt in allen Fällen der Art die Würde der parlamentarischen Versammlungen, welche die Liberalen so stark betonen und so eifrig gewahrt wissen wollen, und werden wir, wenn eine Redeweise, die namentlich Vorfechter der Fortschrittspartei und ihrer Nachbarn im sozialdemokratischen Winkel zu kultiviren belieben,

sich weiter verbreitet, nicht am Ende dahin kommen, dem Ausdruck „parlamentarisch," der bisher etwa mit feinfühlig, rücksichtsvoll oder schonend zusammenfiel, eine Bedeutung beizulegen, die das Gegenteil dieser Eigenschaften eines Gentleman einschließt? Aber, so wirft man ein, die Sache hat ihre großen Schwierigkeiten. Die Volksvertretung ist verfassungsmäßig befugt, zu reden, was ihr beliebt, die Verhandlungen der Parlamente sind öffentlich, und die Presse kann dieselben straflos verbreiten, wenn sie dieselben nur wahrheitsgetreu wiedergiebt. Keine Geschäftsordnung kann hier eingreifen und ändern. Diejenige des Reichstags, sowie die des preußischen Abgeordnetenhauses bietet als einzige Gegenmittel gegen oratorischen Unfug zuerst Ordnungsruf, dann Entziehung des Wortes in Bezug auf den vorliegenden Gegenstand, und über die letztere Maßregel hat der Präsident, bevor er sie verhängt, das Haus zu befragen, wogegen die Befugnis zum erstern seinem eignen Ermessen anheimgegeben ist. Hier wäre vielleicht damit zu helfen, daß man dem Präsidenten das Recht beilegte, bei schweren Fällen sofort nach dem ersten Ordnungsrufe und ohne erst die Versammlung um ihre Zustimmung zu befragen, dem Mitgliede, das sich Beleidigungen von Kollegen oder von Personen außerhalb des Hauses oder sonstige Redeexzesse, die bei andern strafrechtlich geahndet werden könnten, zu Schulden kommen ließe, das Wort zu entziehen. Damit ließe sich gewiß mancherlei verhüten, aber genügen würde das nicht. Die Beleidigung, das außerhalb der Versammlung strafwürdige Wort wäre heraus und machte seinen Weg ungehindert und unbesorgt vor Strafe durch die Zeitungspresse und in die Welt. Es könnte bei der Erörterung eines andern Gegenstandes wiederholt und bei andern Debatten abermals wiederholt werden und von neuem wohlgemut die Reise durch die Zeitungen antreten und so seine Wirkung verdoppeln

und verdreifachen. Wenn man also 1879 und bis heute innerhalb der Geschäftsordnung keinen andern Weg wußte, einem offenbaren Übelstande abzuhelfen, so mußte man den Weg der Gesetzgebung betreten, und hier bot der Entwurf des Reichskanzlers Vorschläge, über die man bei mehr gutem Willen und weniger Selbstgefühl, weniger Abneigung gegen heilsame Selbstbeschränkung sehr wohl hätte zu einer Verständigung kommen können.

Es giebt endlich noch einen andern Mangel an unsern Parlamenten, den das politische Glaubensbekenntnis unsers Reichskanzlers entschieden verurteilt und gegen den ein guter Teil seiner Thätigkeit mittelbar und unmittelbar gerichtet war. Unsre Parlamente erscheinen von dem Glauben beherrscht oder mindestens stark beeinflußt, alle politischen Fragen, namentlich die Verfassungsfragen, ließen sich mit Anwendung formaler Regeln lösen, und nicht bloß die Fortschrittspartei, sondern auch Führer der weiter rechts stehenden Gruppen werden von dem Bestreben geleitet, die Mannichfaltigkeit unsers nationalen Lebens in ein totes Buchstabenrecht hineinzupferchen. Wir sehen, mit andern Worten, die Jurisprudenz in den Reihen unsrer liberalen Parteien und damit in den Verhandlungen des Reichstags und der Landtage eine zu breite Stelle einnehmen, und in den Debatten macht sich ein Wesen geltend, das als Advokatengeist bezeichnet werden muß. Der „Rechtsstaat“ aber, den ein großer Teil unsrer aus dem Sachwalter- und Richterstande hervorgegangenen Volksvertreter mehr oder minder klar und mehr oder minder eingestandenermaßen im Auge hat, wäre als ein rein juristisches, die Alleinherrschaft der Juristen darstellendes Gemeinwesen das gerade Gegenteil von dem, was die Befürworter desselben in den Parlamenten und in der Presse zu erstreben sich einreden oder vorgeben. Er wäre die Unfreiheit und die Lahm-

legung aller der Mächte und Klassen im Staate, die in diesem neben dem Juristenstande existiren und zur Entwicklung und Geltendmachung ihrer Interessen so gut das Recht haben wie dieser. Das Streben nach dem Rechts- oder richtiger dem Juristenstaate ist also um nichts besser und gerechter als das der Theologen nach einem Staate, in dem durchaus nach theologischen Gesichtspunkten regiert wird, als die Bemühungen Roms, die Kirche zur Herrscherin auf politischem Gebiete zu erheben, als etwaige Absichten, ein bürgerliches Gemeinwesen zu schaffen, in welchem der Feudalherr, der Großkaufmann oder die hohe Finanz zu bestimmen hätte, was zu thun oder zu lassen.

Blicken wir auf die letzten beiden Jahrzehnte zurück, so sehen wir, daß die Anschauungen und das Verfahren des juristischen Elements in unsern Parlamenten nicht nur den Gang der Gesetzgebung zu sehr bestimmten, sondern auch indirekt hemmend und hindernd die Aktion des Staates nach außen hin beeinflußten, indem dieses Element die hier in Betracht kommenden Fragen und Verhältnisse vom privatrechtlichen Standpunkte aus beurteilte und behandeln wollte. Erinnern wir uns der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, wo nach der Meinung von herzoglichen Advokaten, welche den Minister spielten, nicht die preußische Armee, sondern das Augustenburgische Recht, d. h. ein altes grüngelbes Pergament, vor dem nicht einmal die Würmer Respekt gehabt, die Düppelschanzen genommen hatte, und wo der preußischen Fortschrittspartei dieses Recht höher stand als das Recht Deutschlands auf Zusammenfassung seiner Kräfte und als die Pflicht Preußens, diese herbeizuführen. Denken wir daran zurück, wie es Maßregeln zur Zurückdrängung Roms zu treffen galt, und wie dabei selbst nationalliberale Politiker*)

*) Der Abgeordnete Bamberger; vergl. „Die Gegenwart," II. Band, Nr. 24, Seite 2.

sich sträubten, „mit dem zweiten Paragraphen des Jesuitengesetzes das Fundament des kaum betretenen deutschen Rechtsstaates zu durchbrechen." Entsinne man sich der Pedanterie, die sich gegen die Verlängerung des Provisoriums in den Reichslanden erklärte, weil sie der gesetzlichen Zwangsform alles und jedes unterwerfen wollte. Vergegenwärtige man sich ferner die letzten Debatten der Kommission, die das Gesetz gegen die Umtriebe der Sozialdemokratie beriet. Einmütig wurde hier anerkannt, daß dieselben eine schwere Gefahr heraufbeschworen hatten, und daß es dringend notwendig war, der Regierung, als der Wächterin über alle höchsten Güter der Nation, Werkzeuge und Waffen zur Beseitigung dieser Gefahr zu schaffen; aber die Juristerei in der Versammlung schüttelte den Kopf, sah in ihren grauen Schulkategorien nach und stemmte sich nach Kräften gegen die Vorschläge und Forderungen des Kanzlers, weil sie ein „Ausnahmegesetz" vor dem, was das „gemeine Recht" verlangte, durchaus nicht gutheißen konnte. Und als die Reden, die dies betont, endlich schwiegen, gab es andre gewichtige Bedenken. Die Welt wußte aus der Geschichte und aus dem Munde der betreffenden Revolutionäre selbst ganz genau, was sozialistisch und kommunistisch sei. Aber die Jurisprudenz wußte es in ihrem Herbarium getrockneter Begriffe nicht eher unterzubringen, als bis es definirt war. Als ob es nicht tausend und abertausend Dinge gäbe, die sich nicht so klar und ganz in Definitionen und Formeln ausdrücken lassen, als sie im Gefühl und Bewußtsein der Menschen ruhen, als ob man bei einer Regierung, die sich mit der Freiheit und Ordnung identifizirt hatte, jene Klarheit nicht in besonders hohem Grade hätte voraussetzen können, und als ob die Reichstagsjuristen bei ihren Definitionen nicht genötigt gewesen wären, das, was an ihren logischen Schöpfungen Fleisch und Blut hatte, ebenfalls

aus dem Gefühl und Bewußtsein zu entnehmen, das aus der Erfahrung hervorgegangen war. Die höchste Vehemenz endlich entwickelte die parlamentarische Juristerei bei dieser Sache, als die Rekursinstanz in Frage kam. Bundesrecht, Partikularrecht, Strafrecht und Zivilrecht zogen in langer Prozession über die Bühne, und die Fortschrittspartei geriet in einen Eifer, der sich in höchst komischem Sprunge sogar über eine ihrer Grundforderungen hinwegsetzte: sie, die alle politischen Verbrechen vor die Geschwornengerichte, d. h. an Nichtjuristen verwiesen wissen wollte, verlangte jetzt, daß die Rekursinstanz einzig aus richterlichen Beamten zusammengesetzt werde.

Gewiß hat das Wort recht, welches behauptet: „Justitia est fundamentum regnorum. Das Recht ist die Grundlage des Staates. Das Lebende und Schaffende in demselben aber ist etwas andres, und die Rechtsgelahrtheit hat nicht die Befugnis, sich als Fundament politischer Gemeinwesen zu betrachten. Das Schöpferische ist das gesamte nationale Leben, die Staatskunst gestaltet die Produkte desselben, und die Staatswissenschaft registrirt diese Gebilde und gruppirt sie in gesetzmäßiger Reihe. Die Erscheinung, daß in unsern Parlamenten der gesetzgeberischen und richterlichen Thätigkeit zu hohe Bedeutung beigelegt wird, rührt nicht allein von dem Umstande her, daß unter den Abgeordneten das juristische Element an Zahl überwiegt. Sie ist, wie Held bemerkt,*) auch ein Zug unsrer Zeit, der seinen Ausgangspunkt in Frankreich und zwar in der französischen Revolution hat, und als dessen Erzeugnisse die Theorien von der Souveränetät des Gesetzes und des Richterstandes, die haarscharfe Trennung der Gerechtigkeitspflege von der Verwaltung, der gesetzgebenden von der vollziehenden Ge-

*) „Staat und Gesellschaft," Teil III, S. 253 ff.

walt, die Masse der Kodifikationen, die leidenschaftliche Gesetzmacherei, gegen die sich Bismarck in der oben zitirten Rede vom 10. März 1877 erklärte, und die übergroße Wichtigkeit, die man dem Rechtsformalismus zuschreibt, zu betrachten sind. Schon Platon hat aber darauf hingewiesen, daß die Gesetze nicht das ganze Leben des Staates erschöpfen, und neuere Schriftsteller, darunter Doktrinäre vom reinsten Wasser wie Constant, haben, vielleicht unbewußt, dieselbe Überzeugung ausgesprochen. Ist das richtig, so kann es unmöglich eine notwendige Eigentümlichkeit unsrer modernen Staaten sein, daß ihr ganzes Leben in der Anfertigung und Aufrechterhaltung von Gesetzen verfließe. Der Unterschied der Gesetze und Rechtsansichten der zivilisirten Völker ist nach Held ein geringer. Dies gilt auch von dem öffentlichen Rechte derselben; denn alle werden, wenn wir von Rußland absehen, vom Konstitutionalismus beherrscht. Dies alles hindert aber die Selbständigkeit der betreffenden Staaten nicht, und so „muß die Eigentümlichkeit der Völkerindividualitäten nicht sowohl an dem in Gesetzen formell hervortretenden Ausdruck ihrer Rechtsüberzeugung als vielmehr an der innern Auffassung des Rechtsgedankens, an der Art und dem Maße seiner Bethätigung im ganzen Leben des Volkes, an seinen juristisch nicht formulirbaren Grundideen und an allen den vielen Dingen hängen, die gleichfalls nicht juristisch formulirt werden können, sich aber gerade an die tiefern nationalen Eigentümlichkeiten anschließen, welche eben durch jene Grundideen hervorgerufen und dadurch innerlich bedeutungsvoll werden.“ Eine große Menge wichtiger Dinge entzieht sich gänzlich oder teilweise der Bestimmung durch Gesetze; denn im Staate muß Freiheit sein. Keine Tugend läßt sich gesetzlich vorschreiben oder gar erzwingen, jede ist Produkt der sittlichen Arbeit des betreffenden Individuums. Wieviel ließe sich wohl bloß durch Gesetze, ohne

die sittlichen Familienbande und ohne die damit zusammenhängende häusliche Erziehung für Religiosität, Treue, Bescheidenheit, Charakterstärke, Barmherzigkeit und andre Seelenzierden wirken? Und wie weit käme der Staat in kritischer Lage mit Gesetzen, wenn es seinen Angehörigen an aufopferungsfähigem Patriotismus mangelte? Wie wenig ist endlich gesetzlich aufgenötigter Gemeinsinn wert. „Wehe dem Staate," ruft Held aus, „in welchem keine andre Gerechtigkeit und Pflichterfüllung wäre als die durch die Gerichte vermittelbare, und wo die richterliche Entscheidung nur deshalb Autorität hätte, weil ihre Erfüllung erzwungen werden kann... Der Freiheit der Individualität bleibt nicht nur notwendig ein großes Gebiet, welches kein Gesetz zu berühren vermag, sondern auch ein außerordentlich weiter Spielraum in Bezug auf die Erfüllung des Gesetzes. Dies gilt namentlich von den Gesetzen nach der wahren Idee des konstitutionellen Staates, welcher mehr und wichtigeres auf das Gewissen seiner Angehörigen stellt, bei der Ausübung des Gesetzgebungswerkes selbst die Geltendmachung des ganzen organischen Volkslebens beabsichtigt und eben deshalb dem Grundsatze der Transaktion huldigen muß" — eine Wahrheit, die Bismarck in den Worten: „Die Basis aller konstitutionellen Verfassung ist der Kompromiß," und die Odilon Barrot in dem Satze: „Les reformes ne sont que des transactions" ausgedrückt hat. Das Prinzip der Ausgleichung ist und war in allen Staaten der Träger derjenigen Bestandteile, die in ihnen organisch sind; im Konstitutionalismus aber muß es seiner Idee nach für das ganze staatliche Leben als wirksam anerkannt werden. „Den Gesetzen selbst," so fährt Held fort, „würde alles höhere Leben fehlen, wenn sie allein das ganze Leben des Staates sein müßten. Denn sie würden den Menschen, statt ihn durch Gewährung einer von

ihnen unberührt gelassenen Sphäre freizulassen, zum bloßen Sklaven einer Masse positiver Satzungen machen, weil sie der menschenwürdigen Sanktion und des Mittels einer organischen und darum sichern Fortbildung entbehren müßten." Das wäre der sogenannte Rechtsstaat im Sinne der Extremen. Er wäre die in einem bestimmten Augenblicke sich vollendende und dann endgiltig feststehende Krystallisation des innern höhern Lebens eines Volkes und somit gerade auf seiner obersten Entwicklungsstufe die vollständigste Vernichtung der individuellen Freiheit und der persönlichen wie der staatlichen Fortschrittsfähigkeit. Aber auch der milder gestaltete Rechtsstaat, den man als Vollendung des Konstitutionalismus preisen hört, und der die neben den Gesetzbauern bestehenden Faktoren des geselligen Lebens zwar nicht vom Staate ausschließt, aber die Forderung erhebt, daß sich dieses Leben nur um das Schaffen, Erfüllen und Erhalten von Gesetzen bewege, ist ein Unding. Man will damit, wie Held bemerkt, den konstitutionellen Staat zum Gegenteile des administrativen Polizeistaates gestalten, weshalb man sich bestrebt, Gesetzgebung und Justiz von der Verwaltung äußerlich vollkommen zu trennen und das Gebiet der erstern in demselben Grade zu erweitern, wie man das der letztern zu beschränken sucht. Darin aber mischt sich Wahres mit Falschem. „Denn nicht darin, wie ein Gesetz zustande gebracht wird, auch nicht in der Annahme einer für alle Gegenstände staatlicher Verfügung gleich vorzüglichen Eigenschaft der Gesetzesform liegt die Befriedigung aller Staatsbedürfnisse, sondern darin, daß diejenigen Dinge, welche unter den obwaltenden Verhältnissen ihrer innern Natur nach zur Gesetzgebung und Rechtspflege gehören, nur dieser unterstellt werden, der Verwaltung aber diejenigen zufallen, welche aus denselben Gründen der Gesetzung und Rechtspflege nicht überlassen werden können. Der Staat würde

gleich leiden, ob das eine oder das andre Gebiet gegen die Natur der Sache erweitert oder eingeschränkt werden sollte." Endlich gehört zu den Faktoren, durch die sich die Entwicklung der Staaten vollzieht, ganz wesentlich auch die providenzielle Einwirkung, der gegenüber jede menschliche Gesetzgebung unwirksam erscheint. Auf diesem Gebiete ist unzweifelhaft das Auftreten gewaltiger, durch Intelligenz und Charakterstärke gleich ausgezeichneter Persönlichkeiten oder die sonstige individuelle Eigentümlichkeit derjenigen, welche durch Gesetz oder auf andre Weise an hervorragende und einflußreiche Stellen gerufen sind, eine der nächstliegenden Erscheinungen, und zwar besteht das Providenzielle nicht in einer providenziellen Natur gewisser Menschen, sondern darin, daß stets den außerordentlichen Umständen entsprechende Menschen vorhanden sind. Durch den Konstitutionalismus soll die Bedeutung dieses Moments hinweggefallen sein. Mit Recht erklärt Held diese Meinung für irrtümlich. Wahr ist nur, daß durch den Konstitutionalismus gewisse frühere rein persönliche Einwirkungen, und zwar nicht bloß üble, sondern auch gute, aufgehoben oder beschränkt worden sind. Falsch dagegen ist der Glaube, daß alle derartigen Einwirkungen durch die konstitutionellen Einrichtungen abgethan sind oder abgethan werden können; denn es darf nicht übersehen werden, daß durch diese Einrichtungen eine Menge andrer persönlicher Einwirkungen auf den Staat unvermeidlich geworden sind.

Wir kommen nun zu den Hauptmaximen des staatsmännischen Sittenkodex unsers Reichskanzlers, von denen sich einige schon in den bisher zitirten Äußerungen desselben spiegelten. Staatsmännisch, politisch denken und handeln, heißt zweckbewußt, dem geschichtlichen Leben und der Natur der Dinge entsprechend, also sachgemäß, weitschauend und billig denken und handeln, nur das Notwendige wollen und nur das Erreich-

bare erstreben, das Gute nicht verschmähen, weil das Beste noch nicht zu gewinnen ist. Das gilt von den äußern nicht minder wie von den innern Angelegenheiten. Die Politik kennt keine Gefühle, oder richtiger, sie hat selbst keine, weiß aber die von andern für ihre Zwecke zu benutzen, noch weniger giebt sie Leidenschaften Raum. Sie richtet sich ein, bequemt sich den Umständen an, verfährt nach dem Schillerschen Worte:

„Gradaus geht des Blitzes,
Geht des Kanonballs fürchterlicher Pfad.
— — Die Straße, die der Mensch befährt,
Worauf der Segen wandelt, diese folgt
Der Flüsse Lauf, der Thäler freien Krümmen."

Der Staatsmann weiß von keiner Rache. Er führt Krieg, nur um den Frieden zu sichern, er vermeidet ihn, solange es ohne Schaden möglich, er beschleunigt ihn, sobald er unvermeidlich geworden ist, da rechtzeitige Offensive die beste Defensive ist. Unser Reichskanzler ist immer in erster Linie durch sein undefinirbares Genie, durch seinen politischen Instinkt in der Auffindung von Mitteln und Maßregeln angesichts neuer historischer Situationen ein Staatsmann höchsten Ranges, in zweiter Reihe aber dadurch, daß er die obigen Regeln staatsmännischer Kunst sich allezeit zur Richtschnur dienen läßt. Er riet 1866, von den eroberten Landstrichen nur Hannover, Hessen und Nassau mit Frankfurt zu behalten, weil dadurch eine Kluft zwischen der östlichen und westlichen Hälfte Preußens ausgefüllt wurde und die Bevölkerung der preußischen im großen und ganzen homogen war. Er schonte Österreich, um sich die Möglichkeit einer einstigen Verständigung nicht durch Erweckung von bleibender Ranküne abzuschneiden; er beschleunigte den Friedensschluß nach Möglichkeit, um der Beteiligung Frankreichs bei Fortsetzung des Krieges vorzubeugen, da eine geringe französische Streitmacht ausgereicht hätte, um die inzwischen numerisch

sehr stark gewordenen süddeutschen Truppen einig und unternehmend zu machen; er schonte im Frieden die besiegten süddeutschen Gegner und gewann dafür wertvolle Bündnisse für die Zukunft. Er nahm das Elsaß und einen Teil Lothringens nicht, weil sie einmal deutsch gewesen waren — „das ist Professorenidee", sagte er zu uns während des Krieges mit Frankreich —, sondern weil die dominirende Stellung von Straßburg und der einspringende Winkel von Weißenburg Süddeutschland vom Norden militärisch abschnitt und plötzlichen Überfällen aussetzte. Er ließ diese Lande nicht zur preußischen Provinz machen, wie mancher wohlmeinende Patriot wünschte, sondern bewirkte, daß sie Reichsland wurden, weil durch das gemeinsame Eigentum des Südens und des Nordens Deutschlands an dieser Eroberung ein gemeinsames Interesse und ein starkes Bindemittel zwischen den Staaten nördlich und denen südlich vom Main geschaffen wurde. Bei jeder Verhandlung über diese und später auftauchende Fragen bekundete er die Selbstbeherrschung, die Vorsicht, den Weitblick des echten Staatsmannes und den mit diesen Eigenschaften verwandten billigen Sinn, bei keiner ließ er sich durch Gefühle von den Entschlüssen, die ihm sach- und zweckgemäß erschienen, ablenken.

Im Folgenden einige mündliche Äußerungen des Fürsten zum Belege für das hier Gesagte. Daß er immer das Leben, die thatsächlichen Verhältnisse vor Augen hat, ist von ihm oft ausgesprochen worden, am prägnantesten in der Erklärung, er handle stets nach „Gründen, die sich nicht am grünen Tische, sondern im grünen Lande draußen finden." Am 17. August 1866 legte er im Abgeordnetenhause gewissermaßen Rechenschaft über die von ihm beim Friedensschlusse beobachtete Politik ab, wobei er sagte: „Zunächst kam es uns darauf an, dem neuen Bunde feste Grundlagen zu geben. Ich glaube, daß sie

umsoweniger fest ausfallen würden, je ausgedehnter derselbe wäre; wir könnten unmöglich einem Staate wie Baiern solche Zumutungen stellen, wie wir sie jetzt im Norden erheben müssen. Die erste dieser festen Grundlagen suchen wir in einem starken Preußen, sozusagen, in einer starken Hausmacht des leitenden Staates, den wir deshalb in seinem direkten Besitz erheblich verstärkt haben. Das Band des engern Bundes, durch das wir außerdem Norddeutschland verknüpfen wollen, wird dagegen so fest wie die Einverleibung nicht ausfallen. Indes gab es, um der Wiederkehr solcher Dinge vorzubeugen, daß befreundete und verwandte Volksstämme, durch ihre Regierungen genötigt, uns im Rücken unsrer Heere entgegentreten konnten, nur zwei oder eigentlich drei Methoden. Die eine ist eben die Einverleibung und die vollkommene Verschmelzung mit Preußen selbst bei widerstrebender Bevölkerung, namentlich widerstrebendem Beamten- und Offiziersstande, die sich durch ihre Treue an die frühern Regierungen gebunden fühlen. Die Regierung denkt diese Schwierigkeiten auf deutsche Art zu überwinden, durch Schonung der Eigentümlichkeiten und allmähliche Eingewöhnung, nicht, wie es bei romanischen Völkern üblich ist, mit einem Schlage. Die zweite Methode ist die Teilung der Hoheitsrechte, sodaß es gewissermaßen einen Militärherrscher und einen Zivilherrscher giebt; durch die Umstände genötigt, werden wir diese Methode in Sachsen versuchen müssen*). Früher

*) Am 20. August sagte Bismarck den sächsischen Unterhändlern, er werde über den Frieden nur unter der Voraussetzung weiter verhandeln, daß die Kriegsherrlichkeit des Königs von Sachsen an den König von Preußen abgetreten und letzterem von den sächsischen Truppen der Fahneneid geleistet werde, daß dieselben vollständig der preußischen Armee einverleibt, und daß sie außerhalb Sachsens in Garnison gelegt würden. Preußen könne das Fortbestehen einer sächsischen Armee nicht dulden; denn dieselbe würde bei ihrem vorzüglichen Zustande und der Tapferkeit, die sie im böhmischen Kriege an den

hatte ich eine lebhafte Neigung für dieses System. Nach den Eindrücken aber, die mir bei Gelegenheit der Aufstellung der Februarbedingungen gegenüber von Schleswig-Holstein geworden, befürchte ich, daß ein solches System eine dauernde Quelle von Verstimmungen bilden wird, eine Quelle, die länger fließen dürfte als die Abneigung gegen den neuen Herrscher bei wirklich annektirten Ländern. . . Aber ganz abgesehen von solchen

---

Tag gelegt, wenn die beiden Regierungen wieder in Streit gerieten, in Verbindung mit einer größern Militärmacht eine schwere Gefahr werden. Die Sachsen bemerkten dagegen, die Verfassung des ins Auge gefaßten Norddeutschen Bundes werde es niemals dazu kommen lassen, und sie müßten nach ihren Instruktionen auf der Erhaltung eines besondern sächsischen Armeekorps mit Garnisonen im Lande und auf Verbleiben der Kriegsherrlichkeit bei ihrem Könige als eines wesentlichen Attributs der Souveränetät desselben bestehen und könnten nur vollständige Unterordnung der Armee unter preußischen Oberbefehl im Kriege sowie mit gewissen Einschränkungen im Frieden bewilligen. Es sei für den König von Sachsen eine moralische Unmöglichkeit, diese Truppen, die für ihn so viel gethan und gelitten hätten, als Armee der Vernichtung preiszugeben. Bismarck aber erwiederte, er müsse bei seiner Forderung beharren. Dieselbe entspringe übrigens nicht aus Mißtrauen gegen die Armee, sondern werde ihm von der Erfahrung aufgenötigt. Man möchte jetzt im sächsischen Kabinet die besten Absichten hegen, aber dieselben hätten für die Zukunft wenig materiellen Wert. Es könnten sich über die Auslegung der Bundesverfassung verschiedne Meinungen bilden, in den Streit könnte sich das Ausland mischen, Österreich z. B., und dann könnte eine sächsische Armee als Avantgarde der Kaiserlichen bedenklich werden. Das Wiener Kabinet verwende sich angelegentlich für Sachsen, desgleichen das Pariser, die gesamte diplomatische Maschinerie Europas sei zu dessen Gunsten in Bewegung gesetzt, und das beweise, wie gefährlich es sei. Es sei der Punkt, wo das Ausland seine Hebel ansetzen werde, um die Konsolidirung Deutschlands zu hintertreiben und Preußen im Fall eines Krieges Verlegenheiten zu bereiten, deshalb müsse Sachsen unschädlich gemacht werden. Dabei scheint er geblieben zu sein; denn als Savigny und Stosch am 21. Oktober mit Sachsen einen Friedensvertrag abgeschlossen hatten in welchem von Einverleibung der sächsischen Truppen in die preußische Armee nicht die Rede war, mißbilligte der Graf Bismarck, der inzwischen in Putbus schwer krank gelegen hatte und von den Unterhandlungen nicht unterrichtet worden war, damals dieses Resultat derselben, mit dem er sich erst nach der Herstellung des Reiches und der militärischen Beziehungen zu den süddeutschen Staaten ausgesöhnt hat.

Empfindungen hat dieses System den Nachteil, daß der eine der beiden Herrscher, der Militärherrscher, der fremde, immer nur mit Anforderungen kommt, während alle wohlthätigen Einflüsse der Zivilverwaltung in den Händen des alten Landesherrn bleiben. Ich bedaure, daß wir, wie gesagt, genötigt sein werden, dieses Experiment in Sachsen zu machen. Die dritte Methode endlich wäre die Zerreißung des bisher bestandenen Gemeinwesens; das haben wir verschmäht, ein sehr verkleinertes Sachsen, Hannover, Kurhessen u. s. w. Mit diesem Systeme haben wir 1815 in Sachsen trübe Erfahrungen gemacht. Zwar sind die an Preußen gekommenen Teile völlig mit diesem Staate verwachsen, aber in dem selbständig gebliebenen Teile hat sich von da ab eine entschiedene Abneigung gegen Preußen erhalten; deshalb haben wir dieses System, das uns suppeditirt wurde, diesmal völlig beseitigt, wir haben das Interesse der Regierten über das der Dynastie gestellt. Es ist wahr, es macht dies vielleicht den Eindruck der Ungerechtigkeit, aber die Politik hat nicht die Aufgabe der Nemesis, die Rache ist nicht unser, sondern wir haben zu thun, was für den preußischen Staat eine Notwendigkeit ist, und deshalb haben wir uns durch kein dynastisches Mitgefühl leiten lassen. Und dafür haben wir aus diesen Ländern selbst schon Anerkennung gefunden... Was unsre Bundesgenossen betrifft, so haben wir deren nur wenige und schwache gehabt, aber es ist nicht bloß eine Pflicht, sondern ebenso von der Klugheit geboten, auch dem kleinsten unser Wort zu halten. Je rückhaltloser Preußen zeigt, daß es seine Feinde von der Landkarte wegfegen kann, umso pünktlicher muß es seinen Freunden Wort halten. Gerade in Süddeutschland wird dieser Glaube an unsre politische Redlichkeit von großem Gewichte sein."

Am 12. September 1866 erwiederte Bismarck dem Ab-

geordneten Schulze, der an dem Bundesvertrage jenes Jahres allerhand auszusetzen gefunden hatte: „Der Herr Abgeordnete tadelte unter anderm, daß in dem Bundesvertrage nur von der Konsularvertretung die Rede sei, die auf Preußen allein übergeht, während das Recht der diplomatischen Vertretung im Auslande jenen Regierungen bleibe. Meine Herren, Sie überschätzen die Bedeutung der Diplomatie, wenn Sie eine solche Forderung aufstellen. Ich erinnere mich, daß 1848 und 1849 die günstigste Zeit gerade für Verhandlungen über diesen Gegenstand mit den Fürsten verloren ging. Die Regierungen legen gerade auf dieses ihr Ehrenrecht ein unverhältnismäßiges Gewicht und verstehen sich zu seiner Abtretung gerade am allerschwersten. Ich sage, ein unverhältnismäßiges Gewicht; denn wenn die Stellung eines Landes wirklich so bedeutend ist, daß das Ausland Rücksicht auf dasselbe nehmen muß, so wird ein Offizier, ein Kaufmann, ein Privatmann genügen, diesen Verkehr zu vertreten, und der Fürst kann, wenn er will, in unscheinbarem Gewande empfangen; ist aber die Stellung des betreffenden Fürsten nicht von der Bedeutung, so mag er immerhin Botschafter schicken, das thut nichts; seine eignen Stände werden sehr bald diesen kostspieligen Luxus beseitigen... Der Herr Vorredner hat gesagt, daß der Sieg auf dem politischen Gebiete nicht genug ausgebeutet sei. Ja, meine Herren, über die Tragweite eines Sieges kann man leicht irren, und ob wir uns geirrt haben, wird erst die Zukunft zeigen... Wir glauben in den Ergebnissen des Krieges die Grundlagen dessen zu besitzen, was wir brauchen, um feste, dem nationalen Gefühle entsprechende Anordnungen zu treffen."

Über die Eroberung von Elsaß-Lothringen äußerte sich der Kanzler am 2. Mai 1871 im Reichstage wie folgt: „Die Kriege mit Frankreich hatten im Laufe der Jahrhunderte . . .

eine geographisch-militärische Grenzbildung geschaffen, welche für Frankreich voller Versuchung, für Deutschland voller Bedrohung war, und ich kann die Lage, in welcher wir uns befanden, in der namentlich Süddeutschland sich befand, nicht schlagender charakterisiren, als es mir gegenüber von einem geistreichen süddeutschen Souverän einst geschah, als Deutschland gedrängt wurde, im orientalischen Kriege für die Westmächte Partei zu nehmen, ohne daß es der Überzeugung seiner Regierungen nach ein selbständiges Interesse hatte, diesen Krieg zu führen. Ich kann ihn auch nennen — es war der hochselige König Wilhelm von Württemberg, der sagte mir: »Ich teile Ihre Ansicht, daß wir kein Interesse haben, uns in diesen Krieg zu mischen. . . Aber wenn wir uns darum mit den Westmächten überwerfen sollten, wenn es so weit kommen sollte, zählen Sie auf meine Stimme im Bundesrate bis zu der Zeit, wo der Krieg zum Ausbruche kommt. Dann aber nimmt die Sache eine andre Gestalt an. Ich bin entschlossen, so gut wie jeder andre die Verbindlichkeiten, die ich eingegangen bin, einzuhalten. Aber hüten Sie sich, die Menschen anders zu beurteilen, wie sie sind. Geben Sie uns Straßburg, und wir werden einig sein für alle Eventualitäten; solange Straßburg aber ein Ausfallsthor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der deutsche Bund zu Hilfe kommen kann. Ich werde mich keinen Augenblick bedenken, das harte Brot der Verbannung in Ihrem Lager zu essen, aber meine Unterthanen werden an mich schreiben. Sie werden von Kontributionen erdrückt werden, um auf Änderung meines Entschlusses zu wirken. Ich weiß nicht, was ich thun werde, ich weiß nicht, ob alle Leute fest genug bleiben werden. Aber der Knotenpunkt liegt in Straßburg; denn solange das nicht deutsch

ist, wird es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich der deutschen Einheit, einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben...« Die Frage war, wie Bürgschaften dagegen zu gewinnen seien — territorialer Natur mußten sie sein, die Garantien der auswärtigen Mächte konnten uns nicht viel helfen; denn solche Garantien haben zu meinem Bedauern mitunter nachträglich eigentümlich abschwächende Deklarationen erhalten. . . Es wurde nach andern Auskunftsmitteln gesucht, es wurde uns vielfach vorgeschlagen, wir möchten uns mit den Kriegskosten und mit der Schleifung der französischen Festungen in Elsaß und Lothringen begnügen. Ich habe dem immer widerstanden, indem ich dieses Mittel für ein unpraktisches im Interesse der Erhaltung des Friedens ansehe. Es ist die Konstituirung einer Servitut auf fremdem Grund und Boden, einer sehr drückenden und beschwerlichen Last für das Souveränetäts-, für das Unabhängigkeitsgefühl desjenigen, den sie trifft. Die Abtretung der Festungen wird kaum schwerer empfunden als das Gebot des Auslandes, innerhalb des Gebietes der eignen Souveränetät nicht bauen zu dürfen. . . Ein andres Mittel wäre gewesen, . . . einen neutralen Staat ähnlich wie Belgien und die Schweiz an jener Stelle zu errichten. Es wäre dann eine Kette von neutralen Staaten hergestellt gewesen von der Nordsee bis an die Schweizer Alpen, die es uns allerdings unmöglich gemacht haben würde, Frankreich zu Lande anzugreifen, weil wir gewohnt sind, Verträge und Neutralitäten zu achten, und weil wir durch diesen dazwischen liegenden Raum von Frankreich getrennt wären; keineswegs aber würde Frankreich an dem im letzten Kriege ja gehegten, aber nicht ausgeführten Plane gehindert sein, gelegentlich seine Flotte mit Landungstruppen an unsre Küsten zu schicken oder bei Verbündeten französische Truppen zu landen und bei uns einrücken

zu lassen. Frankreich hätte einen schützenden Gürtel gegen uns bekommen, wir aber wären, solange unsre Flotte der französischen nicht gewachsen ist, zur See nicht gedeckt gewesen. Es war dieser Grund aber nur in zweiter Linie. Der erste Grund ist der, daß die Neutralität überhaupt nur haltbar ist, wenn die Bevölkerung entschlossen ist, sich eine unabhängige neutrale Stellung zu wahren und für die Erhaltung derselben zur Not mit Waffengewalt einzutreten... Diese Voraussetzung wäre bei dem neuzubildenden neutralen Elsaß-Lothringen in der nächsten Zeit nicht zugetroffen, sondern es ist zu erwarten, daß die starken französischen Elemente, welche im Lande noch lange zurückbleiben werden, ... diesen neutralen Staat, wer immer sein Souverän sein möchte, bei einem neuen französisch-deutschen Kriege bestimmt haben würden, sich Frankreich wieder anzuschließen... Es blieb daher nichts andres übrig, als diese Landstriche mit ihren starken Festungen vollständig in deutsche Gewalt zu bringen, um sie als starkes Glacis gegen Frankreich zu verteidigen, und um den Ausgangspunkt etwaiger französischer Angriffe um eine Anzahl von Tagemärschen weiter zurückzuverlegen."

Im September 1870 klagte die „Nationalzeitung" über die rücksichtsvolle Behandlung des gefangenen Kaisers der Franzosen. „Die Nemesis," meinte sie, „hätte gegen den Mann des zweiten September, den Urheber der Sicherheitsgesetze, den Anstifter des mexikanischen Trauerspiels, den Anzettler dieses greuelvollen Kriegs" weniger galant sein sollen; der Sieger sei nach dem Urteile des „Volksgemüts" allzu ritterlich gewesen. Bismarck war dieser Ansicht durchaus nicht. „Das Volksgemüt, die öffentliche Meinung," sagte er, „denkt allerdings so. Die Leute verlangen, daß bei Konflikten von Staaten der Sieger sich mit dem Moralkodex in der Hand über den Besiegten zu Ge-

richt setze und ihn zur Strafe ziehe für das, was er gegen ihn begangen, womöglich auch für seine Sünden gegen Dritte. Das ist aber ein ganz ungebührliches Verlangen. Die Begriffe Strafe, Lohn, Rache gehören nicht in die Politik. Die Politik darf der Nemesis nicht ins Handwerk pfuschen, nicht das Richteramt üben wollen. Das ist Sache der göttlichen Vorsehung. Die Politik hat nicht zu rächen, was geschehen ist, sondern zu sorgen, daß es nicht wieder geschehe. Sie hat sich unter allen Umständen einzig und allein mit der Frage zu beschäftigen: Was ist hierbei der Vorteil meines Landes, und wie nehme ich diesen Vorteil am besten und fruchtbarsten wahr? Sie hat sich in diesem Falle zu fragen: Wer wird nützlicher für uns sein, ein schlecht behandelter Napoleon oder ein gut behandelter? Die Möglichkeit ist doch nicht ausgeschlossen, daß er einmal wieder obenauf kommt."

In ähnlichem Sinne äußerte sich der Kanzler in Versailles über die Meinung, die sein Vetter, Graf Bismarck-Bohlen, über die im Oktober 1870 erfolgte Verhaftung Jacobys ausgesprochen hatte, und die dahin ging, daß er sich freue, daß man „den faulen Schwätzer eingespunden habe." Unser Chef erwiederte darauf: „Ich freue mich darüber ganz und gar nicht. Der Parteimann mag das thun, weil seine Rachegefühle dadurch befriedigt werden. Der politische Mann, die Politik kennt solche Gefühle nicht. Die fragt nur, ob es nützt, wenn politische Gegner mißhandelt werden."

Sehr charakteristisch sind die Urteile des Kanzlers über die Aufnahme, welche die in Versailles abgeschlossenen Verträge wegen Eintritts der süddeutschen Staaten in den Nordbund bei der öffentlichen Meinung in Deutschland zu erwarten hatten, und über die Ausstellungen, die später wirklich daran gemacht wurden. Am 23. November, wo der Traktat mit Baiern unter-

zeichnet wurde, sagte er: „Die Zeitungen werden damit nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Weise Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen: Der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es erlangt, sie hätten gemußt, und er kann Recht haben — mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren — was sind Verträge, wenn man muß? — und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind. Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber er ist so fester. Ich rechne ihn zu dem Wichtigsten, was wir in diesem Jahre erreicht haben." Am 1. Dezember bemerkte er abends beim Thee: „Die Zeitungen sind unzufrieden mit dem bairischen Vertrage. Ich habe mirs gleich gedacht. Es mißfällt ihnen, daß gewisse Beamte bairische heißen, die sich doch ganz nach unsern Gesetzen richten müssen. Mit dem Militär ists in der Hauptsache ebenso. Die Biersteuer ist ihnen auch nicht recht; als ob wir das nicht jahrelang im Zollvereine gehabt hätten. Und so haben sie noch allerlei auszusetzen, wo doch alles wesentliche erreicht und gehörig festgemacht ist... Sie thun, als ob wir den Krieg gegen Baiern geführt hätten, wie 1866 gegen die Sachsen, während wir doch Baiern als Bundesgenossen zur Seite haben. Ehe sie den Vertrag gutheißen, wollen sie lieber warten, bis sie die Einheit kriegen in der ihnen genehmen Form. Da können sie lange warten. Ihr Weg führt nur zur Verschleppung, während es doch rasch handeln heißt. Zögern wir, so gewinnt der böse Feind Zeit, Unkraut dazwischen zu säen. Der Vertrag sichert uns viel; wer alles will, wird es möglich machen, daß nichts erlangt wird... Konstituirende Versammlung! Wenn nun der König von Baiern nicht dazu wählen läßt. Das bairische Volk wird ihn nicht dazu zwingen und wir auch nicht."

Als am 24. Februar 1871 in Versailles davon gesprochen wurde, daß mehrere deutsche Blätter, darunter die „National-zeitung“, mit der Kapitulation von Paris unzufrieden seien, indem sie sofortigen Einmarsch unsrer Truppen in die Stadt, „Einzug mit Glanz“ erwartet hätten, welchen diese tapfern Heere als kriegsmäßige Genugthuung verdient, bemerkte der Kanzler: „Das beruht auf vollständiger Unkenntnis der Lage hier vor und in Paris. Bei Favre hätte ichs durchsetzen können, aber die Bevölkerung. Sie hatten gewaltige Barrikaden und dreimalhunderttausend Mann, von denen gewiß hunderttausend gekämpft hätten. Es ist Blut genug geflossen — deutsches — in diesem Kriege. Hätten wir Gewalt brauchen wollen, so wäre noch viel mehr vergossen worden bei der Erhitzung der Bevölkerung drin. Und bloß, um ihnen noch eine Demütigung zuzufügen, das wäre zu teuer erkauft, das wäre unpraktisch, unpolitisch gehandelt.“

Als der Abgeordnete Virchow im Dezember 1881 dem Kanzler vorwarf, er sei inkonsequent gewesen, indem er vom Kampfe mit den Klerikalen abgelassen, nachdem er ihn eine Zeit lang lebhaft betrieben, erhielt er zur Antwort: „Jeder Kampf hat seine Höhe und seine Hitze, aber kein Kampf im Innern zwischen Parteien und der Regierung, kein Konflikt kann von mir als eine dauernde und nützliche Institution behandelt werden. Ich muß Kämpfe führen, aber doch nur zu dem Zwecke, Frieden zu erlangen. Diese Kämpfe können sehr heiß werden, und das hängt nicht immer von mir allein ab, aber mein Endziel ist dabei doch immer der Friede. Wenn ich nun glaube, in der heutigen Zeit diesem Frieden mit mehr Wahrscheinlichkeit nahe zu kommen als in der Zeit, wo des Kampfes Hitze entbrannte, so ist es ja an sich meine Pflicht, dem Frieden meine Aufmerksamkeit zuzuwenden, nicht aber weiter

zu fechten, bloß um zu fechten gleich einem politischen Raufbold... Kann ich ihn haben, den Frieden, kann ich auch nur einen Waffenstillstand, wie wir deren ja gehabt haben, die Jahrhunderte hindurch gedauert haben, durch einen annehmbaren modus vivendi erlangen, so würde ich pflichtwidrig handeln, wenn ich das nicht acceptiren wollte."

Wir kommen zum Schlusse dieser Betrachtung. Man hat dem Kanzler einmal vorgeworfen, er meine, daß Gewalt vor Recht gehe, und er habe dies rund heraus öffentlich erklärt. Er hat dies geleugnet, aber das Echo wiederholt den Vorwurf unbelehrbar noch heute. Er hat die Sentenz in der That nicht gebraucht, aber wie, wenn dies geschehen wäre? Wäre sie denn so falsch? Ist Gewalt, Durchbruch durch veraltete oder gleich naturwidrig geschaffene Rechte nicht oft notwendig, nicht oft viel wohlthätiger als das Recht, und wer bestimmt in gewissen Fällen, was Recht ist? Der eine urteilt darüber so, der andre anders, beide urteilen nach ihren Vorstellungen, ihren Verhältnissen, ihren Interessen, und eine Instanz über ihnen, die das nicht thäte, giebt es nicht.





Zweites Kapitel.

Sein Verhältnis zu den göttlichen Dingen.



ie in dem vorhergehenden Kapitel und in den weiteren soll der Reichskanzler, indem wir eine Reihe von öffentlichen und privaten Äußerungen desselben gruppiren, sich auch im folgenden nach der von der Überschrift angegebnen Richtung hin selbst charakterisiren. Dabei wird indessen mit besondrer Behutsamkeit zu Werke zu gehen sein, und noch mehr wie in den Abschnitten, welche Bismarck in seiner Eigenschaft als Politiker zu erkennen und darzustellen versuchen, werden wir uns hier vor dem Fehler generalisirender Behandlung in Acht zu nehmen haben. Das ziemlich reiche Material, welches uns zur Beurteilung der Stellung vorliegt, die der Fürst zur Religion und Kirche einnimmt, ist nicht von gleichem Werte, es will gesichtet sein und zwar noch sorgfältiger als das, welches für Schlüsse auf andre Züge seiner geistigen Physiognomie zur Hand ist.

Man kann eine Abhandlung über Goethe als Politiker, als Patrioten oder als Kosmopoliten schreiben und damit nur

zu halbwahren oder ganz unrichtigen Ergebnissen gelangen, wenn man die Meinungskundgebungen desselben, die dabei zur Grundlage dienen und als Belege angeführt werden, nicht auf ihre Zeit und ihren Ort und Zweck, auf ihre Entstehung und ihren Zusammenhang ansieht. Sie sind nach der Entwicklungsperiode des Dichters und Denkers, in die sie fallen, nach der Stimmung, in der er sich gerade befand, nach den Einflüssen, welche die eben herrschende Philosophie und die um ihn werdenden oder ihn fertig umgebenden staatlichen Zustände auf ihn üben konnten, endlich auch nach den Personen zu beurteilen, an die er sich mit ihnen wendete. Erst dann werden sie ihre rechte Verwertung finden, und erst dann wird sich das Vorwiegende und Bleibende in ihrer Gesamtheit nach seiner wahren historischen Bedeutung herausstellen. Wer anders verfährt — und man ist in der That vielfach anders verfahren —, wer gar mit vorgefaßter Meinung sucht und zusammenfügt, kann uns ebenso leicht deduziren, daß Goethe ein „Fürstenknecht", ein Reaktionär, ein vaterlandsloser Geist, als daß er das Gegenteil von dem allen gewesen sei. Sogar zu einer Art Sozialisten der Fourierschen Art kann man ihn auf diesem Wege machen, wenn man Kapitel aus Meisters Wanderjahren heranzieht. Dasselbe aber gilt in noch höherm Grade von seiner Stellung zur Religion und Kirche. Man kann aus seinen Dichtungen und seiner Korrespondenz eine Anzahl von Stellen herausgreifen, welche zu beweisen scheinen, daß er ein Heide oder ein Pantheist gewesen sei, und ein andrer kann mit andern Belegen ebenso einleuchtend darthun, daß er christlich gedacht und empfunden hat. Selbst einen begeisterten Apologeten des Katholizismus können wir in ihm erblicken, wenn wir uns an die Schlußszene im zweiten Teile des „Faust" oder an gewisse Äußerungen in „Wahrheit und Dichtung" erinnern. Die letztern.

in das Jahr 1812 gehörig,*) sind eine geradezu erstaunliche Verherrlichung des Wesens und der Einrichtungen der päpstlichen Kirche, namentlich der sieben Sakramente und vor allem der Priesterweihe. Aber kurz vorher hatte sich Goethe als Spinozist mit leidenschaftlicher Abneigung gegen das Christentum ausgesprochen, und kurz nachher spottete er als persischer Derwisch über das Mysterium der kirchlichen Dreieinigkeit, und wie er sich die Mission des Priesters vorstellte, geht aus den Worten der Eugenie hervor:

„Den Wunsch der Liebe, die zum All das Eine,
Zum Ewigen das Gegenwärtige,
Das Flüchtige zum Dauernden erhebt,
Den zu erfüllen ist sein göttlich Amt.“ **)

Nun scheint es, als ob bei Bismarck die Wahrheit in Betreff seines religiösen Glaubens nicht so schwer herauszufinden sei als bei Goethe; denn wir begegnen bei ihm sehr selten Äußerungen dieses Glaubens, die sich mit andern von seinen derartigen Kundgebungen nicht wohl vereinigen lassen, und niemals Gedanken über die göttlichen Dinge, welche früher von ihm ausgesprochenen direkt gegenüberstehen. Gleichwohl werden wir nicht umhin können, uns vor Verwendung des Materials, das er uns in Briefen, Privatgesprächen und öffentlichen Reden geliefert hat, die oben angedeuteten Fragen und vielleicht noch einige andre vorzulegen und nach Möglichkeit zu beantworten.

Als sicher und sich von selbst verstehend ist von vornherein anzunehmen, daß Bismarck hier nicht zu allen Zeiten derselbe gewesen ist, daß er nie ganz mit sich fertig zu sein geglaubt

*) Man findet sie in der Cottaschen Duodezausgabe der Goetheschen Werke, Bd. 21, S. 89 bis 94.

**) Vgl. Die natürliche Tochter V, 7.

hat, wie manche andre Leute. Wie auf politischem Gebiete hat er auch auf religiösem nachweislich und wie er selbst einmal zugesteht, verschiedne Entwicklungsstufen eingenommen. Er hat seine rationalistische Periode durchgemacht, er hat dann eine Zeit durchlebt, wo er ungläubig oder wo ihm die Religion wenigstens kein Bedürfnis war, er äußert sich später in sehr entschiedner Weise dergestalt, daß man annehmen muß, er stehe auf christlichem, ja auf konfessionellem Standpunkt, und er scheint in den letzten Jahren davon nur soviel behalten zu haben, daß wir ihn einfach als tiefreligiösen Geist bezeichnen können, der fest an Gott, an eine göttliche Ordnung und eine persönliche Fortdauer nach dem Tode glaubt, seine Pflicht aus diesem Glauben herleitet und seine Kraft zu deren Erfüllung aus ihm zu schöpfen gewohnt ist, aber wenig auf die Konfession giebt, nichts von Unduldsamkeit wissen will und kein starkes Verlangen empfindet, sich durch Priestermund erbauen zu lassen.

Die äußern Einflüsse und die innern Vorgänge und Zustände, welche diese Wandlungen zur Folge hatten, sind zum Teil nicht schwer zu erkennen. Die Jugend des Fürsten fiel in eine Zeit, wo der Rationalismus noch weite Kreise beherrschte. Seine Mutter war eine vorwiegend verständige, aufgeklärte Frau, sein Vater ein Mann von Gemüt, aber ohne besonders tiefgehendes Begehren nach Bekanntschaft und Einklang mit der überirdischen Welt. Die Schulen, in welchen der Sohn dann seine erste Bildung erhielt, waren auch nicht geeignet, eine religiöse Stimmung und religiöse Bedürfnisse zu erwecken und zu stärken, die Universität und der Umgang mit Freunden und Bekannten der nächstfolgenden Zeit noch weniger. Es war die Periode seines Lebens, wo er sich durch allerlei Excentrizitäten den Namen des „tollen Junkers" erwarb, ein Seelenzustand voll Gährung, Rausch und Sturm, voll Übermut und Unfug.

Doch war diese Zeit nicht ganz ohne Streben nach Höherm und Besserm, und das Ende war Überdruß an dem bisherigen Treiben und Sehnsucht nach Flucht aus dem Verdruß, den es zur Folge gehabt hatte. „Wie viele ihrer Dichter," sagt Goethe, indem er vom Trübsinn in den Werken englischer Poeten spricht, „haben nicht in der Jugend ein loses und rauschendes Leben geführt und sich früh berechtigt gefunden, die irdischen Dinge der Eitelkeit anzuklagen."*) Das hat offenbar auch von der schon damals im Grunde ernsten Natur Bismarcks zu gelten. Vielleicht regten ihn solche Dichtungen nebenher an. Ferner hatte er sich in der Zwischenzeit zwischen seinen Studienjahren und dem Beginn dieser Umkehr mit Spinoza bekannt gemacht, und wenn wir auch nicht wissen, wie weit er sich dessen Weltanschauung damals angeeignet hat, so dürfen wir doch vermuten, daß sie auf ihn gewirkt hat und Mitursache des Weltschmerzes gewesen ist, der ihn in diesen Tagen ergriff und noch lange nachher seine Denkart färbte. Sodann werden übersprudelndes Thätigkeitsbedürfnis, dem es am rechten Gegenstande fehlte, und das Bewußtsein, viel leisten zu können, bei dem er sich unter den obwaltenden Verhältnissen nur nicht klar war, wie Gelegenheit dazu zu finden sei, beigetragen haben, wenn ihm die Welt öde und düster erschien. Endlich waren seine Vermögensverhältnisse in jener Epoche seiner Entwicklung einige Jahre lang dazu angethan, ihn schwermütig zu machen und Sehnsucht nach Zurückgezogenheit aus der Welt zu erzeugen. Es war eine Gemütsverfassung, in welcher er einmal „mit den letzten tausend Thalern in die lithauischen Wälder auswandern" wollte, um dort als einfacher Farmer und Jäger ein neues Leben zu beginnen. Ein andrer, ein Katholik,

*) Gesammelte Werke, Cottasche Duodezausgabe, Bd. 22, S. 161.

hätte in dieser Verstimmung vermutlich daran gedacht, Einsiedler in härener Kutte zu werden oder in ein Kloster mit strenger Observanz zu gehen.

So war der jetzt an der Wende zwischen den zwanziger und den dreißiger Jahren Stehende mehr als genügend vorbereitet, in ein andres Stadium seines seelischen Werdens einzutreten, und wir werden kaum irren, wenn wir annehmen, daß die Liebe zu seiner spätern Frau dabei die Führerin war oder doch das von andrer Seite in ihn Gesäete zum Aufsprießen brachte. Johanna von Puttkamer war die Tochter eines frommen Hauses, auf das der Geist Herrnhuts stark gewirkt hatte. Daß der Junker vom „Kneiphof", der junge Mann, aus dem der „eiserne Kanzler" werden sollte, diesem Geiste zugänglich war, darf nach dem Gesagten nicht Wunder nehmen, zumal er einem weichen Zuge im Charakter Bismarcks entsprach, dem wir auch sonst nicht selten bei ihm begegnen. Ein Wohlgefallen an den Süßlichkeiten des Herrnhutertums, Enthusiasmus für das Lämmleinspiel und das bedenkliche Schwelgen in der Seitenwunde des Gekreuzigten werden wir bei ihm gewiß nicht vermuten dürfen, wohl aber Freude an dem bessern Inhalte jener Form des Pietismus. Auch Goethe, der „Heide", fühlte sich von dem Wesen der Brüdergemeinde, „dieser Gesellschaft, die sich unter der Siegesfahne Christi versammelt," *) in seinen jüngern Jahren lebhaft angezogen.

Die Zahl frommer, wenigstens kirchlicher Häuser war mittlerweile in den Kreisen des preußischen Adels groß geworden. Bei den einen war es innerer Drang, bei den andern guter Ton und Mode, wenn seit dem Regierungsantritte Friedrich Wilhelms des Vierten supranaturalistische, pietistische und orthodoxe Strömungen

*) A. a. O. Bd. 22, S. 229.

den bisher rationalistisch bestellten oder mit Gedanken Rousseaus und Voltaires besäeten Boden der höhern Schichten der Gesellschaft auf weite Strecken hin überfluteten und durchtränkten. Der Rationalismus war gar zu flach, trocken und unfruchtbar, er war nicht ästhetisch und nebenbei vulgär gewesen, er hatte dem Herzen und der Phantasie zu wenig geboten, und er war mit dem Liberalismus verwandt, der sich anschickte, die Reste der feudalen Rechte, welche die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung übrig gelassen, ebenfalls zu beseitigen. Die Lehre Hegels war nicht für Damen und ihnen nahestehende Gefühlsmenschen, und sie hatte im Junghegelianismus einen Zweig getrieben, der das Bestehende noch mehr bedrohte als die rationalistische Doktrin. Die Revolution zeigte sich als Gewitterwolke am westlichen und südlichen Horizonte, und das Christentum mit seiner Predigt von der Entsagung, Demut und Gottgelassenheit erschien vielen besorgten Geistern als die einzige Macht, welche die Gefahr zerstreuen konnte. Auf der ganzen Verteidigungslinie von Bunsen bis zu Stahl und Gerlach gewöhnte man sich nach dem Beispiel an Allerhöchster Stelle an salbungsvolle Rede. Das alte Dogma von der Erbsünde, von der gründlichen Verderbnis der menschlichen Natur wurde wieder ausgegraben und in den Vordergrund gerückt. Die ganze sichtbare Welt war von der Zeit des ersten Sündenfalls an böse, alles war böse, was der Natur nicht widersprach, Selbstzufriedenheit das größte Verbrechen, nicht aus dem Innern, von außen, von oben her kam das Heil.

In einen Kreis ähnlicher Ideen trat Bismarck kurz vor der Zeit seiner Verheiratung ein, indem er mit der Frau seines Freundes Moritz von Blankenburg auf Zimmerhausen, einer Tochter von Taddens in Triglaff, die Hesekiel als fromme und geistvolle Dame bezeichnet, bekannt wurde. Derselbe umgab ihn

später auch in der Puttkamerschen Familie und wohl auch von andrer Seite her und war die Atmosphäre, in welcher der junge Edelmann von jetzt ab einige Jahre zum guten Teil lebte. Diese Auffassung des Menschen und der Welt schloß sich eng an die trübe, unbefriedigte, sehnsüchtige Stimmung an, mit der er ihr entgegen gekommen war. Bismarck fühlte sich — so haben wir uns den Hergang ungefähr vorzustellen — durch das Positive, das er mit jenen Ideen gewann, gehoben und innerlich vertieft, gestärkt und befreit von der Misere, die er hinter sich sah. Es war ihm leer zu Mute gewesen, jetzt strömte ihm neuer wohlthuender Inhalt zu. Er war selig, ein Christ geworden zu sein, und diese Empfindung verschmolz mit der Befriedigung über sein Eheglück.

In einem an seine Gemahlin gerichteten Frankfurter Briefe vom Juli 1851 sagt er: „Vorgestern war ich in Wiesbaden bei ** und habe mir mit einem Gemisch von Wehmut und altkluger Weisheit die Stätten früherer Thorheit angesehen. Möchte es doch Gott gefallen, mit seinem klaren und starken Weine dies Gefäß zu füllen, in dem damals der Champagner einundzwanzigjähriger Jugend nutzlos verbrauste und schale Neigen zurückließ. . . Wie hat meine Weltanschauung doch in den vierzehn Jahren seitdem so viele Verwandlungen durchgemacht, von denen ich immer die gerade gegenwärtige für die rechte Gestaltung hielt, und wie vieles ist mir jetzt klein, was damals groß erschien, wie vieles ehrwürdig, was ich damals verspottete! Wie manches Laub mag noch an unserm innern Menschen ausgrünen, schatten, rauschen und wertlos verwelken, bis wieder vierzehn Jahre vorüber sind. . . Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sich nachdenkt und doch von Gott nichts weiß oder wissen will, sein Leben vor Verachtung und Langeweile tragen kann. Ich weiß nicht, wie ich das früher

ausgehalten habe; sollte ich jetzt leben wie damals, ohne Gott, ohne dich und die Kinder — ich wüßte doch in der That nicht, warum ich dies Leben nicht ablegen sollte wie ein schmutziges Hemde."

Um dieselbe Zeit empfindet er den Trieb, andern zur Erreichung des Standpunktes zu verhelfen, den er gewonnen hat. Auf einer Vergnügungstour von Frankfurt nach Rüdesheim hat er sein Neues Testament mitgenommen und führt abends auf dem Balkone des Gasthauses mit Graf Lynar, dem einen seiner Begleiter, „christliche Gespräche", wobei er ohne Erfolg „lange an der Rousseauschen Tugendhaftigkeit seiner Seele rüttelt."

Wir dürfen vermuten, daß alle äußern Einflüsse, die Bismarcks Hinwendung zu christlichem Denken und Streben veranlassen halfen, bei der Selbständigkeit seines Wesens erfolglos geblieben sein oder ihn doch nicht auf die Dauer beherrscht haben würden, wenn der Weltschmerz seiner ersten Mannesjahre ihn nicht, bald zurückgedrängt auf den Grund seiner Seele, bald mit lauter Klage auf die Lippen steigend oder in die Feder fließend, durch sein späteres Leben begleitet hätte, wenn ferner das Christentum ihm nicht als Fundament des Staates erschienen wäre, und wenn endlich, theologisch zu sprechen, der Glaube an einen persönlichen Gott und an ein ewiges Leben des menschlichen Individuums ihm nicht, nachdem er ihm aufgegangen, als Kompaß und Leitstern für sein Thun, als Quelle von Kraft und Trost in den schweren Wirrnissen und Kämpfen seiner staatsmännischen Laufbahn gedient hätte.

Das Christentum ist die Religion der Weltverachtung. Die Erde und das irdische Dasein des Menschen ist ihm im Gegensatze zum antiken Heidentum und der Renaissance, denen

die Natur wahr und heilig, und deren Kultus die Freude an der Welt, deren Tugend voll entfaltete und durch Gesetz und Sitte vor Übermut und Übermaß gewahrte Kraft ist, Eitelkeit der Eitelkeiten, heil- und wesenloser Schein und Tand. Nur jenseits, droben ist das wahre Leben. Mit dieser Geringschätzung der Welt ist aber, wie bereits angedeutet, der Weltschmerz verwandt, der den Fürsten auch in seinen höhern Jahren, bis in sein Alter hinein von Zeit zu Zeit und wahrscheinlich häufiger, als wir wissen, überkam, und der ihn noch heute in stillen und müden Stunden bisweilen beschleicht. Die Ursachen dieser Erscheinung mögen zum Teil mit seinem Gesundheitszustande, zum Teil auch mit Kränkungen und Enttäuschungen oder trüben Ahnungen zusammenhängen. Es wird auch auf Bismarck Anwendung leiden, wenn Goethe am zuletzt angeführten Orte zur Erklärung der Melancholie englischer Dichter bemerkt: „Wie viele derselben haben sich in den Weltgeschäften versucht und im Parlament, bei Hofe, im Ministerium, auf Gesandtschaftsposten eine Rolle gespielt und sich bei innern Unruhen, Staats- und Regierungsveränderungen mitwirkend erwiesen und wo nicht an sich selbst, doch an ihren Freunden und Gönnern öfter traurige als erfreuliche Erfahrungen gemacht. . . Aber auch nur Zuschauer von so großen Ereignissen zu sein, fordert den Menschen zum Ernst auf, und wozu kann der Ernst weiter führen als zur Betrachtung der Vergänglichkeit und des Unwertes der irdischen Dinge." Es kommt dann wohl zu einer Entwicklung, die sich in dem von Goethe zitirten „schrecklichen" Verse spiegelt:

> „Then old age and experience, hand in hand,
> Lead him to death and make him understand,
> After a search so painful and so long,
> That all his life he has been in the wrong."

Genug, Bismarck hat immer dann und wann an Trübsinnsanfällen gelitten, der Weltschmerz geht wie eine unauf-

gelöste Molldissonanz neben der Harmonie seines Lebens her, und so darf man mit gewisser Einschränkung behaupten: er ist zunächst deshalb Christ, weil seine tiefe und starke Empfindung der Endlichkeit und Wertlosigkeit des Erdenlebens in allen seinen Erscheinungen ihn dazu prädisponirt.

Beispiele, die darauf hinweisen, finden sich in seiner Privatkorrespondenz nicht selten, und ebenso lassen sich mündliche Äußerungen des Fürsten als Belege dafür anführen. In einem Schreiben an seine Frau, das Petersburg, 2. Juli 1859 datirt ist, begegnen wir nach schweren Bedenken, die ihm die „mehr und mehr in das österreichische Kielwasser hineingleitende Politik Preußens" einflößt, der Stelle: „Wie Gott will! Es ist hier alles doch nur eine Zeitfrage, Völker und Menschen, Thorheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen und gehen wie Wasserwogen, und das Meer bleibt. Es ist ja nichts auf dieser Erde als Heuchelei und Gaukelspiel, und ob nun das Fieber oder die Kartätsche diese Maske von Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Österreicher, wenn sie gleich groß sind, doch eine Ähnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht; auch die Dummen und die Klugen sehen, reinlich skelettirt, ziemlich einer wie der andre aus. [Vgl. Hamlet auf dem Friedhofe.] Den spezifischen Patriotismus wird man allerdings mit dieser Betrachtung los, aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unsrer Seligkeit angewiesen wären."

In einem Briefe aus dem August 1861, in welchem er seinen Schwager Oskar von Arnim über den Verlust eines Sohnes zu trösten sucht, bemerkt er: „Wir sollen uns an diese Welt nicht hängen und nicht in ihr heimisch werden; noch zwanzig oder dreißig Jahre im glücklichsten Falle, und wir sind beide

über die Sorgen dieses Lebens hinaus, und unsre Kinder sind an unserm jetzigen Standpunkte angelangt und gewahren mit Erstaunen, daß das eben so frisch begonnene Leben schon wieder bergab geht. Es wäre [hier wieder eine Erinnerung an Goethes »Egmont«] das An- und Ausziehen nicht wert, wenn es damit vorbei wäre."

Seitdem sind Jahre voll glänzender Erfolge verflossen. Der Kanzler hat sich mit unvergänglichem Ruhme bedeckt und seinem Volke im Kreise der Nationen eine Stellung errungen, die alles überragt, was ihm in frühern Jahrhunderten geboten war. Mancher wird meinen, er müsse auf die Reihe seiner Thaten und Schöpfungen zurückblicken, wie Gott Vater am siebenten Tage auf die von ihm erschaffene Welt. „Und Gott sahe an alles, was er gemacht hatte, und siehe da, es war sehr gut." Aber das Gegenteil scheint der Fall zu sein: noch jetzt giebt es bei ihm trübe Augenblicke, Stimmungen voll Mißmut und Unzufriedenheit mit seinen Leistungen und seinem Schicksale, die förmlich betroffen machen. Dahin gehört ein Vorkommnis aus dem Herbste des Jahres 1877, das von mir schon an andrer Stelle erzählt wurde, hier aber als besonders charakteristisch wiederholt werden soll.

Es war in Varzin, und er saß, wie das seine Gewohnheit nach dem Essen, in der Abenddämmerung am Kaminofen im großen Hinterzimmer, wo Rauchs kranzwerfende Viktoria steht. Nachdem er eine Weile schweigend vor sich hingesehen und von Zeit zu Zeit das Feuer mit einigen Kienäpfeln genährt hatte, begann er zu klagen, daß er von seiner politischen Thätigkeit wenig Freude und Befriedigung gehabt habe. Niemand liebe ihn deshalb. Er habe niemand damit glücklich gemacht, sagte er, sich selbst nicht, seine Familie nicht, auch andre nicht. Einige von der Gesellschaft wollten das nicht gelten

lassen und erwiederten, eine ganze große Nation. Er aber fuhr fort: „Wohl aber viele unglücklich. Ohne mich hätte es drei große Kriege nicht gegeben, wären achtzigtausend Mann nicht umgekommen, und Eltern, Brüder, Schwestern, Witwen trauerten nicht... Das habe ich indes mit Gott abzumachen. Aber Freude habe ich wenig oder gar keine gehabt von allem, was ich gethan habe, dagegen viel Verdruß, Sorge und Mühe," was er dann noch weiter ausführte. Die Zuhörer schwiegen, und diejenigen von ihnen, welche ähnliches von ihm noch nicht gehört hatten, waren befremdet. Man konnte an Achill denken, wenn er im Zelte des Lagers vor Ilion zu König Priamus sagt:

„Wir schaffen ja nichts mit unserer starrenden Schwermut;
Also bestimmten der Sterblichen Loos, der armen, die Götter,
Trübe in Gram zu leben, allein sie selber sind sorglos."

Die Rede des Kanzlers, des „ehernen Charakters," den man sich so gern als stolzen und seiner selbst sichern Geist vorgestellt hätte, nahm sich, besonders angesichts der Viktoria in der Ecke ihm gegenüber, die ihm die Lorbeerkrone zuwerfen wollte, wie ein Echo der Stimmung aus, welche in der Betrachtung „To be or not to be" seufzt und Hamlet ausrufen läßt:

„How weary, stale, flat and unprofitable
Seem to me all the uses of this world!
Fye on't! O fye! 'tis an unweeded garden,
That grows to seed; things rank and gross in nature
Possess it merely."

Noch lebhafter aber als an all diesen Pessimismus fand man sich an die Stelle des Koheleth erinnert, wo der Verfasser den königlichen Prediger klagen läßt: „Da ich aber ansah alle meine Werke, die meine Hand gethan hatte, und Mühe, die ich gehabt hatte, siehe, da war alles eitel und Jammer und nichts mehr unter der Sonne."

Was war es? Möglicherweise die Folge körperlicher Prozesse, die peinliche Träume auch bei wachen Personen hervor-

rufen können, Überreiztheit durch Denken und Sorgen, Abspannung, eine Dissonanz des nervösen Wesens des Redenden, vielleicht aber auch — und zwar kommt mir das wahrscheinlicher vor — ein unbewußter Durchbruch und Erguß seines christlichen Empfindens. Gewiß ist nur, daß er sich in den letzten Jahren wiederholt in beinahe denselben Worten und Wendungen ausgesprochen hat und niemals durch Einrede zu beschwichtigen gewesen ist.

Beispiele dafür, daß der Kanzler die Religion und speziell das Christentum schon frühzeitig als eines der Fundamente und Bollwerke des Staates und des Rechtes, als Schutzmittel gegen die Revolution einerseits und die sentimentale, das Strafrecht aufweichende Humanität andrerseits aufgefaßt hat, finden sich namentlich in seinen öffentlichen Reden. Wenn er hier auf die christliche Grundlage des preußischen und des deutschen Staatswesens hinweist, so spricht das zwar auch für seine religiöse Anlage, aber noch mehr für seinen historischen Sinn. Er ist kein Aufklärer, und sein Blick ist auf den natürlichen Zusammenhang des Gegebenen gerichtet. Europa, seine Kultur, seine politischen Gebilde haben sich auf dem Christentume, wenn auch zum Teil im Kampfe mit diesem, auferbaut, und darauf steht Bismarck. Am 15. Juni 1847 sagte er im Vereinigten Landtage: „Ich bin der Meinung, daß der Begriff des christlichen Staates so alt sei wie das ci-devant heilige römische Reich, so alt wie sämtliche europäische Staaten, daß er gerade der Boden sei, in welchem diese Staaten Wurzel geschlagen haben, und daß jeder Staat, wenn er seine Dauer gesichert sehen, wenn er die Berechtigung zur Existenz nur nachweisen will, sobald sie bestritten wird, auf religiöser Grundlage sich befinden muß. Für mich sind die Worte: »Von Gottes Gnaden,« welche christliche Herrscher ihrem Namen beifügen, kein leerer Schall, son-

dern ich sehe darin das Bekenntnis, daß die Fürsten das Zepter, welches ihnen Gott verliehen hat, nach Gottes Willen auf Erden führen wollen. Als Gottes Willen kann ich aber nur erkennen, was in den christlichen Evangelien offenbart worden ist. . . Entziehen wir diese religiöse Grundlage dem Staate, so behalten wir als Staat nichts als ein zufälliges Aggregat von Rechten, eine Art Bollwerk gegen den Krieg aller gegen alle, welches die ältere Philosophie aufgestellt hat. Seine Gesetzgebung wird sich dann nicht mehr aus dem Urquell der ewigen Wahrheit regeneriren, sondern aus den vagen und wandelbaren Begriffen von Humanität, wie sie sich gerade in den Köpfen derjenigen, welche an der Spitze stehen, gestalten. Wie man in solchen Staaten den Ideen z. B. der Kommunisten über die Immoralität des Eigentums, über den hohen sittlichen Wert des Diebstahls als eines Versuches, die angebornen Rechte der Menschen wiederherzustellen, das Recht, sich geltend zu machen, bestreiten will, wenn sie die Kraft dazu in sich fühlen, ist mir nicht klar; denn auch diese Ideen werden von ihren Trägern für human gehalten und zwar als die rechte Blüte der Humanität angesehen."

In der großen Rede, welche Bismarck am 15. November 1849 im preußischen Abgeordnetenhause gegen die Zivilehe und über das christliche Volksbewußtsein hielt, begegnen wir folgenden charakteristischen Stellen: „Ich glaube nicht, daß es die Aufgabe der Gesetzgebung sein kann, das, was dem Volke heilig ist, zu ignoriren. Ich glaube im Gegenteile, daß, wenn die Gesetzgebung das Volk lehren und leiten will, es ihre Aufgabe ist, dahin zu wirken, daß das Volksleben sich in allen Verhältnissen fest auf den Stab des Glaubens stütze, nicht aber diesen Stab, wo er vorhanden ist, als unnützes Zubehör von Obrigkeitswegen verwerfe [richtiger: zu verwerfen] und so die

Achtung vor der Kirche und den religiösen Einrichtungen, da, wo sie tiefe Wurzeln in dem Volksleben geschlagen hat, untergrabe [zu untergraben], und dies in einer Zeit, die uns mit blutiger Schrift gelehrt hat, daß da, wo es den Freigeistern gelungen ist, ihre Gleichgiltigkeit gegen jedes positive Bekenntnis der großen Masse insoweit mitzuteilen, daß bei ihnen von dem Christentum als schaler Bodensatz nur eine zweideutige Moralphilosophie übrig geblieben ist, daß da nur das blanke Bajonett zwischen den verbrecherischen Leidenschaften und dem friedlichen Bürger steht, daß da der Krieg aller gegen alle keine Fiktion ist. Haben Sie dem Menschen den geoffenbarten Unterschied zwischen gut und böse, den Glauben daran genommen, so können Sie ihm zwar beweisen, daß Raub und Mord durch die Gesetze, welche die Besitzenden zum Schutze ihres Eigentums und ihrer Person gemacht haben, mit schweren Strafen bedroht werden, aber Sie werden ihm nimmermehr beweisen, daß irgend eine Handlung an und für sich gut oder böse sei. Ich habe in dieser Zeit manchen Lichtfreund zu der Erkenntnis kommen sehen, daß ein gewisser Grad von positivem Christentum dem gemeinen Mann nötig sei, wenn er nicht der menschlichen Gesellschaft gefährlich werden soll. . . Fahren wir auf diesem Wege fort, machen wir den Artikel 11, die Gewährleistung eines jeden Kultus, insoweit zur Wahrheit, daß wir auch den Kultus derjenigen demokratischen Schwärmer, die in den jüngsten Versammlungen ihren Märtyrer, Robert Blum, auf gleiche Linie mit dem Heilande der Welt stellen, durch Gendarmen gegen Störung schützen lassen, so hoffe ich es noch zu erleben, daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert*);

*) Der Redner meinte damit, wie sich von selbst versteht, nicht den „Felsen Petri“ im Vatikan und hat das den Ultramontanen am 17. Dezember 1873, als von Gerlach ihn an jenen Ausspruch erinnerte, ausdrücklich erklärt.

denn noch steht der Glaube an das geoffenbarte Wort Gottes im Volke fester als der Glaube an die seligmachende Kraft eines Artikels der Verfassung."

Als der Kanzler am 1. März 1870 im Reichstage des Norddeutschen Bundes auf die Reden der Abgeordneten antwortete, welche für die Aufhebung der Todesstrafe aufgetreten waren, sagte er u. a: „Wenn ich den Eindruck, den ich von der Diskussion habe, ... resümire, so ist es einmal der der Überschätzung des Wertes, welchen die Gegner der Todesstrafe dem Leben dieser Welt, und der Bedeutung, welche sie dem Tode beilegen. Ich kann mir denken, daß jemandem, der an eine Fortsetzung des individuellen Lebens nach dem leiblichen Tode nicht glaubt, die Todesstrafe härter erscheint als demjenigen, der an die Unsterblichkeit der ihm von Gott verliehenen Seele glaubt; aber wenn ich der Frage näher ins Auge sehe, so kann ich auch das kaum annehmen. Für jemand, der des Glaubens nicht ist — zu dem ich mich von Herzen bekenne —, der Tod sei ein Übergang von einem Leben in das andre, und wir seien imstande, auch dem schwersten Verbrecher auf seinem Grabe die trostreiche Versicherung zu geben: mors janua vitae — für jemand, der diese Überzeugung nicht teilt, müssen die Freuden dieses Lebens einen solchen Wert haben, daß ich ihn fast um die Empfindungen, die sie ihm bereiten, beneide; er muß in einer Beschäftigung leben, die für ihn so befriedigende Erfolge aufweist, daß ich seinen Gefühlen darin nicht zu folgen vermag, wenn er mit dem Glauben, daß seine persönliche Existenz mit diesem leiblichen Tode für ewig abgeschlossen sei, wenn er mit diesem Glauben es überhaupt der Mühe wert findet, weiter zu leben. Ich will Sie hier nicht auf den tragischen Monolog von Hamlet verweisen, der alle die Gründe anführt, die ihn bewegen sollten, nicht weiter zu leben, wenn die Möglichkeit nicht wäre,

nach dem Tode vielleicht zu träumen, vielleicht doch noch etwas zu erleben — wer weiß, was. Wer aber darüber mit sich einig ist, daß diesem Leben kein andres folgt, der kann dem Verbrecher, welcher, um mit den Worten des Dichters [Chamisso] zu reden, festen Blicks vom Rabensteine blicket, in das Nichts hineinsieht, für den der Tod die Ruhe, der Schlaf ist, den Hamlet ersehnt, der traumlose, nicht zumuten, bei solcher Auffassung in der engen Zelle eines Gefängnisses, beraubt von allem, was dem Leben einen Reiz verleihen kann, . . . das Phosphoresziren seines Gehirns eine Zeit lang fortzusetzen. . . Ich habe ferner den Eindruck gehabt, daß die gegnerische Auffassung von einer gewissen krankhaften Neigung geleitet war, den Verbrecher mit mehr Sorgfalt zu schonen und vor Unrecht zu schützen als seine Opfer. . . Ich bin gern bereit, zu erklären, daß die fortschreitende Vervollkommnung der menschlichen Einsicht und Bildung, alle die Güter der Zivilisation, die wir mit Recht rühmen hören, das Fortschreiten der Gesittung nicht ohne Anteil an der Sache [dem Seltenerwerden der Verbrechen] ist, es ist aber das Fortschreiten derjenigen Gesittung, deren Grundlage sich auf das Christentum unsrer Väter zurückführen läßt; sie wirkt auch noch heute in allen Schichten des Volkes, sie trägt sie noch heute, die Sitte; die Abschaffung der Todesstrafe dagegen hat nur auf sehr kurze und kleine Bezirke beschränkte Erfahrungen für sich. Ich halte mich meinerseits nicht für berechtigt, die Mehrheit der friedlichen Bürger dem Experiment ohne weiteres preiszugeben."

Von der Verarmung sprechend, welche die Verbreitung der sozialdemokratischen Lehren über Deutschland bringen würde, wenn man nicht gesetzliche Hemmung beschlösse, sagte er am 9. Februar 1876 im Reichstage: „Wenn diese Zustände fortwirken, dann wird das ihr Heilmittel sein, die Zuchtrute, die Gott über diese Exzesse verhängen wird."

Daß der Kanzler den christlichen Charakter des modernen Staates bis in die letzten Jahre hinein festgehalten hat, zeigt die Rede, die er am 2. April 1881 im Reichstage über das Unfallversicherungsgesetz hielt. Er sagte da u. a.: „Ich möchte gern, daß ein Staat, der — wenn Sie auch die Benennung christlicher Staat perhorreszieren — doch in seiner großen Mehrheit aus Christen besteht, die Grundsätze der Religion, zu der wir uns bekennen, namentlich in Bezug auf die Hilfe, die man dem Nächsten leistet, in Bezug auf das Mitgefühl mit dem Schicksal, dem alte leidende Leute entgegengehen, sich einigermaßen durchdringen läßt."

Wir haben keinerlei Grund, die volle Aufrichtigkeit des Glaubens Bismarcks an die persönliche Fortdauer nach dem Tode in Zweifel zu ziehen. Aber wir dürfen wohl fragen was er, welcher erklärt, ohne die zuversichtliche Überzeugung, mortem esse januam vitae, sei das Leben wertlos, dazu sagen würde, wenn jemand ihm Goethes „Faust" aufschlüge und auf die Stelle hinwiese:

„Thor, wer dorthin [nach droben] die Augen blinzend richtet,
Sich über Wolken seines Gleichen dichtet!
Er stehe fest und sehe hier sich um
Dem Tüchtigen ist diese Welt nicht stumm.
Was braucht er in die Ewigkeit zu schweifen?
Was er erkennt, läßt sich ergreifen."

Das folgende Zitat, welches teilweise schon zu den Belegen für unsre dritte Behauptung in Betreff der Ursachen und Motive der religiösen Richtung Bismarcks gehört, liefert einen weitern und stärkern Nachweis, daß er hierin seinen frühern Anschauungen im wesentlichen treugeblieben ist, obwohl er für Belehrung keineswegs kein Ohr und Auge hat. In einer der Kulturkampfdebatten des preußischen Abgeordnetenhauses, am 10. Februar 1872, antwortete der Reichskanzler einem seiner

ultramontanen Gegner: „Der Herr Abgeordnete hat an Reden erinnert, die ich vor dreiundzwanzig Jahren, im Jahre 1849, gehalten habe. Ich könnte diese Bezugnahme einfach mit der Bemerkung abfertigen, daß ich in dreiundzwanzig Jahren, namentlich wenn es die besten Mannesjahre sind, etwas zu lernen pflege, und daß ich überhaupt, ich wenigstens nicht unfehlbar bin. Aber ich will weiter gehen. Was in jenen meinen Äußerungen an lebendigem Bekenntnis, an Bekenntnis zu dem lebendigen christlichen Glauben liegt [man beachte das »lebendigen«, es schließt wohl den Gegensatz zu toten Dogmen ein], dazu bekenne ich mich noch heute ganz offen und scheue dieses Bekenntnis weder vor der Öffentlichkeit, noch in meinem Hause an irgend einem Tage; aber gerade dieser mein lebendiger, evangelischer, christlicher Glaube legt mir die Verpflichtung auf, für das Land, wo ich geboren bin, und zu dessen Dienst mich Gott erschaffen hat, und wo ein hohes Amt mir übertragen worden ist, dieses Amt nach allen Seiten hin zu wahren; und wenn die Fundamente des Staates von den Barrikaden und der republikanischen Seite angegriffen wurden, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, auf der Bresche zu stehen, und werden sie von Seiten angegriffen, die eher dazu berufen waren und noch immer sind, die Fundamente des Staates zu befestigen und nicht zu erschüttern [der Redner spielte hier auf das Zentrum und in Betreff des Schulaufsichtsgesetzes auf die Altkonservativen an], so werden Sie mich auch da zu jeder Zeit auf der Bresche finden. Das gebietet mir das Christentum und mein Glaube."

Daß Bismarck nicht daran denkt, das Staatswohl seiner persönlichen religiösen Überzeugung unterzuordnen, hat er 1873 bei Erledigung der Frage der obligatorischen Zivilehe gezeigt. Am 17. Januar jenes Jahres erklärte er im Abgeordneten-

hause, daß er sich „nicht bereitwillig, sondern ungern und nach großem Kampf“ entschlossen habe, beim Könige die Vollziehung der betreffenden Vorlage zu beantragen, und fuhr dann fort: „Ich habe hier nicht Dogmatik zu treiben, ich habe Politik zu treiben. Aus dem Gesichtspunkte der Politik habe ich mich überzeugt, daß der Staat in der Lage, in welche das revolutionäre Verhalten der katholischen Bischöfe ihn gebracht hat, durch das Gebot der Notwehr gezwungen ist, das Gesetz zu erlassen, um die Schäden von einem Teile der Unterthanen Sr. Majestät abzuwenden, welche die Auflehnung der Bischöfe gegenüber dem Gesetze und dem Staate über diesen Teil der königlichen Unterthanen verhängt hat, und nun von seiner Seite, soviel an ihm liegt, und soviel der Staat vermag, seine Pflicht zu thun.“

Wir kommen nun zu jener dritten Grundlage der Religiosität des Fürsten. Neben dem starken Gefühle der Eitelkeit alles Irdischen und Menschlichen, neben der in ihm ruhenden und von Zeit zu Zeit lebendig und laut werdenden wehmütigen Empfindung des Endlichen geht — so dürfen wir wenigstens aus einer Anzahl seiner Äußerungen schließen — der Glaube her, daß über oder in dieser vergänglichen Welt mit ihrem Wechsel und ihrem Schmerz ein Ewiges, Festes und allein wahrhaft Wirkliches lebt und herrscht. Es ist ihm, wie man auf der Kanzel sagen würde, ein himmlischer Urquell seiner Pflicht sowohl wie seiner Berechtigung, ein göttlicher Leitstern, der nie seine Stelle verläßt und nie sein Licht verändert, und auf den er allezeit sein Auge gerichtet halten muß, wenn es unter vielen Wegen den richtigen zu wählen gilt, eine nie versagende Stütze und ein immer dem Suchenden geöffneter Schatz von Kraft für den schwer arbeitenden, kämpfenden Menschengeist. Gewißheit ist die Lebensluft des Helden. Er muß außer-

halb des Endlichen, Schwankenden und Verschwimmenden einen Punkt haben, auf dem er mit beiden Füßen stehen kann, wenn er die Welt heben und in andre Bahnen stellen will. Schöpferisches Thun ist unmöglich, wenn die Überzeugung dessen, der sich dazu anschickt, nicht auf unverrückbarem Grunde ruht. Luthers ganze Natur findet ihren Ausdruck im ersten Verse seines Liedes: „Ein' feste Burg ist unser Gott.“ Andre Heroen der Geschichte, Napoleon z. B., haben einzig in sich selbst, in ihrem Bedürfnis nach Geltung ihres Ich, nach Ruhm und Macht, das Gesetz ihres Strebens gesucht und es dann unter andern Namen ihrer Umgebung, ihrer Nation und ihrer Zeit aufgezwungen. Unser politischer Reformator suchte und fand es da, wo der religiöse es gesucht und gefunden hatte. Er nennt seinen Fund, den Quell seines Pflichtgefühls, seiner Kraft und seines Trostes in Not und Gefahr Gott, Glaube oder Christentum. „Von meinem Glauben losgelöst, bin ich matt und schwach,“ sagte Bismarck im November 1883 zu mir. Andre sagen statt Glauben: Gewissen. Gott aber wohnt im Gewissen aufsteigender Völker, in ihrem Ethischen, in dem, was ihnen ihre Wege vorschreibt, sie im politischen Leben antreibt und führt, sie unwiderstehlich im großen und ganzen so und nicht anders handeln läßt, und der Held konzentrirt dieses Agens, nimmt es bewußt oder unbewußt in sich auf und verschmilzt mit ihm, und so meinen beide, Bismarck und die andern, im wesentlichen dasselbe. Bewußt und unbewußt, immer hat Bismarck sein Genie in den Dienst des deutschen Gewissens, des preußischen Pflichtgefühls gestellt, mit Kants kategorischem Imperativ gearbeitet, gekämpft und gesiegt. Das hat er, wie gezeigt werden wird, mitunter auch direkt ausgesprochen, namentlich in den letzten Jahren, während er sich früher meist in theologischen Formen darüber äußerte.

Wünscht man das alles anders, weltlicher ausgedrückt, so genügt manchem vielleicht das Urteil eines Freundes des Verfassers, der mir über die Sache u. a. folgendes schrieb: „Er [Bismarck] ist kein Theolog und hat sich kein System gebildet. Er kann viel, wirkt viel, aber er fühlt doch, daß er nicht alles kann und unendliche Dinge und Umstände ihm entgehen. Er sucht und findet, wenn ihm dieses Gefühl kommt, Ergänzung. Napoleon I. nannte das l'ordre des choses, Bismarck nennt es Gott. Beiden wird es bei all ihrer Macht, bei all ihrem Überblick doch zuweilen bange, sie fühlen sich einsam und versenken sich gern von Zeit zu Zeit in die Substanz, in das Allgemeine, wo sich die Fesseln des individuellen Daseins lösen. Bismarck hat einen Gott außer sich. Vergleichen Sie damit Goethe im Proömium unter der Rubrik: Gott, Gemüt und Welt:

„Im Innern ist ein Universum auch;
Daher der Völker löblicher Gebrauch,
Daß jeglicher das Beste, was er kennt,
Er Gott, ja seinen Gott benennt,
Ihm Himmel und Erde übergiebt,
Ihn fürchtet und, wo möglich, liebt.“

Bismarcks Pflichtgefühl aber ist altpreußisch. Auch Kant und Fichte sind Preußen, Propheten der Energie des Willens. Bismarck ist wie eine geniale, wundervolle Personifikation Preußens. Die wahren Preußen aber sind der kleine Adel, die Armee und die Beamten — ich meine die Beamten, wie sie bisher waren. Bismarck ist der preußische Edelmann, der Militär,*) der Beamte.

*) In der großen Rede, die der Reichskanzler am 14. Juni 1882 im Reichstage gegen Richter und Bamberger hielt, kommt die Stelle vor: „Das erste, was man bei meinem ersten Auftreten als Minister von mir sagte, war etwas, was mir sehr schmeichelhaft war; man sagte von mir: dem sieht man's auf den ersten Blick an, der ist nichts wie ein preußischer Offizier in Zivil. Ich habe das Anerkenntnis dankend angenommen, und das Gefühl als preußischer

Dazu ein klein wenig Frivolität, die als Gegenstück dahin gehört, und die dem Kanzler auch nicht fehlt."

Man wolle mit diesen Bemerkungen die folgenden Belege zu dem eignen Urteil des Verfassers zusammenhalten.

Als er mir im Herbst 1877 sein Arbeitszimmer in Varzin zeigte, kamen wir auch an den grünen Riesenkamin rechts vom Eingang aus der Bibliothek. In der Mitte desselben liest man unter dem Adler des deutschen Reiches den Spruch: „In trinitate robur," dessen Entstehungsgeschichte folgende ist. Als Bismarck in Frankfurt den Posten eines Bundestagsgesandten bekleidete, verlieh ihm König Friedrich von Dänemark das Großkreuz des Danebrogordens. Nun ist es aber Herkommen, daß die Namen und Wappen der Inhaber dieser Dekoration im Waldschlosse zu Christiansborg mit einer Devise angebracht werden, welche der Betreffende, wenn er noch keine besitzt, sich zu wählen hat. „Da habe ich mir diese ausgesonnen," erklärte der Fürst. „In trinitate robur — im Dreiblatt, im Klee, Eiche, das alte Wappenbild unsrer Familie." — „Und im dreieinigen Gotte meine Kraft?" riet ich. — „Ganz recht, so meinte ich es," bestätigte er freundlich ernst.

In einem vom 4. September 1863 datirten Briefe an seine Frau sagt er nach der Kammerauflösung: „Gott weiß, wozu es gut ist. . . . Gesund bin ich dabei mit Gottes Hilfe; aber es gehört ein demütiges Vertrauen dazu, um an der Zukunft unsers Landes nicht zu verzweifeln." — In einem Schreiben vom 16. Mai 1864, in welchem er sich gegen einen preußischen Konservativen (wohl Gerlach, man beachte das) über den Stand der Dinge in Schleswig-Holstein äußert, wo

---

Offizier, wenn ich auch nur die äußerlichen Kennzeichen davon habe, trägt mich noch höher auf der Woge der nationalen Bestrebungen, der Vaterlandsliebe als irgend eine parlamentarische Attribution, die ich hier ausübe."

er später seine glänzendste diplomatische Kampagne eingeleitet und durchgeführt zu haben erklärte, tritt gleichfalls sein Vertrauen auf die göttliche Hilfe hervor, die eigentlich alles gestalte. Er sagt da: „Je länger ich in der Politik arbeite, desto geringer wird mein Glaube an menschliches Rechnen," und gegen den Schluß: „Sie sehen daraus, wie ich nach Menschenwitz die Sache auffasse; im übrigen steigert sich bei mir das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beistand zu dem Vertrauen, daß der Herr auch unsre Irrtümer zum Besten zu wenden weiß; das erfahre ich täglich zu heilsamer Demütigung."

Als der Kanzler am Morgen nach der Schlacht bei Sedan von General Reille zu der bekannten Zusammenkunft mit dem Kaiser der Franzosen abgerufen wurde, fanden sich auf dem Tische neben dem Bette, in welchem er die Nacht geschlafen hatte, die „Täglichen Losungen und Lehrtexte der Brüdergemeinde für 1870," und am Boden lag ein andres Andachtsbuch: „Die tägliche Erquickung für gläubige Christen." Sein Diener versicherte, daß Excellenz vor dem Einschlafen in diesen Schriften zu lesen pflege, und ich kann jetzt hinzufügen, daß der Fürst diese Gewohnheit schon seit vielen Jahren hatte und sie noch heute hat.

1847 schloß Bismarck eine Rede im Vereinigten Landtage mit den Worten: „Schmälern wir dem Volke nicht sein Christentum, indem wir ihm zeigen, daß es für seine Gesetzgeber nicht nötig sei; nehmen wir ihm nicht den Glauben, daß unsre Gesetzgebung aus der Quelle des Christentums schöpfe, und daß der Staat die Realisirung des Christentums bezwecke, wenn er auch diesen Zweck nicht immer erreicht. Wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen

würde, daß mich die Freudigkeit und das aufrechte Ehrgefühl verlassen würden, mit welchem ich jetzt meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin." Damit wolle man eine Stelle in der Rede vergleichen, welche der Fürst am 9. Oktober 1878 bei der Beratung des Sozialistengesetzes im Reichstage hielt. Er sagte hier u. a.: „Wenn ich zu dem Glauben gekommen wäre, der diesen Menschen [den Sozialdemokraten] beigebracht worden ist — ja, ich lebe in einer reichen Thätigkeit, in einer wohlhabenden Situation, aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag weiter zu leben, wenn ich das, was der Dichter sagt, »an Gott und bessere Zukunft glauben« nicht hätte."

Besonders stark und drastisch äußerte sich das religiöse Gefühl, mit welchem der Kanzler seine Pflicht, zu kämpfen und auszuhalten, und seine Kraft zum Handeln und Dulden aus Gott ableitet, in einer Tischrede, die er am 28. September 1870 in Rothschilds Schlosse zu Ferrières hielt, und die in der Schrift „Graf Bismarck und seine Leute" Bd. 1, S. 208 mit Auslassung einer Anzahl von Kraftstellen wörtlich mitgeteilt worden ist. Er bemerkte da u. a.: „Wenn ich nicht mehr Christ wäre, diente ich dem Könige keine Stunde mehr. Wenn ich nicht meinem Gott gehorchte und auf ihn rechnete, so gäbe ich gewiß nichts auf irdische Herren. Ich hätte ja zu leben und wäre vornehm genug... Warum soll ich mich angreifen und unverdrossen arbeiten in dieser Welt, mich Verlegenheiten und Verdrießlichkeiten aussetzen und übler Behandlung, wenn ich nicht das Gefühl habe, Gottes wegen meine Schuldigkeit thun zu müssen. Wenn ich nicht an eine göttliche Ordnung glaubte, welche diese deutsche Nation zu etwas Gutem und Großem bestimmt hätte, so würde ich das Diplomatengewerbe gleich an den Nagel hängen, oder das Geschäft garnicht übernommen

haben. Ich weiß nicht, wo ich mein Pflichtgefühl hernehmen soll, wenn nicht aus Gott. Orden und Titel reizen mich nicht — der entschlossene [scil. zuversichtliche und zur Bethätigung bereite] Glaube an ein Leben nach dem Tode — deshalb bin ich Royalist; sonst wäre ich von Natur Republikaner... Ich habe die Standhaftigkeit, die ich zehn Jahre lang an den Tag gelegt habe gegen alle möglichen Absurditäten ... nur aus meinem entschlossenen Glauben. Nehmen Sie mir diesen Glauben, und Sie nehmen mir das Vaterland. Wenn ich nicht ein stramm-gläubiger Christ wäre, wenn ich die wundervolle Basis der Religion nicht hätte, so würden Sie einen solchen Bundeskanzler garnicht erlebt haben... Schaffen Sie mir einen Nachfolger mit dieser Basis, und ich gehe auf der Stelle... Wie gerne ginge ich! Ich habe Freude am Landleben, an Wald und Natur. Nehmen Sie mir den Zusammenhang mit Gott, und ich bin ein Mensch, der morgen einpackt und nach Varzin ausreißt... und seinen Hafer baut."

Am 30. Januar 1871 hielt der Kanzler in Versailles den zur Unterhandlung aus Paris erschienenen Franzosen bei Tafel eine Art Vorlesung über die Art, wie er seine Pflicht und Aufgabe als Politiker auffaßt. Er sagte da ungefähr, konsequent sein werde in der Politik häufig zum Fehler, zu Eigensinn und Selbstwilligkeit. Man verblende und stemme sich damit gegen das Leben, das die Verhältnisse und Bedürfnisse unaufhörlich verändere (die göttliche Kraft und den ethischen Trieb im Volke, der oben, vielleicht nicht ganz zutreffend und die Sache erschöpfend, dessen Gewissen genannt wurde). Man müsse sich nach den Thatsachen, nach der Lage der Dinge, nach den Möglichkeiten ummodeln, seinem Vaterlande nach den Umständen dienen, nicht nach seinen Meinungen, die oft Vorurteile wären. Als er zuerst in die Politik eingetreten, habe er andre

Ansichten und Ziele gehabt als jetzt. Er habe sichs aber überlegt und sich dann nicht gescheut, seine Wünsche teilweise oder auch ganz den Bedürfnissen des Tages zu opfern, um zu nützen. Er schloß dann mit den Worten: „La patrie veut être servie et pas dominée,“ was seinen gallischen Gästen und Zuhörern, wohl vorzüglich durch seine prägnante Form, stark imponirte. Als darauf einer derselben bemerkte, dieses „servie“ liefe freilich auf Unterordnung des genialen Individuums unter die Meinung und den Willen der Majorität hinaus, und die Majoritäten hätten stets wenig Verstand, wenig Sachkenntnis und wenig Charakter besessen, erwiederte der Kanzler sehr schön, indem er das Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit vor Gott als einen seiner Leitsterne hervorhob und dem droit du génie gegenüber, welches der Franzose hochgehalten wissen wollte, das devoir (offenbar jenen kategorischen Imperativ Kants) als das Vornehmere und in ihm Mächtigere betonte. „La majorité n'est pas la patrie,“ fügte er hinzu.

Inhalt und Ton einiger von den oben angeführten Äußerungen Bismarcks haben manchen an Cromwell denken lassen. Wer sie genauer ansieht, wird das nicht oder doch nur mit Einschränkungen zugeben können. Eher kann man sich hier mitunter an Carlyle erinnert finden. Dagegen hat der Begründer der Größe Deutschlands mit dem mächtigen Geiste, der England zur Weltmacht erhob, nach einer hier in Betracht kommenden Seite hin eine sehr entschiedne Ähnlichkeit. Cromwell übte, obwohl er ein strenggläubiger, inbrünstiger und eifriger Puritaner war, gegen Katholiken, Quäker und Juden eine bis auf ihn unter den Engländern unbekannte Duldung. Ebenso ist Bismarcks religiöser Sinn nicht mit Eifer für Dogmen verbunden, nicht zudringlich und intolerant. Seine Billigkeit, einer der hervorstechenden Züge seines Charakters, und sein politischer Ver-

stand verlangen das. Jedem das Seinige, soweit es nicht gegen das Staatsinteresse ist. Er weiß, daß er „unter Heiden lebt," will aber „keine Proselyten machen."

„Christentum, nicht Konfession wie die Hofprediger," sagte er einmal — es war wohl im Winter von 1878 zu 1879 — zum Verfasser dieser Darstellung. Bei einem Tischgespräche, das am 12. August 1870 zu St. Avold stattfand, kam die Rede u. a. auf die Mormonen mit ihrer Vielweiberei und den Umstand, daß die Vereinigten Staaten eine derartige Sekte duldeten, und bei diesem Anlaß entwickelte der Kanzler Grundsätze, die der Glaubensfreiheit durchaus günstig lauteten. Nur dürfe, so setzte er hinzu, die Duldsamkeit nicht bloß von der einen Seite verlangt oder geübt werden. „Jeder muß nach seiner Façon selig werden können," bemerkte er. „Das Kirchenvermögen aber muß natürlich denen verbleiben, welche bei der alten Kirche bleiben, die es erworben hat. Wer austritt, muß seiner Überzeugung oder vielmehr seinem Unglauben ein Opfer bringen können... Den Katholiken nimmt man es wenig übel, wenn sie orthodox sind, den Juden garnicht, den Lutheranern aber sehr, und die Kirche wird fortwährend als verfolgungssüchtig verschrien, wenn sie die Nichtorthodoxen abweist; davon aber, daß die Orthodoxen von der Presse und im Leben verfolgt werden und verspottet — das finden die Leute ganz in der Ordnung." Als später während des Krieges jemand bei Tafel das Thema von der Toleranz wieder aufs Tapet brachte, erklärte sich der Minister nicht weniger unumwunden für Duldsamkeit in Religionsachen. „Aber," so fuhr er auch diesmal fort, „die Aufgeklärten sind auch nicht tolerant. Sie verfolgen die, welche gläubig sind, zwar nicht mit Scheiterhaufen — denn das geht nicht mehr — aber mit Spott und Hohn in der Presse, und im Volke, soweit es zu den Nichtgläubigen gehört, ist man

darin nicht weiter als früher. Ich möchte nicht sehen, mit welchem Vergnügen man dabei sein würde, wenn der Pastor Knak*) gehenkt würde." Man erwähnte, daß der alte Protestantismus höchst intolerant gewesen sei, und Bucher machte darauf aufmerksam, daß nach Buckle die Hugenotten eifrige Reaktionäre gewesen seien, und daß dies von den damaligen Reformirten überhaupt gelte. „Nicht gerade Reaktionäre," erwiederte der Kanzler, „aber kleine Tyrannen, jeder Pastor war ein kleiner Papst." Er führte Calvins Verfahren gegen Servet an und setzte hinzu: „Auch Luther war so." Ein andrer Tischgenosse erinnerte daran, wie er Karlstadt und die Münsterschen Schwarmgeister behandelt, und an die Wittenberger Streittheologen nach ihm, desgleichen an die Hinrichtung des Kanzlers Krell in Dresden, der seinen Kryptocalvinismus mit dem Tode gebüßt habe. Bucher erzählte, daß die schottischen Presbyterianer zu Ende des vorigen Jahrhunderts jemand, der Thomas Paynes Buch von den Menschenrechten einem andern nur geliehen, zu einundzwanzigjähriger Deportation verurteilt und sofort in Ketten gelegt hätten.**) Ein andrer Gast des Kanzlers wies wieder auf die Puritaner der Neuengland-Staaten hin, die mit ihrer starren Intoleranz gegen Andersdenkende und ihrem Liquor-Law den ärgsten Zwang und Druck ausgeübt hätten und zum Teil noch heute übten. „Und die Sonntagsheiligung in England und Amerika," sagte Bismarck, „das ist doch eine ganz erschreckliche Tyrannei. Ich erinnere mich, als ich das erste mal nach England kam und in Hull landete, daß ich da auf der Straße pfiff.

*) Prediger an der böhmischen Kirche in Berlin, jetzt verstorben, seiner Zeit vorzüglich durch sein Festhalten an der alttestamentlichen Vorstellung, daß die Sonne um die Erde laufe und auf Josuas Gebot einige Stunden stehen geblieben sei, in den Mund der Leute gekommen.

**) Die sogenannten schottischen Märtyrer Muir, Palmer u. a. im Jahre 1793 sind gemeint.

Ein Engländer, den ich an Bord kennen gelernt hatte, bat mich, doch nicht zu pfeifen... Ich fragte, warum denn nicht? Ist das hier verboten? Nein, versetzte er, aber 's ist Sabbath. Das verdroß mich dermaßen, daß ich gleich ein Billet auf einem andern Dampfer nahm, der nach Edinburg fuhr, da es mir nicht gefiel, nicht pfeifen zu dürfen, wenn ich Lust hatte... Ich bin nicht gegen die Sonntagsheiligung," fuhr er fort, nachdem Bucher bemerkt, der Sonntag in England sei im allgemeinen nicht so schlimm, als man sich ihn in Deutschland gewöhnlich vorstelle; ihm habe er immer sehr wohlgethan mit seiner Stille nach dem Gewühl und Geräusch der Londoner Werkeltage, wo der Spektakel schon früh losginge. „Im Gegenteil, ich thue als Gutsherr dafür, was ich kann. Nur will ich nicht, daß man die Leute dazu zwinge. Jeder muß wissen, wie er sich am besten aufs künftige Leben vorbereitet... Sonntags sollte nirgends gearbeitet werden, nicht so sehr, weil es unrecht ist, gegen Gottes Gebot, als der Menschen wegen, die Erholung haben müssen. Das gilt freilich nicht vom Staatsdienste, besonders vom diplomatischen, wo auch Sonntags Depeschen und Telegramme kommen, die erledigt sein wollen. Auch dagegen ist nichts zu sagen, daß unsre Bauern in der Ernte, wenn es lange geregnet hat, und es Sonnabends Nachmittag schön Wetter werden will, ihr Heu und Korn des Sonntags einbringen. Ich würde es nicht übers Herz bringen, das meinen Pächtern, etwa im Kontrakte, zu untersagen. Ich selber kann es mir gestatten, da ich den etwaigen Schaden eines Montagsregens mit ansehen kann." Als jemand erwähnte, daß fromme Leute in Newyork des Sonntags nicht einmal kochen ließen, und daß er deshalb einmal, von einer dortigen vornehmen Familie zum Diner eingeladen, kalt habe speisen müssen, bemerkte der Kanzler: „Ja, in Frankfurt, als ich noch freier war, da haben wir Sonntags

auch immer ganz einfach gegessen, und ich habe da niemals anspannen lassen, meiner Leute wegen."

Eines Tages, so erzählt man — wahrscheinlich im Jahre 1876 und zwar im Frühsommer — machte der Fürst in Varzin einen Ausflug zu Pferde, der ihn durch verschiedne Ortschaften der Herrschaft führte. Zu seinem Erstaunen sah er hier, obwohl es ein Sonntag war, eine Anzahl von Landleuten beschäftigt, ihre Gärten mit Hacke und Spaten zu bearbeiten. „Was sind denn das für Leute dort drüben?" erkundigte er sich bei seinem Inspektor. „Unsre Tagelöhner, Durchlaucht," war die Antwort. „Wir können sie an den sechs Wochentagen auf den Gutsfeldern nicht entbehren, und so müssen sie ihre Gartenflecke am Sonntage bestellen." Der Fürst ritt darauf nach Hause, wo er sich ohne Verzug hinsetzte, um allen Inspektoren und Verwaltern seiner Güter eine schriftliche Anweisung zugehen zu lassen, nach welcher fortan die Bestellung der Landparzellen seiner Tagelöhner derjenigen seiner Felder vorangehen, dafür aber in Zukunft von jenen keine Sonntagsarbeit gethan werden sollte. Die Folge dieser von billigem Sinn eingegebenen Anordnung war, daß die Tagelöhner von dieser Zeit an das, was ihre Gärtchen an Arbeit nötig hatten, in zwei oder drei Tagen besorgten und dann sich willig ans Werk begaben, das ihrer auf dem herrschaftlichen Lande wartete, sodaß der Inspektor bald berichten konnte, die Bestellung der Äcker auf dem letztern sei noch niemals so rasch vor sich gegangen als jetzt. Ich setze berichtigend hinzu, daß die Anordnung des Fürsten genauer dahin ging, in seinem Dienste solle Sonntags nicht gearbeitet, niemand aber gehindert werden, im eignen Interesse dies zu thun.

Als dermalen in ziemlich weiten Kreisen genügend erkannt darf betrachtet werden, daß die Maßregeln, mit denen der Reichskanzler den Anmaßungen und Übergriffen der Ultramontanen

von 1872 an gegenübertrat, sich nicht gegen die religiöse, sondern gegen die politische Seite der katholischen Kirche richteten, also nicht auf intolerante Gesinnung zurückzuführen waren. Nur die Einmischung der durch das Unfehlbarkeitsdogma zur absolutistischen Macht gewordenen und damit zu erheblich größerer Gewalt gelangten römischen Kurie in das staatliche Recht und Leben Preußens und Deutschlands sollte und konnte nicht tolerirt werden. Wenn man sich gegenwärtig darüber unter allen Verständigen klar sein wird, so mögen doch noch einige Erinnerungen und Hinweise erlaubt und nützlich sein; denn es giebt auch viele Unverständige im Lande, und das Sprichwort, nach welchem Lügen kurze Beine haben, ist erfahrungsmäßig eine Regel mit Ausnahmen.

Als während des Aufenthaltes der mobil gemachten Abteilung des Auswärtigen Amtes in Versailles die Nachricht vom Einbruche der Italiener in den Quirinal zu uns gelangte und von der angeblichen Absicht des Papstes Pius, infolge dessen seine Residenz nach auswärts und vielleicht nach Deutschland zu verlegen die Rede war, bemerkte der Kanzler nach einer längern Auseinandersetzung der möglichen Folgen einer Übersiedlung des heiligen Vaters nach Köln oder Fulda, die in der Schrift „Graf Bismarck und seine Leute,“ soweit sie sich zur Mitteilung eignete, wiedergegeben ist:*) „Na und schließlich, wenn auch etliche Leute in Deutschland wieder katholisch würden — ich werd's nicht —, so hätte das nicht viel zu bedeuten, wenn sie nur gläubige Christen wären. Die Konfessionen machen's nicht, sondern der Glaube.“

Im diplomatischen Verkehr aber, sowie in den Parlamenten hat sich der Fürst wiederholt und in unzweideutigster Sprache

*) Band I, S. 337 ff.

dahin geäußert, daß seiner Politik die Absicht einer Beeinträchtigung der katholischen Kirche in ihrer Eigenschaft als Heilsanstalt gänzlich fernliege. Als Graf Arnim, der frühere preußische Botschafter bei der Kurie, um die Mitte des Mai 1869 in einer Depesche den Vorschlag machte, Preußen möge, eventuell in Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland, nach dem Gebrauche der Regierungen bei frühern Konzilien sich durch bestimmte Bevollmächtigte (Oratores) als Staat auf dem Vatikanischen Konzile vertreten lassen, führte Bismarck, indem er dies ablehnte, unter den ihm gegen den Arnimschen Gedanken sprechenden Gründen auch den an: „Für Preußen giebt es verfassungsmäßig wie politisch nur einen Standpunkt, den der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen und der entschiedenen Abwehr jedes Übergriffs auf das staatliche Gebiet." Der Kanzler lehnte die beantragte Ernennung von Oratoren unbedingt ab, da der Staat keinen Beruf habe, sich an den Diskussionen einer vom Papste selbst oder seinen Kardinälen geleiteten Versammlung zu beteiligen und sich damit auf ein Gebiet zu begeben, auf dem er nicht souverän, sondern der parlamentarischen Leitung der Kirchenfürsten unterworfen sein würde. Er sah in diesem Gedanken „eine capitis deminutio des Staates, der selbständig und bei sich zu Hause zu erwägen hat, was seine Gesetzgebung in kirchlichen Dingen sein soll." Von einer Einmischung in die innern Angelegenheiten der Kirche war der Fürst damals wie später weit entfernt und ist es, wie wir zu glauben Ursache haben, noch heute.

Bei der Beratung des Kultusetats im preußischen Abgeordnetenhause, die am 30. Januar 1872 stattfand, erklärte er gegen den Schluß einer längern Rede hin: „Es ist der ernste Wille der Regierung, daß jede Konfession und vor allen Dingen diese so angesehene und durch ihre Volkszahl große katholische

innerhalb dieses Staates sich mit aller Freiheit bewegen soll. . . Jedes Dogma, auch das von uns nicht geglaubte, welches so und so viele Millionen teilen, muß für ihre Mitbürger und die Regierung jedenfalls heilig sein. Aber wir können den dauernden Anspruch auf Ausübung eines Teiles der Staatsgewalt den geistlichen Behörden nicht einräumen, und soweit sie dieselbe besitzen, sehen wir im Interesse des Friedens uns genötigt, sie einzuschränken, damit wir neben einander Platz haben, damit wir in Ruhe mit einander leben können.“ Am 14. Mai 1872 bemerkte der Fürst, nachdem er vor dem Reichstage sein Bedauern und Befremden über die Ablehnung des zum Vertreter Preußens beim heiligen Stuhle vorgeschlagenen Fürsten Hohenlohe ausgesprochen hatte: „Die Regierung schuldet unsern katholischen Mitbürgern, daß sie nicht müde werde, die Wege aufzusuchen, auf denen die Regelung der Grenze zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt, deren wir im Interesse unsers innern Friedens absolut bedürfen, in der schonendsten und konfessionell am wenigsten verstimmenden Weise gefunden werden könne.“ Am 10. März 1873 bei der Beratung der Verfassungsveränderungen im Herrenhause sagte er: „Es handelt sich nicht, wie unsern katholischen Mitbürgern eingeredet wird, um den Kampf einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, es handelt sich nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, es handelt sich um den uralten Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, den Machtstreit, der viel älter ist als die Erscheinung unsers Erlösers in dieser Welt. Dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen wie jeder andre politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, die auf den Eindruck auf urteilslose Leute berechnet ist, wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte. Es handelt sich um Verteidigung des Staates, es

handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt." Am 16. März 1875, bei Beratung der Vorlage wegen Einstellung der Leistungen des Staates für die katholische Kirche, sagte der Kanzler: „Ich glaube meinem Gotte zu dienen, wenn ich meinem Könige diene im Schutze des Gemeinwesens, dessen Monarch er von Gottes Gnaden ist, und in welchem die Befreiung von fremdem Geistesdruck und die Unabhängigkeit seines Volkes gegen römischen Druck seine ihm von Gott auferlegte Pflicht ist, in der ich dem Könige diene."

Wie der Fürst von 1878 an die Friedensliebe und Duldsamkeit, die sich in den obigen Zitaten ausspricht, trotz vieler Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellten, wiederholt bethätigt hat, ist wohl noch in frischer Erinnerung und bedarf somit nicht der nähern Betrachtung und Belegung mit Beispielen.

Dagegen werden noch folgende Mitteilungen, die wir besondrer Beachtung empfehlen, nützlich sein. Der Kanzler hatte eine starke Abneigung dagegen, sich in diesen Kirchenstreit über das Dogma der Unfehlbarkeit zu mischen, indem er besorgte, ein Eingreifen der weltlichen Macht zu Gunsten der gemäßigten Partei der Kirchenfürsten werde diesen mehr schaden als nützen. Auch privatim sprach Bismarck sich wiederholt und noch im November 1883 dahin aus, daß im Kampfe zwischen Königtum und Priestertum viel mehr ein Streit um weltliche Macht vorliege als ein Streit um Dogmen, und daß er in der römischen Kurie mehr eine politische als eine christliche Institution erblicke, in dem Streite zwischen Königtum und Priestertum aber das letztere nicht bloß heut und in Rom, sondern schon zur Zeit von Agamemnon

und Kalchas, in derjenigen der ägyptischen Priester unter den Pharaonen und in derjenigen der Priesterkaste der alten Perser, kurz im Heidentume wie im Christentume seine wirksamste Waffe in dem Glauben besessen habe, daß der Priester den Willen Gottes besser kenne als der Laie und also auch der König. „Der Priester stellt", so fuhr er fort, „in letzter Instanz ohne Appell fest, was der Wille Gottes ist, er interpretirt denselben authentisch, und wenn die weltliche Gewalt sich ihm nicht unterwirft, so steht sie im Widerspruche mit dem göttlichen Willen und verfällt dem Bann und Interdikt. Die ersten Christen hatten keine Priester und namentlich keine unfehlbaren; die entscheidende Autorität war ursprünglich bei der christlichen Gemeinde und noch zur Zeit der ersten Konzilien nicht ausschließlich bei den Priestern. Erst einer Reihe ausgezeichneter Päpste, ausgezeichnet mehr als Staatsmänner wie als Christen, gelang es, die Exklusivität der Priestergewalt für die Interpretation der christlichen Glaubenslehre, d. h. des göttlichen Willens, zu erwerben und die Entscheidung über das Dogma zu monopolisiren. Damit war den gläubigen Katholiken gegenüber ein Machtmittel gewonnen, welches den Anspruch des Papstes auf die Oberherrschaft über alle Monarchen ganz erklärlich und garnicht als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen läßt, vorausgesetzt, daß alle Gemeindeglieder an die Unfehlbarkeit des Priestertums glauben und das Priestertum in strenger Disziplin der einheitlichen Gewalt des Papstes unterworfen bleibt. Katholischen Monarchien war es gegeben, sich ohne Schwierigkeiten mit den theokratischen Ansprüchen des römischen Stuhles abzufinden; nach dem Grundsatze, daß eine Hand die andre wäscht, lehren die Priester Gehorsam gegen den Monarchen, wenn letzterer ihn dem Papste nicht aufkündigt. Protestantischen Staaten gegenüber aber bleibt der Friede mit der römischen Kirche im günstigsten Falle eine Zirkelquadratur, deren Lösung

man sich annähern kann, ohne sie zu erreichen. Beide Parteien kommen über den modus vivendi nicht hinaus. Man kann sagen, daß dieser Satz auch für katholische Staaten gilt: auch in solchen ist das Verhältnis des Königtums zum Priestertume immer nur ein faktisch, niemals ein prinzipiell geregeltes. Auch hier bleiben beide Größen inkommensurabel, so lange die Staatsgewalt sich nicht einfach unterwirft. Indessen gelingt es ihnen doch in der Regel, sich bis auf kleine Dezimalstellen auszugleichen. Eine vorwiegend protestantische Regierung aber ist, vom römisch-katholischen Standpunkte betrachtet, stets eine Krankheit, die therapeutisch oder chirurgisch geheilt werden muß. Die chirurgische Heilung der krankhaften Erscheinungen, als welche die preußischen Siege von 1866 und die Herstellung des Norddeutschen Bundes in Rom aufgefaßt wurden, war der leitende Gedanke des Konzils. Frankreich, der Soldat des Papstes, war berufen, sein Bajonett als Bistouri herzugeben, um die nötigen Aderlässe am deutschen Protestantismus zu vollziehen. Es war ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß die Verkündigung der Unfehlbarkeit in Rom gleichzeitig mit der französischen Kriegserklärung, und daß letztere, wie heutzutage wohl allseitig bekannt, vorzüglich auf Betreiben der ultramontanen französischen Kaiserin Eugenie erfolgte. Daß Frankreich in dem Kampfe siegen würde, daran zweifelte man in Rom ebensowenig wie in Paris, und Frankreich würde, wenn es Sieger geblieben wäre, seine damit erworbene Übermacht im Bunde mit dem Papste und zur Durchführung des neuen Dogmas aller Orten eingesetzt haben, namentlich aber gegen Deutschland."

Der Kanzler hat auf diese römisch-französische Intrigue einmal öffentlich hingedeutet, indem er auf die damals beabsichtigten neuen gesta Dei per Francos anspielte. Er war sich der

Gefahr, daß dieser ausländischen, dieser, wie man früher in Deutschland sagte, welschen Konspiration gegenüber die den katholischen Preußen in der Regierung und Gesetzgebung gebührende Rücksicht leicht aus den Augen verloren werden konnte, schon zur Zeit des Vatikanischen Konzils vollständig bewußt und wehrte sich lange gegen jede Zumutung weltlichen Eingreifens in Fragen, welche er selbst zwar für politische hielt, die aber der Masse der Gläubigen als dogmatische, als rein kirchliche erscheinen oder doch mit Leichtigkeit so dargestellt werden konnten. Er verhehlte sich die Schwierigkeiten, die ein Kampf auf diesem Gebiete für die weltliche Regierung hat, zu keiner Zeit und sprach damals in vertrauten Kreisen viel von seinen Jugenderinnerungen an den „zähen Widerstand, auf welchen die mächtige absolute Regierung Friedrich Wilhelms III. in der getreuen Provinz Hinterpommern bei ihrem Kampfe mit den Altlutheranern gestoßen war, einer Handvoll Menschen ohne einheitliches Oberhaupt, deren aber die damals so starke Regierung auf geistigem Gebiete doch nicht mächtig werden konnte." Er erinnerte an das Bild eines „reitsteifen Gendarmen mit Sporen und Schleppsäbel hinter einem leichtfüßigen Priesterkandidaten, den weibliche Glaubensgenossen in Scheunen und Speisekammern verstecken." Während der ersten Genesis des Kirchenstreites wies er alle Zumutungen, in denselben einzugreifen, zurück und beteiligte sich absichtlich an den Kämpfen nicht, die in Braunsberg und andern Orten sporadisch entbrannten. Er tadelte damals den Katholiken gegenüber die Bildung einer konfessionellen Fraktion auf politischem Gebiete, verblieb aber in dem seitherigen freundschaftlichen Verkehre mit allen katholischen Abgeordneten, auch mit den Bischöfen von Ketteler und Graf Ledochowski, sodaß ersterer sich offen an den Reichskanzler wenden konnte, um ihm die Wünsche

und Beschwerden der neuen katholischen Fraktion in Bezug auf die Reichsverfassung vorzutragen. Mit Ledochowski war Fürst Bismarck, als jener sich in Versailles aufhielt, in ununterbrochenem freundschaftlichen Verkehr, und den Bischof Ketteler hatte er, als das Gnesener Bistum noch vakant war, dringend gebeten, dasselbe zu übernehmen und doch der Lüge ein Ende zu machen, als ob die preußische Regierung die katholische Religion im Posenschen bekämpfe, wenn sie sich gegen den revolutionären Polonismus wende. Ketteler hatte diese Berufung, mit welcher Se. Majestät der König einverstanden war, wegen mangelnder Kenntnis der polnischen Sprache abgelehnt, aber auch weiterhin freundliche Beziehungen zum Kanzler unterhalten.

Die spätere Entfremdung zwischen beiden Männern, die auf dem nationalen Gebiete viele Berührungspunkte hatten, soll vorzugsweise durch Herrn von Savigny herbeigeführt worden sein. Letzterer, der zu den Schul- und Jugendfreunden Bismarcks gehörte, war dessen Feind geworden von dem Augenblicke an, wo er die Hoffnung aufgeben mußte, Bundeskanzler zu werden. Dieser Titel war in dem ursprünglichen Verfassungsentwurfe für den preußischen Präsidialbevollmächtigten zum Bundesrate gewählt worden an Stelle des im Bundestage üblich gewesenen Präsidialgesandten. Der Bundeskanzler sollte anfänglich nichts weiter sein als der stimmführende preußische Präsidialbevollmächtigte, der seine Instruktion vom preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu erhalten hätte. Diese Stellung wurde aber eine ganz andre, eine ministerielle, durch den bei der Verfassungsrevision im Reichstage angenommenen Zusatz, daß die Anordnungen des Präsidiums der Kontrasignatur des Bundeskanzlers bedürften. Nachdem dies in der That Gesetz geworden war, erklärte Fürst Bismarck dem Herrn von Savigny,

daß nunmehr die Stelle des Bundeskanzlers, wenn sie nicht die eines selbständigen Ministers neben und über dem preußischen Minister des Auswärtigen sein solle, von ihm, Bismarck, selbst übernommen werden müsse. Herr von Savigny verschloß sich der Logik dieser Ansicht wahrscheinlich nicht, war aber der Meinung, daß der Ministerpräsident sich jenem Amendement des Reichstags hätte widersetzen müssen, während er es garnicht bekämpft, ja vielleicht zu Tage gefördert habe. Daß letzteres nur die Pflicht eines nationalen Politikers war, leuchtete Herrn von Savigny wohl nicht ein, namentlich dann nicht, wenn dadurch die für ihn in Aussicht genommene amtliche Stellung, deren Dienstwohnung er bereits bezogen hatte, hinfällig werden sollte. Das Anerbieten des Ministerpräsidenten, ihm die nachherige Delbrücksche Stellung an der Spitze des Bundeskanzleramtes mit dem Titel eines Vizekanzlers zu gewähren, blieb ab irato unbeantwortet und hatte nur das Verlassen der Dienstwohnung und den Abbruch jeder Beziehung zu dem bisherigen Freunde zur Folge. Von diesem Augenblicke an wurde Savigny zum Feinde und begann Partei gegen den Kanzler zu werben. Wir finden ihn zuerst wieder, wie er in Gemeinschaft mit Ketteler an der Begründung des Zentrums arbeitet. Es lag in seiner Natur, mehr hinter den Koulissen als auf der sichtbaren Bühne thätig zu sein, und während seiner Beteiligung an den Verfassungsarbeiten vermied er sorgfältig jede rednerische Äußerung im Parlament. Sein Anteil an der Begründung der Zentrumspartei ist deshalb auch weniger bekannt geworden als derjenige andrer. Aber er war, wenn auch kein öffentlicher Redner, doch ein geschickter Diplomat und hatte hervorragenden Anteil am Zusammentreten und an der Bestimmung der Richtung dieser Gruppe von Abgeordneten. Das Vorgehen der letzteren war nicht von Haus aus durch persönliche Feind-

seligkeit gegen den Kanzler gezeichnet, und letzterer wurde erst allmählich und, wie wir zu wissen glauben, nicht durch konfessionelle, sondern durch rein politische Motive in den Kampf hineingezogen. Dieselben hatten mit der italienischen Sache und der Besitzergreifung Roms nichts zu schaffen. Im Gegenteil war der Kanzler während des französischen Krieges und in der nächsten Zeit nach demselben wegen der Teilnahme Garibaldis an der Bekämpfung der deutschen Heere und wegen der zweifellos vorhanden gewesenen Neigung des Königs Viktor Emanuel, Napoleon gegen Deutschland beizustehen, gegen Italien erbittert. Zur Zeit des Frankfurter Friedens war die deutsche Politik durchaus abgeneigt, den Italienern irgendeine Gefälligkeit zu erweisen, am allerwenigsten eine auf Kosten des Papstes zu gewährende, mit welchem man damals in Berlin mehr Fühlung hatte als mit Italien.

Es war nicht die italienische, sondern die polnische Frage, welche den Kanzler bewog, ganz unabhängig von dem Vatikanum und der Unfehlbarkeit sich an den jetzt ausgebrochenen Kämpfen zwischen dem preußischen Kultusministerium und der römischen Geistlichkeit zu beteiligen. Die Wahrnehmung, daß in dem bis dahin preußisch monarchischen Oberschlesien unter priesterlicher Leitung sich eine national-polnische Propaganda bilden konnte, gab den ersten Anstoß dazu. Die Bestrebungen, Schlesien zu polonisiren, waren nicht neu: schon die Jahre nach 1848 zeigen uns den Priester Schaffranek auf der Tribüne des Landtages als Führer in dieser Richtung. Man hatte aber hiermit keine Erfolge erzielt, bis dieses Treiben in der bekannten katholischen Abteilung des Kultusministeriums mächtige und einflußreiche Förderer fand. Diese Abteilung war ursprünglich gebildet, um der römischen Kirche gegenüber die Rechte des Königs durch

katholische Staatsbeamte zu vertreten, sie war aber im Laufe der Jahre allmählich ein Organ der katholischen Propaganda geworden, welche bei dieser für das Erziehungswesen so wichtigen Behörde klug rechnend Unterstützung gesucht und bald gefunden hatte. Die katholische Propaganda hat das Polentum und die polnische Sprache, letztere wie alle Idiome, die nicht Weltsprachen sind, z. B. das Vlämische, jederzeit gepflegt, weil ein Volksstamm, der auf einen geringen Sprachkreis beschränkt bleibt, für den herrschenden Priester leichter in Folgsamkeit zu erhalten ist als andre. In diesem Sinne hatte die katholische Abteilung des Kultusministeriums in den letzten Jahren vor 1870 bewußterweise das polnische Element in Preußen auf Kosten des deutschen gefördert. Vermöge verschiedner Personalbeziehungen waren einige Mitglieder einer vornehmen und dem Königshause verwandten polnischen Familie in die Lage gekommen, direkten Einfluß auf die katholische Abteilung und ihren damaligen Vorsitzenden, Herrn Krätzig, ausüben und jenen Bestrebungen auch am Hofe förderlich sein zu können. So kam es, daß in den Provinzen Westpreußen und Posen nicht nur nicht germanisirt, sondern in erfolgreicher Weise polonisirt wurde. Die statistischen Berichte wiesen von einer Zählung zur andern allein in Westpreußen einen Zuwachs der polnischen Bevölkerung auf Kosten der deutschen nach, der sich auf etwa 30000 Seelen belief. Ganze Dörfer wurden im Laufe zweier Generationen aus deutschen Ortschaften zu polnischen, und deutsche Großeltern, die noch kein Polnisch verstanden hatten, wohl aber katholisch waren, hinterließen polnische Enkel, die des Deutschen nicht mehr mächtig waren.*) Dieses Ergebnis der amtlichen

*) Nach den Ausführungen des Kultusministers von Goßler im preußischen Abgeordnetenhause (8. und 14. März 1883) sind auch im Posenschen schon seit Ausgang der vierziger Jahre insbesondre deutsche Katholiken „in steigender

preußischen Erziehungsmethode veranlaßte den Ministerpräsidenten, bei dem Staatsministerium Remedur zu beantragen, und nachdem sich herausgestellt hatte, daß dies nach den bestehenden Einrichtungen ohne Mitwirkung der katholischen Abteilung nicht möglich sein würde, diese Mitwirkung aber versagt wurde, die Aufhebung jener Behörde zu verlangen. Die Beseitigung derselben erfolgte bekanntermaßen noch unter dem Minister von Mühler, und damit war die Beteiligung des Ministerpräsidenten an dem bis dahin auf die Ressortbehörden beschränkt gewesenen Kulturkampfe gegeben.

Dieser Kampf wurde dann dadurch verschärft, daß die konservative Partei dem Fürsten Bismarck nicht nur ihren Beistand zur Verteidigung nationaler Erziehung verweigerte, sondern ihm selbst wegen der Streitigkeiten über die Beaufsichtigung der Schulen und die Provinzialverfassung den Krieg erklärte, und daß dieser letztere ihrerseits mit einer Erbitterung und persönlichen Gehässigkeit geführt wurde, wie sie in den Kämpfen zwischen der liberalen Opposition und dem Reichskanzler niemals hervorgetreten ist. Diese rücksichtslose Anfeindung erreichte ihren Höhepunkt zur Zeit der Nathusiusschen Kreuzzeitung, der bekannten Perrotschen Verleumdungsartikel, der „Deklaranten,“ der Reichsglocke und der Verleumdungsprozesse, in welchen

Progression in das nationale polnische Lager übergeführt“ worden, und es rechnet sich heute „ein großer Teil von denjenigen, welche vor einigen Jahrzehnten sich als Leute von ausgeprägter und zweifelloser deutscher Nationalität darstellten, . . . sei es selbst, sei es in ihren Nachkommen, zur polnischen Nationalität.“ Nach von Goßler hatte der Regierungsbezirk Posen 1861 67 906 deutsche Katholiken, dagegen 1872 nur noch 58 299, und derselbe Teil der Provinz außerhalb der Kreise Birnbaum, Fraustadt, Bomst und Meseritz zählte 1862 noch 22 970, dagegen zehn Jahre später nur noch 10 320. Über die Beteiligung der katholischen Geistlichkeit an dieser Bewegung vergl. die Landtagsrede von Goßlers vom 8. Februar 1882.

adliche Namen beider Konfessionen als Angeklagte figurirten. Wir erinnern uns nicht, daß selbst ein Richtersches Blatt jemals ähnliche Insinuationen — nicht gegen die Politik, sondern gegen den persönlichen Charakter des Reichskanzlers hätte drucken lassen, wie sie damals den Federn der Herren von Loe, von Arnim und von Diest und gewisser andrer Standesgenossen desselben entflossen. Deren Freunde besorgten den Vertrieb der Reichsglocke an den deutschen Höfen, und es ist uns gesagt worden, daß allein durch Beamte des königlichen Hausministeriums bis zu elf Exemplaren des unsaubern Blattes in dieser Richtung kolportirt worden sind. Die gerichtlichen Verhandlungen und was man sonst über den Ursprung der Verleumdungen gegen den Reichskanzler erfahren hat, lassen vermuten, daß Herr von Savigny der ursprüngliche Gewährsmann war. Er war es offenbar, der die Erzählungen von der ungehörigen Beteiligung des Kanzlers an gewissen Aktienunternehmungen in Berlin in Kurs gesetzt hat. Er soll seine Erfindung oder seinen Irrtum zuerst einem hohen Beamten des Ministeriums des Auswärtigen, dieser dieselbe einem nahen Verwandten mitgeteilt haben, und auf diesem Wege gelangte die faule Mär endlich an den verstorbenen Herrn von Wedemeyer, der sich erschoß, nachdem er sich überzeugt hatte, daß sie, der er geglaubt und die er weiter getragen hatte, ein Irrtum war. Aus dessen Nachlaß soll später Herr von Diest die Angaben entnommen haben, deren Veröffentlichung ihn auf die Anklagebank brachte.

Bemerkenswert ist, daß während und nach dieser Preßhetze der Konservativen niemals ein liberales Blatt auch nur in zurückhaltender Form ein Wort zur Verteidigung des Reichskanzlers gesagt hat, und ebenso, daß kein Organ der konservativen Partei jene schmachvollen Verdächtigungen desselben mit

Entschiedenheit verurteilt und gebrandmarkt hat, nachdem die Grundlosigkeit derselben durch die öffentlichen Verhandlungen klar erwiesen worden war. Lehrreich für die künftige Stellung unsrer Gerichte innerhalb unsers politischen Parteiwesens wird auch die Wahrnehmung bleiben, daß in jenen Verleumdungsprozessen, in welchen der erste Beamte des Staates seine Ehre zu schützen hatte, die Leitung des Gerichtsverfahrens viel mehr von dem Bestreben bestimmt zu sein schien, dem Reichskanzler irgendwelche tadelnswerte Manipulation nachzuweisen, als von der Absicht, die Verleumdung zur Strafe zu ziehen. Für den Verleumdeten hatte dieses Verfahren allerdings den nützlichen Erfolg, daß die Falschheit der gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen mit jedem neuen Beweisthema, welches das Gericht aufstellte, nur in helleres Licht gerückt wurde.

Für den Fürsten Bismarck muß die Bitterkeit der bei dieser Gelegenheit empfangenen Eindrücke dadurch verstärkt werden, daß dieses für ihn durchaus ehrenvolle Ergebnis weder seine angeblichen Freunde, noch seine Gegner, noch auch das Gericht befriedigte. Es wäre ihnen allen lieber gewesen, wenn sie „dem Manne eins hätten anhängen können.“ Wenn man die Eindrücke, die der Kanzler aus dieser Episode seines Lebens entnehmen mußte, sich hinreichend vergegenwärtigt, so wird man vielleicht zurückhaltender mit der Beschuldigung sein, daß es ihm an Liebe und Achtung für die Parteien und Männer fehle, mit denen er politisch und parlamentarisch zu arbeiten hat. Gewiß aber ist für die Frage, die uns hier beschäftigt, also in Betreff der Beteiligung desselben am Kulturkampfe, anzunehmen, daß dieser Kampf viel weniger stürmisch verlaufen sein und weniger verbitternd gewirkt haben würde, wenn die konservative Partei es vermieden hätte, wegen des Schulaufsichtsgesetzes mit

einem Minister zu brechen, der aus ihrer Mitte hervorgegangen war und dem sie kein andres Mitglied von irgendwie ähnlicher, geschweige denn von gleicher Befähigung, sie politisch zu führen, an die Seite stellen konnte. Wenn der Kanzler bei seinen frühern Parteigenossen Vertrauen statt Opposition gefunden hätte, wenn er in der Lage geblieben wäre, die notwendige Verteidigung der staatlichen Rechte den päpstlichen gegenüber an der Spitze der konservativen Partei zu führen, so wäre der Riß nie so tief geworden wie er ist, und der konfessionelle Friede wäre vermutlich schon seit Jahren soweit wiederhergestellt, wie er vor 1848 in Preußen mehr als zwei Jahrhunderte bestanden hat, und wie er in Staaten mit konfessionell gemischter Bevölkerung Rom gegenüber überhaupt möglich ist.

Der Kanzler hat also im Verlaufe des Streites mit Rom den politischen Standpunkt stets festgehalten, ohne sich auf die Meinungsverschiedenheiten über das Dogma und das eigentliche kirchliche Gebiet einzulassen. Belege dazu sind die oben aus seinen Reden zitirten Stellen. Seine Initiative auf dem Felde der Gesetzgebung hat bei der Aufhebung der katholischen Abteilung stattgefunden, sowie bei der Einführung der weltlichen Schulaufsicht, die übrigens nur fakultativ sein sollte, indem er dem Staate die Möglichkeit erhalten wollte, hier, wie bei der Einrichtung der Standesämter, die staatlichen Funktionen durch die Geistlichkeit ausüben zu lassen, ohne dazu verpflichtet zu sein. Ferner haben die Verfassungsveränderungen auf seinen Antrag stattgefunden, und er hat für diese ohne Zweifel die volle Verantwortlichkeit zu tragen, da er sie dem Vernehmen nach seinen liberaleren Kollegen gegenüber nur durch Stellung der Kabinetsfrage hat durchsetzen können. Dagegen darf man annehmen, daß seine Beteiligung an den eigentlichen Maigesetzen eine passive gewesen ist, oder daß er sich am Zustandekommen

derselben garnicht beteiligt hat.*) Wir haben von vertrauten Mitarbeitern des Kanzlers gehört, daß derselbe, nachdem er diese Gesetze ex post und informatorisch gelesen, schon damals starke Zweifel an der Durchführbarkeit aller ihrer Bestimmungen und seine Verwunderung über den hohen Wert ausgesprochen hat, den man der Anzeigepflicht beilegte.**) Er wollte darin nur ein wertloses Formale sehen.

Wir möchten die letztere Ansicht bezweifeln. Schon mehr können wir uns mit seiner Meinung einverstanden erklären, daß die Hauptwaffe des Staates die Schule ist.

Und nun wollen wir in diesem Zusammenhange zunächst noch versuchen, uns die Stellung klar zu machen, welche der Reichskanzler zu den Juden und der neuerdings aufs Tapet gebrachten Judenfrage einnimmt, und da werden wir wieder am besten thun, ihn zunächst selber sprechen zu lassen.

Im ersten Vereinigten Landtage erklärte er sich in der oben teilweise zitirten Rede vom 15. Juni 1847 gegen die unbeschränkte Emanzipation der Juden. „Ich bin kein Feind der Juden," sagte er, „und wenn sie meine Feinde sein sollten, so vergebe ich ihnen. Ich liebe sie sogar — unter Umständen. Ich gönne ihnen auch alle Rechte, nur nicht das, in einem christlichen Staate ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden." Die Vorstellung, daß ein Jude befähigt werden sollte, ihm als Repräsentant der Majestät des Königs (als Richter) entgegenzutreten, war ihm eine niederschlagende und entmutigende. Später

*) Man vergegenwärtige sich hierbei den Umstand, daß zur Zeit der Entstehung dieser Gesetze Graf Roon Ministerpräsident war und Fürst Bismarck den Sitzungen des Ministerrates damals in der Regel nicht beiwohnte.

**) Präventiv läßt sich in diesen Dingen nichts thun, nur repressiv: der Staat kennt den neuen Geistlichen immer zu wenig, um über sein zukünftiges Verhalten urteilen zu können.

muß er sich auch hierein als in eine Notwendigkeit gefunden — ich sage nicht, hiermit befreundet — haben; denn er hat die Gleichberechtigung der Juden mit den Christen, wie sie erst in der Verfassung des Norddeutschen Bundes, dann in der des Deutschen Reiches ausgesprochen wurde, nicht mehr angefochten, eher gefördert, obwohl sie ihm im allgemeinen schwerlich sympathisch geworden sein mag. Am 25. September 1870 sagte er in Ferrières bei Tische zu uns: „Sie haben doch eigentlich keine rechte Heimat. Etwas Allgemein-Europäisches, Kosmopolitisches, sind Nomaden. Ihr Vaterland ist Zion, [zu Abeken gewendet] Jerusalem. Sonst gehören sie der ganzen Welt an, hängen durch die ganze Welt zusammen. Nur der kleine Jude hat so was wie Heimatsgefühl. Auch giebt es unter diesen gute, rechtschaffene Leute. So war da einer bei uns in Pommern, der handelte mit Häuten und ähnlichen Produkten. Das muß einmal nicht gegangen sein; denn er wurde bankerott. Da kam er denn zu mir und bat mich, ich sollte ihn schonen und meine Forderung nicht anmelden; er würde mich schon bezahlen, wenn er könnte, nach und nach. Nach alter Gewohnheit ging ich darauf ein, und er zahlte wirklich. Noch als Bundestagsgesandter in Frankfurt kriegte ich Abzahlungen von ihm, und ich glaube, daß ich, wenn überhaupt was, doch weniger als andere bei ihm verloren habe. Solche Juden wirds vielleicht nicht viel mehr geben. Auch sonst haben sie ihre Tugenden: Respekt vor den Eltern, eheliche Treue und Wohlthätigkeit werden ihnen nachgerühmt." — — — Einige Tage später, am 23. Dezember, sprach man bei Tafel von Verhaftungen sozialdemokratischer Wortführer, die kurz vorher in Deutschland erfolgt waren, und Graf Lehndorff fragte, ob man wohl etwas von der Einsteckung Bebels und Liebknechts zu befürchten hätte, ob das viel Aufregung hervorrufen würde? — „Nein," ent-

gegnete der Kanzler, „davon ist nichts zu befürchten." Lehndorff: „Aber Jacoby, da gabs doch viel Lärm und Geschrei." — Kanzler: „Jude — und Königsberger. Fassen Sie nur einen Juden an, da schreit's gleich in allen Ecken und Winkeln." Wieder kurze Zeit darauf, am 10. Januar 1871, war bei Tische die Rede von den unter den Juden häufig vorkommenden Namen Meier und Kohn, und ich gab eine Erklärung derselben, die mit dem Hinweise schloß, daß Kohn, ursprünglich Priester, sich bisweilen in Kuhn, Kahn oder Hahn verwandelt habe. Das brachte den Minister auf christlich gewordene Juden und später auf Mischehen zwischen Christen und Juden, die er nicht zu mißbilligen schien. „Ja," fuhr er fort, „ich bin doch der Meinung, daß durch Kreuzung eine Verbesserung herbeigeführt wird. Die Resultate sind nicht übel." Er nannte einige adeliche Häuser, die durch Verheiratung von Angehörigen mit Jüdinnen semitisches Blut in sich aufgenommen haben, und bemerkte: „Alles ganz gescheite, nette Leute." Dann fügte er nach einigem Nachdenken und mit Auslassung eines Zwischengedankens, der wahrscheinlich auf die Verheiratung vornehmer Christentöchter, deutscher Baronessen oder Komtessen, mit reichen und talentvollen Israeliten ging, lächelnd hinzu: „Übrigens ist es wohl umgekehrt besser, wenn man einen christlichen Hengst von deutscher Zucht mit einer jüdischen Stute zusammenbringt. Das Geld muß wieder in Umlauf kommen, und es giebt auch keine üble Rasse. Ich weiß nicht, was ich meinen Söhnen einmal raten werde." Es war eine scherzhafte Rede inter pocula, aber wohl nicht ganz ohne ernsthaften Untergrund, und dann wird man nicht behaupten können, der Kanzler stehe der semitischen Rasse mit Vorurteilen gegenüber.

Als nun in den letzten Jahren die Judenfrage wieder auf die Tagesordnung gebracht wurde und Stimmen sich erhoben,

welche die den Israeliten eingeräumten staatsbürgerlichen Rechte teilweise wieder aufgehoben wissen wollten, sprach sich der Reichskanzler in öffentlicher Rede über diese Bewegung und ihre Gründe und Ziele nicht aus. Wir haben aber Grund, anzunehmen, daß ihm die Agitation der Antisemiten zwar nicht ganz unbegreiflich, aber unzeitgemäß erschien und infolge dessen unerwünscht war. Dies drückte ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit ziemlich deutlichen Worten aus, doch mit der Bemerkung, daß die Juden dem Kanzler für sein Verhalten zu ihrer Emanzipation Dank schuldeten, ihm diesen aber vorenthielten, indem sie meist die Opposition gegen seine Politik verstärkten und unterstützten — eine Behauptung, die bekanntermaßen Thatsache ist, und die der Fürst mir im Privatgespräch mit dem Bemerken wiederholte: „Die, welche was haben, bezahlen ihre Steuern, schreiben keine demokratischen Leitartikel und gehen nicht auf die Barrikaden, die andern sinds.“ Ob dagegen die Äußerung, die er vor etwa zwei Jahren in Varzin gegen einen jüdischen Bekannten (Behrend) gethan haben soll, in allen Stücken authentisch und ohne fremde verzierende Zuthat ist, weiß ich nicht. Nach dem Berichte der Presse hierüber hätte der Kanzler dort gesagt: „Nichts kann unrichtiger sein als die Meinung, ich sei mit der antisemitischen Bewegung einverstanden. Ich mißbillige ganz entschieden diesen Kampf gegen die Juden, sei es, daß er auf religiöser Grundlage oder gar auf derjenigen der Abstammung sich bewege. Mit gleichem Rechte könnte man eines Tages über Deutsche von polnischer oder französischer Abstammung herfallen und sagen, es seien keine Deutschen. Daß die Juden mit Vorliebe mit Handelsgeschäften sich befassen, das ist Geschmacksache; durch ihre frühere Ausschließung von andern Beschäftigungen mag es begründet sein, aber sicherlich ist es nicht berechtigt, über ihre

größere Wohlhabenheit solche aufreizende Äußerungen zu thun, die ich verwerflich finde, weil sie Neid und Mißgunst in der Menge erregen. Ich werde niemals darauf eingehen, daß den Juden ihre verfassungsmäßigen Rechte in irgend einer Weise verkümmert werden. Ihre geistige Organisation macht sie zur Kritik geneigt, und so findet man sie vorzugsweise in der Opposition. Aber ich mache keinen Unterschied zwischen christlichen und jüdischen Gegnern der Wirtschaftspolitik, die ich als nach meiner Meinung ersprießlich für das Land verfechte." [Der Kanzler bemerkte, als ich im Herbste 1883 mit ihm über diese Mitteilung sprach: „Man könnte noch hinzufügen, daß die Juden in ihrer Polemik gegen mich nie so gemein gewesen sind als meine christlichen Gegner in der Fortschrittspartei und in der konservativen während der Zeit der Reichsglocke. Ich würde trotzdem für den Kampf ein Verständnis haben, wenn man statt Juden setzte: Preßjuden."]

Wie es sich auch mit der Echtheit einzelner von jenen Äußerungen verhalten möge, im ganzen wird die gegenwärtige Stellung des Fürsten zur Sache in dem Referate richtig wiedergegeben sein. Jedenfalls hat er noch nicht an eine Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden gedacht. Die Petition der Antisemiten, in welcher eine derartige Maßregel gewünscht wurde, blieb unbeantwortet, und als der Abgeordnete Hänel die Regierung hinsichtlich ihrer Stellung zur Judenfrage interpellirte, gab der damalige Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Graf Stolberg, — zweifelsohne mit Zustimmung des Reichskanzlers — die Erklärung ab, die bestehende Gesetzgebung spreche die Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse in staatsbürgerlicher Beziehung aus, und das Staatsministerium hege nicht die Absicht, in diesem Rechtszustande eine Änderung eintreten zu lassen. Das klang etwas kühl

und nüchtern, sicherlich hatte es nicht die warme Temperatur der fortschrittlichen Interpellation, aber es war vollkommen genügend. Der Kanzler sieht die Angelegenheit mit dem Auge des Staatsmannes an, und schon dieses rät ihm ab, ohne dringende Veranlassung gegen Gesetze vorzugehen, die, mögen sie auch gemacht und nicht gewachsen sein, immerhin Wurzel gefaßt haben, und sich zu alten Gegnern neue zu erwecken, die durch ihr Geld, ihren Einfluß auf die Presse und ihr Zusammenhalten unter einander eine durchaus nicht verächtliche Macht sind.

Wenn der Kanzler die Sonntagsheiligung nicht sowohl aus der biblischen Offenbarung, aus dem mosaischen Gebote, als vielmehr aus dem weltlichen Bedürfnisse nach einem Tage des Ausruhens von der Wochenarbeit rechtfertigt, so hängt das damit zusammen, daß er das Wesen der Religion überhaupt nicht in kirchlichen Observanzen und Zeremonien sucht. So ist er z. B. kein fleißiger Kirchengänger. Wenigstens war er dies nach den Erfahrungen und Erkundigungen des Verfassers dieser Untersuchung in den letzten Jahrzehnten weder in Berlin noch in Varzin.

Eine der Ursachen, weshalb der Reichskanzler nur selten eine Predigt hört und sich am Gemeindegesange beteiligt (das Abendmahl nimmt er im Jahre regelmäßig zweimal), ist wohl am besten mit dem Sprichwort ausgedrückt, nach welchem Herrendienst vor Gottesdienst geht. „Es ist," schreibt er im Juli 1865 an seine Schwester, „soviel Müssen in meinem Leben, daß ich selten zum Wollen komme." Der Tag sollte für mich eigentlich sechs bis sieben Stunden mehr haben, so viel habe ich zu thun," äußerte er einmal gegen mich in Versailles, und das wird auch für die spätere Zeit zutreffen, soweit es sich um die Monate handelt, die er in Berlin zuzubringen pflegt. Er hat wenig Muße für die Kirche, wie er keine für das Theater, für Konzerte, Kunstausstellungen und Hoffeste hat. Vielleicht denkt

er auch, daß Herrendienst in allen wichtigen Fällen Gottesdienst ist; denn, wie wir gesehen haben, faßt er seine Mission als Arbeit nach Gottes Willen, im Namen Gottes und zur Verwirklichung göttlicher Gedanken auf. Eine andre Ursache sind Gesundheitsrücksichten. Er bekommt, wie er in Versailles einmal erklärte, von der Kälte, welche in den Kirchen herrscht, Kopfschmerzen. Dasselbe deutet er in einem sehr charakteristischen Briefe an, den er am 26. Dezember an den ihm befreundeten Prediger Roman von André richtete. Es heißt da: „Was Kirchenbesuch betrifft, so ist es unrichtig, daß ich niemals ein Gotteshaus besuche. . . Ich gebe bereitwillig zu, daß es öfter geschehen könnte, aber es ist nicht so sehr aus Zeitmangel als aus Rücksicht auf meine Gesundheit, daß es unterbleibt, namentlich im Winter, und denen, die sich in dieser Beziehung zum Richter an mir berufen fühlen, will ich gern genauer Auskunft darüber geben. . . Wenn ich unter der Vollzahl der Sünder, die des Ruhmes vor Gott mangeln, hoffe, daß seine Gnade auch mir in den Gefahren und Zweifeln meines Berufes den Stab demütigen Glaubens nicht nehmen werde, an dem ich meinen Weg zu finden suche, so soll mich dieses Vertrauen weder harthörig gegen tadelnde Freundesworte noch zornig gegen liebloses und hoffärtiges Urteil machen."

Wie der Kanzler Zuschriften abwies, die unter die letztere Rubrik fielen, möge ein Beispiel zeigen. 1873, als die Altkonservativen ihm wegen der Stellung, die er zur Schulaufsichtsfrage genommen, den Rücken wandten und ihn in ihren Blättern befehdeten, hielt es „ein alter Herr in Pommern (Senfft-Pilsach?) für Recht und Pflicht," ihn „in einem absurden Briefe salbungsvoll zur Einkehr und zum Gebete zu vermahnen." Der Fürst aber verwies ihn in seiner Antwort, die er dem Verfasser dieser Erörterung im Jahre 1881 teilweise vorlas, u. a. auf

Psalm 12, 4 und 5, wo es heißt: „Der Herr wolle ausrotten alle Heuchelei und die Zunge, die da stolz redet, die da sagen: unsre Zunge soll Überhand haben, uns gebühret zu reden; wer ist unser Herr?"

Selbst von André ließ Bismarck sich nicht imponiren, als jener vom Standpunkte des Geistlichen die Meinung des Ministers vom Duelle mißbilligte. Er schreibt ihm in dem eben erwähnten Dezemberbriefe von 1865: „Was die Virchowsche Sache anbelangt [er hatte den fortschrittlichen Professor und Landtagsmatador wegen einer dreisten Beleidigung im Abgeordnetenhause durch Herrn von Puttkamer auf Pistolen fordern lassen, der Zungenheld war aber darauf nicht eingegangen], so bin ich über die Jahre hinaus, wo man in dergleichen von Fleisch und Blut Rat annimmt. Wenn ich mein Leben an eine Sache setze, so thue ich es [hier spricht in der That ein Geistesverwandter Cromwells] in demjenigen Glauben, den ich mir in langem, schwerem Kampfe, aber in ehrlichem und demütigem Gebete vor Gott gestärkt habe, und den mir Menschenwort, auch das eines Freundes im Herrn und eines Dieners seiner Kirche, nicht umstößt."

Zu den Dienern der Kirche ist sein Verhältnis in früheren Jahren ohne Zweifel ein näheres gewesen als in der letzten Zeit. Wenn sich hierin eine Wandlung vollzogen hat, so wird die Thatsache teilweise damit im Zusammenhange stehen, daß sich unter den „Deklaranten", welche öffentlich als Bürgen für die Nathusiussche Kreuzzeitung eintraten, mehrere hundert evangelische Geistliche befanden. Wenigstens wissen wir, daß der Fürst sich mit Bitterkeit dahin äußerte, er habe von den Dienern der Kirche Schutz und Beistand gegen die Niederträchtigkeit des genannten Blattes und der Reichsglocke erwartet und nicht gefunden. Ebensowenig wie eine liberale Zeitung ihn damals gegen die

Schmähungen der Konservativen verteidigt, ebensowenig habe er davon gehört, daß je ein Geistlicher sich gegen diese Lügen und Bosheiten seiner angenommen hätte. Auch kann der Streit mit der katholischen Kirche bei ihm dazu beigetragen haben, das Fleisch und Blut unserer Mitmenschen, die als Priester fungiren, nicht als Verkörperung des Christentums anzusehen. Der Fürst pflegte in jener Konfliktszeit zu sagen: „Was verstehen die Herren unter »Kirche?« Doch ohne Zweifel nichts als die Gesamtheit der Priester mit deren Rechten und Ansprüchen".

Das Thema, welches ich in den vorstehenden Betrachtungen klar zu stellen versucht habe, ist damit nicht hinreichend aufgehellt. Es giebt im genialen Menschen, in den Heroen, die wir verehren, dunkle Gründe, bis zu denen unser Verstand nicht hinabdringt, wie sehr er sich auch abmühe, tief zu kommen, ja über die sie selbst vielleicht sich keine deutliche und genügende Rechenschaft zu geben vermögen. „Ich möchte lieber schlafen, aber es denkt, es spekulirt in mir," sagte der Kanzler einmal in Versailles zu uns, als er von ruhelosen Nächten sprach. Was das „es" war, das gegen seinen Willen in ihm dachte, blieb zu erraten. Man glaubte zu ahnen, aber nicht ohne Zweifel. Es bleibt, was man auch entdecke, immer ein unerklärlicher Rest, und wenn man sich sein Ergebnis genau ansieht, ist es in vielen Stücken nur ein Durchscheinen von Farben und Formen durch einen Vorhang, die Wahrheit, aber nicht die volle Wahrheit. Näher käme dieser wohl die tägliche Umgebung des Fürsten, falls sie dafür Sinn und Sinne hätte. Möglich, daß jener Rest etwas sehr Einfaches ist, so einfach wie der Kern vieler Rätsel. Anders verhält sichs mit dem, was zum Schlusse dieses Kapitels noch erwähnt werden muß.

Neben dem religiösen Glauben geht auch bei großen Geistern mitunter ein Etwas her, das von der aufgeklärten Welt als

Aberglaube bezeichnet wird, und das, so wenig es im Christentum wurzelt, doch meist in einem gewissen Zusammenhang mit der Religion überhaupt steht. Wir begegnen ihm nicht selten auch bei begabten Verstandesmenschen ohne Phantasie und religiösen Zug, bei Feldherrn wie Napoleon I., bei Politikern wie Gambetta, selbst unter Diplomaten. Auch bei Bismarck finden sich anscheinend davon Spuren und zwar nicht wenige.

In Ostpreußen giebt es irgendwo ein unbewohntes Schloß, das deshalb leersteht, weil seine Besitzer wissen wollen, es gehe darin das Gespenst einer Dame um, die sich dort eines Verbrechens schuldig gemacht habe. Der Spuk soll sich bei hellem Tage zeigen. Als das einst bei Bismarck erzählt wurde, und einer der Anwesenden über die Sache scherzte, sagte der Fürst ernst, man möge darüber nicht spotten und lachen; es könne sehr wohl etwas daran sein: denn er selbst habe einmal ähnliches erlebt. Er sprach sich bei dieser Gelegenheit hierüber nicht näher aus, meinte aber wahrscheinlich ein Vorkommnis in Schönhausen, über das Hesekiel berichtet: „Einmal lag Herr von Bismarck — er war aber damals noch nicht Ministerpräsident — zu Bett in dem Schlafzimmer, in welchem er geboren war*); er hatte Gesellschaft im Schlosse, darunter einen Herrn von Dewitz, und für den folgenden Morgen war eine Jagdpartie verabredet, zu welcher ein Diener die Herren frühzeitig wecken sollte. Plötzlich fuhr Bismarck auf aus dem Schlaf, er hörte, wie sich im Nebenzimmer die Thür zur Bibliothek öffnete, er glaubte leise Schritte zu vernehmen. Zunächst dachte er, der Diener komme, um ihn zu wecken, gleich darauf aber hörte er in einem dritten Zimmer Herrn von Dewitz „Wer da?" rufen.

*) Dasselbe blickt, wie zu beachten, mit seinen Fenstern auf den dicht darunter befindlichen Friedhof hinaus.

Er sprang aus dem Bette, die Uhr schlug zwölf, und es war niemand da."

Nach der Schlacht bei Gravelotte sprach man in Pont à Mousson bei Tische davon, was nach einer vollständigen Besiegung der Franzosen geschehen werde, und der Kanzler schloß eine Auseinandersetzung seiner Ansicht mit den Worten: „Doch sprechen wir nicht vom Felle des Bären, ehe er geschossen ist. Ich gestehe, ich bin in dieser Beziehung abergläubisch." Vermutlich schwebte ihm dabei etwas wie die altgriechische Hybris, die frevelhafte Zuversichtlichkeit, und der Neid der Götter vor. In Reims zählte vor Beginn eines Diners Graf Bismarck-Bohlen die Kouverts. „Wir sind doch nicht etwa dreizehn beim Essen?" fragte er sich selbst. „Nein. Das ist gut; denn der Minister hat das nicht gern." Ein andermal waren wir wirklich dreizehn bei Tische, und als ich das gegen Bucher, meinen Nachbar, äußerte, bat er mich, es nicht laut zu sagen, da es den Chef verstimmen würde. Am 14. Oktober 1870 kam der General Boyer als Unterhändler Bazaines nach Versailles zum Kanzler, aber Bismarck scheint an diesem Tage nichts Ernstes mit ihm vorgenommen zu haben. Er fragte im Büreau: „Was haben wir heute für einen?" — „Den vierzehnten, Excellenz." — „So, da war Hochkirch und Jena, da muß man keine Geschäfte abschließen." Möglicherweise fiel ihm, wie jemand von den Anwesenden meinte, dabei auch ein, daß dieser vierzehnte ein Freitag war; denn auch dieser Wochentag taugt nach der Meinung vieler Leute nicht zu Geschäften und ist überhaupt unglücksschwanger. 1852 schreibt er seiner Frau aus Halle: „Ich habe mich viel besonnen, ob gestern nicht doch am Ende Freitag war, als ich abreiste; ein dies nefastus war es jedenfalls," worauf er eine Reihe von Reiseverdrießlichkeiten, einen Gasthof mit Wanzen und „infamem Kaffee," Meßjuden, „höhere Ge-

schäftsdamen aus der Reezenjasse" und einen zudringlichen Geheimrat im Koupee als Beweise dafür folgen läßt. Im November desselben Jahres berichtet er aus Blankenburg nach Hause: „In Letzlingen habe ich diesmal nicht so gute Jagd gemacht als vor drei Jahren; es war Freitag." Am 26. Oktober 1870 sagte er in Versailles über Tische: „Gestern bin ich von einer ganzen Reihe von Mißgeschicken heimgesucht worden. Eins folgte aus dem andern. Zuerst will mich einer sprechen, der wichtige Geschäfte hat [Odo Russel]. Ich lasse ihn bitten, ein paar Augenblicke zu warten, da ich noch mit einer dringenden Arbeit beschäftigt bin. Wie ich dann nach einer Viertelstunde nach ihm frage, ist er fort, und davon hängt möglicherweise der Friede Europas ab. So gehe ich schon um zwölf Uhr zum König, und das wird Ursache, daß ich dem N. N. in die Hände falle, der mich nötigt, einen Brief anzuhören, und mich auf diese Art eine ganze Weile festhält. . . So verlor ich eine Stunde, und nun konnten Telegramme von großer Wichtigkeit erst abgehen, so daß sie denen, für die sie bestimmt sind, vielleicht heute nicht mehr zukommen, und inzwischen können Beschlüsse gefaßt worden sein und Verhältnisse sich gestaltet haben, welche sehr ernste Folgen haben und die politische Situation ganz verändern. — Das kommt aber alles vom Freitag her," setzte er hinzu; Freitagsverhandlungen, Freitagsmaßnahmen!" Im Januar 1871 äußerte er gegen den Regierungspräsidenten von Ernsthausen: „Heute haben wir den dreizehnten und auch Freitag, da geht es nicht. Sonntag der fünfzehnte, der achtzehnte ist also Mittwoch. Da haben wir das Ordensfest und da könnte man die Proklamation [wegen Kaiser und Reich, von der die Rede war] an das deutsche Volk erlassen."

Am 23. November 1870 abends beim Thee kam er in Versailles auf seinen Tod zu sprechen und gab genau das

Alter, das ihm zu erreichen, und das Jahr an, in welchem ihm zu sterben bestimmt sei. . . „Ich weiß es," schloß er, als dagegen remonstrirt wurde, „es ist eine mystische Zahl." Sieben Jahre später wiederholte er mir in Varzin diese Versicherung, setzte indes hinzu: „Aber das weiß nur Gott."

Endlich mag noch erwähnt werden, daß der Kanzler fest überzeugt ist, der Mond habe Einfluß auf alles Wachsende, namentlich auf Haare und Pflanzen. „Sie sehen noch einmal so jung aus, Herr Geheimrat," äußerte er eines Tages bei Tafel scherzend gegen Abeken, als dieser sich die Haare hatte schneiden lassen. „Sie haben sie sich aber zu rechter Zeit schneiden lassen, der Mond ist im Wachsen. Und wie mit den Haaren ists auch mit den Bäumen. Wenn die Wurzelstöcke der Birken wieder ausschlagen und treiben sollen, fällt man den Stamm im ersten Viertel; sollen sie aber gerodet werden, im letzten. Es giebt Leute, Gelehrte, Schulmeister, die wollen das nicht glauben, aber unsre Förster wissen es besser, und die Forstverwaltung giebt ihnen Recht."

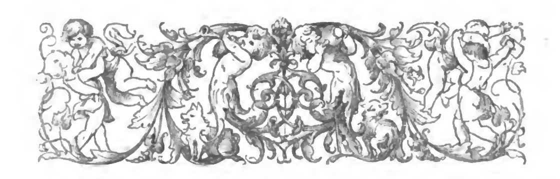
Der klarste Denker auf politischem Gebiete, tief und weitblickend wie keiner der Zeitgenossen, stets das Rechte kombinirend, vorurteilslos, über das Herkömmliche erhaben. Ein Geisterseher, ein Tagewähler, ein Rechner mit mystischen Zahlen? Wirklich? — Nein doch, alles mit Ausschluß der Schönhausener Geschichte nur Schein und Scherz. „Die Scherze von meinem Aberglauben sind," so äußerte er sich im Herbst 1883 über die Sache, „eben Scherze oder Rücksicht auf die Gefühle andrer. Ich esse zu dreizehn, so oft Sie wollen, und nehme am Freitag die wichtigsten und bedenklichsten Geschäfte vor." *)

*) Der Berliner Kongreß z. B., den der Fürst als Vorsitzender leitete, wurde an einem Dreizehnten eröffnet und an einem solchen geschlossen.

Und die Geschichte in Schönhausen? Wäre das wirklich Überglaube? Hm, es giebt zwischen Himmel und Erde Dinge, von denen unsre Philosophie*) sich niemals träumen ließ. Man kann das hier in doppeltem Sinne verstehen. Ich möchte es in dem nehmen, in welchem es Shakespeare gebraucht. Starken Geistern bleibt es unbenommen, es anders anzuwenden. Publikus, auch ein starker Geist, wird ihnen beipflichten.

*) Hierzu die im Hinblick auf unsre materialistischen Physiker nicht überflüssige Bemerkung, daß „philosophy" bei Shakespeare wie in der ältern englischen Sprache überhaupt eine viel weitere Bedeutung hat als in der heutigen und als „Philosophie" bei uns. Es umfaßt dort die sämtlichen Naturwissenschaften und diese vorzugsweise. Man kann also die oben zitirte Stelle im „Hamlet" auch übersetzen: „Dinge, von denen Eure Physik sich noch nichts träumen läßt." Der jetzt noch unbekannte Zusammenhang kann ja in Zukunft aufgefunden und genügend bewiesen werden.





Drittes Kapitel.

Die Junkerlegende.



Einer der Hauptglaubenssätze des vulgären Liberalismus und eins der wirksamsten Angriffs- und Überzeugungsmittel, deren sich derselbe bei den Wahlagitationen zu bedienen pflegt, ist die Behauptung, der deutsche Reichskanzler sei ein Junker, habe sich zu allen Zeiten mehr oder minder deutlich und entschieden zu den Ansichten des Junkertums bekannt, dessen Manieren zur Schau getragen, dessen Interessen vertreten, und betreibe namentlich seit den letzten vier oder fünf Jahren in den innern Angelegenheiten Preußens und des Reiches ganz unverkennbar eine Politik, die als junkerlich bezeichnet werden müsse. Die große Menge glaubt ihm das aufs Wort. Wir aber verlangen Beweise und stellen vorher ein paar Fragen.

Beruhen diese Behauptungen, die sich seit einem Menschenalter von einer Generation der Bezirksversammlungsredner und Zeitungspolitiker auf die andre fortgepflanzt haben und in dem Katechismus der „Gesinnungstüchtigen" als unumstößlich figu-

riren, auf Wahrheit? Läßt sich wenigstens die eine oder die andre geschichtlich, aus der Erfahrung, mit Thatsachen begründen? Erlaube man zunächst eine Gegenfrage. Was ist ein Junker, und was verstehen die Ankläger im fortschrittlichen Lager unter Junkertum? Je nach der Beantwortung dieser Frage wird auch die Beantwortung der andern ausfallen, und da sich die Sache mit den bloßen Redensarten, den unklaren Begriffen, mit denen man in jenem Lager zu hantiren gewohnt ist, nicht erledigen läßt, so werden wir sie mit einer gründlichen Untersuchung klar stellen müssen.

Das deutsche Wort Junker bedeutet nach Grimm zuvörderst den Sohn aus adelichem Geschlechte, gegenüber dem als Senior seines Hauses fungirenden Vater, den jungen Edelmann. So in der mittelalterlichen Sprache und so noch in Goethes Götz von Berlichingen, in Wallensteins Tod und im Wilhelm Tell; auch wird der Ausdruck in diesem Sinne noch jetzt in manchen Gegenden Deutschlands von Dienstleuten gebraucht, welche die Kinder eines Landedelmanns warten. Dann bezeichnet das Wort Junker nach der Gewohnheit, daß junge Söhne aus Adelsfamilien zu Hofe gebracht wurden, um sich im Fürstendienst auszubilden, auch einen adelichen Diener oder Pagen, woraus sich die Titel Kammerjunker und Jagdjunker entwickelten. Da ferner ein großer Teil dieser jungen Leute herkömmlich für einige Zeit oder für immer sich dem Kriegshandwerke widmete, so entstand für die unterste Charge des Offizierskorps in einigen Armeen die Bezeichnung Portepee- oder Fahnenjunker, die hier und da, z. B. in Baiern, bis vor einigen Jahren auch bloß mit „Junker" in den Listen aufgeführt wurden.

Häufig heißt sodann in alten Schriftwerken Junker auch der Landedelmann schlechthin, ohne Rücksicht auf das Altersverhältnis, und neuere Dichter, welche die Redeweise der Ver-

gangenheit nachahmen, gebrauchen das Wort in demselben Sinne. So Kleist, der im „Kohlhas“ vom Junker Wenzel von Tronka erzählt, und so Uhland, wenn er beginnt: „Rechberger war ein Junker keck.“

Mit diesen beiden Begriffen scheinen sich nun schon früh Vorstellungen von übeln Eigenschaften des Landadels verbunden zu haben. Ein Sprichwort in der Simrockschen Sammlung sagt: „Je kahler der Junker, je größer der Prunker,“ und ein andres behauptet: „Die Bauern bitten nichts sehr von Gott, als daß den Junkern die Rosse nicht sterben, sonst würden sie den Bauern mit Sporen reiten.“ Im Herzogtume Bremen nennt man Junker die Kornähren, welche keine Frucht angesetzt haben und daher nicht nicken, sondern gerade emporstehen, gleichsam trotz ihrer Leere und Wertlosigkeit den Kopf hoch tragen. Ebenso sagt man in Oberhessen von einem Acker, der nur Halme und Ähren, aber keine Samenkörner in letztern erzeugt, er „junkere“. Mit den hierin ausgedrückten Beobachtungen verschmolzen sich andre, ebenfalls meist ungünstige. So entstand das Geschichtchen vom Junker Alexander, dessen Kuh anders berechtigt war als die des Bauern. So erscheint ferner bei Voß der Junker als „ein Freund landhöfischer Schalkheit,“ und so begegnen uns bei demselben Dichter die Verse:

„Der die Mädchen des Dorfs mißbraucht und die Knaben wie Lastvieh
Auferzöge, wenn nicht sich erbarmeten Pfarrer und Küster,
Welche, gehaßt vom Junker, Vernunft uns lehren und Rechtthun.“

Schon im vorigen Jahrhunderte kamen Ausdrücke wie Junkerei, junkeriren und Junkerhandwerk auf, die allesamt tadelnde, spöttische Bedeutung haben, und bereits vor 1840 reimte Ernst Moritz Arndt:

„Wie viel sie auch flittern und flunkern,
Wie viel sie auch gaukeln und junkern,
Doch sieget das ewige Recht.“

Der Junker, der Landedelmann ist hier nach seiner Schattenseite aufgefaßt. Er ist der kleine Dorftyrann der vergangnen Jahrhunderte, der seine Hörigen übel behandelt und ausbeutet; er ist leer, aufgeblasen, zu tollen Streichen geneigt, ein Gegner von Vernunft und Recht, beschränkt und voll Dünkel auf seine adeliche Abstammung, er hat nichts gelernt und will nichts lernen. Andre verbanden mit diesen Charaktermerkmalen des Junkers noch noble Passionen und ein schneidiges Wesen, das weniger mißfiel als behagte.

Die letzte Ausbildung erfuhren diese Vorstellungen in der Zeit kurz vor dem Jahre 1848, während desselben und in der Periode der Reaktion gegen die Überstürzung der Märztage. Sie wurden Parole und Waffe in den Kämpfen, die das emporgekommene Bürgertum weiterstrebend mit dem Adel, richtiger einem Teile desselben, begann, der nach feudalen Zuständen zurückgesteuert oder wenigstens das hiervon Gebliebene erhalten sehen wollte. Man sprach jetzt von Junkerherrschaft und Junkertum in dem Sinne, daß man damit die Herrschaft und das Wesen des allen Zeitideen, allen Forderungen und Bestrebungen des Liberalismus abgewandten und auf seine bevorrechtete Stellung pochenden Adels und vorzüglich des begüterten, des Landadels meinte. „Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit, die eigentlichen und unverlierbaren Privilegien alles echten Junkertums," schrieb Mommsen in seiner römischen Geschichte, wo solche Sentenzen beiläufig nicht am rechten Platze waren.

Seitdem ist der Ausdruck Junker in dieser Bedeutung der parlamentarischen Tribüne, der Presse und der Wahlagitation geläufig geworden. Wer konservativen Anschauungen huldigt, wer das verfassungsmäßige Königtum gegen demokratische Anmaßung gewahrt sehen will, wer gegen Auswüchse und Überstürzungen der liberalen Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte das

Wort ergreift, kommt sofort in einen Topf mit den eigentlichen Reaktionären, besonders wenn er das Unglück hat, ein „von“ vor seinem Namen zu haben. Daß unser Adel auch eine lichte Seite zeigt, daß er in vielen Fällen Berater, Stütze und Versorger seiner ärmern Gutsinsassen ist, daß er höchst beachtenswerte Verdienste um den Staat hat, daß er, um nur einige davon anzuführen, der Büreaukratie vom grünen Tische bei unberechtigtem Einschreiten den Weg vertreten und Jahrhunderte hindurch unsern Heeren einzig und allein die Offiziere geliefert hat und ihnen noch jetzt die meisten stellt, obwohl der Gehalt derselben nichts weniger als verlockend ist, wird gemeiniglich übersehen, und so ist die Bezeichnung Junker zum Schmähworte geworden, ja für gewisse Kreise zum roten Tuche, vor dem der Fortschrittsstier, der wohlkonditionirte Wahlmann und Weißbierphilister sich entrüstet aufbäumt oder ängstlich zurückfährt.

Keinem der neuern Geschichte Kundigen und mit den gegenwärtigen politischen Verhältnissen auch nur einigermaßen Vertrauten wird es in den Sinn kommen, in Abrede zu stellen, daß es in Preußen sowie im übrigen Deutschland in der konservativen Partei Kreise giebt, auf welche die von Mommsen angegebenen Charaktermerkmale des Junkertums im übeln Sinne vielfach passen. Schon unter Stein hatte man eifrige Verfechter und Verteidiger einer Staatseinrichtung nach feudalem Muster, dieser „von Gott eingesetzten Ordnung,“ auftreten sehen — es sei nur an von Marwitz erinnert — und später, zur Zeit des Vereinigten Landtags, hatten sie sich bei verschiednen Gelegenheiten vernehmlich gerührt. Als dann in Berlin die aus dem allgemeinen Stimmrechte hervorgegangene Nationalversammlung sich mit der Abschaffung der ritterschaftlichen Privilegien beschäftigte, trat ebendaselbst eine Anzahl meist adelicher Gutsbesitzer mit deren Vettern und einigen bürgerlichen Gesinnungsgenossen zu einer

Art Konvent zusammen, um die Vorrechte, deren man sich erfreute, vereint energischer verteidigen zu können. Die liberalen Gegner tauften diese Versammlung, die für eine Vertretung nach Ständen, also nicht gegen verfassungsmäßiges Regiment überhaupt war und nach Kräften gegen die Auswüchse der Zugeständnisse kämpfte, welche die Regierung infolge der Märztage von 1848 gemacht hatte, mit dem Namen „Junkerparlament", und als der Streit der Parteien in der Folge hitziger wurde, bekam der Ausdruck Junker, der sich bis dahin nur auf das gesellschaftliche Leben bezogen hatte, politische Bedeutung und, wie bemerkt, mehr und mehr gehässigen Klang. Erinnert man sich an die Reaktionszeit, so kann das nicht wunder nehmen, und selbst jetzt noch, wo die Altkonservativen manches gelernt und manches vergessen haben, giebt es unter ihnen Persönlichkeiten, die jenen Haß und die mit ihm verbundenen Befürchtungen sehr wohl begreifen lassen.

Fragen wir nunmehr: Ist Bismarck ein Junker, war er einer und, wenn das zu bejahen, in welchem Sinne und mit welcher Einschränkung?

Er stammt aus einem alten Geschlechte märkischer Landedelleute, welches den preußischen Königen eine große Anzahl von Junkern gestellt hat, die später verdiente Offiziere wurden, und von denen mehrere unter Friedrich dem Großen und in den Befreiungskriegen den Schlachtentod für Ehre und Vaterland starben. Als er zum jungen Manne herangewachsen war, hatten die oben erwähnten junkerlichen Eigenschaften des Übermutes, der noblen Passionen und der Schneidigkeit sich in ihm reichlich entwickelt, doch wog bei den meisten Gelegenheiten der bessere Teil derselben vor. Als Student war er mit kecken Worten und mit dem Degen rasch bei der Hand, und die ältern Bürger Göttingens entsinnen sich seiner Streiche noch recht wohl.

Nachdem er sich dem Staatsdienste gewidmet hatte, widerstand ihm dessen pedantische Routine so ausnehmend, daß er nach kurzer Zeit mit der Erklärung, er habe keine Lust, so ledern wie seine Vorgesetzten zu werden, diese Laufbahn verließ und sich nach Pommern zurückzog, um ein väterliches Gut zu bewirtschaften und ein Leben und Treiben zu beginnen, wie es sein ungestümer Sinn ihm eingab. Es war die Fortsetzung seiner Sturm- und Drangperiode, die Übertragung seiner Studentenflottheit ins Landjunkerliche. Schaudernd hörten damals die jungen Fräulein der benachbarten Edelhöfe und deren Mütter und Basen, kopfschüttelnd und ein Ende mit Schrecken weissagend deren würdige Väter und Onkel von wüsten Gelagen, bei denen Fluten von Sekt und Porter vertilgt worden waren, von meilenweiten Ritten über Stock und Stein, als ob der wilde Jäger daherbrauste, von Pistolenschüssen, mit denen bei nachtschlafender Zeit die Gäste des Hauses aufgestört wurden, von dreister Verspottung des Herkömmlichen durch allerhand Unfug und Übermut. Daß vieles hiervon Wahrheit, konnte das alte Herrenhaus von Kniephof bezeugen, das, von den Genossen oder den Tadlern des dortigen Junkers nicht uneben in „Kneiphof" umgetauft, jetzt längst schon einem eleganteren Platz gemacht hat. Daß manches wenigstens zur Hälfte Dichtung der Nachbarn, konnte es gleichermaßen darthun. Das Unheil endlich, welches gesetzte Leute aus dem Unfuge prophezeiten, ist ebenfalls Phantasie geblieben. Der gährende Most klärte sich nach dem ungeberdigen Schäumen zu rechter Zeit, und was daraus geworden, weiß die Welt.

Bismarck soll in jenen Tagen ziemlich liberalen Anschauungen gehuldigt haben. Andrerseits aber mußte seine Umgebung in einem gewissen Maße auf ihn wirken, und da kommt in Betracht, daß Thaddens Gut Triglaff nicht weit von Kniephof

entfernt lag, und daß der Schwiegersohn Thaddens, von Blankenburg, mit Bismarck von Jugend auf eng befreundet, gleichfalls nicht fern von dort wohnte. In diesen Kreisen aber herrschte damals der echte unverfälschte Feudalismus, sie bestanden aus Fürsprechern ständischer Einrichtungen, schwärmerischen Verehrern aller Legitimität, Anhängern der Politik der heiligen Allianz, Leuten mit hochkirchlichem Glaubensbekenntnis, und es müßte wunderbar zugegangen sein, wenn sich in einem noch in der Ausbildung begriffenen jungen Manne nicht wenigstens ein Teil der Gedanken festgesetzt hätte, die er hier bei jedem politischen Gespräche zu hören bekam. Übrigens war dies in Wirklichkeit nicht so schlimm, als es manchem erscheinen mag, und man darf es vielleicht bedauern, daß es Männern wie Thadden später versagt blieb, sich ehrlich auf den Boden des verfassungsmäßigen Lebens und Wirkens zu stellen; denn es lag in ihnen nicht wenig von dem Zeuge zu einer parlamentarischen Rechten, die mit ihrer Kernhaftigkeit und Rechtschaffenheit eine ganz andre Rolle hätte spielen können als das Strebertum, das sich jetzt im konservativen Lager geltend zu machen bemüht ist.

Nach dem Gesagten wäre also Bismarck zu einer gewissen Zeit und in ziemlich weitem Wortverstande unleugbar ein Junker gewesen, und wir können hinzufügen, daß er in andrer Bedeutung des Ausdrucks, wo derselbe einen Landedelmann überhaupt bedeutet, während der Periode seines Urlaubs, in den grünen Tagen von Varzin und Friedrichsruh, noch jetzt ein Junker ist und als solcher aufgefaßt sein will. Es wird sicher nicht wörtlich zu nehmen sein, wenn eine ihm sehr nahestehende Persönlichkeit geäußert hat: „Eine Wruke (Feldrübe) ist ihm lieber als alle eure Politik.“ Aber ein Körnchen Wahrheit ist an der Behauptung. Der Reichskanzler ist ein warmer Freund der Landwirtschaft und fühlt sich in seiner Eigenschaft als Guts-

herr, fern vom Stadtleben, besonders wohl. Endlich würde nach dem Obigen noch weiter zu gehen und zuzugeben sein, daß Otto von Bismarck auch auf politischem Gebiete einige Jahre hindurch der Kategorie von Leuten angehört hat, welche die Liberalen von 1848 als Junker bezeichneten, doch gilt dieses Zugeständnis nur mit Einschränkung und nur zum Teil in dem Sinne, den seine Gegner mit dem Worte verbanden. Er hat in erster Reihe die Kreuzzeitung und das „Junkerparlament" gründen geholfen, er hat gewisse Seiten dessen, was die Liberalen der fünfziger Jahre Junkertum nannten, in der Kammer und noch schärfer und eifriger als Mitarbeiter des genannten Blattes und in Privatgesprächen vertreten, ja er hat die Bezeichnung Junker, als sie ihm im preußischen Abgeordnetenhause angehangen wurde, unzweideutig und in aller Form acceptirt. Am 8. April 1851 hatte von Vincke angedeutet, er halte ihn für das personifizirte Junkertum, und später hatte Simson geäußert, Junkertum sei eine Benennung, die keine Kategorie der Staatsangehörigen sich selbst beilege, und zu der sich auch keine als zu einer sie treffenden bekennen dürfe. Da ergriff Bismarck das Wort, um, vermutlich zu nicht geringem Erstaunen und Verdruß der Linken, die folgende Erklärung abzugeben:

„Der Herr Abgeordnete für Königsberg [Simson] hat die Ansicht ausgesprochen, daß es niemand im preußischen Staate gebe, der sich dazu rechne, wenn von einer Kategorie des Junkertums die Rede sei. Ich muß für meine Person dieser Behauptung widersprechen. Wenn von seiten des Herrn Abgeordneten für Aachen [von Vincke] oder des Herrn Peter Minus [Schriftstellername Gustav Scheidtmanns, der damals verschiedene Broschüren veröffentlicht hatte] die Rede vom Junkertum ist, so glaube ich dasselbe Recht zu haben, diesen Ausdruck auf mich und meine politischen Freunde zu beziehen, welches beispielsweise

ein pflichtgetreuer Offizier hat, sich gemeint und geehrt zu finden, wenn Demokraten von Söldlingen u. dergl. reden. Die Whigs und die Tories waren auch Ausdrücke, die ursprünglich etwas Geringschätziges bezeichneten, und seien Sie versichert, wir werden unsrerseits den Namen des Junkertums auch noch zu Ehren und Ansehen bringen."

Wie überreichlich der Redner als Minister sowie als Bundes- und Reichskanzler diese Voraussage gerechtfertigt hat, bedarf ebensowenig der Auseinandersetzung, als daß von Leistungen seiner damaligen Parteifreunde im Sinne jener Versicherung wenig oder gar nichts bekannt geworden ist. Aber allerdings hat er mit seiner Politik in dieser spätern Periode weder im Innern noch nach außen hin das Programm der echten und eigentlichen Junker befolgt. Ja schon lange vor Beginn der Aufeinanderfolge seiner glänzenden Thaten und Schöpfungen wußten die Einsichtigern von denen, die ihn mit dem Rufe „Junker" bewarfen, daß sie damit etwas sagten, was kaum zur Hälfte zutraf. Es war lediglich ein Trumpf, den man gegen sein selbstbewußtes, schneidiges Wesen und Auftreten ausspielte, ein Stichwort, auf welches die dafür dressirten Massen mit Beifall für den gesinnungstüchtigen liberalen Redner, der es losließ, und sofortigem Verdammungsurteil gegen den damit Angegriffenen antworteten. In Wahrheit war Bismarck schon als Abgeordneter zu sehr Beobachter des Lebens, Mann der Thatsachen und der Praxis, um irgend einer Doktrin ganz und voll anzugehören, und wie er in den meisten Fällen erkannte, was den liberalen Demokraten unmöglich war, so wußte er in der Regel auch, wo für die Konservativen von den Verhältnissen die Grenze abgesteckt war. So huldigte er bereits in jenen Tagen der Mehrzahl der Dogmen des feudalen und reaktionären Katechismus, deren Inbegriff im liberalen Wörterbuch mit

Junkertum bezeichnet war, nur bedingt. Noch war er nicht frei von Vorurteilen und Idiosynkrasien, aber weit mehr als diese waren es gewöhnlich seine unverfrorene Redeweise, sein Selbstgefühl und sein geringschätziges Verhalten gegenüber den Matadoren der demokratischen Partei, wenn es aussah, als wäre er ein Junker, wie er in jenem Lexikon definirt war.

Schon von Bismarcks Reden im Vereinigten Landtage darf das behauptet werden. Wir finden hier bei einer Rückschau wenig, was ganz zur Anschauungsweise der Kreuzzeitung paßt, und selbst darin ist meist ein gut Teil Wahrheit. Dagegen begegnen wir bereits in dieser seiner Entwicklungsepoche bei ihm neben großer Schlagfertigkeit und neben einer ungewöhnlichen Gabe, alles auf seine natürlichen Ursachen zurückzuführen, der Erfahrung zu ihrem Rechte zu verhelfen und dem aus dem Auslande bezognen Doktrinarismus der Liberalen eine auf deutschem Boden gewachsene Realpolitik gegenüber zu stellen, jenem strammen Festhalten an der altpreußischen Treue, an der vollen Souveränetät des Königs, an dem Christentum und seinen Konsequenzen für den Staat und jenem stolzen Gefühl der Nationalehre, jenem echten Patriotismus, mit dem er später der Regenerator unsers Vaterlandes wurde.

Das Patent von 1847 war ihm willkommen, und er hoffte eine organische Entwicklung desselben. Nur die übertriebenen Forderungen im Sinne des französischen Konstitutionalismus, die von den rheinischen und ostpreußischen Liberalen erhoben wurden, widerstanden ihm. Später, nach den Märztagen von 1848, war er mit dem Einlenken des Königs auf die konstitutionelle Bahn nicht bloß deshalb unzufrieden, weil es ein erzwungenes war, und weil die ersten Zugeständnisse der Krone zu weit gingen, sondern es wurde damit nach seiner Meinung ein Weg verlassen, auf dem ohne Gefahr gleichfalls

Gutes erreicht werden konnte. Bei der Adreßdebatte im zweiten Vereinigten Landtage sagte er am 2. April 1848: „Die Vergangenheit ist begraben, und ich bedaure es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht imstande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat. Aber wenn ich dies, durch die Gewalt der Umstände gezwungen, acceptire, so kann ich doch nicht aus meiner Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß ich für das danken und mich freuen soll über das, was ich mindestens für einen irrtümlichen Weg halten muß." Nicht das verfassungsmäßige Recht überhaupt erweckten bei ihm Bedenken und Widerspruch, sondern die 1848er Konzessionen; er hätte letzteren eine ruhiger und allmählicher sich vollziehende Reform auf dem Boden des ständischen Rechts in seiner letzten Gestaltung vorgezogen. Das war vielleicht nicht unrichtig, jedenfalls aber war es begreiflich, wenn er sich gegen die Adresse erklärte, die dem Könige Freude und Dank für die Verleihung einer Verfassung aussprechen sollte, welche Verewigung des demokratischen Greuels zur Folge haben mußte, der damals Berlin und andre große Städte Preußens erfüllte. Es war angesichts der Haltung der Nationalversammlung, welche die Rolle eines herrschsüchtigen Konvents zu spielen begann und ihrerseits wieder von demokratischen Klubrednern ordinärster Sorte terrorisirt wurde, mehr als gerechtfertigt. Wer sich an die damaligen Zustände in der preußischen Hauptstadt erinnert, an die Rolle, welche Persönlichkeiten wie Held, Vater Karbe, Lindenmüller, Ottensoser und ähnliche unsaubere Gesellen spielen durften, wem die dummdreiste Rotte der Rehberger und die Maschinenbauer, „die ehernen Säulen der Demokratie," noch vor Augen stehen, wem die Reden der spätern Linken, die Mißhandlung und Bedrohung von Mitgliedern der Rechten durch

den Pöbel, das bekannte freche Wort Jacobys gegenüber dem Könige und der wüste Spuk des Zeughaussturmes noch in den Ohren klingen, wird jene Abneigung Bismarcks vor der neuen Ära prophetisch nennen, und der wird selbst das ihm aus dieser Zeit voll Frevel, Ekel und Abgeschmacktheit nachgesagte Diktum nicht unnatürlich und nur in seiner Form stark junkerlich finden: „Die großen Städte, diese Herde der Revolution, wird man, wenn sie fortfahren, die Ruhe des Landes zu stören, vom Erdboden vertilgen."

Als die Verfassung später revidirt wurde, sprach Bismarck besonders lebhaft gegen das Steuerbewilligungsrecht des Landtags, weil dadurch der Schwerpunkt der Staatsgewalt von der Krone auf die Mehrheit der Kammer übertragen worden und ersterer nicht viel mehr übrig geblieben wäre als die Vollziehung der Beschlüsse dieser Mehrheit. Die preußische Krone, sagte er, dürfe sich nicht in die machtlose Stellung der englischen drängen lassen, die mehr als zierlicher Kuppelschmuck des Staatsgebäudes erscheine, während er in der preußischen den tragenden Mittelpfeiler desselben erkenne — eine Auffassung, die er nach seinen Parlamentsreden von 1882 noch jetzt festhält. „Das Wort konstitutionell aber," so fuhr er fort, „ist eins der Stichwörter, die in neuester Zeit das Vorrecht haben, sich statt jedes Grundes einzustellen. Die Berufungen auf England sind unser Unglück. Geben Sie uns alles Englische, was wir nicht haben, . . . dann will ich auch sagen, Sie können uns nach englischer Weise regieren."

Als Mitglied des Abgeordnetenhauses hat Bismarck wiederholt tapfer gegen die Demokratie, gegen die Volkssouveränetät und andre Doktrinen und Phrasen der damaligen Zeit gesprochen, aber auch in diesen Reden ist inhaltlich kaum etwas von dem zu entdecken, was auch wir Junkertum nennen, am wenigsten

ein Zug von Abneigung gegen das recht verstandene konstitutionelle Prinzip. Er hatte sich inzwischen mit demselben abgefunden und wollte nur keine Parlamentsherrschaft, keine Geltung dessen, was die Herren von der Linken den Volkswillen nannten. Als jene sich in Betreff ihrer Forderungen auf den Willen des Volks beriefen, bemerkte er ihnen: „Es ist kein Ausdruck im letzten Jahre mehr gemißbraucht worden als das Wort Volk. Jeder hat darunter das verstanden, was gerade in seinen Kram paßt, gewöhnlich einen Haufen von Individuen, die für seine Absichten zu gewinnen ihm gelungen war.“ Welcher Verständige wird das heute noch junkerhafte Weisheit nennen und ablehnen?

In einer Rede gegen den Erlaß einer Amnestie sagte er: „Der Prinzipienstreit, welcher in diesem Jahre Europa in seinen Grundfesten erschüttert hat, ist ein solcher, der sich nicht vermitteln läßt. Die Prinzipien beruhen auf entgegengesetzten Grundlagen, die von Haus aus einander ausschließen. Das eine zieht seine Rechtsquelle vorgeblich aus dem Volkswillen, in Wahrheit aber aus dem Faustrechte der Barrikaden. Das andre gründet sich auf eine von Gott eingesetzte Obrigkeit, auf eine Obrigkeit von Gottes Gnaden, und sucht seine Entwicklung in der organischen Anknüpfung an den verfassungsmäßig bestehenden Rechtszustand. Dem einen dieser Prinzipien sind Aufrührer jeder Art heldenmütige Vorkämpfer für Wahrheit, Recht und Freiheit, dem andern sind sie Rebellen. Über diese Prinzipien wird nicht durch die parlamentarische Debatte, nicht durch Majoritäten eine Entscheidung erfolgen können; über kurz oder lang muß der Gott, der die Schlachten lenkt, die eisernen Würfel der Entscheidung darüber werfen.“ Die demokratische Presse und Tribüne wird hier das Junkertum reden gehört haben. Jetzt hören wir darin nur eine einfache Wahrheit und eine klare Vor-

ahnung, die sich zwar glücklicherweise nicht in Preußen, wohl aber in Dresden, Baden, Wien und Ungarn erfüllte.

Aus dieser Zeit erzählt Temme in seinen Aufzeichnungen eine Anekdote, die in ihren Hauptstellen durchweg unbegründet und daher zu berichtigen ist. In der sogenannten aufgelösten Kammer saß Temme mit Bismarck zusammen, und das Loos verwies beide Herren auch in dieselbe Abteilung. Hier hatten Mitglieder des hohen und des niedern Adels mit fünf Demokraten, darunter d'Ester, Georg Jung und Schulze-Wanzleben, ihre Plätze zusammen an einem und demselben langen Tische, dessen eines Ende nach Temme die Aristokratie eingenommen hatte, während die Demokratie sich um das andre gruppirte und in der Mitte die übrigen Mitglieder der Abteilung Platz nahmen. Bismarck saß anfangs natürlich unter den adelichen Herrschaften. Aber eines Tages, mitten in einer Sitzung, erhob er sich plötzlich, schob seinen Stuhl mit Geräusch zurück, ergriff seine Mappe und seine Papiere, schritt mit Applomb an der ganzen Länge des Tisches vorüber, nahm einen leeren Stuhl und saß auf einmal mitten unter den fünf Demokraten. „Mit den Worten: »Die sind mir doch gar zu dumm« führte er sich," so erzählt Temme, „bei uns ein, indem er auf das Ende des Tisches zeigte, das er verlassen hatte. Er mochte damit nicht Unrecht haben. Er war sehr liebenswürdig in seiner Weise, und wir blieben gute Nachbarn, obschon wir politisch oft derb an einander gerieten. Es war wohl ein eigentümliches Schauspiel, wie aus unserm kleinen Häuflein an dem demokratischen Tischende die kräftigsten Angriffe auf Reaktion, Aristokratie und Junkertum fielen und dann auf einmal aus der Mitte desselben Häufleins in der junkerlichsten Weise die Demokratie mitgenommen wurde. So erinnere ich mich einmal — ich glaube, es war bei der Debatte über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin —,

daß Herr von Bismarck zu seinem Nachbar d'Ester sagte: »Wenn ich zu befehlen hätte, so ließe ich Sie sofort erschießen,« worauf der stets redefertige d'Ester antwortete: »Hm, Herr von Bismarck, wenn wir einmal das Regiment haben, lasse ich Sie henken.«"

Das ist eine arge Verdrehung der Thatsachen. Bismarck konnte gar nicht von der konservativen Gegend des Tisches nach der demokratischen auswandern, weil die Herren nicht nach ihrer politischen Meinung getrennt, sondern nach Zufall durcheinander gemischt saßen, und er konnte die von Temme berichtete Äußerung erstens als Mann von guter Lebensart, dann aber auch deshalb nicht thun, weil die betreffenden Konservativen nichts weniger als „dumm" waren. (Unter andern befand sich Stiehl, ein sehr gescheidter Bureaukrat, unter ihnen.) Was endlich das Gespräch mit d'Ester betrifft, so verhielt es sich damit in Wirklichkeit folgendermaßen. Dieser kleine Herr kam eines Tages „biergefrühstückt" in die Sitzung und wendete sich an den damaligen Vertreter des westhavelländischen Kreises mit den Worten: „Herr von Bismarck, Sie sind gegen uns unter allen Leuten Ihrer Partei immer artig und höflich gewesen. Wir wollen Ihnen darum ein Cartell vorschlagen: wenn wir die Oberhand behalten, so schonen wir Sie, ist's umgekehrt, so thun Sie das mit uns." Bismarck aber lehnte freundlich ab, indem er bemerkte: „Wenn Ihre Partei siegt, d'Esterchen, so ist es nicht mehr der Mühe wert, zu leben; kriegen wir dagegen die Oberhand, so wird gehenkt, aber Höflichkeit bis zur letzten Galgensprosse."

In denselben Zusammenhang gehört eine kleine Historie, die uns von Unruh in seinen Erinnerungen erzählt. Eines Tages schloß dieser ein Gespräch mit Bismarck damit, daß er in Erinnerung an den Vorfall mit d'Ester sagte: „Nun, wissen

Sie was, wenn Ihre Partei siegt, so nehmen Sie mich in Schutz, und kommt meine Partei oben, so werde ich Ihnen denselben Dienst leisten. Schlagen Sie ein." — „Sehr gern," erwiederte Bismarck, obwohl er ein Unterliegen seiner Partei nicht fürchtete. Acht Jahre später sah Unruh sich veranlaßt, Bismarck an diese scherzhafte Abrede zu erinnern und seine Vermittlung in Anspruch zu nehmen, und derselbe hielt Wort.*)

Sehr wenig stimmten Bismarcks Überzeugungen damals mit den Beschlüssen der Frankfurter Paulskirche überein, in welcher neben den Demokraten vom geraden und krummen Horne wohlmeinende, aber unpraktische Professoren und Advokaten das Wort führten. Er nannte diese Beschlüsse rechtlos und für Preußen unverbindlich, weil sie nur von Regierungen anerkannt worden, die zusammen kaum sechs Millionen Unterthanen hätten, Regierungen, „deren Minister eilig bemüht seien, ihre märzerrungenen Stellungen mittelst der konstituirten Anarchie, welche Frankfurt darbiete, unter Dach und Fach zu bringen." „Es wird nicht lange währen," fuhr er fort, „so werden die Demokraten vor den neuen Kaiser hintreten mit dem Reichswappen und ihn fragen: Glaubst du, dieser Adler sei dir geschenkt? Es werden alle Mittel aufgewandt werden, um Preußen in Deutschland die Rolle aufzudrängen, welche Sardinien in Italien gespielt hat, und uns dahin zu bringen, wo Carlo Alberto vor der Schlacht bei Novara war. [Ein Werkzeug der Demokratie zur Beseitigung der Nachbarfürsten, das sich zuletzt gegen den Kaiser selbst gewandt und die Anarchie geschaffen hätte.] ... Ich halte es für unsrer Aufgabe entschieden widerstrebend, wenn wir die deutsche Frage dadurch noch mehr ver-

*) Vergl. Deutsche Revue über das gesamte nationale Leben der Gegenwart, 6. Jahrgang, 10. Heft, Seite 9.

wirren, daß wir in dem Augenblicke, wo Europa anfängt, sich von dem Taumel der Revolution zu erholen, den Frankfurter Souveränetätsgelüsten, die gerade um ein Jahr zu spät kommen, die Stütze unsrer Zustimmung leihen. Ich glaube, daß gerade dann, wenn wir ihnen unsre Unterstützung verweigern, Preußen umso eher imstande sein wird, die deutsche Einheit auf dem von der Regierung betretenen Wege herbeizuführen. Im schlimmsten Falle aber will ich, ehe ich sehe, daß mein König zum Vasallen der politischen Glaubensgenossen der Herren Simon und Schaffrath herabsteigt, lieber, daß Preußen Preußen bleibt. Es wird als solches stets in der Lage sein, Deutschland Gesetze zu geben, nicht sie von andern zu empfangen."

In einer spätern Rede gegen das Unionsprojekt von 1849 äußerte er: „Was uns gehalten hat, war gerade das spezifische Preußentum. Es war der Rest des verketzerten Stockpreußentums, der die Revolution überdauert hatte, die preußische Armee, der preußische Schatz, die Früchte langjähriger intelligenter preußischer Verwaltung und die lebendige Wechselwirkung, die in Preußen zwischen König und Volk besteht... Das Volk, dessen wahrster Repräsentant jene Armee ist, hat kein Bedürfnis, sein preußisches Königtum verschwimmen zu sehen in der fauligen Gährung süddeutscher Zuchtlosigkeit. Seine Treue haftet nicht an einem papiernen Reichsvorstand, nicht an einem Sechstel-Fürstenrat, sie haftet an dem lebendigen und freien Könige von Preußen, dem Erben seiner Väter... Wir alle wollen, daß der preußische Adler seine Fittiche von der Memel bis zum Donnersberge schützend und herrschend ausbreite, aber frei wollen wir ihn sehen, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag, und nicht gestutzt an den Flügeln von jener gleichmachenden Heckenscheere aus Frankfurt... Preußen sind wir, und Preußen wollen wir bleiben, und ich hoffe zu Gott, daß

wir es noch lange bleiben werden, wenn dieses Stück Papier vergessen sein wird wie ein dürres Herbstblatt."

Giebt es wohl einen Menschen mit gesundem Verstand und Gedächtnis, der aus diesen Worten noch die Velleitäten eines beschränkten preußischen Landjunkers herauslāse? Wer erkennt darin nicht vielmehr bereits den tiefen, weitreichenden Blick und den nur mit Thatsachen rechnenden Geist, der später alle Schwierigkeiten der deutschen Frage überwand?

Bei der Beratung über die Zusammensetzung der ersten Kammer nahm Bismarck Gelegenheit, das Wort für den Adel zu ergreifen. „Von dem Schlachtfelde an der Brücke bei Warschau," sagte er, „wo der große Kurfürst den Grund zur Unabhängigkeit Preußens legte, bis unter die Mauern von Rastatt werden Sie finden, daß überall die Wurzel preußischer Freiheit reichlich mit dem Blute seiner edeln Geschlechter getränkt ist. Im Anfange dieses Jahrhunderts sind die Vorrechte des Adels, die er durch langjährigen Besitz als seine Rechte zu betrachten gewohnt war, durch die Gesetzgebung aufgehoben worden. Sie haben aber nicht gesehen, daß durch die Forderung dieser Opfer sich der Adel in eine Stellung hätte drängen lassen, die derjenigen ähnlich wäre, welche die Demokratie jetzt der Regierung gegenüber einnimmt; nicht einmal zu einer mürrischen Fronde haben ihn diese Verluste getrieben, sondern als der König 1813 sein Volk zu den Waffen rief, waren die Söhne des preußischen Adels in den ersten Reihen derer, welche bereit waren, Gut und Blut einzusetzen für die Erhaltung des Königshauses und des Vaterlandes, deren Gesetzgebung ihnen diese großen Opfer angesonnen hatte."

Die Geschichte bestätigt das, sie weiß aber nichts davon, daß Bismarck jemals für die Wiederherstellung auch nur einiger von jenen Privilegien aufgetreten wäre oder irgendwie den

Wunsch vertreten hätte, daß etwas der Art stattfinden möge, was allerdings angesichts der Unmöglichkeit einer solchen Restauration kein großes Verdienst, aber hier ausdrücklich zu konstatiren ist, da die verlogene Agitation der Fortschrittspartei ihn bei den letzten Reichstagswahlen solcher Bestrebungen geziehen hat. Wir werden vielmehr bald an einem schlagenden Beispiel erkennen, daß er anderwärts das Gegenteil davon nicht bloß gewünscht, sondern mit rücksichtsloser Entschiedenheit ausgeführt hat.

Wie im preußischen Abgeordnetenhause, so trat Bismarck auch im Erfurter Parlamente gegen die Unionsverfassung auf, durch welche sechzehn Millionen Preußen von fünf Millionen Nichtpreußen majorisirt werden sollten, und schloß seine Rede mit dem berühmten Diktum: „Wenn Sie dem altpreußischen Geiste nicht mehr Konzessionen machen, als bis jetzt in dieser Verfassung geschehen ist, und wenn Sie sich bemühen, ihm diese Verfassung aufzuzwingen, so werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber samt seiner schwarz-rot-goldnen Zäumung auf den Sand setzt.“

Wieder im Abgeordnetenhause sagte er in einer von seinen glänzendsten Reden damaliger Zeit [am 3. Dezember 1850], indem er von dem Kriege sprach, der entstehen würde, falls Preußen bei der Union beharrte und die hessische sowie die schleswig-holsteinische Sache zur seinigen machte: „Warum führen große Staaten heutzutage Krieg? Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinen eignen Interessen angehört. Zeigen Sie mir also ein des Krieges würdiges Ziel, und ich will Ihnen beistimmen. Die preußische Ehre besteht nach

meiner Überzeugung nicht darin, daß Preußen in Deutschland überall den Don Quixote spiele für gekränkte Kammercelebritäten, welche ihre lokale Verfassung für gefährdet halten. Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen sich vor allem von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie fern halte, daß es in den vorliegenden wie in allen Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas ohne Preußens Einwilligung geschehe, und daß dasjenige, was Preußen und Österreich nach gemeinschaftlicher unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands ausgeführt werde."

Überblicken wir die zuletzt zitirten Äußerungen, so wird es dem Leser wiederum schwer fallen, in dem Abgeordneten von Bismarck einen Vertreter des beschränkten und kurzsichtigen Junkertums zu erkennen, dagegen leicht, vermute ich, einen erleuchteten Politiker mit vortrefflichen Augen für das Thatsächliche und Notwendige, und wenn derselbe in andern Reden dieser Periode im Einklange mit seiner Partei Österreich günstiger, als gerechtfertigt erscheint, beurteilte, so erklärt sich das daraus, daß er in dem Kaiserstaate vor allen Dingen einen mächtigen Bundesgenossen gegen die Hydra der Revolution sah, deren Köpfe, jetzt abgeschlagen, wieder nachwachsen konnten. Als er sich als Bundestagsgesandter in Frankfurt davon überzeugte, daß die Politik Schwarzenbergs und seiner Nachfolger die von ihm verlangte Parität zwischen den beiden deutschen Großmächten nicht gelten lassen wollte, sondern Herabdrückung Preußens mit Hilfe einer österreichisch gesinnten Majorität in der Bundesversammlung erstrebte, rektifizirte er, unbekümmert um die Doktrin der preußischen Konservativen, der echten Junker, sehr bald seine Meinung und handelte fortan darnach, indem er dem Könige riet, gegen den Egoismus Österreichs und der deutschen Kleinstaaten den

wohlberechtigten Egoismus Preußens spielen zu lassen. Er entwickelte gegen die Bedrohung der Interessen des letztern von seiten der mit Österreich gehenden deutschen Regierungen genau denselben Eifer, den er bisher gegen die Gefahren an den Tag gelegt hatte, mit denen die demokratische Bewegung in Deutschland Preußen bedrohte.

Auch in Betreff der konstitutionellen Einrichtungen hatte Bismarck in Frankfurt, wenn nicht schon früher, eine andre Meinung als die gewonnen, welche in seinen Reden aus den vorhergehenden Jahren bisweilen durchklingt. Er hielt sie für nützlich, soger für notwendig, der preußische Landtag erschien ihm wenigstens als Mittel zur Hebung des Ansehens und Einflusses Preußens in Deutschland, und er dachte bereits an ein Zollparlament. In einem Privatbriefe an Manteuffel vom 12. Februar 1853 begegnen wir am Schlusse der Stelle: „Als Kuriosum erlaube ich mir noch hinzuzufügen, daß Herr von Prokesch von einer gänzlichen Beseitigung der Verfassung in Preußen wie von einem der königlichen Regierung ohne Zweifel vorschwebenden Ziele sprach und mein Widerspruch dagegen sowie meine Ansicht, daß ich selbst ein so extremes Resultat für kein politisch richtiges halte, ihn überraschten.“ In einem Briefe, datirt Reinfeld in Pommern, 11. September 1856, den Hesekiel S. 182 mitteilt, und der an einen nicht genannten preußischen Politiker gerichtet ist, begegnen wir der Stelle: „Ich glaube, daß wir in einem nach 1865 von Preußen umzubildenden Zollvereine . . . für die Ausübung des ständischen Zustimmungsrechtes in Zollvereinssachen den Unionsprojekten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zollparlament einrichten müssen. . . Die Regierungen werden schwer daran gehen; aber wenn wir dreist und konsequent wären, könnten wir viel durchsetzen. . . Kammern und Presse müßten die

deutsche Zollpolitik breit und rückhaltlos aus dem preußischen Standpunkte diskutiren; dann würde sich ihnen die ermattete Aufmerksamkeit Deutschlands wieder zuwenden und unser Landtag für Preußen eine Macht für Deutschland werden. Ich wünschte den Zollverein und den Bund nebst Preußens Stellung zu beiden in unsern Kammern dem Sezirmesser der schärfsten Kritik unterzogen zu sehen; davon kann der König, seine Minister und deren Politik, wenn sie ihr Handwerk verstehen, nur Vorteil haben."

Im März 1858 schreibt Bismarck in der von Poschinger am Schlusse seines Sammelwerkes abgedruckten „Denkschrift, betreffend die Notwendigkeit der Inaugurirung einer selbständigen preußisch-deutschen Politik" an den Minister von Manteuffel: „Die königliche Gewalt ruht in Preußen auf so sichern Grundlagen, daß die Regierung sich ohne Gefahr durch eine belebtere Thätigkeit der Landesvertretung sehr wirksame Mittel der Aktion auf die deutschen Verhältnisse schaffen kann. Es ist bemerkenswert welchen Eindruck in ganz Deutschland der Vorgang gemacht hat, daß die sächsischen Kammern sich in jüngster Zeit mit der Erörterung der Bundespolitik in der Stellung Sachsens zum Bunde beschäftigt haben. Wie viel mächtiger würde dieser Eindruck gewesen sein, wenn im Schoße der preußischen Kammern eine analoge Diskussion stattgefunden hätte! Wenn Preußen seine deutsche Politik, seine Stellung zum Bunde, die Schwierigkeiten, welche es in derselben zu überwinden hat, die Bestrebungen seiner Gegner offen diskutiren ließe, so würden vielleicht wenige Sitzungen des preußischen Landtages hinreichen, um den Anmaßungen der Majoritätsherrschaft am Bunde ein Ende zu machen. Die gerade für Preußen spezifisch notwendige Bundespolitik kann durch die Publizität und durch öffentliche Besprechungen nur an Kraft gewinnen. In der Presse vermag

die Wahrheit sich in der Unklarheit, welche durch die Fälschungen der besoldeten Blätter herbeigeführt wird, nicht Bahn zu brechen, wenn nicht der preußischen Presse zur Besprechung der gesamten Bundesverhältnisse das volle Material und der höchstmögliche Grad von Freiheit gegeben wird."

In einem andern Bismarckschen Briefe endlich, der vom 18. September 1861 und aus Stolpmünde datirt ist, und dessen Empfänger Hesekiel gleichfalls verschweigt, (es war der bekannte gemäßigt konservative Below-Hohendorf, der 1882 starb) heißt es gegen den Schluß hin: „Wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachteile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der deutschen Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservative selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen."

Wäre ein regelrechter Junker jemals auf solche Gedanken und Vorschläge gekommen? Gewiß nicht, ja es ergiebt sich aus einem schon im August 1860 geschriebenen Petersburger Briefe Bismarcks, daß solche oder ähnliche Ansichten ihn bei seiner Partei schon einigermaßen in den Geruch der Ketzerei gebracht hatten. Er sagt da mit Bezugnahme auf gewisse vom Koburger Hof ausgegangene Verleumdungen, nach denen er Pläne wegen Abtretung der Rheinlande gegen die Erlaubnis zu Arrondirungen in Deutschland unterstützt haben sollte: „Wenn ich ein öster-

reichischer Staatsmann oder ein deutscher Fürst und österreichischer Reaktionär wie der Herzog von Meiningen wäre, so würde unsre Kreuzzeitung mich so gut in Schutz genommen haben wie letztern. . . Da ich aber nur ein alter Parteigenosse bin, der obenein das Unglück hat, über manche ihm bekannte Dinge eigne Ansichten zu haben, so läßt man mich nach Herzenslust begeifern. . . Es geht nichts über Ketzerrichter im eignen Lager, und unter Freunden, die lange aus einem Topfe gegessen haben, ist man ungerechter als gegen Feinde."

War der Zusammenhang mit den Junkern von unvergänglicher Farbe hiernach schon damals gelockert, so hat Bismarck als Minister niemals einer Partei angehört, vielmehr mit den gemäßigten Liberalen gefördert, was sich mit ihnen im rechtverstandenen Interesse Preußens und Deutschlands fördern, und mit den Konservativen verhütet, was sich im gleichen Interesse mit ihnen verhüten ließ. Von Anfang an trat er versöhnlich auf und versuchte, weit entfernt von den Wünschen und Hoffnungen der Heißsporne des wirklichen Junkertums, mit Kompromissen den von ihm vorgefundenen Konflikt zu beendigen. Aber die Liberalen trauten ihm nicht und dachten zum großen Teile gering von ihm. Die demokratische Presse sang ihr altes Lied von seinen Untugenden und argen Absichten: er war ihr ein „burschikoser Junker", ein „hohler Renommist", ein „Napoleonvergötterer", und ihr Refrain lautete: „Bismarck ist der Staatsstreich." Die „Berliner Allgemeine Zeitung", Vinckes Blatt, von Julian Schmidt redigirt und infolge dessen doppelköpfig unfehlbare Staatsweisheit predigend, entwarf folgende Charakteristik von ihm: „Als ein Landedelmann von mäßiger politischer Bildung, dessen Einsichten und Kenntnisse sich nicht über das erheben, was das Gemeingut aller Gebildeten ist, begann er seine Laufbahn. Den Höhepunkt seines parlamen-

tarischen Ruhmes erreichte er in der Revisionskammer von 1849 und im Unionsparlamente von 1850. Er trat in seinen Reden schroff und rücksichtslos auf, nonchalant bis zur Frivolität, mitunter witzig bis zur Derbheit, aber wann hätte er einen politischen Gedanken geäußert?" Die feudalistische Partei dagegen jubelte ihm zu, indem sie hoffte, daß jetzt die Zeit einer frischen, fröhlichen Reaktion gekommen sei, täuschte sich damit indessen gleich stark wie die Liberalen mit ihren Befürchtungen und ihrer Geringschätzung des neuen Ministers.

Als Bismarck zum erstenmale am Ministertisch im Abgeordnetenhause erschien, gab er die keineswegs dem Geschmacke der Junker entsprechende Erklärung ab, da anzunehmen sei, das Haus werde, wie im Etat für 1862 so auch in dem für 1863 die für die Reorganisation des Heeres verlangten Ausgaben streichen, so werde die Regierung den Etat für 1863 zurückziehen, „um die Hindernisse der Verständigung nicht höher anschwellen zu lassen, als sie ohnehin seien." Zugleich versprach er, bei Beginn der nächsten Session das Budget für 1863 vorzulegen, und zwar in Verbindung mit einem die Lebensbedingungen der Heeresreform aufrecht erhaltenden Gesetzentwurfe zur Regelung der allgemeinen Wehrpflicht. In derselben Sitzung gab er zur Rechtfertigung der bereits für jene Reform gemachten Ausgaben folgende Andeutungen: „Der Konflikt wird zu tragisch aufgefaßt. . . Kann die Krisis mit Ehren beseitigt werden, so wird die Regierung gern die Hand dazu bieten. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf Preußens Macht. . . Preußen muß seine Kraft zusammenhalten für den günstigen Augenblick, der schon einigemale verpaßt worden ist. Preußens Grenzen, wie die Wiener Verträge sie geschaffen haben, sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen

Fragen der Zeit entschieden — dies ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut."

Dieses Entgegenkommen Bismarcks war erfolglos. Das Abgeordnetenhaus wies die zum Ausgleiche gebotene Hand Bismarcks rechthaberisch zurück. Es verstand entweder jene in der That doch recht verständlichen Andeutungen des Zwecks der Heeresverstärkung nicht, oder wollte sie und andre noch weniger rätselhafte, die privatim geäußert worden waren, aus Abneigung und Mißtrauen gegen den „Junker", der sie ausgesprochen, durchaus nicht verstehen, es war entschlossen, sich Augen und Ohren zuhaltend, mit dem Kopfe durch die Wand zu laufen, und so mußte der Landtag geschlossen werden.

Noch immer bewahrte der Minister seine Mäßigung. In der Schlußrede sagte er: „Die Regierung findet sich in der Notwendigkeit, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen. Sie ist sich der Verantwortlichkeit in vollem Maße bewußt, die für sie aus diesem beklagenswerten Zustand erwächst; sie ist aber ebenso der Pflichten eingedenk, welche ihr gegen das Land obliegen, und findet darin die Ermächtigung, bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats die Ausgaben zu bestreiten, welche zur Erhaltung der bestehenden Staatseinrichtungen und zur Förderung der Landeswohlfahrt notwendig sind, indem sie die Zuversicht hegt, daß dieselben seinerzeit die nachträgliche Genehmigung finden werden."

Auch nach Wiedereröffnung des Landtags setzte Bismarck alle Hebel an, um ohne Verfassungsbruch aus der Krisis herauszukommen, was ein Junker der Klasse, zu der ihn die Opposition rechnete, gewiß nicht über sich vermocht hätte. In der Adreßdebatte vom 29. Januar 1863 bemerkte er den Gegnern der Regierung: „Die Verfassung hält das Gleichgewicht der drei

gesetzgebenden Gewalten [Krone, Herrenhaus und Abgeordnete] in allen Fragen, auch in der Budgetgesetzgebung, durchaus fest. Keine dieser Gewalten kann die andre zum Nachgeben zwingen, die Verfassung verweist daher auf den Weg der Kompromisse... Wird der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der Gewalten ihre eigne Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen, und an ihre Stelle treten Konflikte, und Konflikte werden, da das Staatsleben nicht stillzustehen vermag, zu Machtfragen. Wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor... Was die Verfassung Ihnen an Rechten zubilligt, soll Ihnen unverkürzt zukommen; was Sie darüber hinaus verlangen, das werden wir ablehnen und Ihren Forderungen gegenüber die Rechte der Krone mit Ausdauer wahrnehmen... Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden."

Das war realistische Staatsphilosophie, nicht aber die Kundgebung junkerlicher Reaktionsgelüste, wie sie sich gegen das verfassungsmäßige Recht des Landes richteten, das freilich nicht bloß, wie der Minister leugnete, die Liberalen aber mittelbar und unmittelbar behaupteten, das Recht des Abgeordnetenhauses war; es war rechtverstandenes Fußen auf den gegebenen Thatsachen, wahre Verfassungstreue, nicht, wie der Abgeordnete Gneist es zu nennen beliebte, ein „offenes Manifest des Absolutismus." Im Gegenteil, die Kammer wollte in der Budgetgesetzgebung unbeschränkt, absolutistisch ihren Willen durchsetzen, und das war nicht bloß unverfassungsmäßig, sondern in diesem Falle auch staatsgefährlich. Bismarck hat als Minister das

eigentliche Recht der Volksvertretung in Finanzsachen stets geachtet. „Ich hatte ihm," so erzählte er aus einem Gespräche, das er im Jahre 1871 mit Jules Favre gehabt, „z. B. gesagt, wir brauchten Geld, und Paris müßte welches schaffen. Er dagegen meinte, wir könnten ja eine Anleihe machen. Ich erwiederte, das ginge nicht ohne den Reichstag oder den Landtag. Ach, sagte er, fünfhundert Millionen Franken, die könnte man doch auch so kriegen, ohne die Kammer. Ich entgegnete: Nein, nicht fünf Franken. Er wollte es nicht glauben. Ich aber sagte ihm, daß ich vier Jahre mit der Volksvertretung im Kriegszustande gelebt hätte, aber eine Anleihe ohne den Landtag aufzunehmen, das wäre immer die Barriere gewesen, bis zu der ich gegangen, und es wäre mir nie eingefallen, die zu überschreiten."

Wir können die Geschichte der Konfliktszeit hier nicht weiter verfolgen, und der Verfasser muß sich begnügen, zu sagen, daß von allen aus derselben überlieferten Äußerungen Bismarcks, soweit sie sich auf staatsrechtlichem Gebiete bewegten, dasselbe wie von den oben zitirten gilt. Gegen Vilbort bemerkte er 1866, als dieser sich wunderte, daß er den König zur Annahme des allgemeinen Stimmrechts bewogen: „Das ist ein Sieg, den ich nach vier Jahren voll Kampf errungen habe. Als der König mich berief, war unsre Lage eine der schwierigsten. Se. Majestät legte mir eine Liste liberaler Zugeständnisse vor, und ich sagte: Ich nehme es an, und je liberaler die Regierung sein kann, desto besser. . . In dem Konflikte folgte ich dem Könige. Daß ich aber durch Natur oder System ein Gegner der nationalen Vertretung sei, ist eine willkürliche Annahme." Der Ministerpräsident wünschte keine Reaktion wie viele seiner frühern Parteigenossen, er wollte sie damals so wenig wie heute, wo man ihn dessen wieder beschuldigt. Wäre

es anders gewesen, so hätte er sie vermutlich haben können. Will man sein bisweilen herausforderndes Auftreten und seine Sarkasmen gegenüber den Doktrinären der liberalen und demokratischen Opposition junkerhaft nennen, so waren sie wenigstens nicht, wie man ihm vorwarf, auf Steigerung des Konflikts berechnet. Sie waren, wie er selbst vor kurzem mir einmal bemerkte, Ausübungen des jus talionis. Er hat verletzende Worte und Redewendungen gebraucht und zwar keineswegs selten. Immer aber geschah es nur auf Herausforderung, und dieselben waren bei weitem nicht so schlimmer Natur, als die seiner aufs Höchste erhitzten und verbissenen Gegner. Diese Herren und die ihnen nachkläffende Presse waren viel massiver und malitiöser als der Ministerpräsident, schimpften geradezu, drohten und sprachen von einem „Kreuzzeitungsministerium", einem „Ministerium von Seiltänzern", vom „Kainszeichen des Eidbruchs", das die Heeresorganisation an der Stirn trüge, und andern anmutigen Dingen der Art. Bismarck aber war nicht der Mann, der sich dergleichen Invektiven gelassen bieten ließ, es lag nicht in seiner Natur, wenn man ihn auf die rechte Backe schlug, dem Beleidiger auch die linke hinzuhalten, sondern er wehrte sich und vergalt mit gleicher Münze.

Dazu kam noch eins. Es war nicht nützlich, den höfischen Byzantinismus den Kammern gegenüber, an den man die Herren gewöhnt hatte, fortzusetzen. Kein absoluter Souverän ist jemals von Speichelleckern so verzogen worden wie das damalige Abgeordnetenhaus von den liberalen Ministern, und die Kammer sowohl wie die öffentliche Meinung kamen durch dieses Weihrauchsystem schließlich zu der Überzeugung, daß sie das alles wären, was ein majoritätsbedürftiger Minister ihnen zugeschmeichelt hatte. Diesen Aberglauben zu brechen durch weniger Kourtoisie, war Bismarcks Absicht.

Ferner trat hierzu seine Verachtung vor der Doktrin der Volkssouveränetät, die von der Opposition verhüllt und offen vorgetragen wurde, und die ihm, dem tief innerlich überzeugten preußischen Royalisten, umsomehr ein Greuel war, als die Demokraten dieser Ausgeburt einer Afterphilosophie eine geradezu religiöse Verehrung entgegenbrachten — eine Beobachtung, die ihn weit stärker empörte als die giftige und oft recht ordinäre Polemik der liberalen Kammerredner und Leitartikelschmiede und ihn demzufolge noch spöttischer, spitziger und ironischer auftreten ließ, als ohne diesen Anreiz geschehen sein würde. Dazu kam endlich die natürliche und begreifliche Geringschätzung des genialen Geistes vor der politischen Impotenz und Bornirtheit, vor dem pathetischen Dünkel und der steifnackigen Unbelehrbarkeit vieler der Doktrinäre, mit denen er in dieser Zeit und später zu verhandeln und zu kämpfen hatte. Kaum einer von den Führern der damaligen Opposition, die so begierig nach Mitregierung, ja nach Alleinregierung verlangten und schon die Portefeuilles des von ihnen erhofften neuen Ministeriums unter einander verteilt hatten, besaß einigen Anspruch auf das Lob staatsmännischen Denkens oder wirkliche Befähigung zu politischer Geschäftsthätigkeit. Wenn die preußische Wählerschaft vor 1866 diese Thatsache nicht gewahr wurde und infolge dessen diese Pseudopolitiker dreimal hinter einander in den Landtag schickte, so erklärte ein Eingeweihter, ich vermute Lothar Bucher, diese Erscheinung in der Newyorker „Tribune" recht einleuchtend auf folgende Weise:

„Nicht jedermann hat Gelegenheit und Muße, die Wissenschaft der Politik zu studiren. Wohl aber kann jedermann etwas von der Kunst der Politik wie von jeder andern Geschicklichkeit auflesen, vorausgesetzt, daß er Gelegenheit zum Beobachten, ein Auge für das Beobachten und einen geschickten Griff hat, seine

Hand einen Versuch machen zu lassen. In Preußen hatte es an jener Gelegenheit und diesem guten Sinne für den Versuch im kleinen Maßstabe gemangelt. Die Wähler wußten nicht, wie ein Politiker zu erproben ist. Wenn sie an die Ausübung ihres Wahlrechtes gingen, verfielen sie in einen entschuldbaren, aber beklagenswerten Irrtum: sie dachten, dieser Mann ist ein vortrefflicher Naturforscher, Rechtskundiger, Geschichtschreiber, Schullehrer, er ist ein Geist ersten Ranges in seinem Berufe, seiner Wissenschaft, er wird einen ausgezeichneten Abgeordneten abgeben. Die Folge dieses Mißverständnisses kann durch Umkehr eines Ausspruches des Aristoteles ausgedrückt werden. Eine gesetzgebende Versammlung, sagt er, zeigt in ihrer korporativen Befähigung eine Intelligenz, die höher steht als die eines jeden einzelnen Mitgliedes. 1861 und 1866 ist häufig die Bemerkung gemacht worden, daß fast jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses, wenn man es beiseite nahm und mit ihm sprach, sich als ganz vernünftiger Mensch erwies, daß sie aber, sobald sie in jenem verwünschten, schlecht gelüfteten Saale am Dönhofsplatze zusammenkamen, zu Querköpfen wurden."

Man hat von der französischen Akademie gesagt: „Wenn man zu viel geistreiche Leute an einem Orte versammelt, so werden ihre Köpfe eng und beschränkt," und man hat über die französische Kammer von 1848 bemerkt: „Wenn eine derartige Versammlung eine Zeit lang beisammen ist, so verliert sie jeden Blick und jedes Urteil in Betreff der Außenwelt." Dies galt damals in hohem Maße und gilt in vielen Beziehungen noch heute vom preußischen Abgeordnetenhause, wie später auch manche Verhandlung und manches Votum des Reichstags daran erinnerten. „Idealisten und alte Junggesellen," so schrieb 1879 „ein nationalliberaler Parteigenosse" einem südwestdeutschen Blatte, „die des lebendigen Verkehrs mit dem Volke entbehren,

haben in einzelnen Parteien einen geradezu schädlichen Einfluß erlangt; die Entscheidung über die für die Volkswohlfahrt wichtigsten Gegenstände ist dadurch in die Hände professionsmäßiger Politikmacher, Intriganten und Koteriehelden gelegt. . . Die meisten Reden in unserm Reichstage hören sich nachgerade wie eine zweite vermehrte Auflage der Frankfurter Nationalversammlung an: viel Worte, wenig Sinn, fast immer dieselben rhetorischen Klopffechter, die über alle Gegenstände nach fertigen Theorien und Schablonen reden und das letzte Wort behalten." Das ließ sich milder und höflicher ausdrücken. Auch that der Tadel hier inhaltlich ein wenig zu viel. Die Opposition der Konfliktszeit aber würde er in jeder Beziehung gerecht charakterisirt haben.

Vor jenem querköpfigen Geiste blieb Bismarck auch nach der großen Enthüllung und Verwirklichung seiner deutschen Pläne, die im Sommer 1866 erfolgte, ein Junker. Wenigstens gilt dies von den „Konsequenten, Prinzipientreuen und Gesinnungstüchtigen," welche diesen Geist rein und unverfälscht repräsentiren. Andre bekehrten sich vor den Thatsachen zu verständigerem Urteil, teils für immer, teils für geraume Zeit, und gewannen so die Ehre und Freude, Mitarbeiter an seinem Werke zu werden. Hätte ein Junker an Bismarcks Stelle schon in der Zeit der Konfliktsnot nur schwer oder garnicht der Versuchung widerstanden, dem Könige Aufhebung oder mindestens starke Abänderung der Verfassung oder Suspension derselben anzuraten, so würde ein Parteimann dieser Farbe nach den böhmischen Siegestagen dies wahrscheinlich noch weniger vermocht haben. Er wäre, wie kaum zu bezweifeln, übermütig geworden, er hätte sich gerächt; denn auch die Junker — ich meine hier wie auf den letzten vorhergehenden Seiten dieser Betrachtung die echtgefärbten von der Kleist-Retzowschen Sorte — sind keine Politiker. Der

Politiker aber kennt bei seinem Denken und Thun weder Übermut noch Rachegefühle. Er fragt einfach: was nützt dieses oder jenes Verfahren der Sache, der gedient werden soll? So offenbar auch Bismarck im Herbst 1866. Er erbat sich von der Höhe seines Triumphes herab Indemnität. Er erschien vor der Volksvertretung nicht mit dem Lorbeerkranze, sondern mit dem Ölzweige der Versöhnung, den er vier Jahre vorher bei Avignon zu früh für die Opposition gepflückt hatte.

Kurz vorher aber hatte er im Herzogtume Lauenburg in drastischer Weise gezeigt, daß er auch in andrer Beziehung der Junkerschaft nicht angehörte, ja ihr, wenn es die Interessen des Staates geboten, energisch und ungefähr ebenso spöttisch die Wege weisen konnte wie den dummdreisten Landtagsdemokraten in Berlin.

Durch den Gasteiner Vertrag war das Herzogtum an die Krone Preußen übergegangen. Dieses Ländchen war eine juristische Kuriosität und im Vergleiche mit den benachbarten Staaten, selbst mit Mecklenburg, eine Monstrosität. Es stellte den Rechtszustand Deutschlands während des siebzehnten Jahrhunderts in Versteinerung dar und hätte, wenn das angegangen wäre, unter den Altertümern des Germanischen Museums einen Platz finden sollen. Niemand hatte hier je daran gedacht mit dem feudalen Schlendrian aufzuräumen, der sich wie, in einer ungeheuern Rumpelkammer in allen Verhältnissen aufgehäuft hatte. „Wohin man die Augen warf," so sagte mir ein mit Ordnung der Sache beauftragt gewesener hoher Beamter, „überall in den Institutionen des Herzogtums mittelalterlicher Wust, ungeschmälert und ungemildert unter der Sonne des neunzehnten Jahrhunderts, allenthalben Ausbeutung der Mehrheit durch eine kleine bevorrechtigte Minderheit; Lauenburg war mit andern Worten »das Pompeji der deutschen Verfassungs-

geschichte,« es war, was ungefähr auf dasselbe hinausläuft, das Paradies des Junkertums und eines nach Herkommen ähnlich begünstigten Beamtenstandes."

Die ehemaligen Souveräne in Kopenhagen hatten einer nach dem andern die Privilegien der Stände unbesehen bestätigt, die auf einem vergilbten wurmstichigen Pergamente, welches „der Rezeß" hieß, auseinandergesetzt waren. Der deutsche Bund, welcher das Ländchen im Spätherbst 1863 okkupirte, und die preußisch-österreichischen Kommissarien, welche es später verwalteten, hatten bei der Kürze der Zeit, die ihnen vergönnt war, und unter den obwaltenden Umständen, die es ungewiß ließen, wer hier schließlich zu gebieten haben würde, nichts für Abstellung der Mißstände zu thun vermocht. Die Tagesordnung war infolge dessen bis zur Besitznahme des Herzogtums durch Preußen, abgesehen von vielem andern, z. B. dem vollständigen Mangel an einer kodifizirten Gesetzgebung und der alleinigen Geltung des gemeinen Rechts, die Ausnützung der zahlreichen wohldotirten Beamtenstellen durch einige „schöne Familien," welche auch die ungeheuern Domänen, natürlich immer tief unter dem Werte ihres Ertrages, unter einander zu verpachten pflegten und sich dabei viel von dem Fette des Landes einverleibten. „Diese Klasse herrschte fast so gut wie unbeschränkt, hatte den Elephantenorden auf der Brust sitzen und aß den Speck des Landes. Sie thaten nichts und konnten nichts und hatte dafür Einnahmen bis zu zehntausend Thalern jährlich. Sie schrieben sich reichliche Sporteln gut und legten schwere Brüchen auf; die Leute in ihrem Banne mußten das ungenießbare Bier trinken, das auf ihren Gütern gebraut wurde, und kein Mensch konnte im Herzogtume ein paar Morgen Land erwerben, weil sie nicht wollten, daß mehr als zweitausend Menschen auf der Quadratmeile lebten."

Nun begab sichs, daß am 25. September im Jahre des Heils 1865 König Wilhelm hinüberging, um in Ratzeburg, der Hauptstadt des Herzogtums, die Huldigung und den Treuschwur seiner neuen Unterthanen entgegenzunehmen. An der Grenze, in Büchen, empfing ihn eine Deputation der Stände mit einer Anrede, in welcher es u. a. hieß: „Wir haben Ew. Majestät Wort, uns gerecht, nach Landessitte und Landesrecht regieren zu wollen," womit ohne Zweifel viel weniger vernünftige Gerechtigkeit als Konservirung der Unsitte des ritterschaftlichen und bureaukratischen Nepotismus und der feudalen Gerechtsame gemeint war, worüber indes der König in seiner Antwort nichts verlauten ließ.

Am Nachmittage des 25., welchem am nächsten Morgen in der Ratzeburger Petrikirche die Zeremonie der Huldigung folgen sollte, genießt nun Bismarck, der den Monarchen hierher begleitet hat, auf dem schönen Landsee bei der Stadt die laue Herbstluft und zwar in Gesellschaft eines hervorragenden Mitgliedes der Lauenburger Ständeversammlung. Da letzterer noch nichts von der Absicht einer Bestätigung der Landesprivilegien gehört hat und die Ungewißheit ihn bedrückt, so faßt er sich zuletzt ein Herz und fragt:

„Apropos, Excellenz, wie steht es mit unserm Rezeß? Ich hoffe, daß Se. Majestät ihn bewilligen werden, ehe sie unsre Huldigung verlangen."

„Ich vermute, daß der König dies nicht thun wird," versetzt Bismarck.

„Dann werden wir," entgegnet sein Begleiter, „uns morgen mitten in der Kirche weigern, zu schwören."

„Je nun," erwiedert der Minister kühl, „da werden die Herren morgen mitten in der Kirche zu hören bekommen, daß sie der nächsten preußischen Provinz einverleibt sind."

Und so fahren die beiden Herrschaften in ihrem Kahn

auf dem lächelnden Gewässer weiter und setzen ihre Unterhaltung über die Reize der Gegend fort.

In sein Quartier zurückgekehrt, entwirft Bismarck unverweilt ein königliches Dekret, welches die Einverleibung Lauenburgs in die Provinz Brandenburg verkündigt und für den Fall, daß die Herren Stände den Schwur und die „rechte Erbhuldigung" wirklich verweigern sollten, verlesen werden und mit der Aufforderung an die Anwesenden, in Masse zu schwören, endigen soll — einer Aufforderung, der vom Volke unzweifelhaft entsprochen worden wäre. Er versichert sich alsdann der Zustimmung des Königs zu dem Dekrete, und mit diesem kleinen Torpedo in der Rocktasche betritt er am nächsten Morgen die Kirche. Man singt ein geistliches Lied. Es folgt eine Predigt des Superintendenten. Darauf werden die Vasallen zum Schwur aufgerufen, und sieheda, sie schwören ohne Anstand. Die übrigen Stände thun desgleichen. Keine Bestätigung des Rezesses.

Rekapituliren wir mit einigen Zusätzen und suchen wir die hierin liegende Lehre. In Wahlreden werden als Ideal des Junkers die feudalen Verhältnisse der alten Zeit aufgestellt. Dieses Ideal fand sich am stärksten verwirklicht im Herzogtume Lauenburg. Hier hatten sich länger als irgendwo in Deutschland patrimoniale Gerichtsbarkeit, gutsherrliche Polizei, Erbunterthänigkeit, Zwangs- und Bannrechte, ausgedehnte Jagdrechte, Jagdfrohnden und unbedingte Abhängigkeit der Bauern und Arbeiter von den gutsherrlichen Autoritäten und den Amtmännern erhalten. Man sollte also glauben, daß ein Junker vom richtigen Schlage, wenn er alleiniger Minister des Landes ohne Kontrole und Verantwortlichkeit wurde, wenigstens die Beseitigung des Junkeridylls nicht selbst in Angriff genommen, sondern die Nötigung dazu abgewartet hätte. Diese würde nicht eingetreten sein, niemand drängte ihn, ja er hätte mit Leichtig-

keit Schloß und Siegel auf die ganze Einrichtung legen können, wenn er bei der Erbhuldigung auf die Forderungen der damaligen Stände, bei denen unter dem Landsyndikus Wittrock eine welfische Richtung mächtig war, eingegangen wäre und dem Könige das verlangte, das sogar unter der Drohung einer Verweigerung der Huldigung geforderte Versprechen der Aufrechterhaltung der Landesverfassung angerathen hätte. Statt dessen sehen wir, daß der jetzige Fürst als damaliger Minister den ständischen Forderungen in dieser Richtung fest entgegentrat und die Drohung der Huldigungsverweigerung seitens der Stände mit der Gegendrohung erwiederte, in solchem Falle die bei der kirchlichen Feier anwesenden Zuhörer zur Huldigung durch Akklamation aufzufordern. Wir sehen demnächst, daß er mit raschen legislativen Schritten die Aufhebung der Zwangs- und Bannrechte, der Jagd auf fremdem Boden, der Frohnden, der patrimonialen Gerichtsbarkeit und Polizei herbeiführte und den Arbeiterstand sowie die Handwerker Lauenburgs von der Abhängigkeit befreite, in welcher sie von den vier Amtleuten des Herzogtums vermöge der Machtvollkommenheit, welche dessen Einrichtungen ihnen sowohl in Betreff der Präventiv- als bezüglich der Strafpolizei gewährten, bisher gehalten worden waren. „Würde ein Junker das zum Fenster hinauszuschmeißen bereit gewesen sein?“

In demselben Lauenburg, wo 1865 auf diese Weise aus feudaler Finsternis Licht wurde, hatten während der Reichstagswahlen vom Herbst 1881 fortschrittliche Agitationsapostel die Stirn, den Bauern einzureden, Bismarck sei das menschgewordene Junkertum und gehe damit um, ihnen die alte Zeit wiederzubringen oder gar schlimmeres anzuthun, und die einfältigen Leute glaubten ihnen in ihrer Vergeßlichkeit die sinnlose Behauptung und wählten nach diesem Aberglauben. Natürlich hielten die Wühler und deren Auftraggeber in Berlin die Sache

selbst nicht für wahr. Sie war ihnen nur ein Simulacrum, ein Blendungsmittel, ein Köder zum Stimmenfang. Wenn aber in den letzten Jahren auch unter den ehrlicheren und maßvolleren Liberalen die Klage laut geworden ist, der Fürst Bismarck, der von 1866 an mit ihnen gegangen, habe sich 1877 von ihnen getrennt, um das Staatsschiff ins Fahrwasser der Reaktion hineinzusteuern, so ist das eine schiefe Auffassung des Sachverhalts. Der Reichskanzler hat sich von den Nationalliberalen nicht trennen können, weil er ihnen nicht angehört hat, und er hat sich der Reaktion, wie sie Junker von der Art Kleists, Lippes, Graf Brühls, Rochows und Tettaus wollen, nicht zuwenden können, weil er keine solche, weil er überhaupt keine Reaktion will.

„Ich habe," so sagte er im Januar 1881, als er mit dem Verfasser dieser Schrift jene auch von Herrn Bamberger erhobenen Klagen und Vorwürfe besprach, „seit ich Minister bin, niemals einer Partei angehört, weder der liberalen noch der konservativen; der König war mein einziger Fraktionsgenosse, und meine einzigen Ziele waren Verteidigung der monarchischen Gewalt gegen verfassungswidrigen Parlamentarismus und Herstellung, Kräftigung und Weiterausbildung des deutschen Reiches. Die Konservativen waren, soweit sie Reaktion wollten, immer gegen mich, weil ich keine wollte. Sie erinnern sich an die Stellung, welche die Kreuzzeitung 1872 und später, zur Zeit der großen Verleumdungen [durch Joachim Gehlsens Reichsglocke und die sie läutenden Junker] mir gegenüber einnahm. Da haben sie sich von mir losgesagt und mich mit allen möglichen Mitteln angegriffen, weil ich nicht mit ihnen gehen konnte. Ganz ähnlich aber war es 1877 mit den Nationalliberalen. Als das Ministerium Bennigsen nicht zu stande kam, weil der Unmögliches verlangte und andrerseits der Kaiser ihn nicht

wollte und weiteres Verhandeln mit ihm ausdrücklich verbot,*) ließen sie mich im Stiche, sagten sich von mir los und redeten mir allerhand Unwahrheiten nach. In der Kammer aber haben sie mich von da an nur lau oder garnicht unterstützt und bei meinen Kollegen, den Ministern, Anlehnung gesucht."

Fürst Bismarck ist also schon seit Jahren kein Mann der Partei oder, was bei uns Deutschen ungefähr dasselbe sagt, kein Mann der oder jener Doktrin. Wie alle großen Charaktere der Geschichte sich seines Weges stets bewußt, sucht er sich die verfassungsmäßige Majorität, wo er sie im gegebenen Augen-

*) Unruh berichtet a. a. O. S. 30: Bei der Verhandlung über die Tabaks-steuervorlage (von 1878), als Bismarck das Monopol für sein Ideal erklärte, teilte mir Bennigsen mit, daß er die Verhandlung mit Bismarck (über seinen Eintritt in das Ministerium) abgebrochen und ihm erklärt habe, er könne sich nicht für das Monopol engagiren. Das ist zu berichtigen. Die Sache verhielt sich nach eigner Darstellung des Reichskanzlers folgendermaßen. Graf Eulenburg, der Minister des Innern, wollte 1877 zurücktreten. Bismarck bot seinen Posten dem Herrn von Bennigsen an. Dieser verlangte, daß außer ihm noch die Herren von Forckenbeck und von Stauffenberg Ministerstellen erhielten, für die aber keine offen waren. Mittlerweile hatte Eulenburg dem Könige Mitteilung von der Absicht des Kanzlers gemacht, Bennigsen zu seinem Nachfolger zu empfehlen, und dagegen Vorstellungen erhoben, infolge deren der König dem Ministerpräsidenten in strengem Tone untersagte, mit Bennigsen weiter zu verhandeln. Das fand wenige Tage nach der Unterredung statt, die Bismarck in Varzin mit letzterm über die Sache gehabt hatte. Später suchte Bennigsen den Kanzler im Reichstage auf, und befragte ihn wegen des Tabakmonopols, worauf derselbe ihm antwortete, er halte es für gut und werde es erstreben, und jetzt erkl rte Bennigsen, daß er dasselbe nicht unterstützen könne und auf Eintritt ins Kabinet verzichte. „Diese Unterredung, die Bismarck zwei Monate nach der Besprechung von Varzin hatte, konnte keine Fortsetzung der dem Kanzler untersagten Verhandlungen mehr sein. Der letztere, der seinerseits fortfuhr, auch unabhängig von der Ministerfrage, die Fühlung mit Bennigsen und der nationalliberalen Partei zu suchen, konnte Herrn von Bennigsen nicht füglich erklären, daß die Möglichkeit, mit ihm als Ministerkandidaten zu verhandeln, seit fast zwei Monaten höhern Orts abgeschnitten war; er ließ deshalb Bennigsens Version, daß das Tabaksmonopol das Hindernis weiterer Verhandlungen sei, unbestritten."

blicke finden zu können meint. Immer seine soeben genannten beiden Hauptziele im Auge behaltend, ist er zu jeder Zeit bemüht gewesen, die großen Parteien so zu lenken, daß sie der Erreichung dieser Ziele möglichst dienten, wobei er bald der einen, bald der andern Zugeständnisse machte, die im Vergleiche mit den ihm am nächsten liegenden wichtigen Zwecken geringe Bedeutung zu haben schienen und nach Erreichung derselben in einzelnen Punkten anders regulirt werden konnten, wenn die Umstände dies verlangten. In einer Reichstagssitzung der letzten Jahre erwiederte er auf die Bemerkung, daß er ja 1870 dem Grundsatze der parlamentarischen Redefreiheit zugestimmt habe:

„Damals habe ich vor dem Bedürfnisse, die junge und zarte Pflanze der deutschen Einheit nach allen Seiten und mit allen Mitteln zu pflegen, manchem zugestimmt, was weit entfernt von meiner politischen Überzeugung war. Meine Aufgabe war es damals, ebenso wenig wie über wirtschaftliche Dinge nachzudenken, über dergleichen im Hinblick auf die Konsolidirung des deutschen Reiches kleinliche Fragen ängstlich zu sein. Jetzt können wir in Ruhe darüber diskutiren. Hätten wir damals das deutsche Reich nicht befestigt, da hälfe jetzt kein Diskutiren."

Als Bismarck sich zu jenem Zwecke nach einer Unterstützung in der Volksvertretung umsah, bot sich seinen Blicken naturgemäß die nationalliberale Partei dar. Mit dieser traf er in den nationalen Zielen im wesentlichen zusammen, und mit ihr galt es deshalb nach ihrer andern, der liberalen Seite hin zu paktiren. Die Partei der Junker, die Gesellschaft der Kreuzzeitung war darüber verstimmt. Schon 1870 sagte mir der Redakteur des Blattes, Beuthner, als ich mit einem ihm unsympathischen Auftrage des Kanzlers nach seinem Büreau kam, hochmütig: „Das thun wir nicht. Ministerien vergehen, auch das Ministerium Bismarck, unsre Partei bleibt" — was der Gute gewiß nicht

aus seinem eignen kleinen Gehirn hatte. Das Junkertum Preußens war also verdrießlich über den „liberal gewordenen" Kanzler, es grollte, zuletzt zürnte es, und zu Anfang des Jahres 1872 kam es über der Frage des Schulaufsichtsgesetzes zwischen ihm und dem Reichskanzler zum offenen Konflikte. Die Herren machten Front gegen den Ministerpräsidenten, indem sie im Bedürfnisse gesinnungsvoller Opposition mit Herrn Windthorst die „Vindikation des monarchischen Prinzips gegen parlamentarische Majoritätswirtschaft" und die „Verteidigung des christlichen Charakters unsers Staates" auf ihre Fahne schrieben. Der Fürst hatte in einer Rede vom 30. Januar nach der Versicherung ihres Blattes „das, was die konservative Partei in Preußen seit zwanzig Jahren stets als ihre Fundamentalprinzipien proklamirt und verteidigt, direkt angegriffen oder aufgegeben." Die Stelle jener Rede, in der dies entdeckt worden war, lautete: „Aber wie die Sachen augenblicklich liegen — in einem konstitutionellen Staate —, da bedürfen wir Ministerien einer Majorität, die unsre Richtung im ganzen unterstützt." Das sollte eine „unumwundene Anerkennung desjenigen Konstitutionalismus" sein, den die Kreuzzeitung bisher „mit Erfolg bekämpft habe, weil er in Preußen nicht verfassungsmäßig sei."

Mit vollem Rechte wurde auf diese Redensarten im Auftrage des Kanzlers in der „Spenerschen Zeitung" geantwortet: „Nicht verfassungsmäßig? — Leben wir denn nicht in einem konstitutionellen Staatswesen? Haben wir eine Volksvertretung? Ist ihre Zustimmung erforderlich zur Giltigkeit der Gesetze, wird diese Zustimmung durch eine Majorität erteilt? Da folgt doch mit unerbittlicher Konsequenz das Bedürfnis der Räte der Krone, sich eine Majorität für ihre Gesetze zu gewinnen, wenigstens insoweit, daß sie, wenn auch nicht jede Vorlage ihre Beistimmung findet, die Richtung der Minister im ganzen unterstützt.

Der Mann, den die Kreuzzeitung mit überlegner Weisheit kritisirt, hat im Sturm und Drang bewegter Tage bewiesen, daß er das für notwendig Erkannte keiner Majorität zu opfern gewillt ist. Aber derselbe Staatsmann sprach es aus, daß der Konflikt nicht eine regelmäßige Staatseinrichtung sein könne. Wo eine Volksvertretung besteht, und wo der Konflikt nicht stationär sein soll, da werden Majoritäten zu gewinnen sein. Entziehen die Staatsmänner von der Rechten ihre Unterstützung, so fragt sich, ob die Regierung, die das Staatsleben im Gange zu erhalten hat, weiter links noch regierungsfähige Volksvertreter zu finden vermag, auf deren Unterstützung sie zählen kann. Schon einmal hat der Ministerpräsident die Rechte darauf aufmerksam gemacht, daß sie durch mutwillige Opposition den Schwerpunkt notwendig nach der andern Seite hinüberdränge. Die Warnung hat an Bedeutung nichts verloren. Etwas gleichgiltiges kann die Majorität nur da sein, wo die Gesetze keiner Zustimmung von Volksvertretern bedürfen, im absolutistischen Staate.“

Ist das wohl die Stimme eines Junkers, sind das etwa die Grundsätze dessen, was man als Junkertum zu verurteilen gewohnt ist? Ich fürchte keinem Widerspruche zu begegnen, wenn ich behaupte, daß diese vom Kanzler angeregten Deduktionen ungefähr das Gegenteil junkerlichen Denkens und Strebens sind.

Die zitirten Worte waren gegen die äußerste Rechte, die dunkelste Schattirung der Konservativen, gerichtet. Von den übrigen Mitgliedern der Partei wurde gerühmt: „Die konservative Partei hat ihren Anhalt in der Regierung gesucht und auch gefunden. Das nennt die Neue Preußische Zeitung den Grund des Übels. Wir halten für richtiger, darin den Grund des Ansehens und der Geltung dieser Partei zu erblicken. Unter einer starken und aufstrebenden Regierung ist diese nach langen Jahren der Nicht-

achtung emporgekommen. Indem sie sich der von Sr. Majestät ergriffenen Politik mit Loyalität anschloß, hat sie nicht das Gelingen dieser Politik möglich gemacht, wohl aber sich mit derselben, was nie zu vergessen ist, identifizirt und sich dadurch die Berechtigung zu vollem Anteil an Ruhm und Ehre erworben. Man kann nicht sagen, daß die Regierung einen parlamentarischen Sieg in den letztverflossenen Jahren ihr allein zu danken hätte. Aber es ist der Partei zu statten gekommen, daß sie sich einer Regierung angeschlossen hat, die fähig war, zu leisten, was die Partei zu vollbringen außer Stande war."

Beinahe ganz dasselbe, was hier von den Konservativen und namentlich deren rechtem Flügel gesagt wurde, galt von der Linken der Nationalliberalen, die vor einigen Jahren aus der Partei geschieden ist und noch immer, wie der fabelhafte Sarg Muhammeds zwischen zwei Magneten, zwischen den alten Freunden und den ihr in wesentlichen Punkten näher verwandten Herren vom Fortschritt in der Luft schwebt. Es galt in der Zeit vor der Sezession, wo diese Linke vielfach dominirte, zeitweilig von der ganzen Partei. Auch die Nationalliberalen haben sich bei der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse nur insoweit, als sie sich der Politik des Reichskanzlers anschlossen, sich mit ihr identifizirten, ihren vollen Anteil an Ruhm und Ehre erworben. Sie mußten zu Anfang des innern Ausbaues des neuen Hauses den zunächst in Betracht kommenden Zügen ihres politischen Charakters nach dem Baumeister als besonders geeignete Arbeiter erscheinen, und sollte das Werk rasch emporsteigen und vollendet werden, so mußten sie sowie der Teil der Konservativen, welcher die Pläne und Bestrebungen des Kanzlers begriff und zu fördern gewillt war, bei demselben verwendet und während ihrer Arbeit weiter gewonnen werden. Es waren „gesinnungstüchtige" und infolge dessen schwer belehrbare Liberale

unter ihnen, die sich nur widerstrebend mit der Regierung zu gehen entschlossen, weil das bisher als für den echten Liberalen unschicklich, Intransigenz, Opposition unter allen Umständen vielmehr als das Rechte angesehen worden war. Der Kanzler gewann sie durch Entgegenkommen, durch möglichst schonende Behandlung ihrer Vorurteile wirklich, einige ganz und für immer, andre bis zu einem gewissen Grade und nur vorübergehend. Er erwarb sich unter ihnen Freunde durch formelle Zugeständnisse an einige ihrer Lieblingsneigungen, die vorläufig als unschädlich betrachtet werden konnten. Aber so sehr er sich ihnen auch gefällig erwies, die Rechte der Krone, die verfassungsmäßige Autorität derselben ließ er nicht schmälern.

Der Liberalismus hatte bisher die Behauptung aufgestellt die Regierung habe sich dem Willen der Volksvertretung zu unterwerfen oder zurückzutreten und einem aus der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses oder des Reichstags gebildeten Ministerium Platz zu machen. Bis 1866 hatte Bismarck diese aus England importirte Lehre, die dort, beiläufig gesagt, nicht viel mehr als ein alter Brauch und keineswegs ein Gebot der Verfassung ist, einfach für unanwendbar auf Preußen erklärt. Jetzt bemühte er sich bei verschiednen Gelegenheiten, die Liberalen zu Ansichten zu bekehren, die besser zu den monarchischen Institutionen stimmten. Er führte die Politik der Kompromisse ein, auf die er schon 1863 hingewiesen hatte, und auf welche die Nationalliberalen gleich andern Gemäßigten jetzt in den meisten Fällen eingingen. Ferner suchte er den irrigen Glauben zu widerlegen und zu beseitigen, der, oben schon angedeutet, einen Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung als selbstverständlich und unter allen Umständen wirksam annahm und die erste und oberste Pflicht der letztern in wachsamem Mißtrauen in Betreff der Pläne und Vorschläge der

erstern, die nächstfolgende aber in dem Bestreben der Parlamente erblickte, die angeblich erfolgte Übervorteilung der Regierten durch die Regierenden wettzumachen, die vermeintlichen Rechte des Volkes, Menschenrechte, Grundrechte u. dergl. allmählich zurückzuerobern und die Staatsbürger, die jetzt politische Bildung genug besäßen, um sich selber regieren zu können, von der „Bevormundung“ durch die Staatsbehörde zu befreien. Die Bemühungen des Fürsten Bismarck, die Nationalliberalen diese traditionellen Verkehrtheiten als solche erkennen und dann aufgeben zu lassen, waren eine Zeit lang, wie es schien, nicht ohne Erfolg, sodaß sich im großen und ganzen ein recht freundliches Verhältnis zwischen ihm und der nach Zahl und Talent bedeutendsten Fraktion der Liberalen herausbildete, bei dem diese mancherlei Zugeständnisse der Regierung zu verzeichnen hatten. So auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessen, in der Frage der Verwaltungsreform und bei dem Kampfe mit den Ultramontanen, und so ferner bei der Justizreform und dem Militärorganisationsgesetze. Immer erreichte der Kanzler hier seinen Zweck in der Hauptsache, indem er auf liberale Forderungen von geringer Wichtigkeit einging, also auf dem Wege von Kompromissen.

Bei der Schnelligkeit, mit welcher der innere Ausbau des deutschen Staates infolge dieser Methode vor sich ging, konnte es nicht fehlen, daß sich, als man Zeit zu genauerer Betrachtung des Geschaffenen fand, Mängel am Werke herausstellten, die rascher Beseitigung bedurften. Ein Teil der Nationalliberalen erkannte das an, ein andrer nicht. Alle erinnerten sich mehr oder minder ihrer doktrinären Vergangenheit, alle nahmen Rücksicht auf ihre Wähler, von denen sie irrtümlich voraussetzten, daß sie in der Mehrzahl die alten Glaubensartikel des Liberalismus für goldene Regeln, für unantastbare Heiligtümer hielten,

und so wurde die Unterstützung des Kanzlers durch die Partei immer fraglicher. Man setzte diese Unterstützung allerdings noch in sein Programm, aber die Thaten ließen zu wünschen übrig. Man verfuhr zuerst dilatorisch, dann kühl, darauf abwehrend und zuletzt feindselig. Man lieh dem Fürsten nur mit Sträuben und Abzwacken seine Mitwirkung bei der Verschärfung des von der modischen Humanität stark affizirten Strafgesetzbuches, und die betreffende Novelle ging aus den Beratungen des Reichstags verstümmelt hervor. Bei den Justizgesetzen machte man in dritter Lesung nicht unwichtige Zugeständnisse, aber vorher hatte man auch in dieser Sache ganz erheblich seinen doktrinären Liberalismus herausgekehrt, demonstrirt, gefeilscht und gemäkelt.

Die Reichstagswahlen von 1877 zeigten ziemlich deutlich, daß die Führer der Partei sich bei diesem Verhalten mit jener Rücksicht auf die Wählerschaften getäuscht und verrechnet hatten. Ein beträchtlicher Teil der letztern war für die Politik des Fürsten, und infolge dessen kehrte eine nicht geringe Zahl nationalliberaler Abgeordneten nicht in das Berliner Parlament zurück, während die Fraktionen der Konservativen sich verstärkten.

Ostern 1877 bat der Reichskanzler den Kaiser um seine Entlassung, worauf im Sinne der ungeheuern Mehrheit des deutschen Volkes, soweit es an politischen Dingen Interesse nimmt, mit dem bekannten „Niemals" geantwortet wurde. Die Hauptbeweggründe zu dem Abschiedsgesuche sind damals in einer Reihe von Artikeln dargelegt worden, die in den „Grenzboten" erschienen. Sie gehören nicht in dieses Kapitel und brauchen daher hier nicht wiederholt zu werden. Aber es kamen auch andre Motive in Betracht. Auch Verdruß und Ermüdung vor der zunehmenden Opposition der stärksten unter den liberalen Parteien, die sich namentlich im Hinblick auf die Feindschaft der Ultramontanen gegen das Reich entschieden auf die Seite des

letztern hätte stellen sollen, statt dessen aber, um den Schein liberaler Gesinnungstüchtigkeit hell zu bewahren, dem Kanzler ihren Beistand niemals ganz und voll zu Teil werden ließ, mit juristischer Spitzfindigkeit und talmudischer Silbenstecherei hantierte, abzuhandeln und abzuschwächen versuchte, spielten dabei offenbar eine Rolle. Die Herren vom linken Flügel der Nationalliberalen fühlten sich mehr zu Kritikern als zu Mitschöpfern berufen, sie gewöhnten sich mehr und mehr zu ihrer angeblichen Hauptaufgabe, Wächter der vermeintlich bedrohten Rechte und Freiheiten des Volkes zu sein, zurück, sodaß sie bisweilen von der Fortschrittspartei kaum noch zu unterscheiden waren, ja in manchen Beziehungen sich den Anschauungen und der Redeweise des Zentrums näherten.

Inzwischen waren die Pläne des Kanzlers zur Umgestaltung der wirtschaftlichen Einrichtungen des Reiches gereift, Pläne, die auf Vermehrung der Einnahmen des letztern aus den Zöllen und den indirekten Steuern, auf Unterstützung der Industrie und der Landwirtschaft in ihrem Kampfe mit der übermächtigen Konkurrenz des Auslandes und auf Erleichterung der mit direkten Abgaben schwer belasteten Mittelklasse der Bevölkerung, sowie der mit Ausgaben für Schulen und Arme überbürdeten Kommunen hinausliefen. Zu diesem Zwecke suchte sich Bismarck den Beistand der Nationalliberalen zu verschaffen. Im Spätherbst von 1877 verhandelte er darüber, wie vorhin bereits erwähnt wurde, mit Herrn von Bennigsen, dem Führer des rechten Flügels der Partei. Derselbe konnte oder wollte sich nicht allein entscheiden. Er nahm die Vorschläge des Kanzlers einfach entgegen, um sich über dieselben mit den Parteifreunden in Berlin zu besprechen. Dies geschah, und siehe da, einige Tage nachher wurde von den Blättern der Nationalliberalen die Parole „Konstitutionelle Garantien" ausgegeben.

Es war ein Handelsgeschäft, welches offenbar von Herrn Lasker angeraten worden war, der schon 1873 mit der Bemerkung, daß man endlich auch „Volksrechte" verlangen und gewähren müsse, ein Preßgesetz nach seinem Geschmack gefordert hatte, damit aber vom Kanzler dahin beschieden worden war, das Volk seien wir alle, nicht bloß die liberal genannte, aber nicht immer wirklich liberale Partei. Jetzt, wo man als begehrt, als notwendig und unumgänglich erschien, war, wie Herr Lasker kalkulirte, die Zeit gekommen, diese günstige Konjunktur kaufmännisch auszunützen und der Regierung abzudrücken, was man wünschte. Über die „konstitutionellen Garantien," die man sich gegen das Versprechen der Unterstützung des Reichskanzlers bei der Ausführung seiner Absichten auf wirtschaftlichem Gebiete einzuhandeln gedachte, herrschte in der Partei freilich keine Übereinstimmung. Aber daß man solche Bürgschaften in Anspruch nahm, war der deutlichste Ausdruck des nie ganz geschwundenen und vom linken Flügel wiederholt schon geäußerten Gefühls, daß man in dem Kanzler nicht sowohl einen Freund und Mitarbeiter als einen Gegner vor sich habe, dem man sich nur mit Vorsicht weiter nähern dürfe, und dessen Gesetzvorschläge man mit allerlei Kautelen durchspicken müsse, wenn sie ungefährlich sein sollten. Das Verlangen nach den Garantien schmeckte halb nach der Denkart eines Handelsmannes, halb nach der eines Advokaten. Das „Volk", in dessen Namen es herkömmlicher und selbstverständlicher Weise gestellt wurde, war die nach Einführung des englischen Parlamentarismus strebende Seite der Liberalen, die ihrerseits wieder nur die Auffassung und den Wunsch ihrer Führer, ehrgeiziger Streber oder von der Welt der Thatsachen abgewandter Doktrinäre, kritiklos nachbetete. Das eigentliche Volk, die große Masse der Staatsangehörigen, theilte jenes Verlangen in keiner Weise, verstand es nicht einmal, trotzdem

die liberale Presse es tagtäglich als Erfüllung einer heiligen Pflicht rühmte. Der Kanzler aber lehnte es als unerfüllbar ab, er hätte es, auch wenn es mit seinen politischen Grundsätzen vereinbar gewesen wäre, nicht gewähren können, da der Kaiser nicht darein gewilligt haben würde.

Von dieser Zeit an verwandelten sich die Nationalliberalen in eine Partei, welche fast in allen Fragen, die den Reichstag und das Abgeordnetenhaus beschäftigten, mit der Opposition stimmte und dem Kanzler die natürlichsten Dinge abschlug, lediglich, um einen Druck auszuüben. Das Ausscheiden des linken Flügels aus dem Fraktionsverbande änderte daran wenig. Die ganze Partei war mehr oder minder in ihre alte Politik zurückgefallen. Sie hatten sich, wie oben gesagt, damit vom Reichskanzler, nicht er sich von ihnen getrennt. Ihre Blätter feindeten ihn in gleich gehässigem Tone an wie die der Fortschrittspartei. Ihre Vertreter am Dönhofsplatze verwarfen so ziemlich alles, was die Regierung beantragte, die in der Leipziger Straße thaten desgleichen, indem sie u. a. das hochnotwendige Sozialistengesetz zurückwiesen und ihm erst dann ihre Stimme gaben, als zwei Attentate aus den Reihen der Umsturzpartei das geheiligte Haupt des Kaisers bedroht und die Nation in eine Stimmung versetzt hatten, welche die Mandate derer, die hier aus „Prinzipientreue" keine Remedur wollten, für die Zukunft unsicher erscheinen ließ. Die Herren wollten dadurch, daß sie dem Kanzler Hindernisse in den Weg legten, in erster Linie zeigen, daß sie eine Macht seien, die schaden und hemmen könne, mit der man rechnen und unterhandeln, die man bei jeder neuen Frage durch Zugeständnisse willig stimmen müsse. Der Fürst Bismarck aber hat, seitdem diese Politik der Nationalliberalen sich deutlich und konsequent kundgab, nur stärker als früher empfunden, daß sie unzuverlässige Freunde sind, und im übrigen

mit Hilfe Andrer wesentliche Punkte seines reformatorischen Programms durchgesetzt, nicht so viel, als er mit dem Beistande beider Flügel der Nationalliberalen durchgesetzt haben würde, aber immerhin bis auf weiteres genügend viel.

Jene andern waren die Konservativen und das Zentrum. Deshalb ist aber ebenso wenig zu sagen, der Kanzler sei im junkerlichen Sinne konservativ geworden, als, er sei unter die Ultramontanen gegangen. Jene beiden Parteien zeigten sich bereit, ihm gewisse Absichten verwirklichen zu helfen, und er nahm dies an. Den gemäßigten Liberalen steht es frei, sich ihm von neuem zu nähern und wieder durch Kompromisse mit ihm weiter zu kommen. „Ich habe," so sagte er in den Tagen, wo er mit der wirtschaftlichen Reform begann, „positive praktische Ziele, nach denen ich strebe, und zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat, nach meinem Wunsch aber beide gemeinschaftlich helfen sollten. Wer diese Ziele mit mir erstrebt, ob man sie sofort erringt oder erst nach jahrelanger gemeinschaftlicher Arbeit ihnen näher kommt und sie schließlich erreicht, darauf kommt es so sehr nicht an. Ich gehe mit jedem, der mit dem geht, was nach meiner Überzeugung das Interesse des Staates und des Landes ist. Die Fraktion, der er angehört, ist mir gleichgiltig."

Das Staats- und Landesinteresse in Preußen und im deutschen Reiche verlangt das, was in den letzten Jahren direkt oder indirekt das Ziel der Liberalen fast aller Schattirungen war, in keiner Weise; wir haben vielmehr von dem Gelingen dieses beinahe in allen innern Fragen die Haltung der Opposition bestimmenden Strebens, von der Einführung einer parlamentarischen Regierung nichts zu hoffen und alles zu fürchten. Die in England mit dem Parlamentarismus, d. h. der wechselnden Herrschaft der Majoritäten im Unterhause, bisher ge-

machten Erfahrungen widerlegen diese Behauptung keineswegs; denn dort ruhte die Sache auf einem aristokratischen Unterbau. Die englische Verfassung, wenn man von einer solchen sprechen darf, konnte ferner abirrenden Kräften einen weiten Spielraum gestatten, da sie von der Gewohnheit der Menschen, unter denen sie — beiläufig ganz allmählich und irrationell wie ein Naturereignis — entstanden war, und von deren konservativer, monarchischer und nationaler Denkart immer wieder regulirt wurde. England ist endlich eine Insel mit ganz eigenartiger Entwicklung und wesentlich andern Bedürfnissen, als die der kontinentalen Staaten sind. Was trotzdem hier die Zukunft bringen kann, die mit Gladstones auf Erweiterung des Wahlrechts gerichteten Plänen angebahnt werden soll, ist abzuwarten, aber schon jetzt, schon seit der ersten Reformakte, hat der Radikalismus hier breite Schichten des Volkes ergriffen, und es steht zu fürchten, daß er künftig noch mehr Boden gewinnen und zuletzt die Herrschaft an sich reißen werde. Zählt er doch bereits eine gute Anzahl von Vertretern im Unterhause, und hat sich der dermalige Premier doch bereits genötigt gesehen, Männer mit ausgesprochen demokratischen, ja republikanischen Grundsätzen, wie Bright, Dilke und Chamberlain, in sein Kabinet aufzunehmen.

Die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Österreich-Ungarn, Frankreich und Italien hat keine einzige der an sie geknüpften Erwartungen erfüllt und alle gegen sie geltend gemachten Bedenken gerechtfertigt: sie hat diese Staaten im Innern und nach außen hin geschwächt. In Deutschland aber ist noch weniger Aussicht, daß sie nützlich sein, und es steht hier noch mehr zu befürchten, daß sie Unheil im Gefolge haben werde, da unsre internationale Lage weit schwieriger ist als die der obengenannten Großstaaten. Die dominirende Stellung, welche

Deutschland gegenwärtig im europäischen Konzert einnimmt, wird — ich folge hier den Gedanken einer vor anderthalb Jahren erschienenen trefflichen kleinen Schrift über den Gegenstand*) — von der Mehrzahl der Mitspielenden als demnächst zu beseitigende Anomalie angesehen. Im Westen droht für die Zukunft ein Krieg mit Frankreich, im Osten einer mit Rußland. Eine Koalition beider Mächte gegen uns und unsern Verbündeten an der Donau ist jetzt unwahrscheinlich, aber für künftig durchaus keine Unmöglichkeit, und von dem durch uns zu voller Freiheit und Selbständigkeit gelangten Italien haben wir schwerlich stark ins Gewicht fallenden und nachhaltigen Beistand zu hoffen. Die Erhaltung des Friedens verdanken wir wesentlich dem Respekt, welchen unser Heer und unser leitender Staatsmann den Nachbarn eingeflößt haben, und sie ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß die auswärtige Politik des Reiches mit der bisherigen Festigkeit und Stetigkeit weiter geführt wird. Deshalb darf das Steuer dieser Politik niemals dem proteusartig wechselnden Parlamentarismus in die Hand gegeben werden, und deshalb müssen wir ein Militärstaat bleiben, der keine parlamentarische Regierung erträgt. Die deutsche Armee wird sich immer als Armee des Kaisers und Königs fühlen und niemals lernen, Parlamentsbefehle auszuführen und Parlamentsgenerale zu erziehen.

Die Lösung der sozialen Frage ferner, das Problem aller Probleme der neuen Zeit, kann von keiner der vorhandenen Parteien mit Aussicht auf Erfolg versucht werden. Die Fortschrittspartei würde, wenn sie zur Regierung gelangte, ihre alten Fehler wieder begehen und, wie der Verfasser der oben zitirten Schrift sagt, „in unheilbarer Verblendung durch Aufhebung der

*) Aussichten des deutschen Parlamentarismus. Leipzig, 1882.

Sozialistengesetze einen im voraus verlorenen Kampf wieder aufnehmen. Mit fortschrittlichem Öle gesalbt, würde das Manchestertum den Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen über das Maß seiner bisherigen Schärfe hinaustreiben, ohne dem Feinde irgend eine reale Macht entgegensetzen zu können... Den Mittelparteien aber würde es, wenn sie in eine verantwortliche Stellung rückten, ebenso gehen wie den Konservativen; ihre Einsicht würde leichter wiegen als das Gewicht der materiellen Interessen ihrer Klasse, und bei dieser Klasse würde im parlamentarisch regierten Staate die Entscheidung liegen. Unter dem Einfluß einer vis major werden unsre Besitzenden zu den Opfern bestimmt werden können, deren es zur Ausfüllung des Abgrundes zwischen ihnen und den Besitzlosen bedarf; sich selbst überlassen, werden sie es zu rechtzeitigen Entschließungen ebensowenig bringen wie weiland die Interessenten des Feudalismus... Besteht man auf der parlamentarischen Regierungsweise, so kann das Ende kein andres sein, als daß der geschichtlichen Notwendigkeit schließlich von denjenigen zu ihrem Rechte verholfen wird, welche daran das Interesse haben, daß die Sozialdemokratie die parlamentarische Mehrheit erobert und zu der vis major wird, die heute noch in den Händen der autoritären Regierung liegt... Vor die entscheidende Alternative gestellt, wird die ungeheure Mehrheit unsrer Gebildeten keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß eine sozialistische Parlamentsherrschaft das größte aller Übel wäre, und daß die unvermeidliche Sozialreform bei dem deutschen Kaisertum ungleich besser aufgehoben ist, als bei einer Massenherrschaft, dieser schlimmsten aller möglichen Formen der Gewaltherrschaft. Um diese Alternative aber handelt es sich eigentlich jetzt schon."

Daß Bismarck dies erkannt und mit der Lösung der sozialen Frage auf praktischem Wege begonnen hat, wird die Geschichte

einst zu seinen größten Verdiensten zählen. Im allgemeinen aber ist von seinem Widerstande gegen die Parlamentsherrschaft nach dem hier Ausgeführten zu sagen, daß sich darin nicht sowohl das Gefühl des royalistischen Junkers spiegelt, als der Weitblick des genialen Staatsmannes, der die Gegenwart wie die Zukunft, das Gebiet der äußern wie der innern Fragen mit gleicher Klarheit und Sicherheit überschaut.

Blicken wir zurück, und ziehen wir die Summe des Gesagten. Der Reichskanzler ist als Junker geboren und hat eine Zeit lang als solcher gelebt und teilweise die Ansichten seiner Standesgenossen vertreten. Als Minister aber hat er der Partei, die mit dem Ausdrucke Junkertum bezeichnet wird, nur insoweit angehört, als er wie sie royalistisch fühlte und dachte und vorzüglich deshalb (wir erkannten soeben auch andre Gründe) keine Parlamentsherrschaft wollte. Im übrigen war er, wie sein Verlangen nach Indemnität nach Königsgrätz und zahlreiche andre Äußerungen und Handlungen beweisen, zu allen Zeiten verfassungstreu, und, wie sein Verhalten zum Rezeß der Lauenburger Junker und abermals eine Reihe andrer Aussprüche und Maßregeln, z. B. die Wahl von Kollegen bürgerlichen Standes, zeigen, kein Förderer von Adelsinteressen. Von vielen wird das, obwohl es mit Händen zu greifen ist, noch heute nicht begriffen, in der Geschichte aber wird die dumme Phrase von der Junkerpolitik Bismarcks sicherlich nicht zu finden sein.

Wenn man statt Junker Soldat sagen, wenn man statt über das Junkertum Bismarcks über seinen „Militarismus" klagen wollte, so hätte das eher Sinn, wenn darin auch keine Berechtigung zum Tadeln läge. Das, was man als Militarismus bezeichnet, ist im letzten Grunde die preußische Zucht, die Disziplin, kraft deren alle staatlichen Kräfte, alle Glieder des Regierungsorganismus in seinen verschiedenen Abteilungen auf ein einziges

Ziel hinarbeiten, das System, wo allen von unten hinauf bis zur obersten Stufe mit Einschluß des Souveräns Gehorsam, Unterordnung seiner Neigungen und Meinungen unter das Nächsthöhere, zuhöchst unter das Staatsinteresse die erste Tugend ist. Alles klappt bei diesem System, alles greift in einander, alles geht ohne Aufenthalt von statten, wie in der Armee, die nur der deutlichste Ausdruck des Geistes, von welchem alle Einrichtungen und Angehörigen des Staates durchdrungen sind, und die Haupt- und Zentralschule ist, welche diesen Geist der Bevölkerung mitteilt. Ein solches System, von dem Bismarck selbst einmal geäußert hat: „Ich habe den Ehrgeiz, persönlich einmal das Lob zu verdienen, welches die Geschichte der preußischen Disziplin erteilt hat," verträgt sich sehr wohl mit einem reichlichen Maße politischer Freiheit, dagegen ist es allerdings unvereinbar mit der parlamentarischen Regierungsform, wie sie von unsern Liberalen erstrebt wird, und wie sie nur in ihrer Unbeständigkeit stetig, wie sie in ihrer Aktion immer gehemmt und zu Halbheiten gedrängt, immer unruhig sein wird, während im politischen Leben nichts der raschen Offensive und der stetigen Widerstandskraft der so wie geschildert eingerichteten Monarchie gleichkommt.

Bismarck verkörpert das Ideal des preußischen Offiziers, des preußischen Beamten, nicht das Ideal des preußischen Junkers, das ist die Moral unsrer Betrachtung. Jenes mit diesem verwechseln, heißt entweder verblendet oder unehrlich sein. Die Nachwelt wird sich solcher Thorheit oder Schlechtigkeit nicht schuldig machen.

Ganz dasselbe aber gilt von hiermit verwandtem Gefasel liberaler Kreise. „Es ist nur ganz begreiflich," sagt Vischer,*)

*) Altes und Neues, Heft 3, Stuttgart, 1882, S. 141.

„daß die [politischen] Atomisten dem Manne, dessen Lebenszweck ist, lebendige Einheit, Verband, Gemeinsamkeit zu schaffen, Herrschaft der Vielköpfigkeit zu stürzen — daß sie diesem das Gegenteil vorwerfen: er wolle nur sein herrisches Ich. Und das Volk hat sich einreden lassen, es sei eine Schande, wenn ein Mann so viel thue; es hat sich scheu machen lassen vor der Zahl 1. Es ist ja wohl ein Unglück, so viel gescheiter und thatkräftiger zu sein als die meisten. Die Menschen können den Gedanken nicht ertragen, daß der Verstand und Wille von so vielen in Einen zusammengefaßt sei; sie hassen ihn und säen Haß gegen ihn. Genie sein — das ist immer ein tragisches Schicksal. Auch ist nur ganz wahr, daß es ohne Gewaltthätigkeit nicht abgeht, wo ein Geist so hoch hervorragt, und nicht ohne Menschenverachtung, wo er so schwer mit dem Kleinen kämpfen muß."

Goldne Worte! Auch jenes Gerede beschränkter und neidischer Philister wird einst als das erkannt werden, was es ist, und schon stehen in der neuen Generation die Füße der Leute vor der Thür, die es hinaustragen und begraben werden.





Viertes Kapitel.

Diplomatische Indiskretionen.

Die Diplomatie ist die Kunst, den berechtigten Eigennutz eines Staates auf dem Wege von Verhandlungen mit andern Staaten zur Geltung zu bringen. Ihre Aufgabe besteht mit andern Worten darin, das politische Gemeinwesen, welchem der betreffende Minister des Auswärtigen, der betreffende Botschafter, Gesandte, Geschäftsträger u. s. w. angehört, durch Beobachtung, schriftliche oder mündliche Vorstellung und Überredung gegen auswärtige Gegner zu verteidigen, das Zustandekommen ihm feindlicher Allianzen zu verhindern, ihm Verbündete zu gewinnen und zu erhalten und mit ihnen nach Möglichkeit so zu operiren, daß in erster Linie die Interessen des Fürsten und des Volkes, die der Diplomat vertritt, gefördert, deren Einfluß, deren Macht und Wohlstand gehoben und erweitert werden.

Alles andre, was sonst noch als unter die Obliegenheiten eines diplomatischen Agenten fallend angesehen wird, ist Äußer-

lichkeit, Nebensache, bloßes Ornament. Wenn manche, ja vielleicht die meisten der Herren darauf mehr Wert und Gewicht legen, so ändert das nichts an der Sache, wirft vielmehr nur ein bedenkliches Licht auf die Kapazität jener, ungefähr wie die Meinung und das Thun gewisser Philologen, die viel Aufhebens von Nebendingen machen. Man vermutet, sie wüßten nicht viel vom Wesentlichen ihrer Wissenschaft oder hätten nicht die Kräfte, sie darin zu fördern.

Fragen der äußern Repräsentation, der Etikette, des Zeremoniells haben allerdings bei der Gestaltung unsrer Hofsphären ihre Bedeutung, und genaue Kenntnis, sorgfältiges Studium der auf diesem Gebiete geltenden Regeln und Normen ist dem, der sich in ihnen zu bewegen und zu wirken hat, unerläßlich, aber Wahrung des Vorteils seines Auftraggebers in politischen Angelegenheiten ist und bleibt die erste Pflicht und der vornehmste Zweck dessen, der auf einen diplomatischen Posten gestellt ist. Seine Mission ist nahe verwandt mit derjenigen der Militärs höhern Grades, desgleichen mit der, welche die Geistlichen der katholischen Kirche, soweit sie ein politisches Gebilde, eine weltliche Macht sein will, sich von ihren Obern übertragen sehen.

Diese Verwandtschaft hat dazu geführt, daß die Diplomatie sich vielfach aus den Kreisen der Generale und andrerseits aus denen der Prälaten ergänzt hat. Im Mittelalter galten die letztern als zu politischen Verhandlungen vorzugsweise geeignet, und zwar nicht bloß darum, weil sie beinahe allein im Besitze der Bildung waren, sondern auch weil die Kirche als streitende, nach immer mehr Einfluß und Ausdehnung ihrer Herrschaft strebende Macht, der doch der Gebrauch des Schwertes nicht ziemte und, wo die Päpste sich über solche Bedenken hinwegsetzten, oft aus äußern Gründen nicht thunlich war, die Kunst,

durch Benutzung von Leidenschaften und Sonderinteressen, durch Überredung, durch kluge Manöver andrer Art, durch Ränke und Schliche zum Ziele zu gelangen, bei ihren Würdenträgern — beiläufig nicht immer zum Schaden der Menschheit — in besonders hohem Maße ausgebildet hatte. Noch jetzt gelten die Kardinäle, Nuntien und Legaten Roms als ungewöhnlich feine Diplomaten, wobei indes nicht außer Acht gelassen werden darf, daß ihnen eine tausendjährige Überlieferung mit oft bewährten Rezepten und Maximen zu statten kommt.

So war es nicht zu verwundern, wenn weltliche Fürsten sich auch in den letzten Jahrhunderten noch bis in das unsrige herein ursprünglich dem geistlichen Stande angehöriger Politiker zu ihren Zwecken bedienten, und zwar nicht selten mit bestem Erfolge, da die Betreffenden mit ihrer Geschicklichkeit dann in der Regel dem Könige so gut dienten, wie sie in andrer Stellung dem Papste gedient haben würden. Jedem Leser werden dabei Richelieu und Mazarin und aus späterer Zeit Talleyrand, der Bischof von Autun, einfallen, der das Musterbild eines Diplomaten der vorbismarckschen Ära war, und ebenso kann mit einiger Einschränkung auf die Stellung hingewiesen werden, welche die preußische Regierung vor etlichen Jahren dem Kardinal Hohenlohe zugedacht hatte.

Die Verwandtschaft der höhern Militärs mit der Diplomatenwelt liegt zu sehr am Tage, als daß sie ausführlich hervorgehoben zu werden brauchte. Wir sprechen von diplomatischer Strategie, von diplomatischer Taktik, von diplomatischen Kampagnen. Wir haben bis auf unsre Tage französische Generale als Gesandte an fremden Höfen fungiren sehen; es sei nur an Pelissier in London, an Fleury und Chanzy in Petersburg erinnert, und nicht minder sind preußische und andre deutsche höhere Militärs vielfach in diplomatischen Geschäften verwendet

worden; ich nenne als Beispiele wieder nur die Mission, die den Generalleutnant von Müffling 1829 zur Vermittlung des Friedens zwischen Rußland und der Pforte nach Konstantinopel führte, die Generale von Manteuffel, von Rochow (Bismarcks Vorgänger als Vertreter Preußens bei der Bundesversammlung), von Schweinitz (erst in Wien, dann in Petersburg), von Röder (bis vor kurzem in Bern) und von Fabrice, der 1871 in der Übergangszeit den Verkehr mit Thiers und der Versailler Diplomatie vermittelte. Auch der Umstand, daß Bismarck, allerdings nur dem Titel nach, eine Charge in der Armee bekleidet und dies durch fast ausschließliches Tragen der Uniform hervorhebt, kann auf die nahe Verwandtschaft der militärischen Aufgaben mit den diplomatischen hindeuten.

Außer den geistlich und soldatisch geschulten Köpfen und den Fachdiplomaten bediente sich die Politik der Fürsten auch noch andrer Kräfte, deren Leistungen nicht deshalb gering geschätzt werden dürfen, weil sie nicht in amtlicher Stellung sind. Ich meine die Damen und die Juden. Der Einfluß, den die Frau von Crüdener, die Fürstin Liven, die Herzogin von Dino übten, ist bekannt; wir können ihnen aus neuester Zeit die Königin und die Prinzessin von Preußen während des Krimkriegs,*) die Erzherzogin Sophie, die verstorbene Königin von Holland, die ebenfalls aus dem Leben geschiedene Großfürstin Helene und die Kaiserin Eugenie an die Seite stellen, und auch sonst hat die Politik im Unterrock vielfach an den Höfen, in den Ministerien und in den Salons der Diplomaten eine Rolle gespielt, bisweilen Gutes fördernd, häufiger Unerfreuliches anrichtend, meist von Gefühlen, selten von verständiger Überlegung bewegt, immer aber so merkbar, daß man sich bei allen sonst schwer be-

*) Bloomfield, Reminiscenses of Court and Diplomatic Life II. 34, 51.

greiflichen Fällen zu der Frage gedrängt fand: Ou est la femme? Ich konstatire hier bloß die Thatsache und suche nicht nach den Gründen der Erscheinung, da das von meinem eigentlichen Thema zu weit abführen und, gründlich betrieben, Verhältnisse bloßlegen würde, die heiklicher Natur sind. Es genüge, zu bemerken, daß die Geltung, die ein Gesandter sich an dem Hofe erwirbt, bei dem er akkreditirt ist, und die Dienste, die er seinem Souverän dort leistet, nicht in allen Fällen sein eignes Werk sind. Die Orden, mit denen er dekorirt wird, müßten, wenn sie das wahre Verdienst belohnen sollten, zuweilen die Brust seiner bessern Hälfte oder die einer Freundin unter den Damen jenes Hofes zieren. Auch an die Stelle in Niebuhrs Lebensnachrichten ist hier zu verweisen, wo er sagt: „Am römischen Hofe [beim Papste] ist gut Gesandter sein; denn da giebts keine Hofdamen."

Andrerseits haben die geriebenen, rührigen und zähen Weltbürger jüdischen Stammes auf diplomatischem Felde nicht selten als Kundschafter, Vermittler und Zuträger Verwendung gefunden, (so der im Jahre 1805 als Vertrauter Haugwitzens und Faktor des preußischen Kabinets in dessen Beziehungen zu den fremden Gesandtschaften thätige, für das französische Interesse arbeitende Ephraim) und noch häufiger hat sich die Diplomatie ihrer zur Einwirkung auf die öffentliche Meinung vermöge der Presse bedient. Mitunter waren sie sogar mehr als bloß untergeordnete Agenten, ihr Rat, ihre stille Thätigkeit übten bisweilen entscheidenden Einfluß. Aber abgesehen von der dritten französischen Republik, in welcher die Juden, gleichviel ob getauft oder nicht, eine bisher unerhört wichtige Rolle spielen, brachten sie es nur, wenn sie oder ihre Väter dem Glauben ihres Volkes den Rücken gewendet und das Christentum angenommen hatten, zu Gesandtschaftsposten oder gar zum Portefeuille eines Ministers des Aus-

wärtigen. Beispiele der letztern Art sind u. a. Disraeli-Beaconsfield, der Diplomat Hamburger, welcher Gortschakoff zur Berliner Dreikaiserzusammenkunft von 1872 begleitete, und ein früherer diplomatischer Beamter des Zaren, der Lieferant gewesen und in dieser Sphäre als gewandter Unterhändler erkannt worden war, und der dann Vertreter des moskowitischen Interesses bei einem der westlichen Höfe wurde.

Um die Pflichten, die mit einer bedeutsamen diplomatischen Mission verknüpft sind, in ersprießlicher Weise zu erfüllen und deren Zwecke zu erreichen, bedarf es einer Anzahl von Eigenschaften, die sich selten in einer Persönlichkeit vereinigt finden. Haupterfordernis zu erfolgreicher Thätigkeit auf diesem Gebiete sind zunächst politischer Verstand und praktischer Sinn im allgemeinen, gründliche geschichtliche und geographische Bildung, Vertrautheit mit den Traditionen des betreffenden Hofes, Vorurteilslosigkeit, Menschenkenntnis, kaltes Blut, ein helles Auge und ein scharfes Gehör für die Entwicklung der Dinge, für den Unterschied zwischen Schein und Wirklichkeit, zwischen Wichtigem und Unwesentlichem, ferner Takt, Feingefühl, Verschwiegenheit und die Gabe, liebenswürdig, nach Befinden aber auch fest und entschieden aufzutreten, schließlich und besonders in dem Falle, wo daheim ein Genie an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten steht, eine Denkart, welche ihre Ansichten, Interessen und Wünsche den Gedanken und Anordnungen des leitenden Geistes unterzuordnen und anzupassen weiß. Ein hoher Rang von Geburt aus kann dabei nicht schaden, und kann man gar Angehörige fürstlicher Familien für den diplomatischen Dienst gewinnen, so hat das nicht unerhebliche Vorteile, immer vorausgesetzt, daß auch solche Persönlichkeiten Disziplin halten und dem Willen ihres Ministers sich unter allen Umständen anbequemen. Die Erziehung, die der bemittelte Adel genießt, eignet sich, was

man auch gegen sie vorgebracht hat, unzweifelhaft besser für die höfischen Kreise, in welchen der Gesandte zu leben und zu wirken berufen ist, als diejenige, die den Kindern und den halbwüchsigen Söhnen des Bürgerstandes zu Teil wird, und ein Botschafter aus dem kleinsten souveränen Hause wird selbst dem Kaiser von Rußland bis zu einem gewissen Maße als Seinesgleichen erscheinen und vertrauter mit ihm verkehren, ihn leichter für die ihm gewordenen Aufträge gewinnen können als ein andrer; an Durchlauchten, welche einen Staat am Hofe von Emporkömmlingen wie Napoleon und Eugenie vertreten, gar nicht einmal zu denken. Am wenigsten passen zu diplomatischen Posten im allgemeinen Gelehrte, deren Beteiligung an praktischer Politik überhaupt nicht zu wünschen ist, da sie fast durchgehends Doktrinäre sind und als solche leicht in grobe Irrtümer verfallen, die Mißgriffe zur Folge haben. Josias von Bunsens Beispiel spricht nicht gegen diese Behauptung, sondern sehr entschieden für dieselbe; sein Ideal eines festen englisch-preußischen Bündnisses war eine Schrulle, die dadurch, daß Vincke und sein Anhang sich auch für sie begeisterten, nicht vernünftiger wurde, seine Ansicht, daß eine Wiederherstellung Polens möglich und nützlich, eine äußerst bedenkliche Phantasie.*) Ein Gesandter muß ferner in geordneten Vermögensverhältnissen leben, keine Schulden

*) Daß er's mit der Wahrheit nicht genau nahm, mag ein aus besonders guter Quelle geschöpftes Beispiel zeigen. Während des Krimkriegs berichtete er aus London nach Berlin, die Engländer würden Preußen Schleswig-Holstein verschaffen, wenn es sich gegen Rußland am Kriege beteiligte, und in London wieder äußerte er den Ministern gegenüber, Preußen verspreche für den Fall, daß ihm die Elbherzogtümer zugesichert würden, gegen die Russen zu marschiren. Beide Behauptungen waren natürlich unbegründet, und als das herauskam, bewog man ihn, seine Entlassung zu nehmen. Als darüber beim Könige gesprochen wurde, bemerkte dieser: „Zwanzig Jahre hat man den als Freund betrachtet, und nun macht er solche Sachen.“ Der alte General von Rauch aber sagte: „Zwanzig Jahre hat der Ew. Majestät belogen und betrogen.“

haben, von keinen Bedürfnissen abhängen, „bei denen er sich zuletzt sagen muß, fünf von vier geht nicht, borg ich mir eins," und keine Neigung besitzen, an der Börse oder in Grundstücken, Ernten u. dergl. zu spekuliren, weil er sonst Gefahr läuft, auf Kosten der Interessen oder der Ehre seines Staates Finanzjuden gefällig sein zu müssen. Schließlich ist es aus Gründen, die auf der Hand liegen, wünschenswert, daß seine Frau keiner fremden Nation angehört.

Jene besondern Anlagen schienen vor etwa zwanzig Jahren unter dem Adel der romanischen und slavischen Welt häufiger zu sein als unter den vornehmen Geschlechtern in Deutschland. Seitdem ist Bismarck aufgetreten, nachdem er seine Begabung schon als Bundestagsgesandter und gleichzeitig als Berater Manteuffels und Friedrich Wilhelms des Vierten jahrelang im stillen kundgethan hatte. Die Kaunitzsche Politik der Österreicher zog beim Frankfurter Fürstentage und in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ihm gegenüber den kürzeren, Benedetti und Gramont verfielen unter seinen Händen der Lächerlichkeit, Gortschakoff hatte vor seinem überlegenen Verstande die Segel zu streichen. Aber er war immer doch nur eine eminente Ausnahme von der Regel. An unsern übrigen Diplomaten wird manchem, der ihnen in die Karten zu sehen Gelegenheit hatte, auch heute noch manches recht mangelhaft erscheinen, ja sie werden, seit man sie an dem Ideale eines Gesandten und eines Ministers des Auswärtigen messen kann, ihm sogar unbedeutender vorkommen als die früheren. Indes dürfen wir, um billig zu urteilen, nicht außer Acht lassen, daß die Anforderung an unsern Adel, dem Staate nicht bloß Offiziere, sondern auch Diplomaten und überdies Hofleute zu stellen, besonders vor 1866 und noch bis 1871 weit stärker war als in andern Ländern Europas. Das Kontingent, das man bei

der damaligen Vielstaaterei bedurfte, war so zahlreich, daß man nicht sehr wählerisch sein konnte. Es war ein von vielen empfundener Übelstand, der sich aber nicht heben ließ. Denn einmal gehörte es hergebrachtermaßen zur Würde auch der kleinen Souveräne, daß sie wenigstens ein paar Gesandte oder Geschäftsträger oder schlimmstenfalls Anteile an solchen hatten, und andrerseits waren die angesehenen und einflußreichen Familien, welche ihre Söhne auf derartigen Posten zu sehen gewohnt waren, selbstverständlich ganz entschieden gegen jede Verminderung derselben, und aus den nämlichen Beweggründen zum guten Teile widerstrebten die gleichartigen Adelsgeschlechter in den auswärtigen Staaten Europas der Einheit Deutschlands und der damit verbundenen Vereinfachung seines Apparates zu diplomatischem Verkehr. Wie mancher behagliche Ruheposten mußte ihnen damit verloren gehen! Wo sollten sie, wenn die Attachéstellen an den liebenswürdigen, angenehmen deutschen Duodezhöfchen wegfielen, ihre jungen Leute hinschicken, um ihnen die ersten Handgriffe beibringen, sie sich Routine für die wirkliche diplomatische Arbeit erwerben zu lassen, die ihrer bei mehr Reife an großen Höfen wartete? Fürwahr, es sprach gegen den Plan eines deutschen Bundesstaates mit seiner einheitlichen Vertretung nach außen hin gar vieles, was von kurzsichtigen Leuten, die Patrioten sein wollten, wenig oder garnicht beachtet wurde und doch zentnerschwer ins Gewicht fiel.

Die Bismarcksche Reformation hat diesem den einen idyllischen, den andern anstößigen Zustande bis zu einem gewissen Maße ein Ende gemacht. Wir haben seit der Gründung des Norddeutschen Bundes viel weniger Gesandtschaften und Geschäftsträgerposten als ehedem, und seit der Entstehung des Deutschen Reiches noch weniger, aber für die Wünsche mancher und wohl auch für den Grad der Befähigung unsers Adels-

standes, tüchtige Diplomaten zu liefern, immer noch zu viele, und andrerseits gehen noch nicht wenige unsrer Kavaliere, nachdem sie sich ein paar Jahre auf einer Universität Studirens halber aufgehalten, nur durch die diplomatische Schule, statt sich vorher eine Zeit lang als Referendar, Landwirt oder sonst was das Leben außerhalb der Hofwelt anzusehen, praktische Kenntnisse zu sammeln und arbeiten zu lernen. Und doch ist das umso notwendiger, als seitdem die meisten Posten dieser Art wesentlich an Bedeutung gewonnen haben. Die immer bloß ornamental gewesenen, welche die kleinen Höfe sich über die Sündflut hinaus gerettet haben, freilich nicht. Indes hat es mit diesen keine Not. „Mit Unrecht," bemerkte der Kanzler in Reims gegen uns, „wird von manchen Leuten Gefahr in der Beibehaltung diplomatischer Vertreter der Kleinstaaten neben denen des Bundes gewittert. Wären solche Staaten sonst mächtig, so könnten sie auch ohne offizielle Repräsentanten an fremden Höfen Briefe austauschen und mündlich gegen das eine und das andre, was wir vorhaben, intriguiren. Ein Zahnarzt oder eine andre Persönlichkeit der Art könnte das besorgen."

Wenn unsre Muhme Räder hätte, so wäre sie ein Omnibus. Übrigens ist hinzuzufügen, daß Bismarck der Meinung ist, daß in der Sache nur bis zu einem gewissen Maße durch die Finger gesehen werden dürfe. In Versailles erwähnte im Verlaufe eines Tischgespräches der Minister Delbrück, daß Baiern bei den Verhandlungen über eine neue Organisation Deutschlands Anspruch auf eine Art Mitvertretung des deutschen Bundesstaates oder Reiches im Auslande erhoben habe (es war im Herbst 1870 geschehen), die man sich so vorstelle, daß, wenn der preußische oder vielmehr der deutsche Gesandte oder Botschafter abwesend sei, der bairische die Geschäfte fortführe. Dazu bemerkte der Kanzler: „Nein, alles andre, aber das

geht wirklich nicht; denn es kommt doch nicht auf den Gesandten an, sondern auf die Instruktionen, die er bekommt, und da hätten wir zwei Minister des Auswärtigen für Deutschland."

Unter den jungen Herren, welche unmittelbar nach ihrem Abgange von der Universität oder bald nachdem sie ihr Freiwilligenjahr abgedient haben, einer Gesandtschaft beigesellt werden oder in das Büreau eines Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten eintreten, befinden diejenigen sich in besonders günstiger Lage, denen die französische Sprache von Kindheit auf angelernt und in unausgesetztem Gebrauch erhalten worden ist. Erscheint ein solcher angehender Diplomat nicht sonst ganz und gar unfähig, so müßte es mit wunderbaren Dingen zugehen, wenn er nicht mit der Zeit einigermaßen Karriere machte und wenigstens eine kleine, nicht viel erfordernde und nicht viel bedeutende Gesandtschaft bekäme, die aber immerhin mit dem Titel Excellenz verbunden ist und gelegentlich einen stattlichen Ordensstern oder gar ein Großkreuz abwirft. Das Französische wird nicht nur im mündlichen, sondern auch im schriftlichen Verkehr mit dem größten Teile des Auslandes gebraucht, soweit amtliche Unterhandlungen stattfinden, und es ist zugleich das unentbehrlichste Vehikel de l'art de causer, der Kunst, angenehm zu sprechen, ohne etwas damit zu beabsichtigen. Schon im diplomatischen Examen wird daher vorzugsweise auf den französischen Stil gesehen, in welchem die dem zukünftigen Talleyrand oder Bismarck aufgegebenen Arbeiten abgefaßt sind. Auf sein Deutsch wird weniger gegeben, und früher scheint man dasselbe als noch unwichtiger betrachtet zu haben. Ich habe Gesandtschaftsberichte unter den Händen gehabt, deren Verfasser selbst mit der Grammatik auf gespanntem Fuße standen, von einigermaßen logischer Gedankenfolge ganz zu schweigen.

Indes wären solche Mängel bloße Äußerlichkeiten. Aber auch der Inhalt der unerfreulichen Form läßt den Leser solcher Elaborate nicht selten den Kopf schütteln und sich lächelnd fragen: „Was thu ich damit?“ Das hängt aber zum Teil mit andern Eigentümlichkeiten der Schule zusammen, welche der Herr Gesandte durchgemacht hat. In das auswärtige Amt eingestellt oder als Galopin oder sonstwie einer Legation beigegeben, lernt der Lehrling des Diplomatengewerbes bald die beiden Hauptrichtungen kennen, nach denen er nunmehr thätig zu sein und sich auszubilden hat, die persönliche und die geschäftliche, den Salon und das Büreau, und da zeigt sich in der Regel, daß wir alle schwache Menschen sind und des Ruhmes mangeln, den wir vor Gott, dem Wesentlichen und Wahrhaftigen, haben sollen. Jeder von den alten Herren ist einmal ein junger Herr gewesen und erinnert sich, an welchen von den beiden Orten es ihm damals am besten gefiel, als er das Examen hinter sich und die Welt vor sich hatte. Man ist genötigt und sieht sich gern genötigt, alle Sorgfalt auf ein möglichst vorteilhaftes Exterieur zu verwenden. Man wird an den Hof eingeladen, man verkehrt sonst in vornehmen und reichen Häusern, z. B. bei Finanzgrößen, die sich von dem Glanze alter Adelsgeschlechter bestrahlen lassen, man dinirt, soupirt, tanzt, spielt, besucht den Jokeyklub oder einen andern gleichen Genres und thut das alles keineswegs bloß zum Vergnügen, ja vorwiegend aus Pflichtgefühl; denn das alles ist de la plus stricte nécessité. Man muß sich orientiren, sich bekannt machen unter der Elite der Gesellschaft, sich ihr nach Kräften empfehlen, man hat die Personen und Zustände des Hofes zu studieren und zu sorgen, daß man selbst nicht verborgen bleibt, sondern geschätzt, gesucht und ausgezeichnet wird. Es ist die erste Aufgabe des Novizen, und wie und wo ließe sich die anders lösen, als durch fleißige und

gewissenhafte Benutzung der eigens zu diesem Zwecke bestimmten Einrichtungen und Gelegenheiten. Insofern läßt sich gegen die Sache gewiß nichts einwenden. Nur ist die Folge, daß die Mehrzahl der in die Praxis der Diplomatie eintretenden jungen Kavaliere der anziehendern Seite ihrer Berufsthätigkeit ihre Aufmerksamkeit vor der andern zuwenden, und daß die Auffassung und Methode des Lebens, die sie sich dort aneignen, auf die Art und Weise einwirkt, wie sie die Geschäfte beurteilen und behandeln. Sie gewöhnen sich im Umgange, namentlich mit ihren Bekanntschaften vom diplomatischen Korps, an den Gebrauch leerer, rein konventioneller Phrasen, sie lernen, Wohlgefallen an „geistreichem", aber inhaltsarmem Geplauder, am Witzeln, an pikanten Anekdoten, an mehr oder minder feiner Malice und Medisance zu finden, den anwesenden Gegnern jede Artigkeit zu erweisen, über die abwesenden Freunde mokante Bemerkungen fallen zu lassen, Ränke zu spinnen, die Bekannten auch um Kleinigkeiten anzubohren und auszuhorchen und die Wahrheit nur mit Modifikation zu reden. Sie kommen dahin, daß der Schein ihnen zum Wesen wird, und daß sie dem Nebensächlichen vor dem Wichtigen den Vorrang einräumen, und alles das wird ihnen allmählich so sehr zur zweiten Natur, daß sie darnach, bisweilen für ihre ganze Lebenszeit, die Geschäfte behandeln, daß sie darauf vorzüglich ihr Streben richten, darin ihren Ruhm suchen und damit ihre Berichte füllen.

Das ist der Weg, den die meisten ältern Diplomaten gegangen sind, und den der Nachwuchs mit wenigen Ausnahmen noch jetzt verfolgt. Vergegenwärtigen wir uns, um die Folgen zu erkennen, einen auf ihm ausgebildeten Gesandten. Gilt es, die Regierung, bei der man beglaubigt ist, zu bewegen, ihre Stimme mit derjenigen der eignen Regierung in einer bei einer dritten Macht schwebenden Angelegenheit zu vereinigen, und ist

die Sache mittelst einer Depesche oder Verbalnote eingeleitet, so beginnt die Thätigkeit, die von solchen Diplomaten als die allein wirksame betrachtet zu werden pflegt, das Intriguiren, der Versuch, die Menschen bei ihren schwachen Seiten zu fassen, sie mit Vorspiegelungen zu täuschen, sie mit Scheingründen zu verlocken, wobei ein tüchtiger Küchenchef und ein Keller mit auserlesenen Getränken unter Umständen gute Dienste leisten können, wenn auch die Tage vorüber sind, wo Minister oder Gesandte von ungewöhnlicher Kapazität im Vertragen von Spirituosen diplomatischen Agenten solange zutranken, bis dieselben Zusagen gegen ihre Instruktion machten.

Früher erfanden Diplomaten auch selbst nicht selten Leckerbissen für die Tafel, Saucen, Puddings und andre Gerichte. Ich erinnere nur an den Pudding Nesselrode und an den Pouding glacé à la Metternich, an das Pain d'abricots à la Richelieu, die Quenelles de volaille à la Talleyrand, den Saumon à la Richelieu und das Filet de bœuf à la Westmoreland. Ein junger Diplomat, der die Bedeutung der Kochkunst für sein Gewerbe erkannt hatte, hob sorgsam die Menus der Diners und Soupers des Chefs seiner Legation auf und stellte sie schön eingebunden in seine Bibliothek, vermutlich, um von Zeit zu Zeit Lebensweisheit in ihnen zu studiren oder sich mit dem Hauptkapitel der Kunst, Menschen zu lenken, bekannt zu machen.

„Tout s'arrange en dînant dans le siècle ou nous sommes,
Et c'est par les diners qu'on gouverne les hommes.“

Ich bin nun zwar nicht der Meinung, daß diese Boileauschen Verse Recht haben, und daß jener Attaché in seinem Menu-Buche einen besonders wertvollen Schatz von Rezepten der Regierungskunst bewahrte. Mit andern Worten, ich bin überzeugt, daß die großen Fragen, welche die leitenden Persönlichkeiten selbst zu behandeln pflegen, auf diesem Wege niemals zur Entschei-

dung gebracht worden sind, und daß dies auch gegenwärtig nicht der Fall ist; aber es ist gewöhnlich der Weg und das Mittel der untergeordneten Hilfsarbeiter. Recht, öffentliches Wohl, allgemeine Interessen werden in der schriftlichen Unterhandlung betont und geltend zu machen versucht; in der persönlichen Unterhaltung über die betreffende Materie sind sie Phrasen, die nur selten zu brauchen sind. Man würde in der „Gesellschaft" als Schwachkopf belächelt werden, wenn man ihr damit kommen wollte. Sie sind nur salonfähig, wenn es einen notorischen Schwachmatikus auf diesem Gebiete zu bethören giebt, den die Umstände nichtsdestoweniger zu berücksichtigen gebieten. Es handelt sich darum, die Anhänger zu ermutigen und deren Anzahl zu verstärken, die Gegner zu gewinnen oder zu lähmen, und hier ist das Feld, auf welchem neben einer Überredungsgabe, die mit Eröffnung von Aussichten auch auf persönliche Vorteile, auf Orden, auf Beförderung von Verwandten u. d., mit Fernrückung solcher Aussichten und mit übler Nachrede operirt, mitunter Küche und Keller eine dankenswerte Rolle spielen. Die Sache selbst wird dabei vorläufig außer Acht gelassen, man sieht nur Personen vor sich, die man an sich zu ziehen und zu benutzen oder denen man ein Bein zu stellen hat, die Nebenarbeit, das Intriguenspiel, wird zur Hauptsache.

Hierin lag früher und liegt an vielen Stellen noch heute der gefährlichste Mangel bei der Ausbildung unsrer jungen Diplomaten und zugleich die Erklärung des Umstandes, daß manche von den ältern, die nur durch die oben geschilderte Schule gegangen sind, nur in der Luft der Höfe und derjenigen der von ihr durchdrungenen Sphäre der Gesellschaft gelebt haben, der Behandlung ernster und wichtiger Angelegenheiten nicht recht gewachsen sind. Über dem Glanze von Nebensachen ist ihnen der Sinn für den Kern der Dinge verloren gegangen oder

doch geschwächt worden, indem sie zu ködern suchen, laufen sie Gefahr, selbst geködert zu werden, was sie bei andern als des Begehrens würdig voraussetzen, erscheint am Ende auch ihnen des Erstrebens wert. Sie berichten über Nichtigkeiten, die nur höheres oder niederes Hofgesinde interessiren können, etwa: Der Beinschaden Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin X. (für unsre Politik ganz gleichgiltig) scheint sich verschlimmert zu haben — mit ausführlicher Motivirung dieser Ansicht, oder: Depesche Nr. 101. Das Befinden Sr. Majestät (beiläufig einer für uns ebenfalls durchaus irrelevanten Majestät) bessert sich. Depesche Nr. 102 (atemlos schon vom nächsten Tage). Se. Majestät haben vergangene Nacht gut geschlafen. Depesche Nr. 103. Die Krankheit Sr. Majestät ist im Abnehmen. Sie erstatten, auf einer Reise begriffen, ihrem Minister über jeden Empfang, der ihnen während derselben zu Teil wird, sagen wir in Pest, in Rustschuck, in Varna, beim Großwessir, beim Sultan, ausführliche Meldung. Sie werden in Betreff ihres Urteils über Zustände und Personen von der mehr oder minder aufmerksamen Behandlung abhängig, die man ihnen persönlich erweist, und damit zu Wetterfahnen, die heute dies und morgen das entgegengesetzte anzeigen, selten oder niemals aber das Rechte. Sie lassen sich, unerfahren in den Verhältnissen, die außerhalb des Hofes und des high life sich gebildet haben oder im Entstehen begriffen sind, wenigstens nur ganz oberflächlich mit ihnen bekannt, die absurdesten Fabeln, Mißverständnisse und Übertreibungen aufbinden, die sie dann, zuweilen in hochkomisch pathetischer Rede, ihren Mitteilungen an die heimische Regierung einverleiben. Ich habe, um nur auf ein Beispiel von vielen hinzudeuten, Referate eines auswärtigen Gesandten vor Augen gehabt, in denen über die Demokraten und Sozialisten in Sachsen und Böhmen Dinge zu lesen waren, deren Abgeschmacktheit und

Sinnlosigkeit geradezu gen Himmel schrie, und welche die betreffende Excellenz gleichwohl als baare Münze hingenommen hatte und nun seinem Kanzler hinzählte, damit er seinen Schatz von Kenntnissen mit ihnen bereichere. Ich bedauere aber hinzufügen zu müssen, daß ich gegründete Ursache habe, anzunehmen, es werde in dieser und ähnlicher Beziehung auch intra muros gesündigt, nur habe ich den Trost, daß dergleichen Unsinn bei dem, welchem es vorgetragen wurde, die rechte Würdigung gefunden haben wird.

Wie die genaue Kenntnis des Ordenssternhimmels, der sich über Europa wölbt, einem Diplomaten ganz unerläßlich ist, so giebt es Beispiele, daß das Dichten und Trachten solcher Herren vor allem dem Erwerbe dieser und jener Dekoration zugewandt ist. Dieses Verlangen wird bei manchem zur Leidenschaft, die so wenig jemals volle Befriedigung findet, wie die drei Dinge, welche ein etwas equivoker Bibelspruch als unersättlich bezeichnet. Wenn die Kabinette einmal wenig Neigung an den Tag legen, eine brennend gewordene Frage durch einen Kongreß der Lösung entgegenzuführen, so darf man darin ja nicht die Einwirkung ihrer Agenten vermuten. Im Gegenteile, wer von diesen auch nur entfernte Aussicht hat, zu einer derartigen Versammlung entsendet oder mitgenommen zu werden, der wird sich in der Regel mit allen Kräften bemühen, diese Aussicht sicherzustellen und zu verwirklichen, da bei solchen Gelegenheiten ein ungewöhnlich großer Sternfall einzutreten pflegt, der selbstverständlich auch seinen Frack segnen, je nach der Rangstufe, die der Hoffende bereits erklommen, oder dem Ordensbesitze, den er schon eingeheimst hat, ihm sogar einen breiten Großkordon über die Brust legen muß.

Eine andre Form des Ehrgeizes vieler Diplomaten hat sich in der neuesten Zeit ausgebildet. Sie prätendiren, die Presse

gering zu schätzen, sie soll fast nur schaden und wenig nutzen können — eine Meinung, die mit einigen Einschränkungen zutreffen könnte. Wunderbar ist nur, daß die Herren jene Schädlichkeit und geringe Nützlichkeit praktisch verleugnen, wenn es sich um ihre eigne Person handelt; denn eifrig sind sie darauf bedacht, daß diese selbe Presse ihre Verdienste von Zeit zu Zeit an die Sonne stellt und die kleinsten ihrer Leistungen, auch solche bisweilen, die von andern Leuten selbst mit dem Mikroskope nicht zu entdecken sind und in der That garnicht existiren können, dem verehrten Publikum zu Gemüte führt, damit es erkenne, was König und Vaterland in dem Betreffenden besitzen, und was sie ihm zu vergelten haben. Eine recht ansehnliche Reihe von Beispielen solcher Manöver von ruhmbedürftigen Gesandten und solcher Gefälligkeiten dienstwilliger Redakteure und Korrespondenten ließe sich aus meinen Sammlungen vorführen, wenn der Raum es gestattete und der Zweck dieser Zeilen Bloßstellung von Persönlichkeiten und nicht Hinweis auf die Notwendigkeit einer Reform von Zuständen wäre. Dazu gehört aber vor allem, daß neben dem Salon das Büreau in der Anschauung der Angehörigen des Faches endlich mehr zu Ehren komme.

Bismarck mit seinem sittlichen Ernste, seiner Geringachtung alles Scheines und Brimboriums, seiner Offenheit und seiner rastlosen Arbeit ist meines Wissens nur wenigen Diplomaten ein Musterbild geworden. Diese tragen vorzugsweise die Last der Geschäfte mit ihm, aber in Stille und Unscheinbarkeit. Sie haben bei ihrer Thätigkeit gleich ihm nur ihre Pflicht, den Dienst für den Staat, nicht ihren Vorteil, nicht höfische Gnade und Huld, nicht Zeitungslob im Auge. Sie suchen keine Gunst bei ihrem Vorgesetzten, keine fördernden Verbindungen und keine äußern Ehren. Ihre Arbeitskraft wird benutzt, aber sie arbeiten

gemeiniglich andre Leute, nicht sich selbst empor. Sie eignen sich meist nicht zum Repräsentiren und Intriguiren, gewöhnlich fehlt es ihnen an Vermögen oder am Henkel an ihrem Vatersnamen, und so hebt und belohnt sie nur ihr Gewissen. Gerade diesen Persönlichkeiten, den bildungsfähigsten und diensttauglichsten Kräften, den Arbeitsbienen neben den Drohnen im Stocke, den charaktervollen, den nichtfrivolen diplomatischen Beamten, sollten die Minister und die Chefs der Gesandtschaften mehr Aufmerksamkeit zuwenden, als gemeinhin geschieht. Indes sind die Schwierigkeiten dabei groß und mannichfach, und es gilt wohl auch hiervon der Spruch: Selig sind, die da nichts hoffen; denn sie werden nicht enttäuscht werden. Der Verfasser dieser Betrachtung aber würde sich nicht wundern, wenn ein junger oder alter Salondiplomat, dem der Zufall dieselbe in die Hand spielte, ausrufen sollte: „Wer zum Teufel hat das Zeug eingeblasen? Gewiß der Legationsrat N. N. — das Packpferd!“ Ich antworte für solchen Fall im voraus: „Mit nichten, Verehrtester, ganz und gar nicht. Es war eignes Studium an den ersten Quellen, eigne Beobachtung und Erfahrung, und Sie thäten vielleicht besser, statt sich zu entrüsten, ein wenig dankbar zu sein, daß meine Bilder für das große Publikum keine erkennbaren Porträts sein werden. Bedenken Sie wohl, Ihr Konterfei könnte sich darunter befinden.“

Früher war das Leben in den Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten in gewöhnlichen Zeiten ziemlich angenehm und mühelos, und die gewöhnlichen Zeiten erfuhren nur selten eine längere Unterbrechung. Seit Anbruch der Bismarckschen Ära ists umgekehrt, ein neuer Geist bewegt die Welt, es strömt viel Weltgeschichte herein in das einst so stille Deutschland, und es muß viel gearbeitet werden. Dennoch giebt es Naturen, selbst in hoher Stellung, die sichs bequem zu machen wissen, indem

sie die ihnen zukommende Last auf die Schultern andrer abwälzen. Man gewinnt dann reichlich Zeit für den Salon, für den Klub, zu andern Vergnügen, z. B. zu einem behaglichen Spielchen, zu Privatgeschäften und ähnlichem. Eine Stunde täglich im Amt, äußerstenfalls zwei müssen zur Erledigung der leidigen Obliegenheiten genügen, und natürlich hat man ein Anrecht darauf, sich von solchen immer noch fatalen Anstrengungen den vierten Teil des Jahres auf einem hübschen Landsitze oder auf Reisen zu erholen. Hony soit, qui mal y pense!

Noch weniger Arbeit verlangte und noch mehr Stunden für das Amüsement gewährte früher in ruhigen Zeiten dem Diplomaten ein Gesandtschaftsposten. Er war fast das reine Behagen und, namentlich an den kleinen Höfen, oft geradezu ein Idyll. Den Attachés oder Sekretären der Legationen an letztern kam wohl ein mehr oder minder gutes Gehalt, aber beinahe gar keine Leistung dafür zu. Damals saß ein solcher junger Baron oder Graf in den paar Stunden, die er der anmutigern Seite seiner dienstlichen Verbindlichkeiten zu entziehen nicht umhin konnte, gemütvoll an seinem Schreibtische in der Kanzlei, ein Manuel, einen Guide diplomatique von Martens und den unentbehrlichen Almanac de Gotha, in seltenen Fällen auch einen Heffter vor sich auf dem Pulte, in dem halbgeöffneten Schubfach aber einen wunderschönen neuen Roman, bei dessen Genuß ihn nur ab und zu das Eintreten des Chefs störte, dem Jagdpartien, Besuche von Kunstfreunden und ähnlichen Leuten, musikalische Matineen, Theaterproben und dergleichen angenehme Dinge mehr ebenfalls nicht allzuviel Muße zu den Geschäften übrig ließen. Dann und wann war eine Amtshandlung zu verrichten, die sich aber gewöhnlich rasch erledigen ließ. Höchstens, wenn Posttag war, gab es mehr zu thun. Jetzt sind jene Stunden zu verborgener Ausbildung des Geistes und Herzens

wo nicht ganz verschwunden, doch verdrießlich zusammengeschrumpft. Die Eisenbahn und der verwünschte Telegraphendraht haben sie verkürzt. Jene bringt so viel Angehörige des Staates, an dessen Vertretung der Attaché neben seinem Gesandten mitzuarbeiten hat, daß es kaum auszuhalten ist und fast zwei Stunden des Tages mit Dienstgeschäften vergeudet werden müssen; denn seltsamerweise stellen die Leute sich vor, die Gesandtschaft sei um ihretwillen da, und jeder hat irgend ein Anliegen, wobei „sein Gesandter" ihm mit Rat und That zur Seite stehen soll. Manche haben überdies eine Stellung im Staate oder in der Gesellschaft, die zu besonders aufmerksamer Behandlung ihrer Sache nötigt, obgleich von ihnen kein Gegendienst zu hoffen steht; sie sind z. B. Landtags- oder Reichstagsmitglieder. Kurz und gut: man wird überlaufen. Sonst war das Register der höhern Geschäfte im wesentlichen ein fürstliches und hochadeliches Seitenstück zu den bürgerlichen Standesamtslisten: man begegnete in ihm fast nur Notifikationen von Geburten, Trauungen und Sterbefällen königlicher, herzoglicher und gräflicher Häuser. Jetzt giebt es beinahe kein Gebiet des Staatslebens, worüber nicht gelegentlich Bericht erstattet und unterhandelt werden soll. Eisenbahnen, Schulwesen, Gewerbesachen, Tabaksfabrikation, die Lage der Landwirte, die Holzpreise, die Arbeiterverhältnisse, die Haltung der katholischen Geistlichkeit — alles soll die bedauernswerte Gesandtschaft verstehen; sie möchte allwissend sein und weiß doch, wenn sie bei sich nachfragt, so wenig. Da mag es denn wohl bisweilen zu Seitenstücken zu folgender köstlicher Historie kommen, die ich vor einigen Jahren in mein Tagebuch eintrug, und die ich demselben nur mit Auslassung der Namen entnehme. „Heute früh kommt * zu mir und liest mir eine Stelle aus dem gestern von ihm erwähnten Briefe vor, in welchem ihn der Gesandtschafts-

attaché Graf **, den er früher als Hauslehrer unterrichtet, in Kenntnis setzt, daß sein Chef, ***, ihm aufgegeben, ihm binnen zwei Monaten eine Denkschrift über die N. N.schen Finanzen und besonders über das Tabaksmonopol anzufertigen. Er aber habe davon keine Ahnung. Ob * ihm nicht etwas der Art zusammenschreiben könne. — Das heißt doch am Ende: der Herr Ambassadeur in St. will einen Bericht, vermutlich als auf eignem Beete gewachsen, hierher an den Chef schicken. Er bestellt sich den bei einem jungen, unwissenden Attaché, und dieser bittet einen Subalternbeamten des Ministeriums daheim, ihm aus der Not zu helfen und über die betreffenden Verhältnisse Auskunft zu erteilen, die dann wieder als Produkt des Gesandten an ihren wahren Fabrikationsort, X, Ystraße, Nummer soundsoviel, zurück kehren soll, wo man vor vier Wochen nur die Zeitungen zu lesen brauchte, um über die Sache die auf diesem Wege in etwa zehn Wochen aufgeklärt sein könnte, das Nötige zu erfahren."

Kehren wir zu unsrer allgemeinen Betrachtung zurück und fügen wir dem dort über die jetzige „Überbürdung" der Gesandtschaften bemerkten noch hinzu, daß dazu in dringenden Fällen fast täglich Telegramme kommen, die ohne Verzug beantwortet sein wollen, so können wir wohl mit den betreffenden Diplomaten seufzen: „Verlegenheit über Verlegenheit!" und ohne daß wir uns weiter umschauen, wird jeder Leser erkennen, daß unter die Menschenklassen, die heutzutage, um rechtlich vorwärts zu kommen und nützliche Mitglieder der Gesellschaft zu sein, mehr lernen und mehr arbeiten sollten, auch das Personal der Gesandtschaften gehört. Daraus scheint aber zu folgen, daß man bei der Auswahl desselben mehr als früher oder sagen wir, noch mehr als früher auf Befähigung, Interesse am Wissen und Fleiß und weniger als bisher auf Geburt und Familienverbindungen sehen sollte.

Ist aber das Personal der Gesandtschaften noch so gut unterrichtet, intelligent und arbeitslustig, so kann es doch nur dann gehörig funktioniren, wenn der Chef desselben weiß, was er für den oder jenen Fall zu thun und zu unterlassen hat. Die Instruktion des Agenten ist Aufgabe des Ministers, und es ist für den ganzen Wert der Vertretung eines Souveräns bei den auswärtigen Höfen und Kabinetten durchaus wesentlich, daß ihre Mitglieder jederzeit von den Anschauungen und Absichten der eignen Regierung genaue Kenntnis bekommen und mit bestimmten Weisungen in Betreff ihres Verhaltens bei den gerade vorliegenden Fragen versehen werden. Eine Regierung muß aber, um ihren Repräsentanten im Auslande vorschreiben zu können, wie sie in dieser oder jener Angelegenheit sprechen und handeln sollen, selbst erst wissen, was sie will und wie sie es gewinnen kann: sie muß eine klare, unzweideutige, feste Politik haben. War das früher bei uns vielfach und namentlich während der sogenannten „neuen Ära“ des politischen Lebens Preußens nicht der Fall, charakterisirte sich damals die Berliner auswärtige Politik durch Gedankenarmut, Unentschlossenheit und Schwanken, so hat sich jetzt niemand über diese Mängel zu beklagen. Wir haben nunmehr seit länger als zwei Jahrzehnten reichlich für ganz Deutschland, was uns in dieser Beziehung notthat. Dagegen hat sich bisweilen und gerade bei wichtigen Gesandtschaften ein andrer Mangel auch nach dem Amtsantritte Bismarcks fühlbar gemacht: die Insubordination gewisser diplomatischer Agenten, die sich für klüger hielten als ihr Minister und darnach zu handeln versuchten. Jedermann wird dabei sofort an den Grafen Harry Arnim denken, aber schon ein Vorgänger desselben auf dem Pariser Posten, von der Goltz, hatte sich, wie wir weiter unten sehen werden, in ähnlicher Opposition gefallen, wenn er auch nicht so weit gegangen war

als sein übernächster Nachfolger. Das Verfahren dieser Herren erinnerte an Zustände, wie sie unter Friedrich Wilhelm dem Dritten und dem Vierten sehr zum Nachteile des Landes bestanden und von vielen Diplomaten als natürliche angesehen wurden. Ich schrieb darüber im Mai 1874, als der Streit des Fürsten mit Arnim brennend geworden war, und verschiedne Blätter für letztern in die Schranken traten, auf Anregung von Berlin her in den „Hannoverschen Kourier“:

„Obgleich es ein populärer Irrtum ist, daß der Titel »bevollmächtigter Minister,« den unsre Gesandten führen, sie auf eine Stufe mit den Staatsministern stelle, so haben in der That früher die preußischen Gesandten sich nicht selten als Kollegen ihres Chefs gerirt und Disputationen aufgeführt, wie sie zwischen zwei Räten eines Regierungs- oder Richterkollegiums vorkommen. Die preußische Diplomatie war bekannt wegen ihres Mangels an Disziplin. Man weiß von Fällen, daß ein Gesandter ohne Urlaub nach Berlin heimgereist ist, um seiner abweichenden Ansicht Eingang bei Hofe zu verschaffen und sie in den Zeitungen zu verfechten. Es war nicht seine herrschsüchtige Natur, welche den Reichskanzler antrieb, eine Anzahl von Excellenzen jener ältern Schule kaltzustellen, sondern die Erkenntnis, daß eine solche Wirtschaft passiren mochte zu einer Zeit, wo Preußen das fünfte Rad am Wagen der europäischen Politik war, aber völlig unvereinbar war mit der Durchführung des Programms, welches der damalige Herr von Bismarck 1862 mitbrachte, und welches er in einer Weise verwirklicht hat, daß sein Name auf allen Lippen leben wird, wenn von den frondirenden Excellenzen kaum in dem Konversationslexikon noch etwas zu finden sein wird. Auch Herr von B[lankenburg] in der »Schlesischen Zeitung,« ein Militärschriftsteller aus einer pommerschen Familie, mit welcher der Graf Arnim von mütter-

licher Seite verwandt ist, macht Anspielungen auf das unkollegialische Wesen Bismarcks. Nun, die Gesandten sind nicht Kollegen des Ministers, sondern seine Agenten. Sie haben durch ihre Berichterstattung hinreichende Gelegenheit, ihre Ansichten geltend zu machen; ist aber die Entscheidung getroffen, so haben sie ihre Instruktionen mit gutem Willen auszuführen. In einem Kollegium entscheidet sich ein Dissensus leicht durch Abstimmung, ohne Schaden für die Landesinteressen. In einem Dissensus aber zwischen einem vorgesetzten Minister und seinem Untergebenen, welcher die Weisungen seines Ressortchefs nicht befolgt, ist es schwer, unter geordneten staatlichen Verhältnissen eine andre Entscheidung zu finden, als daß einer von beiden den Dienst verläßt. Der Fall dürfte hier eingetreten sein, und es ist im Interesse des Dienstes nur zu beklagen, daß er nicht früher eingetreten ist."

Um dieselbe Zeit brachte das Londoner Blatt „Hour" über das Thema einen offenbar gleichfalls in Berlin verfaßten oder mindestens veranlaßten Artikel, in welchem es u. a. hieß: „Die Thatsache, daß der Reichskanzler sich solange von einem Untergebenen eine tadelsüchtige und widerspenstige Haltung hat gefallen lassen, zeigt uns die großen innern Schwierigkeiten, mit denen dieser Staatsmann während seiner ganzen Laufbahn zu kämpfen gehabt hat, und die das Publikum niemals in ihrer ganzen Ausdehnung kennen lernen wird. Diese Schwierigkeiten waren die natürlichen Folgen des Übergangs von der absolutistischen zu der konstitutionellen Regierungsform. Selbst nach Proklamirung der Verfassung unter Friedrich Wilhelm dem Vierten fuhren viele Gesandte fort, die Traditionen des frühern absoluten Regime zu befolgen; sie opponirten dem Minister des Äußern und bestrebten sich, ihre eigne Politik beim Könige zur Geltung zu bringen. Ein derartiger Zustand, der die preußische Diplo-

matie in Betreff der Disziplin und ihrer Erfolge in Verruf brachte, konnte unmöglich von einem Staatsmanne ertragen werden, der sein Amt mit so weitreichenden Plänen antrat, wie Fürst Bismarck. Ein derartiges Verhalten paßt auch wenig einem Manne gegenüber, der so geradsinnig und entschlossen ist wie der Kaiser Wilhelm. Die Versuche des Grafen Goltz und andrer, die wir weiter nicht erörtern wollen, da die betreffenden Personen noch am Leben sind, die Rolle des Ministers zu spielen, blieben ohne Erfolg. Man hat alle Ursache, zu wünschen, daß die Bestrebungen des Grafen Arnim ebenso erfolglos bleiben mögen, selbst wenn sie durch gewisse Einflüsse bei Hofe begünstigt werden sollten; denn nur in diesem Falle kann die Politik des Ministers den Sieg über ehrgeizige, selbstsüchtige und im Verborgenen wirkende Machinationen davon tragen. Im Interesse nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas liegt es, daß dieses Resultat erreicht werde, und wir haben guten Grund zu der Hoffnung, daß dies der Fall sein wird."

Diese Hoffnung trog bekanntlich nicht. Graf Arnim mußte seinen Posten räumen, er verfiel zuletzt den Gerichten und wurde von diesen verurteilt, nachdem vorher schon die öffentliche Meinung mit Ausnahme weniger Gegenstimmen das Schuldig über sein Verhalten ausgesprochen hatte, und man hätte ihn wohl rasch vergessen, wenn er nicht die Stirn gehabt hätte, durch eine breite Broschüre*) die Welt an seine Existenz zu erinnern. Seine Freunde in den Kreisen der kaltgestellten Diplomatie werden das den Mut der verkannten und verfolgten Unschuld genannt haben. Andre und wahrscheinlich viele gewahrten darin den Ausdruck von drei Eigenschaften des Herrn Exbotschafters: neben ungewöhnlicher Dreistigkeit und Eitelkeit eine seltene Naivetät. Diese

*) Pro Nihilo! Vorgeschichte des Arnimschen Prozesses. Zürich, 1876.

letztere mutete dem Publikum zunächst zu, zu glauben, daß hier irgend ein Liebhaber der Wahrheit und Gerechtigkeit uneigennützig und mitleidig die Sache des falsch Beurteilten führe und nicht der Graf Harry Arnim selbst plaidire, während doch jedem, der frühere Elaborate des letztern vor Augen gehabt hatte, zweifellos klar sein mußte, daß er und kein andrer von Anfang der Schrift bis zu Ende die Feder geführt hatte. Nur der Name fehlte, sonst hatte man hier die ganze Witzelei und Geistmacherei, die Neigung zu häufiger Anwendung von Gleichnissen und Zitaten, den Hang, in superfeinen Phrasen ohne erheblichen Inhalt sich zu expektoriren, endlich die aristokratisch klingen sollende Geringachtung der Menschen vor sich, die den Arnimschen Stil dort charakterisirten. Nur das Gesicht verbarg sich, sonst sah der ganze übrige Mensch aus diesem Gemisch von Verdrehungen, Vertuschungen und Selbstbekränzungen hervor. Die letztern leisteten das Menschenmögliche, und „bewährte Geschicklichkeit,“ „Geschäftskunde,“ „diplomatischer Takt,“ „ruhiges Benehmen,“ „feiner Verstand“ waren noch keineswegs die größten und glänzendsten Lorbeerblätter, die der Graf Arnim hier der Büste des Grafen Arnim um Stirn und Schläfe flocht. Nachdem der Verfasser seinen eignen hohen Geist und seinen Seherblick in vorausschauender Beurteilung der Verhältnisse im Verlauf seiner Schrift wiederholt bewundert, sagte er am Schlusse: „Graf Arnim hat sich während seiner dreißigjährigen Dienstzeit durch gewissenhafte und geschickte Amtsführung die Anerkennung des Monarchen, der Regierung, des Landes und, bevor seine Verdienste öffentlich gerühmt wurden, sogar die des Reichskanzlers erworben. Wie sich aus der vorstehenden Darstellung ergiebt, hat er Anspruch auf die intellektuelle Urheberschaft mancher politischen Maßregel, welcher der Herr Reichskanzler großen Ruhm verdankt, und von vielen wurde er als Nachfolger desselben bezeichnet.“

Himmel, welch ein beneidenswertes Bewußtsein, welch ein Mann, welch ein Kleinod! konnte man ausrufen, wenn man diesen Versicherungen glaubte. Schade nur, daß die Lobschrift selbst diesem Glauben an andern Stellen jeden Boden entzog und nur deutlicher und unwiderlegbarer erkennen ließ, was Sachkundige schon längst herausgefühlt hatten, daß nämlich der Reichskanzler es in seinem Botschafter bei Thiers und Mac Mahon mit einem eingebildeten, unbotmäßigen, ränkevollen Streber zu thun gehabt hatte, der seinen eignen Kopf haben wollte, der neben, nicht unter ihm Politik treiben zu dürfen wähnte, der gegen ihn mit gleichgesinnten Geistern in Berlin am Hofe aus allen Kräften intrignirte, und der schließlich mit beispielloser Indiskretion seinem ungehörigen Treiben die Krone aufsetzte, indem er, um sich weiß zu brennen und zu rächen, mit Schriftstücken an die Öffentlichkeit trat, die derselben unter allen Umständen verborgen bleiben mußten.

Und andrerseits ersah man aus der Broschüre trotz aller Verzerrung und Verdunklung der Thatsachen in Betreff des Kanzlers nur, daß er einen solchen Unfug nicht in der Ordnung fand, ihn nicht duldete und ihm ohne Rücksicht auf die hohe Stellung der Pariser Excellenz und deren noch höhere Gönnerschaft zuletzt ein jähes Ende bereitete. Dafür konnte man ihm aber nur seinen tiefempfundenen Dank sagen. Er hatte mutig mit der alten Überlieferung der preußischen Diplomatie gebrochen, die, wie manche andre Ungebühr, noch unter dem letzten seiner Vorgänger im auswärtigen Amte Geltung besessen. Er hatte mit Strenge und Festigkeit seine Stellung als allein verantwortlicher Minister und damit das konstitutionelle Prinzip für die diplomatischen Angelegenheiten des deutschen Reichs zu Ehren gebracht und gegen die auf absolutistische Behandlung derselben abzielenden Schritte Armins zum

Siege geführt. Er hatte, wie er sich in einem Erlasse vom 19. Juli 1873 selbst ausdrückte, „Anträge an Seine Majestät den Kaiser gerichtet, welche notwendig waren, um die Einheit und Disziplin im auswärtigen Dienste zu erhalten und die Interessen des Reiches vor verfassungsmäßig unberechtigter Schädigung sicher zu stellen."

Der Herr Graf beliebte das „Ministerialdespotismus" zu nennen. Verständige Leute nennen es unbedingt erforderliche, streng aufrecht zu erhaltende Subordination. Jener rümpft die vornehme Nase darüber, daß der Reichskanzler einmal geäußert hat: „Meine Botschafter müssen einschwenken auf Kommando wie die Unteroffiziere, ohne zu wissen, warum." Praktisch Denkende dagegen werden, auch wenn sie keine Wirklichen Geheimräte sind, ohne viel Meditiren erkennen, daß dies ganz vortrefflich das Verhältnis bezeichnet, welches zwischen dem leitenden Geist im Palais auf der Wilhelmsstraße und seinen Filialen an den fremden Höfen immer bestehen sollte. Ich für meinen Teil hätte mit gütigem Wohlnehmen der Excellenzen und Großkreuze, um die sichs handelt, sogar nichts dagegen einzuwenden gewußt, wenn sie in jener Äußerung als Notenhalter oder als höhere expedirende Sekretäre des Reichskanzlers bezeichnet worden wären. Je mehr sie, ihren eignen Willen und ihr Selbstgefühl zurückdrängend, sich als Unteroffiziere, als expedirende Sekretäre betrachten und verhalten, je mehr sie „dienen", desto besser werden sie arbeiten, und sind sie dazu noch feine Köpfe, die innerhalb des ihnen von ihrem Chef gelassenen Spielraums gewandt und taktvoll unterhandeln, unbefangene und scharfblickende Beobachter und fleißige Berichterstatter nach dem Muster, das ihnen in der Poschingerschen Depeschensammlung aufgestellt ist, so werden sie so ziemlich alles erfüllen, was man billigerweise von ihnen erwarten kann.

Ich bemerke übrigens, daß Unfug wie ihn Goltz, Arnim und andre preußische Diplomaten zu treiben versuchten, auch bei ausländischen Legationen zuweilen vorgekommen ist, und zwar noch in den letzten fünf Jahren. Der eine und der andre Leser entsinnt sich wohl noch des Skandals, der im März 1878 die österreichische Botschaft am Hofe von St. James in Aufregung versetzte und dann Beute der Presse wurde. Arnim war immerhin Chef einer Legation gewesen, in diesem Falle aber war es ein bloßer Attaché, der Politik auf eigne Hand zu treiben sich herausnahm und hinter dem Rücken seines Chefs ganz und gar anders operirte, als diesem seine Instruktionen vorschrieben. Graf Montgelas, Legationssekretär in London, verstand es eine Zeit lang, dem britischen Kabinette die Überzeugung beizubringen, daß er und nicht der Botschafter, Graf Beust, der eigentliche Vertrauensmann Andrassys sei. Durch Familienverbindungen sowie dadurch, daß er sich ein wichtiges Air zu geben wußte, brachte er es mit Hilfe Montagu Corrys, des Vertrauten Disraelis, dahin, daß der britische Premier ihn für den wahren Dolmetscher der Absichten des Wiener Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten hielt. Wie deutlich auch immer das letztere dem Foreign Office an der Themse in offiziellen Depeschen zu verstehen gab, daß es nicht darauf zu rechnen habe, Österreich-Ungarn werde mit ihm aktiv gegen Rußland vorgehen, so wußte der Attaché dort doch den Glauben zu erhalten, daß jene Depeschen, die der Botschafter überreicht hatte, nicht der richtige Ausdruck der k. k. Politik seien, sondern daß man alle Aussicht habe, Österreich werde auf ein Offensivbündnis mit England zu einem Kriege gegen Rußland eingehen. Die Sache ging endlich soweit, daß Disraeli dem offiziellen Vertreter des Kaisers Franz Josef diesen Zwiespalt der Äußerungen Österreichs vorhalten zu müssen glaubte, was zu einem peinlichen Auftritte

Veranlassung gab. Das Benehmen des Grafen Montgelas war so unerhört gewesen, daß manche Leute damals meinten, er habe keineswegs auf eigne Faust intriguirt, sondern sei das Werkzeug eines höhern Dritten gewesen. Ob diese Vermutung begründet war, läßt sich nicht sagen, doch fiel auf, daß Montgelas zunächst nur eine milde Rüge seines Verhaltens erfuhr und später mit voller Pension entlassen wurde, daß ferner bald nach Ausbruch des Skandals die Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Großbritannien abgebrochen wurden, und daß sich aus Wien Gerüchte verbreiteten, welche die Stellung Andrassys als bedroht, ja als bereits wankend erscheinen ließen.

Summiren wir das im vorigen über die Notwendigkeit der diplomatischen Mannszucht Gesagte, so ergiebt sich folgende Moral. Die Diplomatie ist in mehreren wichtigen Beziehungen mit dem Militär verwandt, vor allem aber darin, daß der Dienst einheitlich geleitet sein und organisch funktioniren muß. Mit andern Worten: der Zweig des öffentlichen Dienstes, welcher den Verkehr und das Verhältnis zu den auswärtigen Staaten regelt, bedarf mehr als jeder andre Zweig des Zivildienstes der straffen Unterordnung der Glieder unter das Haupt, der Übereinstimmung in allen Äußerungen ihrer Thätigkeit. Die gesamte Diplomatie eines Staates muß sich nach den Gedanken des Ministers richten, sich durch seinen Willen, nach seinen Befehlen drehen und bewegen wie die Webstühle einer Fabrik nach der Dampfmaschine. Ausnahmen von der Regel giebt es auch für Talente ersten Ranges nicht. Zögerungen, Ordre zu pariren, Besserwissenwollen eines Gesandten, Spaltungen unter den Organen des auswärtigen Dienstes lähmen die Aktion, untergraben allmählich das Ansehen der betreffenden Regierung bei allen Kabinetten und können in kritischen Momenten ihre Existenz

in Frage stellen. Eine desorganisirte Diplomatie kann nichts anders als eine Schädigung der Interessen des Fürsten und des Volkes sein, die es zu Indisziplin und Auflösung unter ihr kommen lassen, geradeso wie eine Armee, wo die Untergenerale dem Oberfeldherrn aus überklugem Hochmut den Gehorsam verweigern, gegen seine bestimmten Befehle vorwärts, rechts oder links marschiren, angreifen oder sich zurückziehen wollten. Ein gewisses Selbstbestimmungsrecht ist nur innerhalb der Schranken statthaft, welche in den allgemeinen Gedanken der Instruktion gesetzt sind. Wer das nicht begreift oder nicht goutirt, weil er besser unterrichtet oder genialer zu sein glaubt als sein Chef, der reiche seinen Abschied ein und strebe dann außerhalb des diplomatischen Organismus, dem er angehört hat, darnach, selbst Chef zu werden; vielleicht wird sein Besserwissen und sein Genie dann erkannt. Gegen Bismarck freilich wird ihm das schwer werden, und der Kaiser Wilhelm, in erster Linie Militär, wird für solche Zwecke auch nicht leicht zu gewinnen sein.

Wie stellt sich nun unser Reichskanzler zu den übrigen in diesem Kapitel aufgezeigten Schattenseiten der diplomatischen Welt? Wir sehen in ihm einen abgesagten Feind alles Scheinwesens, aller Phrase und Pose, er ist der rein praktische Politiker, der Mann der Thatsachen, kleinlichen Ränken abgeneigt, und in ungewöhnlichem Grade offen, d. h. soweit es irgend möglich ist; denn wo es geboten, weiß er seine Absichten und Meinungen sehr wohl zu verbergen. Wir kennen ihn als billigdenkend, die Dinge von großen Gesichtspunkten aus ermessend, mit genialem Instinkt sichern Schrittes auf seine Ziele zuschreitend, sich seines Wertes bewußt und deshalb nicht ehrgeizig. Er ist ferner ein gewaltiger Arbeiter, der sich nicht schont, wenn seinem Bedürfnis nach Ruhe und Erholung das Bedürfnis des Staates im Wege steht. Er ist endlich ein Humorist mit stark satirischer

Färbung, der seine Pfeile nicht im Köcher behält, wenn ihm Komisches oder Verächtliches vor die Augen kommt.

Bei diesen Eigenschaften mußten dem Reichskanzler viele seiner Kollegen, als er, damals noch der einfache Herr von Bismarck, zuerst genauere Bekanntschaft mit der Diplomatie machte, keine angenehmen Empfindungen erwecken, und Dokumente beweisen, daß er dies nicht für sich behalten zu müssen glaubte. Auch mündlich ließ er seine Meinungen über die Unschönheiten der Zunft, die ihn jetzt gern oder ungern ihren Obermeister nennt, in recht ungezwungener Weise freien Lauf in die Welt, wo sie von den Beteiligten natürlich nicht mit Wohlgefallen aufgenommen wurden — wer hörte die Wahrheit über sich gern, zumal wenn sie in sarkastischem Tone sich vernehmen läßt? — dem übrigen Teile des Publikums dagegen, insbesondre Verehrern der Gerechtigkeit und Freunden des Humors, umso besser gefielen. Im nachstehenden stelle ich eine Blumenlese von Äußerungen und Anekdoten zusammen, die als Proben für sein Urteil über den Durchschnitt dieser Klasse unsrer Beamten und über einige ausländische Diplomaten und Phantasiediplomaten sowie als Beispiele dienen mögen, wie er diese Herren gelegentlich behandelte, eine Sammlung, von der ich indes alles rein Humoristische für ein späteres Kapitel ausscheide. Recht übel kommen dabei, wie man bald gewahr werden wird, zunächst die Frankfurter Kollegen aus den Zeiten des verwichenen Bundestags weg. Im Mai 1851, bald nach dem ersten Eintreffen Bismarcks in der Mitte der „Bundesphäaken", schreibt der neuernannte Legationsrat an seine Gemahlin:

„Frankfurt ist gräßlich langweilig; ich bin so verwöhnt mit viel Liebe um mich und viel Geschäften und merke erst jetzt, wie undankbar ich gegen so manche Leute in Berlin immer gewesen bin; denn von dir und Zubehör will ich ganz absehen, aber selbst

das kühlere Maß von landsmannschaftlicher und Parteizuneigung, was mir in Berlin wurde, ist ein inniges Verhältnis zu nennen gegen den hiesigen Verkehr, der im Grunde nichts als gegenseitiges mißtrauisches Ausspioniren ist. Und wenn man noch etwas auszuspüren oder zu verbergen hätte! Es sind lauter Lappalien, mit denen die Leute sich quälen, und diese Diplomaten sind mir schon jetzt mit ihrer wichtig thuenden Kleinigkeitskrämerei viel lächerlicher als der Abgeordnete der zweiten Kammer im Gefühle seiner Würde. Wenn nicht äußere Ereignisse zutreten, und die können wir superklugen Bundestagsmenschen weder leiten noch vorher bestimmen, so weiß ich jetzt ganz genau, was wir in einem, zwei oder fünf Jahren zustande gebracht haben werden, und will es in vierundzwanzig Stunden zustande bringen, wenn die andern nur einen Tag wahrheitsliebend und vernünftig sein wollen. Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie alle mit Wasser kochen, aber eine solche nüchterne, einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettauge zu spüren ist, überrascht mich. Schickt den Schulzen X. oder Herrn von Parsky aus dem Chausseehause her, wenn sie gewaschen und gekämmt sind, so will ich in der Diplomatie Staat mit ihnen machen. In der Kunst, mit vielen Worten garnichts zu sagen, mache ich reißende Fortschritte, schreibe Briefe von vielen Bogen, die sich nett und rund wie Leitartikel lesen, und wenn Manteuffel, nachdem er sie gelesen hat, sagen kann, was darin steht, so kann er mehr wie ich. [Wohl nicht zutreffend, mindestens zu stark aufgetragen, wenn damit auch Briefe der Poschingerschen Sammlung gemeint sind.] Jeder von uns stellt sich, als glaubte er vom andern, daß er voller Gedanken und Entwürfe stecke, wenn ers nur aussprechen wollte, und dabei wissen wir alle zusammen nicht um ein Haar besser, was aus Deutschland werden wird, als Dutken Sommer. Kein Mensch, selbst der böswilligste

Zweifler von Demokrat, glaubt es, was für Charlatanerie und Wichtigthuerei in dieser Diplomatie steckt."

Sehr wenig schmeichelhaft für die meisten seiner Frankfurter Amtsgenossen sind die Charakterzeichnungen, die Bismarck in den an Manteuffel gerichteten Depeschen und Privatbriefen von diesen Excellenzen entwirft. Nur wenigen derselben wird bis zu einem gewissen Maße Anerkennung zu Teil, besonders unvorteilhaft nehmen sich in der Galerie die Herren von Prokesch (Österreich), von Nostitz (Sachsen) und von Reinhard (Würtemberg) aus, doch tragen ihre Porträts durchweg den Stempel treuer Wiedergabe ihrer Züge.

Von Prokesch sagt der Berichterstatter (ich füge Stellen aus verschiednen Bismarckschen Schreiben der Sammlung Poschingers zu einem Mosaikbilde dieses Diplomaten zusammen): „Die Ruhe und Leichtigkeit, mit welcher er falsche Thatsachen aufstellt und wahre bestreitet, übertrifft meine in dieser Beziehung ziemlich hochgespannten Erwartungen und findet ihre Ergänzung in einem überraschenden Grade von Kaltblütigkeit im Fallenlassen eines Gegenstandes oder Veränderung der Front, sobald das Falsum, von dem er ausgeht, unausweichbar zur Anerkennung gebracht wird. Nötigenfalls deckt er einen derartigen Rückzug durch ein Aufbrausen sittlicher Entrüstung oder durch einen oft sehr persönlichen Angriff, mit welchem er die Diskussion auf ein neues und heterogenes Gebiet überträgt. Seine hauptsächlichen Waffen in dem kleinen Kriege, welchen ich da, wo die Interessen divergiren, mit ihm führen muß, sind: 1. passiver Widerstand, d. h. die Verschleppung der Sachen, durch welche er mir die Rolle eines unruhigen und nach der Natur der Sachen oft kleinlichen Mahners zuschiebt, und 2. beim Angriff das fait accompli anscheinend unbedeutender Übergriffe der Präsidialmacht, die gewöhnlich so berechnet sind, daß die Zurückweisung

von meiner Seite den Charakter eines Aufsuchens von Streitigkeiten oder einer silbenstechenden Kritik annehmen muß. Es ist danach kaum möglich für mich, ihm gegenüber nicht den Schein der Unverträglichkeit auf mich zu ziehen, wenn ich nicht den Interessen Preußens in einem Maße vergeben will, welches aus jeder Nachgiebigkeit Anlaß zur Steigerung entnehmen würde." — „Der unangenehme Eindruck dieser Erscheinung," so schreibt Bismarck einige Wochen später, „wird neuerdings vermehrt durch die über meine Erwartung maßlose persönliche Heftigkeit, zu welcher Herr von Prokesch sich nicht selten hinreißen läßt, und bei der es schwer ist, den Augenblick zu erkennen, wo eine für das diplomatische Bedürfnis fingirte Entrüstung in wirklichen, natürlichen Jähzorn übergeht, der schließlich alle Schranken der Schicklichkeit durchbricht. Ich habe die ersten derartigen Ausbrüche schweigend entgegengenommen, um unser im übrigen gutes Einvernehmen so wenig als möglich zu kompromittiren, und habe ich versucht, ob in dergleichen Fällen nach einer Frist von einem oder zwei Tagen die Sache eine ruhigere Auffassung bei Herrn von Prokesch fände. Nachdem dies nicht der Fall war, und es mir sogar schien, als ob mein Kollege sich von dieser Form der Verhandlungen Erfolge verspräche, auch die Ausdrücke, deren er sich in Bezug auf königliche Beamte und deren im Auftrage der königlichen Regierung erfolgte Handlungsweise bediente, das Maß, welches anzuhören mir meine Stellung gestattet, erheblich und dauernd überschritten, so habe ich mich genötigt gesehen, Herrn von Prokesch in ernsten Worten auf dieses Maß aufmerksam zu machen. Es scheint dies bisher die Wirkung gehabt zu haben, seine für den Augenblick gezügelte Leidenschaftlichkeit in noch weniger motivirter Weise bei andern Gelegenheiten zum Ausbruche kommen zu lassen; wenigstens wurde Herr von Prokesch in der gestrigen Sitzung

des Militär-Ausschusses bei der Diskussion über einen geringfügigen Gegenstand dermaßen heftig gegen mich, daß ich ihm erklären mußte, er habe nicht das Recht, in dieser Art zu mir zu sprechen, und ich werde auf keine Weise dulden, daß es geschehe." — Andre unerfreuliche Eigenschaften dieses österreichischen Diplomaten waren, daß er zu doziren liebte, und daß er sich oft zu rhetorischem Pathos emporschwang, wo dazu keinerlei Anlaß vorlag. In einem Berichte vom 7. Mai 1853 bemerkt Bismarck seinem Minister über eine Unterredung, die er mit Prokesch gehabt hat: „Ich habe nur den Sinn seiner Äußerungen ohne die Schminke wiedergegeben, welche ihnen der oratorische Schwung meines Freundes verlieh. Das Gespräch fand auf einem gemeinsamen Spaziergange statt, und ich mußte wiederholt Bedacht darauf nehmen, durch freundliches Einlenken die Vortragsform meines Gefährten auf das Niveau unverfänglicher Konversation zurückzuführen, wenn er einen Ton annahm, welcher die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden erregte. Wenn ich auch die deklamatorischen Übertreibungen in Abzug bringe, welche dem Herrn von Prokesch eigentümlich sind, so bleibt doch die Summe dessen, was er sagt, immer noch von der Art, daß mir scheint, einer Einmischung des Vladika von Montenegro in die innern Angelegenheiten Österreichs könnte nicht weniger Beachtung beigelegt werden, als in den Augen meines Kollegen die Ansichten Preußens über die Bundesfestungsfrage zu verdienen schienen. Um nicht selbst von der Aufregung angesteckt zu werden, gab ich dem Gespräch endlich eine andre Wendung, worauf er ebenso plötzlich den Kothurn ablegte und in einen Erguß herzlicher Vertraulichkeit überging." — Wieder auf den Hauptcharakterzug des Freiherrn zurückkommend, sagt Bismarck in einem Berichte vom 14. November: „Es ist unzweifelhaft die Sache eines jeden diplomatischen Agenten, selbst

zu ermessen, welchen Grad von Offenheit und Wahrheitsliebe er in Verhandlungen mit fremden Gesandten in Anwendung bringen will. Herr von Prokesch reduzirt seinen Aufwand in jenen beiden Eigenschaften auf ein solches Minimum, daß, nachdem er fast ein Jahr lang der Bundesversammlung angehört, auch diejenigen Mitglieder derselben, welche seiner Arbeitsamkeit und dem lebhaften Interesse, welches er überhaupt den Geschäften widmet, am meisten Gerechtigkeit widerfahren lassen, schwerlich eine Versicherung von ihm auf Treu und Glauben hinnehmen; vielmehr denkt wohl jeder auch bei anscheinend unverfänglichen Handlungen des Präsidirenden zuerst darüber nach, welcher uneingestandene Zweck durch dieselben angestrebt werden soll."

Ich unterlasse, andre schriftliche Äußerungen des damaligen preußischen Bundestagsgesandten über seinen österreichischen Kollegen zu zitiren, und ziehe vor, das Bild des letztern mit den folgenden Erinnerungen zu ergänzen. Von seinen Erfahrungen in der Frankfurter Zeit sprechend, erzählte der Kanzler eines Tages in Versailles: „Mit Thun [der sein erster österreichischer Kollege im Palais auf der Eschenheimer Gasse gewesen] war auszukommen. Der war ein anständiger Mensch. Rechberg [der dritte Vertreter der Wiener Politik während der Wirksamkeit Bismarcks am Bunde] war im ganzen auch nicht übel, wenigstens persönlich ehrlich, wenn auch sehr heftig und aufbrausend — einer von den hitzigen Hochblonden," über die er sich dann weiter verbreitete. „Als österreichischer Diplomat damaliger Schule freilich durfte ers mit der Wahrheit nicht genau nehmen. Der zweite aber, Prokesch, war garnicht mein Mann. Der hatte aus dem Orient*) die ärgsten Intriguen

*) Er war k. k. Internuntius in Konstantinopel gewesen.

mitgebracht. Die Wahrheit war ihm ganz gleichgiltig. Ich entsinne mich, einmal, in einer großen Gesellschaft, wurde von einer österreichischen Behauptung gesprochen, die nicht mit der Wahrheit stimmte. Da sagte er, daß ichs hören sollte, mit erhobener Stimme: »Wenn das nicht wahr wäre, da hätte ich ja im Namen der kaiserlich-königlichen Regierung gelogen!« Dabei sah er mich an. Ich sah ihn wieder an und sagte gelassen: »Allerdings, Excellenz.« — Er war offenbar erschrocken, und als er sich umblickte und lauter niedergeschlagenen Augen begegnete, und einem tiefen Schweigen, das mir Recht gab, wendete er sich still ab und ging ins Speisezimmer, wo gedeckt war. Nach Tische aber hatte er sich erholt. Da kam er auf mich zu, mit einem gefüllten Glase — sonst hätte ich gedacht, er wollte mich fordern — und sagte: »Na, lassen Sie uns Frieden machen.« — »Warum denn nicht?« antwortete ich, »aber das Protokoll muß doch geändert werden.« — »Sie sind unverbesserlich,« erwiederte er lächelnd, und damit wars gut. Das Protokoll wurde geändert und damit anerkannt, daß es die Unwahrheit enthalten hatte."

Über seinen bairischen Kollegen am Bunde, von Schrenk, urteilt Bismarck günstig, ja er rechnet ihn „zu den besten Elementen der Versammlung, sowohl seiner Befähigung als seinem Charakter nach. Er ist," so heißt es in dem betreffenden Berichte weiter, „ein gründlicher und fleißiger Arbeiter, dabei praktisch in seinen Auffassungen und Urteilen, wenn auch seine mehr juristische Bildung und Denkungsweise ihn mitunter rechthaberisch macht und einem leichtern Fortgange der Geschäfte hemmend entgegentritt. Im amtlichen Verkehr ist er offen und gefällig, so lange sein in der That hochgesteigertes und sehr reizbares [bairisches] Nationalgefühl geschont wird, eine Schwäche, welcher Rechnung zu tragen ich mir besonders an-

gelegen sein lasse." — Gleichfalls anerkennend äußert sich Bismarck über von Bothmer, den Vertreter Hannovers; „er ist," bemerkt er seinem Chef, „nicht nur ein gerader und vertrauenerweckender Charakter, sondern auch der einzige unter meinen Kollegen, der Unabhängigkeit genug besitzt, um mir bei notwendig werdenden Reklamationen gegen das Präsidium einen mehr als passiven Beistand zu leisten." Die übrigen Mitglieder der Bundesversammlung, mit denen der Berichterstatter ganz oder teilweise zufrieden ist, werden in der Hauptsache wie folgt charakterisirt. „Zu unsern treuesten Bundesgenossen gehört Herr von Scherff [für Luxemburg], der sich für seine Person ganz den preußischen Interessen hingiebt . . .; er ist ein erfahrener und selbst bis zur Ängstlichkeit vorsichtiger Geschäftsmann." — „An seinem Nachbar in der Sitzung, dem Freiherrn von Fritsch [für Weimar], habe ich nichts zu wünschen, als daß seine Macht, die preußische Politik zu unterstützen, seinem Willen gleichkommen möchte." — „Der mecklenburgische Gesandte, Herr von Oertzen, rechtfertigt in allen Beziehungen den Ruf eines ehrenwerten Mannes, unter dem ich ihn schon vor seiner gegenwärtigen Stellung gekannt habe. In der ersten Zeit nach dem Wiederzusammentritt des Bundestages war bei ihm eine Hinneigung zu Österreich nicht zu verkennen; es scheint mir aber unzweifelhaft, daß seine zweijährige Beobachtung der Mittel, welche die österreichische Regierung durch das Organ des Präsidiums hier zur Anwendung bringt, in der ehrliebenden Natur des Herrn von Oertzen, ungeachtet er einen Sohn im österreichischen Heere hat, eine Reaktion erzeugt hat, die mich auf ihn persönlich vollständig und auf seine politische Unterstützung insoweit zählen läßt, als es seine Instruktionen nur immer gestatten." — „Herr von Bülow, der Vertreter Dänemarks [für Holstein und Lauenburg], ist einer der gescheitesten Köpfe der

Versammlung, und ich bedaure, daß die Stellung des Staates, welchen er vertritt, ihm nicht gestattet, erheblichern Anteil an den laufenden Geschäften zu nehmen." — „Der badische Gesandte, Herr von Marschall, ist nicht ohne Verstand und geschäftliche Brauchbarkeit, aber sorgfältig bemüht, die Verantwortung für ein selbständiges Urteil von sich abzuwenden und in der unzweifelhaftesten Sache einen mittleren Standpunkt zu finden, von welchem aus es möglich wäre, beiden Teilen Recht oder doch keinem Unrecht zu geben. Muß es aber sein, so neigt er, sei es aus verwandtschaftlichen Rücksichten, sei es wegen stärkerer Scheu seiner Regierung vor Wien als vor Berlin, mehr auf die Seite Österreichs als auf die unsre.

Der Vertreter Kurhessens, Herr von Trott, ist ebenfalls gemäßigt österreichisch gesinnt, hat aber nicht viel zu bedeuten. Er nimmt an den Geschäften so wenig Anteil als möglich, befaßt sich namentlich nicht mit Referaten und Mitwirkung in Ausschüssen und ist vielfach abwesend. Er zieht den Aufenthalt auf dem Lande und die Jagd der Beteiligung an den Versammlungen vor und macht mehr den Eindruck eines jovialen und wohlbeleibten Gutsbesitzers als eines Gesandten." — „Nassau und Braunschweig werden durch den Freiherrn von Dungern vertreten, einen inoffensiven Charakter, der weder durch persönliche Fähigkeiten noch durch politisches Ansehen einen Einfluß in der Bundesversammlung ausübt. Wenn der Gegensatz, welcher in den meisten Fragen zwischen der Haltung Braunschweigs und Nassaus besteht, sich in den meisten Fällen zu Gunsten der nassauischen, d. h. der österreichischen Ansicht löst, so sind hier auch zwar einerseits die verwandtschaftlichen Beziehungen des Herrn von Dungern und seiner Gemahlin zu Familien, die in österreichischem Interesse stehen, und die persönliche größere Scheu des Gesandten, der zwei Söhne im österreichischen Militärdienste

hat, vor den Ressentiments Österreichs als vor denen Preußens nicht ohne Einfluß; hauptsächlich aber liegt der Fehler in dem Umstande, daß Braunschweig durch einen Diener des Herzogs von Nassau*) vertreten wird, der sich hier in der unmittelbarsten Nähe seines von österreichischen Einflüssen beherrschten Hofes befindet, mit Braunschweig aber wohl nur so notdürftig Beziehungen unterhält, daß dieselben kaum als ein Äquivalent der fünftausend Gulden, welche Se. Hoheit der Herzog Wilhelm zu dem Gehalte desselben zugiebt, betrachtet werden können." — „Der Vertreter der fünfzehnten Kurie [Anhalt, Schwarzburg und Oldenburg] ist Herr von Eisendecher, ein Mann, dessen freundliches Entgegenkommen, verbunden mit Witz und Lebhaftigkeit in der Unterhaltung, für ihn einnimmt. Er war früher ein avancirter Gothaer, und es scheint, daß diese Färbung übergegangen ist in eine lebhafte Sympathie für Ausbildung des Bundes als starker einheitlicher Zentralgewalt, indem er auf diesem Wege durch Hilfe Österreichs einen Ersatz zu finden meint für die fehlgeschlagnen Einheitsbestrebungen in preußischem Sinne."

Den sächsischen Bundestagsgesandten, von Nostitz, charakterisirt der Bismarckische Bericht wie folgt: „Er hat im Grunde eine, wie mir scheint, althergebrachte Hinneigung zu Preußen und seinem politischen System, welche unter anderm aus einem mehr rationalistischen als orthodoxen Protestantismus und der Furcht vor ultramontanen Bestrebungen ihre Nahrung zieht. Ich glaube aber, und es sollte mir lieb sein, wenn ich ihm Unrecht thäte, daß ihm im ganzen persönliche Interessen höher stehen als politische, und die Geschmeidigkeit seines Charakters gestattet ihm, die letztern unter einem jeden für die erstern zuträg-

*) Er war früher nassauischer Minister.

lichen Lichte aufzufassen. Seine Vermögensverhältnisse hängen, abgesehen von seinen Gehaltsbezügen, noch dadurch mit seiner hiesigen Stellung zusammen, daß er hier ein eignes von ihm bewohntes Haus besitzt, für welches er vor 1848 einen erheblichen Kaufpreis gezahlt, und dessen seit fünf Jahren betriebene Vermietung sich als unthunlich bewiesen hat. Sein politisches Verhalten ist daher durch den Wunsch bedingt, jedenfalls in seiner amtlichen Stellung zu verbleiben, und bei der jetzigen Richtung der sächsischen Regierung hat allerdings Österreich mehr Gelegenheit, ihn in seiner Stellung zu befestigen als Preußen. Dieser Umstand hindert Herrn von Nostitz zwar nicht, jede auffällige Verletzung Preußens zu vermeiden, soweit es seine Instruktionen zulassen, aber er bildet mit seiner großen Arbeitskraft, seiner Intelligenz und seinen langen Erfahrungen die wirksamste Stütze aller Bestrebungen Österreichs in der Bundesversammlung. Er hat ein besondres Geschick in Abfassung von Referaten und Anträgen über bedenkliche Streitfragen, in welchen er dem Vortrage eine anscheinend vermittelnde Färbung zu geben weiß, ohne daß den Interessen Österreichs, sobald der unbestimmten Fassung die richtige Auslegung zu Hilfe kommt, irgend etwas vergeben würde. Erst wenn seine Vorträge die Grundlage späterer Verhandlungen werden, stellt es sich gewöhnlich heraus, daß der eigentliche Zweck, zu dem sie verfaßt wurden, in scheinbar absichtslosen, beiläufigen Worten niedergelegt ist. Wenn in Dresden ein Revirement im preußischen Sinn einträte, würde die wichtige persönliche Unterstützung, welche Herr von Nostitz vermöge seines Verstandes und seiner Erfahrungen und des durch beide erworbenen Ansehens zu leisten vermag, mit derselben Sicherheit für Preußen in die Wagschale fallen wie jetzt für Österreich, falls nicht ein zu starkes Band in dem Umstande liegt, daß einer seiner Söhne in der öster-

reichischen Marineschule erzogen wird, ein andrer bereits Offizier in kaiserlichen Diensten ist."

Als prinzipieller Gegner Preußens erscheint in dem Berichte der großherzoglich hessische Gesandte am Bunde, Freiherr von Münch-Bellinghausen. Es heißt dort von ihm: „Wenn derselbe schon durch seine verwandtschaftlichen Verhältnisse mit dem frühern Präsidialgesandten gleichen Namens an die Interessen Österreichs geknüpft ist, so wird sein Antagonismus gegen Preußen noch erheblich geschärft durch starken und, wie ich glaube, aufrichtigen Eifer für die katholische Kirche. Im Privatverkehr ist er ein Mann von angenehmen Formen, und kann ich auch über sein amtliches Verhalten insofern nicht klagen, als ich einen Hang zur Intrigue oder Unaufrichtigkeit über das Maß der von der antipreußischen Politik seiner Regierung gebotenen Zurückhaltung hinaus nicht wahrgenommen habe. . . Eine Anomalie ist es jedenfalls, daß ein protestantischer und augenblicklich mit den katholischen Bischöfen in Konflikt stehender Souverän durch Herrn von Münch beim Bunde vertreten wird. Ebensowenig kann den rheinbündischen Tendenzen des Herrn von Dalwigk und des Prinzen Emil von Hessen die politische Auffassung des Herrn von Münch entsprechen, welche mehr der sogenannten großdeutschen, in Preußen durch die Reichensperger und andre vertretenen Richtung angehört."

Von dem Würtemberger von Reinhard wird zunächst bemerkt, daß seine Arbeiten „den Stempel der Oberflächlichkeit und Verworrenheit tragen." Dann fährt der Berichterstatter fort: „Ich weiß nicht, ob sein Abgang von Berlin mit Umständen verknüpft gewesen ist, welche nachhaltige Abneigung gegen Preußen in ihm zurückgelassen haben, oder ob verworrene politische Theorien, über welche er leichter und mit mehr Vorliebe als über praktische Geschäfte sich ausspricht, ihn an die Schäd-

lichkeit des preußischen Einflusses in Deutschland glauben lassen: jedenfalls aber übersteigt seine Antipathie gegen uns das Maß, welches man bei seinem Landesherrn nach der politischen Lage Würtembergs voraussetzen darf, und habe ich Grund anzunehmen, daß er seinen Einfluß auf seine Instruktionen und seine Thätigkeit, soweit sie von letzteren unabhängig ist, prinzipiell zum Nachteile Preußens geltend macht. . . Beiläufig bemerkt ist er derjenige, der zu den Sitzungen stets als letzter und zu spät erscheint und in denselben durch Mangel an Aufmerksamkeit und demnächstiges mißverständliches Eingreifen in die Diskussion zu weiter zeitraubenden Wiederholungen Anlaß giebt."

Als ein enragirter Österreicher, zugleich aber als eine etwas komische Figur erscheint in der Darstellung Bismarcks der Gesandte der 16. Kurie [Waldeck, die beiden Reuß, Lippe und Hessen-Homburg], Freiherr von Holzhausen. „Man sagt von ihm, daß er sich seine Instruktionen in den meisten Fällen, auch wenn er vollkommen Zeit hat, sie einzuholen, selbst mache und etwaigen Reklamationen seiner Kommittenten durch Stillschweigen oder durch eine geschickte Benutzung der großen Anzahl der Mitglieder der Kurie und des Mangels der Verbindung unter denselben zu begegnen wisse. Dazu kommt, daß die meisten der kleinen Fürsten für ihre föderale Diplomatie den Aufwand nicht machen mögen, der zu einer regelmäßigen und eingerichteten Kanzlei und Korrespondenz erforderlich sein würde, und daß sie mit den verwendbaren Mitteln, falls ihnen Herr von Holzhausen, der nach dem Abgange des Freiherrn von Strombeck als Mindestfordernder die Stelle erhielt, den Dienst kündigte, schwerlich einen so stattlichen Vertreter wie dieses wohlhabende, mit mehreren Großkreuzen und dem Titel eines Wirklichen Geheimen Rates geschmückte Mitglied der ältesten Frankfurter Patrizierfamilie für sich würden gewinnen können. Die nächsten Verwandten

des Herrn von Holzhausen, der selbst unverheiratet und kinderlos ist, sind im Dienste Österreichs. Außerdem weist der ungewöhnlich stark ausgebildete Familienstolz dieses Herrn mit seinen ganzen Erinnerungen in das mit der Herrlichkeit des heiligen römischen Reiches eng verknüpfte reichsstädtische Patriziat zurück, und die ganze Stellung Preußens scheint ihm eine revolutionäre Usurpation, welche den wesentlichsten Anteil an der Zerstörung der Privilegien derer von Holzhausen hat. Sein großes Vermögen läßt mich annehmen, daß die Bande, welche ihn an Österreich knüpfen, nur ehrgeizige Bestrebungen, wie etwa das Verlangen nach einem kaiserlichen Orden oder nach Erhebung der Familie in den österreichischen Grafenstand, sind, nicht aber pekuniäre Interessen, wenn man nicht etwa den Besitz erheblicher Summen Metalliques als solches ansehen will... Schwerlich dürften selbst diejenigen Regierungen, welche der österreichischen Politik folgen, Herrn von Holzhausen ermächtigt haben, die österreichische Richtung mit einer derartigen Ostentation, wie es von ihm geschieht, zur Schau zu stellen, in den wichtigsten Prinzipienfragen auf Instruktionseinholung zu verzichten und ausschließlich das österreichische Interesse als das für die Abstimmung maßgebende Moment zu betrachten."

Ein wahrhaft vernichtendes Urteil fällt Bismarck über eine Reihe seiner Frankfurter Amtsgenossen in dem an Manteuffel gerichteten Privatschreiben vom 14. März 1858, wo er von der Furchtsamkeit derselben Österreich gegenüber spricht. „Es ist erstaunlich," bemerkt er da, „welche Erfolge Österreich durch das System erreicht, jeden fremden Diplomaten, der sich ihm nicht fügt, der es wagt, die Interessen seines eignen Landes gegen den Willen des Wiener Kabinets zu vertreten, mit allen Mitteln rastlos zu verfolgen, bis er sich aus Furcht oder Ermattung in der Abwehr dem Willen Österreichs fügt. Es giebt wenig Diplomaten, welche es nicht schließlich vorzögen, mit ihrem Ge-

wissen und ihrem Patriotismus zu kapituliren und die Interessen ihres eignen Fürsten und ihres Vaterlandes lieber mit etwas weniger Entschiedenheit wahrzunehmen, als unablässig und mit Gefahr für ihre persönliche Stellung gegen die Schwierigkeiten zu kämpfen, die ihnen ein so mächtiger, unversöhnlicher und vor keinem Mittel bedenklicher Feind bereitet... Österreich stellt uns niemals eine andre Wahl, als die zwischen widerstandsloser Ergebung in seinen Willen, oder Streit mit allen Mitteln des Kampfes... Ich könnte mir dabei das Leben ebenso leicht machen wie meine Vorgänger und gleich den meisten meiner Kollegen durch einen mäßigen und äußerlich kaum bemerkbaren Grad von Landesverrat mir eine freundliche Geschäftsführung und das Lob eines verträglichen Kollegen erkaufen. So lange ich mich dazu nicht herbeilasse, stehe ich gegen jeden Angriff hier in erster Linie allein, da meine Kollegen, auch wenn sie Beruf dazu fühlen, nicht wagen, mir beizustehen."

Die Bundesdiplomaten waren also zum guten Teil recht armselige, wenig befähigte und noch weniger uneigennützige Leute, kleinlich, ängstlich und abhängig, indes immerhin Männer, gegen deren Vergangenheit im Privatleben sich nicht viel einwenden ließ. Dagegen bedrohte das Jahr 1857 das diplomatische Korps in Frankfurt mit Vermehrung durch eine Persönlichkeit von höchst zweideutigen Antecedentien, und darauf bezieht sich ein Bericht Bismarcks an Manteuffel, worin es heißt, die von Seiten eines der kleinsten deutschen Fürsten [Reuß ä. L.] erfolgte Verleihung eines diplomatischen Postens an den Betreffenden [er sollte Ministerresident bei der freien Stadt Frankfurt werden] habe allgemeines Befremden erregt. Die Erzählungen, welche über das Vorleben desselben im Umlaufe wären, gingen auf die Zeit zurück, „wo er als Schuhmacherlehrling von einer ältern unverheirateten Dame wohlgefällig bemerkt worden sei

und demnächst auf Kosten derselben eine höhere Schulbildung, dann für Geld den Freiherrntitel erhalten habe," worauf jene ihn geheiratet. Von seiner Regierung, „um ihm Orden zu verschaffen," wiederholt zur Überbringung von Glückwünschen an fremde Höfe gesandt, figurire derselbe „in den von ihm selbst geschriebenen Zeitungsartikeln zwischen den vornehmsten Diplomaten der europäischen Großmächte." Es werde behauptet, daß die Regierung, welche „für ein Individuum dieser Kategorie den bisher vergebens gesuchten Eintritt in die höhere Gesellschaft zu erzwingen" trachte, „gewissermaßen einen offenen Laden für Adelsdiplome halte, wo ein jeder, wer es auch sein möge, gegen Einsendung der nach festen Preisen tarifirten Summe den von ihm gewünschten Titel kaufen könne." Es scheine, daß dieselbe Regierung, „und wenn das Geschäft rentire, auch andre, einen ähnlichen Handel mit Ernennungen zum Mitgliede diplomatischer Korps einrichten werde" — was am Ende keine üble Persifflirung einiger von den oben besprochenen Punkten der Schattenseite unsrer damaligen Diplomatie gewesen sein würde.

Pathetische Ausdrucksweise, imponiren sollender Redeschwung, das Bemühen zu rühren haben auf dem Gebiete der Diplomatie nichts zu schaffen und zu hoffen, und wer hier mit ihnen zu wirken sucht, charakterisirt sich als Pfuscher. Wie Bismarck über solche Künste denkt, haben wir an den Berichten gesehen, die von Prokesch handelten, und werden wir weiter unten in einem andern Abschnitte an einer hübschen Anekdote gewahr werden, welche uns Gagern, den seiner Zeit vielgefeierten, aber weit überschätzten patriotischen Pathotechniker (sit venia verbo, ich bilde es nach Pyrotechniker) und dessen komische Methode, Diplomatie zu treiben, zum Gegenstande hat.

Ein paar Geschichten ähnlichen Charakters mögen hier als Beispiele Platz finden, wie der Kanzler sich zu solchen sentimen-

talen Unterhändlern verhielt. Die erste betrifft Jules Favre, der sich nach Sedan aus einem Advokaten in einen Diplomaten verwandelt hatte und mit den Anschauungen und Kunstgriffen des frühern Gewerbes sich in auswärtiger Politik zu versuchen begann, was vor Bismarck ebensowenig gehen wollte als früher der Versuch des Präsidenten aus der Paulskirche, mit den Grimassen und Phrasen eines Volkstribuns desgleichen zu thun. Nach den Besprechungen in Haute Maison und Ferrières äußerte der Kanzler von jenem: „Es ist wahr, er sah da so aus, als hätte er geweint, und ich versuchte ihn einigermaßen zu trösten. Wie ich mir ihn aber genauer betrachtete — ich glaube ganz bestimmt, daß er nicht eine Thräne herausgebracht hatte. Er dachte vermutlich mit Schauspielerei auf mich zu wirken, mich zu rühren, wie die Pariser Advokaten es mit ihrem Publikum machen. Ich bin fest überzeugt, daß er auch geschminkt war — weiß und um die Augen und Nasenflügel grün — besonders das zweite mal hier [in Rothschilds Schlosse] — an diesem Morgen sah er viel grauer und verfallener aus — um den Schwerleidenden und Tiefgebeugten vorzustellen. Ich sollte Mitleid fühlen und deshalb meine Ansprüche herabstimmen, Zugeständnisse machen. Er hätte aber wissen sollen, daß in der Politik das Gefühl nichts zu suchen hat."

Besser als Favre gefiel dem Kanzler Thiers, obwohl er einmal von ihm sagte: „Kaum eine Spur von Diplomat, zu sentimental für das Gewerbe. Er paßt nicht zum Unterhändler, nicht einmal zum Pferdehändler. Er läßt sich zu leicht verblüffen, er verrät, was er empfindet, er läßt sich ausholen." — Am 22. Februar 1871 erzählte er uns bei Tische von seiner zweiten Zusammenkunft mit ihm: „Als ich das [ich hatte überhört, was] von ihm verlangte, fuhr er, der sich sonst sehr wohl zu beherrschen weiß, in die Höhe und sagte: »Mais c'est une

indignité!« Ich ließ mich dadurch nicht irre machen, sprach aber von jetzt an deutsch zu ihm. Er hörte eine Weile zu und wußte augenscheinlich nicht, was er davon halten sollte. Dann fing er an in kläglichem Tone: »Mais, Monsieur le Comte, vous savez bien, que je ne sais point l'allemand.« Ich erwiederte ihm, jetzt wieder französisch: »Als Sie vorhin von indignité redeten, fand ich, daß ich nicht genug französisch verstehe, und so zog ich vor, deutsch zu sprechen, wo ich weiß, was ich sage und höre.« Sogleich begriff er, was ich wollte, und schrieb als Zugeständnis hin, was ich gefordert, und was er vorhin als eine Unwürdigkeit hingestellt hatte. — Und gestern," so fuhr der Erzähler fort, „sprach er von Europa, das sich einmischen würde, wenn wir unsre Forderungen nicht ermäßigten. Da erwiederte ich ihm aber: »Sprechen Sie mir von Europa, so spreche ich Ihnen von Napoleon.« Er wollte daran nicht glauben, von dem hätten sie nichts zu fürchten. Ich aber bewies es ihm, er solle an das Plebiszit denken und an die Bauern denken und an die Offiziere und Soldaten. Die Garde könnte nur unter dem Kaiser die Stellung wieder haben, die sie gehabt hätte, und es könnte ihm bei einigem Geschick nicht schwer fallen, von den Soldaten, die Gefangene in Deutschland wären, hunderttausend zu gewinnen für sich, und wir brauchten sie dann bloß bewaffnet über die Grenze gehen zu lassen, so wäre Frankreich wieder sein... Wenn sie uns gute Friedensbedingungen zugeständen, so ließen wir uns am Ende auch einen Orleans gefallen, obwohl wir wüßten, daß mit denen der Krieg in zwei oder drei Jahren wieder losginge. Wo nicht, so mengten wir uns hinein, was wir bis jetzt vermieden hätten, und sie kriegten Napoleon wieder. Das muß doch auf ihn gewirkt haben; denn heute, wo er wieder von Europa anfangen wollte, hielt er plötzlich inne und sagte: »Entschuldigen Sie?« Übrigens gefällt er mir recht gut, er ist

ein feiner Kopf, hat gute Manieren und weiß sehr hübsch zu erzählen. Auch dauert er mich manchmal; denn er ist in einer schlimmen Lage. Aber es kann alles nichts helfen."

Allerliebst ist eine Probe des diplomatischen Geschicks, mit dem der Kanzler bei den Frankfurter Friedensverhandlungen seine Absichten bei den Franzosen zu erreichen verstand. Die Geschichte wurde mir vom verstorbenen Grafen Wartensleben erzählt, der sie von Bismarck selbst hatte. Derselbe berichtete: „Einmal sah er — es war nach der ersten Besprechung mit Favre und Pouyer-Quertier — sehr angegriffen und verdrießlich aus, und als ich ihn deshalb fragte, erwiederte er, die Franzosen hätten sich ungemein zäh gezeigt. Er sagte mir dann, wie er sich einen Bundesgenossen gegen sie in ihrem eignen Lager geschaffen habe. »Ich schlug nämlich,« sagte er, »Favre vor, sich doch zu den Verhandlungen Herrn Goulard mitzubringen, der ja Mitglied der Nationalversammlung sei. Er war erst sehr erstaunt darüber und wollte nichts davon wissen. Ich stellte ihm aber vor, daß dies für ihn nützlich sein werde. Goulard würde sich dadurch geschmeichelt fühlen und ihm dankbar sein, auch würde er ihn, da er mitverhandelt, in der Nationalversammlung verteidigen müssen, und so willigte er denn ein.« Er war aber auch für den Chef recht nützlich; denn der kleine behäbige Herr mit der weißen Binde und den Vatermördern war auch ihm für die Zuziehung dankbar, als Favre schließlich ja gesagt hatte. Er sprach immer, wenn die beiden andern etwas nicht bewilligen wollten, fürs Nachgeben; es würde schon gehen, es würde sich zu Hause schon verantworten lassen, er dächte doch, daß man dazu ja sagen könnte. Zuletzt dankte Favre dem Chef förmlich, daß er ihm den Rat gegeben, Goulard mitzubeteiligen."

Gramont erschien in Bismarcks Äußerungen kurz vor dem Kriege und während desselben wiederholt als Ausbund von

Querköpfigkeit und Plumpheit. Auch von Ollivier sprach der Kanzler mit unverhehlter Geringschätzung. Als einmal die Rede auf den erstgenannten kam, sagte er: „Der und Ollivier sind mir auch die rechten. Wenn mir das passirt wäre, so wäre ich, nachdem ich solch Unglück angerichtet hätte, doch wenigstens in ein Regiment getreten, meinetwegen auch Franctireur geworden, und wenn ich darüber gehenkt worden wäre. [Ein andermal soll er geäußert haben, wenn der böhmische Krieg mißlungen wäre, so hätte er als Soldat den Tod gesucht, weil er überzeugt gewesen, daß ihn sonst die alten Weiber in Berlin mit nassen Handtüchern totgeschlagen hätten.] Der große vierschrötige Gramont paßte ganz gut zum Kriegsgewerbe." — Odo Russel erwähnte, wie er ihn bei Rom in einem blauen Sammetanzug auf der Jagd gesehen. — „Ja," versetzte der Kanzler, „ein guter Jäger ist er. Dazu hat er den robusten Muskelbau. Er würde einen tüchtigen Revierförster abgegeben haben. Aber als Minister des Auswärtigen — man begreift kaum, wie Napoleon ihn dazu nehmen konnte."

Bei derselben Gelegenheit lobte er Russells Landsmann, den frühern großbritannischen Gesandten in Berlin Lord Napier als einen Mann, mit dem sichs sehr gut umgegangen, desgleichen Buchanan, von dem er bemerkte, er sei zwar trocken, aber zuverlässig gewesen. Dann fuhr er fort: „Jetzt haben wir Loftus. — Die Stellung eines englischen Gesandten in Preußen hat ihre besondern Aufgaben und Schwierigkeiten, schon wegen der verwandtschaftlichen Verhältnisse. Sie verlangt viel Takt und Aufmerksamkeit." Er schwieg, und sein Schweigen redete. Bei einer andern Gelegenheit aber, wo kein Engländer zuhörte, that er seinen Gedanken keinen Zwang an und sprach in sehr drastischen Worten seine Meinung dahin aus, daß Loftus dieses Verlangen in keiner Weise erfülle.

Über Gortschakoff urteilte der Reichskanzler im März 1879 gegen mich ungefähr folgendermaßen. Er gilt ohne Grund manchem als besonders kluger und gewandter Diplomat. Er folgt keinen großen Gesichtspunkten, und er hat somit keine großen Erfolge aufzuweisen. Wie seine Politik nicht die des Kaisers Alexander ist, so ist sie auch keine russische, sondern eine in erster Linie von der Rücksicht auf seine eigne Person und dann von seiner Vorliebe für Frankreich, die sein Gebieter nicht teilt, eingegebene und geleitete. Seine Haupteigenschaft ist ein stark entwickeltes Selbstgefühl, sein Hauptziel Befriedigung seines Bedürfnisses nach dem Ruhme, zu sein, was er eben nicht ist, ein Politiker ersten Ranges. Daher seine stete Neigung, Szenen zu erfinden, in denen er eine Rolle spielen kann, in welcher er auf Beifall von seiten der zuschauenden öffentlichen Meinung zu hoffen hat. Selbstthätig ist der russische Reichskanzler eigentlich nur in den letzten vier Jahren gewesen, und da wird kein Sachkenner behaupten wollen, daß er mit viel Geschick und Umsicht operirt habe. Diese vier Jahre waren der Vorbereitung auf den Krieg mit der Pforte und der Sicherung eines für Rußland günstigen und einträglichen Ausganges desselben gewidmet. Die Art und Weise aber, wie dabei verfahren wurde, zeugte nicht gerade für einen Geist, der sich über seine Ziele und die Mittel zur Erreichung derselben vollkommen klar ist. Die wichtigste Aufgabe war bei der Vorbereitung des Kampfes mit den Türken, sich Gewißheit zu verschaffen, welche Stellung Österreich-Ungarn und Deutschland zu den russischen Absichten einnähmen, und gute Beziehungen zu diesen Staaten herzustellen, respektive zu pflegen. Dies ist, wie bekannt, nicht genügend geschehen. Nicht einmal zu Rumänien ist ein klares und sicheres Verhältnis angebahnt und unterhalten worden, während doch der sechsmonatliche Aufenthalt des russischen Mi-

nisters in Bukarest dazu reichlich Gelegenheit bot. Aber freilich ließ es der tägliche Verkehr des alten Herrn mit Harfenmädchen nicht viel zu Geschäften kommen.

Wie die Arbeit, so waren auch die Resultate der Politik des Fürsten, nämlich mittelmäßig. Sein Verlangen aber, mehr zu sein, als er war, mindestens mehr zu scheinen, blieb so groß und lebhaft, wie es allezeit gewesen war. Nach 1874 sah es aus, als ob sein Durst nach Lob und Ruhm ihm keine Ruhe mehr lassen wollte. Zur Zeit der Reichsstädter Konvention soll er geäußert haben: „Je ne peux pas filer comme une lampe, qui s'éteint. Il faut que je me couche comme un astre.“ Der Dreikaiserbund befriedigte ihn nur auf kurze Zeit. 1874 schon begegnete man den Fäden der Gortschakoff-Jominischen Politik, die wir jetzt im „Golos“ erkennen, in der ausländischen, namentlich in der französischen und belgischen Presse. Schon damals trat das Ziel dieser Politik, die Herstellung eines intimen Verhältnisses zwischen Rußland und dem revanchebedürftigen Frankreich, mittelst dessen man auf Deutschland drücken und ihm drohen konnte, deutlich hervor. Die Ablehnung dieses Bestrebens, das vom Kaiser Alexander nicht geteilt worden zu sein scheint, von seiten Frankreichs ließ von weitern Versuchen in dieser Richtung nicht absehen. Dieselben kulminirten in der Periode von 1875 bis 1877, wo unter anderm das Gerücht, daß Rußland die Franzosen von einer großen Gefahr gerettet habe, durch die Welt ging. Es hieß, Gortschakoff sei 1875 durch Gontaut, den damaligen französischen Botschafter in Petersburg, darauf aufmerksam gemacht worden, daß Deutschland im Begriffe stehe, Frankreich mit Krieg zu überziehen. Gortschakoff habe geantwortet, daß er dieses Unternehmen mißbillige. Dann sei der Zar nach Berlin gereist, und seinen Vorstellungen sei es gelungen, die preußische Militärpartei, von der die Sache betrieben

worden, von ihrem Vorhaben abzubringen. Der russische Reichskanzler aber habe darauf eine Zirkulardepesche an die Gesandtschaften gerichtet, die mit den Worten begonnen habe: „Maintenant la paix est assurée.“

Von diesem Gerüchte, das von Petersburg ausgegangen war und den Zweck hatte, den Fürsten Gortschakoff der Welt im Glanze des wohlwollenden Friedensstifters und daneben des mächtigen Gebieters zu zeigen und ihn den Franzosen als Freund und begehrenswerten Bundesgenossen zu empfehlen, beruhen nur die Reise des Zaren Alexander nach Berlin und die ruhmredige Zirkulardepesche seines Ministers des Auswärtigen auf Wahrheit. Vollkommen richtig dagegen ist, mit alleiniger Ausnahme dessen, was über eine Frankreich feindliche und auf einen Krieg mit demselben bedacht gewesene preußische Militärpartei gesagt wird, die Mitteilung, die der bekannte Journalist Oppert-Blowitz nach einer Unterredung, die er zur Zeit des Berliner Kongresses mit Bismarck gehabt, über die Angelegenheit gemacht hat. Der betreffende Artikel stand in der „Times“ vom 7. September 1878, und die Hauptstelle desselben lautete:

„Bismarck ist eifersüchtig nicht bloß auf seinen eignen, sondern auch auf seines Vaterlandes Ruhm und stellt in Abrede, daß ein solcher Plan der preußischen militärischen Autoritäten [zu einem Angriff auf Frankreich] jemals bestanden habe. Als ich zu Ende meiner Unterredung mit ihm bemerkte, Europa habe auf Frieden gerechnet, sobald es erfahren, er wünschte ihn, griff er diese Redewendung eifrig auf, um auf eine entschiedene Ableugnung jedes Einverständnisses mit den Urhebern jenes Planes zurückzukommen, seine Rechnung mit dem Fürsten Gortschakoff auszugleichen und ganz Deutschland von dem verwerflichen Vorhaben freizusprechen, welches Europa in Schrecken gesetzt hatte. Er rief aus: »Ich würde den Frieden nicht gewünscht haben,

wenn ich der Bösewicht gewesen wäre, den Gortschakoff 1875 aus mir machte. Die ganze Geschichte, welche Europa damals zusammenschrecken ließ, und welcher die »Times« ein so gewaltiges Echo gab, war nichts als ein von Gortschakoff und Gontaut ersonnenes Ränkespiel. Sie war im Einverständnisse zwischen Gontaut und Gortschakoff eingeleitet worden, den es stark nach Lobspenden von seiten der französischen Zeitungen gelüstete, und der gern als Retter Frankreichs gerühmt sein wollte. Sie hatten die Sache so eingefädelt, daß sie gerade am Tage der Ankunft des Zaren losplatzen mußte, der als Gott mit dem quos ego aufzutreten und durch sein bloßes Erscheinen Frankreich Sicherheit und Europa Frieden zu bringen bestimmt war. Nie habe ich einen Staatsmann unüberlegter handeln, aus bloßer Eitelkeit eine Freundschaft zwischen zwei Regierungen gefährden und sich selbst den ernstesten Folgen aussetzen sehen, um in der Rolle eines Retters auftreten zu können. . . . Jenes vielberufene Rundschreiben begann übrigens mit den Worten: »Jetzt ist der Friede gesichert,« und als ich mich über diese Phrase beschwerte, wurde sie in: »Jetzt ist die Erhaltung des Friedens gesichert« abgeändert, was nicht viel weniger bedeutete. Ich sagte dem russischen Kanzler: »Sie werden sicherlich nicht viel Anlaß haben, sich Glück zu wünschen wegen dessen, was Sie gethan haben, als Sie den Verlust unserer Freundschaft um einer leeren Befriedigung Ihres Selbstgefühls willen wagten. Ich bemerke Ihnen offen, daß ich Freunden ein guter Freund und Feinden ein guter Feind bin.«"

Kehren wir unter die deutsche Diplomatenwelt zurück, so mag der Kanzler einen und den andern Herrn, vielleicht viele derselben hoch schätzen. Ich habe ihn aber (abgesehen von Lothar Bucher) nur über einen einzigen davon sich mit warmer Anerkennung aussprechen hören. Es war dies der 1879 ver-

storbene Staatssekretär von Bülow, dem er, wie wir sahen, schon in Frankfurter Berichten Lob erteilte, und der nach mündlichen Versicherungen des Fürsten mir gegenüber ein ebenso befähigter als kenntnisreicher und unermüdlich fleißiger Mitarbeiter desselben gewesen wäre. Über andre Excellenzen äußerte er sich mit weniger Wärme, aber ich darf von diesen Bemerkungen nur die anführen, welche Verstorbene betreffen.

Einst erlaubte ich mir die Frage, ob von der Goltz, unser früherer Gesandter in Paris, wirklich so gescheit und bedeutend gewesen wäre, als manche behaupten. „Gescheit, ja, in gewissem Sinn," erwiederte der Kanzler, „ein rascher Arbeiter, unterrichtet, aber unbeständig in seinen Auffassungen von Personen und Verhältnissen, heute für diesen Mann, diesen Plan eingenommen, morgen für einen andern, mitunter fürs Gegenteil. Und dann war er immer in die Fürstinnen verliebt, an deren Hofe er beglaubigt war, erst in Amalien von Griechenland, dann in Eugenien. Er war der Ansicht, was ich das Glück gehabt hätte, durchzusetzen, das könnte er mit seinem größeren Verstande auch und noch besser. Daher intrigirte er fortwährend gegen mich, obwohl wir Jugendbekannte waren, schrieb Briefe an den König, in denen er mich verklagte und vor mir warnte. Das half ihm nun zwar nichts; denn der König gab mir die Briefe, und ich beantwortete sie. Aber er war in dieser Hinsicht beharrlich, und so setzte er es fort, unverdrossen und unermüdlich. Übrigens war er sehr wenig beliebt bei seinen Untergebenen; sie haßten ihn förmlich."

Bei einer andern Gelegenheit, wo der Geheimrat Abeken bemerkt hatte, wie verschieden doch der Kardinal-Staatssekretär Antonelli von den Zeitungen beurteilt werde, bald als hoher, feiner Geist, bald als schlauer Intrigant, bald wieder als einfältiger Tropf, erwiederte der Kanzler: „Ja, das ist wahr, das

geht aber nicht bloß der Presse so, sondern auch dem Urteilsvermögen mancher Diplomaten, Goltz zum Exempel und unserm Harry. Von Goltz will ich nicht einmal reden. Das war was andres. Aber der — heute so, morgen so. Wenn ich in Varzin war und die Berichte zusammenlas, da hatte er seine Meinung über die Leute doch jede Woche ein paarmal total gewechselt, je nachdem sie ihn freundlich angesehen hatten oder nicht. Ja, er hatte eigentlich mit jeder Post, manchmal mit einer und derselben Post, andre Ansichten.“ — „Unser Harry“ war, wie ich für Laien auf diesem Gebiete hinzufüge, der Graf Arnim, von dessen späterer Opposition gegen den Reichskanzler oben die Rede gewesen ist, und dessen Referate in der That auch in der Zeit, wo er zum Botschafter in Paris aufgerückt war, einen proteusartigen Charakter hatten. Ein andermal bemerkte Bismarck über ihn: „Ich möchte wissen, wie der sich jetzt befinden und fühlen mag. Wahrscheinlich heute früh so, abends so und morgen früh wieder anders — wie seine Berichte.“

Von Savigny sagte der Minister: „Der ist schuld, daß wir den Friedensvertrag mit Sachsen haben, wo namentlich die Militärverhältnisse nicht richtig geordnet sind. Den hat er abgeschlossen, nicht ich; denn ich lag damals schwer krank auf dem Rücken. Als ich den Vertrag zuerst in die Hände bekam, wollte ich ihm dazu gratuliren; wie ich mir aber die Bestimmungen genauer ansah, kriegte ich ganz andre Gedanken und unterließ es.“ Der Kanzler war übrigens der Ansicht, daß der Katholizismus Savignys Mitursache seiner Nachgiebigkeit gegen die sächsischen Unterhändler gewesen sei. Dessen späteres Frondiren auf der Seite der Ultramontanen erklärte er aus sehr äußerlichen Ursachen und zwar wie oben, Kap. 2, S. 143 angegeben wurde.

Über Graf Bernstorff, den ehemaligen Vertreter Preußens und Deutschlands am englischen Hofe, äußerte sich Bismarck

im Januar 1871: „Dahin habe ichs doch noch nicht gebracht, mit behäbiger Breite Seiten und Bogen über die unbedeutendsten Dinge vollzuschreiben wie der. Solch ein Haufen [er zeigte es mit der Hand] ist heute wieder eingelaufen. Und dabei immer die Rückbeziehungen: wie ich in meiner Depesche vom 3. Januar 1863, Nummer so und so viel, zu berichten die Ehre hatte, oder: wie ich in meinem Telegramm, Nummer 1663 gehorsamst meldete. Ich schicke es dann dem Könige, und der will wissen, was er meint, und schreibt mit Bleistift an den Rand: »Kenne ich nicht.« — Jemand bemerkte, nur Goltz hätte soviel irrelevantes Zeug zusammengeschrieben, und der Minister sagte dazu: „Ja, und dazu manchmal noch sechs, acht Bogen lange, ganz eng geschriebene Privatbriefe an mich. Er muß erschrecklich viel Zeit übrig gehabt haben. Zum Glück erzürnte ich mich mit ihm, und da hörte der Segen auf.“ — Einer von der Tafelrunde bemerkte: „Was der sagen würde, wenn er jetzt erführe, daß der Kaiser gefangen, Eugenie in London und Paris von uns bombardirt worden wäre?“ — „Na,“ versetzte der Kanzler, „der Kaiser läge ihm wohl nicht so sehr am Herzen als seine Flamme Eugenie. Jedoch trotz seiner Verliebtheit — so wie andre Leute wäre er doch nicht 'reingefallen.“ — Unter diesen andern Leuten war der Nachfolger des Grafen Goltz gemeint, der für die Kriegsabsichten der französischen Regierung im Sommer 1870 bis zum letzten Augenblicke keine Augen gehabt hatte, während sie doch von einem seiner Untergebenen deutlich erkannt und nach Hause gemeldet worden waren.

Mehrmals kam der Minister auf den Wert der diplomatischen Berichte überhaupt zu sprechen, und immer schien er denselben ziemlich gering anzuschlagen. Das einemal meinte er, daß viele dieser Arbeiten in gefälliger Form nichts wesentliches enthielten,“ worauf er fortfuhr: „Es ist Feuilletonarbeit, ge-

schrieben, damit was geschrieben wird. So waren da die Berichte unsres Konsuls in *. Man liest sie durch und denkt immer: nun soll's kommen. Es kommt aber nicht. Es klingt ganz hübsch, und man liest weiter und weiter. Am Ende aber findet man, daß wirklich nichts darin steht — alles taub und leer." — Man erwähnte ein andres Beispiel, einen Militärbevollmächtigten B., der auch als Historiker über Rußland in weitschichtigen Elaboraten aufgetreten ist, und der Kanzler urteilte über ihn: „Man dachte, als man ihn anstellte, er würde was leisten, und an Quantität hat er viel geleistet — auch in der Form. Er schreibt gefällig und wie für ein Feuilleton, aber wenn ich seine eng und klein und zierlich geschriebenen Berichte durchgehe, da steht bei all ihrer Länge eigentlich nichts darin."

Das andremal bemerkte der Minister von der diplomatischen Schriftstellerei im allgemeinen: „Es ist großenteils Papier und Dinte darauf. Das Schlimmste ist, wenn sie's lang machen. Ja, bei Bernstorff, wenn der jedesmal ein solches Ries Papier schickt, mit veralteten Zeitungsausschnitten, da ist man's gewohnt. Aber wenn ein andrer einmal viel schreibt [Graf Arnim leistete darin oft sehr Beträchtliches], da wird man verdrießlich, weil doch in der Regel nichts darin ist." [Von dem „Prachtbericht" und dem „kleinen Buche" des Herrn von Bismarck, die Poschingers Sammlung bringt, desgleichen von vielen andern dort mitgeteilten Depeschen und Briefen des damaligen preußischen Bundestagsgesandten wird das freilich niemand behaupten, aber die Ausnahme hebt, so groß sie ist, die Regel nicht auf, und nach dieser sind die Berichte unsrer Diplomaten meist nicht entfernt Beweise besonders sorgfältiger und weitblickender Beobachtung und oft — man erinnere sich der oben gelieferten Proben — nichts als ein Sammelsurium von Notizen ohne Interesse] Der Kanzler fuhr dann fort: „Wenn sie einmal

Geschichte schreiben darnach, so ist nichts Ordentliches daraus zu ersehen. Ich glaube, nach dreißig Jahren werden ihnen die Archive geöffnet; man könnte sie viel eher hineinsehen lassen. Die Depeschen und Briefe sind, auch wo sie einmal was enthalten, solchen, welche die Personen und Verhältnisse nicht kennen, nicht verständlich. Wer weiß da nach dreißig Jahren, was der Schreiber selbst für ein Mann war, wie er die Dinge ansah, wie er sie seiner Individualität nach darstellte? Man muß wissen, was hat Gortschakoff, was hat Gladstone oder Granville mit dem gemeint, was der Gesandte berichtet. Eher sieht man noch was aus den Zeitungen, deren sich die Regierungen ja auch bedienen, und wo man häufig deutlicher sagt, was man will. Doch gehört auch dazu Kenntnis der Verhältnisse. Die Hauptsache aber liegt immer in Privatbriefen und konfidentiellen Mitteilungen, auch mündlichen, was alles nicht in die Akten kommt." — Er führte eine Anzahl von Beispielen an und schloß dann: „Das erfährt man nur auf vertraulichem Wege und nicht auf amtlichem."

In Versailles war bei Tische einmal von Diplomaten die Rede, welche ihre Stellung zu Börsenspekulationen benutzt und mit solchen Manövern gute Geschäfte gemacht hätten. Der Minister stellte dabei in Abrede, daß sich mit einem ja immerhin beschränkten Vorauswissen politischer Ereignisse, wie es der Chef eines auswärtigen Amtes sich erwerben könne, im allgemeinen viel anfangen ließe. Solche Ereignisse wirkten erst später auf die Börse, und den Tag, wo das stattfände, könnte man nicht ahnen. „Ja," setzte er hinzu, „wenn man durch Einfädelung solcher Dinge eine Baisse hervorrufen kann, aber das ist doch ehrlos. Der französische Minister Gr. hat es so gemacht, wie R. neulich erzählte. Der hat sein Vermögen damit verdoppelt; man kann fast sagen, der Krieg sei zu dem Zwecke

gemacht worden. Auch Moustier trieb, wie es heißt, solche Geschäfte — nicht für sich, aus seinen Mitteln, sondern mit dem Vermögen seiner Maitresse, und als es herauskommen wollte, vergiftete er sich. — Will man seine Stellung zu solchem Verdienste benutzen, so kann man es als Minister so einrichten, daß man sich mit den politischen Depeschen die Börsentelegramme schicken läßt, von allen Börsen, durch gefällige Beamte bei den Legationen. Die politischen gehen beim Telegraphen vor, und so profitirt man etwa zwanzig bis dreißig Minuten. Und dann muß man einen schnelllaufenden Juden haben, der diesen Vorteil für einen benutzt. Es soll auch bei uns Leute gegeben haben, die es so hielten. [Er nannte einige dieser Herrschaften.] Auf die Art kann man täglich seine fünfzehnhundert bis fünfzehntausend Thaler verdienen, und das giebt nach etlichen Jahren ein recht hübsches Vermögen. Aber mein Sohn soll von seinem Vater nicht sagen, daß er ihn so oder auf eine ähnliche Weise zum reichen Manne gemacht hat. Er kann auf anderm Wege reich werden, wenn es sein muß."

Eine andre Methode diplomatischer Geldschneiderei wurde einige Zeit später aufs Tapet gebracht und durchgesprochen. Es war am 26. Januar 1871. Von Stroußbergs Gescheitheit und Rastlosigkeit wendete sich die Rede auf dessen Stammgenossen Gambetta, von welchem jemand wissen wollte, daß er durch den Krieg „auch seine fünf Millionen verdient habe," was andre Tischgenossen — ich glaube, mit Grund — bezweifelten. An den Diktator von Tours und Bordeaux reihte sich Napoleon III., von dem Graf Bismarck-Bohlen sagte, daß er sich in den neunzehn Jahren seiner Regierung mindestens fünfzig Millionen Franks gespart habe. — „Andere behaupten achtzig," versetzte der Kanzler. „Ich halte es aber für zweifelhaft. Louis Philipp hatte das Geschäft verdorben. Der ließ Ementen machen

und dann an der Amsterdamer Börse verkaufen, und das merkte die Geschäftswelt zuletzt. — Graf Hatzfeldt oder Baron Keudell bemerkte, zu demselben Zwecke sei der betriebsame und geriebene allerdurchlauchtigste Börsianer auch von Zeit zu Zeit krank geworden. Darauf sprach man davon, daß unter dem Kaiserreiche vorzüglich Morny sich darauf verstanden habe, mit allen Mitteln Geld zu machen, und der Kanzler erzählte: „Wie der zum Gesandten in Petersburg ernannt worden war, kam er mit einer ganzen langen Reihe schöner eleganter Wagen an und hatte alle Koffer, Kisten und Kasten voll Spitzen und Seidenzeug und Damenputz, wofür er als exterritorial keinen Zoll zu zahlen hatte. Jeder Diener hatte seinen eignen Wagen, jeder Attaché oder Sekretär mindestens zwei, und er selber hatte wohl fünf oder sechs, und wie er ein paar Tage da war, verauktionirte er das alles, Wagen und Spitzen und Modesachen. Er soll achtmalhunderttausend Rubel dabei verdient haben. Er war gewissenlos, aber liebenswürdig; er konnte wirklich recht liebenswürdig sein," was der Erzähler darauf mit verschiednen Beispielen belegte.

Daß man die Diplomaten auch in käufliche und nicht käufliche einteilen kann, möchte aus folgender kleinen Erzählung hervorgehen, die ich auf einem Besuche in Varzin meiner Mappe einverleibte. Sie betrifft einen Bestechungsversuch, den ein gewisser Löwenstein mit Bismarck angestellt, als dieser im Begriffe gestanden hatte, als Gesandter nach Petersburg abzugehen. „Er war," so berichtete der Fürst, „ein Agent, der für Buol und zugleich für Manteuffel wirkte, spionirte, Aufträge ausrichtete und dergleichen mehr besorgte. Er kam zu mir mit einem Empfehlungsbriefe von Buol. Als ich fragte, womit ich ihm dienen könnte, sagte er, er komme, um mir mitzuteilen, daß ich ein gutes Geschäft machen könne. Ich könne dabei zwanzigtausend

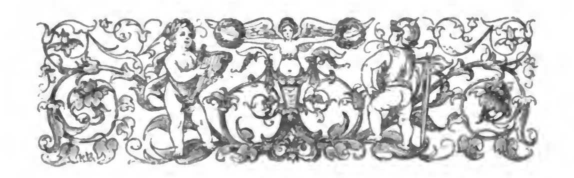
Thaler verdienen — auch mehr. Ich antwortete, ich spekulire nicht, habe auch kein Geld dazu. — O, ich brauchte keins dazu, ich könnte es auf andre Weise. — Ich sagte, das begriffe ich nicht; was ich denn thun sollte? — Wenn ich meinen Einfluß in Petersburg anwende, um ein gutes Verhältnis zwischen Rußland und Österreich zu vermitteln. — Ich that, als ob ich mir das überlegen wollte, aber ihm nicht traute. Löwenstein verwies mich auf seinen Empfehlungsbrief. Ich fand den ungenügend und wollte ein schriftliches Versprechen. Der Jude war aber zu gerieben dazu und meinte, sein Brief legitimire ihn hinreichend. Jetzt wurde ich grob und sagte ihm, als er ging, die Wahrheit, daß es mir nicht einfiele, und drohte, ihn die steile Treppe hinabzuwerfen. Da zog er ab, nicht ohne vorher mit dem Zorne Austrias gedroht zu haben. — Bei * hätte er ein besseres Verständnis und Annahme seines Vorschlags gefunden. Desgleichen bei **, der noch jetzt Subventionen von Wien beziehen mag."

Giebt es für Bismarck einen ebenbürtigen oder auch nur annähernd geistesverwandten Nachfolger? Wird er eine Schule hinterlassen? Ich glaube beides verneinen zu müssen. Die jetzigen deutschen Diplomaten mögen in ihrer Art zum Teil recht achtbare Talente sein, stehen aber samt und sonders tief unter ihrem Chef, und die Liberalen, die ihn zu beerben hoffen, haben unter sich noch viel weniger Kapazitäten und gar keine Routine. Virchow hat in öffentlichen Reden angedeutet, daß sie erwarten, unter dem nächsten Könige ans Ruder zu kommen, und dazu bemerkt, dann werde die ganze deutsche Politik, auch die auswärtige, eine andre werden. Bismarck sei ein begabter Politiker, aber der Vertreter einer Diplomatie, welche man bisher als eine längst überwundene angesehen. — Das wird was Schönes geben und nicht lange gehen. Aber es kann in der

Zwischenzeit erschrecklich viel Dummheit begangen und ungeheuer viel Schaden angerichtet werden, darunter vielleicht unersetzlicher.

Eine Schule aber hat der Fürst nicht gegründet, obwohl allerlei davon geredet und geschrieben worden ist, wenigstens nicht in dem Sinne, wie Moltke eine um sich gebildet hat. Einige Diplomaten mögen aus seinen Instruktionen sich eine und die andre Maxime für den allgemeinen Gebrauch gemerkt haben. Hin und wieder hat er wohl selbst darauf hingewiesen. Mehr zu thun hatte er keine Zeit, und es wäre das auch ein vergebliches Bemühen gewesen, da auf diplomatischem Gebiete wie auf jedem andern das Genie nicht anerzogen, sondern geboren wird, und da mit Maximen, die aus Geschehenem abstrahirt sind, das stets auftretende Neue nur durch geniale Intuition, die sie ergänzt, genügend zu bewältigen ist. Nicht das Wissen ist die Hauptsache, sondern das Können. „Ce jeune homme sait un grand nombre de choses,“ sagte Nesselrode einmal von einem deutschen Attaché, „mais il ne sait pas faire une seule,“ und das wird von nicht wenigen jetzigen Kollegen des Betreffenden auch gelten. Es hält schon recht schwer, einen passenden Staatssekretär zu finden, und nun gar einen neuen Reichskanzler, der gegen den alten nicht komisch absticht. Es sind das unerfreuliche Wahrheiten, aber es ist nun einmal so und nicht anders.





Fünftes Kapitel.

Bismarck und Österreich.



Nicht wenig ist die Richtung der Politik Bismarcks durch das Verhalten von Gegnern bestimmt worden, die ihr wahres Interesse dauernd verkannten, und einige seiner Haupterfolge wurzeln zum guten Teil in der hartnäckigen Verblendung, mit der man ihm gegenüber, dem reformatorischen Genie, dem Verstand und Willen gegenüber, in welchem sich das Bedürfnis und der Schöpferdrang des geschichtlichen Werdens in Deutschland zum Handeln zusammenfaßten, veraltete Rechte und vermeintliche Ansprüche bis zur letzten Stunde geltend zu machen suchte. So in der schleswig-holsteinischen Sache, bei welcher zunächst die anmaßliche und illoyale Politik der dänischen Nationaldemokraten den König Christian zwang, Schleswig im Widerspruche mit einer völkerrechtlichen Festsetzung zu inkorporiren, und so den deutschen Großmächten die einzig mögliche Gelegenheit schuf, das Londoner Protokoll für nicht mehr giltig zu erklären, in einer Sache, welche dann, im zweiten Akt ihrer Entwicklung, von der übel beratenen Beschränktheit des

Augustenburgers ungefähr wie ein Zivilprozeß um ein Rittergut aufgefaßt wurde, dessen Besitztitel er in Gestalt eines wurmstichigen, olivengrünen Pergaments wie ein wunderthätiges Heiligtum verwahrte und verehrte, und bei deren Erörterung der gute Herr die im nationalen Interesse erhobenen, anfangs sehr mäßigen Forderungen Preußens hartnäckig so lange von der Hand wies, bis die Annexion zur Notwendigkeit wurde. So ferner in der Frage wegen Hannovers, wo der doppelt mit Blindheit geschlagene König Georg sein wirkliches Interesse kurz vor und kurz nach der Katastrophe von 1866, das ihn auf Zusammengehen mit Preußen oder mindestens auf ein ehrlich neutrales Verhalten hinwies, so wenig einsah, daß er die wiederholt von Berlin aus an ihn ergangenen Anerbietungen zu einem Vergleich auf Grund des von Bismarck formulirten Planes zur Reformirung Deutschlands jedesmal schroff ablehnte und auf diesem Wege gleichfalls die Ausstreichung seines Rechtes durch die neues und höheres Recht vertretende Macht und die Einverleibung seines Landes in die Monarchie des Siegers herbeiführte, wobei wie im vorigen Falle allerdings der Scharfblick des preußischen Ministers für die Blöße des Gegners und für den eigentlichen springenden Punkt bei der Sache, und seine Kunst, den Widersacher vor der Welt ins Unrecht zu versetzen, wesentlich mitwirkten. So endlich, andrer Beispiele zu geschweigen, in der Frage wegen Abgrenzung der Sphäre des österreichischen Einflusses gegenüber der norddeutschen Großmacht, wo sich ebenfalls die alte Geschichte, diesmal länger als anderthalb Jahrzehnte hindurch, abspielte, bis das Schwert den gordischen Knoten zerhieb und mit Beseitigung des Dualismus und Aufrichtung der nach Billigkeitsrücksichten bemessenen Hegemonie Preußens im Norden vom Main, dann in ganz Deutschland das wahre historische, das

lebendige Recht zur Geltung gelangte — eine politische Gestaltung, die später ihre von Bismarck nie aus den Augen verlorene Ergänzung durch ein Bündnis fand, welches das, was an dem alten Bunde mit dem Donaustaate gut und nützlich gewesen, wieder aufnahm und das rechte Verhältnis zwischen den beiden ehemaligen Nebenbuhlern im großen und ganzen herstellte.

Ohne die Schwarzenbergische Politik, welche im Wesentlichen ein Wiederaufleben der Kaunitzschen war und von Buol und dessen Nachfolgern fortgesetzt wurde, wäre die Entwicklung Deutschlands zum Bundesstaate, welche mit Bismarcks Ernennung zum Bundestagsgesandten begann und 1866 ihre ersten Ziele erreichte, schlechterdings unmöglich gewesen. Die Dinge würden sich schließlich vielleicht ähnlich gestaltet haben, aber auf andern Wegen und ohne Zweifel weit langsamer, auch nur in dem Falle, daß zuletzt wieder ein energisches staatsmännisches Genie auf preußischer Seite aufgetreten wäre und die Lösung des Problems in die Hand genommen hätte. Das Abgehen des Fürsten Schwarzenberg und der ihm folgenden Leiter der Wiener Politik von der rücksichtsvollen und versöhnlichen Methode, die Metternich Preußen gegenüber angewendet hatte, ihre begehrliche Aggression beschleunigte den Gang der Sache, ihnen vorzugsweise haben wir es zu danken, daß die Ansichten über Österreich, die bis 1848 in Berlin herrschten, und mit denen Bismarck noch drei Jahre später nach Frankfurt kam, rasch und gründlich in ihr Gegenteil umschlugen. Wie der König vor diesem Umschwung dachte, läßt u. a. der Brief erkennen, den er am 18. April 1848 an Metternich schrieb, als dieser vor der Revolution aus Wien geflohen war. Es heißt darin gegen den Schluß hin sehr charakteristisch: „Mein persönliches Verhältnis zu Ihnen ist das alte und doch durch unser gegenseitiges Unglück verjüngt, gestählt, befestigt. Für Österreich fühle ich

wie Anno 40. Was ich vermag, um seinem Erbkaiser die erbliche römische Kaiserwürde zu schaffen, werde ich redlich thun, und der römische Kaiser muß wieder das Ehrenhaupt deutscher Nation sein. Ein Cäsar dieses Augustus als besondres Wahloberhaupt des besondern deutschen Reiches scheint unvermeidlich. Ich will aber nicht diesen Cäsar abgeben. Meine Ambition ist, Erzfeldherr des Reiches zu werden... Gott mit Ihnen, verehrter Fürst! Er erhalte Sie der Welt für bessere Zeiten."

Welche Stellung zu Österreich Bismarck in den nächsten Jahren nach den Berliner Märztagen einnahm, wissen wir aus einem früheren Kapitel. Als der jetzige Reichskanzler, nachdem er vom Mai 1851 an bei der preußischen Vertretung am deutschen Bunde als Legationsrat Dienste gethan, am 15. Juli des gedachten Jahres zum Bundestagsgesandten ernannt wurde, war er vermutlich infolge von Erfahrungen in einigen Punkten von seiner früheren Meinung in Betreff der Wiener Politik zurückgekommen, aber erweislich noch nichts weniger als ein grundsätzlicher Gegner Österreichs. Er sah es vielmehr als wertvollen Bundesgenossen im Kampfe mit der noch immer nicht unbedenklichen demokratischen Revolutionspartei an und befand sich im Einklange mit der Instruktion, die seinem Vorgänger, dem General von Rochow, ertheilt worden war und darauf hinauslief, daß bei dem reaktivirten Bundestage das System einträchtigen Zusammenwirkens der beiden Großmächte wieder in Anwendung zu bringen sei, welches in den Tagen Hardenbergs, Ancillons und Metternichs im allgemeinen Geltung gehabt und darin bestanden hatte, daß dieselben sich über die den kleineren Bundesstaaten vorzuschlagenden Maßregeln in allen Fällen vorher unter einander verständigten und dann die übrigen Glieder des Bundes in Eintracht nach ihrem Willen leiteten. Es war ihm noch in einer Rede von 1850 „Repräsentant und Erbe

einer deutschen Macht, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt." Die Haltung, welche Bismarck zu Anfang seiner Frankfurter Wirksamkeit bei den Verhandlungen am Bunde einnahm, entsprach dem selbst in untergeordneten Fragen. Er machte sichs zur Regel, „etwaige Keime der Uneinigkeit zwischen Preußen und Österreich stets mit dem Grafen Thun [dem damaligen österreichischen Bundestagsgesandten] unter vier Augen zu verhandeln, bevor er mit einer derartigen Sache vor den Bundestag trete." Spaltungen über die schwebenden Fragen bemühte er sich zu vermeiden, indem er die ihm von Berlin zugehenden Weisungen möglichst mild deutete und wiederholt seine persönlichen Wünsche denen der Mehrheit unterordnete. Aber freilich fand diese Versöhnlichkeit und Nachgiebigkeit ihre Grenze an dem Interesse und der Würde des Staates, den er zu vertreten hatte, und sehr bald gelangte er durch verdrießliche Erfahrungen zu der Überzeugung, daß Friedfertigkeit im Bundespalais nicht am rechten Orte sei. In Wien war man zu der in Berlin gewünschten Eintracht allerdings bereit, aber nur unter der Voraussetzung, daß Preußen sich den Absichten der kaiserlichen Politik ebenso willig füge, wie früher die Mittel- und Kleinstaaten den gemeinsamen Beschlüssen der beiden großen Bundesglieder nachgegeben hatten. Sollte Preußen einen eignen Willen zu haben wagen, so besaß Österreich nach Schwarzenbergs Meinung im Bundestage das Werkzeug zur Beugung und Brechung desselben, und diese Rechnung traf insofern zu, als die meisten kleineren Staaten der preußischen Politik Unions- oder Annexionspläne zuschrieben und infolge dessen immer bereit waren, Preußen am Bunde zu überstimmen und möglichst auf ihr eignes Niveau herabzudrücken, den Kreis seines selbständigen Wirkens zu verengern und die Befugnis des Bundestags zu erweitern. Diesen Bestrebungen stand Bismarcks Überzeugung, daß die Monarchie

Friedrichs des Großen zur Unterwerfung unter die Stimmenmehrheit der Kleinen, die Österreichs Gefolgschaft bildeten, in keiner Weise verpflichtet sei, und daß Fügsamkeit unter solchen Umständen den langsamen Ruin Preußens herbeiführen müsse, entschieden entgegen, und andrerseits war ihm klar, daß ein etwaiges Alleinstehen des von ihm vertretenen Staates, wenn man nur fest und konsequent verfuhr, keinerlei Gefahr haben konnte.

Schon nach kaum dreimonatlicher Beobachtung der Sachlage, am 23. September 1851, als es sich um eine Lebensfrage für Preußens Macht und Unabhängigkeit handelte, deutete er seinem Minister an, daß ihm die Aufkündigung des ganzen gegen früher wesentlich unerfreulicher gewordenen Bundesverhältnisses unter Umständen möglich und ratsam erscheinen würde. Es war, als das Berliner Kabinet, nachdem man überall auf den Boden des alten Bundesrechtes zurückgekehrt war, den Antrag stellte, die 1848 dem Bundesgebiet eingefügten drei östlichen Provinzen Preußens wieder abzutrennen, da dies bei den in Frankfurt herrschenden Tendenzen als rechtliche Grundlage einer selbständigen europäischen Politik jenes Staates notwendig erschien. Österreich stimmte ungern, aber notgedrungen bei. Als aber in der Bundesversammlung an der Sache gemäkelt wurde, erklärte Bismarck in einem Schreiben an Manteuffel, daß „er es persönlich gern gesehen haben würde, wenn er in der Frage von Haus aus eine kategorische Erklärung hätte abgeben dürfen, anstatt sich um die Einwilligung der spröderen unter den Kollegen zu dem Antrage zu bewerben,“ und schloß seinen Bericht mit der Bemerkung, falls die Abstimmung sich verzögere oder gar verneinend ausfallen sollte, so werde er erklären können, „daß Preußen auch ohne die Einwilligung der widersprechenden und Einstimmigkeit verlangenden Herren seinen Weg gehen werde.“

Kurz darauf, am 12. November, stellte der preußische Bundestagsgesandte seinem Berliner Chef anheim, bei der Abstimmung über die Kosten der Bundesexekution in Kurhessen „gewissermaßen eine Probe zu machen, wie viele der Stimmen im Bundestage sich noch jetzt der von Preußen festgehaltenen Auffassung über die Giltigkeit der Verhandlungen vor dem Mai 1851 [dieselbe wurde vom Berliner Kabinet geleugnet] anschließen würden, wenn mit ihren Erklärungen die Gefahr einer Spaltung in der Bundesversammlung verbunden wäre," wobei er hinzufügte: „Meiner persönlichen Anschauung nach schrecke ich nicht davor zurück, eine etwaige Isolirung Preußens in diesem Sinne zu Tage treten zu lassen."

Österreich fuhr fort, die Stimmen der Kleinstaaten am Bunde wie ihm zugezählte Karten in seinem Interesse gegen das preußische auszuspielen. Immer deutlicher mußte der Vertreter des letztern inne werden, daß System in der Sache war, und daß einem harmonischen Zusammenwirken mit seinem österreichischen Kollegen fast unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege standen und immer von neuem in den Weg geschoben wurden. Beinahe überall fand er sich durch die große Mehrzahl der von Wien her am Drahte geleiteten Repräsentanten der deutschen Mittel- und Kleinstaaten in ärgerlicher Weise gehemmt und angegriffen, sah er gegen die Lebensinteressen Preußens Ränke spinnen und Minen graben, zwang man ihn zum Opponiren und Protestiren. So u. a., als auf Antrag Österreichs über die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle des Bundestags verhandelt und gegen Preußens Einspruch ein Ausschuß zur Auswahl der zur Publikation geeigneten Verhandlungen gewählt worden war. Sofort zeigte sich an der Redaktion des Stoffes, daß die Vermutung Bismarcks, der Ausschuß werde ein zu Österreichs Vorteil und gegen das preußische

Interesse wirkendes Organ bilden, gerechtfertigt gewesen war, und so trat er dem Unfug in der Presse und zugleich durch eine kräftige Erklärung am Bunde selbst entgegen und veranlaßte dadurch Einstellung des Verfahrens.

Andre Anlässe zu Streit boten zunächst die 1848 geschaffene Nordseeflotte und deren Erhaltung durch den Bund, wobei es zu Beschlüssen kam, die entschieden nachteilig für Preußen waren und von dessen Vertreter für verfassungswidrig und somit nichtig bezeichnet wurden, und der Plan einer Zolleinigung mit Österreich, welche dem in Wien als Vorbereitung der kleindeutschen Hegemonie auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessen betrachteten Zollvereine ein Ende machen sollte, aber zunächst nicht weiter als zu einer ergebnislosen Konferenz in Frankfurt gedieh und so nur dazu diente, die Mißgunst der Schwarzenbergischen Politik gegen Preußen und deren Herrschsucht von neuem grell zu beleuchten.

Im Hinblick auf diese Fragen und Vorgänge spricht Bismarck (vgl. Poschinger, „Preußen im Bundestag" I, 54 ff.) seinem Chef in Berlin bereits unterm 22. Dezember 1851 unverhüllt und ziemlich ausführlich seine abfällige Meinung über die neue österreichische Politik gegenüber Preußen aus. Nach verschiednen Richtungen hin schon sehr genau orientirt, schreibt er hier u. a.: „Die Haltung des Wiener Kabinets, seitdem Österreich durch die momentane Regelung seiner innern Zustände wieder in die Lage gekommen ist, an der deutschen Politik teilzunehmen, beweist im allgemeinen, daß der Fürst Schwarzenberg nicht damit zufrieden ist, die Stellung, welche die Bundesverfassung bis 1848 dem Kaiserstaate verlieh, lediglich wieder einzunehmen, daß er vielmehr den Umschwung, durch welchen Österreich dem Untergange nahe gebracht war, als Grundlage für die Verwirklichung weitaussehender Pläne

zu benutzen gedenkt, analog den Erscheinungen zu Anfange des dreißigjährigen Krieges, welche den Kaiser, nachdem er in seiner eignen Hofburg nicht mehr sicher gewesen war, zum Herren Deutschlands machten. Es ist natürlich, daß für jetzt auf dem Gebiete der bundestäglichen Verhandlungen der Kampf um die materielle und formelle Kräftigung der Stellung Österreichs in Deutschland, wenn nicht ausgefochten, so doch eingeleitet wird, und zwar mit Erfolg; denn im Fall einer etwaigen Divergenz zwischen Österreich und Preußen ist die Majorität der Bundesversammlung bei der jetzigen Sachlage für Österreich gesichert. Der Grund dieser Erscheinung dürfte im allgemeinen allerdings in einer mißtrauischen Gereiztheit zu finden sein, welche bei der Mehrzahl der mittleren deutschen Höfe gegenüber der preußischen Politik aus der Zeit der Märzrevolution zurückgeblieben ist. Man leiht dort den Insinuationen ein geneigtes Ohr, daß Preußen schon seiner geographischen Lage nach bestrebt sein müsse, die Fürsten, deren Länder den preußischen Staat begrenzen, in ein Abhängigkeitsverhältnis irgendeiner Art zu bringen und zu diesem Behufe die Sympathien der Völker für die Einheit Deutschlands gegen die Fürsten auszubeuten, während Österreich den partikularistischen Souveränen mit der Aussicht schmeichelt, dieselben den eignen Unterthanen gegenüber möglichst unabhängig und selbstherrschend hinzustellen, und gleichzeitig darauf hinweist, daß die geographische Lage der kleinen Staaten zu Österreich es für letzteres unmöglich macht, ein Abhängigkeitsverhältnis herbeiführen zu wollen, durch welches das Maß des in der frühern Reichsverfassung gegebenen wesentlich überschritten würde. . . . Hierneben ist der Einfluß nicht gering anzuschlagen, der von der persönlichen Umgebung der meisten deutschen Fürsten auf die letztern geübt wird. Gewöhnlich gehören die einflußreichsten Personen an den deutschen Höfen

einem Stande an, der für sich selbst mehr von einer österreichischen als von einer preußischen Entwicklung der deutschen Dinge hofft. Dazu kommt, daß eine große Anzahl der Personen dieser Kategorie Söhne oder andre Angehörige in österreichischen Diensten haben und das Fortkommen derselben mit der eignen Parteinahme für die österreichische Politik verknüpft sehen. . . . Außer den bezeichneten Momenten, in welchen eine Änderung herbeizuführen weniger in unsrer Macht liegt, fällt meiner Wahrnehmung nach noch das folgende schwer in die Wagschale. Die deutschen Staaten fürchten Österreich in seinen Repressalien, während sie sich zu Preußen unter allen Umständen einer versöhnlichen und wohlwollenden Behandlung versehen. . . . Unsre Bundesgenossen sind daran gewöhnt, daß Österreich für seine Unterstützung wie für seine Anfeindung genau den Maßstab der Gegenseitigkeit nimmt, und sich weder durch allgemeine Prinzipien noch durch das Recht vorkommenden Falles abhalten lassen würde, eine Wiedervergeltung gegen diejenigen zu üben, deren Unterstützung ausblieb, wo sie erwartet wurde."

Bismarck zieht die Konsequenz der letzten Sätze dieses Zitats hier nicht, wohl aber drückt er die Moral des Verfahrens Österreichs, das in ihnen charakterisirt ist, schon in einem etwas frühern Schreiben an Manteuffel (vgl. Poschinger I, Bericht 36) mit den Worten aus: „Eine Änderung in den für uns ungünstigen Majoritätsverhältnissen bei der Bundesversammlung kann ich mir nur von der konsequenten Befolgung des Systems versprechen, daß Preußen nur denjenigen deutschen Regierungen Rücksichtnahmen irgendeiner Art gewährt, welche solche zu verdienen bemüht sind," und wir werden sehen, daß er dieses Verfahren auch in spätern Berichten, wo die Bestrebungen des Wiener Kabinets am Bunde und deren Erfolge auf Grund

längerer Beobachtung und reicherer Erfahrung ausführlicher dargestellt werden, in sehr deutlicher und eindringlicher Sprache empfiehlt. Hinzugefügt darf werden, daß er in dieser Beziehung nicht tauben Ohren predigte, ja daß wir in ihm denjenigen Ratgeber Manteuffels und des Königs Friedrich Wilhelm zu erblicken haben, der sich besondern Vertrauens erfreute, und nach dessen schriftlichen und mündlichen Äußerungen fortan die preußische Politik gegenüber Österreich und seinen Gehilfen am Bunde vorzugsweise eingerichtet wurde. Sehr häufig berief ihn sein königlicher Auftraggeber zu Besprechungen an seinen Hof, und wie der Kanzler mir selbst sagte, hat er Reisen der Art von Frankfurt nach Berlin in einem Jahre nicht weniger als dreizehnmal zu machen gehabt.

Österreichischerseits wurde die Opposition Bismarcks gegen die beabsichtigte Majorisirung Preußens durch den Bundestag bald übel empfunden. Gegen Ende des Dezember 1851 schon erklärte Graf Thun seinem preußischen Amtsgenossen in einem Privatgespräche ganz unumwunden, „solche Auflehnung gegen Majoritätsbeschlüsse müsse notwendigerweise den Bund sprengen.“ Es wurde ihm aber darauf bemerkt, „wolle man in der Bundesversammlung durch eine direkte und rücksichtslose Durchführung des Majoritätssystems eine Preußen wider seinen Willen zwingende Behörde ausbilden, so werde man diesem letzten Bande deutscher Einheit ein Gewicht anhängen, welches zu tragen es unvermögend sei. Die Bundesversammlung sei nicht darauf berechnet, Beschlüssen, bei welchen Österreich oder Preußen sich in der Minorität befänden, unter allen und jeden Umständen Nachdruck zu verleihen; man habe deshalb auch bis zum Jahre 1848 die formelle Berechtigung der Majorität nur cum grano salis zur Anwendung gebracht; denn man habe damals sich nicht der Illusion hingegeben, durch den Mechanismus der Ma-

joritäten-Abstimmung den tausendjährigen Dualismus Deutschlands für beseitigt zu halten."

Im Januar 1852 hatte sich die Meinungsverschiedenheit über die Flotte zu einem Streite über fundamentale Fragen der Bundesverfassung entwickelt. Die deutsche Nordseeflotte war 1848 für die damals erwartete deutsche Reichsgewalt geschaffen worden. Im Hinblicke hierauf hatte Preußen seinen matrikularmäßigen Beitrag gezahlt, wogegen Österreich nichts und einige Binnenstaaten nur wenig geleistet hatten. Aus der Reichsgewalt war dann nichts geworden, die Schiffe und Zubehör aber waren vorhanden, und der wiederaufgelebte Bund mußte für deren Erhaltung sorgen. Als indes Preußen zu diesem Zwecke Einzahlung der rückständigen Matrikularumlage des Jahres 1848 beantragte, weigerten sich die säumigen Regierungen, und auf ihr Betreiben beschloß der Bundestag im Juli 1851 eine neue Vorschußumlage. Bismarck legte hiergegen im Namen Preußens Verwahrung ein, indem er hervorhob, daß die Flotte nach dem Bundesrechte keine organische Einrichtung, und daß folglich zu finanziellen Beschlüssen in Bezug auf dieselbe Einstimmigkeit erforderlich sei. Dies wiederholte sich sechs Monate später. In der Bundestagssitzung vom 7. Januar 1852 wurde nach lebhafter Debatte beschlossen, zur Deckung der rückständigen Flottengelder bei Rothschild eine Anleihe aufzunehmen, und zwar unter Verpfändung der bei ihm deponirten Bundesgelder. Bismarck war in Berlin abwesend. Graf Thun protestirte als sein zeitweiliger Vertreter gegen jenen Beschluß. Damit waren die Dinge auf die Spitze getrieben, und darnach handelte nun Bismarck im Einvernehmen mit Manteuffel. Am 10. Januar telegraphirte er dem Legationsrate Wentzel: „Preußen betrachtet die beabsichtigte Gelderhebung nicht als Bundesanleihe; die bei Rothschild deponirten Gelder

hat man nicht das Recht, ihrer traktatenmäßigen Bestimmung zu entziehen. Protestiren Sie bei Rothschild gegen Verwendung oder Verhaftung dieser Gelder; wir behalten uns gegen das Haus Rothschild den Regreß für alle uns oder dem Bunde aus der Zahlung erwachsenden Nachteile vor. Suspendiren Sie einstweilen jede noch nicht geleistete Zahlung an die Bundeskassen, auch die schon angewiesenen." Wentzel übergab den ihm aufgetragenen Protest persönlich und meldete dann nach Berlin, Thun sei in großer Aufregung, er halte den Schritt bei Rothschild für eine Beleidigung des gesamten Bundes und für eine Verhöhnung der Bundesbeschlüsse. Bismarck telegraphirte ihm darauf zurück: „So lange die Flotte als Bundeseigentum nicht anerkannt ist, werden wir Verwendungen von Bundesgeldern auf, und von uns nicht gebilligte Dispositionen über die Flotte als rechtmäßig erfolgt nicht betrachten und behandeln. Für widerrechtlich uns zugefügten Schaden haften uns alle von uns für Bundeskassen zu erwartenden Zahlungen. Sie wollen das dem Grafen Thun und gelegentlich andern Gesandten mitteilen. . . . Von Nachgeben ist hier bei niemand die Rede."

Die weitere Entwicklung der Flottenfrage und ihre schließliche Beseitigung durch den Hammer des Auktionators hat mit dem Zwecke dieser Darstellung nichts zu schaffen und muß daher übergangen werden. Auch der Verlauf des zweiten Angriffs Österreichs auf den preußisch-deutschen Zollverein, der im Januar 1852 begann, kann nur in seinen Hauptzügen Erwähnung finden. Im Hinblick auf die früher zu Tage getretene Absicht Österreichs, die deutsche Zoll- und Handelspolitik dem Bundestage, d. h., wie wir sahen, dem Wiener Kabinet, das diesen in seiner Mehrheit dirigirte, in die Hände zu spielen, war Preußen darauf bedacht gewesen, sich für den Fall des Austritts der mittel- und süddeutschen Staaten aus dem Zollverein durch einen

Vertrag mit Hannover und den übrigen Gliedern des Steuervereins Ersatz zu schaffen. Der Vertrag verpflichtete diese Staatengruppe, am 1. Januar 1854 in einen Zollverband mit Preußen und den dann noch zu ihm haltenden Regierungen zu treten. Darauf hatte das Berliner Kabinet im November 1851 die mit Ende 1853 ablaufenden Zollvereinsverträge gekündigt und gleichzeitig die bisherigen Genossen auf April 1852 zu einer Konferenz in Berlin eingeladen, wo auf Grund des Vertrags mit Hannover und seinen Verbündeten ein neuer Zollverein begründet werden sollte. Die Verstimmung der andern deutschen Staaten über dieses Vorgehen, das ihnen als Rücksichtslosigkeit erschien, wurde in Wien benutzt, indem man auf Anfang Januar 1852 alle deutschen Regierungen zu erneuter Verhandlung über einen Zoll- und Handelsvertrag mit dem Kaiserstaate nach dessen Hauptstadt berief und ungefähr zu gleicher Zeit, als Preußen ablehnte, mit Baiern, Sachsen, Würtemberg, Baden, den beiden Hessen und Nassau in geheimer Besprechung eine Verständigung anstrebte. Zuerst sollte ein Österreich vor andern Ländern begünstigender Handelsvertrag, dann sobald als möglich ein ganz Österreich und jene sieben Staaten, die „Darmstädter Koalition,“ umfassende Zolleinigung ins Leben treten. Über ersteren, sowie darüber, daß die letztere wünschenswert, verständigte man sich im allgemeinen, indes ohne sich zu binden, da ein Zollverein ohne Preußen schlechterdings als Unmöglichkeit erschien. Man hatte seitens der Darmstädter die preußische Hegemonie gefürchtet, wollte aber auch keine österreichische, ein Zollbund mit den beiden Großmächten wäre willkommen gewesen, dazu war jedoch Preußen nicht zu bewegen, und die Fortdauer des wirtschaftlichen Verbandes mit diesem war ein Lebensbedürfnis für die deutschen Industriellen, wogegen die Einigung mit Österreich von denselben als schwere

Gefahr für ihre Interessen empfunden wurde. Auf dieser sichern Basis des materiellen Bedürfnisses fußend, erklärte Preußen sofort, über einen Handelsvertrag mit Österreich erst dann verhandeln zu können, wenn der Zollverein auf Grund des Traktats mit Hannover wieder konstituirt sei, während Österreich und die genannten sieben Regierungen Gleichzeitigkeit der Verhandlungen forderten. Darüber entspann sich ein langwieriges diplomatisches Manövriren, neben welchem eine lebhafte Agitation der Bevölkerung herging. An beiden beteiligte Bismarck sich mit großem Eifer. In zahlreichen Berichten, die wir bei Poschinger finden, bemühte er sich, Manteuffel über die betreffenden Vorgänge und die im südwestlichen Deutschland herrschende Stimmung aufzuklären und zum Festhalten an der bisher befolgten Zollvereinspolitik anzuregen, wiederholt trat er den Operationen Österreichs und seiner Anhänger entgegen, durch Zeitungsartikel und Flugblätter suchte er die im Süden vielfältig vorhandenen Sympathien für den gefährdeten wirtschaftlichen Verband zu stärken, Verbindungen mit einflußreichen Persönlichkeiten anzuknüpfen, Petitionen an die Kammern hervorzurufen und der ganzen Agitation in Frankfurt einen Mittelpunkt zu schaffen.

In diese Periode fällt seine Sendung nach Wien, wo er vom 8. Juni bis 7. Juli 1852 den dortigen preußischen Gesandten von Arnim vertreten und zugleich sich bemühen sollte, sich mit dem Grafen Buol, dem Nachfolger des in der ersten Aprilwoche verstorbenen Fürsten Schwarzenberg, über eine versöhnlichere Politik zu verständigen, aber bald gewahr wurde, daß dazu keine Aussicht sei. „Die Leute haben entweder nicht das Bedürfnis, sich mit uns zu arrangiren,“ schreibt er schon am 11. Juni seiner Frau, „oder setzen es bei uns in höherm Grade voraus, als es vorhanden ist. Ich fürchte, die Gelegen-

heit der Verständigung geht ungenützt vorüber; das wird bei uns einen bösen Rückschlag üben, denn man glaubt einen sehr versöhnlichen Schritt mit meiner Sendung gethan zu haben, und sie werden sobald nicht wieder einen herschicken, der so geneigt ist, sich zu verständigen, und der so freie Hand hat wie ich."

Am 14. Juni hatte Bismarck eine längere Unterredung mit Buol und am 24. eine Audienz beim Kaiser, dem er ein eigenhändiges Schreiben des Königs Friedrich Wilhelm überbracht hatte. Die Besprechung mit dem österreichischen Minister befestigte ihn in der Ansicht, daß man in Wien bei dem Systeme beharre, sich mehr auf die Einwirkung der Mittelstaaten als auf die bundesfreundliche Gesinnung Preußens zu stützen. „Graf Buol hat," so berichtet er nach Berlin, „offenbar die Hoffnung noch nicht aufgegeben, durch eine unnachgiebige Passivität in Behauptung der jetzigen Stellung Österreichs den Zweck zu erreichen, für welchen die Darmstädter Koalition bisher thätig gewesen ist, in der Voraussicht, daß die Schwierigkeiten, welche letztere der Rekonstruktion des Zollvereins in den Weg legt, uns zur Aufgabe unsres Widerspruches gegen die Wünsche Österreichs nötigen werde." Bismarck sprach dem Grafen zuerst den Wunsch nach Beseitigung der Differenzpunkte zwischen den beiden Kabinetten aus, die sich dem Fortgange der Verhandlungen am Bunde entgegenstellten, und unter denen er die Gesetzgebung über die Presse, die Verstärkung und Organisation des Bundesheeres, das Liquidationswesen, den Fortbau der neuen Bundesfestungen, das Polizeiwesen und den Federkrieg der beiderseitigen Zeitungen verstand. Buol zeigte in Bezug auf alle diese Punkte wenig Entgegenkommen. Er meinte, eine vorgängige Verständigung beider Kabinette über die in Frankfurt zu verhandelnden Fragen sei in der Vollständigkeit, die der preußische Gesandte wünsche, den andern Bundesgenossen gegen-

über nicht durchzuführen. Man könne sich mit Preußen wohl über allgemeine Prinzipien einigen, das Detail der Fragen aber müsse der Diskussion am Bundestage überlassen bleiben. Bismarck erwiederte, diese würden notwendig resultatlos verlaufen, wenn man es in Wien ablehne, auf eine vorherige Verständigung nicht nur über die Prinzipien, sondern auch über die Ausführung in konkreten Fällen einzugehen. Buol wollte letzteres nicht völlig von der Hand weisen und erklärte sich bereit, die genannten bundesrechtlichen Fragen der Reihe nach in ferneren Konferenzen mit Bismarck zu besprechen. Es kam indes nicht dazu. Man berührte darnach die handelspolitische Frage, wobei Bismarck dem Grafen folgendes zu bedenken gab. Preußen wünsche dieselbe weniger aus dem politischen Gesichtspunkte als aus dem der materiellen Interessen betrachtet und gelöst zu sehen. Daß der Zollverein keine entscheidende Basis politischen Einflusses bilde, habe die Geschichte der letzten zehn Jahre dargethan. Preußen sei weder rechtlich verpflichtet, noch durch die Bedürfnisse gedrängt, auf das Verlangen Österreichs und die Bedingungen der Darmstädter Koalition einzugehen. Es sei lediglich durch bundesfreundliche Gesinnung und höhere politische Erwägung veranlaßt worden, seinen Bundesgenossen gefällig zu sein und verlange für sein Entgegenkommen kein Äquivalent. Es wolle einen Handelsvertrag mit Österreich abschließen, der einen Übergang zu weiterer Annäherung bilden und den Beteiligten die Erfahrungen verschaffen könne, nach denen man die praktischen Folgen einer engeren Verbindung zu beurteilen imstande sein werde. „Mit dem materiellen Wohle seiner Unterthanen,“ so fuhr er fort, „auf unbekannten und unberechenbaren Gebieten zu experimentiren, hält Preußen sich nicht für berechtigt. Es verlangt daher die Frage der Zollunion als eine offene behandelt zu sehen, welche prinzipiell jetzt weder

verneint noch bejaht werden kann. . . Das Recht, Bedingungen zu stellen in einer Frage, die für uns so gut wie merae facultatis ist, scheint auf unsrer Seite, nicht auf der andern zu sein, und wenn man unser Anerbieten, die an uns gestellte Forderung teilweise zu erfüllen und in Bezug auf das Übrige die Entscheidung offen zu halten, unter sofortiger Forderung des Ganzen von der Hand weist, so können dadurch die Wünsche Österreichs unserer Ansicht nach nicht gefördert werden."

Buol erwiederte ungefähr folgendes: „Österreich kann sich in Deutschland nicht als eine fremde Macht betrachten lassen, mit der ein Handelsvertrag wie mit dem Ausland geschlossen wird, und ein solcher würde für das kaiserliche Kabinet gar keinen Wert haben, wenn er nicht die Zollunion und die Verschmelzung der materiellen Interessen des ganzen Deutschland als Ziel gemeinsamer Politik offiziell und ausdrücklich anerkännte. Die Folge davon, daß Preußen sich nicht einmal auf eine Besprechung der österreichischen Vorschläge eingelassen hat, wird das Ausscheiden Preußens aus dem auch ohne dasselbe fortbestehenden Zollverein sein. Die Überzeugung von den Vorteilen der Zollunion wird von einem großen Teile der deutschen Staaten lebhaft an den Tag gelegt; Österreich kann diese seine Verbündeten nicht auffordern, von der Vertretung ihres mit dem Kaiserstaate gemeinsamen Interesses abzustehen, und wird niemals ohne Vorwissen und Einverständnis derselben die Basen der bisherigen Verabredung verlassen. Es ist nicht möglich, die Frage lediglich als eine materielle zu betrachten, sie hat ihre unzertrennbare, wenn nicht vorwiegend politische Seite. Österreich kämpft dabei um seinen legitimen Einfluß in Deutschland, und wenn Preußen allein an der Spitze eines ganz Deutschland umfassenden Zollvereins steht, so wird eine Wiederaufnahme der Unionsbestrebungen der letzten Jahre von vielen befürchtet werden."

Die Hauptargumente Buols konzentrirten sich in der Berufung auf die Pflichten, die Preußen gegen Deutschland habe, und in Klagen über die Unfreundlichkeit, die es gegen stammverwandte Staaten an den Tag lege. Bismarck hielt dem entgegen, daß Preußen in den letzten Jahren das Geschäft, Pflichten für Deutschland zu erfüllen, als ein undankbares kennen gelernt habe, und daß es entschlossen sei, seinen finanziellen und volkswirtschaftlichen Haushalt bürgerlich und praktisch zu regeln und dabei sehr gern denjenigen seiner Bundesgenossen, welche durch die Gleichheit der Interessen dahin gewiesen würden, die Thür offen zu halten, keinenfalls aber um ihren Zutritt durch Konzessionen zu werben, welche außerhalb der für nützlich erkannten Richtung lägen.

Über seine Audienz beim Kaiser Franz Josef berichtet Bismarck dem König im wesentlichen, derselbe habe bemerkt, daß es jederzeit sein eifrigstes Bestreben sein werde, die nahen und freundschaftlichen Beziehungen, welche glücklicherweise zwischen beiden Ländern obwalteten, in demselben Sinne, wie das Schreiben des Königs andeute, zu erhalten und zu fördern. Wenn über einzelne Fragen auf dem Gebiete der materiellen Interessen beide Kabinette zur Zeit verschiedener Meinung wären, so würde das nicht hindern, daß Preußen und Österreich auf dem gesamten übrigen Gebiete der Politik Hand in Hand gingen. In Betreff der Zollfrage glaubte der Kaiser bei dem Programme der Zolleinigung verbleiben zu müssen, indem er „überzeugt war, daß nur eine Verschmelzung der materiellen Interessen denjenigen Grad von Konsolidirung geben könne, dessen es als Bürgschaft der innern Sicherheit sowohl wie auch der europäischen Machtstellung bedürfe.“ So lange der König von Preußen diese Ansicht nicht teilte, wollte der Kaiser wenigstens erwarten, „daß die beiderseitigen Bemühungen, dem

Bundestage eine mächtigere und eingreifendere Stellung in Deutschland zu geben als bisher (beiderseitig war, wie aus dem Obigen zu ersehen ist und wie sich weiter zeigen wird, nicht das rechte Wort, Preußen hatte zu solchen Bemühungen keinerlei Veranlassung, und Bismarck that, was er konnte, um dies den maßgebenden Personen in Berlin immer klarer zu machen), in der einträchtigen Haltung beider Großmächte die Basis eines sicheren Erfolgs finden würden." Über die bundesrechtlichen Fragen, so bemerkte der Kaiser weiter, werde Graf Buol weiter mit dem Vertreter Preußens verhandeln, auch stehe immer noch zu hoffen, „daß bei näherer Besprechung mit demselben die Übereinstimmung in der Zollangelegenheit gefördert werden könne." Bismarck erwiederte, daß er von seinem Könige Befehl habe, noch mündlich zu wiederholen, „wie die Befestigung und weitere Ausbildung des engen Bündnisses beider Höfe Allerhöchstdemselben nicht nur ein persönliches Bedürfnis sei, sondern auch stets und in den jetzigen Zeiten mehr wie jemals als eine politische Notwendigkeit vom Könige erkannt werde, und wie dieser bereit sei, alles zu thun, was mit Rücksicht auf die Lage Preußens möglich sei, um den Wünschen des Kaisers entgegenzukommen." Bismarck sprach dann über die Zollfrage, entwickelte die Ansichten der preußischen Regierung hinsichtlich derselben und zeigte, „wie in der Bereitwilligkeit Preußens, unmittelbar nach dem erneuerten Anerkenntnis des Zollvereins einen Handelsvertrag mit Österreich zu schließen, welcher die zur definitiven Entschließung über die Möglichkeit einer Zolleinigung noch mangelnden Erfahrungen an die Hand geben werde, im Grunde alles enthalten sei, was zur Verwirklichung der Wünsche der kaiserlichen Regierung für jetzt thatsächlich geschehen könne. Der Kaiser hörte diesen Vortrag aufmerksam an, richtete in Bezug auf denselben einige Fragen an Bismarck,

beehrte letzteren mit gnädigen Worten und lenkte das Gespräch dann auf andre Gegenstände.

Erfolg hatte diese Mission Bismarcks nicht. Über die Zollfrage kam später, wie bekannt, eine Art Kompromiß zu stande, nach welchem Preußen und Österreich am 19. Februar 1853 einen Handels- und Zollvertrag unterzeichneten, der zwölf Jahre gelten sollte, und auf der Zollkonferenz zu Berlin am 4. April die Bevollmächtigten sämtlicher Staaten des bisherigen Zollvereins und diejenigen des Steuervereins Verträge über die Erneuerung des ersteren, den Anschluß des letzteren und den Beitritt beider zu dem zwischen Preußen und Österreich abgeschlossenen Traktate vollzogen. Am Bunde blieb das Verhalten der Wiener Politik gegen Preußen genau dasselbe, was es bisher gewesen. Buol setzte die Methode Schwarzenbergs, Preußen durch eine österreichisch gesinnte Mehrheit in der Bundesversammlung nach Möglichkeit zu dominiren, fort, zwar mit viel weniger Thatkraft und Verstand, aber ganz mit den gleichen Mitteln und zu denselben letzten Zwecken. Dem gegenüber sah Bismarck sich nach wie vor in die Notwendigkeit versetzt, jeder irgend bestreitbaren Ausdehnung der Macht und Befugnis des Bundes zu widersprechen und innerhalb der Versammlung der Gesandten desselben den Einfluß Österreichs nach Möglichkeit abzuschwächen und zurückzudrängen. Beinahe ohne Unterbrechung kam es zu Erörterungen über die Kompetenz der Präsidialmacht. Ein Präsidium als Behörde gab es nicht. Der Vertreter Österreichs hatte von Rechtswegen nur den Ehrenposten eines Vorsitzenden bei den Beratungen und die formale Leitung der Geschäfte. Da seine Stellung aber eine dauernde, keinerlei Wechsel unterworfen war, so hatte sich naturgemäß auch sachlicher Einfluß entwickelt, und was die Natur nicht leistete, das ersetzte die Kunst. Wenn das früher

schon ähnlich gewesen war, Preußen aber, weil im ganzen zwischen ihm und Österreich ein gutes Einvernehmen herrschte, darüber Schweigen beobachten gedurft, so rügte bei der jetzt antipreußisch gewordenen Politik der Österreicher Bismarck mit mehr oder minder Entschiedenheit auch kleine Übergriffe, die sich der vorsitzende Kollege erlaubte. Dies geschah namentlich unter Thuns Nachfolger, dem pathetischen, ränkevollen und unwahrhaften Prokesch-Osten, unter dem der preußische Gesandte nachdrücklich gegen den Unfug auftrat, daß die Bundeskanzlei und ihre Beamten sich als ausschließlich österreichische Behörde betrachteten und so behandelt wurden, die Willkürlichkeit, mit welcher die Geschäfte von seiten des Präsidiums betrieben wurden, strenger Kritik unterzog und zuletzt eine gründliche Umgestaltung der Geschäftsordnung anregte und durchsetzte.

Diese Kritik und Opposition sah bisweilen wie kleinliche Tadelsucht aus, hatte aber, wie leicht zu erkennen, ihren ernsten Hintergrund. Die Taktik Bismarcks dabei bestand darin, daß er nicht so sehr die Interessen Preußens gegenüber Österreich, als die Rechte der ganzen Versammlung gegenüber dem Präsidium verteidigte und zur Geltung zu bringen bestrebt war. Er erwarb sich damit Sympathien bei manchem seiner Kollegen, auch bei solchen, die sonst zu Österreich hinneigten. Aber wenn ihm die Herren dann im stillen dankbar die Hand drückten und einen verständnisvollen Blick hinzufügten, so getrauten sie sich doch selten, ihm bei den Beschlüssen Unterstützung durch ihre Stimmen zu gewähren; denn sie fürchteten für ihre Staaten die Ahndung von seiten des Wiener Kabinets und zum Teil auch Schaden für ihre persönlichen Interessen. Angesichts dessen kam Bismarck immer von neuem auf den Rat an seine Regierung zurück, es den Österreichern gleichzuthun und ein feind-

seliges Verhalten der Kleinstaaten mit gleicher Münze zu vergelten und so für die Zukunft zu verhindern.

Nach der Wiederherstellung des Bundestages war dessen Thätigkeit zunächst auf Bekämpfung aller Reste und Nachklänge der revolutionären Bewegung von 1848 gerichtet. Zu diesem Zwecke wurde ein „politischer Ausschuß" gewählt, der zuvörderst vorschlug, allgemeine Bundesbestimmungen zur Verhinderung des Mißbrauchs der Preßfreiheit aufzustellen und die Regierungen schon vor Erlaß derselben zu strenger Preßpolizei aufzufordern. Dieser Vorschlag fand Annahme, aber sobald es sich um den Inhalt der geforderten Bestimmungen handelte, war es mit der Eintracht der Versammlung zu Ende. Bismarck war zwar ein abgesagter Feind der Revolution, aber wichtiger als die Bekämpfung derselben erschien ihm jetzt die Sorge, Preußen nicht durch das Medium des Bundestags unter österreichische Vormundschaft geraten, ihm nicht durch das Mundstück der Frankfurter Versammlung von Wien her Verhaltungsmaßregeln erteilen zu lassen, und so bestritt er unablässig den Entwurf eines ins einzelne gehenden Bundespreßgesetzes, welches als alleinige Entscheidungsnorm von sämtlichen deutschen Staaten im Verordnungswege eingeführt werden sollte. Nur allgemeine Grundsätze gegen den Mißbrauch der Presse und solche, die sich mit der preußischen Gesetzgebung vertrügen, wollte er von Bundeswegen festgestellt wissen. Einen ähnlichen Standpunkt nahm er ein, als 1853 die Beaufsichtigung und Einschränkung des Vereinswesens beim Bundestage zur Sprache kam. Auch hier wahrte er durch energischen Einspruch die bestehende preußische Gesetzgebung vor Beeinflussung und Umgestaltung durch die von Wien her inspirirte und geleitete Bundesmehrheit.

Anders mußte er sich zum zweiten Teile des Programms

der 1851 wiederhergestellten Bundesgewalt verhalten, welcher die Reinigung der deutschen Landesverfassungen von den antimonarchischen Satzungen der Revolutionszeit betraf. Hier wirkte die in Berlin herrschende reaktionäre Strömung und gelegentlich auch der Wunsch, durch Unterstützung der einen oder der andern kleinen Regierung den Umfang der stark zusammengeschmolzenen preußischen Klientel am Bundestag zu vergrößern, gegen durchgreifendes Vorgehen, und so ergab sich für den preußischen Gesandten teils relative Mäßigung, wo es sich um den Inhalt der Bundesbeschlüsse handelte, teils das Bemühen, Verfassungskonflikte durch unmittelbare Einwirkung an Ort und Stelle auszugleichen und damit der Behandlung durch den Bundestag zu entrücken.

Bei dem allezeit unsicheren Verhältnis zu Österreich und den Mittelstaaten und dem Bestreben des ersteren, die Selbständigkeit der preußischen Politik zu verkümmern, war es für Preußen ein Gebot der Notwendigkeit, europäische Fragen so wenig als irgend möglich vom Bunde verhandeln zu lassen und andrerseits jede Kollision Preußens mit den übrigen Großmächten thunlichst zu vermeiden. So geschah es, daß Bismarck sich gegen den Antrag Badens erklärte, zur Züchtigung der Schweiz wegen ihres Verhaltens in der Flüchtlingsfrage die diesseits des Rheins gelegenen Gebietsteile derselben mit Bundestruppen zu besetzen. So veranlaßte er ferner, daß Prokesch in seiner die Vermehrung der deutschen Kriegsmacht befürwortenden Ansprache an die Bundesversammlung einen Satz strich, worin Frankreich unter verletzenden Ausdrücken als das einzige Land bezeichnet wurde, welches Friedensstörung besorgen lasse. Als es sich um die Anerkennung des Kaisers Napoleon durch den deutschen Bund handelte, einigten sich die beiden Großmächte in demselben dahin, sie ihrerseits nur unter Vorbehalten

auszusprechen, die allerdings in mildester Form, in dem Ausdrucke des Vertrauens nach Paris gelangten, der neue Kaiser der Franzosen werde den Frieden Europas wahren und die bestehenden Verträge achten. Ganz besonders wichtig aber war seine Auffassung der Stellung, in die Preußen und das übrige nichtösterreichische Deutschland durch den Ausbruch des Krimkrieges und das Verfahren des Wiener Kabinets während der verschiedenen Phasen des Kampfes zwischen drei Großmächten gedrängt worden war, und sein Einfluß auf die preußische Politik im Verlaufe dieser Krisis. Daß Bismarck auf den Gang dieser damals von den Liberalen viel angefochtenen Politik bestimmend eingewirkt hat, und zwar nicht bloß in seiner Eigenschaft als Vertreter Preußens am Bundestage, ergiebt sich namentlich aus den zahlreichen in dieser Zeit von ihm an Manteuffel gerichteten Privatschreiben, denen wir in der Poschingerschen Sammlung seiner Depeschen und Briefe begegnen, und in denen jene Politik durch vollständige Darlegung ihrer Beweggründe und Ziele ihre Rechtfertigung erfährt.

1853 glaubte der Kaiser Nikolaus einen großen Schritt zur Lösung der orientalischen Frage thun zu können. Die Revolution war in Mitteleuropa mit seiner Hilfe niedergeworfen worden, Preußen und Österreich betrachtete er ungefähr als seine Vasallen, England unter dem Ministerium Aberdeen hielt er nicht für gewillt, Frankreich nicht für fähig, sich seinen Plänen zu widersetzen, die Türkei war ihm ein „kranker Mann“, welcher der Auflösung nahe sei. Sein Gedanke war zunächst Losreißung der Donaufürstentümer, Serbiens und Bulgariens von der Herrschaft der Pforte und Verwandlung derselben in Staaten unter russischer Hegemonie. Als England eine Teilung der Türkei, bei welcher ihm Ägypten und Kandia zufallen sollten, ablehnte, schickte der Kaiser den Fürsten Mentschikoff

nach Konstantinopel, um den Abschluß eines Vertrages zu verlangen, der Rußland zur privilegirten Schutzmacht über die orthodoxen Christen in der Türkei machen sollte, und als die Pforte diese Forderung zurückwies, rückte ein russisches Heer in die Donaufürstentümer ein, um dieselben als Pfand für die Erfüllung jenes Anspruchs in Besitz zu nehmen. Darauf traten die Gesandten der vier andern Großmächte im Juli 1853 in Wien zu einer Konferenz zusammen, die einen Vermittelungsversuch machte. Derselbe mißlang jedoch, und der Sultan erklärte Rußland den Krieg. Die Westmächte schlossen sich ihm am 12. März 1854 an, während Preußen und Österreich sich vorläufig darauf beschränkten, daß sie sich am 20. April verständigten, Rußland zur Räumung der Donaufürstentümer aufzufordern und eine Einverleibung derselben in das Zarenreich sowie eine Überschreitung der Donau durch dessen Truppen für einen Kriegsfall zu erklären. Dieses Vorgehen war nicht nach dem Sinne der deutschen Mittelstaaten, sie wünschten eine vorsichtigere Haltung Rußland gegenüber, und zwar aus Gründen, die Bismarck in einem Schreiben an Manteuffel vom 26. April in folgender Weise auseinandersetzt: „Sie fürchten die Kosten und Kalamitäten des Krieges im allgemeinen, namentlich die Möglichkeit, bei Beendigung desselben eher Gegenstand der Ausgleichung für die Mächtigeren als gewinnende Teilnehmer am Friedensschlusse zu werden. Demnach glaube ich annehmen zu dürfen, daß sie in jeder Phase der bevorstehenden Entwicklung bemüht sein werden, sich rechtzeitig auf die voraussichtlich stärkere Seite zu rangiren, sobald dieselbe einigermaßen Garantie für die Erhaltung der formellen Selbständigkeit der Fürsten gewährt. Beide Bedingungen würden sich nach Möglichkeit erfüllt gefunden haben durch ein Bündnis konservirender Tendenz zwischen Preußen, Österreich und Ruß-

land. Einem Bündnis von vier westlichen Mächten gegen Rußland würden sie sich schon nicht ohne inneres Widerstreben anschließen, weil es ihnen zwar die stärkere Seite, aber mindere Garantie für den Statusquo der eigenen Existenz im Verlaufe der Dinge gewähren könnte. Sie würden aber in solchem Falle mit besonderer Aufmerksamkeit der Haltung Frankreichs folgen und auf das erste Symptom einer Annäherung zwischen Rußland und Frankreich um die Wette bemüht sein, von einem russisch-französischen Bündnisse nicht ausgeschlossen zu werden. Gleichzeitig mit dem Bruche der deutschen Großmächte mit Rußland würde Frankreich die Möglichkeit gegeben sein, sich in den Besitz der Hegemonie über die übrigen deutschen Staaten zu setzen, in jedem Augenblicke, wo es seine eigne Verständigung mit Rußland herbeiführen könnte und wollte." In einem Schreiben vom 27. fügt Bismarck dem hinzu: „Der 20. April täuscht die Erwartung der deutschen Staaten und diskreditirt Preußen bei ihnen; sie sehen, daß Österreich sein Herr ist. Die Donaumündung hat sehr wenig Interesse für Deutschland."

Zum Teil mit Rücksicht hierauf suchte Preußen einen Bruch mit Rußland in der Folge möglichst zu vermeiden. Die Mittelstaaten aber nahmen einen Anlauf, ihre Ansichten und Zwecke in dieser Angelegenheit den beiden deutschen Großmächten gegenüber zur Geltung zu bringen. Von Baiern und Sachsen geführt, traten sie durch Bevollmächtigte in Bamberg zusammen und richteten eine identische Note an die Höfe von Berlin und Wien, in der sie für den deutschen Bund als eine Großmacht eine Stimme bei der Lösung der orientalischen Frage in Anspruch nahmen. Dieser Schritt mißglückte jedoch, und als Preußen und Österreich ihren Aprilvertrag dem Bundestage vorlegten, stimmten mit Ausnahme Mecklenburgs alle Bundesglieder der in ihm ausgesprochenen Politik zu.

Nun hatte aber Preußen zu fürchten, daß Österreich weiter gehen zu können meinte, als man in Berlin wünschen durfte. Diese Befürchtungen setzt ein Bericht Bismarcks vom 25. Juli 1854 auseinander. Hier heißt es u. a.: „Die Konstellation zu Erwerbungen ist [für Österreich] günstig. Das Bündnis [vom 20. April, in welchem Preußen und Österreich sich gegenseitig den Besitz ihrer deutschen und außerdeutschen Länder für den Fall garantirt hatten, daß eins von ihnen im Einverständnisse mit dem andern zur Wahrung deutscher Interessen aktiv vorgehen sollte] bietet eine Assekuranz gegen üblen Ausgang, und darüber hinaus hält man sich überzeugt, daß Preußen und Deutschland im eigenen Interesse nötig finden werden, Österreich zu decken, so unangenehm ihnen dessen Politik auch sein mag. Nur die Beseitigung dieser letzteren unbilligen Hoffnung wird das Wiener Kabinet vielleicht abhalten, mutwillig mit Rußland Händel zu suchen. Große Stücke können wir auf die Mittelstaaten nicht bauen, aber wir können den Grad von Vertrauen bei ihnen wieder gewinnen, den wir vor 1848 besaßen, und der in ihrer größeren Gleichartigkeit mit uns als mit Österreich wurzelt; sie sind jetzt antifranzösisch, vielleicht mit Ausnahme von Darmstadt... Demungeachtet kann ein fortgesetzter. von Preußen und Österreich gegen sie geübter Zwang denselben bald die Lust erwecken, lieber selbständig als unter der Vormundschaft dieser beiden Mächte mit Frankreich zu gehen. Es kommt schließlich dazu, wenn ihre Regierungen nicht wenigstens bei Preußen eine Anlehnung und eine kräftige Vertretung der wirklich deutschen Interessen ohne die von Österreich so genannten finden... Wenn ich kein unbedingtes Vertrauen auf eine dauernd gute Gesinnung der Bamberger setze, so fürchte ich, daß ihre Gefühle für uns immer noch treue Hingebung zu nennen sind im Vergleiche mit denen, die

Graf Buol, Bach und andre Epigonen Schwarzenbergischer Politik im Bündnisse mit den Ultramontanen im Innern ihrer Herzen für uns hegen. Das jetzt in Österreich gehandhabte System germanisirender Zentralisation bedarf zur Lösung seiner Aufgabe einer regeren organischen Verbindung mit einer strafferen Hegemonie in Deutschland. Die Strebungen der Ultramontanen gehen für jetzt mit denen des Wiener Kabinets Hand in Hand. Für beide ist Preußens Machtstellung in Deutschland der härteste und schwerste Stein des Anstoßes; derselbe verliert an Bedeutung in gleichem Maße, als der Abstand zwischen Preußens und Österreichs physischer Kraft zunimmt und sich demjenigen nähert, welcher zwischen Preußen und Baiern stattfindet.... Wir können also, abgesehen von allen übrigen in der orientalischen Frage liegenden Motiven für unsre Entschließungen, eine Vergrößerung Österreichs nur zugeben, wenn wir mindestens in demselben Maße wachsen. Wenn Österreich zum Kriege mit Rußland gelangt, so wird es sich auf die Dauer der Mitwirkung zu denjenigen Plänen, welche die Westmächte in Betreff einer Wiederherstellung Polens haben möchten, nicht mit Erfolg widersetzen können. Diese Pläne sind bisher in London und Paris niemals ehrlich zurückgewiesen worden und dürften als einziges Mittel zu einer nachhaltigen Verminderung der russischen Macht früher oder später mit mehr Entschiedenheit in den Vordergrund treten. Österreichs Interesse gegen die Herstellung Polens ist minder tiefgehend als das von Preußen und Rußland, schwerlich so tief, daß man nach dem Bruche mit Rußland sich mit den Westmächten zu entzweien nötig haben würde. Ich glaube sogar, daß Österreich die Donauländer wählen würde, wenn es zwischen diesem und Galizien optiren müßte. Jene sind deutscher Sprache und Regierung zugänglicher als die polnischen Provinzen, die Bevölkerung inoffensiv;

sie sind reicherer Entwicklung fähig und passen geographisch und kommerziell besser zu Österreich als das außerhalb der Karpathen dem Kaiserstaat angeklebte Galizien. Letzteres ist bei offnen Grenzen der russischen Macht und etwaigen polnischen Insurrektionen leicht zugänglich. Die Gefahren, welche die polnische Nachbarschaft für die Ruhe von Ungarn bieten würde, finden ein Gegengewicht in der Vermehrung der den Magyaren feindlichen Elemente, der Serben und Walachen. Außerdem bietet die Herstellung Polens an und für sich dem österreichischen Systeme Vorteile: 1. Preußen wird geschwächt und in Schach gehalten, 2. die Gefahr des Panslavismus hört auf, wenn zwei mächtige Slavenstaaten verschiedner Religion und Nationalität vorhanden sind, 3. Europa erhält einen wichtigen Staat katholischer Konfession mehr, 4. Polen, unter Österreichs Hilfe hergestellt, wird vor der Hand Österreichs sicherer Verbündeter, 5. die Herstellung Polens bietet Österreich vielleicht die einzige dauernde Garantie gegen eine Vergeltung von seiten Rußlands, sobald die italienische Angelegenheit Streit zwischen Österreich und Frankreich herbeiführt oder ersteres sonstwie in Verlegenheit kommt. Schlimmsten Falles würde das Wiener Kabinet sich mit dem Vorschlage helfen, Polen von neuem zu teilen, ohne die Donauländer dann aufzugeben. Ich gehe nicht so weit, zu behaupten, daß Österreich die Herstellung Polens freiwillig betreiben werde, aber wenn die Westmächte ernstlich darauf dringen, so wird es sich nur mit stumpfen Nägeln wehren; vorausgesetzt, daß die Donauländer als Lohn in Aussicht stehen."

Von solchen Erwägungen wurde die preußische Politik auch in der weiteren Entwicklung der Sache im ganzen bestimmt. Österreich aber neigte sich mehr und mehr den Westmächten zu, strebte nach einem Separatabkommen mit denselben, dachte vollen

Ernstes an Krieg mit Rußland und bemühte sich mit allen Mitteln, zu diesem Zwecke die Unterstützung Preußens und der übrigen deutschen Staaten zu gewinnen. Am 14. Juni hatte es mit der Pforte einen Vertrag abgeschlossen, der seinen Truppen die Besetzung der Moldau und Walachei gestattete, und nachdem die Russen sich in der zweiten Hälfte des Juli aus diesen Fürstentümern zurückgezogen hatten, rückten die Österreicher in dieselben ein. Bevor die Westmächte Rußland auf eignem Boden angriffen, war die Diplomatie eifrig bemüht, dem großen Streit Einhalt zu thun und die Dinge auf die Bahn des Friedens zu lenken. Nach vielen Beratungen und Vorschlägen, die ergebnislos blieben, waren von den Westmächten endlich am 22. Juli vier Punkte aufgestellt worden, welche die Grundlagen aller ferneren Unterhandlungen bilden sollten. Diese Punkte verlangten: 1. Aufhebung des russischen Protektorats in der Moldau, der Walachei und Serbien, 2. vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf der Donau, 3. Durchsicht der älteren Verträge in Betreff des Schwarzen Meeres und Beseitigung des Übergewichts Rußlands auf demselben, endlich 4. Verwerfung jedes besonderen Protektorats über die Christen im türkischen Reiche und Errichtung eines von allen Großmächten gemeinschaftlich auszuübenden Schutzsystems. Österreich und Preußen schlossen sich diesen Forderungen Rußland gegenüber an. Als letzteres dieselben verwarf, verstärkte Österreich sein Heer in Siebenbürgen und zog an der galizisch-russischen Grenze ein zweites zusammen. Preußen schien durch den Rückzug der Russen über den Pruth im wesentlichen befriedigt zu sein und traf keine kriegerischen Vorbereitungen, es folgte der Berliner Devise „Ruhig Blut“, die Bismarck (Poschinger II, S. 53) bei einer Zusammenkunft mit dem Könige Friedrich Wilhelm in München „nach allen Seiten als maßgebend verfochten hatte,“ und die Mehrheit der

deutschen Bundesstaaten stellte sich ihm dabei an die Seite. Das Berliner Kabinet nahm indes keineswegs entschieden Partei für Rußland, sondern fuhr fort, in Petersburg Vorstellungen im Sinne der vier Punkte zu machen. Hier war man aber seit geraumer Zeit schon gewohnt, in Bezug auf die deutsche Politik das entscheidende Wort sprechen zu wollen, in Berlin Ratschläge im Mentorstile zu erteilen, unberechtigte Ansprüche zu erheben und gelegentlich Drohungen einfließen zu lassen, und so schlug Graf Nesselrode, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Petersburg, auch jetzt diesen hohen Ton an. Er erklärte in einer Depesche vom 6. November, die an den Wiener Botschafter des Zaren gerichtet war, auf die Spaltung zwischen den beiden benachbarten Großmächten und die Schwäche des deutschen Bundes hinweisend, Rußland wolle zwar, um die Existenz des letzteren nicht zu gefährden, auf Friedensvorschläge eingehen, rechne aber dafür auf die dauernde Neutralität Deutschlands. Manteuffel wies dieses Ansinnen zurück. Österreich aber schloß jetzt — am 2. December 1854 — mit den Westmächten ein förmliches Schutz- und Trutzbündnis ab.

In die hier skizzirte Periode fallen mehrere charakteristische Äußerungen Bismarcks gegenüber der Berliner Diplomatie. Der König der Belgier hatte sich gegen den preußischen Gesandten in Paris, Graf Hatzfeldt, während eines Besuchs des letzteren in Brüssel dahin geäußert, Preußen müsse mit Österreich, „selbst wenn es etwas von seiner Selbstliebe zu opfern hätte," zusammengehen. Geeinigt könnten die beiden Mächte mit ihren siebenmalhunderttausend Soldaten allen Eventualitäten mit Zuversicht entgegensehen. Dagegen könnte Preußen allein nicht lange den Kampf gegen ein mit England verbündetes Frankreich aufnehmen. Eine Stütze bei den deutschen Staaten zweiten Ranges zu suchen, würde vergebliches Bemühen sein, dieselben hielten nur in der

Negative zusammen und ließen es stets an sich fehlen, wenn sie zum Handeln aufgefordert würden. Ein Angriff Preußens auf Frankreich würde gefährlich und verhängnisvoll für ersteres sein und könnte zum Verluste der Rheinprovinz führen, da England seinem jetzigen Verbündeten beistehen würde. Etwas andres würde ein Verteidigungskrieg Preußens gegen Frankreich sein. Manteuffel setzte Bismarck von diesen Äußerungen in Kenntnis, und dieser schrieb ihm darauf am 23. August, das sei „dieselbe Weisheit, mit welcher der König jederzeit die Interessen Belgiens und des Hauses Coburg wahrzunehmen gewußt habe. „Ob aber," so fuhr er fort, „ein Gutachten des Königs Leopold über die preußische Politik ebenso ausfallen würde, wenn derselbe Preußen näher als Belgien angehörte, bezweifle ich. Gewiß bildet die Einigkeit von Preußen und Österreich auch dann, wenn sie von Preußen sehr viel teurer als au prix de quelques sacrifices d'amour propre erkauft wird, eines der wesentlichsten Elemente der Sicherheit Belgiens, besonders nachdem die durch Geschichte und Bekenntnis bedingten Beziehungen Belgiens zu Österreich durch die Heirat [des Sohnes des Königs, des Kronprinzen, mit der Erzherzogin Marie Henriette] von neuem belebt sind. Soll einmal Krieg geführt werden, so kann Belgien nur wünschen, daß derselbe sich auf die von Brüssel weit entfernte deutsch-russische Grenze beschränke, während Belgien von den vier mit ihm und unter sich befreundeten Großmächten umgeben und dadurch vor direkter Berührung mit den Verwickelungen bewahrt bleibt. . . . Die Anforderungen Österreichs haben sich vom Verlangen der Räumung der Donaufürstentümer, vermöge der Zuversicht auf Preußens Hilfe, stufenweise soweit gesteigert, daß in der Wiener Presse die Andeutung einer Abtretung Bessarabiens nicht mehr überrascht. Zu solchen Bedingungen wird sich Rußland nur nach einem großen und un-

glücklichen Kriege verstehen. Die Chancen, welche ein solcher für die Revolution den europäischen Thronen gegenüber bieten würde, übersteigen die Garantien, welche für das erhaltende Prinzip in einem Bündnisse mit dem der Revolution gegenüber selbst hilfsbedürftigen Österreich und den Westmächten liegen, auch dann, wenn Lebens- und Regierungsdauer Napoleons auf längere Zeit gesichert wäre. Deshalb glaube ich, daß ein Anschluß an die österreichische Politik nur soweit für uns nützlich ist, als er Österreich vom Angriff auf Rußland abhält."

Über die Stellung der kleineren deutschen Staaten zu den damaligen österreichischen Plänen und deren Auffassung der Lage überhaupt berichtete Bismarck seinem Minister am 26. August, keiner seiner Kollegen zweifle den vorliegenden Thatsachen nach daran, daß Österreich auch jetzt noch, nachdem die Donaufürstentümer von Rußland geräumt worden, den Gedanken zu verwirklichen trachte, die Kräfte Deutschlands in der Art an sich zu fesseln, daß sie zu einem österreichischen Eroberungskriege fortgerissen werden könnten. Darauf fuhr er fort: „Die Mittelstaaten haben wenig Neigung, dieser für sie unfruchtbaren und gefährlichen Politik sich hinzugeben, namentlich so lange dieselbe der willkürlichen Leitung des Grafen Buol überlassen bleibt, zu dessen Fähigkeit und Besonnenheit man nicht das mindeste Zutrauen hat. Man würde den Bambergern Unrecht thun, wenn man sie beschuldigte, von Hause aus in dieser Krisis ihre Blicke nach Frankreich gerichtet zu haben; sie wollten eine unabhängige deutsche Politik, bei der sie möglichst viel mitzureden hätten. Als sie sahen, daß die beiden Großmächte letzteres nicht zuließen, hofften sie wenigstens durch die Anlehnung an Preußen von einem Kriege sich freizuhalten, bei welchem weder sie noch wir Aussicht auf Gewinn haben, während die Gefahren des-

selben unberechenbar sind. Nicht alle meine Kollegen haben eigne Ansichten, aber die selbständigeren unter ihnen räsonniren im Vertrauen mir gegenüber wie folgt: Preußen hat dasselbe Interesse wie wir, Österreich vom Kriege gegen Rußland abzuhalten, Preußen hat auch die Macht dazu, wenn es den Mut hat, Österreich einen Angriffskrieg gegen Rußland zu untersagen. Wenn wir aber sehen, daß Preußen sich durch einen so bornirten und leichtsinnigen Menschen wie den Grafen Buol fortreißen läßt, ohne daß dieser bei entscheidenden Entschlüssen auch nur nach der Ansicht Preußens fragt, bevor er zur That schreitet, so müssen wir selbst an unsere Sicherheit denken. Segeln beide deutsche Großmächte unter dem Steuer des Grafen Buol, so ist vorauszusehen, daß Deutschland Schiffbruch leidet; denn die gewisse Folge eines preußisch-österreichischen Krieges gegen Rußland ist die Verbindung des letzteren mit Frankreich, welche glaubhafte Gerüchte schon jetzt angebahnt werden lassen, und welche Rußland in der Not um jeden Preis erkaufen wird. Einer solchen Gefahr gegenüber ist der Staatskörper Österreichs seiner innern Verbindung nach schwer haltbar; denn für die Franzosen wird es leicht sein, Italien zu insurgiren, und für die Russen, nach Belieben entweder die slavogriechischen Stämme oder die magyarischen. Preußen und England können uns in solcher Situation nicht schützen; kann daher ersteres Österreich nicht vom Kriege abhalten, so werden wir allerdings mit Österreich und Frankreich gehen, so lange beider Wege zusammenfallen, aber mit Frankreich, sobald es sich von Österreich trennt und mit Rußland in Beziehung tritt. Die Pflicht der Selbsterhaltung erlaubt uns nicht, anders zu handeln, wenn Preußen von seiner unzweifelhaften Fähigkeit, Österreich vom Kriege zurückzuhalten, nicht bald mit Entschiedenheit Gebrauch macht." Bismarck nennt diese Anschauungen „natürlich und

nahe liegend." Dann schließt er — wohl, weil man in Berlin vorübergehend mehr zu Österreichs Politik hinneigte, als ihm geraten schien — mit den Worten: „Es ist meine dienstliche Pflicht, Ew. Excellenz offen die Wahrnehmungen darzulegen, welche sich mir in dem Kreise meiner Stellung aufdrängen, und wenn es mir auch nicht zusteht, auf höhere Entschließungen einen Einfluß nehmen zu wollen, so kann ich doch die Sorge nicht verschweigen, mit welcher mich die Zuversicht der österreichischen Organe erfüllt, daß es dem Grafen Buol gelingen werde, die bundesfreundlichen Gesinnungen Sr. Majestät des Königs für seine Zwecke auszubeuten und von Preußen neue Zusagen zu verlangen, aus denen das Wiener Kabinet die Hoffnung schöpfen würde, uns durch ferneres einseitiges Vorgehen schließlich nachzuziehen, auf einer Bahn, welche in ihren Eventualitäten eine Mannichfaltigkeit der schwersten Opfer und Gefahren für ganz Deutschland, aber im günstigsten Falle nur für Österreich Erfolge von obendrein zweifelhaftem Werte bietet."

Man vergleiche damit die Schlußsätze des Berichts, den Bismarck am 8. Dezember an seinen Minister richtete: „Ich gehöre nicht zu denen, welche die russischen Interessen mit den unseren identifiziren; im Gegenteil, Rußland hat viel an uns verschuldet; auch mit der Revolution, wenigstens mit der eignen und der deutschen, werden wir ohne Rußland fertig, wenn wir wollen. So ernst ein Krieg mit letzterem auch für uns sein mag, würde ich doch nicht dagegen zu raten versuchen, wenn dabei ein würdiger Kampfpreis für uns in Aussicht stünde. Mir schwebt nur der Gedanke als Schreckbild vor, daß wir die Anstrengungen und Gefahren im Dienste Österreichs übernehmen könnten, für dessen Sünden der König so viel Nachsicht hat, als ich mir von unserm Herrn im Himmel für die meinigen wünsche.

Nach dem Bekanntwerden des Abschlusses der Konvention vom 2. Dezember schrieb Bismarck am 9. privatim an Manteuffel: „Die Schnelligkeit, mit welcher die Konvention [Österreichs] mit den Westmächten der Einigung mit den deutschen Bundesgenossen gefolgt ist, dient hier nicht gerade zur Erhöhung des Vertrauens, welches der Graf Buol etwa genießt. Der Eindruck, daß Österreich mit den Westmächten, namentlich mit Frankreich, in größerer Intimität lebt als mit irgend einem deutschen Staate, ist allgemein. Wenn aber auch die politische Stellung Österreichs momentan so glücklich ist, wie Herr von Prokesch sie in rosenfarbener Laune schildert, so wird doch die dermalige Politik an der Donau dem Kaiserstaate zur Zeit der Nüchternheit einen schweren Katzenjammer bringen. Haben die Westmächte nur die Gewißheit, daß die Furcht [vor einem von Frankreich unterstützten Angriffe von seiten Italiens] die Zauberrute ist, mit welcher man über Österreich disponirt, so wird letzteres bald nicht mehr im Schlepptau, sondern in voller und direkter Abhängigkeit von ihnen sein. Sollen wir auch dann, wie es ja unter Umständen nützlich und notwendig sein kann, diese Politik einschlagen, so wird es sich meines Erachtens eher empfehlen, dies in direkter und selbständiger Verbindung mit den Westmächten zu thun, als in der Eigenschaft einer ad nutum disponibeln Reserve des in seinen Hauptentschlüssen selbst unfreien Österreich. Wir haben mit großer Selbstverleugnung Österreich die Gelegenheit zu unabhängiger, rein auf Deutschland gestützter Politik geboten; Österreich aber mag lieber von Frankreich abhängig sein, als uns in freier Verbindung Dank schulden, es hofft in jener Abhängigkeit außerdem mehr zu profitiren, es weiß selbst noch nicht wieviel, und endlich hat es, selbst auf Preußen und ganz Deutschland gestützt, nicht den Mut, nötigenfalls einer französischen Drohung in Italien zu trotzen. .

Der Hochmut erlaubt ihnen nicht, ehrlich einzuräumen, daß sie unsrer bedürfen, und demgemäß mit uns zu handeln; sie ziehen vor, uns zu umgarnen, geben sich aber dabei einer groben Täuschung hin, indem sie politische Verhältnisse wie notarielle Privatangelegenheiten behandeln. Bündnisse größerer Staaten haben nur dann Wert, wenn sie den Ausdruck beiderseitiger wirklicher Interessen besiegeln, und alle Klauseln und Auslegungen können den Mangel an gutem Willen und freier energischer Aktion nicht ersetzen, wenn der eine Teil sich übervorteilt und mala fide behandelt fühlt... Ist übrigens," so fährt das Bismarcksche Schreiben prophetisch fort, „die mir noch unbekannte Konvention vom 2. der Art, daß wir beitreten können, so könnte vielleicht eine Kammermanifestation noch dazu benutzt werden, unsern Beitritt natürlicher und weniger bitter für Rußland erscheinen zu lassen. Kommt es jetzt wirklich zum Frieden, so ist es meiner Meinung nach ein großer Gewinn für uns, daß wir in der Zeit nach diesem Frieden in besseren, Österreich und die Bamberger aber in schlechteren Beziehungen zu Rußland stehen als vor dem Kriege. Der Tag der Abrechnung bleibt nicht aus, wenn auch einige Jahre darüber hingehen. [Er kam 1866, nachdem Österreich sein Debet bei Rußland noch durch sein Verhalten während der polnischen Insurrektion von 1863 vermehrt hatte.] Österreich hat sich als eine für jetzt unübersteigliche Barriere in den Weg Rußlands geschoben; die Spitze der Politik des letzteren wird sich in Zukunft naturgemäß gegen diese Barriere richten. Durch diese Änderung in der Konstellation können wir nur an Gewicht und Freiheit der Bewegung gewinnen, und es scheint ein sehr günstiges Ergebnis unserer zögernden Politik, daß in der Zwischenzeit der Antagonismus von Wien und Petersburg sich hat schärfer und dauerhafter ausprägen können.

In diesem Sinne sehen wir Bismarck konsequent auf Manteuffel weiter einwirken und nicht ohne Erfolg. „Es ist mir," so schreibt er demselben am 19. Dezember, „eine wahre Herzstärkung gewesen, daß Ew. Excellenz die Frage über unseren Beitritt zum Bündnis [Österreichs und der Westmächte] und unsere sogenannte Isolirung mit kühler Würde und ohne Empressement behandeln. So lange wir den Ausdruck unbefangener Furchtlosigkeit bewahren, hat man auch sicher Respekt vor uns und wird sich hüten, Drohungen zu gebrauchen oder gar auszuführen. Wenn nur in Österreich der Glaube an die Möglichkeit zu wecken wäre, daß unsre Geduld und Bruderliebe nicht unerschöpflich ist, und wir den Weg nach Mähren noch nicht vergessen haben, so glaube ich noch immer, daß Österreichs Furcht vor uns förderlicher zum Frieden wirkt als Österreichs Rechnung auf unsern Beistand."

Im Hinblick auf die Konvention vom 2. Dezember 1854 und Österreichs augenscheinliche Kriegslust schien Rußland nachgeben zu wollen, und Fürst Gortschakoff, sein außerordentlicher Bevollmächtigter in Wien, versicherte, daß es die vier Punkte der Erklärung der Westmächte vom 22. Juli als Ausgang zu Unterhandlungen gelten lassen wolle. Die unterbrochene Konferenz trat wieder zusammen, aber ohne Erfolg, da es den Russen mit dem Frieden noch nicht ernst war. Preußen trat dem letztern wieder näher, und die Bamberger schlossen sich, um ein Gegengewicht gegen Österreichs kriegerische Absichten zu bilden, der Berliner Neutralitätspolitik an. Als Rußland dann in Volhynien ein Heer zusammenzog, durch welches Wien bedroht werden konnte, trug Österreich am 24. Dezember beim deutschen Bundestage auf sofortige Mobilmachung der Bundeskontingente an, wobei die Truppen des 7. und 10. Armeekorps zu gleichen Teilen den Heeren der beiden Großmächte zugeteilt

werden sollten. Aber die Mittelstaaten willigten nur in eine Kriegsbereitschaft, von der bis zu einer wirklichen Aufstellung ihrer Streitkräfte noch ein ziemlich weiter Weg war, und Preußen stimmte ihnen hierin bei. Unter solchen Umständen wagte Österreich, dessen Finanzen ohnehin sehr zerrüttet waren, den Kampf nicht zu beginnen, und es verblieb bei seiner halben Neutralität.

In dieser Zeit schrieb Bismarck mit Bezug auf den österreichischen Mobilmachungsantrag unterm 1. Januar 1855 an Manteuffel u. a.: „Ich wage nicht zu entscheiden, ob es wirklich in der Absicht des Wiener Kabinets liegt, Preußen zu einem Angriffskriege gegen Rußland fortzureißen, oder ob man sich noch mit der Hoffnung schmeichelt, daß eine demonstrative Aufstellung, wenn sie nur zahlreich genug und von Preußen mit demselben Anschein von Kriegslust unterstützt wäre, welchen Österreich zur Schau trägt, hinreichend wäre, um von Rußland zu verlangen, was man wünscht. . . . Jedenfalls liefert die Depesche des Grafen Buol vom 24. vorigen Monats einen neuen Beweis, wie das Wiener Kabinet, um Preußen seinen Intentionen dienstbar zu machen, aus den verschiednen Verpflichtungen und Erklärungen Preußens vom 20. April, in den Wiener Konferenzen, vom 26. November [wo es zugesagt hatte, Angriffe auf die Stellung der Österreicher in den Donaufürstentümern abzuwehren und sich zu bemühen, den vier Punkten Geltung zu verschaffen] und andern durch Herausnahme einzelner Teile und künstliche Vermischung unzusammengehöriger Akten ein Gewebe herzustellen sucht, in welchem es die politischen Entschließungen Preußens als vertragsmäßig befangen darstellt. Die Zwecke, welche am 20. April und in den Wiener Protokollen in Aussicht genommen wurden, sind längst teils erreicht, teils obsolet geworden, und mit künstlichen Kombinationen werden die von uns damals eingegangenen Verbindlichkeiten

auf neue Forderungen in Anwendung gebracht. So scheint mir, daß der Depesche vom 24. v. M. das Bestreben zu Grunde liegt, die Verpflichtungen Preußens und Deutschlands aus dem Zusatzartikel vom 26. November in das System des 2. Dezember einzufügen. Die Stipulationen vom 26. November tragen aber nichts in sich, wodurch in diesem Augenblicke, noch ehe die Bundesmilitärkommission ihre Anträge gestellt hat, eine hastige militärische Aufstellung bedingt würde. Wohl aber würde es, wenn dergleichen Aufstellungen wirklich jetzt erfolgten, für Österreich leichter werden, durch die in Wien geläufigen Entstellungen und Verschiebungen des Verhältnisses der Verträge zu den Thatsachen und durch richtig angebrachte Überraschungen mit faits accomplis die neuen Zusatzartikel und die Bundeshilfe dem Regime des Bündnisses vom 2. Dezember dienstbar zu machen, auch ohne daß wir dem letztern beigetreten wären.... Ich kann nur bei meiner früher berichteten Überzeugung beharren, daß das wirksamste Mittel zur Wiedergewinnung des Friedens und zur Erhaltung unsres europäischen Einflusses in dem Drucke liegt, den wir, wenn wir wollen, auf Österreich üben können. Noch immer halte ich es nicht für wahrscheinlich, daß die Kriegspartei den Ausschlag bei den letzten Entschlüssen des Kaisers Franz Josef geben wird, wenn Österreich dabei Gefahr laufen muß, sich von Preußen verlassen zu sehen, namentlich aber, wenn man in Wien veranlaßt wird, an die Möglichkeit einer feindseligen Aktion Preußens zu denken. Selbst in Paris und London glaubt man, daß die aktive Beihilfe Österreichs im entscheidenden Momente von den Entschließungen Preußens abhänge, und nach meiner Ansicht haben wir nur dann Aussicht, auf die Entschließungen der Westmächte Einfluß zu üben, wenn wir in Paris und London das Bewußtsein, daß der Schlüssel zur Mitwirkung Österreichs in unsern

Händen liegt, und daß wir nötigenfalls entschlossen sind, ihn furchtlos zu benutzen, deutlich zu erkennen geben. So lange dies nicht geschieht, zweifle ich nicht, daß unsre Bemühungen, welche weder von Anerbietungen noch von Drohungen begleitet sind, bei den westlichen Kabinetten eine kühle und uns lediglich nach Wien und auf den Beitritt zum 2. Dezember verweisende Aufnahme finden werden. Nachdem man sich Österreichs einmal versichert hat, wird man diesen Vorteil nicht aufgeben und sich Österreich durch Separatabschlüsse mit uns nicht wieder entfremden, wenn wir nicht entweder Anerbietungen machen, welche weitergehen als die österreichischen, oder den Beweis liefern, daß Österreichs Entschließungen in letzter Instanz von uns, die unsrigen aber nicht von Österreich abhängen. Bisher hofften die Westmächte unsre Kooperation zu gewinnen, ohne uns einen Einfluß auf ihre eignen Entschlüsse zu gestatten. Sie rechnen übermäßig viel auf die Wirkung der öffentlichen Meinung in Preußen [wo die Liberalen und namentlich die Vinckesche Partei mit unheilbarer Kurzsichtigkeit gegen Rußland als den Feind des Liberalismus perorirten und für die schönen Augen Britannias schwärmten] und auf die Herrschaft einer unbestimmten Angst vor sogenannter Isolirung und vor einem Kriege mit den drei Kontrahenten vom 2. Dezember. Ohne mit diesen Besorgnissen rechten zu wollen, darf ich es doch für zweifellos halten, daß unsre Bestrebungen nur dann Einfluß auf das Verhalten jener drei Mächte üben können, wenn unsre Agenten in Wien, Paris und London die Überzeugung zu erwecken wissen, daß wir von jedem Anfluge derartiger Besorgnisse vollkommen frei sind, und daß der Beschluß bei uns feststeht, unsre Unabhängigkeit und unsre Stellung als Großmacht nötigenfalls auch mit den desperatesten Mitteln und Anstrengungen gegen jedermann zu verteidigen. So unmotivirt und gefährlich es

auch sein würde, wenn wir uns zu Rußland in nähere Beziehungen als bisher einließen, so glaube ich doch, daß es unserm Einflusse auf den Verlauf der Dinge nur förderlich sein würde, wenn man im Westen unsern Anschluß an Rußland, und wenn man in Wien unsre engere und über den 2. Dezember hinausgehende Verbindung mit dem Westen nicht ganz in das Bereich der Unmöglichkeit zählen dürfte."

Im Februar 1855 hieß es, Frankreich beabsichtige am Oberrhein eine Armee zusammenzuziehen, um damit, durch Baden, Würtemberg und Baiern marschirend, den Österreichern gegen Rußland zur Seite zu treten. Bismarck äußerte darüber in einem Briefe an Manteuffel, daß man ihnen den Marsch durch Südwestdeutschland unter keinen Umständen gestatten dürfe und lieber das Bajonnet fällen müsse, indem sich daraus ohne Zweifel bald die militärische Herrschaft Frankreichs in jenen Staaten entwickeln würde. Dagegen dachte er über eine auf anderm Wege nach Österreich dirigirte französische Armee kühler. In einem Diktat von ihm, das am 11. Februar niedergeschrieben ist, heißt es in Bezug hierauf: „Aufstellung französischer Truppen in den deutschen Ländern Österreichs, wenn sie dahin gehen, ohne andre Bundesstaaten zu berühren, halte ich für kein Unglück. Die 80,000 Franzosen, die etwa in Böhmen wären, könnten nicht am Rheine sein, und Frankreich würde durch diese neue Zersplitterung seiner Armee nicht stärker. Diese Truppen würden für unsre Hauptmacht aus den östlichen Provinzen leichter erreichbar und derselben doch nicht gewachsen sein. Außerdem trägt eine solche Konstellation den Keim des Bruches zwischen Frankreich und Österreich in sich, wenn 60- bis 80,000 Franzosen, die niemals bescheidene Alliirte gewesen sind, in Österreich verpflegt werden sollen. Österreichs Ansehen in Deutschland würde einen schweren, mit dem tiefsten Miß-

trauen verbundenen Stoß erleiden. Wird also nur das Bundesrecht vor einem bedenklichen Präzedenzfalle dadurch bewahrt, daß Österreich seine Absichten dem Bunde anzeigt, so scheint mir nicht, daß wir den Beruf zum Widerstande gegen dieselben haben. Es wäre dies der dümmste Streich, den Österreich seit hundert Jahren meiner Meinung nach gemacht hätte, und ich glaube nicht, daß man ihn ausführt, ehe man nicht unserer Bewilligung sicher ist; dann aber hätten wir ihn gemacht."

Im Juni 1855 verlautete, daß Graf Buol sich wieder mehr den Russen nähere. Im Hinblick hierauf schrieb Bismarck am 17. an Manteuffel u. a.: „Ich weiß nicht, ob dem Grafen Buol selbst ein ganz deutliches Ziel seiner Politik vorschwebt; ich glaube es kaum, wenn man nicht das instinktive Gefühl dafür nehmen will, daß Österreich in dieser Krisis einen Profit machen könne, und daß es dabei so viel oder so wenig gewinnen will, als es ohne große Gefahr ablangen kann. Die Russen aus der Südgrenze los zu werden und die Donauschifffahrt mehr nach österreichischem Interesse zu reguliren, ist schon ein erfreulicher Vorteil, aber er fällt zu leicht in die Hand, um zu genügen. Wollte Österreich damit zufrieden sein, so hätte es das ohne Zweifel schon vor dem 2. Dezember mit uns und mit Rußland erreichen können, ohne sich in waghalsige und teure Verbindlichkeiten mit dem Westen einzulassen. Zeitweise im abgelaufenen Jahre mag dem Wiener Ehrgeize der Besitz der ganzen Donau und eines Teils der Küste des Schwarzen Meeres als erreichbar vorgeschwebt haben, und die Hoffnung auf die Donaufürstentümer hat man ohne Zweifel noch nicht aufgegeben. Wenn wirklich . . . in Wien geheime Verhandlungen mit Petersburg beabsichtigt sind, um auch von Rußland eine traktatenmäßige Anerkennung der österreichischen Besetzung der Donaufürstentümer auf ungewisse Dauer zu erlangen, so ist

das eine wesentliche Befestigung der Einnistung Österreichs in jenen Ländern und eine wichtige Vervollständigung des Systems, welches aus dem Vertrage mit der Türkei und aus der Garantie Preußens und Deutschlands durch den Zusatzartikel [vom 26. November 1854, der gemeinsame Abwehr eines etwaigen Angriffs auf die in der Moldau und Walachei stehenden Österreicher zusagte] gewoben worden... Die Zeit muß lehren, ob die Ereignisse bis zum Frieden Österreich gestatten, die Nützlichkeit, welche es für jeden der kriegführenden Teile in jenen Ländern haben kann, erfolgreich genug auszubeuten, um sein Ziel vollständig zu erreichen. Kann es die Provinzen selbst nicht gewinnen, so wird es wenigstens das alleinige Protektorat in möglichst strammer Form davon zu tragen suchen; zeigt sich auch das unerreichbar, so wird es jedenfalls bemüht sein, für seine außerordentlichen Anstrengungen zu Gunsten anerkannter deutscher Interessen am Bunde eine Kostenliquidation anzubringen, und auf dieselbe nehmen, was es kriegen kann."

Inzwischen war der Krieg gegen Rußland von seiten der Westmächte, der Türkei und zuletzt auch Sardiniens energisch fortgesetzt worden. Am 11. September 1855 fiel nach fast einjähriger Belagerung, harten Kämpfen und ungeheuern Menschenopfern Sebastopol in die Hände der Alliirten. England war geneigt, weiterzukämpfen, in Frankreich aber hatte der Kaiser Napoleon genug Waffenruhm geerntet, in Rußland war der neue Zar friedfertiger gesinnt, als Nikolaus gewesen, und von seiten Preußens und jetzt auch Österreichs bemühte man sich eifrig, aus einer Lage der Dinge herauszukommen, welche diese Mächte doch noch nötigen konnte, sich am Kriege zu beteiligen. Bald nachdem die Einnahme von Kars durch die Russen es dem Kaiser Alexander erleichtert hatte, Frieden zu schließen, schickte das Wiener Kabinet den Fürsten Esterhazy

nach Petersburg, der sich dort mit Nesselrode bald über ein Protokoll einigte, das als Friedensbasis dienen konnte. Am 26. Januar 1856 nahm der Sultan 21 Artikel an, welche ihm von Österreich und den Westmächten vorgelegt worden waren, und welche die Gleichberechtigung der Christen im osmanischen Reiche mit den dortigen Muhamedanern, Verbesserungen im Steuer- und Gerichtswesen und andre Reformen betrafen, durch die den Russen für immer jeder Vorwand zur Einmischung in die Angelegenheiten der Türkei entzogen werden sollte. Nach diesen Vorarbeiten wurde am 25. Februar ein Kongreß zur Abschießung eines definitiven Friedens eröffnet, der am 30. März zur Unterzeichnung gelangte. Da Preußen sich an dem Kriege in keiner Weise beteiligt hatte, so erhielt es, vornehmlich weil Österreich, dann auch England sich widersetzte, anfänglich keine Einladung zu den Pariser Unterhandlungen. Insofern aber von dem Kongresse Abänderungen an den Wiener Verträgen, zu deren Garanten Preußen gehörte, beschlossen werden konnten, beanspruchte jenes, mit seiner Meinung ebenfalls gehört zu werden, und diesem gerechten Verlangen wurde entsprochen.

Wie Bismarck über diese Dinge urteilte, ersehen wir aus einem Privatbriefe, den er am 7. Februar an den preußischen Gesandten in Paris, Graf Hatzfeldt, richtete. Es heißt da u. a.: „Es ist weder für den Bund noch für uns ein Unglück, an den Konferenzen keinen Anteil zu nehmen; es würde daraus nichts weiter folgen, als daß die Stipulationen, welche aus denselben hervorgehen, und welche für die Nichtteilnehmer nur von sekundärem Interesse sein können, der Garantie Preußens und des Bundes entbehren, und daß es während der Konferenzen zweifelhaft bleibt, für welche der sich etwa erhebenden verschiedenen Auffassungen das Gewicht Deutschlands in die Wagschale fallen würde. . . . Wir können es also sehr gut ertragen, außerhalb

der Konferenzen zu bleiben, dann aber muß auch unser Verhalten gegenüber der österreichischen Vorlage am Bunde*) schon auf diese Eventualität zugeschnitten sein. Unpassend wird unsere Lage erst dann, wenn wir hier am Bunde in unsern offiziellen Voten und Erklärungen eine Haltung annehmen, welche offenbar auf unsre Zuziehung zu den Konferenzen berechnet ist, und uns dann, nachdem wir unsre Konzessionen von uns gegeben haben, die Thür geschlossen bleibt. . . . Wenn wir beschließen sollen, die Präliminarien anzunehmen und zu ihrer Aufrechthaltung mitzuwirken, so müssen wir auch sicher sein, daß wir nicht von der Gelegenheit hierzu ausgeschlossen werden. Denn daß unser Beschluß den Charakter eines effektlos zu den Akten gehenden Gutachtens, einer unfruchtbaren Meinungsäußerung, welche wir gewissermaßen en qualité d'amateur abgeben, behalten sollte, wäre eine Unwürdigkeit, der wir uns nicht aussetzen können. Unsre Beschlüsse aber für den Fall eintretender Ereignisse zu fassen, wenn der Friede etwa nicht zu stande kommt, dazu ist später immer noch Zeit, und für den Fall will sich keiner der Bundesstaaten jetzt schon binden, auch Österreich nicht, welches sich niemals zur Aktion ohne Preußen und den Bund entschließen wird. . . . Nach der dermaligen Lage der Instruktionen hält die Gesamtheit der Bundesstaaten sich faktisch für ausreichend vertreten, wenn Preußen teilnimmt; durch Österreich allein aber nicht, weil dieses privative, dem übrigen Deutschland nicht eigne Interessen und Verbindlichkeiten bei der Sache hat. Ist daher Preußens Zuziehung

*) Dieselbe enthielt den Wunsch, Preußen und der deutsche Bund möchten sich im Sinne des österreichischen Antrages erklären der dahin ging, daß das gesamte Deutschland im Vereine mit Österreich die Grundlagen anzunehmen und aufrecht zu erhalten willens sein sollte, auf welchen durch die bevorstehenden Unterhandlungen der allgemeine Friede fest und dauernd errichtet werden würde.

bei der Sache verbürgt, so wird sich hier [in Frankfurt] ein Österreich zufriedenstellender Beschluß leicht herbeiführen lassen, und namentlich unserm Allergnädigsten Herrn wird es dann auf eine Handvoll Noten bei dem Inhalte des Beschlusses nicht ankommen."

Vielleicht das höchste Interesse unter allen von Poschinger mitgeteilten Aktenstücken dieser Zeit beansprucht der [auch dem Könige vorgelegte] Privatbrief Bismarcks an Manteuffel vom 26. April 1856, in welchem die politische Lage Preußens, die Aussicht auf einen Krieg in Italien, die Wahrscheinlichkeit einer Allianz zwischen Frankreich und Rußland und die Notwendigkeit eines baldigen Existenzkampfes zwischen den beiden deutschen Großmächten besprochen werden. Ich wähle auch aus diesem umfänglichen Schreiben einige Hauptstellen aus. Der damalige preußische Bundestagsgesandte schreibt seinem Minister:

„Ohne mich in gewagte Konjekturen über die mutmaßliche Dauer des neuen Friedens einzulassen, darf ich doch als ein Symptom des geringen Vertrauens zu derselben das besorgliche Unbehagen hervorheben, mit welchem die meisten europäischen Kabinette in die Zukunft blicken, auch nachdem der Friede gesichert ist. ... Wahrscheinlich werden sich nun politische Gruppirungen bilden, deren Bedeutung und Einfluß schließlich auf dem Hintergedanken der Möglichkeit eines Krieges unter einer bestimmten Konstellation von Bündnissen beruht. Eine nähere Verbindung Frankreichs mit Rußland in diesem Sinne ist gegenwärtig zu natürlich, als daß man sie nicht erwarten sollte; es sind diese beiden diejenigen unter den Großmächten, welche nach ihrer geographischen Lage und ihren politischen Zielen die wenigsten Elemente der Zwietracht in sich tragen, da sie so gut wie keine notwendig kollidirenden Interessen haben. Bisher hat die Festigkeit der heiligen Allianz und die Abneigung

des Kaisers Nikolaus gegen die Orleans beide in der Entfremdung von einander erhalten, aber der jetzt beendete Krieg sogar wurde ohne Haß geführt und diente mehr den innern als den auswärtigen Bedürfnissen Frankreichs. Nachdem die Orleans beseitigt, der Kaiser Nikolaus tot und die heilige Allianz gesprengt ist, sehe ich nichts, was den natürlichen Zug jener beiden Staaten zu einander hemmen sollte. . . . Bei der gegenwärtigen Stimmung der Russen gegen Österreich und bei den gesteigerten Ansprüchen Frankreichs auf Einfluß in Italien läßt sich nicht annehmen, daß Österreich von Haus aus berufen sein werde, als Dritter im Bunde zu figuriren, obschon es ihm an dem guten Willen dazu nicht fehlen dürfte. Österreich wird vielmehr die Gefahren, welche aus dem Zusammenhalten Rußlands und Frankreichs für das übrige Europa entstehen können, zu teilen haben und wird sie durch rechtzeitige Opfer abwenden, indem es etwa Konzessionen in Italien gegen Vorteile in Deutschland macht, oder es muß sich durch Bündnisse zur Abwehr stärken. Ich glaube, daß es den ersteren Ausweg vorzieht, indem es vielleicht Rußlands Vertrauen durch einen Personalwechsel im Ministerium wieder zu gewinnen sucht. Von unserm und Englands Beistande wird es sich nur im äußersten Notfalle abhängig machen wollen. . . . Es wird die Partei der Germanen für zu schwach halten, um mit ihr zu gehen, und, wie mir scheint, nicht mit Unrecht. Wenn sich erwarten ließe, daß in einem derartigen Kriege Preußen, Österreich, der deutsche Bund und England ihre vollen Kräfte ehrlich, einig und vertrauensvoll zusammen wirken ließen, so wäre es Feigheit, am Siege zu verzweifeln. So aber stehen die Sachen nicht. Ich will annehmen, daß England entschlossen zu uns steht, und daß es ihm trotz der französischen, russischen und etwa der amerikanischen, vielleicht auch der dänischen und holländischen Flotten gelingt, sich einer In-

vasion zu erwehren, die See siegreich zu behaupten, die Nord- und Ostsee vor den uns feindlichen Flotten zu schützen, auch gelegentlich mit 10- oder 20000 Mann die französischen Küsten zu harassiren. Es würde das meine Erwartungen übertreffen. Aber der Kontinentalkrieg gegen die Landheere Frankreichs und Rußlands würde der Hauptsache nach auf den Schultern Deutschlands ruhen. Die vier letzten Armeekorps des Bundesheeres haben an sich nicht die Kriegstüchtigkeit der Armee einer Großmacht, und wie viel davon auf unsrer Seite stehen würden, das könnte nur der Erfolg lehren. Auf der Basis von Rußland, Österreich und Preußen würde der Bund so ziemlich zusammenhalten, weil er an den schließlichen Sieg der ersteren, mit oder ohne Mittelstaaten, glaubte; in einem so fraglichen Falle aber, wie ein Krieg nach Osten und Westen zugleich wäre, würden die Fürsten au fur et à mesure, daß sie nicht in der Gewalt unsrer Bajonnette wären, sich durch Neutralitätsverträge sichern, wenn sie nicht gegen uns im Felde erschienen."

Es folgt eine für den Patriotismus dieser kleinen Potentaten sehr wenig schmeichelhafte Ausführung dessen, was von ihnen unter solchen Umständen zu erwarten. Dann heißt es weiter: „Können wir nun nötigenfalls im Bunde mit Österreich uns gegen Osten und Westen wehren, wenn dem letzteren Sardinien, wahrscheinlich die belgische Armee und ein Teil des deutschen Bundes zutritt? Wenn alles wäre, wie es sein sollte, so würde ich daran nicht verzweifeln. Aber der Kaiser Franz Josef ist nicht in dem Maße Herr seiner Länder und seiner Unterthanen wie unser Allergnädigster Herr. Österreich ist in der Offensive nicht zu verachten; es mag mehr als 200000 Mann guter Truppen außer Landes verwenden können und noch genug zu Hause behalten, um seine Italiener, Magyaren und Slaven nicht aus den Augen zu lassen. Auf der Defensive aber, im

eignen Lande im Osten und Westen angegriffen, halte ich das heutige Österreich für schwach, und leicht kann auf den ersten glücklichen Stoß des Gegners ins Innere das ganze künstliche Bauwerk des zentralisirten Schreiberregiments von Bach und Buol wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Aber wenn ich auch von dieser Gefahr absehe, so liegt die größere darin, daß die Seele eines preußisch-österreichischen Bündnisses auch in der größten gemeinsamen Gefahr das Gegenteil von alledem sein würde, was ein Bündnis fest macht. Gegenseitiges politisches Mißtrauen, militärische und politische Eifersucht, der Argwohn des einen, daß der andre in Separatverträgen mit dem Gegner bei gutem Glücke die Vergrößerung des Bundesgenossen zu hindern, bei schlechtem sein eignes Heil zu sichern suchen werde, das alles würde zwischen uns jetzt stärker und lähmender sein als in irgend einem schlecht assortirten Bündnisse der Vergangenheit. . . . Nach der Wiener Politik ist einmal Deutschland zu eng für uns beide; so lange ein ehrliches Arrangement über den Einfluß eines jeden in Deutschland nicht getroffen und ausgeführt ist, pflügen wir beide denselben streitigen Acker, und so lange bleibt Österreich der einzige Staat, an den wir nachhaltig verlieren und von dem wir nachhaltig gewinnen können. . . . Der deutsche Dualismus hat seit tausend Jahren, seit Karl V. in jedem Jahrhundert, regelmäßig durch einen gründlichen inneren Krieg seine gegenseitigen Beziehungen regulirt, und auch in diesem Jahrhundert wird kein anderes als dieses Mittel die Uhr der Entwicklung auf ihre richtige Stunde stellen können.

Ich beabsichtige mit diesem Räsonnement keineswegs zu dem Schlusse zu gelangen, daß wir jetzt unsre Politik darauf richten sollen, die Entscheidung zwischen uns und Österreich unter möglichst günstigen Umständen herbeizuführen. Ich will

nur meine Überzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Österreich werden fechten müssen, und daß es nicht in unsrer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen andern Ausweg hat. Ist dieses richtig, . . . so ist es auch für Preußen nicht möglich, die Selbstverleugnung so weit zu treiben, daß wir die eigne Existenz einsetzen, um die Integrität Österreichs zu schützen, und zwar in einem meines Erachtens hoffnungslosen Kampfe. . . Wenn wir wirklich gegen ein französisch-russisches Bündnis siegreich blieben, wofür hätten wir schließlich gekämpft? Für die Erhaltung des österreichischen Übergewichts in Deutschland und der erbärmlichen Verfassung des deutschen Bundes, und dafür können wir doch unmöglich unsre letzte Kraft ein- und unsre Existenz aufs Spiel setzen. . . Wenn es wahr ist, was man hier erzählt, daß Österreich schon in München Garantieverträge wegen Italien angeregt habe, daß es bei uns ähnliches beabsichtige, daß Graf Buol zu diesem Zwecke Hannover und Dresden besucht habe, so glaube ich nicht, daß dem der Gedanke zu Grunde liegt, Deutschland fest um sich zu scharen und dann einer Welt in Waffen zu trotzen; sondern das Wiener Kabinet wird unsre und etwaige andre Zusicherungen diplomatisch ausbeuten, um sich mit Frankreich und, wenn es sein kann, mit Rußland bessere Bedingungen einer Verständigung auf unsre Kosten zu verschaffen. . . Bleibt Frieden, so wird es uns aus Dankbarkeit für unsre bundesfreundliche Gesinnung im Punkte der Solidarität der deutschen Interessen beim Worte zu halten suchen, um uns den Zollverein aus der Hand zu winden. Wird Krieg, so wird es sich durch alle in seiner Tasche befindlichen Garantieverträge nicht abhalten lassen, sich mit ebensoviel Geschwindigkeit als Sicherheit auf der Seite anzudrängen, wo es die beste Aussicht hat auf Herrschaft in

Deutschland, deren es bei seiner dermaligen germanisirenden Zentralisation mehr als früher bedarf."

Der Briefschreiber meint hierauf, daß Österreich nicht glauben könne, Preußen werde jetzt, wo noch keine Gefahr nahegetreten sei, auf einen Garantievertrag eingehen, und fährt dann fort: „Im Jahre 1851 ... lagen die Gefahren eines Debordirens der Revolution aus Frankreich und Italien noch näher, und es war eine Solidarität der Monarchen gegen diese Gefahr vorhanden, welche unsern Maivertrag [das geheime Schutzbündnis vom 16. Mai 1851] ganz natürlich herbeiführte; eine ähnliche Situation würde erst wieder da sein, wenn das französische Kaisertum gestürzt wäre. So lange es steht, handelt es sich nicht um Abwehr der Demokraten, sondern um Kabinetspolitik, bei der die Interessen Österreichs eben nicht mit den unsern zusammenfallen. Ein ähnlicher Vertrag zum Schutze [Österreichisch-] Italiens jetzt abgeschlossen, würde nur den Effekt einer vorzeitigen Provokation Frankreichs und einer Abkühlung Rußlands gegen uns haben. Das läge ganz in Österreichs Interesse, und man würde in Wien schon dafür sorgen, daß die Thatsache in Petersburg und Paris nicht unbekannt bliebe; die Schuld der Indiskretion würde dann obendrein auf uns geschoben. In allem aber, was Österreich ohne uns zu thun die Lust und die Fähigkeit hat, würde es sich durch den besten Garantievertrag Preußens und Deutschlands nicht irremachen lassen. Hat es doch den Aprilvertrag von 1854 zu nichts anderem benutzt, als ihn in seinem Interesse moussiren zu lassen, uns schlecht zu behandeln und eine ebenso doppelzüngige als unweise Politik zu betreiben; den Dezembervertrag aber heimlich abzuschließen und es mit jedem andern nach eigenem Vorteile zu halten hat es sich durch unsre Garantie nicht hindern lassen... Meines Dafürhaltens ist unsere Lage, als die eines

gesuchten Bundesgenossen, eine günstige, so lange nur politische Gruppirungen sich noch nicht scharf zeichnen, so lange ihre Thätigkeit eine diplomatische bleibt, und ein gutes Einvernehmen mit dem einen nicht den Bruch mit dem andern involvirt. Käme es aber zur Verwirklichung einer russisch-französischen Allianz mit kriegerischen Zwecken, so können wir meiner Ansicht nach nicht unter den Gegnern derselben sein, weil wir da wahrscheinlich unterliegen, vielleicht pour les beaux yeux de l'Autriche et de la Diète uns siegend verbluten würden."

Ergänzt werden die letzten Worte durch ein Schreiben vom 10. Mai, in welchem Bismarck dem Minister Manteuffel Pflege der Beziehungen zu Napoleon behufs der Offenhaltung der Aussicht auf ein Bündnis mit Frankreich empfiehlt, und das wir im nächsten Kapitel zu betrachten haben werden.

Die Periode der orientalischen Wirren, in welcher die Mehrheit der deutschen Mittel- und Kleinstaaten sich in einem gewissen Zusammenhange mit Preußen gehalten und gegen Österreich Opposition gemacht hatte, war geeignet gewesen, die Täuschung hervorzurufen, daß die Gemeinsamkeit der wirklich deutschen Interessen ein Band um diese Staaten und Preußen schlinge. Daß dieses nur ein lockeres war, hatte Bismarck aus mancherlei Erfahrungen schließen können, und ebenso sicher mußte er darüber sein, daß Österreich seine frühere Politik innerhalb des Bundes erneuern würde. Diese Vermutungen bestätigten sich in den Jahren 1856 bis 1859 bei den verschiedensten Anlässen. Die Versuche der Präsidialmacht, Preußen Abbruch zu thun und es nach Möglichkeit zu hemmen, zu schwächen und herabzudrücken, wiederholten sich, und Österreichs Satelliten am Bunde nahmen wieder die abwehrende, ja auf Angriffe berechnete Stellung gegen die Berliner Bedürfnisse und Bestrebungen ein, die sie vor den Kriegsjahren innegehabt, ja die

Mittelstaaten trieben die Mißachtung der norddeutschen Großmacht so weit, daß sie ihr auch wenig bedeutende Zugeständnisse verweigerten.

Die Hauptgegenstände, bei denen dieses Unwesen sich geltend machte, waren die schweizerische Frage, welche sich um die Befreiung der Royalisten drehte, die bei dem Neuenburger Putsch unterlegen waren und nun von den eidgenössischen Behörden gefangen gehalten wurden, die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit, der Vorschlag Beusts in Betreff einer Umgestaltung der Konstitution des Bundes, und der Ausbau sowie die Besetzung der Bundesfestungen, über welche in Frankfurt mit verdrießlichster Weitläufigkeit und allen möglichen Ränken verhandelt wurde. In der Neuenburger Frage hatte Bismarck zu klagen, daß Österreich die preußischen Pläne nur lau unterstütze und dem eine Zeit lang ins Auge gefaßten Durchmarsche preußischer Truppen nach der Schweiz an den südwestdeutschen Höfen Schwierigkeiten bereite, was man ihm damit erklärt hatte, daß man in Wien eifersüchtig auf Preußen sei, indem man das Gefühl habe, während dieses seine Macht entfalte und dabei nähere Beziehungen zu Süddeutschland und zu Frankreich begründe, in zweiter Linie zu stehen. In Betreff der holstein-lauenburgischen Angelegenheit stellte er seinem Minister am 14. April 1858 anheim, ob es sich nicht empfehle, den Schriftwechsel zwischen Berlin und Wien über dieselbe, soweit es möglich, ganz aufzugeben, wobei er bemerkte: „Gerade die mehrjährige Erfahrung, daß Österreich jedes Stadium der Frage benutzt, um uns bei den auswärtigen Mächten der Ruhestörung, in Deutschland aber der Lauheit anzuklagen, war einer von den Gründen, welche es uns wünschenswert machten, die Verhandlungen und die Verantwortlichkeit für dieselben von den beiden Großmächten auf die Gesamtheit des Bundes zu übertragen.“

In Betreff der Rastatter Besatzungsfrage, wo Österreich sich bemühte, auch die für gewöhnlich mit der Berliner Regierung gehenden Höfe für eine Majorisirung Preußens durch die Bundesversammlung zu gewinnen, erklärte Bismarck im Juni des letzterwähnten Jahres dem Grafen Rechberg, Prokeschs Nachfolger, geradezu (Poschinger III, S. 342), er werde bei Manteuffel beantragen, daß Preußen in solchem Falle zu Protokoll erkläre, „es sehe die Bundesverträge als verletzt an," und die Erklärung abgeben, daß er sich bis zum Eingang anderweiter Weisungen der ferneren Teilnahme an den Beratungen der Bundesversammlung enthalten müsse."

Wir können diesen unablässigen Kampf Bismarcks mit den Ansprüchen Österreichs und seiner Schleppenträger am Bunde nicht ins Einzelne verfolgen. Dagegen mag er selbst uns ein Gesamtbild dieses Kampfes und der Zustände, gegen die er gerichtet war, aufrollen. Wir finden dasselbe in mehreren Berichten an seinen Minister, namentlich in einem Privatschreiben vom 14. März 1858 und in der ungefähr gleichzeitig verfaßten „Denkschrift, betreffend die Notwendigkeit der Inaugurirung einer selbständigen preußisch-deutschen Politik," die, wegen ihres erheblichen Umfanges in der diplomatischen Welt „Das kleine Buch" genannt, zu dem Inhaltreichsten und Wertvollsten gehört, was Bismarck von Frankfurt aus an seine Regierung geschrieben hat. Von Poschinger an den Schluß seiner Sammlung gestellt, ist sie gleichsam der Edelstein im Ringe. In andrer Beziehung kann man sie als Testament Bismarcks bei seinem Scheiden aus der Frankfurter Wirksamkeit bezeichnen, welches, das von ihm Erlebte und von uns im obigen Mitgeteilte rekapitulirend, seinem Nachfolger, von Usedom, zur Anweisung werden sollte, wie er Österreich und seinen Kreis zu beurteilen und wie er sich demselben gegenüber zu verhalten

habe. Die reichen Beobachtungen und Erfahrungen, die sein Vorgänger während einer fast siebenjährigen Amtsthätigkeit gesammelt und in sich zu Überzeugungen verarbeitet hatte, waren darin zusammengefaßt und passend gruppirt, um dann die Unterlage von Ratschlägen in Betreff dessen zu bilden, was preußischerseits zu thun und zu lassen sei. Die Denkschrift ist ein Stück deutscher Geschichte, und sie enthält eine Fülle gediegenster Staatsweisheit. Scharfblick, folgerichtiger Gedankengang, tiefdringender und vielumfassender Verstand, diplomatische Gewandtheit und ein maßvoller Sinn, endlich echter Patriotismus sprechen gleich deutlich aus ihr und machen sie zu einem politischen Dokumente ersten Ranges, das sich zugleich durch musterhaft klare Darstellung auszeichnet. Man hätte sie nicht das kleine, sondern das goldne Buch nennen sollen, auch wenn es Herrn von Schleinitz etwa gleich andern Berichten Bismarcks nicht so gefallen hätte als Herrn von Manteuffel, der in den letzten Jahren seiner Thätigkeit als Chef der preußischen Diplomatie fast in allen Stücken den Gedanken und Ratschlägen des überlegenen Geistes folgte, welcher Preußen beim deutschen Bunde vertrat.

Wir betrachten die Denkschrift nun in einigen ausführlichen Auszügen, wobei wir uns hauptsächlich an ihre zweite Hälfte halten, und geben schließlich in kurzen Worten die Moral wieder, die der Verfasser selbst am Ende aus seiner Darlegung der Verhältnisse zu ziehen sich genötigt sieht.

„Bis zum Jahre 1848 ließ Österreich ... im allgemeinen die preußische Politik in Deutschland gewähren und nahm als Kaufpreis für diese Konzession die Unterstützung Preußens in europäischen Fragen entgegen. In Deutschland begnügte sich das Wiener Kabinet, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß Preußen den ihm überlassenen Spielraum nur innerhalb ge-

wisser Grenzen nutzbar mache. Zu diesem Behufe wurde insbesondre der Geschäftskreis des Bundes auf wenige und verhältnismäßig unwichtige Angelegenheiten beschränkt, das Widerspruchsrecht und die Unabhängigkeit der einzelnen Regierungen mit Schonung gepflegt. Angelegenheiten, über welche Preußen und Österreich nicht einverstanden waren, gelangten nicht zur Verhandlung, eine aus den Protokollen ersichtliche Meinungsverschiedenheit beider Großmächte gehörte zu den Seltenheiten, ein offener Streit ihrer beiden Vertreter in den Sitzungen war etwas Unerhörtes und wurde als Gefahr für das Bestehen des Bundes unter allen Umständen vermieden. . . . Der Gedanke, daß wichtige Meinungsverschiedenheiten durch Majoritätsbeschlüsse am Bunde zur Entscheidung gebracht werden könnten, lag so fern, daß das Wiener Kabinet den Präsidialgesandten nur mit langen Unterbrechungen in Frankfurt anwesend sein und die Vertretung der österreichischen Interessen auf Jahr und Tag in den Händen des preußischen Gesandten ließ. . . . Die Führung des Präsidiums durch Preußen, sowie die lange Dauer der ungestörten Einigkeit beider Kabinette haben nicht wenig dazu beigetragen, die Überlegenheit des Präsidiums in der Bundesversammlung auszubilden.

Ein ganz andres Bild gewähren die Verhandlungen am Bundestage seit der Reaktivirung im Jahre 1851. Der Fürst Schwarzenberg nahm den Plan auf, die Hegemonie über Deutschland, zu welcher Preußen durch die konstituirenden Versammlungen und die Unionsversuche nicht hatte gelangen können, für Österreich durch die Mittel zu gewinnen, welche demselben die bestehende Bundesverfassung bietet. Der Gedanke lag nahe, nachdem Österreichs innere Organisation eine Richtung genommen hatte, in welcher dauernde Erfolge nur durch Anlehnung an Deutschland behufs Kräftigung des verhältnismäßig

wenig zahlreichen deutschen Elements im Kaiserstaate erreicht werden konnten. Die Durchführung des Planes war möglich, wenn es Österreich gelang, sich der Majorität am Bunde auf die Dauer zu versichern und demnächst die Kompetenz des Bundes und seiner Beschlüsse zu erweitern, und wenn Preußen die Macht oder der Wille fehlte, erfolgreichen Widerstand zu leisten. Der Augenblick war für eine solche Konzeption ein sehr günstiger. Österreich konnte nach seinen intimen Beziehungen zu Rußland auf dessen Unterstützung für seine deutsche Politik rechnen und hatte nun mit dem in Frankreich neu entstandenen Kaisertume Verbindungen angeknüpft, welche gegen das Lebensende des Fürsten Schwarzenberg Besorgnisse vor einer engen Allianz der drei Kaiser im Gegensatze zu Preußen und England hervorriefen. Die große Mehrzahl der deutschen Regierungen, erschreckt durch die Revolution und die aus derselben entspringende Gefahr, einen Teil ihrer Souveränetät an Preußen zu verlieren, lehnte sich bereitwillig an Österreich an. Letzteres konnte die Bundestagsgesandten der im Jahre 1850 zusammentretenden Regierungen ziemlich selbständig ernennen und suchte dazu solche Männer aus, welche durch ihre Personalverhältnisse und ihre Vergangenheit an das österreichische Interesse gekettet waren. Österreich durfte der Majorität in der Bundesversammlung auf längere Zeit hinaus sicher sein. . . . Die Eifersucht, mit welcher das zweihundertjährige Wachsen des preußischen Königshauses einen großen Teil der andern deutschen Fürsten erfüllt, wirkt bei diesen in derselben Richtung wie die Furcht vor Preußens Machtvergrößerung auf ihre Kosten.

Zur Erhaltung und Förderung dieser Stimmungen hat Österreich mannichfache nur ihm zu Gebote stehende Mittel. . . . Schon aus althergebrachter Gewohnheit geht der Adel der süd- und mitteldeutschen Staaten in österreichische Dienste; die Klein-

heit seiner heimischen Verhältnisse bietet nur zu beschränkter Laufbahn Aussicht, und die in Österreich zu einem mäßigen Fortkommen erforderlichen Anstrengungen und Kenntnisse beschränken sich auf ein geringeres Maß als in den übrigen Bundesstaaten. Diesen Dispositionen kommt Österreich bereitwillig entgegen. Sobald Angehörige eines einflußreichen Beamten, eines Ministers oder Gesandten in dem Alter sind, daß über die Wahl ihrer Laufbahn entschieden werden kann, finden sie sich von österreichischen Werbern mit glänzenden Versprechungen umgeben, und es kommt vor, daß sechzehnjährige junge Leute, welche niemals ein Regiment gesehen haben, Offizierspatente zugestellt erhalten, ohne daß noch darum gebeten worden ist. Einmal in Österreich angestellt, dienen dieselben als Geisel für die Ergebenheit ihrer Väter und demnächst zur Erhaltung der Beziehungen Österreichs zu ihren in Deutschland bei den Höfen und im Staatsdienst angestellten Verwandten. Unter den Bundestagsgesandten hängen die von Sachsen, Darmstadt, Nassau-Braunschweig und der sechzehnten Stimme mehr an Österreich als an der eignen Regierung und dienen ersterem, soviel sie können, durch alle ihre amtlichen Handlungen, insbesondre durch parteiische Berichterstattung.... Der bairische ist ein gewissenhafter Charakter, aber auch ihn bewegen seine österreichischen Familienverbindungen und sein auf die Politik übertragener Katholizismus in der Richtung, daß er unwillkürlich österreichischen Sympathien folgt. In ähnlichen Verhältnissen steht eine große Anzahl der Minister und Hofbeamten in den kleinern Staaten, ... und selbst in Preußen finden Beziehungen der Art statt, welche es für Österreich wenigstens erleichtern, über alle intimen Vorgänge gut unterrichtet zu sein. Am deutlichsten macht sich die Wichtigkeit solcher Verbindungen und das praktische Resultat derselben gegenwärtig in Baden erkennbar....

Der bekannte Plan, das Land zum Vorteil Österreichs und Baierns zu teilen, die österreichischen Umtriebe in dem erzbischöflichen Streite, die Sympathien der Bevölkerung des Breisgaues für Österreich, die mißliche Lage des evangelischen Fürstenhauses bei einer überwiegend katholischen Bevölkerung sind starke Motive zum Mißtrauen gegen Österreich, während der so erfolgreich bethätigte Beistand Preußens gegen die Revolution und die nahe Verwandtschaft der Fürstenhäuser geeignet wären, eine Hinneigung zu Preußen zu begründen. Nichtsdestoweniger gelingt es den österreichischen Sympathien der persönlichen Umgebung des Großherzogs, ... der Herrschaft, welche der österreichische Herr von Meysenbug über seinen badischen Bruder ausübt, und den ultramontanen Umtrieben, die Politik Badens von der Österreichs abhängig zu machen.

Wo Beziehungen der Art fehlen, setzt Österreich Mittel in Bewegung, um sie zu schaffen. Es belohnt seine Freunde mit derselben Konsequenz, mit welcher es denen, die ihm Widerstand leisten, zu schaden und sie zu beseitigen sucht. Schon der Umstand, daß ein Gesandter sich dazu hergiebt, Aufträge seiner Regierung ohne Scheu und Rücksicht auf Österreich auszuführen, reicht hin, um ihm Verfolgung zuzuziehen. Man behandelt ihn unhöflich, sucht ihn zu reizen, sammelt sorgfältig alles, was sich bei seiner eignen Regierung gegen ihn anbringen läßt, um seine Stellung zu untergraben. ... Ist ein solcher Gesandter nicht aus dem Sattel zu heben, weil ihn sein Minister schützt, so richtet das Wiener Kabinet seine Angriffe gegen den Minister selbst und sucht ihm das unabhängige Handeln und die Absicht, nur seinem Monarchen zu dienen, zu verleiden. Österreich verbindet sich gegen ihn mit jeglicher Opposition im Lande, mit jedem Nebenbuhler. Alle vorhandenen Unzufriedenheiten, selbst die der Untergebenen des angefeindeten Ministers, werden ins

Gefecht gezogen, und die erfahrungsmäßig sichere Verschwiegenheit und Geschicklichkeit österreichischer Intriguen erleichtert manchem den Entschluß, sich zu Verbindungen herzugeben, welche dem Landesverrat nahe verwandt sind.

In allen deutschen Staaten stehen dem Wiener Kabinet die Hilfsmittel zu Gebote, über welche die politischen Leiter der katholischen Kirche disponiren. Auch da, wo die Masse der katholischen Bevölkerung zu einer Unzufriedenheit mit ihrer Regierung keinen Grund fühlt, sind doch die obern und intellektuellen Leiter der katholischen Politik den protestantischen Regierungen feindselig und bereit, den Interessen der österreichischen Regierung mit ihrem Einfluß auf Staat und Volk zu dienen. In allen katholischen Kammeroppositionen tritt die Hinneigung zu Österreich von Zeit zu Zeit offen an den Tag und lassen sich die Einflüsse Österreichs auf die Haltung »katholischer« Parteien gegen deren eigne Landesregierung erkennen. Die Presse der Ultramontanen kämpft für Österreich mit verstärktem Eifer seit Abschluß des Konkordats; noch bedeutender aber ist der Einfluß, den Österreich sich für Geld in der Presse geschaffen hat. Schon bald nach Herstellung der Ordnung im Lande setzte der Fürst Schwarzenberg viel höhere Summen als früher für die Vertreter der österreichischen Politik in der europäischen und insbesondre in der deutschen Presse aus. Gewiß ist, und wenn es nicht ohnehin bekannt wäre, so würden es die von Herrn von Prokesch verlornen Papiere*) urkundlich beweisen, daß Österreich durch die Herren Hock, Lakenbacher und andre die Redaktionen deutscher Blätter wie durch Handlungsreisende beschickte

*) Dieselben befanden sich in einem von dem Freiherrn verkauften Sekretär, und es waren darunter Konzepte zu stark antimonarchischen Zeitungsartikeln von der Hand desselben, deren Ursprung man bisher im demokratischen Lager gesucht hatte.

und mit fast allen wichtigern unter ihnen Verträge schloß, durch welche sich einige ganz und zu jeder beliebigen Benutzung an Österreich verkauften, die meisten aber sich bereit finden ließen, gegen bestimmte jährliche Subventionen oder gegen Bezahlung von Insertionskosten Artikel aufzunehmen, welche ihnen von zahlreichen und zum Teil sehr fähigen Literaten geliefert wurden, die Österreich in Sold genommen und unter gemeinsame Oberleitung eines Büreaus gestellt hat.... Die Aufgabe, welche diese Presse vorzugsweise zu erfüllen hat, ist die, Österreich als den ausschließlichen Vertreter deutscher Einheit und deutscher Interessen darzustellen und zur Anschauung zu bringen, daß nur Österreich die Macht und den Beruf habe, den gesunden und bessern Teil der Gedanken, welche in der revolutionären Zeit das Volk bewegten, ins Leben zu führen, und daß Österreich sich hierzu des Bundes als des verfassungsmäßigen Werkzeuges bediene....

Ferner stehen den Bestrebungen Österreichs in ganz Deutschland, besonders aber im Süden und Westen, die Sympathien der Mehrheit unter den Industriellen und Geldmännern zur Seite, welche auf verschiednen Wegen Vorteil von Österreich ziehen oder von dessen Zollsystem erwarten. Gerade eine der schwächsten Seiten dieses Kaiserstaates, nämlich sein Finanzsystem, ist für denselben eine erhebliche Quelle politischen Einflusses. Wie der Arzt an einem Kranken, der ihn gut bezahlt, so hängen die Kapitalisten an Österreich. Die unverhältnismäßige Höhe der österreichischen Staatsschulden bringt es mit sich, daß die Anzahl der Besitzer österreichischer Wertpapiere sehr groß ist, und der hohe, durchschnittlich sechs- bis siebenprozentige Zinsfuß derselben, der aus ihrem niedrigen Kurse hervorgeht, lockt zu Kapitalanlagen in österreichischen Schuldpapieren umsomehr an, als von Wien aus kein Mittel versäumt wird, diesen

Papieren den Absatz im Auslande zu öffnen und zu erhalten. Man gewährt den Inhabern jede Erleichterung, ihre Zinsen unverkürzt im Auslande zu beziehen, während beispielsweise ein Besitzer preußischer Staatspapiere bei dem Mangel analoger Einrichtungen mannichfachen Abzügen, Verlusten und Weitläufigkeiten ausgesetzt ist, um zu seinen Zinsen zu gelangen. Durch seine Betriebsamkeit und den hohen Zinsfuß weiß Österreich die Unsicherheit seiner Staatsschulden im Vergleiche mit den preußischen mehr als aufzuwiegen, und es erreicht dabei Vorteile: einmal hilft es durch ausländisches Kapital dem Mangel im Inlande ab, dann aber, was hier hauptsächlich in Betracht kommt, wird jeder Besitzer österreichischer Staatspapiere ein politischer Anhänger Österreichs in demselben Maße, wie sein Vermögen von dem Wohlergehen, dem Erfolg und dem darauf begründeten Kredite dieses Staates abhängig gemacht worden ist. Die Frankfurter Geldinstitute, welchen die österreichischen Zinszahlungen anvertraut sind, vermögen Aufschluß darüber zu geben, wie weit diese Grundlage österreichischer Sympathien reicht, nachdem die Verwalter so mancher fürstlichen Privatvermögen aus dem hohen Zinsfuße ein Motiv zu Geldanlagen in Metalliques oder Nationalanleihe entnommen haben. . . .

Beispiele, daß Österreich alle diese Fäden seines Einflusses anzieht, um den Widerstand eines deutschen Ministers zu brechen, sind nicht selten. Bei vielen dieser Herren ist an und für sich das Gefühl der Pflicht und Unabhängigkeit schwach genug, um einer klugen Erwägung des eignen Vorteils das Feld zu räumen, und reicht ein einmal gewonnener Überblick der Angriffsmittel Österreichs hin, um sie zu der Einsicht zu bringen, daß es wohlgethan ist, den Wiener Wünschen Rechnung zu tragen. Andre . . . gehören von Haus aus und ohne Zwang

dem österreichischen Lager. Die Herren von der Pfordten und von Beust aber haben manchen Versuch gemacht, sich zu emanzipiren, und in den letzten Jahren so viele Verletzungen und Demütigungen von Wien aus erfahren, daß sie persönlich die bittersten Gefühle gegen den Grafen Buol hegen. Der würtembergische Minister von Hügel hatte kurz vor seiner Ernennung mancherlei Unannehmlichkeiten in Wien zu ertragen gehabt; man hatte seine Abberufung von dort verlangt, und in der ersten Zeit seines Ministeriums gab er heftige Gereiztheit gegen Österreich und dessen Minister zu erkennen. Trotz alledem haben jene drei Minister niemals wagen dürfen, der österreichischen Politik entgegenzutreten, selbst nicht zu Zeiten und bei Gelegenheiten, wo sie dieselbe persönlich verurteilten und den Grafen Buol ziemlich laut für einen ebenso unfähigen als gefährlichen Menschen erklärten, der den Bund ruinire und Deutschland ins Verderben führen werde....

Jeder deutsche Staat hat ab und zu ein Anliegen an den Bund, und nicht wenige kommen in die Lage, in Betreff ihrer wichtigsten innern Fragen zeitweise von Bundesbeschlüssen abhängig zu sein. Dann werden der an sich mächtige Einfluß des Präsidiums und die von Österreich bestimmbaren Majoritäten zu Instrumenten der Züchtigung oder Belohnung, je nachdem der beteiligte Staat sich früher gegen Österreich verhalten hat. Hannover, Würtemberg mit seinen standesherrlichen Beschwerden, Kurhessen, Oldenburg wegen des Bentinckschen Streites, Lippe haben diese Erfahrungen in den letzten Jahren durchgemacht, und Österreich hat sich bemüht, ihre Wunden so lange als möglich offen und ihre Sache am Bunde schwebend zu erhalten.

Durch die geschickte Benutzung aller dieser verschiednen Hilfsmittel wird ein Einfluß Österreichs auf die Regierungen der mittlern und kleinern Staaten des Bundes begründet, für

dessen Unverwüstlichkeit ein besonders auffälliger Beweis in dem Umstande liegt, daß er durch das Verhalten des Wiener Kabinets während der orientalischen Krisis und durch die Behandlung, welche die Regierungen vom Grafen Buol erfuhren, keinen merklichen Stoß erlitten hat. Der kaiserliche Minister ist damals mit den deutschen Staaten nicht wie mit Bundesgenossen, sondern wie mit Vasallen umgegangen: um ihren Anschluß an Österreich zu erzwingen, wurde ihnen nicht nur direkt, sondern auch mit der Macht des Auslandes, mit dem Einmarsche französischer Truppen in ihre Staaten gedroht.... Der heute fest an Österreich haltende Minister von Hügel erzählte beim Antritt seiner Stellung, daß Graf Buol ihm auf bescheidene Gegenvorstellungen erwiedert habe, die deutschen Regierungen müßten sich daran gewöhnen, daß nur Österreich das Recht zu einer auswärtigen Politik habe; es werde für Würtemberg ratsam sein, sich das stets gegenwärtig zu halten, je früher Würtemberg das lerne, desto besser. Dem sächsischen Gesandten von Könneritz hat Graf Buol bei derselben Gelegenheit gesagt, daß Österreich auf die Kleinen drücken werde, bis Herrn von Beust der Atem zum Widerspruch ausgehe. Durch die geheime Zirkulardepesche vom 14. Januar 1855 erklärte Österreich allen deutschen Regierungen, daß es ihm auf Sprengung des Bundes zur Durchführung der Wiener Politik nicht ankomme, und forderte die einzelnen auf, unabhängig und eventuell im Widerspruche mit den Bundesbeschlüssen in ein separates Kriegsbündnis mit Österreich zu treten, als dessen Resultat den sich dem anschließenden nach Maßgabe der Truppenzahl, die sie dem Kaiser von Österreich zur Disposition stellen würden, Vorteile verheißen wurden, die nur auf Kosten der nichtbeitretenden Genossen des deutschen Bundes gewährt werden konnten. Wenn Preußen in analogen Fällen nur den mäßigsten Versuch zu einem ähnlichen Ver-

fahren mit den deutschen Bundesgliedern gemacht hätte, so würde die Entrüstung der mittelstaatlichen Regierungen über bundeswidrige, anmaßliche und gewaltthätige Separatbestrebungen und über die verletzende Form derselben noch heute nicht besänftigt sein, während Österreich über die Staatsmänner und Regierungen, welche es beleidigt und mißhandelt hat, seinen Einfluß längst wiedergewonnen hat und über ihre Stimmen am Bunde disponirt.

Im Besitze der Macht, Majoritätsbeschlüsse der Bundesversammlung ziemlich sicher herbeizuführen, jedenfalls solche, welche unbequem sind, zu verschleppen und zu hindern, hat Österreich sein Bestreben natürlich darauf gerichtet, den Wirkungskreis des ihm dienstbaren Instruments zu erweitern. Es ist zu diesem Behufe erforderlich, mehr und wichtigere Gegenstände als vor 1848 in den Kreis der Bundesgesetzgebung zu ziehen, dann aber auch bei Beschlußnahme über dieselben das Widerspruchsrecht der Einzelnen und der Minoritäten zu beseitigen und für Majoritätsbeschlüsse eine erweiterte Kompetenz zu gewinnen.

Mit diesem Bestreben geht das der meisten Bundesstaaten, ganz abgesehen von dem Einflusse, welchen Österreich auf sie übt, vermöge ihrer eignen Interessen vollständig Hand in Hand.... In der Bundesversammlung spricht jeder von ihnen ebenso laut und hat ebenso viel Stimmrecht wie Preußen, und insoweit sie zusammenhalten, geben sie den Ausschlag in den so häufig vor ihr Forum gezogenen Streitigkeiten Preußens mit Österreich. Es ist nicht zu verwundern, wenn sie sich für die Befestigung und Ausbildung eines Instituts mitinteressiren, in welchem sie mit einem vergleichungsweise so geringen Aufwande nicht nur Sicherheit, sondern einen Zuwachs von politischer Wichtigkeit erlangen.... Sollte der Bund in Not geraten und

opfermütiger Leistungen bedürfen, so kann der Abfall immer rechtzeitig vollzogen werden. Sobald die Feinde des Bundes stärker als wir erscheinen, werden diejenigen Bundesstaaten, denen die freie Entschließung nicht durch die Gegenwart überlegener Streitkräfte andrer verkümmert wird, schwerlich den Beruf fühlen, ihre Existenz einer idealistischen Bundestreue zu opfern, sondern sie werden sich alsdann verbunden glauben, ihrem Lande vor allem die Erhaltung ihrer angestammten Dynastie zu sichern, und ihre Regierungen werden in landesväterlicher Weisheit den richtigen Moment ermessen, wo die Sorge für das Wohl ihrer Unterthanen ihnen den Übergang zum Feinde zu einer schmerzlichen, aber unabweislichen Pflicht macht. Diese eventuelle Aussicht hält sie aber nicht ab, für die Dauer der Zeit, wo sie dem Bunde angehören, in demselben alle ihre Rechte eifrig auszuüben und durch ihn einen möglichst hohen Grad von Einfluß und Wichtigkeit zu erstreben. Wenn für die Thatkraft eines süd- oder mitteldeutschen Staatsmannes das Gebiet des eignen Landesherrn einen ausreichenden Spielraum nicht gewährt, so wird derselbe gern eine Befriedigung seines Ehrgeizes in der Bestrebung suchen, durch die Organe des Bundes auf die siebzehn Millionen Preußen, auf die vierzig des Bundes oder die siebzig des mitteleuropäischen Reiches einen vermöge der eignen überlegenen Befähigung jedenfalls hervorragenden Einfluß zu gewinnen. Geister höherer Ordnung vermögen in den engen Verhältnissen kleiner Staaten keine Befriedigung zu finden, und wenn Herr von Beust auf den Dresdner Konferenzen den Grafen Buol geleitet hat, so traut er sich auch wohl zu, in Gemeinschaft mit dem kaiserlichen Minister Deutschland zu leiten, wenn nur der Bund, das Werkzeug ihrer Aktion, mehr über die einzelnen Regierungen zu sagen hätte."

Bis hierher schildert die Denkschrift vom März 1858 den

Zustand, in welchen die Schwarzenbergsche und Buolsche Politik die deutschen Staaten hinein manövrirt, die Wege, die sie dabei eingeschlagen, und die Mittel, die ihr zur Erhaltung dieses Zustandes zur Verfügung gestanden hatten. In folgendem zieht der Verfasser des Aktenstücks die Folgerungen, welche sich aus dieser üblen Lage der Dinge für Preußen ergeben, und leitet aus diesen wieder die Pflichten ab, die es ihr gegenüber zu erfüllen hat. Er sagt:

„Nicht nur auf Antrieb Österreichs, sondern auch nach eigener Überzeugung arbeiten deutsche Regierungen an der Aufgabe mit, durch Erweiterung der Kompetenz des Bundes ... die Selbständigkeit der Regierungen in ihrem Verhältnis zur Bundesgewalt zu vermindern. In diesem Systeme ist aber für Preußen, so lange es nicht auf die Eigenschaft einer europäischen Großmacht verzichtet, kein Platz. Ein Großstaat, welcher seine innere und auswärtige Politik auf den Grundlagen seiner eigenen Kräfte selbständig sichern kann und will, darf zu einer strafferen Zentralisation des Bundesverhältnisses nur in dem Maße die Hand bieten, als er die Leitung der Bundeskörperschaft zu gewinnen und gemeinsame Beschlüsse, die seiner eignen Politik entsprechen, herbeizuführen vermag. Es ist also natürlich, daß Österreich sowohl wie Preußen gleichzeitig nach einer solchen Stellung im deutschen Bunde streben. Dieselbe ist aber nur für eine von ihnen möglich. Österreich ist gegenwärtig in ihrem Besitz und ... mit allen Hilfsmitteln ausgestattet, um sich darin erhalten zu können. Bei der jetzigen Organisation des Bundes und so lange die Beschlüsse desselben allein von den deutschen Fürsten und ihren Ministern abhängen, ist es für Preußen nach aller menschlichen Voraussicht unmöglich, Österreich den dominirenden Einfluß zu entwinden. Dessen ist sich Österreich bewußt, und darum lehnt es jeden Wunsch

Preußens, sich über eine Teilung oder gemeinschaftliche Ausübung dieses Einflusses zu verständigen, ohne weiteres ab. Es hat erkannt, daß Preußen in der jetzigen Bundesversammlung zur Minorität prädestinirt ist, und glaubt deshalb auch ohne Preußen und gegen Preußen, gestützt auf die Majorität der übrigen Bundesstaaten, Deutschland im Fahrwasser der Wiener Politik erhalten zu können... Diese Verhältnisse sind seither noch durch den Umstand erschwert worden, daß Österreich zum Vorsitz in einer Versammlung, wo ... dessen Stellung als Partei und als Präsidialmacht eine besonders delikate ist, ... nach einander drei Männer [Thun, Prokesch und Rechberg] ernannt hat, deren leichte Erregbarkeit bekannt war. Ebensowenig wie der Charakter der Personen, durch welche Österreich seine Sache am Bunde gegen Preußen verfechten läßt, hat die Wahl der Waffen, deren es sich dabei bedient, dazu beigetragen, den Verhandlungen eine bundesfreundliche und versöhnliche Färbung zu erhalten. An Versuchen der Überlistung, wie sie die Tradition der Diplomatie seit Jahrhunderten mit sich bringt, und zu welchen dem Präsidium der Besitz des Aktenmaterials und der Initiative in den Verhandlungen erhöhte Leichtigkeit gewährt, an Entstellung der Thatsachen, an Verdächtigung der Personen hat es nicht gefehlt, selbst amtliche Fälschungen von Akten über schriftliche Verabredungen zwischen den Regierungen haben dem Freiherrn von Prokesch offiziell konstatirt werden können.

Diese Kämpfe begannen am Bunde sofort nach Wiederbeschickung desselben durch Preußen. Ihr erster Gegenstand betraf die Anerkennung der ohne dasselbe geführten Verhandlungen. Demnächst ließ eine aus fast allen Regierungen bestehende Majorität sich bereit finden, gegen Preußen den ungerechten Ansprüchen Österreichs in Betreff der Flotten- und der Liquidationsfrage ihren Beistand zu leisten. An der Flotte

beanspruchte Österreich volles Recht, ohne Beiträge leisten zu wollen, und den Forderungen aus der allgemeinen Liquidation entzog es sich unter der Behauptung, daß seine italienischen und ungarischen Kriege Bundeskriege gewesen seien, für die es ein Recht auf Schadloshaltung habe. An diese Streitigkeiten schlossen sich diejenigen über die Zollfrage an. Die damals bevorstehende Erneuerung des Zollvereins bot den Anknüpfungspunkt zu einer Agitation, vermöge deren in diplomatischen Aktenstücken und in der Presse der Bund für die Zukunft als der allein berechtigte und fruchtbare Förderer der öffentlichen Wohlfahrt, jede preußische Bestrebung auf diesem Gebiet aber als ein gemeinschädlicher Partikularismus geschildert wurde. . . Nach den heutzutage von den bedeutendsten Bundesregierungen verfochtenen Ansichten über die Berechtigung der Majoritätsbeschlüsse stünde kein rechtliches Hindernis im Wege, diese Angelegenheiten direkt und auf die Dauer zum Gegenstande der beschließenden Thätigkeit des Bundestags zu machen, nachdem die etwaigen Einwendungen gegen die Kompetenz der Mehrheit durch eine Schlußfassung im engern Rate beseitigt wären. . . Schon der gegenwärtige Zollverein lähmt vermöge des Erfordernisses der Stimmeneinhelligkeit die freie Bewegung auf dem Gebiete der Zoll- und Handelsgesetzgebung. Tritt aber ein Staat mit so abweichenden Interessen wie Österreich der Verbindung hinzu und sollte auch alsdann noch Stimmeneinhelligkeit zu jeder Modifikation des Bestehenden erforderlich bleiben, so würde eine gänzliche Stagnation unvermeidlich sein. . . Auf dem Gebiete des staatlichen Verfassungswesens und der Presse hat die Bundesversammlung ihre Einwirkung auch in den letzten Jahren mit Erfolg geltend gemacht; sie hat bisher nur in die innern Verhältnisse kleinerer und mittlerer Staaten ostensibel eingegriffen, und der Versuch, auch Preußen zu einer Änderung

wenigstens seiner Preßgesetzgebung zu nötigen, ist in den Jahren 1853 und 1854 an dem nachhaltigen Widerstande der königlichen Regierung gescheitert. Die Neigung aber, derartige Versuche gelegentlich zu wiederholen, wird durch den Kitzel, welchen die Mittelstaaten empfinden, gerade Preußen das Ansehen ihres Bundes empfinden zu lassen, wach erhalten, und nach den neuesten Theorien Österreichs über die Begründung der Kompetenz der Majorität würde ein bundesverfassungsmäßiges Hindernis nicht mehr im Wege stehen, wenn etwa die politische Lage Europas irgend einen Moment als günstig erscheinen ließe, um auch für Preußen durch Bundesbeschlüsse die Frage zur Entscheidung zu bringen, ob seine Institutionen den Bundesgesetzen konform sind...

In Betreff der auswärtigen Politik gab die Periode des orientalischen Krieges mehrfache Gelegenheit zu lehrreichen Wahrnehmungen über die Auffassung des Bundesverhältnisses von seiten der Mittelstaaten. Es ist wohl kaum einer unter ihnen, welcher dem Berliner Kabinet nicht vertraulich zu verstehen gegeben hätte, daß sie, wenn es zu einem wirklichen Bündnisse Österreichs mit Frankreich kommen sollte, sich nicht mehr an die Vorschriften der Bundesgesetze und an eine Berücksichtigung allgemeiner Bundesinteressen binden könnten, sondern lediglich das Bedürfnis eigner Sicherheit zu Rate ziehen müßten.*) ... In einem eigentümlichen Kontraste stand hierzu der Anspruch der Mittelstaaten, durch ihre Beschlüsse nicht nur die Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und Österreich endgiltig zu entscheiden, sondern auch eine »auswärtige Bundespolitik« vorzuschreiben, welcher jedes Mitglied des Bundes und namentlich Preußen sich zu fügen und seine Unterstützung

*) „Das Hemd ist mir schließlich näher als der Rock," sagte der König von Würtemberg während der orientalischen Krisis zu Bismarck.

zu gewähren haben werde. . . In der neuesten Zeit hat sich das Bestreben, die Herrschaft der Majorität zu konsolidiren, namentlich bei den Verhandlungen über die Frage der Rastatter Besatzung fühlbar gemacht. In der hierauf bezüglichen Depesche des Grafen Buol vom 7. März 1858 werden neue Lehren über das Bundesrecht aufgestellt, welche, wenn sie Geltung gewinnen, die Majorität der Bundesversammlung allerdings in den Stand setzen, mit dem Erfordernis der Stimmeneinhelligkeit unter allen Umständen kurzen Prozeß zu machen. . . Es dürfte nach den bereits im Schwunge befindlichen Ansichten über die Aufgabe des Bundes und die Rechte seines Zentralorgans kaum ein Fall denkbar sein, in welchem die Majorität, wenn sie die Zustimmung der Minderheit nicht gewinnen kann, nicht Gründe des Zweifels beizubringen vermöchte, ob die Stimmeneinhelligkeit überhaupt erforderlich sei, und diese Zweifel würde dann dieselbe Majorität zu Gunsten ihrer eignen Kompetenz zu entscheiden haben. . . Die Grenzen der Kompetenz des Bundes und seiner Majorität verschwinden in dem Nebel der Phraseologie, mit welcher die Bundesdiplomaten sich gegenwärtig in dem Wahne bestärken, als ob die Bundesverträge von einer ganz andern Bedeutung wären als Staatsverträge überhaupt, als ob dem Bunde über den eigentlichen Inhalt der Grundverträge hinaus noch eine bestimmte Autorität beizulegen sei, welche ihre Unterlagen nach Bedürfnis aus Attributen der ehemaligen Reichsgewalt oder aus Analogie mit den Verhältnissen kollegialischer Behörden in Einheitsstaaten entlehnte. Aber nicht nur für die Bundesverträge, sondern auch für alle indirekten Folgerungen, welche eine Majorität vermöge einseitiger Interpretation aus denselben ableitet, wird ein höherer Grad von Heiligkeit in Anspruch genommen als sonst für die bündigsten Traktate. . . Auch diese Übertreibungen bilden Maschen

zu dem Netze, mit welchem Österreich und seine Majorität Preußen zu umgarnen bestrebt sind, und auf ein freiwilliges Aufgeben dieser Bestrebungen kann Preußen nicht rechnen, weil dieselben nicht das Ergebnis vorübergehender Personalverhältnisse und zufälliger, durch diese bedingter Antipathien und Sympathien ist, sondern in ihnen eine vermöge dauernder Verhältnisse natürliche und von dem Standpunkte Österreichs und der meisten seiner Anhänger auch subjektiv richtige politische Tendenz ihren Ausdruck findet... Mit welcher zweifelfreien Entschiedenheit das Wiener Kabinet den ihm dadurch angewiesenen Bahnen folgt, läßt sich auf dem Schauplatze der europäischen Politik ebenso deutlich erkennen wie in den Verhandlungen am Bundestage... Selbst in solchen Fragen, wo sein Interesse unbeteiligt oder gar mit preußischem identisch war, hat es keine Anstrengungen gescheut, um das Ansehen Preußens zu beeinträchtigen und seiner Politik Hemmungen zu bereiten. Die Teilnahme Preußens an der Pariser Konferenz, bei welcher es sich der Hauptsache nach nur um einen Ehrenpunkt handelte, wurde von keiner Macht eifriger hintertrieben als von Österreich, um durch den Ausschluß Preußens aus dem Rate der Großmächte das preußische Ansehen in den Augen Deutschlands herabzudrücken. In der Neuenburger Frage waren die Gegner Preußens zugleich die natürlichen Feinde Österreichs, aber der Wunsch, Preußen nicht zur Entfaltung seiner Kriegsmacht in Süddeutschland und nicht zur befriedigenden Erledigung einer Ehrensache gelangen zu lassen, war in Wien stärker als die Abneigung gegen die Schweizer Demokratie und als die Sorge um deren Einwirkung auf Italien. Das Wiener Kabinet suchte gegen den Marsch preußischer Truppen durch Süddeutschland Bundesbeschlüsse zu stande zu bringen und wurde in diesem Bestreben durch Sachsen gefördert. Es würde ohne

Zweifel auch für den Ausdruck seiner Gesinnung gegen Preußen eine Majorität erlangt haben, wenn der Einfluß Frankreichs ihm nicht damals bei den Mittelstaaten zu Gunsten Preußens die Wage gehalten hätte. Die dänische Frage ist von Österreich, so lange es möglich war, ausgebeutet worden, um Preußen in der deutschen Presse der Lauheit, bei den europäischen Kabinetten der Heftigkeit anzuklagen.

Wenn hier noch keine Aussicht ist, daß Österreich und seine Bundesgenossen sich freiwillig entschließen, ihrer Politik gegen Preußen eine andre Richtung zu geben, so fragt es sich, ob Preußen dem gegenüber in seiner bisherigen Haltung auf die Dauer verharren kann.... Österreich kann die Beteiligung an einem solchen Bunde einstweilen durchführen, weil es die Majorität beherrscht. Preußen hat diesen Vorteil nicht. Wenn es dennoch den ihm feindlichen Prinzipien, welche sich im Schoße des Bundes entwickeln, bisher nicht offen entgegen getreten ist, sondern sogar den Schein bewahrt hat, ihnen auch seinerseits zu huldigen, so beruht dieses Verfahren ohne Zweifel auf dem Bewußtsein, daß es thatsächlich nicht so ganz leicht sein wird, die Monarchie Friedrichs des Großen unter ein Kollegium von siebzehn Bundestagsgesandten zu mediatisiren. Eine näher liegende Gefahr ist aber die, daß Preußen in formelles Zerwürfnis mit der Bundesgewalt gerät, ohne Schaden an seiner Selbständigkeit zu leiden. Die bundesfreundlichste Nachgiebigkeit hat ihre Grenzen, und in Verhandlungen mit Österreich ist jede Konzession die Mutter einer neuen Forderung. Wenn die Sachen so weiter gehen, ... kann der Moment nicht mehr fern sein, wo Preußen die Majorität der Überschreitung ihrer Befugnisse und die Majorität Preußen der Auflehnung gegen giltige Bundesbeschlüsse anklagen wird, beide sich also gegenseitig des Bundesbruches beschuldigen.... Eine solche Situation,

zumal wenn der Moment ihres Eintretens nicht zu berechnen ist, kann jedenfalls unbequem genug werden, um zur Anwendung von Vorbeugungsmitteln aufzufordern, insbesondere wenn diese Mittel zugleich dahin führen, Preußens selbständiges Ansehen und seinen Einfluß auf Deutschland zu kräftigen. Preußen würde dadurch seinem deutschen Berufe keineswegs untreu werden, es würde sich nur von dem Drucke losmachen, mit dem die Fiktion seiner Gegner auf ihm lastet, daß „Bundestag" und „Deutschland" identische Begriffe seien, und daß Preußens deutsche Gesinnungen nach dem Maße seiner Fügsamkeit unter die Majorität der Bundesversammlung zu beurteilen seien. Seine deutschen Gesinnungen unabhängig von der Bundesversammlung zu bethätigen hat kein Staat in dem Maße den Beruf und die Gelegenheit wie Preußen, und es vermag dabei zugleich den Beweis zu liefern, daß Preußen für die mittleren und kleineren Staaten mehr Wichtigkeit hat, als eine Mehrheit von neun Stimmen für Preußen. Die preußischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundes**länder**, außer Österreich, vollständig zusammen, aber nicht mit denen der Bundes**regierungen**, und es giebt nichts Deutscheres als gerade die Entwicklung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen. Eben deshalb aber steht ihnen die in der Bundesversammlung allein vertretene Politik der Mehrzahl der Regierungen entgegen, weil gerade die Existenz und Wirksamkeit der 33 Regierungen außer Preußen und Österreich das hauptsächliche, wenn auch legal berechtigte Hindernis der kräftigen Entwicklung Deutschlands sind. Preußen würde aber für die Erfüllung seiner Aufgabe in Deutschland erst volle Freiheit erlangen, wenn es aufhörte, erheblichen Wert auf die Sympathien der mittelstaatlichen Regierungen zu legen. Alle Anstrengungen, dieselben zu gewinnen, bleiben für immer erfolglos, und jede Rücksichtnahme auf ihre

Wünsche und Empfindlichkeiten ist für Preußen eine nutzlose Selbstbeschränkung. . . . Die Lage Preußens wäre vielleicht eine bessere, wenn der Bund garnicht existirte; diejenigen näheren Beziehungen zu den Nachbarn, deren Preußen bedarf, hätten sich deshalb doch und unter Preußens Leitung gebildet. Nachdem er aber besteht, und der Mißbrauch seiner Institutionen gegen Preußen mit Aussicht auf Erfolg versucht wird, kann Preußens Aufgabe nur sein, alle unzweifelhaften Bundespflichten in Krieg und Frieden zwar treu zu erfüllen, aber jede Entwicklung der Bundesgewalt auf Kosten der Unabhängigkeit des Einzelnen, welche über den strikten Wortlaut der Verträge hinausgeht, abzuschneiden. Diejenigen, welche unter einem bundesfreundlichen Verhalten Preußens nichts andres als dessen möglichst weit getriebene Unterwerfung unter den durch das Präsidium und die Majorität ausgedrückten Willen der übrigen Bundesgenossen verstehen, werden allerdings in eine lebhafte Verstimmung geraten, wenn sie gewahr werden, daß Preußen sich ihren Schlingen entzieht und das Maß seiner freien Selbstbeschränkung fernerhin nur dem wirklichen Inhalte der Bundesverträge entnehmen will. Unabweisliche Interessen, die einzige Grundlage haltbarer Beziehungen auch zwischen den deutschen Staaten, werden aber bald bewirken, daß die Verstimmten sich in das Unvermeidliche fügen, und dieselben Regierungen, welche jetzt bemüht sind, Preußen zu majorisiren, werden sich entschließen, Preußens Einverständnis zu suchen, sobald sie sich überzeugt haben, daß die Haltung Preußens nicht auf einer vorübergehenden Verstimmung, sondern auf festen und definitiven Entschließungen, auf einer wohlüberlegten Erkenntnis der eignen Interessen beruht.

Praktisch würden sich die Konsequenzen einer solchen Haltung am Bunde dahin gestalten, daß Preußen sich auf keine

Vereinbarungen und sonstigen Beschlüsse, zu denen Stimmeneinhelligkeit erforderlich ist, einläßt, und daß es den ersten Versuch, einen Majoritätsbeschluß ohne streng verfassungsmäßige Kompetenz zu fassen, offen als ein Attentat auf die Bundesverfassung bezeichnet und sich an letztere auch seinerseits nur insoweit gebunden erklärt, als sie von der andern Seite genau beobachtet wird. . . .

Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob ein engeres Bündnis mit Österreich sich empfiehlt oder nicht. Darüber aber läßt die Erfahrung keinen Zweifel zu, daß Nachgiebigkeit und Freundschaftsversicherungen für Preußen nicht das Mittel sind, mit Österreich auch nur in erträglichen, geschweige denn sicheren Beziehungen zu leben. Wohlwollen, Dankbarkeit für Konzessionen, landsmannschaftliche Sympathien, Gefühle überhaupt sind nicht maßgebend für die Politik Österreichs. Seine Interessen gebieten ihm, Preußens Ansehen und Einfluß in Deutschland nach Kräften zu bekämpfen und zu schmälern, dabei aber in Kriegsfällen und gegen die mannichfaltigen Österreich umgebenden Gefahren auf den vollen Beistand der Macht Preußens zählen zu können. In diesem zwiespältigen Bedürfnis Österreichs liegt das einzige Mittel für Preußen, mit der süddeutschen Großmacht sich in ein klares und sicheres Verhältnis zu setzen, indem es dem Wiener Kabinet zu verstehen giebt, daß der Beistand Preußens bei eintretender Gefahr der eines sehr lauen und selbst bedenklichen Bundesgenossen sein werde, wenn Österreich sich in seiner deutschen Politik nicht mäßigt und mit Preußen verständigt. . . . Bisherige Versuche Preußens zur Einleitung besserer Verhältnisse mit dem Wiener Kabinette haben nur Denunziationen über dualistische Bestrebungen bei den Mittelstaaten zur Folge gehabt. So lange Preußen solche Denunziationen scheut und sich selbst noch mit der falschen Hoff-

nung schmeichelt, in der Gunst der mittelstaatlichen Regierungen mit Österreich rivalisiren zu können, so lange fehlt auch eine Grundlage der Verständigung mit Österreich. Auf dem bisherigen Kampfplatze stehen keine andern Resultate für Preußen in Aussicht, als daß es, wenn die Einsicht von der Nutzlosigkeit seiner bundesfreundlichen Konzession die nötige Klarheit, wenn das Gefühl, sich umgarnt und überlistet zu sehen, die erforderliche Höhe erreicht hat, sich schließlich doch zum Bruche genötigt sieht, und das vielleicht in einem sehr ungünstigen Momente.

Anders würden sich die Beziehungen der deutschen Großmächte zu einander gestalten, wenn Preußen den Entschluß faßte, sie frei von der konventionellen Beimischung unwahrer Gefühlsausdrücke auf die einfachen und allein sichern Grundlagen der beiderseitigen Interessen zurückzuführen. Dies würde geschehen, wenn Preußen an Österreich erklärte, daß es seine Beteiligung am Bunde, bei dessen jetziger Verfassung und bei der politischen Richtung der meisten Teilnehmer, auf strikte Erfüllung unzweifelhafter Pflichten beschränke, daß es über diese hinaus dem Bunde seine Mitwirkung und der Majorität und dem Präsidium jedes Zugeständnis versage, daß es bestimmt ablehne, mit Österreich in eine Zolleinigung zu treten, daß es, so lange man von andrer Seite die Verträge ebenso genau beobachte, im Kriege, wenn die deutsche Bundesgrenze angegriffen werden sollte, Österreich mit dem vertragsmäßigen Bundeskontingent zu Hilfe marschiren werde, daß aber jedes Entgegenkommen über die Grenze dieser Bundespflichten hinaus von dem Benehmen Österreichs gegen Preußen und von dem Maße der Gemeinschaftlichkeit ihrer politischen Ziele abhängen werde. Nur durch solche Sprache und dem entsprechendes Verhalten dürften sich ehrliche und haltbare Beziehungen zu Österreich und nach Umständen

ein sicheres Bündnis mit demselben begründen lassen, und nur auf diesem Wege wird für den deutschen Bund die Gefahr gänzlicher Sprengung vermieden werden, welcher er durch die jetzige Überspannung der antipreußischen Bundespolitik entgegengeführt wird.

In demselben Maße, in welchem die preußische Regierung der österreichischen zu erkennen gäbe, daß sie den Bundestag nicht als exklusives Organ der deutschen Interessen ansieht, daß sie deshalb entschlossen ist, Preußen nicht in der Majorität der Bundesversammlung aufgehen zu lassen, daß sie durch den Bund nichts weiter als die Erfüllung der vertragsmäßigen Bundespflicht betreiben werde, in demselben Maße werden sich auch vor dem Auge Deutschlands die Umrisse Preußens wieder in ihrer natürlichen Größe und Bedeutung abzeichnen.

Die leitende Stelle, welche Preußen vor 1848 einnahm, beruhte nicht auf der Gunst der Mittelstaaten und der Bundesversammlung, sondern auf der Thatsache, daß Preußen in allen Richtungen staatlicher Entwicklung den Vorsprung nahm, daß alles, was spezifisch preußisch war, in den übrigen Bundesstaaten als mustergiltig anerkannt und nach Kräften erstrebt wurde. Die Überstürzung dieses Entwicklungsganges in der revolutionären Zeit, das dadurch geweckte Mißtrauen der deutschen Regierungen haben notwendig starke Rückschritte in dem Aufschwunge des preußischen Einflusses zur Folge gehabt. Die durch den Rückschlag der Bewegung erfolgte Abschwächung der vor 1848 so gewaltigen öffentlichen Meinung und die Neuheit des österreichischen Auftretens als Mitbewerber machen es heutzutage schwer, die Strecke, um welche Preußen auf seinem Wege zurückgekommen ist, wieder einzubringen. Dennoch bleibt dieser Weg der einzige, um die Stellung zu gewinnen, deren Preußen zur Erfüllung seiner staatlichen Aufgaben bedarf, und seine

Überlegenheit an Mitteln auf diesem Gebiet ist im Vergleiche mit Österreich und andern deutschen Staaten noch immer bedeutend. ... Der Grad politischer Freiheit, welcher zulässig ist, ohne die Autorität der Regierung zu beeinträchtigen, ist [man wolle sich hier wieder an die oben in ihr Nichts aufgelöste Phrase vom „Junker" Bismarck erinnern] in Preußen ein viel höherer als im übrigen Deutschland. Preußen vermag seiner Landesvertretung und seiner Presse ohne Gefahr auch in Betreff rein politischer Fragen einen freiern Spielraum zu gewähren als bisher. Es hat vor 1848 unter einer fast unumschränkten Regierung sich das Ansehen der intellektuellen Spitze Deutschlands zu erringen und zu erhalten gewußt und würde auch jetzt unabhängig von seiner innern Verfassung dasselbe vermögen. Notwendig ist dazu nur, daß sein innerer Zustand ein solcher sei, der den Eindruck des einmütigen Zusammenwirkens aller Organe und Kräfte des Landes im Auslande nicht stört und dieses Zusammenwirken im Innern auch thatsächlich fördert. Ist die heutige Verfassung Preußens eine definitive Einrichtung, so muß auch die feste Geschlossenheit der Regierungsorgane in sich und ihr Einklang mit der Landesvertretung in einem solchen Grade erreicht werden, daß die Gesamtkraft Preußens nicht durch Reibungen im Innern vermöge einander zuwiderlaufender Strömungen teilweise gebrochen wird, sonst kann sie nach außen hin, wenigstens im Frieden, nicht den dominirenden Eindruck auf Deutschland machen, welcher ihr sicher ist, wenn sie ungeschwächt zur Wirkung gelangt. Die königliche Gewalt ruht in Preußen auf so sichern Grundlagen, daß die Regierung sich ohne Gefahr durch eine lebhafte Thätigkeit der Landesvertretung sehr wirksame Mittel der Aktion auf die deutschen Verhältnisse schaffen kann. ... Wenn Preußen seine deutsche Politik, seine Stellung zum Bunde, die Schwierigkeiten, welche es in derselben

zu überwinden hat, die Bestrebungen seiner Gegner offen diskutiren ließe, so würden vielleicht wenige Sitzungen des preußischen Landtages hinreichen, um den Anmaßungen der Majoritätsherrschaft am Bunde ein Ende zu machen.

Die gerade für Preußen spezifisch notwendige Bundespolitik kann durch die Publizität und durch öffentliche Besprechungen nur an Kraft gewinnen. In der Presse vermag die Wahrheit sich in der Unklarheit, welche durch die Fälschungen der besoldeten Blätter herbeigeführt wird, nicht Bahn zu brechen, so lange nicht der preußischen Presse zur Besprechung der gesamten Bundesverhältnisse das volle Material und der höchstmögliche Grad von Freiheit gewährt wird.

Wenn Preußen eine vom Bunde unabhängige Position nimmt, so wird es vermöge der ihm innewohnenden Schwerkraft der natürliche Krystallisationspunkt für solche Verbände, welche seinen Nachbarstaaten ebenso sehr Bedürfnis sind als ihm selbst. Dieses System der freien, auf Kündigung geschlossenen Vereine durch Verständigung außerhalb des Bundes ist das Gebiet, auf welchem Preußen, unbehindert durch das Präsidium Österreichs und die Majoritätstheorien der Bundesversammlung, seinen politischen und Verkehrsbedürfnissen genügen kann. In solchen Verbindungen steht ihm das ganze Gewicht seiner Größe und seine Eigenschaft als rein deutscher Staat, die Gleichartigkeit seiner Bedürfnisse und seines Entwicklungsganges mit denen der übrigen deutschen Bevölkerung unvermindert zur Seite. Die benachbarten Bundesstaaten werden sich deshalb auch herbeilassen, Einigungen mit Preußen auf diesem Wege zu suchen, wenn sie erst fest überzeugt sind, daß Preußen sich am Bunde, von welchem sie bisher noch günstigere Ergebnisse für sich erwarteten, auf dergleichen unter keinen Umständen einläßt. Sie werden dabei umso entgegenkommender

und umso leichter zu behandeln sein, je mehr sie erkennen, daß Preußen entschlossen ist, in allen Beziehungen lieber die Unbequemlichkeiten seiner zerrissenen Lage zu ertragen, als von ihnen sich das Gesetz für sein eignes Verhalten und seine eignen Interessen geben zu lassen. Denn diese Unbequemlichkeiten sind für die meisten von ihnen und namentlich für Sachsen, Braunschweig, beide Hessen, Nassau vermöge ihrer Kleinheit, ihrer binnenländischen Lage und ihrer Grenzverhältnisse viel schwerer auf die Dauer zu ertragen als für Preußen selbst, mag es sich dabei um Zollgemeinschaft, um Eisenbahnanlagen, um gemeinsames Wechsel- und Handelsrecht, um Kartellkonventionen, Posteinrichtungen, Papiergeldfragen, Bankwesen oder irgend einen der Gegenstände handeln, welche die österreichische Präsidialpolitik und die Majoritätsstaaten der Bundesgesetzgebung allmählich zu unterziehen beabsichtigen. Nur Hannover ist vermöge seiner Lage an der See und zwischen dem Osten und Westen Preußens im Verhältnis zu den übrigen deutschen Staaten mit mehr Elementen für eine unabhängige Stellung Preußen gegenüber ausgestattet. . . . Auf allen oben genannten Gebieten kann Preußen die Ausführung jedes Planes, über den es mit Hannover einig ist, ohne erhebliche eigne Unbequemlichkeiten in Angriff nehmen und den Anschluß andrer abwarten. Hannover ist deshalb der einzige unter den deutschen Mittelstaaten, in Betreff dessen die deutsche Politik Preußens, ohne sich durch Schwierigkeiten und Mißerfolge irre machen zu lassen, unausgesetzt alle Anstrengung und Geschicklichkeit zur Anwendung bringen sollte, um seinen guten Willen zu gewinnen und sein Mißtrauen zu beruhigen.

Aber selbst wenn das nicht gelänge, hat Preußen von selbständiger Benutzung der eignen Kraft immer noch mehr zu hoffen als von einer längeren Duldung der Bundespolitik seiner

Gegner. Bei keinem Teile des deutschen Volkes und bei wenigen Staaten des Auslandes ist zugleich die Zufriedenheit mit der eignen Regierung, die Bereitwilligkeit, derselben vertrauensvoll und opferwillig entgegenzukommen, in dem Maße wie in Preußen von dem Gefühle abhängig, daß dem Lande eine selbständige und angesehene Stellung nach außen hin gewahrt wird, und die Wahrnehmung, daß Preußen in Deutschland von Österreich überflügelt würde, daß bairische und sächsische, hessische und würtembergische Majoritäten irgendwelchen bestimmenden Einfluß auf Preußen wider dessen Willen mit Erfolg beanspruchen könnten, wäre selbst in der heutigen Zeit der materiellen Interessen für das preußische Volk ein schärferer Stachel zu gereizter Verstimmung, ein wirksameres Mittel zur Erregung von Unzufriedenheit als die Mehrzahl wirklicher oder vermeintlicher Übelstände im Innern, während umgekehrt der Preuße über jede Erhöhung seines Selbstgefühls gegenüber dem Auslande leicht dasjenige vergißt, was ihn an den innern Zuständen verdrießt."

Hiermit schließt das merkwürdige Aktenstück, das nur in den letzten Sätzen insofern von der Folgezeit des Irrtums überführt wurde, als die Konfliktsjahre von 1861 bis 1866 von der darin angenommenen Regel, die Preußen vergäßen über einer Regierung, deren Politik auf Erhöhung des Ansehens ihres Landes und auf eine selbständige und geachtete Stellung desselben nach außen hin abzielte, innere Wünsche und Beschwerden, so zahlreiche Ausnahmen gewahren ließ, daß diese die Regel zu bilden schienen. Das Ansehen des Landes sollte durch die Reorganisation und Verstärkung der Armee erhöht werden, und dieser Zweck der Maßregel war gesunden Augen deutlich erkennbar, das Ansehen Preußens war durch die Erfolge gegen die Dänen und gegen die kleinstaatliche Majorität 1864 be-

reits unbestreitbar erhöht, und mit Händen zu greifen war, daß eine weitere und gewaltigere Erhöhung ins Auge gefaßt war. Wie aber stellte sich die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu der Regierung, welche dies bewirken wollte und später zu bewirken begonnen hatte? Vergaß sie über der Steigerung des preußischen Selbstgefühls dem Auslande gegenüber dasjenige, was an den innern Zuständen verdroß, und schloß sie sich in großherzigem Patriotismus dem Minister an, der Preußens Recht und Interesse energisch zur Geltung zu bringen, Preußen nicht von Österreich überflügeln, es nicht unter den Willen mißgünstiger und strebsamer Kleinstaaten beugen zu lassen bemüht war? Zeigten die Herren sich auch nur im entferntesten opferwillig? Mit nichten, das strikte Gegenteil wurde von ihnen nach allen diesen Richtungen hin beliebt. Ein Parlamentarismus, wie ihn die Verfassung nicht kannte, sollte eingeführt, die Macht des Abgeordnetenhauses sollte vermehrt, die Befugnis der Krone geschmälert werden, und im Ärger darüber, daß die Regierung sich dazu nicht herbeiließ, hinderte und schwächte man die Aktion derselben, soviel man irgend vermochte, nahm man ungescheut Partei gegen sie und für die Mittelstaaten und den Augustenburger, zuletzt für Österreich, und erging man sich in Prophezeiungen, bei denen wir jetzt nicht wissen, was an ihnen erstaunlicher ist, die unpatriotische Gesinnung oder die ungeheuerliche Unvernunft, die sie inspirirt hatte. Der bitterste Haß und die ärgste Verblendung wühlten, hetzten und schimpften gegen den Träger einer echt preußischen Politik; aus reiner Rechthaberei, aus Eifer für sein demokratisches Credo setzte man alles aus den Augen, was die Vaterlandsliebe verlangte; weil man mit seinem Pseudofortschritt stecken geblieben, wurde man konservativ gegenüber dem wahren Fortschritt, und das Ende war, daß man den Zuschauern dieses Schauspiels statt der

Macht und Würde der Volksvertretung nur die moralische und materielle Ohnmacht derselben zum Bewußtsein brachte und sich mit seinen großen Phrasen vor der Geschichte unsterblich blamirte.

Freilich waren die Herren auf den Bänken der Opposition keine echten Preußen. Mit vollem Rechte wurde diesen querköpfigen, kleinlichen und eingebildeten Politikern, deren Äußerungen jetzt wie die von Wahnwitzigen erscheinen, damals nach einer ebenso absurden als pathetischen Rede Schulzes von Bismarck zugerufen: „Sie widersprechen dem Volksgeiste Preußens... Sie widersprechen den ruhmvollen Traditionen unsrer Geschichte, indem Sie die Stellung, die Großmachtsstellung Preußens, welche durch schwere Opfer an Gut und Blut des Volkes erkämpft wurde, desavouiren, und damit der glorreichen Vergangenheit des Landes, indem Sie in einer Machtfrage zwischen der Demokratie und den kleinen Staaten auf der einen und dem preußischen Thron auf der andern Seite für die erstgenannte Seite Partei nehmen. Indem Sie auf diese Weise dahin streben, Preußen unter eine Bundesmajorität zu mediatisiren, thun Sie, was Sie uns toto die vorwerfen: Sie setzen den Parteistandpunkt über die Interessen des Landes; Sie sagen: Preußen mag bestehen, wie wir es wollen, oder wenn nicht, so mag es zu Grunde gehen."

Und nun kurz die Quintessenz der Moral des „kleinen Buches," die beiläufig vom Verfasser der von Poschinger gesammelten Staatsschriften nicht bloß in dieser Betrachtung entwickelt und begründet, sondern noch in einer ganzen Reihe derselben bruchstückweise mit ähnlichen Worten vorgetragen wird. Sie lautet:

Österreich zieht aus seiner Stellung als Präsidialmacht, aus der Furcht der meisten Bundesregierungen vor der Wiener

Politik und aus der Abneigung derselben gegen Preußen große Vorteile, es erfreut sich über letzteres eines Übergewichtes im Bunde, das es geschickt und rücksichtslos zu steigern sucht. Dieses Verhältnis wird sich von selbst nicht umgestalten, auch nicht durch das weiteste Entgegenkommen Preußens. Dieses muß deshalb seine Taktik ändern und andre Wege einschlagen, wenn es nicht schwere Schädigung erleiden will. Es muß fortan eine selbständige, vom Bunde, d. h. von Österreich und seinen mittelstaatlichen Satelliten, möglichst unabhängige Politik treiben. Es darf nicht Gefühle zur Richtschnur seines Handelns machen, es muß vielmehr immer den richtig erkannten eignen Vorteil maßgebend für sich sein lassen. Der Bund muß unschädlich gemacht, die Pflichten gegen denselben müssen, soweit sie rechtlich begründet sind, streng erfüllt, alles über die Verträge hinausgehende aber muß, sobald es als Forderung auftritt, abgelehnt oder nur nach Gewährung von gleichwertigen Zugeständnissen von seiten Österreichs und der andern Bundesglieder bewilligt werden. Preußen darf auf die volle Gleichstellung mit Österreich nicht Verzicht leisten, es darf sich am Bunde nicht majorisiren lassen, es hat das System, nach welchem Mehrheitsbeschlüsse der Bundesversammlung in allen innern und äußern Fragen verbindlich gemacht werden sollen, als unberechtigte Neuerung zu perhorreszieren. Wo endlich ein Bedürfnis zur Verständigung mit den deutschen Nachbarstaaten vorliegt, wo auf einem Gebiete reformirt werden muß, ist der Weg einzuschlagen, daß man neben dem Bunde mit diesen Nachbarn zu einem Abkommen zu gelangen strebt, das dann in kündbaren Verträgen niederzulegen ist.

Bemerkt zu werden verdient, daß die Denkschrift keinerlei Schleichwege und Ränke empfiehlt, wie sie die Buolsche Politik liebte, sondern gerade Bahnen eingeschlagen und offnes Spiel

getrieben sehen will. Indes verlangte das von ihr aufgestellte Programm eine Ergänzung, und diese ist ihr Verfasser nicht schuldig geblieben. Wir finden sie in dem zuerst von Hesekiel*) mitgeteilten, dann von Hahn in seinem Sammelwerke abgedruckten Schreiben Bismarcks an den Minister von Schleinitz, datirt Petersburg, 12. Mai 1859, in welchem es u. a. heißt:

„Aus den acht Jahren meiner Frankfurter Amtsführung habe ich als Ergebnis meiner Erfahrungen die Überzeugung mitgenommen, daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für Preußen eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel bilden, ohne uns dafür dieselben Äquivalente zu gewähren, welche Österreich bei einem ungleich größeren Maße eigner freier Bewegung aus ihnen zieht. . . Stets haben wir uns derselben kompakten Majorität, demselben Anspruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber befunden. . . Wenn die Staatsmänner von Bamberg so leichtfertig bereit sind, dem ersten Anstoße des Kriegsgeschreis der urteilslosen und veränderlichen Tagesmeinung zu folgen [während des Krieges Österreichs in Italien], so geschieht das vielleicht nicht ohne tröstende Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Falle der Not die Farbe wechseln kann. Wenn sie sich aber dabei [bei der Absicht, Österreich zu Hilfe zu kommen] der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu schicken, wenn uns zugemutet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thatendurst von Regierungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existiren ist, wenn diese Staaten uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorien in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle

*) Das Buch vom Grafen Bismarck, S. 184 bis 188.

Autonomie preußischer Politik aufhören würde, dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuten, ihnen zu folgen, andern Interessen dienen, als preußischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehen, daß sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen.

Ich gehe vielleicht zu weit, wenn ich die Ansicht äußere, daß wir jeden rechtmäßigen Anlaß, welchen unsre Bundesgenossen uns bieten, ergreifen sollten, um zu derjenigen Revision unsrer Beziehungen zu gelangen, deren Preußen bedarf, um in geregelten Beziehungen zu den kleineren deutschen Staaten dauernd leben zu können. Ich glaube, wir sollten den Handschuh bereitwillig aufnehmen und kein Unglück, sondern einen Fortschritt der Krisis zur Besserung darin sehen, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beschluß faßt, in welchem wir eine Überschreitung der Kompetenz, eine willkürliche Änderung des Bundeszwecks, einen Bruch der Bundesverträge finden. Je unzweideutiger die Verletzung zu Tage tritt, desto besser. In Österreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unserer Lage in Deutschland zu gestatten, und unsre Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dafür zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Übermute nachhelfen. . . Ich sehe in unsrem Bundesverhältnisse ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen."

Ferro et igni — sieben Jahre später geschah es, und die Heilung gelang, die Heilung Preußens und damit zugleich die Heilung Deutschlands, die dann auch Österreich zu Gute kam,

erst auf indirektem, dann, durch das Bündnis von 1879, auf direktem Wege. 1859 war Schleinitz nicht der kluge und entschlossene Geist, der die Gunst der Umstände zu nutzen verstanden und gewagt hätte, und Bismarck war — sein eigner Ausdruck — „kaltgestellt an der Newa.“ Er war Zuschauer aus der Ferne, wie man in Berlin einen Moment Gefahr lief, Österreich gegenüber in die Gefühlspolitik zu verfallen, vor der er so nachdrücklich gewarnt, und wie man in Vergessenheit dessen, was er wiederholt empfohlen, nahe dabei war, einen großen Mißgriff zu begehen, der sich schwer hätte wieder gut machen lassen.

Als der Prinz-Regent von Preußen am 25. Juli 1860 mit dem Kaiser Franz Josef in Teplitz eine Besprechung über politische Fragen gehabt hatte, und nach Petersburg die Nachricht gelangt war, Preußen habe sich dort zwar nicht schriftlich, doch auf mündlichem Wege verpflichtet, Österreich in dem Falle, daß es in Italien wieder von Frankreich angegriffen werde, Beistand zu leisten; sehe dagegen Österreich sich zum Angriffe genötigt, so müsse Preußens Einwilligung dazu eingeholt werden, wenn man dessen Unterstützung haben wolle, schrieb Bismarck am 22. August an einen Ungenannten: „Diese Version klingt unverfänglicher, als sie in der That sein würde. Hat Österreich die Sicherheit, daß wir für Venedig eintreten werden, so wird es den Angriff Frankreichs zu provoziren wissen, wie denn schon jetzt behauptet wird, daß Österreich seit Teplitz in Italien dreist und herausfordernd auftrete. Seit der Garibaldischen Expedition geht die Wiener Politik dahin, es in Italien so schlimm wie möglich werden zu lassen, damit dann, wenn Napoleon selbst nötig finden werde, sich gegen die italienische Revolution zu wahren, allseitig eingeschritten und der frühere Zustand annähernd wiederhergestellt werde. Diese Rechnung mit und auf

Napoleon kann sehr trügen; wie es scheint, hat man sie deshalb seit Teplitz aufgegeben und hofft auch gegen Napoleon zum Ziele zu gelangen. Die unruhige, gereizte Leidenschaftlichkeit der österreichischen Politik bringt auf beiden Wegen den Frieden in Gefahr."

Nachdem Bismarck an die Spitze der preußischen Regierung gestellt worden war, ging er mehrfach, z. B. in der kurhessischen Sache und in der Frage wegen der Durchführung des im August 1862 abgeschlossenen Handelsvertrages mit Frankreich und des Verhaltens Preußens gegen die ihre Zustimmung zu demselben verweigernden Zollvereinsstaaten, in dem Geiste vor, den der zweite Teil der oben auszugsweise zitirten Denkschrift von 1858 ausdrückte, namentlich aber geschah dies durch Ablehnung des von Österreich und den Mittelstaaten aufgestellten Delegirtenprojekts vom 2. Februar 1862, durch welches die Kompetenz des Bundes auf alle Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung ausgedehnt und in dem Delegirtenkörper eine Handhabe für die politische Entwicklung geschaffen werden sollte. Preußen stimmte gegen diesen Plan, der den größern Mittelstaaten Teilnahme an der Leitung und Exekutive des Bundes verschaffen und neben die Repräsentation der Bundesregierungen in Abgeordneten der einzelnen Kammern eine Art Volksvertretung mit beratender Stimme gestellt sehen wollte, abgesehen von dem formellen Einwurfe, daß der Bund vor jedem Eingehen auf das Materielle der Sache erst einhellig beschlossen haben müsse, daß er eine solche Initiative ergreifen könne, und daß ein von seiten der Mehrheit auf die Minderheit ausgeübter Zwang zur Ergreifung dieser Initiative dem Charakter des Bundes und dem Geiste und Wortlaute seiner Gesetze entschieden widersprechen würde, aus folgenden Gründen:

„Ausschüsse der Landesvertretungen mit so beschränkten beratenden Befugnissen wie die beantragten würden . . . eine

praktisch ganz bedeutungslose Einrichtung sein, nur geeignet, dem Geschäftsgange der Bundesverhandlungen ein neues Moment der Schwerfälligkeit und Verschleppung zuzuführen. Nur in einer Vertretung, welche nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaates aus letzterer durch unmittelbare Wahl hervorgeht, kann die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden. Innerhalb der bestehenden Verträge und nach der bisherigen Praxis würde aber einer solchen der Bundesversammlung beizugebenden Volksvertretung eine praktische Thätigkeit nur auf dem Gebiete der Matrikularleistungen an Truppen und Geldbeiträgen zufallen. Um ihr einen befriedigenden Wirkungskreis und zugleich eine erhöhte Bedeutung für die Einigkeit und Festigkeit des Bundes zu gewähren, würde dem neutralen Organismus durch Abänderung und Erneuerung der Bundesverträge die dem jetzigen Bundestage fehlende gesetzgebende Gewalt für das Bundesgebiet beigelegt und deren Umfang in einer der Thätigkeit eines deutschen Parlaments würdigen Ausdehnung bemessen werden müssen. Wenn eine solche nach der Volkszahl bemessene Nationalvertretung mit Rechten ausgestattet würde, welche sie befähigten, der die Bundesregierungen vertretenden Zentralbehörde als Gleichgewicht an die Seite zu treten, so würde die königliche Regierung einer so gestalteten Bundesgewalt ausgedehntere Befugnisse einräumen können, ohne die Interessen Preußens zu gefährden. Es fragt sich nur, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können, welche in dem Umstande beruhen, daß erhebliche Teile des Bundesgebiets zu staatlicher Einheit mit Ländern verbunden sind, welche nicht zum Bunde oder zu Deutschland gehören, und deren Bewohner nach den Verträgen sowohl als nach ihrer Nationalität, ihrer Sprache und ihrer Neigung sich zur Beteiligung an einer deutschen Nationalvertretung nicht

eignen, während ihnen ebensowenig zugemutet werden kann, ihre Gesetzgebung aus den Händen einer ihnen fremden Volksvertretung zu empfangen. Dieses Hindernis steht allen auf die Gesamtheit des Bundes berechneten Einrichtungen im Wege, sobald dieselben eine wirklich eingreifende und fruchtbare Mitwirkung des deutschen Volkes bei den gemeinsamen Angelegenheiten sich zur Aufgabe stellen, und das Institut der Delegirtenversammlung würde nur insoweit nicht darunter leiden, als es zu einer praktischen Bedeutung überhaupt nicht gelangte. Könnten die Schwierigkeiten gelöst werden, so würden sich die Bedenken heben, welche die königliche Regierung abhalten, für die von ihr erstrebten Reformen das gesamte Bundesgebiet in Aussicht zu nehmen. So lange aber diese Lösung nicht gefunden wird, läßt sich dem gestellten Ziele nicht dadurch näher treten, daß man das vorhandene Reformbedürfnis für die Gesamtheit des Bundes scheinbar, sondern nur dadurch, daß man es in engerem Kreise wirklich zu befriedigen sucht. In diesem Sinne hat die königliche Regierung den Weg freier Vereinbarungen und kündbarer Verträge unter den einzelnen Bundesgliedern als Surrogat allgemein umfassender Einrichtungen angedeutet und giebt die Hoffnung nicht auf, daß der Überzeugung von der Richtigkeit desselben auch die Anerkennung der übrigen Bundesregierungen auf die Dauer nicht fehlen werde."

Der Antrag Österreichs und der Mittelstaaten wurde am 22. Januar 1863 mit 9 gegen 7 Stimmen von der Bundesversammlung abgelehnt.

Schon vor dem definitiven Scheitern dieses Projekts am Bunde, in den ersten Wochen des Dezember 1862, war Bismarck zur Herbeiführung einer Verständigung mit Österreich allein verschritten, und zwar auf dem Wege von Unterredungen

mit dem Grafen Karolyi, dem Vertreter des Kaiserstaates in Berlin, dem er nach Inhalt der Zirkulardepesche vom 24. Januar 1863 ungefähr folgendes zu erwägen gab:

„Nach meiner Überzeugung müssen unsre Beziehungen zu Österreich unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden. Es ist der aufrichtige Wunsch der königlichen Regierung, daß die erstere Alternative eintrete; wenn wir aber das hierzu nötige Entgegenkommen des kaiserlichen Kabinets nachhaltig vermissen, so ist es für uns notwendig, die andre ins Auge zu fassen und uns auf dieselbe vorzubereiten. In den Jahrzehnten vor 1848 hat ein stillschweigendes Abkommen zwischen den beiden Großmächten obgewaltet, kraft dessen Österreich der Unterstützung Preußens in europäischen Fragen sicher gewesen ist und Preußen dafür einen durch österreichische Opposition unverkümmerten Einfluß in Deutschland überlassen hat, wie er sich in der Bildung des Zollvereins kundgab. Unter diesen Verhältnissen hat sich der deutsche Bund eines Grades von Einigkeit im Innern und von Ansehen nach außen erfreut, wie er seitdem nicht wieder erreicht worden ist." Durch wessen Schuld analoge Beziehungen nach der Wiederherstellung des Bundestags nicht wieder zu stande gekommen seien, ließ Bismarck unerörtert, da es ihm nicht auf Rekriminationen für die Vergangenheit, sondern auf eine praktische Gestaltung der Gegenwart ankam. So wies er nur auf den Umstand hin, daß in letzterer gerade in den Staaten, mit welchen Preußen, der geographischen Lage nach, freundschaftliche Beziehungen ganz besonders pflegen müsse, Österreich einen zur Opposition aufstachelnden Einfluß mit Erfolg geltend gemacht habe. Er „gab dem Grafen Karolyi zu erwägen, daß Österreich auf diese Weise zum Nachteile für die Gesamtverhältnisse im Bunde die Sympathien der Regierungen jener Staaten vielleicht gewinne, sich

aber diejenigen Preußens entfremde. Der kaiserliche Gesandte tröstete sich darüber mit der Gewißheit, daß in einem für Österreich gefährlichen Kriege beide Großstaaten sich dennoch unter allen Umständen als Bundesgenossen wiederfinden würden."

Bismarck erblickte in dieser Voraussetzung „einen gefährlichen Irrtum, über welchen vielleicht erst im entscheidenden Augenblick eine für beide Kabinette verhängnisvolle Klarheit gewonnen werden würde." Er bat deshalb den Grafen dringend, demselben in Wien nach Kräften entgegenzutreten, wobei er hervorhob, „daß schon im letzten italienischen Kriege das Bündnis für Österreich nicht in dem Maße wirksam gewesen sei, wie es hätte der Fall sein können, wenn beide Mächte sich nicht in den vorhergehenden acht Jahren auf dem Gebiete der deutschen Politik in einer schließlich nur für Dritte Vorteil bringenden Weise bekämpft und das gegenseitige Vertrauen untergraben hätten. Dennoch seien damals in dem Umstande, daß Preußen die Verlegenheiten Österreichs nicht zum eignen Vorteil ausgebeutet, vielmehr zum Beistand Österreichs gerüstet habe, die Nachwirkungen der frühern intimeren Verhältnisse unverkennbar gewesen. Sollten aber letztere sich nicht neu anknüpfen und beleben lassen, so würde bei ähnlicher Sachlage ein Bündnis Preußens mit einem Gegner Österreichs ebensowenig ausgeschlossen sein, als im entgegengesetzten Falle eine treue und feste Verbindung beider deutschen Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde." Er wenigstens, Bismarck, werde sich „unter ähnlichen Verhältnissen niemals dazu entschließen können, dem Könige zur Neutralität zu raten. Österreich habe die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit dem Stützpunkte einer mittelstaatlichen Koalition fortzusetzen oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen zu suchen," wie er sie aufrichtig erstrebe.

Graf Karolyi erwiederte, „daß es für das Kaiserhaus unthunlich sei, seinen traditionellen Einflüssen auf die deutschen Regierungen zu entsagen. Bismarck stellte die Existenz einer solchen Tradition mit dem Hinweis in Abrede, daß Hannover und Hessen seit hundert Jahren, vom Anbeginne des siebenjährigen Krieges, vorwiegend den preußischen Einflüssen gefolgt seien, und daß in der Epoche des Fürsten Metternich die genannten Staaten auch von Wien aus im Interesse des Einverständnisses zwischen Preußen und Österreich ausdrücklich in jene Richtung gewiesen worden seien, daß also die vermeintliche Tradition des österreichischen Kaiserhauses erst seit dem Fürsten Schwarzenberg datire, und das System, welchem sie angehöre, sich bisher der Konsolidirung des deutschen Bündnisses nicht förderlich erwiesen habe.“ Er hob ferner hervor, daß er im Jahre 1851 nach eingehenden Besprechungen mit dem Fürsten Metternich gehofft habe, „Österreich selbst werde es als die Aufgabe einer weisen Politik erkennen, Preußen im deutschen Bunde eine Stellung zu schaffen, welche es demselben der Mühe wert mache, seine gesamte Kraft für gemeinschaftliche Zwecke einzusetzen. Statt dessen habe Österreich mit Erfolg dahin gestrebt, Preußen seine Stellung im deutschen Bunde zu verleiden und zu erschweren und es thatsächlich auf das Bestreben nach anderweiten Anlehnungen hinzuweisen. Die ganze Behandlungsweise Preußens von seiten des Wiener Kabinets scheine auf der Voraussetzung zu beruhen, daß Preußen mehr als irgendein andrer Staat auswärtigen Angriffen ausgesetzt sei, gegen welche es fremder Hilfe bedürfe, und daß es sich deshalb von seiten der Staaten, von welchen es solche Hilfe erwarten könnte, eine rücksichtslose Behandlung gefallen lassen müsse. Die Aufgabe einer preußischen Regierung, welcher die Interessen des königlichen Hauses und des eignen Landes am Herzen lägen,

werde es daher sein, das Irrtümliche jener Voraussetzung durch die That nachzuweisen, wenn man ihren Worten und Wünschen keine Beachtung schenke."

Bismarck kam schließlich auf die Pseudoreform des Bundes durch das Delegirtenprojekt zu sprechen und bemerkte, Preußens Unzufriedenheit mit der Lage der Dinge habe durch die Entschlossenheit, mit welcher die mit Österreich näher verbundenen deutschen Regierungen in dieser Frage angriffsweise gegen Preußen vorgegangen, neue Nahrung erhalten. „Vor 1848 sei es unerhört gewesen, daß man am Bunde Fragen von irgendwelcher Erheblichkeit eingebracht habe, ohne sich des Einverständnisses der beiden Großmächte vorher zu versichern. Selbst da, wo man auf den Widerspruch minder mächtiger Staaten gestoßen sei, wie in der Angelegenheit der süddeutschen Bundesfestungen, habe man es vorgezogen, Zwecke von dieser Wichtigkeit und Dringlichkeit viele Jahre hindurch unerfüllt zu lassen, anstatt dem Widersprechenden mit dem Versuche der Majorisirung entgegenzutreten. Heutzutage werde dagegen der Widerspruch Preußens nicht nur gegen einen Antrag, sondern gegen die Verfassungsmäßigkeit desselben als ein der Beachtung unwerter Zwischenfall behandelt, durch welchen man sich im entschlossenen Vorgehen auf der gewählten Bahn nicht beirren lasse."

Schließlich bat der preußische Minister den österreichischen Gesandten, den Inhalt dieser Unterredung möglichst genau zur Kenntnis des Grafen Rechberg zu bringen, der jetzt die Wiener Politik leitete, wobei Bismarck die Überzeugung aussprach, daß man die Schäden an den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Großmächten nur durch rückhaltlose Offenheit zu heilen versuchen könne.

Über die zweite Besprechung, die am 13. Dezember stattfand, berichtet Bismarck in der erwähnten Zirkulardepesche:

„Ich suchte den Grafen Karolyi auf, um den Ernst der Lage der Dinge am Bunde seiner Beachtung zu empfehlen, und verhehlte ihm nicht, daß das weitere Vorschreiten der Majorität auf einer von uns als verfassungswidrig erkannten Bahn uns in eine unannehmbare Stellung bringe, daß wir in den Konsequenzen desselben den Bruch des Bundes voraussähen, daß Herr von Usedom über diese unsre Auffassung dem Freiherrn von Kübeck und dem Freiherrn von der Pfordten keinen Zweifel gelassen, auf seine Andeutungen aber Antworten erhalten habe, die auf kein Verlangen nach Ausgleichung schließen ließen, indem Freiherr von der Pfordten auf beschleunigte Abgabe unsres Minoritätsvotums dränge. Ich bemerkte hiergegen, daß unter solchen Umständen das Gefühl der eignen Würde uns nicht gestatte, dem von der andern Seite herbeigeführten Konflikte ferner auszuweichen, und daß ich deshalb den königlichen Bundestagsgesandten telegraphisch zur Abgabe seines Minoritätsvotums veranlaßt habe. Ich stellte in Aussicht, daß wir die Überschreitung der Kompetenz durch Majoritätsbeschlüsse als einen Bruch der Bundesverträge auffassen und dem entsprechend verfahren würden, indem diesseits der königliche Bundestagsgesandte ohne Substitution abberufen werden würde, und deutete die praktischen Konsequenzen an, welche sich aus einer solchen Situation in verhältnismäßig kurzer Zeit ergeben müßten, indem wir natürlich die Wirksamkeit einer Versammlung, an welcher wir uns aus rechtlichen Gründen nicht mehr beteiligten, in Bezug auf den ganzen Geschäftskreis des Bundes nicht weiter für zulässig anerkennen könnten. Wir würden also auch die preußischen Garnisonen in den Bundesfestungen nicht mehr den Beschlüssen der Bundesversammlung unterstellen können."

Wenige Tage nach dieser Unterredung erhielt man im preußischen Auswärtigen Amte die Mitteilung, daß der öster-

reichische Gesandte in Petersburg, Graf Thun, über Berlin auf seinen Posten zurückkehren und die schwebende Streitfrage mit Bismarck besprechen solle. Diese Besprechung fand statt, und in der Zirkulardepesche Bismarcks wird darüber folgendes erzählt: „Als derselbe hier eintraf, habe ich mich nicht abhalten lassen, seine mir zum Zweck einer Verständigung gemachten Eröffnungen in der entgegenkommendsten Weise aufzunehmen. Infolge derselben erklärte ich mich bereit, auf verschiedene zwischen uns verabredete Auswege zur Beilegung der Frankfurter Schwierigkeiten einzugehen und insbesondre auf den Vorschlag, die Abstimmung über die Majoritätsanträge in der Delegirtenfrage zu teilen und, nachdem sie über Punkt 1 erfolgt und der Mangel der zur Durchführung der Sache nötigen Stimmeneinhelligkeit konstatirt wäre, die ganze Angelegenheit als eine zur weitern Verhandlung am Bunde noch nicht reife an die einzelnen Bundesregierungen zur Verständigung unter einander zu verweisen. Graf Thun schlug mir darauf vor, eine Zusammenkunft zwischen dem Grafen Rechberg und mir behufs weiterer Besprechung der Frage zu veranstalten. Ich erklärte mich hierzu geneigt, erhielt indessen in den folgenden Tagen durch Graf Karolyi vertrauliche Mitteilungen, nach welchen Graf Rechberg vor unsrer Zusammenkunft die Erklärung meines Einverständnisses mit Bundesreformvorschlägen erwartete, für welche meines Erachtens längere und eingehendere Vorverhandlungen erforderlich gewesen wären. Da hierzu die Zeit bis zum 22. zu kurz war, so glaubte ich auf die vorgeschlagene Zusammenkunft nur in dem Falle eingehen zu können, daß von vorgängigen bindenden Verabredungen Abstand genommen werde. Ich fügte hinzu, daß es mir vor der Hand nur darauf anzukommen scheine, zu verhüten, daß die Verständigung durch die in Frankfurt zu erwartenden Vorgänge erschwert werde,

und daß ich bei meinem Eingehen auf Graf Thuns Vorschläge dieses Ziel hauptsächlich im Auge gehabt habe, dessen Erreichung durch die Hereinziehung prinzipieller Fragen von ausgedehnter Tragweite einstweilen nur beeinträchtigt werden würde. Da Graf Rechberg hierauf erklären ließ, daß Österreich auf weitere Verfolgung des Antrags in Betreff der Delegirtenversammlung nicht ohne gesichertes Äquivalent verzichten könne, so ist die Zusammenkunft bisher unterblieben."

Die Zirkulardepesche schloß unter Hinweis auf den Versuch, die Anträge wegen der Delegirtenversammlung den widersprechenden Regierungen auf dem Wege von Interpretationen der Bundesverträge aufzudrängen, welche dem Inhalte der letzteren Gewalt anthäten, mit den Worten: „Einem solchen Verfahren gegenüber kann Preußen im Bewußtsein seines guten Rechtes lediglich denjenigen Bundesregierungen, welche die Einigkeit im Innern des Bundes durch ihr aggressives Verfahren in Frage stellen, die Sorge für die Beilegung oder die Verantwortung für die Folgen des von ihnen heraufbeschworenen Konfliktes überlassen."

Die Antwort, die hierauf von Wien in Gestalt einer Depesche an Karolyi erging, war im Tone der verleumdeten Unschuld gehalten. Es hieß darin u. a.: „Die Auseinandersetzung des preußischen Kabinets . . . enthält erstens ein unverkennbar aufrichtiges Zeugnis für die politischen Gesinnungen ihres Verfassers; sie enthält zweitens eine beschönigende Darstellung des Thatbestandes der vielbesprochenen Vorgänge, eine Darstellung, die sich großenteils zur Anklage gegen uns, zur Beschwerde über das, was man in Berlin unsre Rücksichtslosigkeit nennt, gestaltet. Unsre Rücksichtslosigkeit! Wenn unser erhabner Monarch eine Stellung nicht opfert, die, aus der Geschichte der Jahrhunderte hervorgegangen, geheiligt durch die Verträge, seiner Krone von Rechtswegen gebührt und der Macht und Größe

seines Hauses entspricht, so verletzt Österreich eine Rücksicht, die es dem verbündeten Preußen schuldig ist! Wenn der kaiserliche Hof der Politik Preußens nicht zur Befriedigung von Ansprüchen verhilft, die auf keinem Rechtstitel beruhen, die vielmehr die Rechte mitverbündeter Staaten offen antasten, und die man in unklaren Umrissen andeutet, ohne für sie eine bestimmte Formel zu finden, so setzt Österreich abermals die Rücksichten aus den Augen, die der andern deutschen Großmacht gebühren! Und der Regierung Preußens war es vorbehalten, sogar unser wolgeneigtes Bestreben, dem Verlangen der deutschen Nation nach freisinniger Entwicklung der Bundesverfassung, soviel an uns ist, Genüge zu thun, unter den Gesichtspunkt einer gegenüber Preußen verübten Rücksichtslosigkeit zu stellen! Was ist ferner damit gemeint, daß wir in Hannover und Kassel Preußens Interessen nicht durch unsern Einfluß kreuzen sollen? Verlangt man von uns, daß wir dort Gesandte unterhalten, um in Fragen, wo der Standpunkt der beiden deutschen Mächte verschieden ist, nicht für uns, sondern für Preußen zu arbeiten? Beklagen wir uns über Preußens Einfluß in Karlsruhe? . . . Wenn man uns von Berlin aus die Alternative stellt, entweder uns aus Deutschland zurückzuziehen, den Schwerpunkt der Monarchie — wie der preußische Minister meinte — nach Ofen zu verlegen, oder im nächsten europäischen Konflikte Preußen auf der Seite unsrer Gegner zu finden, so wird die öffentliche Meinung Deutschlands über solche Gesinnung urteilen, die Ereignisse werden sie richten, wenn sie je zur That werden sollte. Uns aber kommt es zu, den Vorwand, den man sich in Berlin zurecht legen zu wollen scheint, rechtzeitig als einen solchen zu kennzeichnen." Es fehlte bei diesem Ausbruche der hitzigen Natur Rechbergs bloß noch, daß er statt des letzten Wortes den Ausdruck „brandmarken" gebraucht hätte. Aber auch so war die Depesche stark genug.

Nachdem Österreich im Frühling und Sommer 1863 seine von der preußischen Politik abweichenden Tendenzen wieder einmal recht deutlich kundgegeben, indem es sich mit Frankreich und England gemeinsam zu Gunsten der polnischen Insurgenten verwendet und den Aufstand von Galizien aus nach Möglichkeit begünstigt hatte, während Bismarck mit Rußland einen Vertrag zur Einschränkung des gefährlichen Brandes abschloß, nahm es seine Pläne in Betreff einer „Reform" des deutschen Bundes wieder auf. In der zweiten Hälfte des Juli 1863 reiste König Wilhelm in Begleitung Bismarcks zur Badekur nach Gastein. Am 3. August machte ihm hier der Kaiser Franz Josef seinen Besuch, um mit ihm unter Vorlage einer Denkschrift die deutschen Bundesverhältnisse zu besprechen. In dieser Denkschrift wurde eine Abänderung jener Verhältnisse als höchst dringlich dargestellt. „Je unsicherer sich," so hieß es darin, „die Lage Europas gestaltet hat, desto unabweislicher tritt an die deutschen Fürsten die Aufgabe heran, angesichts der innern und äußern Gefahren, welche Deutschland bedrohen, sich rechtzeitig einer haltbaren Stellung zu versichern. Eine solche kann . . . augenscheinlich nicht mehr einfach auf die bestehende Bundesverfassung gegründet werden. . . . Der Boden der Bundesverträge schwankt unter den Füßen dessen, der sich auf ihn stellt, der Bau der vertragsmäßigen Ordnung der Dinge in Deutschland zeigt überall Risse und Spalten, und der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, kann ihnen die nötige Festigkeit nimmermehr zurückgeben. Weder Österreich noch Preußen können sich mit irgend einem Grade von Vertrauen auf den Bund in seinem jetzigen Zustande stützen. Je deutlicher sie dies erkennen, desto weniger dürfen sie an der vollen Berechtigung des Verlangens nach einer Reform, durch welche das Bundesprinzip mit neuer Lebenskraft erfüllt würde,

zweifeln. . . . Der Kaiser hat dem eignen Reiche zeitgemäße Institutionen verliehen. Er erkennt vollkommen an, daß auch die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit mit Recht eine Neugestaltung ihrer politischen Verfassung erwartet, und er hält es als Fürst des Bundes für Pflicht, seinen Mitfürsten darzulegen, was er in dieser Beziehung für möglich hält und für seinen Teil zu gewähren bereit ist.

Österreichs Reorganisationsvorschläge können nur auf dem mit voller Klarheit und Entschiedenheit festgehaltenen Föderativprinzipe beruhen... Monarchische Staaten, zwei Großmächte unter ihnen, bilden den deutschen Staatenverein. Einrichtungen wie eine einheitliche Spitze oder ein aus direkten Volkswahlen hervorgehendes Parlament passen nicht für diesen Verein, sie widerstreben seiner Natur, und wer sie verlangt, will nur dem Namen nach den Bund . . ., in Wahrheit will er das allmähliche Erlöschen der Lebenskraft der Einzelstaaten, er will einen Zustand des Übergangs zu einer künftigen Unifikation, er will die Spaltung Deutschlands, ohne welche dieser Übergang sich nicht vollziehen kann."

Darauf gab die österreichische Regierung die Grundgedanken ihres Reformplanes mit folgenden Sätzen an: „Sie wird die Errichtung eines Bundesdirektoriums und die periodische Einberufung einer Versammlung von Abgeordneten der Vertretungskörper der Einzelstaaten in Vorschlag bringen. Nicht verkennend, daß es starker Gegengewichte bedarf, um gegenüber dieser letzteren Einrichtung das monarchische Prinzip und die berechtigte Selbständigkeit der Einzelstaaten gegen mögliche Übergriffe sicher zu stellen, neigt sie sich zugleich dem Gedanken zu, daß die beste Garantie dieser Art und ein wertvolles Mittel zur Wahrung der fürstlichen Rechte und der hohen Stellung der deutschen Dynastien in periodischen Vereinigungen der Souveräne Deutschlands gefunden werden könnte...

Ohne Preußens bundesfreundliche Mitwirkung giebt es für die Aufgabe der Reorganisation des Bundes keinen definitiven Abschluß... Preußens Wille kann die Reform der Gesamtverfassung Deutschlands faktisch und rechtlich hindern... Aber die Dinge sind in Deutschland so weit gediehen, daß ein absoluter Stillstand der Reformbewegung nicht mehr möglich ist, und die Regierungen, welche dies erkennen, werden sich zuletzt gezwungen sehen, die Hand an ein Werk der Not zu legen, indem sie sich zur partiellen Ausführung der beabsichtigten Bundesreform im Bereiche der eignen Staaten entschließen, und zu diesem Zwecke unter Wahrung des Bundesverhältnisses ihrem freien Bündnisrechte die möglichst ausgedehnte Anwendung zu geben." Weiterhin folgte ein Appell an die „Weisheit und Gesinnungsgröße des Königs," und zum Schlusse hieß es: „Welche Erfahrungen auch die Folgezeit uns vorbehalten möge, dem Kaiser wird es stets zur Beruhigung gereichen, gegenüber dem König ausgesprochen zu haben, daß es heute von Preußens Entschließungen abhänge, den deutschen Bund wieder auf die Höhe seiner für die Nation und ihre Fürsten wie für Europas Frieden so unendlich wichtigen Bestimmung zu erheben."

Der Kaiser bemerkte hierzu mündlich, daß zunächst an einen Fürstenkongreß gedacht sei, der sich schon am 16. August in Frankfurt versammeln solle, daß an der Spitze des Bundes ein Direktorium von fünf Fürsten stehen, daß der Bundestag fortfahren solle, die laufenden Geschäfte zu verhandeln, daß aber die Absicht obwalte, aus den Souveränen des Bundes ein zeitweise zusammentretendes Oberhaus und aus Delegirten der Landtage der einzelnen Staaten ein mit beratenden Attributionen versehenes Unterhaus zu bilden. Dieser Unterredung folgten an demselben Tage noch zwei andre. In denselben lehnte

der König den österreichischen Plan nicht ohne weiteres ab, sprach aber gewisse Bedenken aus, die er am 4. August in einem Schreiben an den inzwischen wieder abgereisten Kaiser wiederholte. Dieselben lauteten in diesem Briefe: „Einer in die Interessen meines Volkes und der gesamten deutschen Nation so tief eingreifenden Frage gegenüber sind es zunächst zwei Erwägungen, welchen ich im Interesse der Sache selbst meine Entschließungen unterordne. Einmal kommt es darauf an, zu verhüten, daß das bestehende Maß der Einigung vor jeder Gefährdung durch das Streben nach einem festeren Bande bewahrt bleibe. In dieser Beziehung entnehme ich aus Eurer Majestät Absicht, die wesentlichen Grundlagen der Bundesverfassung zu erhalten, die Bürgschaft, daß das Gute, soweit es vorhanden, dem Streben nach Besserem nicht ohne Sicherheit des Erfolges geopfert werden wird. Meine zweite Erwägung ist die, daß die Erreichung des für die Zukunft gesteckten Zieles durch die Wahl des Weges wesentlich beeinträchtigt oder gefördert werden wird. Unsre Arbeiten würden, meiner Ansicht nach, dadurch nicht erleichtert werden, daß wir sie mit einer Zusammenkunft der Souveräne beginnen. Es erscheint mir unerläßlich, daß einem so bedeutsamen Schritte, wenn er den erhofften Erfolg haben soll, eingehende Vorarbeiten und Konferenzen unsrer Minister vorausgehen, über deren Ergebnis schließlich von den Souveränen die Entscheidung zu treffen sein wird. Aus diesem Grunde glaube ich mir die Annahme der Einladung Eurer Majestät zum 16. d. M. versagen und vorschlagen zu sollen, daß wir die Fragen, über welche von den Souveränen sämtlicher Bundesstaaten zu beschließen sein wird, zunächst in Ministerialkonferenzen der Vertreter der 17 Stimmen des engeren Rates der Bundesversamlung beraten und feststellen lassen.“

Der König hatte beim Abschiede der beiden Monarchen erklärt, „daß ein Fürstenkongreß mit Nutzen für die ganze Angelegenheit der notwendigen geschäftlichen Vorbereitungen wegen keinenfalls vor dem 1. Oktober eingeleitet werden könne.“ Er war deshalb überrascht, daß ihm wenige Stunden nachher durch einen kaiserlichen Flügeladjutanten die offizielle, vom 31. Juli datirte Einladung, zum 16. August in Frankfurt zu erscheinen, überreicht wurde. Er beantwortete dieselbe mit dem soeben im Auszuge mitgeteilten amtlichen Schreiben vom 4. und mit einem Telegramm desselben Datums, welches die Einladung zum 16. bestimmt ablehnte. Schon am 7. aber erfolgte eine neue, die für den Fall, daß die Badekur des Königs dessen Erscheinen an jenem Tage nicht gestatten sollte, den Vorschlag enthielt, sich durch einen mit Vollmacht versehenen Prinzen seines Hauses vertreten zu lassen. Auch dies wurde von der Hand gewiesen. Für den König war das österreichische Verfahren besonders peinlich wegen der Überraschung und der Formlosigkeit des geschäftlichen Teiles, in Verbindung mit der persönlichen Beteiligung des befreundeten Kaisers bei Gelegenheit eines freundschaftlichen Besuchs. Auf der Reise nach Baden-Baden, auf welcher ihn der Ministerpräsident, wie damals überhaupt die Regel war, begleitete, fand ein mehrtägiger Besuch in München und Nymphenburg bei der Königin von Baiern, deren Gemahl sich bereits in Frankfurt befand, und in Wildbad, wo die verwitwete Königin Elisabeth verweilte, statt. Diese Zeit, sowie der demnächstige Aufenthalt in Baden-Baden war mit Verhandlungen über das für und wider ausgefüllt. Dieselben kulminirten in der Ankunft des Königs von Sachsen in Begleitung seines Ministers, des Herrn von Beust, behufs Überbringung einer nochmaligen Einladung der versammelten Fürsten. Den angestrengten Bemühungen dieses hohen Herrn, den König für die Reise nach

Frankfurt zu gewinnen, war in der Zwischenzeit durch alle Elemente, welche damals unter dem Namen der österreichischen Partei am Hofe zusammengefaßt werden konnten, und deren eifrigstes Werkzeug der frühere Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr von Schleinitz, war, rührigst vorgearbeitet worden. Die Königin-Witwe, welche die Annahme der Einladung ursprünglich befürwortet hatte, war für die Ablehnung derselben, nachdem sie sich auf der Durchreise in Wildbad überzeugt hatte, daß Herr von Bismarck glaubte, im Falle der Annahme vom Amte zurücktreten zu müssen. Der König Johann von Sachsen, wie bekannt, ein sehr begabter und bei dem König Wilhelm in hoher Achtung stehender Herr, bemühte sich, unterstützt von Herrn von Beust, mit soviel Eifer und so lebhaft begründeten Argumenten ad hominem, den König Wilhelm zur Reise nach Frankfurt zu bewegen, daß die gesteigerte Nervosität des damals körperlich angegriffenen Monarchen zu ärztlichen Besorgnissen Anlaß gab. Herr von Bismarck soll dem sächsischen Ministerpräsidenten hierüber lebhafte Vorwürfe gemacht, ihn daran erinnert haben, unter welchen Umständen König Friedrich Wilhelm IV. mit dem Keime tötlicher Krankheit von seinem letzten Besuche in Dresden zurückgekehrt wäre, und mit ernsten Worten Schonung des Königs und Rücksicht auf dessen Gesundheit gefordert haben. Man erzählt sogar, der preußische Ministerpräsident habe seinem sächsischen Kollegen in Aussicht gestellt, er werde bei dem preußischen Kommandanten in Rastatt nötigenfalls um militärischen Beistand behufs Abwehr weiterer Belästigungen seines Herrn nachsuchen, wenn denselben nicht freiwillig ein Ende gemacht würde.

Der König begründete seine Ablehnung der Kollektiveinladung in einem vom 20. August datirten Schreiben an den Kaiser von Österreich damit, daß er vor geschäftsmäßiger Prü-

fung der in Frankfurt betriebenen Angelegenheit durch seine Räte keine ihn bindenden Erklärungen gegen seine Bundesgenossen abgeben könne, ohne solche aber seine Teilnahme an den Beratungen unausführbar sein würde. Diese Erwägung werde ihn indes, so fügte er hinzu, nicht abhalten, jede Mitteilung über die Sache, die seine Bundesgenossen an ihn gelangen lassen würden, mit der Bereitwilligkeit und Sorgfalt zu prüfen, welche er der Entwicklung der gemeinsamen vaterländischen Interessen jederzeit gewidmet habe.

Am 21. schrieb Bismarck an den preußischen Bundestagsgesandten über die ihm nun im Detail vorliegenden österreichischen Reformpläne u. a.: „Unsrer Ansicht nach entsprechen sie weder der berechtigten Stellung der preußischen Monarchie noch den Interessen des deutschen Volkes. Preußen würde der Stellung, die seine Macht und seine Geschichte ihm in dem europäischen Staatenvereine geschaffen haben, entsagen und Gefahr laufen, die Kräfte des Landes Zwecken dienstbar zu machen, welche den Interessen des Landes fremd sind, und für deren Bestimmung uns dasjenige Maß von Einfluß und Kontrole fehlen würde, auf welches wir einen gerechten Anspruch haben."

Der Fürstenkongreß beriet die Vorschläge Österreichs durch und stellte in einer Schlußsitzung am 1. September den Entwurf einer Reformakte fest, den man dann mittelst eines zweiten Kollektivschreibens dem Könige von Preußen übersandte, der aber, da seine Bestimmungen auch an höchster Stelle nicht gutgeheißen wurden, bis zum heutigen Tage Entwurf geblieben ist, obwohl die ursprüngliche Vorlage in ihm einige Verbesserungen erfahren hatte. Zeigte doch schon die eine Bestimmung, nach welcher Deutschland verpflichtet gewesen sein würde, Österreich in allen durch seine außerdeutschen Besitzungen veranlaßten Kriegen zu unterstützen, worauf das ganze Projekt vorzüglich hinauslief.

Die Gründe, die Bismarck gegen die Frankfurter Reformakte geltend machte, finden sich in einem vom 15. September datirten Berichte des Staatsministeriums an den König und sind in den Hauptpunkten folgende:

„Die verhältnismäßige Schwäche des Bundes, im Vergleiche zu der der deutschen Nation innewohnenden Gesamtkraft, beruht in der Schwierigkeit, die Bundeszentralgewalt so zusammenzusetzen und mit solchen Attributionen zu versehen, daß sie kräftig und wirksam sei, zugleich aber die berechtigte Unabhängigkeit der einzelnen Staaten schone und erhalte und der Bedeutung der verschiedenen Bundesglieder nach Maßgabe ihrer eigentümlichen und selbständigen Machtverhältnisse Rechnung trage. Diese Schwierigkeit . . . läßt sich bei dem besten Willen aller Beteiligten weder schnell noch vollständig überwinden. Sie steigert sich notwendig in dem Maße, als dem Bunde die Aufgabe gestellt wird, nicht nur, seinem ursprünglichen Zwecke entsprechend, die Sicherheit seiner Teilnehmer und des Bundesgebietes zu gewährleisten, sondern auch in der äußeren wie in der inneren Politik die Zwecke eines einheitlichen Staatswesens zu erfüllen. Bis in die letzten Dezennien ist es deshalb mit Sorgfalt vermieden worden, die Haltbarkeit des Bundes durch eine Erweiterung seines ursprünglichen Zweckes auf die Probe zu stellen. Man sagte sich mit Recht, daß das Einverständnis der mächtigsten Glieder über die Zielpunkte der gemeinsamen Bestrebungen die unentbehrliche Grundlage jeder wirksamen Aktion des Bundes bilde. Und diese Gemeinsamkeit ist um so schwerer herzustellen und festzuhalten, als weder Preußen noch Österreich der Freiheit völlig entsagen können, ihre Stellung zu den Fragen europäischer Politik nach den Interessen der Gesamtheit ihrer Monarchien zu regeln.

Der vorliegende Entwurf löst diese Schwierigkeit durch den

einfachen Mechanismus einer Mehrheitsabstimmung im Schoße des Direktoriums und durch eine Erweiterung des Bundeszweckes bis zu dem Maße, daß die Politik jeder dieser beiden Mächte in der durch das Zentralorgan des Bundes zu bestimmenden Gesamtpolitik des letzteren aufzugehen habe. In der Theorie ist diese Lösung eine leichte, in der Praxis ist ihre Durchführung unmöglich. . . Um einer beklagenswerten Eventualität vorzubeugen, erscheint es uns unerläßlich, daß der Bund durch eigne Aktion in die Beziehungen der europäischen Politik nur mit dem Einverständnisse der beiden Großmächte eingreife, und daß jeder der letzteren ein Veto mindestens gegen Kriegserklärungen, so lange nicht das Bundesgebiet angegriffen ist, zustehe. Dieses Veto ist für die Sicherheit Deutschlands selbst unentbehrlich. Ohne dasselbe würde je nach den Umständen die eine oder die andre der beiden Großmächte in die Lage kommen, sich der andern, durch eine Majorität weniger Stimmen verstärkten, ja mit der andern zusammen sich der Majorität dieser Stimmen unterwerfen zu sollen und doch der Natur der Dinge nach und ihrer eignen Existenz halber sich nicht unterwerfen zu können. . . Nicht auf der gezwungnen oder geforderten und doch nicht zu erzwingenden Unterordnung der einen Macht unter die andre, sondern auf ihrer Einigkeit beruht die Kraft und die Sicherheit Deutschlands. . . Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, wenn Preußen sich zu Gunsten einer scheinbaren Einheit Beschränkungen seiner Selbstbestimmung im voraus auflegen wollte, welche es im gegebnen Falle zu ertragen nicht imstande wäre. Der Anspruch jeder der beiden Großmächte auf ein derartiges Veto ist um so weniger ein unbilliger zu nennen, als die Berechtigung, eine Kriegserklärung zu hindern, verfassungsmäßig jeder Minorität beiwohnt, welche ein Drittel der Stimmen auch nur um eine übersteigt, ein solches

Drittel aber, sobald ihm keine der beiden Großmächte angehört, niemals eine Bevölkerung repräsentiren kann, welche der der preußischen oder der österreichischen Bundesländer gleichkäme...

Aber nicht bloß da, wo es auf Verhütung von Unternehmungen ankommt, durch welche die Festigkeit des gemeinsamen Bandes in Frage gestellt werden kann, sondern auch in Betreff der Beteiligung an der regelmäßigen Thätigkeit des Bundes erscheint es notwendig, daß die Formen der Bundesverfassung der Ausdruck der wirklichen Verhältnisse seien. Preußen ist als deutsche Macht nicht nur Österreich ebenbürtig, sondern es hat innerhalb des Bundes die größere Volkszahl. Die formelle Gleichstellung Preußens und Österreichs ist daher schon zu verschiednen Epochen Gegenstand der Verhandlung gewesen und bei Gründung der provisorischen Bundeszentralkommission ... haben beide deutsche Großmächte in völlig gleicher Stellung die Ausübung der Zentralgewalt namens sämtlicher Bundesregierungen übernommen. Auf dem Gebiete, in welchem bisher die Kompetenz des Bundes sich bewegte, steht der Vorsitz dem kaiserlich österreichischen Hofe vertragsmäßig in Form der geschäftlichen Leitung der Bundesversammlung zu. Bei neu zu schaffenden Institutionen aber, auf dem Gebiete umfassender Erweiterungen der Attribute und Befugnisse des Bundes und für Organe, welche den Bund wesentlich nach außen zu vertreten bestimmt sind, kann Preußen eine bevorzugte Stellung Österreichs nicht zulassen, sondern erhebt den Anspruch auf eine vollkommene Gleichheit. Daß es sich in dem Reformentwurfe, ungeachtet der Bezeichnung des Vorsitzes als einer nur formalen Leitung der Geschäfte, nicht um eine unwesentliche Äußerlichkeit handelt, wird um so mehr einleuchten, wenn man sich erinnert, daß selbst unter den alten Verhältnissen Preußen sich gegen eine ungerechtfertigte Aus-

dehnung der Bedeutung des Präsidialrechts hat verwahren müssen. . ."

Der Bericht fährt dann fort, indem er sagt, die Parität Preußens mit Österreich und die Beilegung eines Veto in den oben bezeichneten Grenzen seien notwendige Vorbedingungen der Zustimmung Preußens zu einer Erweiterung des Bundeszweckes und der Kompetenz der Bundeszentralbehörde, lösten aber die Aufgabe einer Vermittelung der divergirenden dynastischen Interessen behufs einer Erleichterung der einheitlichen Aktion des Bundes nicht. Der Vorschlag, den Streit dieser Interessen durch die Majoritätsabstimmungen der im Direktorium vertretenen Regierungen entscheiden zu lassen, sei weder gerecht noch politisch annehmbar. „Das Element," so heißt es weiter, „welches berufen ist, die Sonderinteressen der einzelnen Staaten im Interesse der Gesamtheit Deutschlands zur Einheit zu vermitteln, wird wesentlich nur in der Vertretung der deutschen Nation gefunden werden können. . . Die ausgedehnten Befugnisse, welche in der Reformakte dem aus wenigen und ungleichen Stimmen zusammengesetzten Direktorium mit und ohne Beirat des Bundesrates gegeben werden, die unvollkommene und den wirklichen Interessen nicht entsprechende Bildung der an Stelle einer Nationalvertretung vorgeschlagenen „Versammlung von Bundesabgeordneten," welche durch ihren Ursprung auf die Vertretung von Partikularinteressen, nicht von deutschen Interessen, hingewiesen ist, und die auf einen kleinen Kreis verhältnismäßig untergeordneter Gegenstände beschränkte und dennoch vage und unbestimmte Befugnis auch dieser Versammlung lassen jede Bürgschaft dafür vermissen, daß in der beabsichtigten neuen Organisation des Bundes die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation und nicht partikularistische Bestrebungen zur Geltung kommen werden. Diese Bürgschaft kann Eurer Ma-

jestät Staatsministerium nur in einer wahren, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung finden. Nur eine solche Vertretung wird für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutschland zu Gute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Organismus von Bundesbehörden kann das Spiel und Widerspiel dynastischer und partikularistischer Interessen ausschließen, welches sein Gegengewicht und sein Korrektiv in der Nationalvertretung finden muß. In einer Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstabe der Bevölkerung hervorgeht, wird der Schwerpunkt, so wenig wie außer Deutschland, auch nie in einen einzelnen, von dem Ganzen sich innerlich loslösenden Teil fallen, darum kann Preußen mit Vertrauen in sie eintreten. Die Interessen des preußischen Volkes sind wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes; wo dies Element zu seiner wahren Bedeutung und Geltung kommt, wird Preußen niemals befürchten dürfen, in eine seinen Interessen widerstrebende Politik hineingezogen zu werden — eine Befürchtung, die doppelt gerechtfertigt ist, wenn neben einem Organismus, in welchem der Schwerpunkt außerhalb Preußens fällt, die widerstrebenden partikularistischen Elemente prinzipiell in die Bildung der Volksvertretung hineingebracht werden."

Gegen den Schluß hin bezeichnet der Bericht sich nur als Hervorhebung der wesentlichsten Mängel der Frankfurter Reformakte, ohne deren Beseitigung dieselbe nicht annehmbar sei, und stellt es dem König anheim, über diese Punkte mit seinen Bundesgenossen in Verhandlung zu treten und, sobald diese sich geneigt zeigen sollten, auf die von den Berichterstattern angedeuteten Grundlagen einzugehen, die österreichische Regierung zu ersuchen, in Gemeinschaft mit der preußischen Ministerial-

konferenz zu anderweiter Feststellung eines demnächst den deutschen Fürsten und freien Städten zur Genehmigung vorzulegenden Reformplanes zu berufen.

Bemerkenswert sind noch die Schlußsätze des hier auszüglich zitirten, wie sich von selbst versteht, durchweg von Bismarck verfaßten Aktenstückes: „Für Eurer Majestät wird der nahe bevorstehende Zusammentritt des Landtags Gelegenheit bieten, die Auffassung der preußischen Landesvertretung in Betreff des Inhaltes der vorliegenden Reformakte und der von der königlichen Regierung derselben gegenüber vertretenen Grundsätze kennen zu lernen, und wie wir nicht zweifeln, werden die Kundgebungen der preußischen Landesvertretung schon jetzt mit Bestimmtheit erkennen lassen, daß nur solche Änderungen der bestehenden Bundesverträge auf ihre demnächstige verfassungsmäßige Zustimmung zu rechnen haben, vermöge deren die Würde und die Machtstellung Preußens und die Interessen der gesamten deutschen Nation in gleichem Maße ihre Berücksichtigung finden. Das preußische Volk bildet einen so wesentlichen Bestandteil des deutschen und ist in seinen Bedürfnissen und Interessen wie in seinen Wünschen und Gesinnungen mit der Gesamtheit der deutschen Nation so innig verwachsen, daß die Stimme des preußischen Landtags zugleich die bisher fehlenden Anhaltspunkte für die Beurteilung der Aufnahme der beabsichtigten Institutionen von seiten des deutschen Volkes gewähren wird."

Eine andre Gestalt nahm das Verhältnis Bismarcks zu Österreich an, als die schleswig-holsteinische Frage im Herbst 1863 brennend wurde. „Das ist die diplomatische Kampagne, auf die ich am stolzesten bin," sagte er 1877 zu uns in Varzin. Baron von Holstein fragte: „Sie wollten die Herzogtümer gleich von Anfang an?" — „Ja," erwiederte der Fürst, „gewiß, gleich nach dem Tode des Königs von Dänemark. Es war aber

schwer. Alles war dabei gegen mich, verschiedene Stellen am Hofe, Österreich, die kleinen deutschen Staaten, die Engländer, die uns den Kieler Hafen nicht gönnten. Mit Napoleon, da ging es, der dachte uns damit zu verpflichten. Endlich waren zu Hause die Liberalen dawider, die auf einmal das Fürstenrecht für wichtig hielten — es war aber nur ihr Haß und Neid gegen mich —, und auch die Schleswig-Holsteiner wollten nicht. Die alle und was weiß ich noch. Wir hatten damals eine Staatsratssitzung, wo ich eine der längsten Reden hielt, die ich je abgeschossen habe, und vieles sagte, was den Zuhörern unerhört und unmöglich vorgekommen sein muß. Nach ihren erstaunten Mienen zu urteilen, dachten sie offenbar, ich hätte zu stark gefrühstückt. Costenoble führte das Protokoll, und wie ich mir das hernach ansah, fand ich, daß die Stellen, wo ich am deutlichsten und eindringlichsten geworden war, weggelassen worden waren. Sie enthielten gerade meine besten Gründe. Ich machte ihn darauf aufmerksam und beschwerte mich darüber. Ja, sagte er, das wäre richtig; er hätte aber gemeint, daß mirs lieb sein würde, wenn das wegbliebe. Ich erwiederte: Ganz und gar nicht. Ich bestehe darauf, daß es so, wie ich es gesagt habe, hineinkommt."

Um seinen Zweck zu erreichen, mußte der preußische Minister sich zunächst den nichtdeutschen Großmächten und Dänemark gegenüber auf den Boden des Londoner Protokolls von 1852 stellen und zweitens sich die Mitwirkung Österreichs sichern. Preußen und Österreich hatten das Protokoll unterzeichnet, der Bund nicht. Dasselbe verlangte nach dem Ableben Friedrichs des Siebenten von Dänemark, daß Prinz Christian von Glücksburg ihm auf dem Throne Dänemarks und Schleswig-Holsteins folge, es verlangte aber zugleich, daß Schleswig niemals dem Königreiche einverleibt werde, und daß es seine Provinzialverfassung behalte. Zwei Tage nach seiner Thron-

besteigung aber unterschrieb der neue König eine Verfassung für Dänemark und Schleswig, welche letzteres thatsächlich dem ersteren inkorporirte. Infolge dessen brauchten ihn die deutschen Großmächte in den Herzogtümern nicht anzuerkennen, es sei denn, daß er seine Unterschrift zurückzog. Der Bund hatte nur in Betreff Holsteins und des Rechtes desselben auf Zusammengehörigkeit mit Schleswig in der Sache mitzureden. Das Interesse der Mittelstaaten, die in ihm das Wort führten, wies sie auf Unterstützung des Herzogs Friedrich von Augustenburg hin, der sich trotz ausdrücklichen Verzichts seines Vaters auf die ihm in den Herzogtümern zustehenden Rechte nach dem Tode Friedrichs des Siebenten als Erbe Schleswig-Holsteins ansah. Es sollte in letzterem ein neuer Mittelstaat, ein neuer Gegner Preußens geschaffen werden. Auch Österreichs Interesse schien das zu erfordern, zunächst aber überwogen andre Rücksichten. Man war in Wien wie in Berlin durch das Londoner Protokoll noch verpflichtet, man konnte sich dort so wenig wie hier von der Bundesversammlung majorisiren lassen, man nahm den wieder sehr lebendig gewordnen demokratischen Parteien die Sache aus der Hand, wenn man sie selbst erfaßte, man mußte schon im Hinblick auf den stark erregten deutschen Patriotismus mit Preußen gehen, wenn es als Verteidiger des Rechtes der Bevölkerung in den Nordmarken auftrat, und man glaubte auf diesem Wege am besten die vermuteten Annexionspläne der Berliner Politik beobachten, hemmen und schließlich vereiteln zu können. So gelang es Bismarck, Österreich von den Mittelstaaten zu trennen und für die nächste Zeit ein Einvernehmen mit demselben herzustellen, wie es zu Metternichs Zeit bestanden, und wie er es sich als Bundestagsgesandter wiederholt zurückgewünscht hatte. Dasselbe war vor der Hand Europa gegenüber unbedingt notwendig, und es schien nicht völlig unmöglich,

daß sich das Interesse Preußens auch später unter ihm durch ein Kompromiß wahren und fördern ließ. In einer Rede im Herrenhause, in der Bismarck später, am 24. Januar 1865, die Sache berührte, sagte er: „Wenn wir den Weg, den wir gegangen sind, nicht gehen wollten, so blieb uns kein andrer regelmäßiger Weg als der des Bundeskriegs. . . Nun liegt es auf der Hand, daß bei einem Bundeskriege Österreich nicht bloß als einfacher Bundesgenosse, sondern als Präsidialmacht mitgewirkt haben würde, und daß neben Österreich, und viel entscheidender, die Majorität des Bundestags nicht bloß auf die Kriegführung, sondern namentlich auf die schließliche Gestaltung der Herzogtümer eingewirkt haben würde. Daß wir von dieser Majorität eine wohlwollendere Berücksichtigung der preußischen Interessen zu erwarten gehabt hätten als von dem befreundeten, uns verbündeten Österreich, das werden, glaube ich, selbst die Herren, die uns diesen Vorwurf machen, nicht behaupten."

Wir verfolgen den Gang der Dinge, der sich durch dieses Zusammenwirken der deutschen Großmächte vollzog, nur in den Hauptereignissen. Zunächst handelten Österreich und Preußen noch im Einklang mit dem Bunde. Nachdem sie am 7. Dezember 1863 in Frankfurt beantragt, Holstein auf dem Wege der Exekution zu besetzen, und dies durch Absendung von 6000 Sachsen und ebenso viel Hannoveranern geschehen, stellten sie den weitern Antrag, der Bund solle Dänemark auffordern, die Verfassung, mit welcher Schleswig inkorporirt worden, wieder aufzuheben, und im Fall einer Weigerung dieses Herzogtum als Pfand für die Erfüllung jenes Verlangens okkupiren. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und nun gingen Österreich und Preußen in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte selbständig vor. Der Kaiser Napoleon war durch den kurz vorher erfolgten Ab-

schluß des preußisch-französischen Handelsvertrages wohlwollend gestimmt, er hatte sich in Italien zum Verteidiger der Rechte der Nationalitäten aufgeworfen, ihm schwebte wohl auch schon ein Abkommen mit Preußen vor, das Kompensationen versprach. Rußland war durch das Verhalten Bismarcks gegenüber der polnischen Insurrektion zu Danke verpflichtet. Englands Eifersucht wagte nicht, den Alliirten den Weg zu vertreten, der sie infolge dessen rasch zum Ziele führte.

Am 16. Januar 1864 Aufforderung Dänemarks von seiten Preußens und Österreichs, die Novemberverfassung zurückzunehmen; Zurückweisung derselben, Einmarsch der Verbündeten in Holstein und bald darauf in Schleswig, Räumung des Danewerks, Erstürmung der Düppeler Schanzen, Besetzung von ganz Schleswig und eines Teils von Jütland. Dann kurze Unterbrechung der Operationen durch eine Konferenz in London, wo Bismarck erklären ließ, daß Preußen sich vom Londoner Protokolle lossage. Ebendaselbst zunächst der von beiden deutschen Mächten ausgehende Vorschlag, die Herzogtümer sollten künftig nur durch Personalunion mit Dänemark verbunden sein, dann, nach Ablehnung desselben durch die Dänen, das Verlangen vollständiger Trennung Schleswig-Holsteins und Vereinigung derselben unter der Souveränetät des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg. Die Konferenz ging am 25. Juni ergebnislos auseinander, und der Krieg begann von neuem und endigte damit, daß, nachdem die Insel Alsen und ganz Jütland von den Verbündeten besetzt worden waren, Dänemark um Frieden bat. Derselbe kam auf der Basis zu stande, daß der König von Dänemark die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an den König von Preußen und den Kaiser von Österreich abtrat.

Bis hierher waren die Interessen Österreichs und Preußens

ungefähr dieselben gewesen. Von jetzt an lösten sie sich mehr und mehr, wobei Österreich sich im selben Tempo dem Bunde näherte. Preußen konnte nicht dulden, daß sich an der Nordgrenze Deutschlands ein neuer Mittelstaat bildete, der ohne Zweifel die antipreußische Mehrheit in der Bundesversammlung verstärkt, und dessen Herzog ebenso sicher bei Wahrung seines Vorteils mit dem Auslande gerechnet hätte. Der letztere mußte sich infolge dessen, falls er überhaupt regieren sollte, Vorsichtsmaßregeln, Beschränkungen seiner Souveränetät gefallen lassen, und das stimmte weder zu seiner eignen Rechnung, noch zu derjenigen der Mittelstaaten und ebenso wenig zu der althergebrachten österreichischen Politik. Als Bismarck dem Augustenburger die Bedingungen andeutete, unter denen ihn Preußen als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen wollte, begegnete er einer entschiedenen Ablehnung, nach welcher Bismarck nur noch daran denken konnte, die Mittelstaaten, noch mehr als bisher des Einflusses auf die schließliche Entscheidung der Frage zu entkleiden. Das erste, was in dieser Beziehung geschah, war die Entfernung der Exekutionstruppen des Bundes aus Holstein und Lauenburg. Österreich wirkte dabei am Bunde noch mit. Dann aber trennte sich die Wiener Politik allmählich von der des Berliner Kabinets. Die Herzogtümer waren jetzt gemeinschaftlich von den Truppen der beiden Großmächte besetzt und wurden von Kommissaren derselben gemeinschaftlich verwaltet, wobei sich aber bald herausstellte, daß der österreichische durch Begünstigung der vom Sophienblatt in Kiel mit allen Mitteln betriebenen Agitation für die Einsetzung des Erbprinzen als Herzog möglichst Vorschub leistete, während sein preußischer Kollege für die Annexion thätig war. Schon kam es zu gelegentlichen Protesten des einen gegen Verfügungen des andern. Als Graf Mensdorff-Pouilly den Vorschlag machte,

die Herzogtümer dem Erbprinzen zu übergeben, antwortete Bismarck ablehnend und ließ von den preußischen Kronsyndiken ein Gutachten ausarbeiten, das sich gegen die Ansprüche des Augustenburgers erklärte und den dermaligen Besitzern der drei Herzogtümer das Recht beilegte, unabhängig vom Bundestage in denselben gesetzliche Anordnungen zu treffen.

In einer Staatsschrift vom 13. Dezember fragte jetzt Bismarck vertraulich in Wien wegen der Annexion an. Österreich erklärte sich geneigt dazu, falls ihm Entschädigung dafür in Deutschland gewährt würde, wobei an die Grafschaft Glatz gedacht war. Davon konnte natürlich in Berlin nicht die Rede sein. Dagegen sagte jetzt Bismarck in einer Depesche vom 22. Februar 1865 die Anerkennung des Augustenburgers unter Bedingungen zu, unter denen die Verfügung des Königs von Preußen über die Militärkraft, das Postwesen und die Telegraphenlinien der Herzogtümer, der Eintritt derselben in den Zollverein und einige Gebietsabtretungen bei Kiel sowie an dem projektirten Nord-Ostseekanal die wichtigsten waren. Graf Mensdorff wies diese Vorschläge zurück, und am 6. April stimmte Österreich beim Bunde dem Antrage der süddeutschen Regierungen auf bedingungslose Einsetzung des Erbprinzen in die Regierung Holsteins zu. Derselbe erhielt die Mehrheit, wurde aber von Preußen nicht anerkannt und blieb daher ohne Wirkung. Als Bismarck darauf Anhörung der Stände Schleswig-Holsteins über die Streitfrage bei Österreich verlangte, weigerte sich Mensdorff dessen, und als man in Wien dann selbst Einberufung der Stände beantragte, forderte Bismarck vorher Ausweisung des „Prätendenten", dessen Nebenregierung eine freie Meinungsäußerung der Landesvertretung unmöglich mache.

Im Sommer 1865 schien, da Österreich nicht nachgab, eine Entscheidung durch die Waffen schon sehr nahe gerückt.

Von Karlsbad aus, wo der König Wilhelm sich damals mit seinem Minister befand, beklagte sich letzterer in Wien abermals über die Augustenburger Wühlerei und drohte mit einseitigem Vorgehen Preußens gegen dieselbe. Auf der Weiterreise des Königs nach Gastein fand in Regensburg eine Beratung desselben mit den preußischen Ministern und dem Gesandten am Wiener Hofe statt, in welcher Festhalten an den Februarbedingungen beschlossen wurde. Zwei Tage nachher, am 23. Juli, hatte Bismarck in Salzburg eine Unterredung mit dem bairischen Minister von der Pfordten, in der er seine Überzeugung aussprach, daß ein Krieg zwischen Preußen und Österreich nahe bevorstehe, und daran die Bemerkung knüpfte, das Interesse der Mittelstaaten erheische dringend, zu einer solchen Eventualität schon jetzt Stellung zu nehmen. Es handle sich um ein Duell zwischen den beiden Großmächten allein, und es würden weniger Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn das übrige Deutschland sich dabei passiv verhielte. Das könne es umsomehr, als Preußen nicht daran denke, sein Machtgebiet über die Mainlinie hinaus zu erstrecken. Lange werde übrigens die Entscheidung nicht auf sich warten lassen. Eine Hauptschlacht, und Preußen werde in der Lage sein, die Bedingungen zu diktiren. Baiern möge erwägen, daß es der natürliche Erbe der Stellung Österreichs in Süddeutschland sei.

Der Krieg wurde durch Unterhandlungen, die in Gastein zwischen Bismarck und Graf Blome, dem österreichischen Gesandten in München, stattfanden, noch einmal abgewendet. Am 14. August unterzeichneten die beiden Diplomaten eine Übereinkunft, nach welcher die Ausübung der im Wiener Friedensvertrage gemeinsam erworbenen Rechte Preußens und Österreichs unbeschadet der Fortdauer dieser Rechte beider Mächte an der Gesamtheit beider Herzogtümer in Bezug auf Schleswig dem

Könige von Preußen, in Betreff Holsteins dem Kaiser von Österreich übertragen und Lauenburg gegen eine Geldentschädigung an Preußen abgetreten wurde. Diese Konvention gelangte zur Ausführung, und General von Manteuffel wurde zum Statthalter von Schleswig, Feldmarschallleutnant von Gablenz zum Statthalter von Holstein ernannt, Lauenburg, zunächst durch Personalunion, mit Preußen vereinigt. Es war, wie Bismarck am Tage des Abschlusses der Übereinkunft seiner Gemahlin geschrieben hatte, nur eine „Verklebung der Risse im Bau." Die Teilung der Verwaltung der Herzogtümer zwischen Österreich und Preußen besserte die Verhältnisse nicht, da ersteres die Agitation der Augustenburgischen in Holstein nach wie vor begünstigte. Am 16. Oktober erschien der Erbprinz sogar auf schleswigschem Boden und ließ sich in Eckernförde als Landesherr festlich empfangen, worauf der Staatsanzeiger dies als „Usurpation einer unberechtigten Autorität" bezeichnete und mit der Drohung schloß: „Sollte der Prinz nochmals ohne Erlaubnis des Königs den schleswigschen Boden betreten und Anlaß zu neuen Demonstrationen darbieten, so wird seine Verhaftung zu gewärtigen sein." Eine Massenversammlung der von den Räten des Erbprinzen dirigirten Vereine, welche, von Gablenz zuerst verboten, dann auf ausdrücklichen Befehl des Wiener Kabinets gestattet, am 23. Januar 1866 in Altona abgehalten wurde, forderte ungestüm Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände und ließ den „rechtmäßigen Fürsten Herzog Friedrich" leben. Die holsteinische Presse floß unter voller Duldung Österreichs von Schmähungen gegen Preußen über.

Bismarck ließ durch den preußischen Gesandten in Wien umsonst Vorstellungen machen. „Die Presse," sagte er in einer Depesche vom 20. Januar 1866, „behandelt fortwährend den Prinzen von Augustenburg als legitimen, ja als regierenden

Landesherrn. Die immer noch geduldeten Vereine setzen Demonstrationen und Ovationen für den Prinzen und die Glieder seiner Familie in Szene, welche auf das deutlichste den Charakter der Souveränetät aussprechen. Durch die Verbindung aller dieser Umstände wird die bloße Anwesenheit und die Hofhaltung des Prinzen in Kiel von selbst zu einem fortgesetzten Proteste gegen die Berechtigung der beiden Souveräne. Die kaiserliche Regierung aber scheint zu vergessen, daß dieser Protest ebenso sehr gegen das Recht Seiner Majestät des Kaisers von Österreich wie gegen das Recht Seiner Majestät des Königs von Preußen gerichtet ist. . . . Wir sind auch nach der Gasteiner Konvention darauf gefaßt gewesen, daß die kaiserliche Regierung ihr eignes Recht in vollstem Maße verwerte und zur Geltung bringe, und wir haben bei allen unsern Plänen und Vorschlägen für die Zukunft der Herzogtümer dieses Recht als einen vollberechtigten Faktor mit in Anschlag gebracht und die Notwendigkeit festgehalten, uns mit demselben auseinanderzusetzen. Aber wir waren nicht darauf gefaßt, und wir sind berechtigt, dagegen zu protestiren, daß Österreich unser und sein gemeinsames Recht ungescheut verletzen lassen werde. . . . Seine Majestät der König sind berechtigt, zu fordern, daß hierin Abhilfe getroffen werde, und zwar, wenn die kaiserliche Regierung sich wirklich nicht in der Lage erachtet, die Demonstrationen zu verhindern, durch die Entfernung des Prinzen selbst. Es kommt noch ein andrer Punkt hinzu. Ich habe schon oben angedeutet, wie wir von dem österreichischen Regiment in Holstein eine Konsolidirung der konservativen Interessen gegenüber der allzulange geduldeten Unterwühlung des Landes durch eine weitverbreitete demokratische Agitation erwarteten, welche unter dem Schattenregiment eines machtlosen, von ihr abhängigen Souveräns die Verwirklichung ihrer Pläne hofft und schon jetzt bemüht ist, durch alle

Mittel der Einwirkung auf das Volk und namentlich auf die Jugend ihren Einfluß zu befestigen. Leider sind auch in dieser Beziehung unsre Erwartungen getäuscht. Die mit dem Hasse gegen das konservative Preußen Hand in Hand gehende demokratische Agitation steht in Vereinen und Presse in vollem Flor. Die kaiserlich österreichische Regierung mag diese Demoralisirung und Korruption der Bevölkerung mit verhältnismäßiger Gleichgiltigkeit ansehen. Wir können es nicht. Wie auch die zukünftige Entscheidung über die Herzogtümer ausfallen möge, ihr Zustand wird immer von großer Bedeutung für Preußen sein, und wenn dort ein Herd demokratischer und revolutionärer Tendenzen geschaffen wird, wie es das Bestreben der Partei ist, so wird zuletzt immer Preußen die Aufgabe zufallen, dort Ordnung zu schaffen. . . . In dem ganzen Verhalten Österreichs und auch in den Äußerungen seiner Vertreter tritt offen die Absicht hervor, an dem einstweiligen Besitz Holsteins festzuhalten als an einem Pfande, welches unter Umständen verwertet werden solle. Wir halten diese Absicht für eine durchaus legitime. . . . Aber ich kann es weder für weise noch für gerecht erkennen, wenn Österreich sie dadurch zu fördern glaubt, daß es ein Prätendententum, welches wir niemals anerkennen werden, scheinbar oder wirklich begünstigt, und daß es die Schwierigkeiten, welche sich den vorausgesetzten preußischen Plänen entgegenstellen, zu vermehren sucht. Das Wiener Kabinet möge nicht vergessen, daß, je größer diese Schwierigkeiten werden, umso geringer auch die Ansprüche werden, welche man an Preußen in Betreff der Entschädigung machen kann, ja daß am Ende durch ein zu weites Fortschreiten auf diesem Wege das Objekt selbst aus der Hand schlüpfen kann. Wir unsrerseits haben immer die Hoffnung auf eine Verständigung im friedlichen Wege festgehalten und bis dahin das Provisorium im Sinne herzlichen

Einvernehmens durchzuführen beabsichtigt. Aber das kaiserliche Kabinet wird sich nicht darüber täuschen dürfen, daß die Art, wie es die Gasteiner Konvention in einem gegen Preußen geradezu feindseligen Sinne auszubeuten sucht, nicht dazu geeignet ist, weder jene Hoffnung zu beleben, noch dieses Einvernehmen während des Provisoriums möglich zu machen."

Schon am 26. Januar ließ Bismarck dieser Depesche eine weitere folgen, die sich auf die Altonaer Massenversammlung bezog. Er sagte da u. a.: „Es erscheint fast unbegreiflich, daß es zu diesem Punkte hat kommen können, wenn wir auf die Tage von Gastein und Salzburg zurückblicken. Ich durfte damals annehmen, daß Seine Majestät der Kaiser von Österreich und seine Minister ebenso klar wie wir über den gemeinsamen Feind beider Mächte, die Revolution sähen, und wir glaubten über die Notwendigkeit und den Plan des Kampfes gegen dieselbe einig zu sein. Auf diese Überzeugung gestützt, machten wir in Wien den Vorschlag des Vorgehens in Frankfurt,*) auf welchen das kaiserliche Kabinet einging, dem es aber bald die Spitze abzubrechen suchte, und dessen Wirkung dadurch in nichts verlaufen ist. Dieses Verhalten war wohl geeignet, uns bedenklich zu machen, indessen konnten wir doch diese Lauheit und Zurückhaltung noch einer gewissen Passivität und der Nachwirkung früherer Traditionen zuschreiben. Wir durften daher ... uns enthalten, besorglichere Folgerungen daraus zu

*) Die identischen Mahnungen Preußens und Österreichs sind gemeint, die am 6. und 8. Oktober 1865 an den Senat von Frankfurt ergingen und sich gegen die Duldung richteten, die der Abgeordnetentag vom 1. Oktober dort erfahren hatte. Derselbe hatte von „Vergewaltigung des schleswig-holsteinischen Volkes" perorirt und erklärt: „Der Gasteiner Vertrag verletzt aufs tiefste alle Rechtsordnung und Rechtssicherheit in Deutschland," auch den deutschen Volksvertretungen empfohlen, Anleihen und Steuern zur Förderung der bisherigen Politik der Großmächte in den Herzogtümern zu verweigern.

ziehen. Das gegenwärtige Verhalten der kaiserlichen Regierung in Holstein trägt einen andern Charakter. Wir müssen es geradezu als ein aggressives bezeichnen. Die kaiserliche Regierung steht nicht an, genau dieselben Mittel der Agitation gegen uns ins Feld zu führen, welche sie mit uns gemeinsam in Frankfurt hatte bekämpfen wollen. Worin unterscheidet sich jene durch den Zuzug von Führern der Demokratie aus Hessen, Frankfurt, Baiern illustrirte Massenversammlung von denjenigen Versammlungen, über deren Zulassung Österreich selbst mit uns in Frankfurt Beschwerde geführt hat? Höchstens dadurch, daß der kaiserlichen Statthalterschaft in den holsteinischen Gesetzen wirksamere Gegenmittel zu Gebote standen als dem Frankfurter Senate, daß die Wühlerei in Holstein einen bestimmtern und greifbarern Gegenstand hat und noch unmittelbarer und feindlicher gegen Preußen gerichtet ist. Durch den Gasteiner Vertrag ist jedes der beiden Herzogtümer gleichsam als ein anvertrautes Pfand der Treue und Gewissenhaftigkeit des einen der beiden Mitbesitzer übergeben; wir hatten die Hoffnung, von da aus zu einer weitern Verständigung zu gelangen, und wir haben das Recht, zu fordern, daß bis zu dem Eintritte dieser Verständigung jenes Pfand selber unverletzt erhalten werde. Eine Beschädigung desselben, wie sie durch diese Umtriebe bewirkt wird, können und wollen wir uns nicht gefallen lassen. ... Es bedarf keiner besondern Auseinandersetzung, welchen Eindruck ein solches Verfahren seines Bundesgenossen im Kriege, jetzt im Frieden auf Seine Majestät den König ... machen, wie schmerzlich es ihn berühren müsse, revolutionäre und jedem Throne feindliche Bestrebungen unter dem Schutze des österreichischen Doppeladlers entfaltet zu sehen, und wie solche Eindrücke dahin führen müssen, das von Seiner Majestät lange und liebevoll gehegte Gefühl der Zusammengehörigkeit der beiden deutschen

Mächte zu erschüttern und zu schwächen. Die Regierung Seiner Majestät des Königs bittet demnach das kaiserliche Kabinet im Namen der beiderseitigen Interessen, den Schädigungen, welche die monarchischen Grundsätze, der Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit beider Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte Verfahren erleiden, ein Ziel zu setzen; sie hält es für ein Leichtes, wenn die Gesetze des Landes, an deren Bestehen kein ernster Zweifel obwalten kann, zur Anwendung gebracht werden, den unwürdigen Schmähungen in Presse und Vereinen gegen seinen Bundesgenossen und Mitbesitzer ein Ende zu bereiten und die Einwirkung des sogenannten Kieler Hofes auf das Land ... für die Zukunft unmöglich zu machen.... Eine verneinende oder ausweichende Antwort auf unsre Bitte würde uns die Überzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen habe, auf die Dauer gemeinsame Wege mit uns zu gehen, sondern daß die Preußen abgeneigten Tendenzen, daß ein, wie wir hofften, überwundener traditioneller Antagonismus gegen Preußen, welcher sich jetzt das Gebiet der Herzogtümer zum Felde seiner Wirksamkeit ausersehen hat, in ihr mächtiger ist als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Interessen. Es würde dies für die königliche Regierung, es würde vor allem für Seine Majestät den König eine schmerzliche Enttäuschung sein, welche wir wünschen und hoffen, uns erspart zu sehen. Aber es ist ein unabweisbares Bedürfnis für uns, Klarheit in unsre Verhältnisse zu bringen. Wir müssen, wenn die von uns aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesamtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen läßt, für unsre ganze Politik volle Freiheit gewinnen und von derselben denjenigen Gebrauch machen, welchen wir für die Interessen Preußens entsprechend halten.

Diese Vorstellungen waren erfolglos. Graf Mensdorff be-

antwortete sie am 7. Februar mit einer Depesche an Karolyi, deren Hauptgedanke sich in den Worten ausspricht: „Nicht die Substanz, sondern nur den einstweiligen Besitz der Errungenschaften des Wiener Friedensvertrages haben die beiden Mächte unter sich geteilt. Sie haben die definitive Lösung der Souveränetätsfrage einem künftigen Einverständnisse vorbehalten... In der einstweiligen Verwaltung Holsteins ist die kaiserliche Regierung keiner Kontrole unterworfen. Sie ist nach der Übereinkunft von Gastein nicht die alleinige Eigentümerin der holsteinischen Souveränetätsrechte, aber die Art der Ausübung derselben ist ihrem eignen freien Ermessen überlassen... Sie betrachtet jede einzelne Frage, welche im Bereich ihrer Administration in Holstein auftauchen mag, als ausschließlich zwischen sich und ihrem Statthalter schwebend, jeder andern Einwirkung aber entzogen." Bismarck bemerkte nach Empfang dieser Erwiederung dem österreichischen Gesandten, Preußens Beziehungen zu Österreich seien „nunmehr anstatt des intimen Charakters, den sie während der letzten Jahre angenommen, auf denselben Standpunkt zurückgeführt, auf dem sie vor dem dänischen Kriege gewesen — nicht besser, aber auch nicht schlimmer als zu jeder andern Macht."

Am 28. Februar fand in Berlin ein Ministerrat statt, dem der Gouverneur von Schleswig, der Chef des Generalstabs und der Gesandte in Paris beiwohnten, und der übereinstimmend der Überzeugung war, daß ein Zurückweichen in der Frage der Elbherzogtümer die Gefühle des Volkes verletzen und die Ehre des Landes kränken werde, und daß man auf dem bisher verfolgten Wege weiter vorschreiten müsse, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin. Indes wurden noch keinerlei kriegerische Vorbereitungen angeordnet. Am 10. März wurde in Wien ein Rat von Marschällen abgehalten, nach welchem die Ansammlung

von Truppen in Böhmen und Mähren verfügt wurde. Sechs Tage später erklärte Graf Mensdorff in einer Depesche an die Vertreter Österreichs bei den deutschen Regierungen, daß die kaiserliche Regierung die Absicht hege, falls Preußen einen offenen Bruch herbeiführe, das Einschreiten des Bundes auf Grund des Artikels 11 der Bundesakte und des Artikels 19 der Wiener Schlußakte in Anspruch zu nehmen und zugleich dem Bunde alle weiteren Entschließungen zur Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit anheimzustellen." Der Präsidialgesandte sei beauftragt, der Bundesversammlung anzuzeigen, daß die Bemühungen Österreichs, die Herzogtümerfrage im Einvernehmen mit Preußen zu lösen, gescheitert seien. Preußen treffe Vorbereitungen zu einem Kriege, und im Hinblick hierauf sei Graf Karolyi beauftragt worden, den preußischen Ministerpräsidenten um positiven Aufschluß darüber anzugehen, ob der Berliner Hof sich wirklich mit dem Gedanken trage, die Gasteiner Konvention mit gewaltsamer Hand zu zerreißen. „Würde die Gefahr eines Friedensbruchs noch dringender, . . . so würde die Notwendigkeit vorhanden sein, rasch und entschieden die Maßregeln zu ergreifen, durch welche . . . jeder Selbsthilfe vorzubeugen und der bereits unternommenen Einhalt zu thun wäre. Einem drohenden Angriffe Preußens gegenüber könnten diese Maßregeln nur in der Kriegsbereitschaft des 7., 8., 9. und 10. Bundeskorps und in der Aufstellung derselben im Verbande mit der österreichischen Armee bestehen."

Bismarck that diesen Äußerungen gegenüber mit der Depesche vom 24. März an die Gesandten Preußens bei den deutschen Höfen einen Gegenschritt. Er stellte in Abrede, daß Preußen gerüstet habe, wies darauf hin, daß Österreich sich zum Kriege vorbereite und bald eine starke Heeresmacht an der preußischen Grenze haben werde, und erklärte, man werde da-

gegen Verteidigungsmaßregeln anordnen müssen. Dann fuhr er fort: „Aber Maßregeln zu unsrer augenblicklichen Sicherung sind nicht das einzige, was die Situation von uns gebieterisch fordert. Die Erfahrung, welche wir wiederum über die Zuverlässigkeit eines österreichischen Bündnisses und über die wahren Gesinnungen des Wiener Kabinets gegen uns gemacht haben, nötigen uns, auch die Zukunft ins Auge zu fassen. . . Preußen ist durch seine Stellung, seinen deutschen Charakter und durch die deutsche Gesinnung seiner Fürsten vor allem darauf angewiesen, Garantien in Deutschland selbst zu suchen. Auf dem Boden der deutschen Nationalität und in einer Kräftigung der Bande, welche uns mit den übrigen deutschen Staaten verbinden, dürfen wir hoffen und werden wir immer zuerst versuchen, die Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit zu finden. . . Der Bund ist in seiner gegenwärtigen Gestalt für jenen Zweck und für die aktive Politik, welche große Krisen jeden Augenblick fordern können, nicht ausreichend. Seine Einrichtungen waren darauf berechnet, daß die beiden deutschen Großmächte stets einig seien; sie haben bestehen können, so lange dieser Zustand durch eine fortgesetzte Nachgiebigkeit Preußens gegen Österreich erhalten wurde, einen ernsthaften Antagonismus der beiden Mächte können sie nicht ertragen. . . Daß auch das Bundesmilitärwesen nicht in einer der Sicherheit Deutschlands genügenden Weise geordnet ist, haben wir wiederholt gegen unsre Genossen im Bunde ausgesprochen und uns vergeblich bemüht, es innerhalb der alten Bundesverhältnisse auf neuen, angemessenen Grundlagen zu verbessern. Wir vermögen in der jetzigen Lage der Dinge uns das Vertrauen auf eine wirksame Hilfe des Bundes, im Falle wir angegriffen würden, nicht zu bewahren. Bei jedem Angriffe . . . werden wir immer zunächst auf unsre eignen Kräfte angewiesen sein, wenn nicht ein besonders guter Wille

einzelner deutscher Regierungen zu unsrer Unterstützung Mittel in Bewegung setzt, welche auf dem gewöhnlichen bundesmäßigen Wege viel zu spät flüssig werden würden, um noch von Wert für uns zu sein... Diese Erwägung und die abnorme Lage, in welche Preußen durch die feindselige Haltung der andern im Bunde befindlichen Großmacht gebracht ist, drängt uns die Notwendigkeit auf, eine den realen Verhältnissen Rechnung tragende Reform des Bundes in Anregung zu bringen... Wir glauben, daß wir dabei nicht nur in unserm eignen Interesse handeln. Schon durch die geographische Lage wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch... Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsre Stellung gerade wegen unsrer geographischen Lage gefährdeter als die der meisten andern europäischen Staaten; das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft einmal gebrochen wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv beteiligt bleiben würde. Dies zu verhüten, sollten alle deutschen Regierungen als eine heilige Pflicht ansehen und dazu mit Preußen zusammenwirken. Wenn der deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt .. den großen europäischen Krisen, die aus mehr als einer Ursache jeden Augenblick auftauchen können, entgegengehen soll, so ist sehr zu befürchten, daß er seiner Aufgabe erliegen und Deutschland vor dem Schicksal Polens nicht schützen werde." Die Depesche bat zum Schluß um Beantwortung der Frage, ob und in welchem Maße Preußen, von Österreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege genötigt, von der betreffenden Regierung Unterstützung zu erwarten habe.

Die meisten Regierungen verwiesen in ihrer Antwort auf den Bund. Demzufolge ließ Bismarck am 9. April in der

Bundesversammlung den Antrag stellen, dieselbe wolle beschließen, eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrechte der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten, in der Zwischenzeit aber, bis zum Zusammentritt derselben, durch Verständigung der Regierungen unter einander diese Vorlage festzustellen." Verschiedene Regierungen waren der Ansicht, daß man sich vor Beschlußnahme über die Berufung des hier vorgeschlagenen Parlaments erst über die materielle Seite der Reformfrage einigen müsse, mit andern Worten, daß Preußen dem Bunde erst seinen Reformplan vollständig vorzulegen habe. Dem gegenüber erklärte Bismarck am 27. April den deutschen Kabinetten: „Unsre Reformvorschläge werden wir unsern Bundesgenossen erst dann vorlegen, wenn der Zusammentritt des Parlaments zu einem gewissen Tage gesichert ist... Die Bestimmung des Termins der Parlamentseröffnung vor Beginn der Regierungsverhandlungen über die Reformvorlagen ist der Kern unsers Antrages vom 9. April. Mit der Ablehnung dieser Frage wäre die ernstliche Behandlung der Bundesreform überhaupt thatsächlich abgelehnt." Indes versuchte Bismarck mit einzelnen Regierungen eine Vorverständigung über die Grundgedanken seiner Reform, und als sich am Bunde ein Ausschuß zur Begutachtung derselben gebildet hatte, legte der preußische Gesandte eine Skizze des Reformplans vor. Darnach verlangte Preußen: 1. Einführung einer periodisch einzuberufenden Nationalvertretung in den Bundesorganismus, durch deren Beschlußfassung auf speziell bezeichneten Gebieten der künftigen Bundesgesetzgebung die erforderliche Stimmeneinheit ersetzt werden sollte. 2. Erstreckung der Kompetenz des neuen Bundesorgans auf die im 64. Artikel

der Wiener Schlußakte unter dem Namen „Gemeinnützige Anordnungen" zusammengefaßten Materien. 3. Hinzutritt der Regulirung des Verkehrswesens. 4. Freizügigkeit und allgemeines deutsches Heimatsrecht. 5. Allgemeine Zoll- und Handelsgesetzgebung unter dem Gesichtspunkte einer regelmäßigen gemeinsamen Fortentwicklung. 6. Organisation eines gemeinsamen Schutzes des Handels und der Schifffahrt Deutschlands im Auslande und Regulirung der Konsularvertretung Gesamtdeutschlands. 7. Gründung einer deutschen Flotte mit den erforderlichen Kriegshäfen. 8. Revision der Bundeskriegsverfassung. Bezüglich der Berufung des Parlaments ad hoc sollte für das aktive Wahlrecht das Prinzip direkter Wahlen und des allgemeinen Stimmrechts maßgebend sein, in Betreff des passiven wurden die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes von 1849 als für Preußen annehmbar bezeichnet.

Die Regierungen verhielten sich zu diesen Vorschlägen der Mehrzahl nach gleichgiltig, mißtrauisch oder feindselig. Sie fürchteten Schädigung ihrer Partikularinteressen durch eine Nationalvertretung dieser Art, sie sahen sich durch die beiden Großmächte gegen Gefahr von außen her hinlänglich gesichert, sie meinten ihre bisherige Bedeutung bewahren zu können, ohne mehr leisten zu müssen. Das deutsche Volk aber, oder richtiger die mehr oder minder demokratischer Tendenz huldigenden Parteien desselben waren in ihrer Verblendung und Verbitterung voll Argwohn über den Reformgedanken. Was konnte von einem Bismarck Gutes kommen? Lieber Fortdauer des verhaßten Bundestags als das ersehnte Parlament aus der Hand eines Ministers, der nicht nach den Ansichten und Ansprüchen der Berliner Fortschrittspartei regierte!

Mittlerweile stritt man sich zwischen Berlin und Wien über die angeblich oder wirklich erfolgten Kriegsvorbereitungen herüber

und hinüber, rüstete ab und rüstete von neuem und versuchte nochmals zu einer Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zu gelangen. Am 26. April schlug Graf Mensdorff in einer Depesche an Karolyi dem preußischen Hofe vor, „dem Bunde zu geben, was des Bundes ist," und sich mit Österreich „zu einer Erklärung in Frankfurt zu vereinigen, des wesentlichen Inhalts, daß Österreich und Preußen beschlossen hätten, die durch den Wiener Friedensvertrag erworbenen Rechte auf denjenigen Prätendenten zu übertragen, welchem der deutsche Bund die überwiegende Berechtigung zur Erbfolge im Herzogtume Holstein zuerkennen würde," wofür dem preußischen Staate gewisse Zugeständnisse gemacht werden sollten, mit deren Gewährung sich das Wiener Kabinet im Verlaufe der früheren Verhandlungen einverstanden erklärt hatte. Bismarcks Antwort, vom 7. Mai datirt, faßt sich im wesentlichen in die Worte zusammen: wir stehen auf dem Boden der Verträge von Wien und Gastein. Der König von Dänemark war zu voller Zession der Herzogtümer berechtigt, die beiden deutschen Mächte haben dieselben unbedingt erworben. Der Bund hat also über den rechtmäßigen Besitz Holsteins nicht zu entscheiden. Wir halten an den gedachten Verträgen fest und „würden es als Verletzung derselben betrachten, wenn die kaiserliche Regierung einen in Betreff unsrer gemeinsamen Rechte an den Herzogtümern gegen unsern Willen gefaßten Bundesbeschluß als maßgebend behandeln wollte. . . Ebenso wenig, wie wir die Entscheidung über die Frage der jeweiligen Majorität von deutschen Regierungen überlassen können, hegen wir die Absicht, unsern Anteil an den von uns durch Krieg und Vertrag erworbenen Rechten einem Dritten zu übertragen, welcher uns keine Bürgschaft eines Äquivalents für die Opfer bietet, mit welchen wir den Erwerb jener Rechte haben erkaufen müssen. Wenn die kaiserliche Regierung dagegen über

ihre Rechte an der gemeinsamen Errungenschaft eine anderweite Verfügung treffen will, so wird sie uns sofort zur Verhandlung über dieselbe bereit finden. . . Über die Lösung oder Fortbildung unsers Mitbesitzverhältnisses kann von uns nur mit Österreich verhandelt werden. Erleichtert, resp. modifizirt könnten diese Verhandlungen werden, wenn es gelänge, gleichzeitig über die von uns angebahnte Reform der Bundesverfassung eine Verständigung mit dem kaiserlichen Kabinet zu erzielen."

In Wien war von solcher Verständigung nicht die Rede, und die Möglichkeit eines Krieges, für den sich Bismarck inzwischen an Italien einen Bundesgenossen gewonnen hatte, wurde von Woche zu Woche mehr zur Wahrscheinlichkeit. Die Liberalen in Preußen und im übrigen Deutschland thaten dagegen, was sich mit hochtrabenden Erklärungen und Verwahrungen thun ließ, verdammten den drohenden Krieg als einen nur dynastischen Zwecken dienenden, drohten mit dem Fluche der Nation und der Strafe des Landesverrats und gefielen sich in ähnlichen pathetischen Possen. Wichtiger war, daß es in Berlin einen zu Österreich hinneigenden und mit ihm liebäugelnden Minister gab, und noch wichtiger, daß am Hofe an hoher Stelle auf den König gewirkt wurde, und daß fürstliche Verwandte außerhalb Preußens in ähnlicher Weise thätig waren. Von größter Bedeutung aber war, daß der Monarch nach eignem Gefühle sich lange Zeit nicht entschließen konnte, definitiv mit Österreich zu brechen und sich mit einer Macht wie Italien zu verbünden, und daß seine Bedenken erst schwanden und einem Entschlusse Raum gaben, als Bismarck ihn mit bündigen Beweisen überzeugte, daß er den Degen ziehen müsse, wenn neben dem Interesse Preußens nicht auch dessen Ehre Schaden leiden sollte. So erfolgte die Mobilmachung der Armee, erst eines Teils derselben, dann aller Korps. Bismarck hegte Vertrauen auf den Ausgang des Kampfes, und wenn derselbe

ihm trotzdem als ein Wagnis erscheinen mußte, bei dem für Preußen und Deutschland die höchsten Güter auf dem Spiele standen, so gebot ihm der Gewinn, der für beide mit einem Siege der preußischen Fahnen verbunden war, entschlossenes Vorwärtsschreiten auf dem betretenen Wege. Vorher aber machte er noch einen Versuch, sich mit Österreich zu verständigen und zwar auf völlig neuer Basis. Eine Anspielung darauf findet sich in seiner Zirkulardepesche vom 4. Juni 1866, wo es heißt: „Auslassungen einflußreicher österreichischer Staatsmänner und Ratgeber des Kaisers sind dem Könige aus einer authentischen Quelle mitgeteilt worden, welche keinen Zweifel lassen, daß die kaiserlichen Minister Krieg um jeden Preis wünschen, teils in der Hoffnung auf Erfolg im Felde, teils um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen — ja selbst mit der ausgesprochenen Absicht, den österreichischen Finanzen durch preußische Kontributionen oder durch einen ehrenvollen Bankerott Hilfe zu verschaffen." Später, 1869, teilte er dem sächsischen Minister von Friesen in einer Unterredung näheres darüber mit. Noch Genaueres bin ich in der Lage zu berichten, beiläufig nach einem Gespräche, das ich am 28. Januar 1883 hatte. Mein Gewährsmann erzählte:

„Kurz bevor die ersten Schüsse fielen [es muß nach dem obigen etwa vierzehn Tage vor Ausbruch des Krieges gewesen sein], schickte Bismarck einen Sachsen, den damals in Berlin lebenden Bruder des österreichischen Generals von Gablenz, nach Wien zum Kaiser mit Vorschlägen zum Frieden auf Grund des Dualismus und gemeinschaftlicher Wendung gegen Frankreich. Er ließ ihm vorstellen, wir hätten 6- bis 700000 Mann auf den Beinen, sie auch eine Menge Leute. Da sollten wir uns lieber vertragen und eine Schwenkung, eine große Frontveränderung vornehmen, nach Westen, beide zusammen, wir im

Norden, sie im Süden, gegen Frankreich, und das Elsaß wiedernehmen, Straßburg zur Bundesfestung machen. Frankreich wäre jetzt schwach gegen uns. Es würde kein gerechter Grund zum Kriege mit den Franzosen vorhanden sein, aber wir könnten uns damit entschuldigen, vor uns, daß es auch kein gerechtes Verfahren gewesen sei, als Frankreich uns das Elsaß und mitten im Frieden Straßburg genommen hätte.*) Wenn wir den Deutschen die als Morgengabe brächten, so würden sie sich unsern Dualismus gefallen lassen. Sie [die Österreicher] sollten im Süden gebieten, über das siebente und achte Armeekorps verfügen, wir über das neunte und zehnte Bundesfeldherr sein. Der Dualismus ist uralt in Deutschland, Ingävonen und Istävonen, Welfen und Ghibellinen, Hochdeutsche und Plattdeutsche. [Ich erlaubte mir einzuschalten: „Unten keltischer Beisatz, oben slavischer."] Nun denn, Gablenz kam mit seinem Auftrage vor den Kaiser, welcher der Sache nicht ungeneigt schien, aber erst den Minister des Auswärtigen hören zu müssen erklärte, Mensdorff. Der war nicht für solche Gedanken geschaffen, aber der Sache auch nicht gerade entgegen; er meinte, er müsse mit den andern Ministern reden. Die waren aber für den Krieg gegen uns. Der Finanzminister sagte — er dachte, sie würden uns schlagen — erst müßte er fünfhundert Millionen Kriegskontribution haben von uns oder eine gute Gelegenheit, den Staatsbankerott zu erklären. Der Kriegsminister war mit Bismarcks Gedanken eigentlich nicht unzufrieden; erst müsse aber gerauft werden, meinte er, dann könnten wir uns mit einander vertragen und zusammen gegen die Franzosen losgehen. So kam denn Gablenz unverrichteter Sache zurück, und einige Tage nachher reisten der König und sein Minister auf den böh-

*) Man vergleiche auch das folgende Kapitel, wo sich aus der Zeit kurz vor und kurz nach dem Kriege von 1866 reichliche weitere Rechtfertigungsgründe ergeben.

mischen Kriegsschauplatz ab. Es war schade, die alte Einheit oder vielmehr Uneinigkeit, der Frankfurter Bund wäre aufgelöst worden, aber es wäre nach außen hin keine Zerreißung gewesen. Der Nordbund und der Südbund sollten gegen das Ausland in ein enges Bündnis treten mit gegenseitiger Garantie ihres Besitzes an Gebiet."

Von jetzt an entwickelten sich die Dinge rascher. Am 1. Juni erklärte Österreich in Frankfurt, daß es die Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit dem Bundestage überlasse und seinen Statthalter in Holstein mit der Einberufung der dortigen Ständeversammlung beauftragt habe. Preußen that Einspruch gegen beides, da ersteres der Gasteiner Konvention und dem Vertrage vom 16. Januar 1864 widersprach, nach welchen die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer und namentlich die Erbfolgefrage nur im gegenseitigen Einverständnisse geordnet werden sollten, und zur Einberufung der Stände eine von beiden Souveränen erteilte Vollmacht gehörte. In der Zirkulardepesche vom 4. Juni erklärte Bismarck den fremden Höfen: „Der Krieg ist ein abgemachter Beschluß in Wien, der einzig nächste Punkt ist der, den günstigen Augenblick zu seinem Beginn zu wählen."

Auf Preußens Protest folgte ohne Verzug eine entsprechende Handlung. Am 6. Juni benachrichtigte der preußische Statthalter in Schleswig den österreichischen in Holstein, daß nach der Ansicht seiner Regierung durch Österreichs Vorgehen am Bunde der Bruch der Gasteiner Übereinkunft erfolgt sei und damit die vor derselben giltig gewesenen Verhältnisse wieder aufgelebt seien. Er werde auf Befehl des Königs am nächsten Tage in Holstein einrücken, jedoch, um den friedlichen Charakter dieser Maßregel nicht zu stören, nicht in solche Orte, wo Österreicher ständen. Er hoffe, Freiherr von Gablenz werde sich

mit ihm leicht über die neue Sachlage einigen. Am nächsten Tage rückten die Preußen in Holstein ein, und Manteuffel schlug sein Hauptquartier zunächst in Rendsburg auf. Gablenz zog sich unter Protest von Kiel nach Altona zurück, in dessen Umgebungen er seine Truppen konzentrirte. Mit ihm entfernte sich auch der Prätendent samt seiner Nebenregierung. Am 12. Juni gaben die Österreicher ihre Stellung in Holstein ganz auf und zogen über Hannover nach Hessen ab. Preußen übernahm die oberste Regierungsgewalt in Holstein. Der von Gablenz angeordnete Zusammentritt der Stände wurde verhindert.

In der Bundesversammlung ließ Bismarck am 9. Juni durch den preußischen Gesandten die Insinuation der österreichischen Regierung, Preußen habe die Annexion der Herzogtümer mit Gewalt durchführen wollen, als wahrheitswidrig zurückweisen und die Erklärung abgeben, die königliche Regierung, bereit, die schleswig-holsteinische Frage in Verbindung mit der Bundesreform zu behandeln, erwarte nur den Augenblick, wo sie diese Frage mit einer Bundesgewalt verhandeln und erledigen könne, in welcher die Mitwirkung der nationalen Vertretung dem Einflusse partikularer Interessen das Gegengewicht halte und die Bürgschaft gewähre, daß die von Preußen gebrachten Opfer schließlich dem ganzen Vaterlande und nicht der dynastischen Begehrlichkeit zu Gute kommen würden.

Da an eine rechtzeitige Erledigung der Bundesreformskizze, die Preußen in Frankfurt vorgelegt hatte, nicht mehr zu denken war, wendete sich Bismarck am 10. Juni durch eine Zirkulardepesche unmittelbar an die Bundesgenossen Preußens und unterbreitete ihnen die Grundzüge einer Verfassung zur Erwägung, woran er das Ersuchen knüpfte, sich über die Frage schlüssig zu machen, ob sie, falls die bisherigen Bundesverhältnisse sich lösen

sollten, einem auf der Basis dieser Modifikation des alten Bundesvertrags neu zu errichtenden Bunde beizutreten geneigt sein würden. Die wichtigsten Bestimmungen jenes Verfassungsentwurfs waren folgende: Das Bundesgebiet besteht aus denjenigen Staaten, welche dem Bunde bisher angehört haben, mit Ausnahme der österreichischen und niederländischen Landesteile. Die gesetzgebende Gewalt wird von dem Bundestage in Gemeinschaft mit einer in regelmäßigen Zeiträumen zu berufenden Nationalvertretung ausgeübt, die aus direkten Wahlen hervorgeht, welche nach dem Reichswahlgesetze von 1849 vorzunehmen sind. Die Bundesstaaten bilden ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet. Der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt sollten ungefähr die Angelegenheiten unterliegen, die jetzt zur Kompetenz des Bundesrats und des Reichstags gehören. Die Bundesgewalt sollte sodann das Recht haben, Krieg zu erklären, Frieden sowie Bündnisse und Verträge zu schließen und in völkerrechtlicher Vertretung des Bundes Gesandte zu ernennen und zu empfangen. Die Kriegsflotte des Bundes sollte eine einheitliche sein und unter preußischem Oberbefehle stehen. Die Landmacht des Bundes sollte ferner in eine Nordarmee, unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, und in eine Südarmee eingeteilt sein, deren Oberfeldherr der König von Baiern sein sollte. Der letzte Artikel des Verfassungsplans besagte: „Die Beziehungen des Bundes zu den deutschen Landesteilen des österreichischen Kaiserstaates werden nach erfolgter Vereinbarung über dieselben mit dem zunächst einzuberufenden Parlamente durch besondere Verträge geregelt werden."

Bismarck beabsichtigte also keine vollständige Trennung Deutschlands von Österreich, und wir werden bald gewahr werden, daß er, als eine solche erfolgt war, neue Beziehungen zu dem Kaiserstaate, die für diesen wie für das neue Deutsch-

land ein Bedürfnis waren, mit derselben Ausdauer und Konsequenz anzuknüpfen suchte, mit der er die Lösung des alten Verhältnisses, soweit es für Deutschland nachteilig war, schon seit Jahren für den Fall der Unbelehrbarkeit der Wiener Politik im Sinne gehabt und seit dem Rückfall der letzteren in ihre alte Feindseligkeit gegen Preußen erstrebt hatte.

Diese Feindseligkeit erreichte ihren Gipfel, als Österreich am 11. Juni in der Bundesversammlung den Einmarsch Manteuffels in Holstein als gewaltthätige Selbsthilfe bezeichnete und unter der Behauptung, die preußische Regierung habe, „sich zum Richter über den deutschen Bund aufwerfend, ihr Verhältnis zu diesem Staatenbunde und ihre weitern Entschließungen davon abhängig erklärt, daß derselbe Preußens Forderungen erfüllen wolle und könne," den Antrag stellte, die Mobilmachung der nichtpreußischen Armeekorps zu beschließen. Dieser Antrag fand am 14. Juni mit 9 gegen 6 Stimmen Annahme, obwohl der preußische Gesandte jede geschäftliche Behandlung desselben als bundeswidrig bezeichnet hatte. Der Vertreter Preußens erklärte darauf im Auftrage seines Königs den Bundesvertrag für gebrochen und deshalb nicht mehr verbindlich. Es war die letzte Folge des seit fast zwei Jahrzehnten mit geringer Unterbrechung fortgesetzten Bemühens der Wiener Politik, den Bund gegen Preußen ins Feld zu führen.

Über den Krieg, der nunmehr entbrannte, können wir hier nur sagen, daß er kurz und mit dem Tage von Königgrätz in der Hauptsache für Preußen entschieden war. Sehr erhebliche militärische Schwierigkeiten waren jetzt von diesem nicht mehr zu überwinden, wohl aber erhoben sich solche durch die vom Kaiser Franz Josef angerufene Einmischung Frankreichs. Am 4. Juli telegraphirte der Kaiser von Österreich dem Kaiser Napoleon, er sei bereit, Venetien an Frankreich abzutreten, und

ersuche um seine Vermittelung in dem Streite mit Preußen und Italien. Napoleon schickte sich infolge dessen an, als Schiedsrichter einzuschreiten. In der Nacht vom 4. zum 5. lief im preußischen Hauptquartier zu Horitz ein Telegramm ein, in welchem er von der Hochherzigkeit des Königs Wilhelm hoffte, derselbe werde nach so großem Erfolge seine Bemühungen zur Herstellung des Friedens gern annehmen, und einen Waffenstillstand vorschlug. Die preußische Antwort darauf lautete bejahend. Doch erhielt zu gleicher Zeit der Botschafter in Paris die Weisung, dem Kaiser mitzuteilen, daß ein Waffenstillstand nur unter bestimmten Bedingungen bewilligt werden könne, und am 7. ging Prinz Reuß mit einem Schreiben des Königs an Napoleon ab, in welchem diese Bedingungen angegeben waren. Es hieß darin, ein Waffenstillstand könne zugestanden werden, wenn Österreich sich anheischig mache, im zukünftigen Frieden auf seinen Austritt aus dem deutschen Bunde, auf Errichtung eines Bundesstaates mit nationaler Grundlage und auf territoriale Vergrößerung Preußens zum Zwecke der Verbindung der jetzt getrennten Teile der Monarchie einzugehen. Napoleon schlug dem gegenüber in einer Beratung am 10., zu welcher die Vertreter Österreichs und Preußens eingeladen waren, zunächst vor, die beiden deutschen Großstaaten sollten in Zukunft allein stehen, während die übrigen deutschen Staaten zu einem Bunde zusammentreten sollten. Es lag auf der Hand, daß er mit letzterem die Möglichkeit zu einem neuen Rheinbunde im Auge hatte. Infolge dessen lehnte der Vertreter Preußens diesen Plan ab, derjenige Österreichs that desgleichen, und Napoleon fand sich bewogen, sich mit seinen weitern Vorschlägen den preußischen Bedingungen zu nähern. Um diese Intervention zu vereiteln, versuchte Bismarck nochmals, sich auf vertraulichem Wege mit dem Wiener Kabinet zu verständigen. In seinem

Auftrage ging von Brünn aus, wo sich das preußische Hauptquartier vom 12. bis 18. Juli befand, der Baron Herring mit folgenden Vorschlägen zu Friedensverhandlungen ab: Österreich tritt außer Venetien nichts von seinem Gebiete ab, zahlt auch keine Kriegsentschädigung, in Deutschland wird der Main als Grenze der Hegemoniebestrebungen Preußens angenommen, Süddeutschland bleibt sich selbst überlassen, und Österreich kann sich mit demselben in Verbindung setzen — alles das soll aber nur für den Fall zugestanden werden, daß Frankreich von dem Friedensschlusse fern gehalten wird. In Wien zeigte man sich hohen Orts von diesen Vorschlägen angenehm überrascht. Aber Fürst Moritz Esterhazy, der großen Einfluß auf den Minister des Auswärtigen besaß, empfing den Träger derselben gleich anfangs mit Kälte, ließ ihn fast dreißig Stunden auf Antwort warten und fertigte ihn schließlich mit ausweichenden Redensarten und der Erklärung ab, man werde nur auf eine offizielle Einladung einen Unterhändler ins preußische Hauptquartier absenden. Herring eilte sofort nach Nikolsburg, wo sich dasselbe nunmehr befand, kam aber später als Benedetti, der Agent Napoleons, dort an, und man sagte ihm: „Eine Stunde früher würden die Verhandlungen einen andern Gang genommen haben. Wir können jetzt die Intervention Frankreichs nicht mehr ablehnen, weil sie schon acceptirt worden ist.“

Napoleons neuer Vorschlag ging auf einen Waffenstillstand auf Grund nachstehender vorläufiger Zugeständnisse: Erhaltung der Integrität Österreichs, Ausscheiden desselben aus dem Verbande mit deutschen Staaten, Gründung eines norddeutschen Bundes unter der militärischen Führung Preußens und Berechtigung der süddeutschen Staaten zu einer völkerrechtlich unabhängigen Union. Von einer Vergrößerung Preußens war darin nicht die Rede. Diese war aber für den König nach

seinem Siege eine Bedingung ersten Ranges, und zwar verlangten er und die Militärs anfangs mehr, als Bismarck für geraten hielt. Schon unterm 9. Juli hatte dieser von Hohenmauth an seine Frau geschrieben: „Wenn wir nicht übertrieben in unsern Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, welcher der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn." Die eifrigen Annexionisten im Hauptquartier dachten damals an Abtretung Österreich-Schlesiens. Bismarck wies darauf hin, daß dort die Anhänglichkeit an das Kaiserhaus besonders weit verbreitet und warm sei. Sie verlangten „Bestrafung" der mittelstaatlichen Verbündeten Österreichs durch Landverlust. Bismarck entgegnete, man dürfe nur nehmen, was man unbedingt haben müsse, die Strafe sei Gott zu überlassen und gehöre nicht in die Politik. Jene meinten, Baiern müsse die ehemals hohenzollernschen Landesteile als Siegespreis hergeben; denn Ansbach und Bayreuth erinnerten sich noch, daß sie einst dem königlichen Hause gehört und seien Teile von dessen Erbgut. Bismarck belehrte sie, daß diese Landschaften sich längst darein gefunden hätten, unter der Krone Baiern zu stehen. Jene forderten erst ganz Sachsen, dann Leipzig mit Umgebung sowie aus strategischen Rücksichten die Lausitz. Bismarck erwiederte, man müsse entweder das Ganze nehmen, und das werde nicht wohl angehen, da Österreich nicht darein willigen werde, oder gar nichts. Teilungen machten nur böses Blut und würden lange nachgetragen. Ihm war die Bundesreform die Hauptsache, daneben erst wünschte er einen Machtzuwachs für Preußen, der durch Einverleibung einiger norddeutschen Staaten gewonnen werden sollte,

und darauf ließ auch der König zuletzt seine Ansprüche beschränken, aber noch in der dritten Woche des Juli erklärte er, „lieber abdanken, als ohne bedeutenden Ländererwerb für Preußen zurückkehren zu wollen."

Darnach mußte Bismarck sich bei den Verhandlungen, die jetzt begannen, einrichten. Wenn er aber später bei den Besprechungen mit dem österreichischen und dann mit den bairischen Unterhändlern erhebliche Landabtretungen, ein Stück von Böhmen und Baiern nördlich vom Main, verlangte, so geschah das wohl nur, um auf eine Forderung gegen andern Gewinn verzichten zu können. Die Möglichkeit, sich mit einem geschonten Österreich einmal zu verständigen, war mehr wert als so und so viel Quadratmeilen katholischen und großenteils tschechischen Landes, und Baierns stilles Bündnis für den Fall eines Krieges mit Frankreich wog mindestens so schwer als der Besitz Frankens. Am 16. Juli traf der neue Vorschlag Napoleons im preußischen Hauptquartier ein, und am 18. wurde darauf telegraphisch geantwortet, derselbe sei keine ausreichende Basis für den definitiven Frieden, da ein bestimmter Machtzuwachs Preußens auf Kosten der feindlichen Staaten in Norddeutschland durch die Kriegsereignisse und die Stimmung der Nation zur Notwendigkeit geworden sei. Dagegen genüge die Annahme des französischen Programms von seiten Österreichs, um, vorausgesetzt, daß Italien zustimme, einen Waffenstillstand zum Zwecke definitiver Friedensverhandlungen zu schließen. Die Verhandlung über den Frieden sei nur zwischen Preußen und Österreich zu führen, die übrigen kriegführenden Staaten würden sich, jeder einzelne für sich, mit Preußen zu verständigen haben. Der König sei bereit, fünf Tage lang die Waffen ruhen zu lassen, nähme Österreich nicht innerhalb dieser Frist die preußischen Bedingungen an, so würde der Krieg fortgesetzt werden.

Benedetti war zur Befürwortung des französischen Vorschlags nach Wien gereist. Am 19. Juli kam er ins preußische Hauptquartier zurück und machte Bismarck die Mitteilung, daß Österreich die vom Kaiser Napoleon vorgeschlagene Basis zu einem Waffenstillstand annehme. Am 20. zeigte Bismarck dem preußischen Botschafter in Paris an, daß der König zu dem Waffenstillstande seine Genehmigung erteilt habe, daß er sich dazu aber nur sehr schwer und in der bestimmten Voraussetzung entschlossen, daß für den Frieden ein bedeutender Territorialerwerb im Norden Deutschlands gesichert sei. „Die französischen Punkte," so fuhr er in der zur Mitteilung an Napoleon bestimmten Depesche fort, „würden uns, vorausgesetzt eine Grenzregulirung mit Österreich, auch als Präliminarien für den Separatfrieden mit Österreich genügen, wenn dieses einen solchen schließen will; sie genügen nicht für den Frieden mit unsern übrigen Gegnern, besonders in Süddeutschland; ihnen müssen wir besondere Bedingungen machen, und die Mediation des Kaisers, die sie nicht angerufen, bezieht sich nur auf Österreich. Wenn wir auch Italien gegenüber frei würden durch die Zession Venetiens, so können wir doch Italien nicht frei lassen, bevor uns das im Traktate für uns stipulirte Äquivalent Venetiens gewährt ist."

Am 21. Juli abends erschienen österreichische Bevollmächtigte im preußischen Hauptquartiere zu Nikolsburg, um mit Bismarck über Friedenspräliminarien zu verhandeln. Der italienische Gesandte, Graf Barral, war zwar an Ort und Stelle, aber ohne Instruktion und Vollmacht, und so nahm er an den Verhandlungen nicht teil, sondern wurde nur fortlaufend von denselben in Kenntnis erhalten; indes konnte Italien seine Zustimmung zum Friedensschlusse nicht versagen, wenn ihm der Erwerb Venetiens gesichert war. Auch der Botschafter Napoleons

beteiligte sich an den Nikolsburger Besprechungen nicht, sondern wurde gleichfalls nur von denselben unterrichtet. Er berichtete darüber seinem Minister am 23. Juli, dem ersten Tage der Verhandlungen: „Mit seiner praktischen Auffassung der Dinge und seiner gewohnten Entschlossenheit hat Graf Bismarck sich gleich in der ersten Unterredung mit den österreichischen Unterhändlern zu versichern gesucht, daß sie alle Bedingungen in Bezug auf die künftige Organisation Deutschlands annähmen, und daß Österreich aufrichtig darauf verzichte, daran teilzunehmen. Sobald dieser Punkt festgestellt war, hat er zum Hauptgegenstande der Konferenzen diejenigen Fragen gemacht, welche in unsern Präliminarien nicht genau präzisirt oder gar nicht berührt waren. Schließlich schlug er vor, statt über den Waffenstillstand sich gleich über Friedensbedingungen zu verständigen, und wußte die österreichischen Unterhändler zu bestimmen, über die Kriegskosten und die Gebietserweiterungen für Preußen zu unterhandeln. Er hat den Bevollmächtigten alsbald erklärt, daß der König als erste Bedingung für den Friedensschluß eine Vergrößerung Preußens im Norden Deutschlands verlange. Ich höre, daß der Ministerpräsident sich in dieser Beziehung fest entschlossen gezeigt hat, die Verhandlungen abzubrechen, falls er nicht die Zusicherung der Einwilligung Österreichs erhalte. Seinerseits hat Graf Bismarck mir mitgeteilt, daß die österreichischen Unterhändler sich darauf beschränkt haben, für die Erhaltung Sachsens in seiner bisherigen Ausdehnung einzutreten. Ich glaube, daß man sich über diese Frage einigen wird; indem Preußen sich verbindlich macht, Sachsen in seinen jetzigen Grenzen fortbestehen zu lassen, wird Österreich sich anheischig machen, den Veränderungen in Betreff Hannovers, Kurhessens und andrer Kleinstaaten kein Hindernis zu bereiten."

Und so geschah es. Am 26. Juli war der Präliminarfriede mit Österreich abgeschlossen, und bald folgte ihm der definitive. „Ein großes Ziel war erreicht," sagt das Werk des preußischen Generalstabs über den Feldzug von 1866. „Deutschlands nationale Entwickelung unter Preußens Führung war durch den Frieden gesichert, weitergehende Projekte der Eroberung lagen nicht in dem Willen seiner Regierung. Monarch und Volk durften sich sagen, daß sie der Pflicht genüge gethan, welche ein hoher Beruf dem Staate wie dem Einzelnen auferlegt, sie mußten anerkennen, daß ein weiteres zwingendes Bedürfnis für die Sicherheit und die Entfaltung des nationalen Lebens Preußens und Deutschlands nicht vorlag. Was Preußen jetzt zu gewinnen im Begriffe stand an territorialem und an Machtzuwachs, das durfte es hoffen, bald und vollständig zu einem gemeinsamen Organismus mit dem bisherigen Bestande des Staates verwachsen zu sehen. Die von Österreich dargebotenen Bedingungen schlossen ferner die Möglichkeit künftiger Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu den früheren Bundesgenossen nicht aus. Weder der Ehre noch der Macht Österreichs war eine Wunde geschlagen, welche eine unheilbare Feindschaft zwischen beiden Staaten notwendig im Gefolge hatte. Wenn man mehr forderte, wenn eine glückliche Fortsetzung des Krieges mehr zu erzwingen erlaubte, so mußte ein Stachel zurückbleiben, den keine Zeit entfernt hätte. Den Bruch zwischen Preußen und Österreich zu verewigen, konnte nicht im Interesse Preußens und Deutschlands liegen."

Mehrere dieser Sätze, namentlich der Schluß dieses Urteils, könnten von Bismarck selbst geschrieben sein. Sie atmen seinen Geist, und sie spiegeln sich deutlich in seinem Verhalten gegen Österreich, als das neue Deutschland gegründet war. Nur begegnete er mit diesem Verhalten, so lange Graf Beust in Wien

die auswärtigen Angelegenheiten leitete, keinem Entgegenkommen, sondern kaum verhehltem Übelwollen.

Als die 1866 mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Allianzverträge 1867 angesichts der Luxemburger Verwicklung veröffentlicht wurden, ließ der österreichische Reichskanzler durch den kaiserlichen Gesandten in Berlin erklären, dieselben stünden unleugbar im Widerspruche mit dem vierten Artikel des Prager Friedens, der einen süddeutschen Staatenverein mit völkerrechtlicher Unabhängigkeit verlange. Bismarck nahm dies „durchaus freundlich auf" und wies die Beustschen Bemerkungen nicht zurück, sondern suchte nur die Bedeutung jener Verträge abzuschwächen, indem er besonders deren rein defensiven Charakter hervorhob.

Bald nachher, in der ersten Hälfte des April, erschien der bairische Diplomat Graf Tauffkirchen bei dem österreichischen Reichskanzler und zwar nicht bloß im Auftrage seiner Regierung, sondern auch als Überbringer wichtiger Vorschläge Preußens. Er war von Bismarck in den Stand gesetzt, den Abschluß einer Allianz zwischen dem Norddeutschen Bunde und Österreich, der sich sämtliche deutsche Staaten anschließen würden, zu befürworten. „Er sprach," so berichtet Beust in einer vom 19. April datirten Depesche an Graf Wimpffen, den neuen kaiserlichen Gesandten in Berlin, „von einer Garantie unsrer deutschen Besitzungen. Er gab zu verstehen, daß wohl auch für unsre nichtdeutschen Provinzen temporär uns jede wünschenswerte Sicherheit gegen mögliche Gefährdungen geboten werden könne. Er erwähnte Rußlands als des Dritten im Bunde und meinte, in der Erneuerung eines Bundes der drei Mächte bestehe diese Sicherheit von selbst. Er wies endlich darauf hin, daß ein Freundschaftsbündnis Preußens mit Österreich den süddeutschen Staaten die Möglichkeit gewähre, ein größeres Maß von Selbständigkeit zu behaupten, und daß eine völkerrechtliche Allianz

Österreichs mit dem nord- und süddeutschen Bunde doch zuletzt den Übergang bilden könnte zu bleibenden engern Vertragsverhältnissen, welche mit Vorteil für Österreich wie für die deutsche Nation den frühern Staatenbund ersetzen könnten.... Durch die Äußerungen des Freiherrn von Werther [des damaligen preußischen Gesandten in Wien] und durch eine vertrauliche Depesche, die er mir vorlas,*) wurde mir sodann bestätigt, daß Graf Bismarck den Abgesandten der königlich bairischen Regierung allerdings legitimirt hatte, derartige Eröffnungen nach Wien zu bringen." Darüber, wie Beust dieselben aufgenommen, erfahren wir aus seiner Depesche an Wimpffen folgendes: „Sie versprechen sich," bemerkte ich, „von der Allianz Österreichs mit Preußen die Erhaltung des ge-

*) Die 1883 erschienene Broschüre „Alkotmányos Titkok" weiß darüber folgendes zu berichten: Die Note Bismarcks (richtiger seine Depesche an Werther) war vom 14. April datirt, und die Grundlage des darin vorgeschlagenen Bündnisses war so gefaßt: „Der Norddeutsche Bund garantirt die Sicherheit Österreich-Ungarns gegen jeden Angriff von außen her. Wenn diese Garantie sich auf die ganze Monarchie erstrecken sollte, würde der Vertrag über das Schutz- und Trutzbündnis nur auf Zeit gelten können. Dagegen könnte man hinsichtlich der deutschen Provinzen der Monarchie ein dauerndes Schutzbündnis schließen, das selbstverständlich nur internationalen Charakter haben würde." Die Broschüre sagt ferner: „Der preußische Gesandte begleitete die Note seines Kanzlers mit wichtigen Erklärungen, aus denen deutlich hervorging, daß Deutschland, wenn der österreichische Minister des Auswärtigen das deutsche Schutz- und Trutzbündnis annähme, nicht bloß Österreichs Sicherheit nach außen hin in jeder Richtung zu verbürgen bereit sei, sondern auch in Verbindung damit die Unterstützung der österreichischen Politik im Orient Rußland gegenüber übernehmen werde. . . . Durch den Antrag, Österreich den dauernden Besitz seiner deutschen Provinzen zu verbürgen, wollte Graf Bismarck den grundlosen Verdacht entkräften, Deutschland strebe nach Annexion derselben. Es wurde auch ganz zutreffend darauf hingewiesen, daß Wien niemals die Hauptstadt Deutschlands werden könne, weil es an der Grenze des deutschen Sprachgebietes liege und in Österreich überhaupt ein anderer Geist als in Deutschland herrsche, davon zu geschweigen, daß in Österreich viele Millionen Slaven wohnten, welche fortwährend gegen ihre Einverleibung in Deutschland protestiren und dort ihren nationalen Kampf noch viel leidenschaftlicher als in Österreich führen würden."

fährdeten Friedens. . . . Aber in welcher Lage würde Österreich, welches seinerseits jetzt garnicht bedroht ist, in die neue Friedensepoche eintreten? Es hätte sie zu bezahlen durch die Feindschaft Frankreichs, die ihm doppelt gefährlich sein würde, weil sie zugleich in Deutschland eine so gut wie unbedingte Abhängigkeit von dem guten Willen Preußens im Gefolge hätte. Wir bezweifeln diesen guten Willen nicht, aber können Sie leugnen, daß die Verhältnisse manchmal stärker sind als die Intentionen der leitenden Männer, und daß Österreich, um angesichts der Einheitsbestrebungen in Deutschland und der noch immer möglichen Konflikte mit Italien den Haß Frankreichs auf sich zu laden, soliderer Garantien bedürfte als des Versprechens, daß es in seinem Besitze nicht — oder doch nicht zu früh — gestört werden solle? Aber es sei auch nicht einmal bewiesen," fuhr ich fort, „daß das beantragte Bündnis wirklich die Erhaltung des Friedens zu bedeuten haben würde." Man sei bei uns belehrt, unsre Macht und die Furcht vor ihr nicht zu hoch zu schätzen, und darum würde, wenigstens in der nächsten Zeit, die Aussicht auf eine Teilnahme Österreichs am Kriege Frankreich nicht abhalten, den letztern zu wagen, wenn es einmal den nötigen Einsatz an materiellen und moralischen Mitteln aufwenden wollte, um ihn gegen Preußen und Deutschland zu unternehmen. Dagegen würde das Wort Koalition, jetzt nach Frankreich geworfen, weit weniger geeignet sein, die erwachten Leidenschaften zu dämpfen, als sie bis zum heftigsten Ausbruche zu entflammen. Selbst einer neuen nordischen Koalition gegenüber fühle sich Frankreich nicht vollkommen isolirt. Es habe dem Königreich Italien noch manches, es habe der Revolution in den Ländern seiner Gegner noch mehr zu versprechen, und es sei sich der wirklichen oder vermeintlichen Macht dieser Bundesgenossenschaft zu sehr bewußt, um nicht vielleicht heut oder

morgen den Krieg einem den Nationalstolz verletzenden und für die Dynastie gefährlichen Zurückweichen vorzuziehen. Nun aber vergegenwärtige man sich endlich die verschiednen möglichen Ausgänge eines Krieges. Sie werden mir zugeben, daß es kein erfreuliches Schicksal sein würde, gemeinsam mit Preußen zu unterliegen und am Rhein, unter den Alpen, am Adriatischen Meere das Gesetz des Siegers annehmen zu müssen. Lassen wir aber diesen Fall als unwahrscheinlich beiseite, denken wir uns Frankreich überwunden — können wir es darauf ankommen lassen, daß man uns alsdann das Prager Friedensinstrument in die Hand drücke und uns für dessen erfolgreiche Verteidigung danke? Fern sei es von mir, die Erinnerungen des gemeinsamen Sieges über Dänemark wachzurufen; aber Sie begreifen, daß wir auch für jenen günstigsten der möglichen Fälle unsre Sicherheiten vorher nehmen müssen." Graf Tauffkirchen äußerte sein Bedauern, nach den gehörten Äußerungen annehmen zu müssen, daß Österreich die von ihm aus Berlin mitgebrachten Vorschläge ablehne, und Freiherr von Werther wiederholte diesen Ausdruck. Die Depesche an Wimpffen ermächtigte schließlich denselben, sie Bismarck vollständig vorzulesen. Was dieser dazu gesagt hat, erfahren wir nicht. Vermutlich bewunderte er den guten Stil, in welchem der Wiener Herr Kollege ihm für sein Entgegenkommen Sottisen sagte.

In einer Depesche vom 15. Mai, die an den österreichischen Gesandten in München gerichtet war, und in welche dieser den bairischen Premierminister Fürst Hohenlohe vertraulich Einsicht nehmen lassen sollte, sprach Beust sich über die reservirte Stellung Österreichs zu den neuen deutschen Verhältnissen und zu dem Bismarckschen Allianzgedanken ausführlicher und deutlicher aus als früher. Es hieß da u. a.: „Die Allianzverträge der süd-

deutschen Staaten haben die Bestimmungen des Prager Friedensvertrags, noch ehe sie geschrieben waren, verletzt, und ich habe unmöglich verschweigen können, daß das Projekt, welches die Unterschriften des Fürsten von Hohenlohe und des Freiherrn von Varnbüler trägt [dasselbe hatte eine nähere Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem Nordbunde in Aussicht genommen], diesen Widerspruch noch bedeutend verschärfen und vollständiger zur Erscheinung bringen würde. Von einem süddeutschen Staatenvereine, wie er nach dem Prager Vertrage zwar in eine nationale Verbindung mit Norddeutschland eintreten, aber neben demselben in völkerrechtlicher Unabhängigkeit bestehen soll, ist in den bairisch-würtembergischen Punktationen keine Spur geblieben. Statt dessen stellen dieselben einen Organismus auf, in welchem — mit oder ohne gemeinsames Parlament — jede selbständige Neigung der vereinzelten süddeutschen Staaten regelmäßig in dem Willen der norddeutschen Bundesmacht verschwinden muß. ... Ich habe dem Grafen Bray [dem damaligen bairischen Gesandten am Wiener Hofe] erklärt, daß Rücksichten der Opportunität sehr wohl die Regierung Sr. Majestät des Kaisers vorläufig bestimmen können, solche Thatsachen zu ignoriren. ... Das Verlangen dagegen, daß das kaiserliche Kabinet den Allianzverträgen, welche es bis jetzt stillschweigend hingenommen hat, und selbst noch weitergehenden Verletzungen des Prager Vertrags seine Zustimmung erteilen solle, dieses Verlangen habe ich unumwunden als unerfüllbar bezeichnet und darauf hingewiesen, daß Österreich in seiner Lage vielmehr sich sorgfältig hüten müsse, irgendwie durch Wort oder That sich des Rechtes zu begeben, auf die Verfügungen des Prager Friedenstraktates zu gelegener Zeit sich zu berufen. Ferner habe ich dem Grafen Bray nicht verhehlt, daß ich mir nicht zu erklären vermöge, wie man durch die vage Bestimmung des

Münchener Programms, daß eine Allianz mit Österreich geschlossen oder angebahnt werden solle, uns zu einer Änderung unsrer Haltung bewegen zu können glaubt. Soll unter dem Worte Allianz, wie dies der völkerrechtliche Sprachgebrauch will, ein vorübergehendes Bündnis zu bestimmten Zwecken verstanden sein, so ist einzuwenden, daß solche Zwecke nicht bezeichnet sind, auch dermalen nicht wohl bezeichnet werden können. Denkt man aber an ein bleibendes Bundesverhältnis, durch welches die kaiserliche Regierung ihre Freiheit nicht für eine determinirte Aktion, sondern unbestimmt und für immer aufgeben würde, und welches andrerseits eins der wesentlichen Elemente der politischen Neugestaltung Deutschlands bilden soll, so müßte man uns erstens von der Verpflichtung, uns an dieser Neugestaltung nicht zu beteiligen, feierlich dispensiren, und zweitens dürfte man nicht übersehen, daß eine Großmacht sich nicht einer andern unterordnen, nicht fremden Zwecken dienen, an Beschlüsse, die ohne ihr Zuthun zu stande kommen, sich nie voraus binden kann. Ich zweifle, ob man in München in den Stand gesetzt sei, uns eine gleichberechtigte Stellung mit Preußen in einem neuen gesamtdeutschen Bunde darzubieten. Ist das aber nicht der Fall, so sind die Staatslenker Österreichs genötigt, sich auf die volle Freiheit zurückzuziehen, die sie für die frühern Rechte im Bunde eingetauscht haben.... Ich glaube, Baiern werde wohl daran thun, in rein zuwartender Stellung zu bleiben und sich weiterer Schritte, die es über die vom Prager Vertrage gezogene Linie hinausführen würden, zu enthalten."

Also Ablehnung, bloß für jetzt zurückgehaltener Einspruch, Vorbehalte und kaum verhüllte Drohungen. Daneben aber insgeheim Suchen nach Gelegenheit zur Revanche im Bündnisse mit einer andern Macht. Schon im Januar beauftragte Beust den österreichischen Botschafter in Paris, Fürst Metternich, eine

Tripelallianz zwischen Frankreich, Italien und Österreich zu stande zu bringen, und bald nachher, am 22. Januar 1867, überraschte er das Petersburger Kabinet mit einer Note, in welcher er, der österreichische Minister, keinen Anstand nahm, zu behaupten, der Pariser Vertrag von 1856 habe seinen Zweck verfehlt, und deshalb müsse man ihn einer Revision unterwerfen, und zwar in der Richtung, daß der Sultan verpflichtet werde, seinen christlichen Unterthanen ohne Unterschied der Nationalität und Konfession autonome Einrichtungen zu verleihen. Das hieß, Rußland durch das Anerbieten von Beistand zur Befreiung von einer Hauptfessel des Pariser Vertrags gewinnen und zu Gegendiensten stimmen wollen, die nur gegen Deutschland gerichtet sein konnten. Der Versuch mißlang, und Beust begann darauf mit den polnischen Revolutionären zu liebäugeln. Ebenso mißglückte das Bestreben des österreichischen Reichskanzlers, die süddeutschen Staaten von weiterer Annäherung an den geeinigten Norden abzuhalten, dieselben traten zwar noch nicht in den Nordbund ein, wohl aber in den neugestalteten Zollverein, dessen Parlament sie dann beschickten, und die Gemeinsamkeit der deutschen Wehrkräfte gegenüber dem Auslande, welche von Bismarck durch die Schutz- und Trutzbündnisse von 1866 erreicht worden war, wurde so durch die wirtschaftliche Gemeinsamkeit ergänzt. Mehr Erfolg schien den Intriguen Beusts beschieden, welche ein Bündnis Österreichs mit Frankreich und Italien gegen Deutschland bezweckten; dasselbe wurde nur verzögert, weil Frankreich sich gegen die Annexion der Reste des Kirchenstaates mit Rom sträubte, und schließlich durch die Siege der Deutschen bei Wörth und Saarbrücken vereitelt, und wenn Österreich nicht noch während des spätern Verlaufes des deutsch-französischen Krieges gegen Deutschland marschiren ließ, so wurde es in der Hauptsache davon durch die wohlbegründete

Besorgnis abgehalten, Rußland werde diese Gelegenheit ergreifen, Revanche für das Verhalten Buols während des Krimkrieges zu nehmen und Österreichs orientalische Hoffnungen zu nichte zu machen.

Trotz der zweideutigen und nach Möglichkeit feindseligen Politik des Wiener Kabinets während des Krieges von 1870 und 1871 versuchte Bismarck in dieser Zeit noch einmal, kurz nach dem Sturze Napoleons, eine Annäherung an Österreich und zwar auf einer neuen Basis, die mit der Erklärung der Republik in Paris zusammenhing.

In Reims hatte am Vormittage des 12. September 1870 der Prinz Luitpold von Baiern eine lange Unterredung mit dem deutschen Bundeskanzler, bei der ihm der letztere, wie er Abends beim Thee bemerkte, „gewisse historische und politische Vorträge hielt.“

Ich habe einigen Grund, anzunehmen, daß diese Unterredung der Beginn oder das Vorspiel von mehrmals unterbrochenen Unterhandlungen zwischen Bismarck und den Höfen von Wien und Petersburg war, die allmählich zu einer Verständigung und schließlich — wahrscheinlich unter Einwirkung andrer Rücksichten als der zuerst betonten und geltend gemachten — zu dem sogenannten Dreikaiserbündnisse führten. Jene „historischen und politischen Vorträge“ hatten den Zweck, den Prinzen Luitpold zu einem Briefe an seinen Schwager, den Erzherzog Albrecht in Wien, zu veranlassen, dessen Verhältnis zu dem Prinzen als einer der wenigen Wege erschien, um zu dem Kaiser Franz Josef selbst zu gelangen und ihm gewisse Betrachtungen unverfälscht zur Überlegung zu empfehlen. Demselben sollte ungefähr folgendes vorgestellt werden:

Die Wendung, welche die Dinge in Paris genommen haben, läßt in dem jetzigen Kriege Deutschlands gegen Frankreich die

Verteidigung des monarchisch-konservativen Prinzips gegen das republikanisch-sozialistische erblicken, welches die jetzigen Machthaber in Frankreich auf ihre Fahne geschrieben haben. Die Erklärung der Republik hat in Spanien Beifall gefunden, und in Italien ist gleiches zu erwarten. Darin liegt eine große Gefahr für die monarchisch regierten Länder Europas. Gegenüber jener Solidarität der republikanischen und revolutionären Interessen würde die sicherste Bürgschaft für die Sache der Ordnung und Zivilisation in einem festen Zusammenhalte der Elemente liegen, welche wie Deutschland, Österreich und Rußland dem monarchischen Prinzipe noch einen sicheren Halt gewähren. Österreich ist aber nur hinzuzurechnen, sobald man dort erkennt, daß für Cisleithanien die bisherigen Versuche auf dem Gebiete liberaler Einrichtungen verfehlt sind wie die nationalen Experimente in polnischer Richtung. Die Berufung des polnischen Literaten Claczko (eines Juden, der früher Agent des Kaisers Napoleon gewesen war) in die Nähe des österreichischen Reichskanzlers, der dessen Stellung und Tendenz zur Genüge gekannt hat, und die neuesten Kundgebungen jenes Polen sind als Symptome der eignen Ansichten und Absichten Beusts zu betrachten. Dieses Zusammengehen mit den polnischen Revolutionären und die dabei zu Tage tretende Feindseligkeit gegen Rußland bilden für den deutschen Bundeskanzler ein wesentliches Hindernis guter Beziehungen zu Österreich, indem er darin zugleich eine feindselige Gesinnung und Absicht gegen Preußen und Deutschland erblicken muß. Daneben ist die Lage der außerungarischen Teile des österreichischen Doppelstaates zu erwägen, die nur durch eine konservative Politik überwunden werden kann. Österreich kann nur durch ein offenes und vertrauensvolles Verhältnis zu dem geeinigten Deutschland und zu Rußland den Halt wiederfinden, dessen es gegen die revolutionären und zentrifugalen Elemente

in seiner Mitte bedarf, und dessen es durch die verderbliche Politik des Grafen Beust verlustig gegangen ist.

Der Brief des Prinzen Luitpold, der auf Grund dieser Betrachtungen und Vorstellungen abging, hatte keinen Erfolg. Der Erzherzog Albrecht zeigte ihn zwar dem Kaiser, aber auch dem Grafen Beust und gab eine von letzterem inspirirte Antwort, die im wesentlichen darauf hinauslief, daß Österreich, so lange nicht sein Interesse durch Anerbieten besondrer politischer Vorteile von preußischer Seite her angeregt werde, kein Bedürfnis zu einer Anlehnung fühle. Wenn Preußen, wie es scheine, den Wunsch hege, sich Österreich zu nähern, so vermisse man in Wien bisher jede Äußerung darüber, was es dafür Österreich, welches vielseitige Interessen habe, zu bieten haben würde. Der Kaiser werde gern alles in Erwägung ziehen, was durch seine Regierung an ihn gelange.

Der Versuch, durch den bairischen Prinzen in Wien zu wirken, wurde dem Kaiser Alexander berichtet, wobei man denselben ebenfalls auf die offenkundigen Verbindungen des damaligen Regiments in Paris mit der revolutionären Propaganda in ganz Europa aufmerksam machte und einerseits gleichfalls auf das Wünschenswerte eines festen Zusammenhaltes der drei Ostmächte gegenüber derselben, andrerseits auf die für Deutschland bestehende Notwendigkeit hinwies, bei einem etwaigen Friedensschlusse alles zu vermeiden, was durch Mißachtung des wirklichen Bedürfnisses der Nation zum Schutze und zur Sicherung ihrer Grenzen der revolutionären Partei in Deutschland selbst eine Handhabe bieten könnte, die öffentliche Meinung zu vergiften. Der Kaiser erklärte sich damit einverstanden und sprach seinen dringenden Wunsch aus, daß eine solidarische Verbindung der monarchischen Elemente gegen die Revolution zu stande komme.

Noch einmal während des Krieges that Bismarck in Wien einen versöhnlichen Schritt, indem er am 5. Dezember 1870 den preußischen Gesandten in Wien beauftragte, dem Grafen Beust anzudeuten, daß das durch die Versailler Verträge mit den südlichen Staaten wiederum neugestaltete Deutschland in ein Verhältnis aufrichtiger Freundschaft zu Österreich-Ungarn zu treten wünsche. Am 14. wiederholte er dies mit der förmlichen Anzeige, daß Deutschland neu konstituirt sei, und jetzt erwiederte Beust notgedrungen, er sehe in der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung einen Akt von historischer Bedeutung, eine Thatsache ersten Ranges in der modernen Entwicklung Europas [Ausdrücke, die auch ein Gegner brauchen konnte] und hoffte höflich gleichermaßen auf ein freundschaftliches Zusammengehen der beiden Nachbarstaaten.

Später, nach dem Aufstande der Pariser Kommunisten, wurde dieser und das Hervortreten der Internationale, der man auch in der Presse eine große Wichtigkeit beilegen ließ, benutzt, um abermals auf einen Zusammenschluß der konservativen Mächte gegen die allenthalben auftretenden republikanisch-sozialistischen Bestrebungen hinzuwirken, und diesmal insofern mit einigem Erfolg, als Beust sich innerhalb gewisser Grenzen zur Beteiligung bereit erklärte. Er sandte sogar eine ausführliche Denkschrift über die Mittel zur Bekämpfung der sozialistischen Bewegung ein, und man schickte sich zu einer Konferenz österreichischer und preußischer Bevollmächtigten an, welche die Sache mit einander beraten sollten. Was Bismarck aber wohl als Hauptzweck der Anregung dieser Angelegenheit vorgeschwebt hatte, ein Bündnis Deutschlands, Rußlands und Österreich-Ungarns gegenüber der Revolutionspartei und andern Gegnern, wurde nicht erreicht. Doch kam es, als Beust Andrassy Platz gemacht, wenigstens zur Reise des Kaisers Franz Josef nach Berlin,

wo er sich mit dem Zaren begegnete, und von jetzt an entwickelten sich zwischen Österreich und Deutschland allmählich bessere und zuletzt freundliche Beziehungen, die, als sich das Verhältnis beider zu Rußland trübte und endlich zu starker Entfremdung wurde, zu dem Bündnisse zwischen jenen beiden Großmächten führte, das Bismarcks Bestreben seit Jahren gewesen war.

Das bessere Verhältnis Deutschlands zu dem österreichischen Doppelstaate, welches sich unter Andrassy herausgebildet hatte, zeigte sich auf diplomatischem Gebiete deutlich schon beim Berliner Kongresse, wo Bismarck das europäische Mandat Österreichs zur Okkupation Bosniens und der Herzegowina unterstützte, und bald nachher in der Übereinkunft vom 11. Oktober 1878, in welcher das Wiener Kabinet einwilligte, daß der Artikel V. des Prager Friedensvertrages, nach dem nördliche Distrikte Schleswigs auf einen durch freie Abstimmung ausgesprochenen Wunsch der Bevölkerung derselben hin an Dänemark zurückerstattet werden sollten, außer Kraft gesetzt wurde.

Die unparteiische Haltung Bismarcks auf dem Berliner Kongresse, besonders aber sein Eintreten für das bosnische Mandat der Österreicher verstimmte in Rußland eine große Partei. Die dortigen Blätter, selbst die offiziösen, sprachen laut von deutscher Undankbarkeit. Der Groll stieg, und die Presse predigte einen neuen Krieg nach dem Rezepte: „Konstantinopel muß in Berlin erobert werden." Auch die Regierung gab dieser Mißstimmung Raum und immer schärferen Ausdruck. Sie ließ, als es sich um die Ausführung der Berliner Stipulationen handelte, erst nur dringende, dann gebieterische, zuletzt drohende Mahnungen nach der deutschen Kaiserstadt abgehen, man möge ihre Interessen wahrnehmen und ihre Ansprüche unterstützen — Ansprüche, die auch unbillige und gefährliche Forderungen einschlossen. Es schien

endlich geradezu, als habe man es in den maßgebenden Kreisen Petersburgs allen Ernstes auf einen Feldzug nach Deutschland hinein abgesehen. Man rüstete. Nicht fern von der Westgrenze Polens sammelten sich namentlich Massen von russischer Kavallerie. Fürst Gortschakoff ließ Frankreich nach Geneigtheit zu einem Bündnisse gegen Deutschland sondiren.

Stehen die Dinge dergestalt — so ungefähr wird man sich die Gedanken des deutschen Reichskanzlers angesichts dieser Erscheinungen vorzustellen haben —, dann müssen wir auf eine Anlehnung, auf einen Verbündeten Bedacht nehmen, zumal da Frankreich gegenwärtig zwar durchaus friedfertig gesinnt erscheint, aber doch keine genügende Sicherheit vor einem Angriffe von seiner Seite bietet, falls erfolgverheißende Gelegenheit sich präsentiren sollte. England hat für einen Landkrieg keine erhebliche Bedeutung, und so ist die Anlehnung, die wir suchen, gegeben. Jeder verständige und unbefangene Beurteiler der Dinge unter den zweiundvierzig Millionen Bewohnern des deutschen Reiches würde am liebsten mit Rußland und Österreich zugleich auf gutem Fuße stehen. Wenn man aber, wie jetzt, gezwungen wird, eine Wahl zwischen den beiden Nachbarn zu treffen, so können unverblendete Augen über die Entscheidung nicht lange im Zweifel sein. Keineswegs bloß nationale Motive weisen mit aller Bestimmtheit auf Österreich-Ungarn hin. Dort sind unter der Bevölkerung zehn Millionen Deutsche, die Magyaren sind aus guten Gründen ebenfalls durchweg auf unsrer Seite wie seit Jahren, die Polen Galiziens denken nicht daran, russisch werden zu wollen, selbst den Tschechen schwebt nichts der Art vor, man müßte denn mit dem Dutzend Intransigenten rechnen, die viel Lärm machen, aber nichts bedeuten. Und selbst wenn Österreich ganz slavisch wäre, hätte man ihm bei der Wahl den Vorzug zu geben. Rußland ist für sich stark genug, und wir können ihm als Alliirte

nicht viel nützen. Österreich hat ein starkes Interesse daran, uns zu Freunden zu haben. Und umgekehrt, es kann auch uns eine Stütze sein bei einer Politik, deren erster und oberster Zweck Sicherung des Weltfriedens ist. Wenn Österreich-Ungarn und das deutsche Reich sich zu diesem Zwecke verbinden und dann vor den Augen derer, die auf eine Störung des Friedens sinnen, mit ihren zwei Millionen Soldaten Rücken an Rücken stehen, wie ein ungeheures Karree in der Mitte des europäischen Kontinents, so werden die im höhern Stile nihilistischen Politiker in Moskowien die Ausführung ihrer Projekte schwerlich unternehmen.

Dies etwa war der Gedankengang des Reichskanzlers, als er im Sommer 1879 während seines Aufenthaltes in Kissingen den östlichen Horizont sich mehr und mehr trüben sah. Es war auch die Meinung der ungeheuern Mehrzahl im denkenden Teile des deutschen Volkes. Nur wenige von denjenigen Fürsten desselben, die ein Urteil hatten, dachten anders. Auch unter den höchsten Persönlichkeiten des preußischen Hofes zählte diese Ansicht dem Vernehmen nach entschiedene Anhänger.

Nur eins schien zunächst nicht in die Absichten des Kanzlers zu passen. Als die russischen Drohungen fortdauerten, konnte er sich dieses Auftreten kaum noch anders als mit der Vermutung erklären, daß zwischen Wien und Petersburg ein Einvernehmen entweder schon erzielt oder im Werke sei. Das Bestehen einer russischen Partei am Hofe des Kaisers Franz Josef, eine Reise Andrassys nach Petersburg und verschiedne andre Beobachtungen hatten diese Befürchtung nahe gelegt, und nicht ohne ernste Besorgnis ging Bismarck im August von Kissingen nach Gastein; denn kam es zu einem gegen Deutschland gerichteten Bündnisse zwischen Rußland und Österreich-Ungarn, so war ein Hinzutritt Frankreichs zu der Koalition kaum noch eine Frage der Zeit. Ob dann aber England zu Deutschland gehalten hätte, war

zweifelhaft Die Interessen Rußlands und Österreich-Ungarns im Orient widersprachen einander. Immerhin aber war denkbar, daß man sich zwischen Petersburg und Wien auf der Basis: Rußland bekommt bis zu einer gewissen Grenze freie Hand auf die Balkanhalbinsel und verhilft dafür den Österreichern zur Wiedererringung ihres Einflusses in Deutschland und zur Erweiterung und Verstärkung desselben gegen früher, verständigen könne. Kurz, man hatte Ursache, den politischen Gesichtskreis auch im Südosten bewölkt zu finden.

Das Erscheinen Andrassys in Gastein zerstreute diese Wolken vollständig. Nach der Art und Weise, wie er sich äußerte, war keine der Befürchtungen, die Bismarck in den vorhergegangenen Wochen in Betreff der Stellung Österreich-Ungarns zu Rußland gehegt hatte, thatsächlich begründet. Da nahm der deutsche Reichskanzler Gelegenheit, mit seinem alten Plane eines Bündnisses zwischen Neudeutschland und seinem Nachbar im Südosten herauszukommen, und dießmal gelang die gewünschte Verständigung. Dieselbe war, wie bemerkt, und wie dieses Kapitel an verschiedenen Stellen gezeigt hat, ein lange gehegter Wunsch des deutschen Staatsmannes, die positive Seite seines Strebens in Betreff Österreichs gegenüber der negativen, die Ergänzung seines Werkes von 1866.

Rekapituliren wir kurz, so sehen wir jenen Wunsch bis in das Jahr 1852 zurückreichen, aber ein volles Vierteljahrhundert hindurch, so oft Versuche zu seiner Verwirklichung unternommen werden, an dem Widerstande scheitern, den ihm in den maßgebenden Kreisen in Wien erst die Schwarzenbergsche, von Buol, Rechberg und Mensdorff mehr oder minder energisch fortgesetzte, dann die Beustsche Politik entgegenstellt.

Der Gedanke war, solange der deutsche Bund noch bestand, kurz ausgedrückt folgender: Österreich entsage seinem Anspruch,

in Deutschland die allein gebietende Macht zu sein, dasselbe allein nach seinen Interessen zu dirigiren, es gebe sein Bestreben, Preußen zu beschränken und herabzudrücken, auf und lasse dasselbe im Bunde zu einer Stellung gelangen, welche ihm gestattet, seine gesamte Kraft für gemeinsame Zwecke nach außen hin einzusetzen. Preußen, dem hierdurch nur ein wohlbegründetes Recht gewährt wird, und dessen Bedürfnisse nun Berücksichtigung finden, wird dafür zu einer treuen und festen Verbindung der beiden Mächte und zur Abwehr von Angriffen, mit denen Österreich von seiten der Nachbarn bedroht werden könnte, bereitwillig die Hand bieten.

In Wien zögerte man, auf ein solches billiges und entschieden naturgemäßes Abkommen einzugehen, und verblieb bei dem unmittelbar nach 1848 eingeschlagenen Verfahren, indem man dem Wahne huldigte, Preußen habe solche Angriffe am meisten zu fürchten, es bedürfe mehr als ein anderer europäischer Staat fremder Geneigtheit und Hilfe, und so müsse es sich gefallen lassen, von Mächten, die ihm solche gewähren könnten, nicht auf gleichem Fuße, ja rücksichtslos behandelt zu werden. So war man in Berlin 1866, um Gerechtigkeit zu erlangen und um seiner Selbsterhaltung willen, die mit der Erhaltung ganz Deutschlands in den am Gesichtskreise aufsteigenden Krisen zusammenhing, genötigt, den praktischen Beweis zu führen, daß die Voraussetzung der bisherigen deutschen Politik der Österreicher eine irrtümliche, und daß Preußen eine ebenbürtige Macht sei, die sich nicht unter allen Umständen an eine andre Großmacht anlehnen müsse, und die sich mit Gewalt verschaffen könne, was ihr gebühre und freundschaftlicher Vorstellung vorenthalten werde. Österreich wurde aus dem Bunde, der mit ihm eine Unnatur geworden war, entfernt, und Preußen verständigte sich mit den andern Bundesgenossen auf billigen Grund-



lagen zur Schöpfung neuer Verhältnisse, die sich dann bewährten und allmählich vervollkommnet wurden.

Fürst Bismarck aber gab über diesem Erfolge seinen alten Gedanken keineswegs auf, nur mußte derselbe nunmehr bei Bestrebungen zu seiner Verwirklichung selbstverständlich eine andre Gestalt annehmen und auf anderen Wegen gefördert werden. Die Kombination, die dem Reichskanzler zuletzt vorschwebte, war nachstehende. Er wollte zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn „ein öffentliches verfassungsmäßiges Bündnis gegen eine Koalition" herstellen, das, „durch Mitwirkung aller konstitutionellen Faktoren zu stande gekommen, auch nur durch solches Zusammenwirken, also nur mit Zustimmung in Deutschland des Kaisers, des Bundesrates und des Reichstages, in Österreich des Monarchen und der Vertretung von Cis- und Transleithanien, auflösbar sein sollte." Vorbereitende Schritte nach diesem Ziele hin blieben unter Beust erfolglos. Andrassy ließ besseres hoffen.

Diese Hoffnung erfüllte sich in Gastein und Wien. Andrassy nahm den Gedanken Bismarcks im großen und ganzen wohl auf. Nur wollte er von der Öffentlichkeit und Verfassungsmäßigkeit des damit angestrebten Bündnisses abgesehen wissen. Gegen die Verfassungsmäßigkeit scheinen den Österreichern verschiedene Bedenken und vielleicht vor allem die Art und Natur ihres Parlaments, die Parteiverhältnisse in Wien und Cisleithanien und die Besorgnis vor der Neigung vieler Abgeordneten, ohne genügende Kenntnis der Umstände zu tadeln und zu mäkeln, gesprochen zu haben. Nichtöffentlichkeit mochte ihnen aus ähnlichen Gründen erwünscht sein.

Am 20. September verließ Bismarck Gastein, und Tags nachher traf er in Wien ein. Die Aufnahme, welche er bei diesem seinem vierten Besuche der österreichischen Kaiserstadt

fand, war eine überaus freundliche. Von dem Kaiser und seinen obersten Räten herab bis zu den Volksmassen, die sich auf den Straßen um seinen Wagen und dann vor seinem Hotel drängten, wetteiferte alles, den berühmten Gast durch Sympathiebezeugungen zu ehren und zu erfreuen. Franz Josef hatte, um ihn persönlich empfangen zu können, seine Jagden in Steiermark unterbrochen und sich nach Wien begeben, er ließ ihn durch einen eignen Vertreter auf dem Bahnhofe begrüßen, seinen Besuch erwiederte er ohne Verzug, und bei dem diplomatischen Diner, das er zu Ehren des deutschen Reichskanzlers im Schlosse zu Schönbrunn veranstaltete, erwartete er seinen Gast an der Schwelle des Saales — Auszeichnungen, die seltene Ausnahmen von den Regeln der spanischen Etikette waren, welche das Leben am Wiener Hofe beherrscht. Am 22. wurde der Plan Bismarcks in längerer Audienz beim Kaiser besprochen, der sich entschieden für denselben erklärte. Am 23. und 24. verhandelten Andrassy und der zu dessen Amtsnachfolger bestimmte Baron Haymerle mit Bismarck über die Modalitäten des Bündnisses, das dabei in seinen Einzelheiten festgestellt wurde. Der Text desselben ist bisher unbekannt geblieben, und von seinen Bestimmungen sind wir gleichfalls ohne Kenntnis. Indes weiß man jetzt, daß es eine Defensivallianz zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn abschließt, nach welcher für den Fall, daß einer der beiden Staaten von zwei oder mehr andren angegriffen wird, der andre der Kontrahenten ihm mit seiner Militärmacht Hilfe zu leisten verpflichtet ist.

Nicht so rasch als die Österreicher, vielmehr mit Widerstreben gab der Kaiser Wilhelm seine Einwilligung zu einem Abkommen, das zwar eine Vorsichtsmaßregel gegen das Übelwollen Rußlands und dessen offenkundig gewordne bedenkliche Pläne war, aber zugleich von Mißtrauen gegen die persönliche Freundschaft eingegeben zu sein schien, die den Zaren Alexander mit seinem greisen Oheim



verknüpfte. Kaum jemals hat der deutsche Kanzler so intensiv und zugleich so massenhaft arbeiten müssen, als in den Gasteiner und Wiener Tagen, wo es diesen Widerstand zu überwinden galt.

Das Werk hatte schwere Mühe gekostet, war ihrer aber auch wert. Der englische Minister des Auswärtigen, Marquis of Salisbury, sagte darüber am 17. Oktober in öffentlicher Versammlung: „Denen, welchen am Frieden Europas gelegen ist und welche an der Unabhängigkeit der Nationen ein Interesse haben, möchte ich zurufen: großes Heil ist der Welt wiederfahren." Er sprach vom Standpunkte der konservativen Partei Englands. Aber in Deutschland und Österreich-Ungarn war derselbe Ausruf vollkommen ebenso am Orte. Das Bündnis war eine Wohlthat, ein Segen für beide Staaten. Es war ein Ereignis ersten Ranges, der epochemachende Enderfolg einer langen Reihe von Gedanken und Bestrebungen des genialen Geistes, der mit einer Hand, sicher wie die der Vorsehung, die politischen Geschicke der Deutschen lenkt, das Siegel auf ein großes vielverheißendes Versöhnungswerk, welches alle Verständigen im Reiche seit Jahren ersehnt hatten, der Ausdruck des Zusammenfallens der Interessen Neudeutschlands und Neuösterreichs, des besten Kittes freundschaftlicher Verhältnisse zwischen Staaten, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik.

Wäre ein solches förmliches Bündnis nicht abgeschlossen, so müßte es unverweilt erstrebt werden; denn es wäre dann ein dringendes Bedürfnis zweier friedliebenden Mächte. Zweitens, sollte die Nachricht, nach welcher es zwar in aller Form, aber nur auf fünf Jahre abgeschlossen wäre, auf Wahrheit beruhen, so würde eine Verlängerung, und zwar eine erhebliche, aus Gründen, die zu sehr auf der Hand liegen, um hervorgehoben werden zu müssen, höchst wünschenswert sein. Drittens — man denke an die Ergänzung der Wehrgemeinschaft des Nordbundes

mit den süddeutschen Staaten durch die wirtschaftliche Gemeinschaft, die 1867 hergestellt wurde — würde es nur natürlich sein, wenn bei solcher Umgestaltung und Erweiterung das Bündnis dadurch verbessert würde, daß man auch gewisse nationalökonomische Paragraphen hinzufügte, mit andern Worten: „Die Interessen beider Staaten würden gestatten, daß sie ihre guten politischen Beziehungen durch nähere wirtschaftliche Beziehungen vertragsmäßig unterstützten und befestigten.“ Der Umstand, daß Cisleithanien ein Industrieland, Transleithanien ein Ackerbauland ist, scheint wenigstens der Anbahnung eines solchen Verhältnisses keine unübersteiglichen Schranken entgegenzustellen.



Inhalt.

		Seite
1. Kapitel.	Das politische Glaubensbekenntnis und der staatsmännische Sittenkodex des Kanzlers	1
2. „	Sein Verhältnis zu den göttlichen Dingen	104
3. „	Die Junkerlegende	165
4. „	Diplomatische Indiskretionen	222
5. „	Bismarck und Österreich	287



Druck von Carl Marquart in Leipzig.



